

Guten Rutsch für die Grünen S. 12

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 289, 14.12.87 — ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES — 5 DM — C 21734 E

Stahlarbeiter in



Spontan und impulsiv begannen am 28. November Aktionen der Stahlarbeiter an der Ruhr, die vieles in den Schatten stellten, was das Revier erlebt hat, auch die Bergarbeiterauseinandersetzungen in den sechziger Jahren (ausgenommen die zwanziger Jahre und die Aktionen gegen Demontagen sowie die Hungermärsche nach dem Krieg). Die Ruhr brannte nicht, doch der Adenauer-Spruch aus der Bergbaukrise machte wieder die Runde: *„Wenn das Revier brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser zum Löschen."* Einen so hohen Mobilisierungsgrad von Stahl-Beschäftigten, aus anderen Gewerkschaften sowie von zahlreichen Bürgern hat es in dieser Form in der bundesrepublikanischen Arbeiterkampf-Geschichte wohl nur selten gegeben.

Es fing am 27.11. mit einer Indiskretion an, durch die vorzeitig der Stillegungsplan von Krupp, Thyssen und Mannesmann für das Hüttenwerk in Duisburg-Rheinhausen bekannt wurde, der erst im Juni 1988 veröffentlicht werden sollte. So plötzlich für die Duisburger Stahlarbeiter diese Nachricht kam, so überraschend kam für fast alle dieser Ausbruch von Kampfbereitschaft.

Fortsetzung S. 3

DER GIPFEL
Ein Grund zum Feiern?

ständlich ermahnen müssen, jetzt nicht etwa die Hände beruhigt in den Schoß zu legen, sondern mit ihrem Druck auf „die Stahlhelmer" nicht nachzulassen. — Es bleibt nur die alte Frage jeder Pädagogik: Soll man Kinder belügen? Werden Atomwaffen wirklich vom Klapperstorch gebracht? Ist Gorbatschow der Weihnachtsmann?

Ist das Doppelnull-Abkommen ein Ergebnis der Friedensbewegung? Den Kampf um die Verhinderung der sogenannten Nachrüstung hatten wir bereits verloren, seit November 1983 wurden die neuen NATO-Mittelstreckenraketen stationiert. Der Druck der Friedensbewegung hatte nicht ausgereicht, die Raketen zu stoppen, und er wurde seit Stationierungsbeginn eher schwächer als stärker. Die Stationierung war, mit den Worten der DKP zu sprechen, politisch sehr wohl durchsetzbar. Die Regierung Kohl hat in dieser Zeit zwei Bundestagswahlen gewonnen. Die „Antiraketenmehrheit", die sich bei allen Umfragen so schön errechnen ließ, trat an den Wahltagen nicht in Erscheinung.

Andererseits hatte Reagan die Null-Lösung schon 1981 vorgeschlagen. Das jetzt geschlossene Abkommen enthält keine Verbesserung zugunsten der Sowjetunion gegenüber dem Angebot der USA, das schon vor sieben Jahren auf dem Tisch war. Mit anderen Worten: die Sowjetunion hätte mit gleichem Ergebnis schon damals unterschreiben können, und die DKP hätte sich schon damals aufatmend zuprosten können.

Ob Krimsekt oder Asti Spumante — die DKP und mit ihr andere Teile der Friedensbewegung lassen für das Doppelnull-Abkommen die Korken knallen. Promille gegen Atomwaffen lautet diesmal die Kampfparole. Schlucken für den Frieden. Georg Polikeit, Chefideologe der DKP-Zeitung UZ, hatte offenbar kräftig vorgefeiert und lallte bereits am 27.November in bester Stimmung: *„Die Welt kann aufatmen — und wir können es mit ihr."* — Aber logo, rund drei Prozent der weltweit vorhandenen Atomwaffen werden aufgrund des Nullnull-Abkommens vernichtet werden. Die verbleibenden 97 Prozent reichen gerade noch aus, um das menschliche Leben auf unserem Planeten 67 mal auszulöschen. Bisher waren es 68 mal. Da muß man schon ordentlich „einen im Tee" haben, um diesen unglaublichen Fortschritt richtig würdigen zu können.

Nein, ich verstehe natürlich den pädagogischen Ansatz, der hinter der dick aufgetragenen Sektlaune der DKP steckt. Bewegungen brauchen Erfolgserlebnisse, damit es weitergeht, sagt man sich dort. Also stellen wir das Abkommen doch einfach als einen großen Sieg über Reagan und Strauß dar, an dem außer der flexiblen und kompromißbereiten Politik der Sowjetunion auch die Friedensbewegung einen wesentlichen Anteil hat. Also deklarieren wir das Abkommen doch einfach als Einstieg zum Ausstieg, wobei wir die Friedensbewegung selbstver-

Fortsetzung Seite 2

Startbahn West:
Verhöre, Verhaftungen, Desinformation

Um es gleich zu sagen: Über die Vorgänge am Abend des 2.11.87, als anläßlich einer Demonstration im Süden des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen wurden, hat außer der Bundesanwaltschaft niemand genaue Kenntnisse. Diese jedoch treibt ein großes Verwirrspiel, das die bürgerlichen Medien mitspielen. Unter dem Druck einer Fahndung wegen Mordes versucht die Behörde Rebmanns, eine Vielzahl gänzlich anders gelagerter Delikte zu erledigen, die dem Staat schon seit langem auf die Nerven fallen. Ende November teilte der Generalbundesanwalt mit, es werde gegen eine „terroristische Vereinigung" im Rhein-Main-Gebiet ermittelt, die seit über einem Jahr eine Vielzahl von Anschlägen begangen habe: Umsägen von Strommasten, Brandanschläge auf Baumaschinen und -firmen und ähnliche Fälle von Sabotage und Kleinanschlägen, wie sie für die „revolutionären Heimwerker" oder „sägenden Zellen" typisch sind. *

Die Vorwürfe gegen diese Gruppe beinhalten also keineswegs, etwa die Tötung der beiden Polizisten kollektiv begangen zu haben. Sie werden vielmehr ausdrücklich mit der seit Anfang 1987 verschärften Gesetzgebung, die den Scharfmachern inzwischen schon wieder als zu lasch gilt, begründet. So sieht der erweiterte §129a Störungen der Energieversorgung, schwere Eingriffe in den Verkehr u.ä. als „Terrorismus" an.

Fortsetzung S. 5

Nahostkonflikt und Friedensbewegung
— Nahostreise europäischer Friedensgruppen —

Weitaus weniger beachtet als der letztliche Auftritt grüner Promis in Israel blieb eine Reise von sieben Mitgliedern europäischer Friedensorganisationen in mehrere Länder des Nahen Ostens.

Im Februar 1986 hatte die niederländische Pax Christi-Sektion in Amersfoort eine Konferenz unter der Fragestellung organisiert, welche Rolle europäische Friedensgruppen bei der friedlichen Lösung des Nahostkonflikts einnehmen könnten. Ein Ergebnis dieser Konferenz war die Entscheidung, eine Gruppe von Mitgliedern britischer, niederländischer und bundesdeutscher Friedensgruppen in den Nahen Osten zu entsenden, um Ansätze einer Zusammenarbeit europäischer Friedensinitiativen mit entsprechenden Organisationen im Nahen Osten ausfindig zu machen. Die Gruppe bereiste im September dieses Jahres Syrien, Jordanien, Israel, die Westbank und den Gazastreifen. Während der zweiwöchigen Reise fanden über sechzig Gespräche mit Einzelpersonen, Organisationen und in Institutionen dieser Länder statt.

Dietrich Gaede, der in den Siebzigern als Mitglied der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Israel Freiwilligenarbeit geleistet hatte, hat an der Reise teilgenommen. Er berichtet in diesem AK über Gespräche mit Mitgliedern jüdisch-israelischer und palästinensischer Friedensinitiativen, von Besuchen in Forschungszentren zur Lage der Palästinenser, bei Initiativen zur Verteidigung der Menschenrechte und bei einer arabischen Zeitung, die in hebräischer Sprache erscheint und den beziehungsreichen Namen „Die Brücke" trägt.

Seite 25

Ein Grund zum Feiern

Fortsetzung von Seite 1

Konfrontiert mit der Frage, warum die Sowjetunion die Null-Lösung nicht bereits 1981 akzeptierte, pflegt die DKP zu antworten: Damals sei Reagans Angebot nicht ernstgemeint gewesen. — Das ist die dümmste aller denkbaren Antworten, denn die Sowjetunion hätte doch Reagan nur beim Wort nehmen und vorführen müssen. Ein nicht ernstgemeintes Angebot entlarvt man am wirkungsvollsten, indem man es akzeptiert.

Eine klügere Antwort wäre, daß die sowjetische Führung 1981 noch nicht so flexibel und kompromißbereit war wie unter Gorbatschow, oder daß man sich damals noch erhofft hatte, der Gegenseite bessere Konditionen abtrotzen zu können.

Die 1981 von Reagan vorgeschlagene und jetzt unterschriebene Null-Lösung verschafft durch die Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Atomwaffen dieser Kategorie der NATO einen erheblichen Vorteil. Aus diesem Grund hat die Sowjetunion die Null-Lösung damals für unausgewogen und absolut unannehmbar erklärt. Wir, ebenso wie die DKP, haben damals dieser Ansicht zugestimmt. Wir haben in dieser Zeitung damals versucht, den sowjetischen Argumenten unter anderem gegen die Parolen der Grünen Gehör zu verschaffen. Als die Sowjetunion im November 1983 nach Stationierungsbeginn die Genfer Verhandlungen abbrach, schien uns das ein plausibler Schritt. Die DKP verkündete damals, zusammen mit einigen SPD-Politikern, jetzt breche durch das Verschulden der USA eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen an. Katastrophale Folgen beispielsweise für die bundesdeutschen Handelsbeziehungen mit dem RgW wurden beschworen, als ob diese Beziehungen eine Belohnung wären, die die Sowjetunion für außenpolitisches Wohlverhalten zu stiften pflegt. Stattdessen war selbstverständlich ,,Business as

unter anderem gegen die Parolen der Grünen Gehör zu verschaffen. Als die Sowjetunion im November 1983 nach Stationierungsbeginn die Genfer Verhandlungen abbrach, schien uns das ein plausibler Schritt. Die DKP verkündete damals, zusammen mit einigen SPD-Politikern, jetzt breche durch das Verschulden der USA eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen an. Katastrophale Folgen beispielsweise für die bundesdeutschen Handelsbeziehungen mit dem RgW wurden beschworen, als ob diese Beziehungen eine Belohnung wären, die die Sowjetunion für außenpolitisches Wohlverhalten zu stiften pflegt. Stattdessen war selbstverständlich ,,Business as
usual'' angesagt.

Wenn die Sowjetunion damals die Null-Lösung aus (unserem Eindruck nach plausiblen) militärischen Gründen als unannehmbar bezeichnet hat, aber heute die Ausklammerung der britischen und französischen Atomwaffen akzeptiert, kann ihre damalige Auskunft offensichtlich nicht richtig gewesen sein. Es könnte sein, daß die Sowjetunion es zukünftig schwerer hat, in der westlichen Linken Verständnis für ihre militärstrategischen Argumente zu finden, wenn sie diese vielleicht ein paar Jahre später selbst als reines Verhandlungsgeplänkel blamiert. Dasselbe gilt, wenn die Sowjetunion vor ein paar Jahren noch SDI wegen seiner angeblich destabilisierenden Wirkung als Hauptgefahr beschwor und zum Drehpunkt jedes Abrüstungsabkommens machen wollte, während sie es heute als sekundär in den Hintergrund schiebt. In meinem Zettelkasten finde ich noch die aufgeregten Kommentare, mit denen die DKP 1985-86 SDI als ,,*Gefahr neuer Dimension*'' zur neuen ,,*Priorität*'' der Friedensbewegung hochstilisieren wollte. Damals galt als Störenfried, wer über diesen ,,neuen Minimalkonsens'' die Nase rümpfte, so wie man heute als Spielverderber gilt, wenn man die herumgereichte Sektbuddel dankend zurückweist. Tagesmoden statt prinzipieller Gesichtspunkte ist die Devise.

Allerorten ist zu lesen, mit dem Doppelnull-Abkommen werde erstmals eine ganze Waffengattung oder gar ,,zwei ganze Klassen von Atomwaffen'' (Polikeit) vernichtet. Aber erstens geht es nicht um eine oder zwei ganze Klassen von Waffen, sondern nur um Waffen einer bestimmten *Reichweite*. Zweitens geht es nur um die Waffen der USA und der Sowjetunion. Drittens unter diesen auch nur um Mittelstreckenwaffen, die am Boden stationiert sind. Erhalten bleiben Cruise Missiles auf Schiffen, in U-Booten und Flugzeugen. Unter dem Strich immer noch eine erhebliche quantitative und qualitative Zurüstung, wenn man etwa das Jahr des NATO-,,Nachrüstungsbeschlusses'', 1979, als Vergleichszeitpunkt nimmt. So gesehen ist der Frieden heute unsicherer als jemals zuvor.



„Wenn die Russen vollständig und einseitig abrüsten? Das ist natürlich rein hypothetisch, aber meine erste Reaktion wäre, daß dies nicht weit genug ginge."



„Wenn die Russen vollständig und einseitig abrüsten? Das ist natürlich rein hypothetisch, aber meine erste Reaktion wäre, daß dies nicht weit genug ginge."

Es bleibt die Tatsache, daß nach vielen ,,rüstungsbegrenzenden'' Abkommen — die uns übrigens von der DKP auch jahrelang als Nonplusultra der Entspannung angepriesen wurden — zum allerersten Mal ein Abkommen unterzeichnet wurde, das zur realen Vernichtung von bereits vorhandenen Waffen führen wird, statt lediglich die zukünftige Aufrüstung zu regulieren. Es *könnte* sein, daß diesem Abkommen weitere gleichen Charakters folgen, auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen etwa oder auch bei den sogenannten Gefechtsfeldwaffen, also Atomwaffen mit geringer Reichweite. Die Erde 67 mal vernichten zu können, macht auch für die härtesten ,,Stahlhelmer'' keinen Sinn, sondern lähmt nur ihre militärische Handlungsfähigkeit. Stichwort ,,Selbstabschreckung''. Man kann die Potentiale ohne weiteres halbieren und hätte dann immer noch genug Waffen, um die Menschheit 30 mal auszulöschen. Also immer noch 29 mal mehr als das mit Effekt einsetzbare Maximum. Möglich also, daß auf beiden Seiten weiter heruntergerüstet wird und noch manches Saufgelage, noch manches erleichterte Aufrülpsen fällig wird. Allerdings ist zu bedenken, daß das jetzt geschlossene Abkommen nur der Bereitschaft der Sowjetunion zur Hinnahme einer erheblichen ,,Asymetrie'' zu verdanken ist. Im Westen scheint die Erwartung vorherrschend, das müsse nun immer so weitergehen. Umgekehrt scheint sich in der Sowjetunion vorerst eine Denkschule durchgesetzt zu haben, die angesichts der sowieso vorhandenen Überrüstung beider Blöcke zahlenmäßige Ausgewogenheit für sekundär hält, insofern also die klassische sowjetische Doktrin von der ,,gleichen Sicherheit'' außer Kraft gesetzt hat. Daß überhaupt abgerüstet wird, erscheint dieser Richtung wichtiger als die Frage, ob die Zahlenverhältnisse ,,ausgewogen'' sind. Man ist demnach bereit, in die Abrüstungsverhandlungen größere Leistungen als die Gegenseite einzubringen, in der wohl plausiblen Annahme, daß es bei den erreichten Dimension von Überkapazitäten an Vernichtungswaffen aufs exakte Gleichgewicht sowieso nicht mehr ankommt. Die nur spekulativ zu beantwortende Frage ist, ob die Vorteile dieser neuen Sicht der Dinge die Risiken wettmachen können, die sich aus der appetitfördernden Wirkung sowjetischer Vorleistungen an die NATO ergeben. Mit dieser Frage könnte auch das innenpolitische Schicksal Gorbatschows und seiner Reformpolitik eng verknüpft sein.

Kt., Hamburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Alles Kohl

Im 120-seitigen Vertragswerk des neuen Abkommens befindet sich eine ,,geheime'' Aufstellung, was tatsächlich an landgestützten Mittelstreckenwaffen in Ost und West vorhanden ist. Und schon die ersten Veröffentlichungen dazu machen deutlich, daß nicht nur die bisher von der NATO behaupteten Zahlen bei den sowjetischen Raketen zu korrigieren sind, sondern daß bei den NATO-Raketen die öffentlich behaupteten Zahlen nicht stimmen. Der Kreis der Heuchler und Lügner ist wieder ein Stück größer geworden. Wir wollen aber doch auch erwähnen, daß der aufmerksame AK-Leser es vorher schon besser wußte bzw. gewußt haben konnte.

Pershing IA: Hier gab es angeblich nur noch 72 Raketen bei der Bundeswehr mit US-Sprengköpfen. 108 Raketen der USA waren gegen die neue Pershing II ausgetauscht worden. Inzwischen konnte man lesen, daß für die Bundeswehr allein ,,*mehr als 100*'' Raketen zur Verfügung standen. (1) Wegen der Pershing IA gehören aber auch Middle River in Maryland, wo die Abschußrampen produziert wurden, und die Longhorn-Munitionsfabrik in Texas zu den Orten, wo sowjetische Inspekteure zukünftig die Verschrottung kontrollieren sollen. (2) Man kann getrost davon ausgehen, daß sowohl die alten 108 US-Pershing IA als auch entsprechende Reserveraketen dort noch vorhanden sind. Auch wenn wir hier noch keine Zahlen liefern können, wird man sie demnächst auch noch hören. Die Bundesregierung weiß es besser und hat unter ,,Geheimverschluß'' die zuständigen Bundestagsabgeordneten über diese Zahlen informiert.

keten zur Verfügung standen. (1) Wegen der Pershing IA gehören aber auch Middle River in Maryland, wo die Abschußrampen produziert wurden, und die Longhorn-Munitionsfabrik in Texas zu den Orten, wo sowjetische Inspekteure zukünftig die Verschrottung kontrollieren sollen. (2) Man kann getrost davon ausgehen, daß sowohl die alten 108 US-Pershing IA als auch entsprechende Reserveraketen dort noch vorhanden sind. Auch wenn wir hier noch keine Zahlen liefern können, wird man sie demnächst auch noch hören. Die Bundesregierung weiß es besser und hat unter ,,Geheimverschluß'' die zuständigen Bundestagsabgeordneten über diese Zahlen informiert.

Pershing II: Hier kam heraus, daß in der BRD nicht 108 Raketen stationiert sind, wie bisher immer behauptet wurde, sondern 120. Außerdem befinden sich 39 Abschußrampen in Fort Sill in Oklahoma ,,*zu Versuchszwecken und für weltweiten Einsatz*''. (2) Die Zahl der Reserveraketen (ohne Abschußrampen) ist uns nicht bekannt. Schon 1982 hatten wir im AK geschrieben, daß 186 Pershing für die BRD vorgesehen und 226 bei der Firma bestellt worden seien. (3) Als Stationierungsorte in der BRD werden die bekannten Orte Neu-Ulm (36 Raketen), Schwäbisch-Gmünd (36) und Waldheide/Neckarsulm (36) und Wellerbach als Zentraldepot genannt. (2)

Cruise Missiles: Hier hieß es bisher, daß 52 Abschußrampen mit 208 CM sich in Europa befänden. (5) Die Stationierung sollte bis Ende 1988 mit 116 Rampen mit 464 CM abgeschlossen sein. Tatsächlich sind bereits 109 Abschußrampen mit 436 CM in Europa, also mehr als doppelt so viel, wie bisher angegeben wurden. Außerdem sind 100 CM in den USA in Titusville (Florida) und Diego (Kalifornien) ,,einsatzbereit''. (2) Auch hier hatten wir 1982 bereits die Zahl von 696 angegeben und daß hier außerdem die Reagan-Berater auf eine weitere Auftockung drängen würden. (3)

Frankfurt-Hausen: Inzwischen ist es auch amtlich, daß mitten in Frankfurt ,,*die Anlagen zur Modifizierung und zum Austausch von Ersatzteilen für die Pershing-Raketen*'' liegen. Als 1983 die Grünen entsprechende Dokumente dazu veröffentlichten, hatte Kohl das als ,,*unwahr*'' zurückgewiesen und der damalige hessische Ministerpräsident Börner konnte ,,*sich nicht vorstellen*'', daß Kohl die Unwahrheit sagen würde. Börner selbst wußte natürlich gar nichts und ebenso Wallmann, der zudem auch gar nichts wissen wollte. (5)

Bei den Raketen der Sowjetunion gibt es in aller Regel bisher keine öffentlichen Angaben, sowjetische Politiker nehmen häufig sogar die westlichen Veröffentlichungen zu Hilfe. Hier ergeben die Vertragszahlen Korrekturen nach oben und nach unten.

SS-20 und SS-4: Laut Vertragsanhang besitzt die SU 405 stationierte 45 (mit 1.215 Sprengköpfen), das sind 36 Stellungen weniger als bisher angenommen. Außerdem besitzt die SU noch 65 alte SS-4-Raketen, 47 weniger als bisher angenommen. (2) Allerdings beträgt die Gesamtzahl der SS-20 800 Raketen. Das bestätigt die bisherigen westlichen Behauptung, daß die SU für jede stationierte Rakete eine zweite zur Reserve, zum Nachladen, Reparatur- und Testzwecken bereithält. (6)

SS-23 und SS-12/22: An 130 Orten unterhält hier die SU, u.a. in der DDR und CSSR 110 Abschußrampen für SS-12 und 87 für SS-23 Raketen, wobei immer eine zweite Rakete zur Nachladung vorhanden ist. Bisher war man im Westen von ,,nur'' 130 bis 140 Abschußrampen ausgegangen. Außerdem wird die Zahl der Reserveraketen mit 506 SS-12 und 33 SS-23 angegeben.

Cruise-Missiles: Durch den Vertrag wurde jetzt bekannt, daß auch die SU inzwischen ebenfalls Cruise Missiles besitzt, und zwar 84 landgestützte. Sie seien einsatzfähig aber noch nicht stationiert. Schon länger war in westlichen Fachkreisen behauptet worden, daß die Sowjetunion die Entwicklung weitreichender Cruise Missiles abgeschlossen habe. (2)

ANMERKUNGEN

(1) FAZ, 9.12.87
(2) FAZ, 11.12.87
(3) AK 227, 15.11.82, S. 1/2: „Nachrüstung" viel höher als angegeben!
(4) Europäische Wehrkunde 9/87, S. 494
(5) AK-Artikel zu Frankfurt-Hausen: AK 238, S. 14; AK 239, S. 21; AK 241, S.15
(6) FAZ, 26.11.87

Franz-Josef will nicht...

Am 27.2.1983 erklärte Franz Josef Strauß, er werde eine Wallfahrt von Schongau nach Altötting mit der Kerze zu Fuß machen, wenn die Sowjets auf die Reagan'sche Nullösung eingehen sollten. Jetzt beim Gipfel wurde Strauß im Fernsehen öffentlich von Egon Bahr danach gefragt. Und Strauß behauptete, daß die ,,Geschäftsgrundlage'' für seine Zusage inzwischen entfallen sei, weil die SU jetzt auf die SS-20 verzichten könne, weil sie im Kurzstreckenbereich so sehr aufgerüstet hätte. Auch Bahrs Hinweis, daß die SU zumindest die Raketen wieder abbaut, die sie als ,,Gegenmaßnahme'' gegen die NATO-,,Nach''-Rüstung bezeichnet hatte, mochte Strauß nicht umstimmen. Wenn das der Seele von Strauß nur gut bekommen wird!

Feste feiern wie sie fallen

Der ideelle Gesamtgrüne liebt die Versöhnung und haßt den Streit. Harmonie im Kleinen stimmt ihn heiter, Harmonie im Globalen führt zu Euphorie: Denn nur dann sind die ganze Welt und die grüne Innerlichkeit Eins.
Wenn diese Befindlichkeit zur Praxis wird, wenn sich also ganz real der
aus dem veranschlagten Etat von 20.000 DM.
Es traten auf:
— Eine Vertreterin der amerikanischen Botschaft, die das markerschütternde Gelächter des Botschafters nach Erhalt der Einladung geflissentlich verschwieg und es ,,very toll'' fand, an

Feste feiern wie sie fallen

Der ideelle Gesamtgrüne liebt die Versöhnung und haßt den Streit. Harmonie im Kleinen stimmt ihn heiter, Harmonie im Globalen führt zu Euphorie: Denn nur dann sind die ganze Welt und die grüne Innerlichkeit Eins.

Wenn diese Befindlichkeit zur Praxis wird, wenn sich also ganz real der Kleinbürger als der ideelle Weltmittelpunkt geriert — dann entsteht ... Kitsch!

Selten wurde dies so offenkundig wie am 7.12.87, als die Grünen im Bundestag zum Abrüstungsgipfel einen Gipfel an Realsatire, an unfreiwilliger, schmunzelfreier Parodie zelebrierten.

Vor allem wollten es die Grünen nicht via Satellit sondern live, sozusagen zum Anfassen. Nicht im Kreml oder Weißen Haus — nein: bei einem Empfang der Bundestagsgrünen sollten die Supermächte das Sektglas kredenzen. Mit Mehrheitsbeschluß eingeladen wurden aus diesem Grund US-Botschafter Burt und sein sowjetischer Kollege Kwizinskij. Für die feierliche Umrahmung kam nur eins in Frage: Klassische Musik live. Eigens zum Empfang wurde folgerichtig ein komplettes Orchester nach Bonn beordert. Der geistige Höhepunkt, sozusagen das Tüpfelchen auf dem i aber sollte eine Rede sein, die von keinem geringeren als einem waschechten Philosophen gehalten werden konnte. Also setzte sich Udo Knapp, Urheber dieser grandiosen Inszenierung, an sein Telefon und verlangte Jürgen Habermas. Das war der erste Fehler. Habermas fühlte sich nicht geschmeichelt sondern beleidigt. Wie könne man ihm, dem Philosophen, zumuten, mit einem Herrn Burt auch nur eine einzige Minute gemeinsam in einem Raum zu verbringen ...?! Dies war zweifelsohne der kritischste Moment in der Knapp'schen Inszenierung, Heidegger und Jaspers sind schließlich tot.

Doch dann der rettende Einfall: Ein Deutsch-Amerikaner, der Philosoph Hans Jonas, sollte aus New York eingeflogen werden, um vor dem Angestellten Knapp, den Supermächten sowie den Grünen das Wort zum Gipfel zu ergreifen. Aber auch dieser zog es vor zu schweigen und damit Philosoph zu bleiben: ,,Wann sollte es denn sein?'' fragte er den Mitarbeiter Waltraud Schoppes. ,,Ach, bereits in 18 Tagen? Wissen Sie, Herr Knapp, ich bin Philosoph. Da brauche ich keine 18 Tage sondern vier Jahre bevor ich mich in dieser Angelegenheit äußere.''

Und so geschah es, daß der Schwarze Peter wieder einmal bei dem Psychoanalytiker, dem Gießener Professor Horst Eberhard Richter, hängen blieb, der bei dieser Offerte zwar ebenfalls mit ,,Beklemmungen'' zu kämpfen hatte, nach gutem Zureden des Abgeordneten Mechtersheimer den Weg nach Bonn aber schließlich antrat.

Am 7.12.87 ging das große Ereignis im Bonner Kulturzentrum ,,Pantheon'' über die Bühne. Gegeizt wurde nicht: Das großzügige Büffet und die Freirunden an Sekt entsprachen durchaus dem veranschlagten Etat von 20.000 DM.

Es traten auf:

— Eine Vertreterin der amerikanischen Botschaft, die das markerschütternde Gelächter des Botschafters nach Erhalt der Einladung geflissentlich verschwieg und es ,,very toll'' fand, an diesem Abend dabeisein zu dürfen. Der Herr Botschafter würde seine Unpäßlichkeit ,,wirklich sehr bedauern''. Beifall ...

— Der sowjetische Botschafter Kwizinskij, der sich auch in diesem Rahmen nicht verkneifen konnte, in Anlehnung an die Prawda-Sprachregelung die positive Rolle der Bundesregierung bei dem Zustandekommen des INF-Abkommens zu würdigen. Beifall ...

— Der Psychoanalytiker H.E. Richter, der den Aufruf zum Abbau der Feindbilder gekonnt verknüpfte mit einem Plädoyer — wie konnt' es anders sein — zur Beendigung des Flügelstreits innerhalb der Grünen. Starker Beifall ...

— Ein Vertreter der Bonner Friedensbewegung, dem es gestattet wurde, ein nicht ganz humorloses und dennoch kritisches Gedicht über die real existierende Abrüstung vorzutragen, der jedoch mit einem abschließenden Appell, die Sektgläser ab jetzt nur noch halbvoll zu gießen, da die Abrüstung so dolle doch nicht sei, die Groteske lediglich komplettierte: Wer es jetzt mit der Friedensbewegung gut meinte, durfte sich fortan die doppelte Menge halbvoller Sektgläser vom Tablett nehmen ...

Als schließlich das Orchester eine gefühlvolle Kammersuite des US-Komponisten Charles Ives anstimmte, und auch auf dem Büffet nur noch Reste der Garnierung herumlagen, machte sich der Beobachter fluchtartig aus dem Wind.

Für die meisten Gäste soll es aber noch eine lange Nacht gewesen ein. Zwar wurde auf die Darbietung der ,,Kleinen Nachtmusik'' von W.A. Mozart, die ein echter Treffer gewesen wäre, verzichtet (unbarmherzig aber ,,symbolhaft'' wurde stattdessen dem US-Komponisten das Werk eines sowjetischen Künstlers, Schostakowitsch, gegenübergestellt — dafür aber durfte mensch zu später Stunde zum Bluesrock des ,,Frankfurter Kurorchester'' noch einige Stunden lang vortrefflich und ausgelassen schwoofen.

Und die Franktionslinke? Thomas Ebermann, der Fraktionssprecher ist durch Nicht-Anwesenheit mal wieder unangenehm aufgefallen. Seine Kollgin Beer jedoch war dabei — hatte sie doch, um das von ihr initiierte ,,Fest'' durch die Fraktion zu bringen sogar die Einladung an Burt akzeptiert.

,,Eine Taube macht noch keinen Frieden'', hieß es in den Einladungsplakaten, ,,aber Mut zum Feiern!'' Und Mut haben sie, diese Grünen.

ms, Bonn

Fortsetzung von Seite 1

AUF-RUHR AUF-RUHR AUF-RUHR



Seit dem 28.11. verging kaum ein Tag, an dem nicht eine größere Aktion stattfand. Vor allem blieben diese Aktionen nicht auf das Hüttenwerk beschränkt, sondern erfaßten nahezu die gesamte Stadt Duisburg und Umgebung und breiteten sich auch in andere Stahlbetriebe aus. Mit dem Stahlaktionstag am 10. Dezember, zeitgleich zu den Warnstreiks der Bergarbeiter, war das gesamte Ruhrgebiet in Bewegung.

In diesem Ausmaß neu waren die bei gewerkschaftlichen Kämpfen kaum gewohnten Aktionen, die neben den wiederholten Streiks und Demonstrationen praktiziert wurden. Die blitzschnellen Besetzungen von wichtigen Räumen und Gebäuden, vor allem aber die Verkehrs- und Brückenblockaden zeigten Wirkung und drückten Entschlossenheit aus. Nicht nur hier scheint man von den politischen Protestbewegungen der letzten fünfzehn Jahre effektive Protestformen abgeschaut zu haben. Es ist schon erstaunlich, daß auf dem Werksgelände ein Piratensender ,,Radio Stahlwelle'' agierte, dessen mangelnde Reichweite und noch mangelhaftere Sendequalität Eingeweihte an die ersten alternativen Radios, vor allem aber an ,,Radio Hafenstraße'' erinnert, das mit den gleichen Macken anfing. Auch das häufiger als Drohung in den Raum geworfene Schreckbild ,,wie Kreuzberg, wie die Hafenstraße'' scheint die dortigen Ereignisse nicht einseitig als blindes Chaotentum abqualifiziert widerzuspiegeln, sondern feste Entschlossenheit anzukündigen.

Umgekehrt erweist sich der Staat als äußerst vorsichtig und zurückhaltend. Besetzungsaktionen und Blockaden in anderen Zusammenhängen haben sofort den staatlichen Repressionsapparat auf den Plan gerufen. Räumungen, Festnahmen, Anklagen und Strafen waren gegenüber der Friedensbewegung die Regel. Und jetzt? Innenminister Schnoor verteidigt entschieden das Demonstrations- und Arbeitskampfrecht für die Kumpels von der Ruhr. Blockaden? *,,Verkehrsbeeinträchtigungen müssen hingenommen werden. Wenn Tausenden der Verlust des Arbeitsplatzes zugemutet werden soll, werden diejenigen, die Arbeit haben, mal einen Stau ertragen können.''* (WAZ, 11.12.87). Äußerst bedacht auf Konfliktvermeidung agieren SPD und Polizei, bemüht, nur ja kein Öl ins Feuer zu gießen. Schnoors Hinweis, daß sich andernfalls mit Stahlarbeitern und Polizei *,,Kinder des Reviers gegenüberstehen''*, verweist auf den sozialen Sprengstoff des Konflikts. Und

daß sich andernfalls mit Stahlarbeitern und Polizei *,,Kinder des Reviers gegenüberstehen''*, verweist auf den sozialen Sprengstoff des Konflikts. Und

auch die CDU hält sich zurück, Zimmermann — sonst immer die Schnauze vorn, wenn's um die formale Rechtsstaatlichkeit geht — schweigt. Allein die FAZ traut sich — wohl wissend, daß sie die Täter nicht erreicht —, die ,,Duldung von Rechtsbrüchen'' und die Verluderung der Normen zu beklagen.

Allen scheint klar zu sein, daß die finsteren Drohungen mit Randale, Brammen auf die Autobahnen schmeißen etc. Gefahren in sich bergen, die anderen Kalibers wären, als das, was heute in der Gewaltdiskussion abgehandelt wird. Bloß den schlafenden Riesen nicht zur Auseinandersetzung außerhalb der Arbeitskampfrituale reizen, scheint hier die Devise zu sein. Dies läßt auch ahnen, was an gesellschaftlicher Kraft in einer politisch handelnden Arbeiterbewegung schlummert.

Reviersterben auf Raten

Woher dieser plötzliche Auf-Ruhr, wo doch schon seit Jahren Zechen stillgelegt und Stahlbetriebe dichtgemacht, die Belegschaften immer weiter reduziert worden sind? In Rheinhausen war gerade zwei Monate zuvor der Beschäftigtenabbau um 2000 vereinbart worden. Die heute noch arbeitenden 5.300 Hüttenwerker sind von einstmals 16.000 im Jahre 1960 nachgeblieben. Kohle und Stahl, die tragenden Säulen des Ruhrgebiets, sind schon lange in der Krise, nicht sterbende, aber in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gesunkene Branchen. Das Ruhrgebiet, diese einmalige Zusammenballung von Menschenmassen und Fabriken auf kleinem Raum, blutet strukturell und finanziell aus, ohne daß ein Ende abzusehen ist und ohne daß Ersatzarbeitsplätze in Sicht sind. Das Spiel ist immer das gleiche: Entweder es wird in Schüben entlassen, die Entlassenen bekommen häufig Umschulungen oder günstige Sozialpläne, fallen also nicht ganz, sondern nur halb ins Nichts. Viele verlassen das Ruhrgebiet, die Großstädte haben seit Jahren Einwohnerschwund. Oder die Belegschaften bäumten sich auf, wie 1984 bei Mönninghoff, zwei Jahre später bei Thyssen in Oberhausen oder — allen noch frisch in Erinnerung — in diesem Jahr auf der Henrichshütte in Hattingen. Sie war Vorbild für friedlichen, breiten Protest, für eine Volksbewegung unter dem Motto *,,Stirbt die Hütte, stirbt die Stadt''*. Höhepunkt war im März beim ,,Generalstreik'' im 60.000 Köpfe zählenden Städtchen die Demonstration mit 30.000 Menschen. Kaum einer, der gehen konnte, fehlte. Zwar konnten die rabiaten Entlassungspläne immer behindert, aber der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden, so auch in Hattingen. Es droht das schleichende Ausbluten der Betriebe. Und vieles spricht dafür, daß die Konzerne dies untereinander abgestimmt, scheibchenweise praktizieren. Das ist eine Erfahrung.

Die andere: Die Gewerkschaften set- untereinander abgestimmt, scheibchenweise praktizieren. Das ist eine Erfahrung.

Die andere: Die Gewerkschaften setzen dem nichts entgegen, sondern machen mangels Alternative diese Entwicklung mit. Die IG Metall hatte stolz die ,,Frankfurter Vereinbarung'' vom Oktober als Gegenhandeln beschrieben, obwohl sie dort dem Abbau von 35.000 Stahlarbeitsplätzen zugestimmt hat. Das Beharren auf Ersatzarbeitsplätzen und Beschäftigungsgesellschaften ist Handlungsersatz, weil die Stahlkonzerne daran nur reduziertes Interesse haben. Wichtigerer Teil von Vereinbarungen ist für sie der, wo sie für Rationalisierung und Entlassungen grünes Licht bekommen. Da wird gehandelt. Und danach setzen die Stahlmanager noch einen obendrauf und beschließen trotz Montanmitbestimmung zusätzlich die Schließung eines wichtigen und modernen Stahlstandorts. Noch krasser läuft die wehrlose Anpassungsentwicklung im Steinkohlebergbau, wo die IG Bergbau völlig widerstandslos dem Abbau von weiteren 30.000 Arbeitsplätzen zustimmt und die Bergarbeiter wie am 10.12. nur mobilisiert, um der Gegenseite zu beweisen, daß sie es kann. Dann sind zwar 100.000 in Aktion, aber so richtig ernst nimmt das niemand.

Schließlich die Erfahrung mit den Regierungen. Im besten Fall beteiligen sie sich finanziell an der ,,sozialverträglichen'' Anpassung. Immer mehr kommt es fast zu einem Rollenspiel zwischen CDU und SPD. Johannes

sie sich finanziell an der ,,sozialverträglichen'' Anpassung. Immer mehr kommt es fast zu einem Rollenspiel zwischen CDU und SPD. Johannes

Rau sagt vor den Rheinhausener Stahlwerkern: Jawohl, wir wollen die Hütte retten, aber *,,was soll ich denn machen, die Musik wird in Bonn bestellt.''* Bonn wiederum findet, die Musik müsse aus Düsseldorf, vor allem aber aus Brüssel kommen. Bei so was wird nicht nur der Bauer sauer. Wenn sich dann noch Norbert Blüm zu Wort meldet, er hätte einige hundert Arbeitsplätze in vier verschiedenen Betrieben aus drei völlig unterschiedlichen Branchen (Bayer und Henkel/Chemie, Burda/Druck und Bo-Frost/Nahrung) anzubieten, dann wird klar: die lassen das Stahlwerk sausen.

Vieles davon mag zum Rheinhausener Ausbruch beigetragen haben. Auf jeden Fall die Unverschämtheit der Krupp-Bosse, mit dem Betriebsrat einen Sozialplan für 2000 Abgebaute zu unterzeichnen, dabei eine Standortgarantie für die Hütte zu geben, mit der IG Metall Stillhalteabkommen zu schließen und kurze Zeit später das Gegenteil bekannt werden zu lassen. Nicht umsonst ist Vorstandsvorsitzender Cromme, der an all diesen Vorgängen beteiligt war, der bestgehaßte Mann bei Krupp. Nicht wenige stehen hinter dem Spruch *,,Stirbt Krupp, stirbt auch Cromme''*.

Neue Erfahrungen

Neue Erfahrungen

Blamiert hat sich in der Notsituation die gepriesene Montanmitbestimmung, was natürlich wieder nur ,,Mißmanagern'' angehängt werden dürfte. Blamiert hat sich die IG Metall, die offenkundig ihre Bergbau-Schwestergewerkschaft kopieren wollte. Sie ist mit dem Frankfurter Befriedungsabkommen auf die Nase gefallen und erwies sich als handlungsunfähig. Nicht zufällig geistert durch die Presse die Geschichte vom kühlen Empfang für Steinkühler in Rheinhausen am Stahlaktionstag. Unmittelbar war die Enttäuschung über die eigene Gewerkschaft groß. Das erste Handeln lag in den Händen der betrieblichen und örtlichen Funktionäre, wenngleich die Sozialdemokratie schnell auf die spontane Entwicklung reagiert hat und behutsam um Mäßigung bemüht ist. Dennoch ist der unterschiedliche gewerkschaftliche Hintergrund der Stahlarbeiter im Vergleich zum befriedeten Bergbau deutlich zu bemerken gewesen: häufigere Kampferfahrung und größere Kampfbereitschaft ließen sich unmittelbar — spontan und kurzfristig organisiert — umsetzen.

Und die Rheinhausener haben gegenüber dem vorherrschenden Entwicklungstrend des Sterbens im Revier wichtige Signale gesetzt: Sie haben nicht abgewartet und einen Unterhändler nach Essen geschickt. Sie haben zu konsequenteren Aktionsformen

nicht abgewartet und einen Unterhändler nach Essen geschickt. Sie haben zu konsequenteren Aktionsformen

gegriffen, als man sie gemeinhin aus den letzten Jahrzehnten bundesdeutscher Arbeiterbewegung kennt und damit, unbewußt vielleicht, zu verstehen gegeben, daß sie eine ganze Menge von den politischen Protestbewegungen der letzten Jahre aufgenommen haben. Es gab am Stahlaktionstag Zusammenarbeit zwischen Stahl- und Bergarbeitern, von denen Teile sich an den Blockaden beteiligten und aus den IGBE-Ritualen ausbrachen. Es gab Zusammenarbeit mit um die Arbeitsplätze konkurrierenden Stahlbetrieben; auch wenn dort noch der Wunsch, der Kelch möge diesmal noch am eigenen Betrieb vorübergehen, dominiert, wie Krupp-Kollegen beklagten. Doch könnte die kämpferische Antwort der Krupp-Belegschaft auf die Herausforderung des Managements die Diskussion darum fördern, daß nur so etwas wie *Solidarität* die sukzessive Zerstörung von Arbeiten und Leben im Revier aufzuhalten vermag.

Die Ruhrgebietskrise ist an einem Punkt des Dahinsiechens angelangt, wo das Vertrauen in die soziale Abfederung als kleineres Übel sich zersetzen muß; wo die Einsicht her muß, daß, man mit den bisherigen Verfahren von rechtlich begrenzten Kampfaktionen und anschließender Verhandlungslösung heute keine Nischen mehr findet, sondern neue Löcher reißt. Auch die notwendigen Diskussionen um Vergesellschaftung, Beschäftigungsprogramme und Produktalternativen sind an Umsetzungsgrenzen der Kapitalmacht angelangt, wo klar ist: Der Gegenseite geht es um das Durchzocken der Sanierung. Die Antwort von Thyssen-Sprecher Dreesbach auf die Protestwelle *,,Ohren zu und durch!''* belegt nicht nur dies, sondern zeigt, daß man darauf vertraut, auch diese Aktionen werden sich totlaufen, bis die Leute für die Abfederungs-Verhandlungen weich sind. Die Spekulation mag aufgehen. Doch haben die Krupp-Aktionen neue Impulse für die Auseinandersetzung gegeben. Vielleicht zeugen die herben Sprüche à la Kreuzberg, Hafenstraße davon, daß man den Willen, sein Ziel durchzusetzen, dort eher wiederfindet, als in den bisherigen gewerkschaftlichen Aktionen.

hr.



Rheinbrückenblockade am 2.12.



Chronik des Ruhrkampfs

Frühjahr 1987 Die Pläne von Krupp für 2000 Entlassungen im Hüttenwerk Duisburg-Rheinhausen mit zu dieser Zeit 6.200 Beschäftigten werden bekannt.

April Die Rheinhausener organisieren eine Protestdemonstration.

Herbst Im Rahmen eines gesamten Plans für die Krupp-Werke akzeptiert der Rheinhausener Betriebsrat die sozial abgefederte Entlassung von 2000 Beschäftigten bis Ende 1988. Ein Sozialplan wird erstellt. Der Erhalt Duisburgs als Stahlstandort versprochen. Unterzeichner auf Unternehmensseite Vorstandsvorsitzender Cromme.

27.11. Eine Bombe platzt. Krupps Stillegungspläne werden durch eine Indiskretion bekannt: Das Werk Rheinhausen mit 5.300 Beschäftigten soll geschlossen werden. Zu dieser Zeit sind 900 der im Herbst vereinbarten 2000 Beschäftigten abgebaut.

28.11. Erster Proteststreik im Rheinhausener Werk. Vorstandsvorsitzender Cromme wird auf der Betriebsversammlung ausgepfiffen und mit Eiern beworfen. 24 Stunden rund um die Uhr ist das Betriebsratsbüro an diesem Tag und den weiteren für Beratungen geöffnet.

30.11. Erneut Streik und Betriebsversammlung im Rheinhausener Werk mit insgesamt 10.000 Teilnehmern. Cromme kann kaum ausreden, wird mit Eiern, Tomaten und Orangen bombardiert, ein CDU-Bundestagsabgeordneter leicht am Kopf verletzt. Sprechchöre „Lügner", „Verräter". Eine Strohpuppe mit dem Schild „Cromme" wird in Brand gesteckt. Cromme tätlich angegriffen und von einem Ei getroffen. Redner auf der Betriebsversammlung prophezeien oder drohen mit „Kreuzberger Verhältnissen" oder „Hafenstraßen-Krawallen".

1.12. Streik in Rheinhausen, Proteststreiks in allen Kruppwerken, in Bochum sind es 6.000.

2.12. Die Auseinandersetzung wird verschärft. Ab morgens 5 Uhr besetzen 600 Stahlarbeiter die Rheinbrücke zwischen den Stadtteilen Rheinhausen und Hochfeld und bringen den Verkehr zum Erliegen. Weitere Straßen werden besetzt. Auf einer Kundgebung ist Ministerpräsident Rau (SPD) der Hauptredner. Abends diskutieren 1000 Beschäftigte mit Kollegen aus ehemals besetzten Betrieben auf einer Veranstaltung „Betriebsbesetzungen — ein Mittel der gewerkschaftlichen Gegenwehr?"

3.12. 12.000 Duisburger SchülerInnen und Kinder mit ihren Eltern demonstrieren zu einer Protestkundgebung in die Rheinhausener Hütte.

In Castrop Rauxel reagieren die Beschäftigten von Klöckner Becorit, einem Bergbau-Zulieferbetrieb für Grubengeräte mit einem Streik auf die geplante Entlassung von 500 Kollegen. Sie veranstalten eine mehrstündige Verkehrsblockade.

5.12. In Castrop-Rauxel demonstrieren mehrere tausend Menschen gegen die Entlassungen bei Klöckner-Becorit und im BASF-Werk (Chemie).

6.12. Etwa 800 Leute beteiligen sich an der lange vorgeplanten „Ruhrgebietskonferenz" in Oberhausen, die von Betriebsräten, Memorandum-Gruppe, DKP, Grünen u.a. In ihrer Abschlußresolution fordern die Beteiligten den Erhalt aller Stahl- und Bergbauarbeitsplätze, ein ökologisches, soziales und beschäftigungswirksames Arbeitsplatzprogramm, die Vergesellschaftung der Stahlindustrie, den Ausstieg aus der Atomenergie, Vorrang für die Kohle. Kritik wird am „Überbrückungskonzept" der IG Bergbau sowie an den Stahlvereinbarungen der IG Metall vom Oktober geübt, die die Kahlschlagpolitik bei Kohle und Stahl nicht verhindern könnten.

7.12. Aufsichtsratssitzung bei der Krupp AG in Bochum. Aus einer Kundgebung von 6.000 Beschäftigten aus mehreren Werken heraus stürmen einige hundert das Gebäude, drängen die Türen auf und laufen die Treppen bis zum 11. Stock hinauf (die Fahrstühle waren vorsorglich abgestellt). Dort wurde ein Brandtür aus Glas eingetreten und der Sitzungssaal des Aufsichtsrats im 12. Stock besetzt. Nach längerer Belagerung und Diskussionen wurde die Besetzung aufgelöst. Zuvor war das kalte Buffet verzehrt worden, die Zigarren und einige weitere Souvenirs gingen mit. Erstmals tauchte ein Steckbrief für Cromme auf, gesucht, „tot oder lebendig".

8.12. Die Protestaktionen und Streiks seit Ende November hätten im nahezu stilliegenden Werk Rheinhausen zu einem Produktionsausfall von ca. 40.000 Tonnen Stahl geführt, läßt die Unternehmensleitung bekanntgeben.

9.12. Protestkundgebung von 13.000 vor der Hütte in Rheinhausen. Dabei sind auch 6000 ÖTV-Mitglieder zumeist aus der Stadtverwaltung. Hauptrednerin ist die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies. Eine Kolonne von 200 Bussen, Müllwagen und Reinigungsfahrzeugen fuhr von Duisburg nach Rheinhausen.

Als der Krupp-Aufsichtsrat in der Essener Villa Hügel zusammentreten will, haben sich dort über 500 Krupp-Arbeiter aus verschiedenen Werken versammelt. Sie belagern den Eingang, entzünden Feuer zum Aufwärmen. Während Aufsichtsratsmitglied Breit (DGB-Vors.) zur Disziplin mahnt, wird Manager Berthold Beitz bedrängt. Die Demonstranten dringen trotzdem in die Vorhalle der Villa ein. Ein Betriebsrat erklärt später: „*Erstmals haben Arbeiter den Tempel des Kapitals und der Politik gestürmt.*" Während in der Presse auf die Tradition des Krupp-Konzerns und den Besuch Kaiser Wilhelms II. in der Villa Hügel hingewiesen wird, wird schamhaft der Besuch Adolf Hitlers verschwiegen.

10.12. Aktionstag im Ruhrgebiet, in Duisburg herrscht Generalstreik-Klima. Schätzungsweise 200.000 haben sich beteiligt. Darunter 100.000 Bergarbeiter, die in aller Regel 1 1/2 Stunden warnstreiken. Sie folgen einem schon lange geplantenAufruf der IG Bergbau für diesen Tag, die am Vortag der Bonner Kohlerunde Mobilisierungsfähigkeit beweisen will. In Bottrop, Gelsenkirchen, Dorsten und Lünen scheren Bergarbeiter aus diesem Rahmen aus und organisieren Straßenblockaden. In Bergkamen blockieren 4000 Bergarbeiter kurzfristig die Verkehrswege.

Schwerpunkt der Aktionen ist Duisburg, wo etwa 50.000 Beschäftigte demonstrieren. Stahlarbeiter aus Rheinhausen und Bauern mit Traktoren machen alle drei Rheinbrücken dicht. 10.000 Thyssenarbeiter organisieren im Duisburger Norden Blockaden der Autobahnauffahrten und der Hauptverkehrsstraßen. Die Belegschaften von Mannesmann und Thyssen-Süd blockieren den Süden der Stadt.

In Dortmund demonstrieren 10.000 Menschen. Die Frühschicht der Hoesch-Stahlwerke legt die Hauptverkehrsader des Ruhrgebiets, die B 1, fast vier Stunden lahm. 3.500 Demonstranten blockieren in Essen den Emscher Schnellweg. In Hattingen legen die Beschäftigten der von Stillegung bedrohten Thyssen-Henrichshütte die Stadt lahm. In Castrop-Rauxel machen 500 Klöckner-Becorit-Arbeiter erneut Verkehrsblockaden. Blockaden auch in Bochum, wo sich 12.000 Menschen an einer Kundgebung beteiligen. Im Siegener Stahlgebiet organisieren 3000 Arbeiter Verkehrsbehinderungen. Größere Demonstrationen gibt es noch in Hagen, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Krefeld und Oberhausen.

Warnstreiks und Solidaritätsdemonstrationen gibt es auch bei Klöckner in Bremen, Peine in Salzgitter und auf der Maxhütte in Sulzbach.

Was ist die Stahlkrise?

Seit 1974/75 ist in mittlerweile drei Entlassungswellen die Entwicklung der Stahlindustrie den veränderten Bedingungen des Weltmarktes (Rückgang des Stahlverbrauchs, geringeres Wirtschaftswachstum, neue internationaler Konkurrenz), veränderten Produktionsbedingungen (Verdrängung von Stahl durch andere Stoffe) Rechnung getragen worden. Gleichzeitig wirkte krisenverschärfend, daß in der Vergangenheit in Erwartung höherer Wachstumsraten für andere Kapazitäten geplant wurde. Nichtsdestotrotz besitzen die Stahlkonzerne der BRD die Spitzenstellung in der EG mit fast einem Drittel der gesamten Rohstahlerzeugung und des gesamten Rohstahlverbrauchs aller EG-Länder. Zur Senkung der Kosten in den Stahlunternehmen haben die BRD-Konzerne von 1975 bis 1985 die Stahlbelegschaften um 70.000 auf 150.000 abgebaut, ohne daß die Stahlerzeugung sank. Pro Stahlarbeiter wurden 1975 18,36 Tonnen, 1985 schon 27 Tonnen Stahl hergestellt. Der Umsatz pro Beschäftigten hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Neben höherer Ausbeutung der Arbeitskraft sorgte der Einsatz modernster Produktionsverfahren für einen relativ erhöhten Stahlausstoß.

Die derzeit laufende dritte Entlassungswelle war Regelungsgegenstand der „Frankfurter Vereinbarung" einer konzertierten Aktion aus Stahlindustriellen, Bundesregierung sowie IG Metall. Sie vereinbarten Anfang Oktober *einvernehmlich* einen Arbeitsplatzabbau von 35.000 in der Stahlindustrie bis Ende 1989. Eckpunkte der damaligen Vereinbarung waren: „sozial verträgliche" Abwicklung der so genannten Gesundschrumpfung, keine abrupten Massenentlassungen, sondern Frühverrentungen, Umsetzungen innerhalb der Konzerne, Umschulungen etc. Finanziert werden sollten diese Maßnahmen aus etwa 1,8 Mrd. DM, die sich Kapitalisten, EG sowie Bund/Länder zu je einem Drittel teilen. Den Forderungen der IG Metall nach Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und Beschäftigungsgesellschaften wurde per *Absichts*erklärung zugestimmt.

Nicht einmal zwei Monate später löste eine gezielte Indiskretion den möglichen Beginn einer sozialen Explosion aus. Erstmals soll ein relevanter Stahlstandort völlig stillgelegt werden: Das fast hundert Jahre alte, aber hochmoderne Krupp-Hüttenwerk in Duisburg-Rheinhausen. Die IG Metall, gerade noch den Stillhaltepakt bejubelnd, wurde kalt erwischt. Die Enthüllung belegt, was Linke seit langem behaupten: Geht es hart auf hart, ist die Montanmitbestimmung ebenso wie solche Vereinbarungen eine Farce, die Entscheidungen sprechen die Konzerne untereinadner ab. Erst Mitte 1988 wollten die drei Konzerne Krupp, Thyssen und Mannesmann mit ihren Vorbereitungen an die Öffentlichkeit treten: Das Stahlwerk in Rheinhausen wird stillgelegt, die Stahlproduktion ins benachbarte Werk von Mannesmann in Duisburg-Huckingen verlegt, das auch die Belieferung des Bochumer Krupp-Werks von Rheinhausen mit Profilstahl übernehmen soll. In der Folge wird auch das Hochofenwerk stillgelegt. Die bisherige Walzstahlproduktion wird nach Thyssen in Duisburg verlegt. Damit wäre das gesamte Stahlwerk mit seinen 5.300 Beschäftigten überflüssig.

Rheinhausen ist damit zu einem neuen Brennpunkt des Kampfes um Stahlarbeitsplätze geworden. Die IG Metall-Vereinbarung von Frankfurt hatte den langsamen Tod der Thyssenwerke Henrichshütte in Hattingen und in Oberhausen sowie der Klöcknerwerke Maxhütte in Bayern und Georgsmarienhütte in Osnabrück ebenso akzeptiert, wie einschneidende Entlassungen im Saarland und bei Peine-Salzgitter. Nach der neuesten Entwicklung muß von mindestens 40.000 gefährdeten Stahlarbeitsplätzen ausgegangen werden, denn Rheinhausen war in den bisherigen Rechnungen nur mit noch 1.100 Entlassungen eingeplant. Damit wird aber auch die Befürchtung genährt, daß es noch weitreichendere Sanierungspläne gibt (u.a. das Gerücht, daß Krupp seinen gesamten Stahlsektor abstoßen will, daß Hoesch zum Ende des Jahrzehnts größere Sanierungen plant), die Konzerne sich untereinander aber einig sind, diese Entwicklung scheibchenweise zu betreiben, um den Widerstand so gering wie möglich zu halten.

Anmerkung: Ausführlich zum Hintergrund der „Krise der kapitalistischen Stahlindustrie",Teil 1 die EG in ARBEITERKAMPF 285, Teil 2 die BRD, das IGM-Konzept in AK 286. Zur „Frankfurter Vereinbarung" in AK 287.



Feuer vor der Villa



Aufsichtsratszigarren

Die Revierkrise am Beispiel Duisburg

Duisburg? Das ist Stahl, Smog und Schimanski. Eine Stadt mit etwa 600.000 Einwohnern, einem auf der anderen Rheinseite gelegenen Stadtteil Rheinhausen, den 70.000 Menschen bewohnen. Hier liegt das stillegungsbedrohte Krupp-Hüttenwerk mit heute noch 5.300 Beschäftigten (im Frühjahr waren es noch 6.200). Duisburg war einmal *die* Montanstadt. Doch der Bergbau ist bis auf 6.500 Beschäftigte stillgelegt, „nordgewandert". 1980 waren es noch 58.000 Beschäftigte, die in den Stahlwerken renommierter Namen wie Krupp, Thyssen und Mannesmann arbeiteten. Heute sind es noch 43.800 Menschen. Und wenn die neuen Pläne realisiert werden, sind es am Ende dieses Jahrzehnts noch etwa 10.000 weniger.

Duisburgs Stahlarbeiter haben sich in der Vergangenheit den Ruf erworben, besonders kämpferisch zu sein. Ob in den „wilden" Septemberstreiks 1969, ob im „wilden" Streik 1974 im Profilwalzwerk bei Mannesmann oder auch im sechswöchigen Stahlstreik um die 35-Stundenwoche 1978/79, die Duisburger gehörten zu den Aktivsten.

16,7% waren offiziell im November in Duisburg arbeitslos. Das sind 32.000 Menschen, 25% von ihnen sind jünger als 25 Jahre, 1000 Jugendliche haben keine Lehrstelle.

Arbeitslosigkeit in den Ruhrstädten (Oktober 1987)

Herne	18,5%
Castrop-Rauxel	17,7%
Dortmund	17,0%
Gelsenkirchen	16,9%
Duisburg	16,7%
Bochum	16 ,6%
Oberhausen	15,6%
Ruhrgebiet gesamt	15,2%
NRW gesamt	10,7%

Von allen Ruhrgebietsstädten hat Duisburg die höchste Verschuldung. Je mehr Arbeitslose, je mehr Sozialhilfeempfänger, desto geringer die Einnahmen der Stadt und desto größer die Ausgaben. Die Finanzlage wird sich nach der Steuerreform 1988 extrem verschärfen. Die wird nämlich nach Einschätzung von Experten vor allem zu Lasten der Kommunen gehen, bis zu einem Drittel Einnahmen für Investitionen könnten dabei wegfallen. Die Stadthaushalte werden noch schmaler. Opfer werden solche Städte wie Duisburg, Opfer vor allem die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger sein, für die die Gemeinden aufkommen müssen. Von 8 auf 42 Millionen DM sind seit 1982 die Sozialkosten der Stadt gestiegen. Und die Sozialhilfeempfänger selber sind durchschnittlich jünger als 40 Jahre.

Und doch, die Menschen arbeiten hier nicht nur oder sind arbeitslos, sondern sie wohnen und leben in Duisburg. Wenn die Umfrage der Illustrierten Bunte vom November 1987 in zwölf bundesdeutschen Großstädten stimmt, dann wohnen und leben sie gern in Duisburg: nach Essen und vor Hamburg rangiert die Stadt an zweiter Stelle.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist die Kohlekrise?

Am 11. Dezember hat die „Kohlerunde" aus Regierungsvertretern des Bundes und der Länder Saarland und NRW, aus Bergbau-Unternehmern und der IG Bergbau den Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau beschlossen. Dieser Arbeitsplatzabbau bis in die neunziger Jahre soll wie üblich sozial abgemildert werden. Massenentlassungen will man vermeiden.

Damit schrumpft die Beschäftigung im Bergbau weiter dramatisch. Von über 600.000 Arbeitern 1957 über weniger als 300.000 im Jahr 1970 sind heute noch 170.000 Bergarbeiter geblieben. In den neunziger Jahren werden es maximal noch 140.000 sein. Die „Kohlerunde" war sich darin einig, eine Überkapazität von etwa 13 Millionen Tonnen Kohleförderung abzubauen. Vielfach wird auch diese Schätzung für unrealistisch angesehen und das Doppelte an Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen erwartet.

Was ist der Hintergrund für den Rückgang der Kohleproduktion und die Tatsache, daß überproduziert wird und die Subventionen für die Kohle heute bereits die Hälfte des Umsatzes im Bergbau erreicht haben? Aktuell wird der Druck auf die Kohle durch den Fall des Dollar, sinkende Ölpreise und den Absatzrückgang bei Stahl beschleunigt. Seit Jahren schon ist die Kohle als Energieträger vom billigen Öl, vom Ausbau der Kernenergie und in geringem Maße von billiger Importkohle (die ca. 90 DM pro Tonne gegenüber 150 DM heimischer Kohle kostet; auffällig angestiegen sind die Importe aus Südafrika von 2,2 auf 4 Millionen Tonnen seit 1985) verdrängt worden. Würde freier Markt herrschen, wäre die heimische Kohle vermutlich bereits wesentlich stärker verdrängt. Aus Gründen der Energie-Autarkie und mit Rücksicht auf einen Teil der Arbeitsplätze ist die teure bundesdeutsche Kohle subventioniert worden. Seit 1969 ist — mehrfach den Veränderungen angepaßt — ein Vertrag zur Sicherung des Steinkohleanteils für die Energieversorgung geschlossen worden. Zuletzt 1980 sa dieser „Jahrhundertvertrag" vor, daß die Energieversorgungsunternehmen einen bestimmten Steinkohleanteil mit jährlich steigender Tendenz für die Verstromung verfeuern. Über einen
ten Steinkohleanteil mit jährlich steigender Tendenz für die Verstromung verfeuern. Über einen
„Kohlepfennig" erhalten die Unternehmen aus einem Ausgleichfonds den Preisausgleich für die deutsche Kohle. Lag der Kohlepfennig im letzten Jahr noch bei 4,5 % des Strompreises, mußte er dieses Jahr auf 7,5% erhöht werden. Angesichts von Dollar- und Ölpreisentwicklung hätte er sogar auf mindestens 9% erhöht werden müssen.

Bundesregierung, die Atomlobby und CDU-Länderregierungen außerhalb der Kohlereviere erhöhen den Druck auf die Kohle durch Senkung des Kohlepfennigs (schrittweise ab 1988 beschlossen), Abbau der Subventionen und vor allem die bewußt herbeigeführten Überkapazitäten bei der Kernkraft (die ihre Wurzel in den Fehlprognosen der siebziger Jahre haben) und billigeren Atomstrom. Mehr Atomstrom, weniger Kohle heißt die Forderung der Bundesregierung und einiger CDU-Länder mit hohem Kernenergieanteil. Mit der Androhung, den „Jahrhundertvertrag" nicht mehr mitzutragen, wird damit auch Druck auf die Kernenergieaustiegsdiskussion in der SPD gemacht. Mit einer anderen Energiepolitik wäre dieser Druck auf die Kohle vermeidbar, ohne Kernenergie gäbe es die Absatzprobleme bei der Kohle nicht.

Kohle statt Kernenergie, das ist eine arbeitsplatzschaffende Dimension der Ausstiegsdiskussion für den Bergbau. Doch wer so kalkuliert, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die IG Bergbau setzt treu ihre alte Linie der Parallelentwicklung von Kohle und Kernenergie fort, die in der Realität Vorrang für Atomstrom bedeutete. Sie hat den neuen Entlassungs-Pakt beschlossen. Ihr Ziel in ihrem Bergbau-„Überbrückungskonzept" war, vorübergehend bis 1995 den Kernenergieanteil um 10% zurückzuschrauben, in der Zwischenzeit vertrauensbildend Pro-Kernenergie zu arbeiten, und dafür den Kohleanteil in den Kraftwerken ab 1990 jährlich um 1 Millionen Tonnen zu erhöhen. Nach der „Überbrückungsphase" sollte die Kernenergie weiter ausgebaut werden.

Der Preis der Befriedung



Unser aller Präsident stiftete die Monatslosung. Befragt zu den rechtlichen Konsequenzen nach den Schüssen von Frankfurt und dem Wunder von Hamburg, gab Weizsäcker der Nation zu Protokoll: „*Was ist denn Recht? Das Recht ist in der Hand des Staates. Wer ist der Staat? Der Staat ist keine vorgesetzte Behörde, sondern die Gemeinschaft der Bürger.*" Zum Recht gehöre der Rechtsfriede, das Rechtsbewußtsein und die Rechtsordnung. Es diene dem Schutz der Schwachen, der Gerechtigkeit und dem Frieden. Der Staat müsse zwar das ihm allein zukommende Monopol zur Durchsetzung des Rechts, das Gewaltmonopol „*handhaben*", aber letztenendes könne „*Recht nicht eingeprügelt*", sondern müsse „*eingesehen*" und dann auf alle gleichermaßen angewandt werden.

Vermummung dagegen, konkretisierte er, sei, wie „*an den Kulturen nahezu aller Völker auch in anderen Kontinenten*" zu sehen, die Maske, „*mit der die eigene Person verborgen*", ein „*anderes Gesicht und damit eine andere Absicht dokumentiert*" werde. Sie sei die „*Anmaßung von Autorität*", „*die Verbreitung von Furcht und Schrecken, und das ist nach den Grundsätzen einer freien und selbstverantworteten Gesellschaft einfach nicht human.*"

„*Von allen Beteiligten wirklich einsehbar sein müßte*" nach Meinung des
„*Von allen Beteiligten wirklich einsehbar sein müßte*" nach Meinung des
Präsidenten daher, „*daß wir uns mit offenem Visier zu begegnen haben und daß das auch durchsetzbar sein muß. Nicht damit bessere Fahndungsfotos gemacht werden können, aber um den Umgang unter uns Menschen zu humanisieren.*"

Ja, das ist Rechtsstaatsfrieden! Das ist demokratische Kultur! Das ist unsere Verantwortung vor der Geschichte. Das ist Humanität. Das ist Ausgleich über kleinlichen Gruppeninteressen, Lager- und Klassenkampfmentalitäten. Zivilisation! Wir sind ja hier nicht im Busch! Da darf auch der bekehrte Staatsfeind mitjubeln. Neues Denken auch in der Innenpolitik: Friede, Glaube, Hoffnung, Sicherheit durch Deeskalation! Lernen auch von Gorbatschow! Abrüstung nach innen wie nach außen. Weg mit den Zwillen! Weg mit den Helmen und Wollmützen! Offenen Auges und mit ausgebreiteten Armen hinein in das Zeitalter der Vernunft. Schmeißt die Feindbilder weg! Das Wunder von Hamburg beweist: Die Demokratie der BRD tritt aus den autoritären Kinderschuhen der 60er und 70er Jahre jetzt sichtbar ins Stadium des demokratischen Dialogs, der Versöhnung, des inneren Friedens, des „Zivilismus", ja, wenn nicht gar, wie Ex-KBWler Joscha Schmierer in der neuesten Ausgabe der „Kommune" aufdeckte, der „Zivilität"! Warum sollte das nicht möglich sein, wo doch alle wichtigen Leute in diesem Staat von Staatspräsidenten bis zu Bürgermistern, vom Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes bis zum Chef des LfV-Hamburg, vom Pflasterstrand bis zur taz, von Joschka Fischer bis Joscha Schmierer dies wollen? Einzige Bedingung: Gewaltlosigkeit der Proteste, Versöhnung mit dem Staat, Kooperation von VeranstalterInnen mit der Polizei bei Versammlungen, Aktionen und Demonstrationen.

Aber nichts ist umsonst. Der erreichte Kulturstand muß verteidigt werden. Freiheit hat ihren Preis! Das verdeutlichte die FDP-Bundestagsabgeordnete Hamm-Brücher. Sie machte, wie die FAZ schrieb, „Eindruck mit einem Vergleich zu den Verhältnissen der Weimarer Republik." (FAZ, 17.11.) Sie sprach von einem ‚*schamlosen Mißbrauch des liberalen Demonstrationsstrafrechts.*' Die Weimarer Republik sei gescheitert, weil Liberale nicht rechtzeitig die Gefährdung erkannt hätten und ‚*das Potential der starken Demokraten*' nicht immer stark genug gewesen sei. Die Demokratie müsse jetzt über eine Krise gerettet werden.

Die Vermummung avanciert folgerichtig zur demokratischen Gretchenfrage, an der um liberale, halbliberale und GRÜNE Profile mit Blick auf zukünftige Wählerstimen gerungen wird. Soll die demonstrative, aber bedauerlicherweise nicht zu verhindernde Verweigerung der zivilisierten Umgangsformen beim Protest gegen staatliche Maßnahmen eine Ordnungswidrigkeit bleiben, wie die GRÜNEN meinen? Soll sie als staatsfeindlicher Akt zum Straftatbestand erhoben werden, wie es Zimmermann will? Kann man den diversen Scharf- wie WeichmacherInnen Kompromisse unterliberalen? Etwa die neuesten Pläne eines Burkhard Hirsch und Gerhard Baum, nach denen eine Erklärung der Vermummung zum Straftatbestand vermieden, aber ihre Ordnungswidrigkeit auf An- und Abreise zu und von Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen ausgedehnt werden soll?

Um diese Frage erhitzen sich zur Zeit
ausgedehnt werden soll?
Um diese Frage erhitzen sich zur Zeit
die Gemüter. Es gibt kaum eine Körperschaft, die an dieser Frage nicht die Befriedung des Rechtsstaats thematisiert, sei es von rechts, Mitte oder links. Der eigentliche Preis der Befriedung bleibt ungenannt. Er heißt: Verfolgung und Verhaftung einer Gruppe von militanten Startbahngegnern als „terroristische Vereinigung" durch den Bundesanwalt Rebman!

Nahezu unbeachtet und ohne jeglichen Protest auch der linken Öffentlichkeit erklärte die Bundesanwaltschaft am 27.11. eine Gruppe von „mindestens acht Personen" um den als verhafteten Andreas Eichler zu einer „terroristischen Vereinigung" und Eichler zu ihrem Rädelsführer. Elf Haftbefehle wurden inzwichen erlassen. Einschließlich A. Eichler sind fünf Personen inhaftiert, vier werden in Haftverschonung gehalten, zwei weitere noch gesucht. Ihnen wird vorgeworfen, seit 1984 als „Revolutionäre Heimwerker", „Kommando Säg weg den Scheiß", „Revolutionäre Zellen", „Autonome Zählergruppe" an 14 Anschlägen gegen Strommasten im Rhein-Main-Gebiet u.a. beteiligt gewesen zu sein.

Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen bereits am 3.11.87 mit der Begründung an sich gezogen, es bestehe der Verdacht, daß die „*Ermordung der Polizeibeamten nach den Umständen bestimmt und geeignet ist, den Bestand der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Unter dieser Voraussetzung kann der Generalbundesanwalt nach der seit 1. Januar 1987 geltenden Gesetzesverfassung auch Tötungsdelikte verfolgen, die einer konkreten terroristischen Vereinigung nicht zugeordnet werden können. Die besondere Bedeutung des Falles ergibt sich nach Auffassung des Generalbundesanwalts aus der Tötung von Polizeibeamten mit Schußwaffen am Rande einer Demonstration, aus der heraus vermummte Täter Gewaltiaten begehen.*"

Damit hat die Bundesanwaltschaft erstmals von der Anfang des Jahres '87 eingeführten erweiterten Fassung des § 129a, sowie den der Bundesanwaltschaft im selben Zug zugesprochenen erweiterten Kompetenzen in der Terrorismusfahndung öffentlich begründeten Gebrauch gemacht.

Die Erklärung irgendeiner Gruppe von Personen zur „terroristischen Vereinigung" erscheint unter juristischen, selbst unter den aktuell als rechtsstaatlich geltenden Gesichtspunkten rein willkürlich. Bundesanwalt Prechtel legte bei Verkündung der Haftbefehle noch „Wert darauf zu betonen", daß zwischen den Schüssen und den Haftbefehlen kein Zusammenhang bestehe. Die Ermittlungsergebnisse zu den Anschlägen liegen z. Z. schon seit Jahren vor. Bei den vorläufigen Verhaftungen in den ersten Monaten begegnete die Bundesanwaltschaft erstaunten Fragen mit dem Bekenntnis: „*Wir kennen unsere Pappenheimer.*" Die jetzt veröffentlichten Ermittlungsergebnisse verraten beachtliche Kenntnisse der Bundesanwaltschaft über personelle und strukturelle Details der Szene. Mehr als je zuvor erweist sich hier eine Anklage nach dem § 129a als opportunes Konstrukt mit eindeutig politischer Funktion, das an der aktuellen Gelegenheit aufgebaut wird: Mit diesem Schritt wird das Feld der Terrorismusfahndung praktisch auf Demonstrationen ausgedehnt.

Einmal mit Erfolg, d.h. ohne öffent-
ausgedehnt.
Einmal mit Erfolg, d.h. ohne öffent-
lichen, selbst linken Protest praktiziert, ist dieser Vorgang beliebig wiederholbar. Die Drohung mit dem § 129a wird damit zum immanenten und alltäglichen Bestandteil der Befriedung von Demonstrationen. Das ist der Preis, den FDP, SPD, GRÜNE und staatsfromm gewordene Alt-Spontis für den Abbau der Lagermentalität, die Festigung des inneren Friedens, die Versöhnung mit dem Staat stillschweigend zu zahlen bereit sind. Die Drohung mit dem Terrorismushammer ist prinzipieller Konsens der autoritären parlamentarischen Bürokratie der BRD.

Dieser Konsens wird in den gegenwärtigen Verhandlungen um die Demonstrationsfreiheit praktisch erweitert.

Niemand muß glauben, dieser Staat hätte alles im Griff. Die Unkalkulierbarkeit der neueren politischen Szene ist seinen Ermittlungsorganen zweifellos ein Problem, auch wenn sie mehr an „Erkenntnissen" gesammelt haben, als sie aktuell praktisch verwerten wollen oder können. Aber solange es den Staatsorganen so leicht gelingen kann, militanten Protest als Terrorismus zu stigmatisieren und solange selbst die radikale Linke, von SPD, FDP und GRÜNEN ganz zu schweigen, bereit ist, im Tausch für den inneren Frieden ein paar „Terroristen" stillschweigend einfahren zu lassen, solange kann weder von Rechtsfrieden, noch sonst einem Frieden in diesem Land die Rede sein. Bestenfalls von Friedhofsruhe. Solange die Polizei nicht abrüstet, ist alles Geschwätz von offenenen Visieren, Dialog und innerem Frieden seinerseits nichts anderes als Maskerade, die, wie unser Staatspräsident auch noch richtig bemerkte, auf „*die Verwandlung dessen, der dem Maskierten gegenübersteht*" zielt. Nehmen wir also unseren Weizsäcker ernst: Runter die Masken! Fort die Illusionen! Mir will es scheinen, als müßten wir unsere Feindbilder schärfen.

F.

Fortsetzung von Seite 1

Rebmann zieht aber eine Verbindung zwischen den „Heimwerkern" und dem 2.11.87, indem er behauptet, diese Gruppe sei es gewesen, die die angebliche Tatwaffe, eine Sig Sauer-Polizeipistole, auf der großen Hanauer Anti-AKW-Demonstration im November 1986 einem Polizisten entwendet habe. Sie soll sogar noch eine weitere solche Dienstpistole gestohlen haben — bereits im September 1984, ebenfalls anläßlich einer Hanauer Demonstration. Weiter behauptet der GBA, der am 3.11. festgenommene und seitdem inhaftierte Andreas Eichler, bei dem die erstgenannte Waffe gefunden wurde, sei der „Kopf" dieser Gruppe gewesen. Und schließlich habe auch der nach wie vor gesuchte Frank Hoffmann, gegen den ebenfalls wegen Mordverdachts ein Haftbefehl ausgestellt wurde, dieser Gruppe angehört.

Die verwirrende Situation besteht also darin, daß zwei Personen zunächst als Einzeltäter verdächtigt werden, die Schüsse vom 2.11. abgegeben zu haben oder daran beteiligt gewesen zu sein. Diese beiden sollen gleichzeitig den „Heimwerkern" angehört haben, die man zur „Terrorgruppe" hochstilisiert, aber — bisher — nicht wegen der Schüsse. Die Konfusion wird komplett durch einen „Spiegel"-Artikel vom 23.11.87, der das Foto eines Vermummten mit einer Faustfeuerwaffe zeigt. Angeblich soll es am 2.11.87 an der Startbahn aufgenommen worden sein. Die abgebildete Pistole sei jedoch wahrscheinlich keine Sig Sauer, sondern möglicherweise eine zur Verwendung von Signalleuchtmunition umgebaute Waffe. Unter Berufung auf die Polizei schreibt der „Spiegel", es werde gegen eine — nun „kriminelle" — Vereinigung ermittelt, die am 2.11. die Polizei in eine Falle gelockt habe, wo dann die Schüsse gefallen seien.

So haben wir die absurde Konstruktion, wonach der Verdacht, an irgendwelchen Strommast-Aktionen teilgenommen zu haben, „Terrorismus" begründet, der Vorwurf, die Polizei in eine Falle gelockt zu haben, einer „kriminellen Vereinigung" angelastet wird, wegen der Tötung selbst hingegen ein „gewöhnlicher" Mordvorwurf erhoben wird. Dieses Rechtsgebäude ist bemerkenswert — unabhängig davon, ob die Vorwürfe, die konkret gegen bestimmte Personen erhoben werden, nicht frei erfunden sind.

Ausschließlich wegen der „Heimwerkeleien" hat die Bundesanwaltschaft etwa zehn Haftbefehle ausgestellt. Der kleinere Teil davon wurde vollstreckt, einige Haftbefehle sind außer Vollzug gesetzt, einige Personen konnten von der Polizei nicht gefunden werden. Die Karlsruher Behörde ist offenbar bestrebt, die ganze Angelegenheit möglichst unübersichtlich zu
ist offenbar bestrebt, die ganze Angelegenheit möglichst unübersichtlich zu
halten und den verdächtigten Personenkreis zu erweitern. Allmählich wird konkret deutlich, welche Möglichkeiten der neue erweiterte §129a dem Staatsschutz gegen die gesamte autonome Szene bietet.

Was Andreas Eichler und Frank Hoffmann betrifft, so hat letzterer in einem Brief an die „taz" erklärt, er habe mit den Schüssen „absolut nichts" zu tun, wolle sich der Polizei aber nicht stellen, da er im gegenwärtigen aufgeheizten Klima kein faires Verfahren erwarten könne. Von Eichler heißt es in der Szene (unter Berufung auf seinen Anwalt), er habe ebenfalls erklärt, nicht der Täter gewesen zu sein, er verurteile die Schüsse und bedauere das Geschehen. Unverständlich bleibt, weshalb immer noch keine definitive Stellungnahme Eichlers veröffentlicht wurde.

Ruhig geworden ist es um die anfängliche Behauptung Rebmanns, auf der Demonstration am 2.11. sei ein Kommando „Scharfschützen Feuer" ausgegeben worden; danach seien die Schüsse gefallen. Diese Behauptung war durch die Schlagzeilen der Boulevardpresse gegangen, um die Demonstration als ganze zu beschuldigen. Um diese üble Meldung ist es sogar so still geworden, daß man ziemlich sicher davon ausgehen kann, daß sie sich nicht halten läßt. Gegen die Bundesanwaltschaft wäre dann der Vorwurf der Stimmungsmache zu erheben, aber wen interessiert das schon...

Beharrliches Schweigen existiert um den interessanten Widerspruch zwischen Karlsruhe und Wiesbaden über die Obduktionsergebnisse. Wallmann hatte behauptet, einer der beiden Polizisten sei in den Rücken geschossen worden. Die Bundesanwaltschaft dagegen stellt es so dar, daß beide von vorn in den Bauch getroffen wurden. Auch über die völlig unwahrscheinliche Entfernung von 300 und mehr Metern, aus denen geschossen worden sei, verlautet nichts und ebensowenig darüber, wie und von wem die Demonstration observiert worden war: Nachrichtensperre.

„... und halten wir es für notwendig, uns Gedanken zu machen"

Das nächtliche Geschehen des 2.11.87 am Frankfurter Flughafen, das zwei Polizisten das Leben kostete, hat zu einer intensiven Debatte unter den im weitesten Sinn, autonomen Gruppen geführt. Alle Meinungen sind vertreten: sowohl allgemeine Rechtfertigungen der Schüsse wie auch — mehrheitlich — scharfe Verurteilungen. Die Fülle kursierender Papiere ist allerdings geeignet, den entscheidenden Mangel zuzudecken: Ein Bekennerschreiben gibt es nicht. Sechs Wochen nach der Tat ist das nicht nur ein Verstoß gegen eine Guerilla-Regel, sondern auch ein Umstand, der es nach wie vor zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Aktion wirklich von einem linken Kollektiv durchgeführt wurde.



Um mit dem (scheinbar) härtesten Papier anzufangen: Eine sich „Off-Autonome" titulierende Gruppe gibt ihren Ausstieg aus der Szene bekannt, der sie Scheinheiligkeit, armseliges



Um mit dem (scheinbar) härtesten Papier anzufangen: Eine sich „Off-Autonome" titulierende Gruppe gibt ihren Ausstieg aus der Szene bekannt, der sie Scheinheiligkeit, armseliges Selbstbewußtsein, Distanzierungswut und den allerfurchtbarsten Vorwurf entgegenschleudert: Angst. Solche Entmischungen sind gut und nicht schlecht. *Tschüß!*

Wer den betreffenden Text, der in der Form eines offenen Briefs „***An die (Frankfurter) Autonomen und andere staatstragende Parteien***" verfaßt ist, genauer studiert, kann anhand der krampfhaft zusammengeklaubten Radikalismen unschwer erkennen, daß es sich um Trockenwichser handelt. Die Schüsse seien nicht von ungefähr gekommen. Nach der letzten Wackersdorf-Demonstration sei die öffentliche Kritik an der Polizei angewachsen wie in den letzten fünf Jahren nicht mehr. Die Verfasser versuchen mühsam, eine Rechtfertigung zu konstruieren, wonach die Schüsse die Empörung in der Oberpfalz zur rechten Zeit aufgegriffen und in Südhessen „verschärft" hätten. Bullen seien zwar nicht die Urheber der Repression, wohl aber diejenigen, „die sie im täglichen Kampf gegen uns durchsetzen." Diese sensationelle neue Erkenntnis hat die „Off-Autonomen" so erschüttert, daß sie vergessen haben, zu erklären, was sich an dieser Situation durch die Tötung zweier Polizisten geändert hat. Hier fehlt eindeutig ein Satz der Art, daß nun ein Pfeiler des Systems wankt.

Höhnisch versuchen die „Off-Autonomen", auf eine Reihe gängiger Argumente gegen die Schüsse zu antworten. Der Befürchtung, daß der Staat die Gesetze verschärfen werde, begegnen sie — *„Na toll!"* — mit der Bagatellisierung, daß es schließlich nicht um die Todesstrafe gehe. Ebensowenig würde es sie stören, wenn Demonstrationen „nie wieder wie zuvor" durchgeführt werden könnten: *„Na prima!"* Denn das Anrennen gegen Betonmauern sei zum Alibi geworden „für den fehlenden Widerstand gegen Projekte, die erst dahinter liegen". Mit ihrem demonstrativen Desinteresse an der staatlichen Repressionspolitik, das Stärke markieren soll, haben sich die Verfasser wohl verhaspelt. Ungewollt wird gesagt, daß sie das Schießen auf Polizisten als Ersatz für den fehlenden Kampf gegen die Urheber der Unterdrückung begreifen.

Den Autonomen wirft die Gruppe vor, zu politisch zu sein: *„Ihr seid die kühlen StrategInnen der Eskalation, die Gewalt ausschließlich als politisches Kalkül ausüben. Eure akademische Sozialisation hat euch das Dogma der Gewaltvermeidung so tief ins Hirn gebrannt, daß ihr Emotionen wie Haß schon im Keim bei euch erstickt. Ihr seid die Liquidatoren jeder Befreiung, jeder Lebensäußerung."* Aus diesen Zeilen hört man nur zu deutlich die Schreibtischstrategen heraus, die selber nach beachtlichen Semesterzahlen ihren Frust gegen „Authentisches" eintauschen möchten und einer Gewaltromantik anhängen, die konterrevolutionär ist, weil sie die Unterdrückten nur diskriminiert: Prolet gleich Haß gleich Faust gleich prima. Die einer Befreiungsbewegung unterstellte Verwechselung von Lebensäußerungen mit Totschlagphantasien ist eine Beleidigung, wie sie von der reaktionären Hetzpropaganda nicht besser formuliert werden könnte.



den könnte.



Schließlich dozieren die „Off-Autonomen", eine Spaltung in den sozialen Bewegungen und Isolierung der Linken werde es zwar geben — *„Na sicher!"* —, aber nur deshalb, weil die Militanten ihren Bündnispartnern keinen reinen Wein eingeschenkt hätten. *„Ihr habt ihnen ja auch nie wirklich erklärt, daß die Konsequenz eurer Antistaatlichkeit noch viel mehr Menschen vom Leben zum Tode befördern müßte und nicht mit dem Regenbogen der Flower-Power-Generation auf uns niederschwebt."* Es fragt sich, was die Schreiberlinge bisher davon abgehalten hat, diese freundliche Perspektive „wirklich" unter die Menschen zu bringen und sich nun — anders als alle anderen Linken — im Lichte massenhafter Zustimmung zu sonnen? Vielleicht kann ihnen bei Gelegenheit mal jemand klarmachen, daß die klassenlose Gesellschaft vor allem deswegen erfunden worden ist, um das Töten von Menschen zu beenden. Und zwar nicht in der Phrase sondern in der Praxis.



Sprücheklopfer dieser Art hat es schon in der früheren ML-Bewegung gegeben. Daß deren Laufbahn sich häufig in gutbürgerliche Zeitungsstuben, grüne Abgeordnetenbüros oder protestantische Kirchenkanzeln verlängerte, hat nur bedingt etwas mit „Verrat" zu tun. Indem sie so „böse" sind, geben sie zu verstehen, wie „lieb" sie sein *könnten*. Vor allem müssen sie Aufmerksamkeit auf sich lenken. Das ist ihnen wieder mal gelungen.

Gegen bürgerliche Moral

„Seid ehrlich: Wer hatte noch nicht den Wunsch zu schießen?", argumentiert ein Papier „***Wider die bürgerliche Moral***". Anhand dieser Frage die Revolution von bürgerlicher Moral abgrenzen zu wollen, ist freilich absurd. Die bürgerliche Moral widerspricht bekanntlich weder der Bundeswehr noch den Schützenvereinen noch den Gewaltvideos. Sie ist sogar begeistert, wenn ein Mann rot sieht und in der

Gegen bürgerliche Moral

„Seid ehrlich: Wer hatte noch nicht den Wunsch zu schießen?", argumentiert ein Papier „***Wider die bürgerliche Moral***". Anhand dieser Frage die Revolution von bürgerlicher Moral abgrenzen zu wollen, ist freilich absurd. Die bürgerliche Moral widerspricht bekanntlich weder der Bundeswehr noch den Schützenvereinen noch den Gewaltvideos. Sie ist sogar begeistert, wenn ein Mann rot sieht und in der U-Bahn Schwarze abknallt. Im Stil einer ewigen Standardfrage heißt es: *„Wir müssen uns entscheiden — ganz grundsätzlich — ob wir Tote mit unserem Gewissen vereinbaren können. Wer das für sich ausschließt, muß sich fragen, was er/sie im Falle einer Revolution täte."* Abgesehen von der Kleinigkeit, daß die Mehrheit einer revolutionären Bewgung nie aus Knarrenträgern bestand wären die Kriegsdienstverweigerer in dieser Sicht Feinde der Revolution, womöglich sogar eine „Hauptgefahr". Im Konkreten kritisiert das Papier allerdings die Schüsse von Frankfurt. *Politisch* seien sie ein Fehler gewesen, *„weil nämlich die Situation zwar subjektiv, aber nicht objektiv reif dafür ist."* Die in den siebziger Jahren verfolgte Taktik einer Demaskierung des Staates durch Vorantreiben der Eskalation (gemeint ist offenbar die RAF) wird abgelehnt.

Das Papier hat ganz und gar unrecht, wenn es davon ausgeht, daß die Bereitschaft, eine Pistole zu gebrauchen, um Gewalt gegen den Staat auszuüben, ausreichend dafür sei, daß die Situation für Schießereien mit der Polizei „subjektiv reif" sei. Vielmehr ist es der allererste und schwerste Fehler aller bewaffneten Ansätze, zu glauben, jeder könne anfangen, wenn er nur wolle (Horst Mahler). Nicht umsonst haben die Klassiker der Guerilla-Theorie sich bemüht, revolutionäre KämpferInnen von normalen Soldaten wie auch von „umherschweifenden Rebellenhaufen" zu unterscheiden, indem sie sehr hohe individuelle Anforderungen stellten und sich Gedanken darüber machten, wie deren Einhaltung kontrolliert werden könnte. Indem das betreffende Papier die Frage in Wahrheit ganz genauso stellt wie die bürgerliche Moral, versucht es, wie beim Gewissens-TÜV die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung zu senken. Revolutionäre würden *umgekehrt* herangehen.

Wie die Off-Autonomen geht auch dieses Papier davon aus, daß die Tat von diesseits der Barrikade aus verübt wurde: *„Wenn es ne gezielte Provo gewesen wäre, wäre die staatliche Reaktion ungleich heftiger gewesen!"* Diese scharfsinnige Überlegung kann genau-





so richtig sein, wie sie auch wiederum falsch sein kann. Absicht oder nicht — heuchlerische Demagogie spricht aus der Formulierung: *„Auch wenn die Tat von Andreas Eichler (wenn er's war) falsch war, dürfen wir ihn nicht abstempeln und ausgrenzen."* Wenn die Verfasser außer Kenntnissen aus der Boulevardpresse nichts über die Urheber wissen, verbietet es sich, von einer Tat des A.E. zu sprechen. Auch eine vorsichtshalber in Klammern angemerkte Einschränkung ändert an der Sauerei nichts. Manchmal fragt man sich, wie solche Sätze zustande kommen.

Keine Gewaltdiskussion wünschen Genossen und Genossinnen aus Westberlin („***Laßt uns auf unsere eigene Kraft vertrauen***"). Stattdessen gehe es um die Verteidigung der Hafenstraße, wo *„weit über die konkrete Frage der Häuser hinaus vom revolutionären Widerstand die Machtfrage gestellt wird"* (immer noch?). *„Lassen wir uns nicht eine Diskussion aufdrücken, die die Schweinepropaganda vorgibt."* Wie recht sie haben. Aber das sind so Appelle ... Von den Schweinen ist nix Gutes zu erwarten. Aber ausgelöst hat die ungewünschte Diskussion der Unbekannte mit der Sig Sauer. Nur wenn wir ausschließen könnten, daß diese Person in unseren Reihen operierte, könnten wir uns der Auseinandersetzung entziehen.

„Es ist grundsätzlich falsch, eine Demo als Schutz für eine bewaffnete Aktion zu benutzen", stellen Antiimpis fest („***Der Repression revolutionäres Handeln entgegensetzen***"; in „Aktion" Nr. 31). Die Aktion sei als individualistisch, losgelöst von kollektiven Widerstandsstrukturen und verantwortungslos gegenüber den Demonstranten zur kritisieren. Daß aus Perspektivlosigkeit und Haß geschossen wird, *„ist Teil der Realität in der Metropole hier, hat aber auch mit uns zu tun. Daraus stellen sich für den Widerstand Fragen nach unserer Verantwortlichkeit im Umgehen miteinander, nach der Genauigkeit in den Diskussionen um Inhalte und Ziele unserer Politik, danach was revolutionärer Widerstand hier als Perspektive für Menschen bietet..."* Man müsse aber auch im Kopf haben, „daß die Aktion von Bullen/Geheimdienst gelaufen sein kann."

Der revolutionäre Widerstand dürfe sich die Wahl seiner Mittel nicht durch Distanzierungs- und Legitimationsdruck von außen aufzwingen lassen. Er dürfe sie aber auch nicht „als Selbstzweck" einsetzen. Das Papier wird schwammig an dem Punkt, wo indirekt die RAF tangiert und von einem „Prozeß" und einer „Entscheidung" gesprochen wird, „die GenossInnen verantwortlich getroffen haben, um das Ganze voran zu bringen". Man brauche jetzt Auseinandersetzung, Diskussion, Information und handlungsfähige Strukturen und müsse „gemeinsam den Durchmarsch der Konterrevolution stoppen".

Kritik der Waffen

„***Kritik der Waffen***" ist ein Text aus Westberlin (abgedruckt in „Aktion" Nr. 31) überschrieben, der die Reaktionen, die von einigen Autonomen gekommen seien (gemeint sind wohl die ersten Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet; s. AK 288) für „völlig daneben" hält. Dabei habe es sich nämlich um „Distanzierungen" gehandelt und nicht um Kritik/Selbstkritik. Diese Unterscheidung, die wichtig sei, wird so definiert, daß man nicht von jeglicher Gewalt abschwören soll. Aber welche Autonomen haben das getan? Die Schüsse an der Startbahn seien „fatal" gewesen. „Sie passen voll in das Konzept der Staatsschützer" und förderten die Entsolidarisierung. *„Der Gebrauch von Schußwaffen in der Situation in Frankfurt, aber auch auf anderen Demos unter den jetzigen Bedingungen in der BRD ist unsinnig und verheerend."* Militanz müsse sich am Stand der Klassenkämpfe orientieren. *„Eine revolutionäre Perspektive schließt immer Gewalt mit ein. Sie muß sich eindeutig gegen die Herrschenden richten und sich in der Massenbewegung entwickeln. Revolutionäre Moral heißt, daß in den gewählten Mitteln (z.B. der Tötung von Menschen) immer das Ziel der sozialen Befreiung sichtbar ist."*

Offenbar ist es dieser letzte Satz, den die Verfasser in den kritisierten autonomen „Distanzierungen" vermißt haben. Aber man soll nicht so tun, als ob eine solche Aussage das Problem lösen könnte. Ist sie nicht tausendfach inter-

tionäre Perspektive schließt immer Gewalt mit ein. Sie muß sich eindeutig gegen die Herrschenden richten und sich in der Massenbewegung entwickeln. Revolutionäre Moral heißt, daß in den gewählten Mitteln (z.B. der Tötung von Menschen) immer das Ziel der sozialen Befreiung sichtbar ist."

Offenbar ist es dieser letzte Satz, den die Verfasser in den kritisierten autonomen „Distanzierungen" vermißt haben. Aber man soll nicht so tun, als ob eine solche Aussage das Problem lösen könnte. Ist sie nicht tausendfach inter-

pretierbar? Wird nicht jede konkrete Situation diesem Satz eine andere Bedeutung geben? Und ist nicht schon der Ansatz falsch? Nicht der abstrakte gute Wille, die Moral und das einwandfreie sozialistische/anarchistische Ziel des Täters und auch nicht die Zustimmung einer Massenbewegung lassen uns im allgemeinen Gewalt gegen Menschen gerechtfertigt erscheinen, wohl aber der Terror der Herrschenden, wobei durchaus nicht jede Repression Terror ist.

Eine weitere Erklärung aus Westberlin, unterzeichnet mit „Einige Autonome" (Titel: „***Zu den Vorfällen an der Startbahn West***"), plädiert für „überlegtes politisches Handeln" anstelle von „berechtigtem Haß". *„Scharfe Knarren haben auf Demos nichts zu suchen. Wir wollen keine Konfrontation, der wir nicht gewachsen sind."* *„Wir finden die Schüsse auch deswegen falsch, weil die ‚kleinen Bullen' nicht unsere Hauptfeinde sind. Wir müssen uns verteidigen, wollen sie aber nicht töten."* Anhand einiger älterer Textzitate der Bewegung 2. Juni wird gegen die Tendenz argumentiert, Situationen, in denen man mit dem Rücken an der Wand steht, durch die Erhöhung des militärischen Einsatzes zu überwinden.

Düsseldorfer Autonome („***Erklärung zu den Schüssen in Frankfurt***") sind der Ansicht, es gehe jetzt um nicht weniger als die Existenz der revolutionären Linken in der BRD. *„Diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer auch immer sie abgegeben hat, mußte das wissen."* Der Bauch könne nicht das Kriterium sein, nach dem bestimmt wird, was politisch sinnvoll ist, und es gehe nicht an, *„daß sich Leute im persönlichen Kriegszustand mit dem Imperialismus begreifen und jeden Blick für politische Realitäten verlieren."* Revolutionäre Gewalt sei *„kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Nur die Gewalt, die tatsächlich notwendig ist, um dieses System zu zerschlagen, können und müssen wir ver-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

treten. Ihr Angriffsziel ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen.''

Militanz müsse in ihren Inhalten, Hintergründen, ihrem Zeitpunkt und in der praktischen Durchführung nachvollziehbar sein. Sie müsse geeignet sein, ,,mit den Menschen gemeinsam zu kämpfen, die unterdrückt sind und Befreiung wollen'', weil revolutionäre Politik ,,*in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß*''. In diesem Kontext legen die Düsseldorfer großen Wert auf den Aufklärungscharakter von Aktionen. ,,*Bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum, aufzuzeigen, wo die Herrschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten.*'' Deshalb versuche man beispielsweise, Akten zu klauen und zu veröffentlichen (das ist freilich eher die Ausnahme bei diesen Aktionen). Ferner müsse die Angreifbarkeit des als übermächtig erlebten Systems bewiesen ,,und damit überhaupt der Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand'' geöffnet werden. ,,*Wenn auf Demos Steine gegen die Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz-Filialen etc. fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird.*'' Falls man es nicht schon vorher wußte ...

Die Düsseldorfer bekennen sich zu ihren Schwierigkeiten, sich vorzustellen, ,,wie das abgelaufen sein soll''. Nach den bisher behaupteten Umständen, unter denen die Schüsse gefallen sein sollen, müsse eigentlich John Wayne geschossen haben. Der angebliche Umgang mit der Tatwaffe spreche aber für völlige Ahnungslosigkeit. ,,*Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen eisiger Kaltblütigkeit und kindlichster Naivität.*'' Die Möglichkeit, daß der Staatsschutz beteiligt sei, sei daher nicht abwegig.

STACHLIGE ARGUMENTE
Zeitschrift der Alternativen Liste

Bonner Autonome sind der Ansicht, da man sich vorstellen könne, ,,daß es einer von uns gewesen ist'', müsse man mit den Schüssen so umgehen, ,,als wenn es so wäre''. Sie plädieren dafür, mit dem Mißverständnis aufzuräumen, ,,*die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen.*'' Die Tötung eines Menschen sei nicht damit zu rechtfertigen, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Sonst würde man eine Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben zeigen, ,,die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen''. Weil aber eine solche Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen zugelassen worden sei, müssten die Autonomen politische Verantwortung übernehmen.

Profiteure profitieren

Schließlich haben die Frankfurter Autonomen ein längeres Papier herausgebracht (großenteils abgedruckt in ,,Pflasterstrand'' Nr. 277/278). Darin heißt es, man sei von den Schüssen genauso überrascht worden wie die Polizei. Schußwaffeneinsatz sei keine Konsequenz des Startbahnwiderstands, sondern ein Bruch, eine Mißachtung des gemeinsamen Konzepts. Das ,,*Blutbad*'' habe die Vorstellungen von militantem Widerstand, für sich selbst zu sprechen, ins Gegenteil verkehrt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Wackersdorf habe man schon seit längerem diskutiert, sich vom Staat keine militärischen Auseinandersetzungen aufzwingen zu lassen, weil man darin nur unterliegen könne. ,,*Unsere Augen und Sinne haben sich deshalb auch bewußt wegbewegt von großräumigen, zentralen und mediengerechten Großereignissen, hin zu den tatsächlichen Strukturen, die — unscheinbar, aber umso wirksamer — das Fundament jener Symbole und Prestigeobjekte sind, gegen die wir jahrelang anrannten.*''

Gerade um einer militärischen Konfrontation mit der Polizei auszuweichen, hätten sich die verschiedensten Formen von ,,Störung und Zerstörung'' der Infrastruktur entwickelt, ,,von Fälschungen zur Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten''. Diese Widerstandsformen zu zerschla-

Gerade um einer militärischen Konfrontation mit der Polizei auszuweichen, hätten sich die verschiedensten Formen von ,,Störung und Zerstörung'' der Infrastruktur entwickelt, ,,von Fälschungen zur Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten''. Diese Widerstandsformen zu zerschla-

gen, sei auch das Ziel der gegenwärtigen Fahndungen der Bundesanwaltschaft. Die umfangreichen Ermittlungen würden die zwei toten Polizisten nur als ,,willkommene Brücke'' benutzen, um Namen, Strukturen, Aktivisten und Kleingruppen offenzulegen. Die Verfasser warnen vor den zur Zeit stattfindenden Verhören und ,,Zeugenvernehmungen'', in denen die Bundesanwaltschaft den Schock über die Schüsse benutzte, um Aussagen zu ganz anderen Fragen zu bekommen.

Die Schüsse seien wie auf Bestellung gefallen und nützten allen rechten Scharfmachern, meinen Berliner AnarchistInnen (,,*Die Scheiße an der Staatwahn West ...*'', ,,Aktion'' Nr. 31). Sie behandeln die Möglichkeit einer Provokation nicht nur allgemein, sondern spielen verschiedene konkrete Versionen durch. Wenn die Schüsse aus einer Pistole abgegeben worden sind, ,,hätten Knall und Mündungsfeuer ... unbedingt gesehen und gehört werden müssen.'' Wegen der ,,hohen Trefferpräzision'' wäre aber auch ein Gewehr mit 9mm Kaliber denkbar. Dann wären auch größere Entfernungen realistisch. Wenn die Schüsse jedoch im allgemeinen Getümmel und Toben gar nicht mehr auffielen, könnten die Aussagen der Polizeizeugen nicht zutreffen. ,,*Was wäre dann der Grund die Unwahrheit zu sagen?*'' Etwa, daß sich Polizisten zweier verschiedener Trupps versehentlich gegenseitig beschossen?

Auch in einer weiteren anarchistischen Stellungnahme (,,*Im Zweifelsfall ...*'') wird gewarnt, ohne weiteres davon auszugehen, daß die gefundene Sig Sauer wirklich die Tatwaffe gewesen sei. ,,*All die unglaublichen Unstimmigkeiten. Kann ein bedächtig planender Killer so dumm sein, wie Eichler angeblich gewesen sein soll?*'' Man lebe im Land der Lüge und Manipulation und müsse versuchen, sich einen eigenen Reim auf die Dinge zu machen. Wenn tatsächlich ,,ein Genosse geschossen'' hätte: ,,Sein Haß wäre verständlich. Er wurde herangezüchtet.'' Auch in diesem Fall wären das System und seine großen Nutznießer indirekt verantwortlich, ,,nicht wir''. ,,*Unsere Selbstverteidigung bedient sich der angemessenen und gerechtfertigten Mittel. Der Tod von einigen Polizisten greift die bestehenden Machtverhältnisse nicht an, sondern verschlimmert sie zu unseren Ungunsten, zu Ungunsten einer freiheitlichen Entwicklung. Der Tod unserer kleinen Gegner war grausam und unnötig. Er hilft niemand. Er schadet den Interessen der Allgemeinheit. Nur die Profiteure profitieren von ihm.*''

Mut zur Verdrängung

Nee, wasses alles gegeben hat! Eine nach der anderen publizierten die Zeitungen die Geschichte der Kämpfe um die Frankfurter Flughafenerweiterung, und alle ehrlichen Startbahngegner durften nochmal von den guten, den herrlichen alten Zeiten schwärmen. Umweltpfarrer Oeser und seine Interessengemeinschaft, Mörfelden-Walldorf und seine Parteienaktionsgemeinschaft unter den Fittichen des DKPlers Rudi Hechler, Gründung der BI und Bau einer Hütte im Wald, Einsprüche, Widersprüche, Demos, Volksbegehren, Küchenbrigaden, Loden- und Lederjacken, Grau- und Langhaarige. Und die unvergeßlichen Daten: 7.10. (Besetzung im Wald), 11.10. (,,Blutsonntag''), 1.11. (erster Angriff auf die Mauer), 2.11. (Räumung des Hüttendorfs), 3./4.11. (Polizeiterror in der Frankfurter Rohrbachstraße), 7.11. (,,Nacktensamstag''): alles 1981.

Uns' taz war auch nicht faul und hat eine Chronik ,,des 22jährigen Widerstands'' gemacht. Das gehört einfach dazu zu einem siebenseitigen Sonderteil (Manfred Kriener in taz, 26.11.87). Die überschriftlich gestellte Frage ,,*Warum das Beten nicht geholfen hat*'' hätte materialistisch natürlich sehr knapp, um nicht zu sagen extrem knapp, beantwortet werden können. Egal. Der Autor täuscht eben nur im



Startbahn West 1984 Foto: Barnim



Startbahn West 1984 Foto: Barnim

Titel die ewigen Menschheitsfragen an, um sich alsbald der schnöden Zeit und ihrer Politik zu widmen, aus welcher Lehren zu ziehen ihm offenbar leichter erscheint. Aber da irrt der Manfred, bei allem Lob für den Aufarbeitungsfleiß.

Aus vergilbten tazzen zitierend und das alte Papier auf diese wunderbar unökologische Weise wiederverwertend rekonstruiert der Chronist das massenhafte Anwachsen und die Politisierung der Protestbewegung bis zur Besetzung des umstrittenen Waldstücks Anfang Oktober 1981. Dann habe die Polizei durch harte Schlagstockeinsätze den bürgerlichen Flügel vertrieben und dem schrumpfenden Rest eine Militarisierung der Auseinandersetzung aufgezwungen. ,,*Nach der Ablehnung des Volksbegehrens und der Kriminalisierung seines Initiators (Alexander Schubart) verlor die ‚größte Protestbewegung der Nachkriegsgeschichte gegen ein Großprojekt' zunehmend an Beachtung.*'' Übrig geblieben seien am Ende die bis heute vornehmlich von Autonomen veranstalteten Sonntagsspaziergänge und Jahrestage. *Ungefähr* hat sich die Sache tatsächlich so abgespielt. Aber hier haben wir ein hübsches Beispiel dafür, wie eine Beschreibung, die nur *ungefähr und über den Daumen gepeilt ,,hinhaut''*, kraß falsch wird.

Von einer Chronik sollte man erwarten, daß sie die Höhepunkte oder gar *den* Höhepunkt einer Auseinandersetzung, sofern es einen solchen gegeben hat, wiedergibt. Der Startbahnkonflikt hatte einen solchen klar definierten Höhepunkt am Wochenende des 14.11/15.11.81. An jenem Samstag fand mit 150.000 Teilnehmern die größte Demonstration statt, die das Bundesland Hessen jemals erlebt hat. Der Anlaß war die Abgabe der Unterschriftenlisten für ein Volksbegehren nach der hessischen Landesverfassung (es wurde später abgewiesen, weil es beim Flughafenausbau ähnlich wie bei Atomkraftwerken und Raketen um Bundespolitik gehe). Einen Tag später führten die Startbahngegner mit knapp 10.000 Teilnehmern ihre spektakulärste und radikalste Massenaktion durch, indem sie versuchten, die Zufahrten zum Frankfurter Flughafen zu blockieren und sich stundenlange Barrikadenkämpfe mit Polizei und Bundesgrenzschutz auf der Autobahn lieferten.

Der Höhepunkt war gleichzeitig eindeutig der Wendepunkt: Die Bewegung sah sich mit einer massiven Pressekampagne konfrontiert, auf die sie nicht vorbereitet war und der sie nichts entgegenzusetzen hatte. Sie geriet in die Defensive, sowohl argumentativ als auch praktisch, erreichte nie wieder diese Mobilisierung und gab die Initiative an die Landesregierung ab, die sich die Chance nicht entgehen ließ. Gerade weil die Dramatik dieses Wochenendes filmreif war, gerade weil die (massenhafte Phase der) Startbahnbewegung mit einem hollywoodmäßigen ,,showdown'' endete, sollte man eigentlich wissen, wo man zu suchen hat, wenn man prüfen will, was falsch gelaufen ist. Komischerweise wird dieser Wendepunkt kaum — nein: gar nicht — diskutiert. Das liegt einfach daran, daß eine Reihe von Politamateuren, die heute Artikel und Papiere verfassen, keine Aktien in jenem Geschehen hatten. Und daß andererseits eine Reihe von Profis sich mit wortkargen Anmerkungen begnügt, weil sie das schlechte Gewissen plagt.

Wie alle Ressourcen hat auch die Gutmütigkeit ihre Grenzen. Sie werden vom Gedächtnis gesetzt. Der KB legt keinen Wert darauf, bei jeder Gelegenheit daran zu erinnern, daß KB-Mitglieder in der BI vor der Flughafenblockade — nicht generell, wohl aber zu dem fraglichen Datum — gewarnt haben, weil sie unter Bruch von Plenumsbeschlüssen putschistisch durchgezogen wurde und weil sich zu diesem Zweck ein suspektes Bündnis von Pseudoradikalen und Sozialdemokraten zusammengefunden hatte. Übrigens haben wir nicht nur gewarnt, wir haben uns heftig widersetzt. Wir hatten die Einschätzung oder vielleicht auch nur die instinktive Ahnung von Leuten, die sowas nicht zum ersten Mal gemacht hatten, daß dieser Höhepunkt der Wendepunkt sein würde, daß er nicht den Durchbruch sondern das Ende bringen würde.

Sei's drum: Wer nicht von alleine checkt, daß in Tagen zwischen dem 7.11. und 15.11.81 — *als es darauf ankam* — die Mehrheit der BI-Delegierten der Situation weder politisch noch psychisch gewachsen war, sondern schlicht den Koller bekam, der wird sich von uns ohnehin nicht überzeugen lassen. Daß aber ausgerechnet die taz hurtig über die fraglichen, *entscheidenden* Tage hinweghopst, überschreitet doch die Grenze des guten Geschmacks. Gerade weil heute so viel von unser aller Verantwortung die Rede ist.

Über den 14./15.11. und die Doppelaktion Wiesbaden/Frankfurter Flughafen wird in besagter Chronik kein Wort verloren. Der Manfred ist vielleicht nicht so dicht an den Sachen dran (gewesen). Aber im taz-Archiv hätte ihm doch eine damals produzierte Sonderbeilage seiner Zeitung auffallen müssen, die am 14.11. in einigen zehntausend Exemplaren kostenlos auf der Demo verteilt wurde. So hat sich die taz ja mal aufgebaut: *In den Bewegungen*. Ihrem Selbstverständnis entsprach es auch, nicht nur journalistisch zu berichten, sondern ausdrücklich politisch zu intervenieren. Kurz: Bei der Inszenierung des ,,showdown'' spielte die damalige taz Frankfurt eine katastrophale politisch-psychologische Rolle.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Bewegung nicht nur expandierte, sondern geradezu lawinenartig anwuchs, gab die taz das verhängnisvolle Stichwort vom ,,*Mut zur Verzweiflung*'' aus. Begründung: Was nutzt alle politische Stärke, wenn doch gleichzeitig im Wald die Bäume fallen. Anstatt zu realisieren, *daß man in jenen Tagen auf einem beispiellosen Erfolgskurs segelte*, anstatt den stündlich wachsenden Druck auf die Landesregierung (SPD/FDP) optimal zu nutzen, wurde wegen der dämlichen Bäume auf Panik geschaltet. Ja: Wegen der dämlichen Bäume. Um deren Erhalt es ging, gewiß. Aber man muß in solchen Situationen die Nerven behalten und darf sich nicht die Entscheidung aufzwingen lassen: Weder den Ort noch den Zeitpunkt. Wenn man an einem Tag 150.000 Menschen mobilisiert und am nächsten mit dem fünfzehnten oder zwanzigsten Teil davon halsüberkopf in ein planloses Scharmützel zieht, hat man natürlich verloren. Börner mußte nur noch darauf achten, seinerseits keinen Fehler mehr zu machen. Die Sache war gelaufen.

,,Mut zur Verzweiflung'', Panik, Hysterie. Jetzt oder nie, die nächste Aktion entscheidet über alles oder nichts. Die taz wäre mit diesen Parolen nicht durchgekommen, wenn nicht die Stimmung in einem Großteil der Protestbewegung dem entsprochen hätte: Im Wald kreischen täglich die Sägen, die Bäume fallen, wie schrecklich, wir müssen doch was tun. Genau das machte die Unerfahrenheit und den (relativ) unpolitischen Charakter der Bewegung aus. Solchen Stimmungen nachgegeben zu haben, muß sich die Bürgerinitiative vorwerfen lassen. Die spezielle Rolle der taz jedoch bestand darin, diese politische Zurückgebliebenheit als besonderes Merkmal von Radikalität verkauft zu haben. Aus der taz Frankfurt wurde sogar der irrsinnige Vorschlag in die BI getragen, die Wiesbadener Demonstration kurzfristig abzusetzen, um stattdessen nur noch die Flughafenblockade durchzuführen. Vor diesem Hintergrund wirkt die jetzt in der taz publizierte Chronik wie eine krasse Retuschierung von Geschichte.

Sieg und Niederlage lagen damals dicht beieinander. Hätte man nur eine Woche länger gewartet, man hätte nicht nur einen Baustopp erkämpft; man hätte mit dieser Bewegung wahrscheinlich noch ganz andere Sachen anstellen können als ein spektakuläres, aber kopfloses Verkehrschaos. Die taz (natürlich nicht nur sie) hat uns in den Kram gepfuscht. Da gibt es nichts drumrumzureden.

Über die kritischen Momente wird häufig am wenigsten gesprochen. So kommt es, daß diejenigen, die den Vorhang etwas lüften, manchmal den Eindruck erwecken, eine abwegige Version zu vertreten. Aber so ganz alleine sind wir mit dieser Meinung

nicht. Von einem ehemaligen ,,Pfla-
drumrumzureden.
Über die kritischen Momente wird häufig am wenigsten gesprochen. So kommt es, daß diejenigen, die den Vorhang etwas lüften, manchmal den Eindruck erwecken, eine abwegige Version zu vertreten. Aber so ganz alleine sind wir mit dieser Meinung

nicht. Von einem ehemaligen ,,Pflasterstrand''-Mitarbeiter wurde später berichtet, ein Mitglied der Frankfurter taz sei am Abend des 15.11. hochkantig aus den Räumen des PS geflogen. Tatsächlich wurde in der Folge die gesamte Frankfurter taz-Redaktion ausgewechselt (bei diesen Vorgängen geht es also *nicht* um kpk). Alexander Schubart wurde wegen des Aufrufs zur Flughafenblockade angeklagt, den jemand anderes vortragen sollte, der dann nicht mehr mochte. Seitdem hat Aschu Berufsverbot. Ja, es ist ein recht unangenehmes Kapitel, wenn man mit Verantwortung nicht nur in Sonntagsreden umgeht.

Davon hat der heutige taz-Chronist sicher keine Ahnung. Wie er überhaupt ziemlich unbeleckt an die ganze Problematik des Frankfurter Flughafens herangeht. Der Niedergang der Bewegung habe sich, so Kriener, nicht nur mit der aufgezwungenen ,,Militarisierung der Aktionsformen'' vollzogen, sondern auch mit einer Veränderung der Inhalte. ,,*Der Kampf um drei Millionen Bäume war zum Kampf gegen die NATO-Startbahn mutiert*'' (taz, 26.11.87). Zu dieser Mutation haben KBler seinerzeit, was niemand überraschen wird, so gut es ging beigetragen. Und wenn heute irgendwer tatsächlich einen Gedanken darauf verschwenden sollte, daß es mit den Sonntagsspaziergängen als sozialem Treffpunkt zwischen verschiedenen autonomen Gruppen nicht getan ist und eine Auseinandersetzung mit der Expansion des Rhein-Main-Flughafens wieder aufgenommen werden müßte, dann wird er/sie dort wieder anknüpfen müssen. Das ist nämlich der einzige Punkt, der über die Jahre nichts an Aktualität und Brisanz verloren hat.

Der sog. Knackpunkt des Frankfurter Flughafens ist ganz offenkundig und naheliegend: Nach wie vor ist unerträglich, daß einer der größten Zivilflughäfen der Welt mit der US Air Base gleichzeitig einen der größten Militärstützpunkte beherbergt. Wenn also Joschka Fischer wirklich der Meinung wäre, es müsse ,,*jetzt ein politisches Angebot gemacht werden*'' (taz, 26.11.87), bräuchte er sich nicht lange den Kopf zu zerbrechen. Die Air Base muß weg. Das weiß jeder, der sich mit dem Flughafen jemals ernsthaft befaßt hat. Und das wäre auch ein geeignetes Projekt, um zu testen, ob Realpolitik oder Militanz eher zum Ziel führen. Nur: Das paßt nicht zur Außenpolitik der Realos. Denn die NATO ist ja die neue Liebe.

KB/Gruppe Frankfurt

Tazsachen und die Wahrheit



Foto taz-Montage

Die ,,taz'' am eigenen Anspruch gemessen

,,Der Fetisch Objektivität muß meist gerade dann herhalten, wenn politisch unangenehme Ansichten und Informationen totgeschlagen werden sollen. Wir verstehen journalistische Sorgfaltspflicht in der Weise, daß alle — auch subjektiv verfälschte — Nachrichten und sogar bewußt in die Welt gesetzte Gerüchte einen Wahrheitsgehalt mit sich tragen; der aber nur dann zur Geltung kommen kann, wenn dem Leser die genaue Quelle und die Ecke, aus der die Nachricht kommt, nicht vorenthalten wird.'' (These 3 aus dem Prospekt: ,,Tageszeitung'', 1978) Ohne den deutschen Herbst 1977, ohne Nachrichtensperre und Medienhetze gegen die radikale Linke in der BRD gäbe es keine taz. In einer Situation, in der ähnliche Züge des Rechtsstaates BRD sichtbar werden, lohnt eine Analyse der taz-Berichterstattung: schafft sie Öffentlichkeit für die Anliegen der Startbahn-Bewegung, verhilft sie der Wahrheit in Zeiten der Stimmungsmache zum Durchbruch, erfüllt sie die selbstgesetzten Maßstäbe journalistischer Sorgfaltspflicht?

Die taz kennt den Mörder

Über Andreas Eichler wird zwei Tage nach seiner Verhaftung — dem 3. November — berichtet: *,,Als Beamte des hessischen Landeskriminalamtes am Dienstag morgen gegen 6 Uhr in die Frankfurter Wohnung der Freundin des Angestellten Andreas Eichler eindrangen, lag das Paar im Bette. An der Wand des Schlafzimmers lehnte ein Rucksack, aus dem die Beamten zwei leere Pistolenmagazine, Leuchtspur-Munition, ein Gerät zum Abfeuern derselben und das corpus delicti* (...) *eine Sig-Saur Pistole, Kaliber 9mm, mit insgesamt neun Schuß (herausfischten)''*. Dieser taz-Artikel vom 5.11.87 ist symptomatisch für den Umgang der Zeitung mit Eichler und den Fakten. Um den locker-flockigen Reportage-Stil wahren zu können, wird auf die Nennung von Quellen verzichtet, werden Dinge, die der taz-Redakteur nur vom Hörensagen wissen kann, als feststehende Tatsachen beschrieben. Ähnlich dem ,,Spiegel'' operiert die taz hier außerdem mit besonderen, für die Geschichte belanglosen Details, um das Beschriebene authentisch erscheinen zu lassen. Ob der Rucksack nun wirklich im Zimmer stand oder, wie die Frankfurter Rundschau berichtet, auf dem Vordach gefunden wurde, ob tatsächlich zwei leere Pistolen-Magazine in dem Rucksack gefunden wurden, und woher die taz wissen will, daß Eichler im Bett lag — das geht auch aus dem Artikel nicht hervor. Stattdessen rühmt sich die taz, besser informiert zu sein als Hessischer Rundfunk und Abendpost/Nachtausgabe, die tags zuvor noch behauptet hatten, Eichler sei in seiner eigenen Wohnung festgenommen worden. *,,Bundesanwaltschaft und Polizei inszenieren Verwirrspiel um Festgenommen und Tatverdächtige''*, kritisiert die Unterzeile dieser Tagesthemenseite. Was diese Kritik meint, wird dann im Vorspann deutlich: *,,daß der Todesschütze aus den Reihen der Startbahngegner kommt, ist mittlerweile unstrittig''*. Da kommt angesichts des Wissensstandes zu diesem Zeitpunkt nur ein einziger in Frage: Andreas Eichler. Folgerichtig bleibt er auch die nächste Zeit im Visier der taz-Reporter. Wenn er auch nicht ausdrücklich zum Mörder gemacht wird, so gilt er der taz doch ebenso wie der Bundesanwaltschaft als Hauptverdächtiger.

Am nächsten Tag, dem 6.11., erfahren die taz-LeserInnen, daß Eichler von ,,Bekannten'' als ,,unpolitisch'' bezeichnet wird, daß er ,,brav und bürgerlich'' gelebt und ,,kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung'' besessen habe. Wer diese ,,Bekannten'' sind — darüber kein Wort, noch nicht mal ob sie aus den Reihen der Startbahn-GegnerInnen kommen oder nicht. Wem diese vagen Informationen, eher noch: Gerüchte, dienen sollen: auch darüber nichts. Es dauert vier weitere Tage, bis die taz wenigstens in einer Überschrift feststellt, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: *,,Zweifel an Eichlers Täterschaft''* (taz 10.11.). Der Artikel selber ist allerdings wieder bemerkenswert ungenau. Heißt es im ersten Satz noch, *,,Eichler soll (...) einen noch unbekannten Mann belastet haben''*, wird diese Angabe der Bundesanwaltschaft im nächsten Satz schon zur feststehenden Tatsache: *,,Eichler behauptete, die Tatwaffe in der Mordnacht* (...) *in die Hand gedrückt bekommen zu haben.''* Zwei Seelen streiten in des Schreibers Brust: die journalistische, die darauf beharrt, Behauptungen mit Zweifeln zu begegnen, und die politische, die davon überzeugt ist, daß Eichler der Mörder war und deswegen die Version der Bundesanwaltschaft als Wahrheit verkaufen will. Ernste Zweifel an der Version der Bundesanwaltschaft, die über das sowieso gegenüber ihr angebrachte Mißtrauen hinaus gehen, wären dabei schon tags zuvor angebracht gewesen: Am 9.11. berichtet die taz über die monatelange Observation Eichlers durch den Verfassungsschutz und über ein am Tag der Schüsse abgehörtes Telefonat, das Eichler mit Unbekannten geführt haben soll. Auf welcher Rechtsgrundlage der Geheimdienst gearbeitet hat, mit welchem Erkenntnisinteresse er gerade Eichler überwacht hat, und warum das erst so spät bekannt wird — danach wird in der taz weder gefragt noch darüber nachgedacht. Denkwürdiges liefert auch ein taz-Kommentar vom 10.11.: *,,Die Polizisten wurden Opfer eines offenbar durchgeknallten Gewalttäters — falls der in U-Haft sitzende Eichler tatsächlich der Mörder ist.''* Ohne Beleg wird damit Eichler, ohnedies schon zum Mörder stilisiert, auch noch psychiatrisiert.

Zwei Tage später erscheint ein Artikel, der den Höhepunkt dieser Art von taz-Journalismus darstellt: *,,Paranoia in der Frankfurter Szene''*. Ein mit Offenbacher Autonomen geführtes Gespräch wird dazu benutzt, weiter Stimmung gegen Eichler zu machen, der ,,schon immer nicht ganz koscher gewesen'' sei, angeblich mit einem Typen, der vielleicht V-Mann des Verfassungsschutzes sei, verkehrt habe und überhaupt: *,,Ob die harten Kämpfer aus der Lederstadt an einer Legende stricken, oder ob ihnen konkretere Hinweise vorliegen — wer will das wissen?''* Die taz kann es offensichtlich nicht wissen und will es auch nicht — denn wenn nur Gewußtes verbreitet würde, ließe sich weder mit intimer Szenekenntnis protzen noch alle Tage wieder der Anschein exklusiver Informationen erwecken. Daß auch die Aussagen der taz-Informanten entstellt wiedergegeben werden, ist einer Stellungnahme der Autonomen vom 23.11. zu entnehmen, wonach sich die Gesprächspartner der taz-Ffm ,,mißbraucht und hintergangen fühlen''.

Die taz hat unterdessen einen weiteren Menschen am publizistischen Wickel: Frank Hoffmann, von der Bundesanwaltschaft seit dem 6.11. wegen Mordes gesucht. Die merkwürdigen Umstände dieses Haftbefehls werden von der taz nicht besonders problematisiert: obwohl Eichlers angebliche (!) Einlassung, er habe den Rucksack mit der Pistole von Hoffmann in die Hand gedrückt bekommen, von der Bundesanwaltschaft ausdrücklich als unglaubwürdig bezeichnet wird, weil E. selbst geschossen habe, hat sie den ,,dringenden Verdacht'', daß die Schüsse ,,in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem H. geschehen (sind)'' (BAW laut taz, 11.11.87). Auf Seite 1 gelangt Hoffmann wieder am 21.11.: Die taz behauptet, einen Brief von Hoffmann bekommen zu haben, dessen Echtheit die Mutter in der taz-Redaktion bestätigt habe. Statt diesen Brief zu dokumentieren, der, so er wirklich an die taz gerichtet war, ja wohl zur Veröffentlichung gedacht war, wird die taz-Leserschaft mit vier zurechtgestutzten Zitaten H.'s abgefertigt: *,,falsch''*, *,,nicht im geringsten etwas zu tun''*, *,,Interesses der Bundesanwaltschaft an der Konstruktion eines Mordkomplotts''*, *,,durch die Vorverurteilungen und Hetzkampagnen in Teilen der Medien''*. Vier Tage später beklagt die Frankfurter Redaktion dann ,,Pannen bei Startbahn-Fahndung'': trotz des Haftbefehls vom 6.11. habe Frank Hoffmann noch am 7.11. unbehelligt bei seiner Mutter sein und Radfahren können. Einen Tag danach, am 26.11., erscheinen sieben Sonderseiten in der taz zur Startbahn-West. Der Artikel zur Fahndung, als erster plaziert, beschäftigt sich wieder intersiv mit den beiden Mordverdächtigen: ,,,nichts neues' hat der Oberstaatsanwalt Prechtel den täglich anrufenden Journalisten zu berichten.'' Aber die taz weiß Neues: *,,Nach Informationen der taz steht fest, daß der gesuchte Frank Hoffmann, der in einem Brief an die taz erklärt hat, nichts mit den Morden zu tun gehabt zu haben, seit geraumer Zeit mit dem jetzt inhaftierten Andreas Eichler zusammengearbeitet hat. Unstrittig ist auch, daß im Rhein-Main-Gebiet mehrere Gruppen ,operieren', die Aktionen weit über das Maß der ,gewöhnlichen' Demo-Militanz hinaus durchführten. Daß die gesamte Szene aufgrund der anhaltenden Fahndungsmaßnahmen der ,Soko'-Startbahn extrem verunsichert ist und in einigen Städten die ,Schotten dicht' gemacht werden (...) versteht sich da von selbst.''* Die Zusammenstellung von ,,Informationen der taz'' mit dem Dementi Hoffmanns bezüglich der Morde suggeriert, obwohl nicht ausdrücklich geschrieben: so ganz stimmt Hoffmanns Dementi nicht. Die nachfolgend beschriebenen Aktionen über das Maß der gewöhnlichen Demo-Militanz hinaus legen einen Zusammenhang mit den Schüssen nahe und das behauptete Abschotten großer Teile der Szene ,,beweist'', daß — irgendwie — doch alle Militanten unter einer Decke stecken. Daß die taz weder genau bezeichnet, welche Informationen sie aus welchen Quellen schöpft, noch was sie unter Zusammenarbeit versteht und was unter Aktionen (wenn sie Strommast-Knacken meinte, könnte sie das ja schreiben), erweist sich nicht als Schlampigkeit sondern als Methode. So gesehen ist die Unterzeile des Artikels ,,Neue Verhaftungen in Frankfurt'' am 10. Dezember nur konsequent: *,,Noch kein Geständnis Eichlers''*. Das ,,noch'' ist das Entscheidende, denn daß eines kommen muß, steht für die taz schon lange fest.

Die taz und die Autonomen

Neben der weitgehenden Wiedergabe der Verlautbarungen der Bundesanwaltschaft bietet die taz gerade noch ein paar wenige Veranstaltungsberichte und ein Tagesthema über die Vollversammlung der Bürgerinitiative am 13.11.87. Sowohl die Veranstaltungsberichte als auch der Bericht von der VV verfolgen dabei vor allem das Interesse, die Autonomen als isolierte, politisch für die Schüsse verantwortliche, aber nicht lernfähige Gruppe darzustellen. In dem Bericht von der VV geschieht das vor allem durch Zitieren und Erwähnen von aus ihrem Zusammenhang gerissenen Äußerungen. Ein Beispiel: Es wird eine Frau zitiert, die die Schüsse kritisiert, gleichzeitig aber festgestellt hatte, sie könne sich ,,gleichwohl ,die Zukunft nicht schußfrei' vorstellen''. So heißt das: die Schüsse sind zwar zu verurteilen, könnnen aber wieder fallen oder sich gar als notwendig erweisen. Im Zusammenhang des Beitrags ist der Akzent deutlich anders gesetzt worden: die Frau hatte festgestellt, daß Schüsse wie die an der Startbahn grundsätzlich zu verurteilen seien, daß es aber auch ganz andere Situationen gebe, wie beispielsweise in El Salvador, in denen es ,,nicht schußfrei'' zugehen können. Deshalb sei es zu kurz gegriffen und nicht ausreichend, nur den Schußwaffengebrauch an der Startbahn zu kritieren. Daß in dem Artikel ein Unterschied gemacht wird zwischen den Bürgern, die nicht zur VV gekommen sind und der ,,bürgerlichen'' (Anführungszeichen taz) Pressesprecherin Arnold, daß Achim Bender als ,,Aushängeschild der militanten Startbahngegner in der BI'' bezeichnet wird, dokumentiert die Nähe zwischen FAZ und taz. Bezeichnend ist, daß selbstkritische Stellungnahmen von BIlern auf wenige Stichworte verkürzt, Kritik an der Repression des Staates vergleichsweise ausführlich wiedergegeben und so der Anschein einer Repressionsdiskussion in der BI erweckt wird.

Ähnlich auch der Artikel ,,Militante Sprachlosigkeit im Hörsaal VI'' (taz 21.11.87), dessen Stoßrichtung schon in der Unterzeile offensichtlich wird: ,,Flucht in Floskeln und Bekenntnisse'' wird dort konstatiert, und zum Beleg werden Eindrücke des Schreibers zu Zitaten verdichtet, die nicht gefallen sind, die der Schreiber vorsichtshalber auch niemanden konkret in den Mund legt, sondern einfach so in Anführungszeichen stehen läßt: *,,Daß sie* (die Bewegung, Anm. AK) *— auch im Saal — schon längst in konkurrierende Gruppen und Grüppchen zerfallen ist, weiß zwar jeder, bloß sagen darf mans nicht. Denn: ,Es geht doch um viel mehr als zwei Morde. Es geht um Mollis, Strommasten, Startbahn, Wackersdorf.'''* Die Autonomen antworteten mit einer umfangreichen Stellungnahme auf der Leserbriefseite. Interessant ist die Reaktion der taz darauf: die Autonomen hatten in ihrer Stellungnahme Kontroversen innerhalb der taz behauptet. Diese reagierte erbost: *,,Die Glaubwürdigkeit dieses Vorwurfs* (Eichler würde zum Mörder stilisiert, Anm. AK) *wird mit dem Hinweis scheinbar untermauert, auch taz-intern sei die Arbeit unserer Frankfurter Redaktion heftig umstritten. Dem ist nicht so.''* (taz intern 4.12.) Naja: Bombastische Eiheitsbekundungen und Schulterschlüsse sind oft ein Zeichen dafür, daß es um ziemlich haarige Sachen geht.

Nostalgia

Der Wahrheit hat die taz-Berichterstattung bisher nicht auf die Sprünge geholfen. Sie hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, Informationen der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes sowie einzelne Rechercheergebnisse von Stern und FR wiederzugeben. Die zahllosen, sich widersprechenden Versionen über den Tatverlauf hat sie weder auf offensichtliche Lügen hin untersucht, noch auf ihre Interessen hin — sie hat sie nicht einmal vollständig zur Kenntnis gegeben. Die ziemlich unglaubwürdige Behauptung der Polizei beispielsweise, daß die Schüsse aus 300 Metern Entfernung mit einer Pistole (!) abgefeuert worden sein sollen, kennen LeserInnen der taz nur, wenn sie auch andere Presseerzeugnisse beziehen. Über die Diskussion in der Linken und der Startbahnbewegung berichtet die taz — mit Ausnahme eines zweiseitigen Interviews in der Sonderbeilage (,,Es gibt keine Taktik ohne Menschlichkeit'') — tendenziös: die Autonomen werden insgesamt als politisch nicht lernfähig dargestellt, durchgängig wird die ,,Zwangslogik'' vom Molli über die Zwille zur Sig-Sauer behauptet. *,,Das Spektrum wird und soll breiter sein, als es den Vorstellungen irgendeines Lesers oder Mitarbeiters entspricht''*, heißt es in der These 2 des ursprünglichen ,,Prospekt: Tageszeitung''. Faktisch ist das Spektrum gerade mal ein bißchen breiter, als es den Vorstellungen der Ermittlungsbehörden entspricht. *,,Bei dem miserablen Zustand der deutschen Öffentlichkeit, wo nichts offen ist und wo kein Licht ist, daß da eine Zeitschrift, eine Tageszeitschrift, überfällig ist, ist keine Frage!''* (Rudi Dutschke 1978) Der Mensch denkt, der Markt lenkt ...

de.

Von Wundern und Linken

Vorweihnachtliche Nachbetrachtungen zur Hafenstraße

Nicht in Lourdes oder Fatima, nicht in Tschenstochau oder Altötting, nein, im protestantischen Hamburg geschah ein Wunder: Frieden in der Hafenstraße. Und fast alle glauben an diese Erscheinung; außer der gläubigen Rechten und einigen aufgeklärten Linksradikalen. Wundertäter Dohnanyi ist in. Frank Elstner macht ihn zum „Menschen des Jahres". Kaum jemand wagt es, ihm nicht „Respekt" zu zollen für gutes Business. In Umfragen hat er satte Bevölkerungsmehrheiten für seinen Kurs. Von Weizsäcker und von Dohnanyi — ein Segen für dieses Land, springt es einem aus den Leserbriefspalten der liberalen Blätter entgegen. Jubel. „Spiegel"-Böhme sieht *„die politische Kultur in der Bundesrepublik verändert"*. Nur Wochen nach Barschel habe Dohnanyi *„die deutschen Politiker rehabilitiert"*. Das glauben mit ihm viele, zumindest aus der etablierten 68er Linken.



Mit Begeisterung beim Barrikadenabbau ...

Foto: H. Wojahn

Frankfurter Autonome wollten das „Wunder" zunächst einfach nicht glauben, wie sie schriftlich mitteilten. *„Ein Gefühl riesiger Freude, ein politischer Erfolg, der für uns alle fast unfaßbar schien (...) Wie so oft haben wir uns in Gedanken (..) auf eine gewaltsame Niederlage eingerichtet. Nun stehen wir vor einem Erfolg, auf den wir nicht vorbereitet sind. Sicherlich haben wir dem Staat nichts zu schenken, am wenigsten unser Vertrauen. Aber vielleicht sind es auch die vielen vergeblichen Kämpfe, die uns Angst gemacht haben zu gewinnen. Die Hafenstraße ist für uns ein Grund mehr, diese Angst zu verlieren."* (1) Weiß man, wer da was gewonnen hat? Brokdorf, Libyen,

chen Kämpfe, die uns Angst gemacht haben zu gewinnen. Die Hafenstraße ist für uns ein Grund mehr, diese Angst zu verlieren." (1) Weiß man, wer da was gewonnen hat? Brokdorf, Libyen,

Hafenstraße — ein Kampf? No pasaran? Oder findet der Bauch den Kopf nicht mehr?

Wie wär's mit der Erklärung für einfache Gemüter: Hie hochgerüsteter Staat, da militante Autonome mit ihren *„lächerlichen Barrikaden"*. Dazwischen die neue politische Szenekultur inklusive Bürgermeister, die *„das richtige Verhältnis von Fürsprache und kritischer Distanz"* fand und so Druck auf beide Seiten ausübte, *beide* dick und fett gedruckt. So sehen die realistischsten GALier Bock/Jurtschitsch/Rieckmann (2) ihre maßgebliche Rolle als eigentlich Handelnde in gleich großem Abstand zum rechten Teil des Staatsapparats und dem linken Flügel der Gesellschaft. Assistiert von „Kommune"-Chef Schmierer, der resümiert: *„Einen Sieg hat die Zivilität der Gesellschaft errungen, die beide Seiten in Schranken hielt."* (3) Militanter Staat und militante gesellschaftliche Ränder seien von der Mitte so auseinander gehalten worden, daß es erstens Frieden und zweitens Zufriedenheit für alle gebe, daß die *„typisch deutsche Stalingrad-Mentalität"* (Daniel Cohn-Bendit im „Pflasterstrand" (4) sich diesmal nicht durchsetzen konnte. Allein einige Nörgler aus dem Hafenstraßen-Initiativkreis und GAL-Fundis hätten — so die Realissimos — noch *„Sehnsucht nach der Niederlage"*.

Halten wir fest: Unbestrittener Sieger ist Dohnanyi. Der weiß, warum. Sieger sind auch die Autonomen, auch wenn sie nicht wissen warum. Die eigentlichen Sieger sind die Grünen Realos, weil sie als Briefträger zur aufmüpfigen Hafenbasis gebraucht wurden. Und die Verlierer: unbestritten die Rechten; vielleicht noch die politische Rationalität.

Der Erfolg der Hafenstraße

So viele Sieger? Vielleicht stellt sich alles doch etwas verwickelter dar? Die Staatsseite wollte die Häuser an der Hafenstraße zugunsten einer Luxus-Hafenrand-Bebauung abreißen, mußte wegen des hartnäckigen und phantasievollen Widerstands der Bewohner Schritt für Schritt zurückstecken. Nach der Besetzung 1982 erreichten die Bewohner zunächst Einzelmietverträge. 1984 sah der neue Plan der Bebauung einen Teilabriß von Häusern und die Integration einiger der alten Häuser vor. Es folgten Jahre der staatlichen Übergriffe auf einzelne Häuser und Wohnungen kombiniert mit den Vorbereitungen für eine Gesamträumung, die immer wieder am praktischen Widerstand und juristischen Unhaltbarkeiten scheiterte. *Seit der Novemberwahl 1986, vor der die Räumung der Hafenstraßenhäuser Programm von SPD und CDU war*, wird über eine vertragliche Regelung zum Erhalt aller Häuser verhandelt. Diese Verhandlun-

wahl 1986, vor der die Räumung der Hafenstraßenhäuser Programm von SPD und CDU war, wird über eine vertragliche Regelung zum Erhalt aller Häuser verhandelt. Diese Verhandlun-

gen standen immer unter dem Damoklesschwert der polizeilichen Räumung der Häuser durch die Stadtregierung mit Bürgermeister Dohnanyi an der Spitze — was die Bewohner ihrerseits zur militanten Verteidigung und Befestigung veranlaßte. Ihre Hartnäckigkeit einerseits und die Unterstützung der Hafenstraße als Wohnprojekt durch eine demokratische Öffentlichkeit andererseits ermöglichten es, ständig Druck auf die aus der Minderheit regierende SPD zu machen. Beide Varianten einer Lösung in der Hafenstraße wurden bis zum Vertragsabschluß nicht nur erwogen, sondern vorbereitet. Dohnanyi hatte sich nach der Sommerkrise zwar auf die Vertragslösung festgelegt, schloß dabei aber ihr Scheitern nicht aus.

Abgeschlossen worden ist jetzt ein Vertrag, exakt jener im August dieses Jahres vorgelegte, den die Hafenstraße mit Grund — nach anfänglichem Zögern — am 31.10. abgelehnt hat. Im Vordergrund der öffentlichen Ablehnung des Vertrages stand die politische Auseinandersetzung um die Vorbedingungsklausel, die den Abbau der Befestigungen als Prüfstein für die Vertragsunterzeichnung bis zum 31. Oktober vorsah. Diese Bedingung wurde schließlich im Rahmen von Dohnanyis letztem Ultimatum (erst Barrikadenabbau, dann Befestigungsabbau) erfüllt. Viel zu wenig wurde das bekanntgemacht, was der Verein „Mieter helfen Mietern" *„sittenwidrig"* genannt hat: die Verknüpfung von Miet- und Strafrecht, indem der künftige Verein Hafenstraße haftbar gemacht werden soll für strafbare Handlungen einzelner aus den Häusern und schließlich eine kollektive Haftung aller für Einzeltaten eingeführt wird, die zur Kündigung des Gesamtvertrages führen kann (siehe nebenstehenden Kasten zum Vertrag).

Materiell wurde das erreicht, was auch schon im Sommer zur Verhandlung stand. Unterm Strich: Der Erfolg fast sechsjährigen Widerstands der Bewohner und ihrer Unterstützer besteht im Erhalt der Häuser und ihres Milieus. Erkauft wurde er zu diesem Zeitpunkt durch einen Vertrag, der viele Unwägbarkeiten enthält, und mit ziemlicher Sicherheit — bei Einhaltung durch beide Seiten — ein anderes Wohnmilieu hervorbringen wird, als jenes abenteuerliche, das für viele Autonome, Punx und Jugendliche Anziehungspunkt war. Andernfalls ermöglicht der Vertrag erneute Räumungsauseinandersetzungen, möglicherweise aber in einem weitgehend veränderten Bewohnerumfeld. Dieser Vertrag ist ein typischer Kompromiß. Man kann annehmen, daß mehr für die Bewohner nicht drin war. Die Staatsseite strömt Zuversicht aus, daß Ruhe am Hafen einkehren werde. Die integrationistische Linke, vertreten durch Hafenstraßen-Vereins-Mitglied Sachs (ehemaliger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter) will im „Spiegel" die Hafen-

einkehren werde. Die integrationistische Linke, vertreten durch Hafenstraßen-Vereins-Mitglied Sachs (ehemaliger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter) will im „Spiegel" die Hafen-

straße gar als im Werden befindliches Vorzeigemuster eines alternativen Wohnprojekts verstanden wissen.

Über den Ausgang der Zähmungsabsichten jetzt zu spekulieren, ist unsinnig. Wieweit es weitere Auseinandersetzungen geben wird, hängt von einer Reihe Faktoren ab, die sich nicht ohne weiteres vorhersagen lassen. Zwar hat mit der Unterzeichnung die Staatsseite wichtige Hebel in der Hand. Andererseits braucht auch der Senat eine Atempause und nicht ständig neue Auseinandersetzungen in der Hafenstraße. Das könnte trotz vertraglicher Kleinlichkeiten genügend Spielraum für ein weniger reglementiertes Wohnprojekt geben, das — so die Senatsplaner — versuchsweise in die Hafenrandbebauung integriert werden soll. Für zunächst einmal fünf Jahre.

Dieser Teil des Wunders mit Haken, liebe ungläubige Frankfurter Autonome, war seit dem Sommer Verhandlungsmasse. Bezogen auf die Hoffnung, die Hafenstraße könne auch weiterhin Ort und Symbol des politischen Widerstandes und der autonomen Szene sein, sind die Aussichten geschwunden. Will man diese Auseinandersetzung neu aufnehmen, dann tut man dies geschwächt und zu Lasten des Wohnprojekts. Ist mit eurer unfaßbaren Freude jener politische Erfolg gemeint, der jenseits des Vertrages liegt, dann habt ihr zweifellos recht: Unmittelbar war die Tatsache bedeutsam, daß die Staatsseite die Bewohner, Autonome und militante Verteidiger, Punkies und zugehörige Szene nicht klein bekommen hat, daß diese sich nicht gebeugt und jene Unterwerfungsrituale praktiziert haben, die in der Linken heute üblich sind, und dennoch den Vertrag erreichten. Das schafft politisches Selbstbewußtsein. Ob das hält und für was, muß gezeigt werden.

Der Erfolg der SPD

Aber kann man bei aller verständlichen Freude übersehen, daß es einen Sieger gab, dessen Erfolg möglicherweise Herrschaft stabilisiert? Daß das Ansehen des Staates in Person Dohnanyis und letzlich seiner Partei Sozialdemokratie gesteigert worden ist durch die Fähigkeit, einen solchen Konflikt befriedet zu haben? Was während und nach der heißen Hafenstraßenwoche an politischem Müll über die SPD verbreitet wurde, spottet jeder Beschreibung. *Sowohl der regierende Senat, als auch die staatsversöhnliche Linke machen ihre Politik mit der Hafenstraße.* Siehe die GAL-Realos, siehe die „taz". Das ist nicht die Schuld der Hafenstraße, doch darüber muß eine politische Auseinandersetzung geführt werden.

In die Hafenstraßenauseinandersetzung hineinverlängert wurde die von den Grünen bekannte SPD-Diskussion von der guten und der schlechten SPD, gefeatured von nahezu allem, was sich links öffentlich zu Wort meldet, besonders von der „taz". Aus der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie die Partei ist, die traditionell den sozialen Protest in der Gesellschaft aufzunehmen und zu kanalisieren bemüht ist, daher auch besonders druckempfindlich für diesen Protest ist, wird zunehmend wieder auf die „vernünftige" SPD als Hoffnungsträger orientiert. In Hamburg hat sie sich seit dem „Kessel" vom Juni 1986 extrem druckempfindlich gezeigt, und das haben kluge Leute in Sachen Hafenstraße zu nutzen gewußt. Die Partei und ihr Bürgermeister versuchen seither rechte wie linke Klientel unter einem Hut zu halten. Ausdruck für die zunehmenden Schwierigkeiten dabei sind die Flügelkämpfe in der SPD. Natürlich kann man die ausnutzen. Aber deswegen wird ein Bürgermeister Dohnanyi ja nicht auf einmal zu einem wirklichen Hoffnungsträger, wenn er sich — selten genug in seiner Karriere — mal für den liberalen Weg entscheidet, den Polizeiknüppel in Hinterhand, einen Verfassungsschutz gewähren lassend, der zeitgleich zum Vertragsabschluß den nebenstehenden Text verbreitet, der das Gegenteil von Liberalität ausdrückt. Beide Seiten dieser Sozialdemokratie und ihres Bürgermeisters zusammengenommen ergeben erst ein Bild. Die Rede ist vom selben Dohnanyi, der acht Monate zuvor inhaltlich (nicht formal) an einer Großen Koalition bastelte, und unter dessen Regierung eine Reihe einschneidendster, unsozialer Sparmaßnahmen in Bildungs- und den sozialen Bereichen anlaufen, die diese Stadt je erlebt hat. Maßgeblich für Dohnanyis Entscheidung war die politische Großwetterlage, die es einer auf oppositionelles Profil bedachten SPD angeraten erscheinen ließ, den Rückenwind des friedlichen Zeitgeistes für die Wiederherstellung eigener Regierungsfähigkeit auszunutzen. Nachdem die FDP die Rolle des liberalen

ner auf oppositionelles Profil bedachten SPD angeraten erscheinen ließ, den Rückenwind des friedlichen Zeitgeistes für die Wiederherstellung eigener Regierungsfähigkeit auszunutzen. Nachdem die FDP die Rolle des liberalen

Wächters aufgrund ihrer Haltung bei der Verschärfung des Demonstrationsrechts geräumt hat, ist Platz für die SPD entstanden (ein typischer Regierungs-/Oppositionskonflikt). In der Situation bekommt der ach so lonesome Dohnanyi die Unterstützung seiner gesamten Parteispitze in Bonn (Parteiratsbeschluß). Und er pokert hoch, seine rechten Holzköpfe in der Partei begreifen gar nichts mehr, und gewinnt. Zugegeben, das war stark inszeniert. Es war aber auch stark mit anzusehen, wie viele intelligente, erwachsene Menschen, die so etwas schon mehrfach in ihrem Leben erlebt haben, darauf abfuhren.

Es hat Methode, diese im „Konzept Sozialdemokratische Partei" angelegten Widersprüche zu tendenziell antagonistischen zu erklären, weil dies immer wieder die Hoffnung auf eine geläuterte Partei plus deren Politik nährt, und somit Veränderungen behindert. Am krassesten haben die „taz" und die GAL-Realos im Hafenstraßenkonflikt versucht, das Bild der guten SPD — zuletzt aufgelöst im guten Bürgermeister — zu zeichnen. Scheinbar untermauert wurde dies noch durch die Putschberichte aus der Hamburger Polizei, in der führende Kreise um Polizeidirektor Rürup während des Dohnanyi-Ultimatums an diesem vorbei die Häuserräumung für Bußtag geplant hätten. Zuzutrauen ist es dem „Kessel"-Chef Rürup allemal. Geflissentlich übersehen wird dabei allerdings, daß er sich zu der Zeit auf eine politische — paralysierte — Mehrheit im SPD/FDP-Senat hätte berufen können, gegen die zuvor Dohnanyi mit seinem Ultimatums-Coup „geputscht" hatte. Es bleibt nun GAL-Realos vorbehalten, aus dem Nicht-Putsch einen Erfolg dessen zu erklären, was die neue alternative Spießbürgerlichkeit einen *„Sieg der Zivilisten gegen die Putschisten"* (2) nennt. Denn auch dieser Vorgang *„gehört zu den hellen Momenten der Hafenstraßengeschichte. Höhere Polizeibeamte als Teil der zivilen Gesellschaft, die sich einer Putschlogik entziehen."* (Es soll nämlich Oberbullen gegeben haben, die dem Rürup die Gefolgschaft verweigert hätten.) So ein Stumpfsinn steht in der „Kommune". Da wird aus der alltäglichen Normalität ein Sieg herbeiphantasiert. So als wäre es ein Erfolg, daß niemand gefoltert worden ist. Dieser Unsinn nennt sich auch noch links. „Zivilisten", das sind für Jurtschitsch/Rieckmann/Schmierer alle

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 11

Fortsetzung von Seite 11

Lagebericht des HHer VS ...

Um 18.00 Uhr findet ein offenes Plenum im Zelt statt. Der Inikreis, die DKP, Jusos und GAL sind stark vertreten, auffällig ist, daß nur wenige Autonome und Antiimperialisten und keine Bewohner der Hafenstraße am Treffen teilnehmen. Diskussionsschwerpunkt ist ein Barrikadenauf- oder -abbau. Zeitgleich dazu werden die Barrikaden draußen von den Bewohnern der Hafenstraße und Autonomen weiter ausgebaut.

Geplante Aktion ist das Vortragen einer Erklärung zur Hafenstraße in Kinos und Theatern. Am Ende des Plenums wird zu „massenhaftem Erscheinen" wegen der erwarteten Räumung für den 16.11.87 um 4.00 Uhr aufgerufen.

Verhalten der Bewohner und ihrer militanten Unterstützer

Bei den offenen Zusammenkünften im Zelt zwischen und im Bereich vor den Häusern der St. Pauli Hafenstraße konnte festgestellt werden, daß hieran zumindest seit dem 13.11.87 fast ausschließlich Angehörige des „Inikreises zur Unterstützung der Hafenstraße" (ein breites Bündnis bestehend aus DKP, SDAJ, MSB, Jusos, Nachbarschaftsinis, Angehörigen der GAL, der autonomen Szene und Antiimpis) teilnahmen. Angehörige gewaltgeneigter autonomer Gruppen — auch auswärtige —, des terroristischen Umfelds sowie Bewohner (im Sinne der tatsächlich in der Hafenstraße lebenden) wurden im Laufe des Wochenendes vom 13.-15.11. auf den offenen Zusammenkünften nur vereinzelt gesehen. Einzelne Antiimpis und Angehörige der autonomen Szene nahmen gleichwohl auf diesen offenen Plena die Funktion von Wortführern wahr. Sie bemühten sich hierbei — meistens erfolgreich — die überwiegend verworrenen Diskussionen und Einzelvorschläge zusammenzufassen und auf einen Nenner zu bringen. Sie halten offensichtlich die Verbindung zwischen den offenen und den permanent tagenden „internen Plena".

Regelmäßig wurde bemerkt, daß sich zum Zeitpunkt interner Plena auffällig wenige Bewohner und Angehörige der Autonomen/Anarchisten-Szene vor den Häusern aufhielten. Bei offenen Zusammenkünften waren dagegen Bewohner und Autonome meistens mit Arbeiten zur Verstärkung der Barrikaden oder der Verteidigungseinrichtungen der Häuser befaßt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bürger, die gegen die Militärs stehen, jenen rechten Flügel des Staates plus Autonome und sonstige militant denkende Linke. Das ist das neue Feindbild. Da wird selbst der Bulle, der wegen Rürup seine Karriere nicht riskieren will, diesseits der Barrikade gesichtet. Als Mensch jenseits dieser Barrikade verstehe ich unter dieser neuen Begrifflichkeit, die in Abgrenzung zu sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen rund um die Grünen entwickelt wird, noch mehr als: zivil gleich nicht-militärisch. Es handelt sich hier um einen Begriff aus der bürgerlichen Revolutionszeit des letzten Jahrhunderts, der heute noch mehr meint: *anständig* (siehe Duden). Ex-KBW-Chef Schmierer prägt dafür den neuen Modebegriff „Zivilität", der mit *Höflichkeit, Anstand* zu übersetzen ist. Na bitte, da haben wir das neualternative Spießertum. Mehr Substanz scheint mir dahinter auch nicht zu stecken.

Versöhnung statt Klassenkampf?

Zurück zur Hafenstraße. Es stimmt ja, daß sie fast alle mitgefiebert haben in den heißen Tagen; daß es viel an der Sache orientierte Unterstützung für die Hafenstraße gegeben hat, die sich — wie beispielsweise der Initiativkreis — mit dem Wohnprojekt Hafenstraße identifiziert hat, ohne die Bewohner im Sinne eigener Interessen oder politischer Strategien gängeln zu wollen und viel geleistet hat. Es stimmt auch, daß Hamburgs linke Schicki-Micki-Szene (und darüberhinaus) zum Abenteuerspielplatz Hafen flaniert ist, daß dies der SPD und dem Bürgermeister das harte Agieren erschwert hat.

Es hat aber auch andere Interessen gegeben in dem, was als Solidarität auftrat. Wenn sie nicht stimmt, so ist sie doch gut erfunden, die Äußerung von Thalia-Intendant Flimm, er sei vor Ort, *„nicht für die Hafenstraße, sondern gegen Tote"*. Oder anders gesagt: *Alles wollte diese im weitesten Sinne Linke, nur nicht einen Staat, den sie hassen muß.* Viele waren am Hafen wegen ihrer eigenen Nöte, die seit Monaten unter dem Stichwort „Versöhnung" (mit dem Staat) diskutiert werden, nicht aber für die der Hafenstraßenbewohner. Sie alle hat Dohnanyi befreit und erleichtert. Jetzt darf am Hafen gewohnt, aber kein politischer Unsinn mehr gemacht werden. Sicher kann man als radikaler Linker über Antje Vollmer und ihre nebenstehende Predigt schmunzeln, sie reizt geradezu zum Witzemachen. Aber sie ist nichtisolierter Bestandteil einer Bewegung in einem politischen Potential, das den Weg vom Protest zur Anerkennung sucht, und diesen Weg ausdrücklich als Linke gehen will. Am 17.11. verfluchte Antje Vollmer bitterböse in der „taz" Dohnanyi, diese *„Inkarnation des tief*

sucht, und diesen Weg ausdrücklich als Linke gehen will. Am 17.11. verfluchte Antje Vollmer bitterböse in der „taz" Dohnanyi, diese „Inkarnation des tief



Foto: H. Wojahn

beleidigten Gutsherrenstaats": Kreuziget ihn. Zwei Tage später predigte sie Hosianna, nie war er so friedlich wie heute. Und lag am 17.11. für Vollmer Kiel näher an Hamburg als geglaubt (taz), so dürfte zwei Tage später das Gegenteil gegolten haben. Womit wir bei der *Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Politiker* wären, wie der eingangs zitierte Chefredakteur meint. Diese scheint heute auch schon den Grünen Parlamentariern ein Herzensanliegen zu sein.

Wenn ein und dieselbe Politik solche Wechselbäder bei politisch denkenden Menschen erzeugt, dann sagt dies sehr viel über ihre Befindlichkeit aus. Dohnanyi hat sie letzlich nicht enttäuscht, sie können weiter für Frieden und Versöhnung eintreten, obwohl die gesellschaftliche Situation alles andere als friedlich und versöhnlich ist. (Der gleiche Film läuft übrigens in der Abrüstungspolitik ab.) Es ist nicht der *Wunsch* nach Frieden und Harmonie, den ich kritisiere. Es ist nicht die Umkehrung, daß Blut hätte fließen müssen, die ich wünsche (das unterstellt man uns Kommunisten ja). Es ist mein Wunsch nach rationaler, bewußter Auseinandersetzung mit den politischen Prozessen die ablaufen: zu erkennen, daß der Vertrag mit einem Wunder am wenigsten zu tun hat, sondern ein Kompromiß ist. Zu seinem Zustandekommen haben viele politische Faktoren beigetragen — sowohl die militante Arbeit der Hafenstraße, als auch das vor allem vom Initiativkreis getragene Bemühen um Bündnispolitik, als auch die politische Pattsituation in Hamburg sowie die Hin- und Hergerissenheit der SPD zwischen rechter und linker Klientel, also auch die GAL. Der Vertrag ist ein Kompromiß, bei dem beide beteiligten Hauptseiten Federn gelassen haben. Er hat aber auch die politischen Bedingungen verändert: *Die Hafenstraßen-Auseinandersetzung soll in Hamburg und bundesweit zum Bestandteil einer Befriedungspolitik für die Linke gemacht*

che Film läuft übrigens in der Abrüstungspolitik ab.) Es ist nicht der Wunsch nach Frieden und Harmonie, den ich kritisiere. Es ist nicht die Um-
verändert: Die Hafenstraßen-Auseinandersetzung soll in Hamburg und bundesweit zum Bestandteil einer Befriedungspolitik für die Linke gemacht

werden. Preis und Erfolg gegeneinander abzuwägen, heißt nicht den Erfolg runterzuspielen, sondern ihn nur etwas realistischer zu bewerten. Das Lösungs-„Modell" Hafenstraße unter Ausblendung aller seiner Faktoren, die zu dem derzeitigen Ergebnis geführt haben, zu verallgemeinern und daraus eine neue Versöhnungslinie in der Politik zu machen, geht nur unter Nichtzurkenntnisnahme oder Verdrängung der gesellschaftlichen Realitäten.

Fast möchte man die grünen und andere Friedensstifter nach Duisburg-Rheinhausen schicken. In NRW herrscht Unfrieden: Ein Manager wird mit *Eiern* beworfen; eine Rheinbrücke stundenlang blockiert, lebende Barrikade; in ein Verwaltungsgebäude wird eingedrungen, *eine Tür eingetreten*, das kalte Büffet im nu abgeräumt, Zigarren geklaut; eine Villa wird belagert, Feuer entzündet — vorerst noch zum Wärmen —, in die Villa eingedrungen; Straßen, Städte, Autobahnen werden stundenlang *blockiert. Eier*, so sollen Joschka Fischer und Dany Cohn-Bendit auf einer Münsteraner Veranstaltung gesagt haben, seien noch keine Gewalt. Doch bei der *Gewalt gegen Sachen*, so der taxifahrende Ex-Streetfighter Fischer in der „taz", ist's vorbei. Da befänden wir uns an der Grenze zur Gewalt gegen Personen, mithin auch zu Schüssen. *Autobahnblockaden* waren an der Startbahn — so die bürgerliche Lesart — der erste Schritt zu den späteren Schüssen.

Merkt euch das, Stahlarbeiter von Rhein und Ruhr! Ein Krupp-Betriebsrat sagte: *„Wenn wir richtig loslegen, dann sind die Demonstranten von der Hamburger Hafenstraße noch liebe Jungs gegen uns."* Recht hätte er, „wenn" ... Das ist nicht versöhnlich, das ist die Androhung von Gewalt. Auf jeden Fall blickt (fast) alles besorgt auf das Duisburger Pulverfaß.

Was würde hier die „Friedensarbeit, die Versöhnung heißt", um mit Antje Vollmer zu sprechen, machen? Verträge á la Hafenstraße, verhandeln? Wenn eines passiert, dann mit Sicherheit dieses: Verhandeln, Verträge und mehr oder eher weniger sozial abgefederter Arbeitsplatzabbau. Auf Kosten von Leben, Wohnen und Arbeiten der Leute im Revier. Es sei denn, die Stahlarbeiter werden unversöhnlicher als bisher. Das Denken in gesellschaftlichen Widersprüchen, in Gegensätzen, ja in Klassengegensätzen — siehe Duisburg — ist zwar unmodern, aber realistisch.

Wenn Stahlarbeiter Aktionsformen der politischen Bewegungen der letzten Jahre übernehmen, dann durchaus im Bewußtsein, daß ihre herkömmliche Gewerkschaftspolitik angesichts dieses Konflikts nicht helfen wird. Wenn sie starke Sprüche mit Bezug auf die Hafenstraße klopfen, dann weil sie mitbekommen haben, daß die „Chaoten" nur etwas erreicht haben, weil sie sich gegenüber dem Gegner grade gemacht haben. Deshalb lügen alle, die grünen Realos am meisten, die in der Hafenstraße von einem Sieg der Abrüstung und Vernunft sprechen und die Barrikaden — auch wenn sie in erster Linie Symbol der Entschlossenheit, Widerstand zu leisten waren — als lächerlich und überflüssig denunzieren. Sie sind nicht Sieger, sie sind Schmarotzer der realen Entwicklung.

hr.

hr.

Anmerkungen

(1) Startbahn-Papier von Frankfurter Autonomen
(2) Jurtschitsch/Rieckmann/Bock in „Hamburger Rundschau", 26.11.87 und Jutschitsch/Rieckmann in „Kommune" 12/87
(3) Schmierer in „Kommune" 12/87
(4) Cohn-Bendit vollbringt im „Pflasterstrand" vom 28.11. unter der Überschrift „*Weiter so, Dohnanyi*" eine Leistung, die nicht einmal die Springer-Presse bot. Er behauptet „*sich häufende Gerüchte von Vergewaltigungen und Gewalt unter den Bewohnern*", die „*aus Angst vor dem Faustrecht einiger Besetzer nie öffentlich gemacht*" wurden. Der einzige Fall von Vergewaltigung stammt aus dem Jahre 1984 und ist von den Bewohnern sofort öffentlich gemacht worden.



Antje Vollmer —

Bußtags-Predigt

Antje Vollmer ist grüne Bundestagsabgeordnete. Und Pastorin. Sie war einmal Mitglied im KSV, dem Studentenverband der aufgelösten KPDANull. Damals schrieb sie Bücher im ebenfalls aufgelösten Oberbaumverlag. Bücher über Clara Zetkin und die russische Revolution. Da hieß sie Karin Bauer. Heute hält sie Reden: im Bundestag oder von der Kanzel. So auch am Bußtag des Jahres 1987, als sie in der Hamburger St. Katharinenkriche über den Zusammenhang von Büßen und Hafenstraße predigte:

Liebe Gemeinde,
ich möchte gern mit Ihnen etwas feiern — Bußtag hin oder her. Ich mag gar nicht diese ernste Tonlage anschlagen. Es ist etwas passiert, was ich nicht für möglich gehalten hätte. Ich meine diese unglaubliche Geschichte, die sich an zwei Orten dieser Stadt zugetragen hat: in der Hafenstraße und im Rathaus.

Ich freu' mich so, mein Gott, es ist lange her, daß ich mich so gefreut habe. Also: Zu dieser Stunde werden die Barrikaden und die Befestigungsanlagen abgebaut. Und ich finde: Wir sollten nachher, nach diesem Gottesdienst dabei mithelfen. Selten hat es einen besseren Grund gegeben, mit Hand anzulegen ...

Von dem Vorgehen Ihres Bürgermeisters und all derer, die ihn unterstützt haben, geht eine merkwürdige Kraft aus, die die ganze Republik fasziniert. Was ist das?

Wir begreifen auf einmal, was das sein kann: Frieden in einer Stadt. Frieden ist nicht, daß niemand nichts mehr tut, schon gar nicht Ärgerliches.

Frieden ist aufregend, erzeugt heiße Debatten in allen Häusern. Plötzlich können sie handeln wie noch nie. Ein richtiges Friedenschaos. Und das Komische ist: Das macht die Menschen irgendwie glücklich, aufgeregt, zeigt Auswege, macht erfinderisch. Und es löst die Ränder auf, wo sich die Ordentlichen von den ausgeschlossenen Unordentlichen säuberlich trennen ließen ...

ordentlichen säuberlich trennen ließen ...

Auch Franziskus hat das gesehen. Um die Ausgeschlossenen wieder zu integrieren, mußte er im Innern der Kirche, im Innern der Stadt handeln. Wenn nämlich die Bedrohung von den Rändern überhand nimmt, dann ist die Gemeinschaft ständig damit beschäftigt, ihre Abgrenzungen, ihre Befestigungen und Außenmauern aufzubauen. Indem sie sich so nach außen abgrenzt, mauert sie sich ein — wird immer starrer.

Da haben wir es nun, das eigentliche Motiv, unser ureigenes Interesse, warum uns die Ausgeschlossenen etwas angehen. Nicht aus reiner Barmherzigkeit oder aus Mitleid oder aus mildem Verständnis müssen wir uns mit ihnen befassen, sondern wegen unserer eigenen Utopie einer lebendigen Stadt. Weil wir nicht in einem eingemauerten Gemeinwesen leben wollen, weil, wenn wir selbst immerzu Barrikaden nach außen aufrichten, sich dann im Innern nichts mehr bewegen und verändern läßt.

Man kann das Gottesvolk nicht verändern, wir können uns selbst nicht mehr verändern, wenn man die Ausgeschlossenen, die out-laws nicht zu integrieren versucht. Das ist die große Friedens-Arbeit, die Versöhnung heißt.

Eine Bußtagspredigt sollte das sein. Und Buße heißt ja im klassischen Sinne: Umkehr. In diesem speziellen Falle aber heißt Umkehr, glaube ich: Weitermachen beim Barrikaden- und Befestigungsabbau. Und feiern sollten wir, daß es gelingt.

Anmerkung: Die AK-Leser mögen dies für einen Witz halten. Wir berufen uns auf die Textquelle: Die „Hamburger Morgenpost" vom 19.11.87. Augenzeugen berichten zudem, daß die Abgeordnete am Ende der Predigt zum gemeinsamen Barrikaden-Abbau in die Hafenstraße aufgerufen hat, wo sie an der Spitze einer hundertköpfigen Gefolgschaft eintraf.

Der Vertrag

Der Vertrag ist ein Pachtvertrag zwischen dem Verein Hafenstraße und der Stadt Hamburg. Der Verein schließt mit den Bewohnern des Hauses Einzelmietverträge ab. Der Vertrag gilt für fünf Jahre mit einer Option auf fünf weitere Jahre (§ 9). Der Verein ist laut Pachtvertrag verpflichtet, Mieter sowie deren Untermieter, für die der Mieter eine Erlaubnis einholen muß, der Stadt anzuzeigen. Wohnen Personen unzulässigerweise länger als zwei Monate in den Häusern, muß deren Räumung veranlaßt und die Stadt hierüber informiert werden (in § 3). In § 7 verpflichtet sich der Verein als Pächter, die Integration der Häuser in die (bislang bekämpfte) Hafenrandbebauung anzuerkennen. *„Gestaltung und Farbgebung der Außenwände sowie evtl. Beschriftungen, Bemalungen und Plakatierungen (...) haben sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu halten"*, wurde ausdrücklich festgelegt. Besonders heikel ist der Kündigungsparagraph 9, der eine fristlose Kündigung des Pachtvertrages dann vorsieht, wenn gegen einzelne Klauseln des Vertrages verstoßen wird. Wiederholen sich Einzelverstöße trotz zweimaliger Mahnung mit angemessener Fristsetzung, kann der gesamte Pachtvertrag für null und nichtig erklärt werden, gibt es keinen Kündigungsschutz für sämtliche Mieter. (Mieteranwälte halten insbesondere diese Klausel für juristisch schwer haltbar.) In § 17 muß sich der Verein Hafenstraße verpflichten, dafür zu sorgen, daß Vertreter staatlicher Organe *„ohne Zwang zu größerer polizeilicher Präsenz die Häuser betreten können"* und darauf hinzuwirken, daß *„aus dem Pachtobjekt heraus keine strafbaren Handlungen begangen werden."* Im Einzelmietvertrag der Bewohner mit dem Verein Hafenstraße müssen diese die Vereinssatzung unterschreiben, nach der der Verein *„selbstbestimmtes Wohnen auf der Basis von Gewaltfreiheit nach innen und außen fördert. (...) Ein Verhalten des Mieters, das diesem Ziel zuwiderläuft, berechtigt den Verein zur Kündigung des Mietvertrags."*

Über „kämpfende" und „gemäßigte" Linke

Lagebericht des Hamburger Verfassungsschutzes über die Hamburger Hafenstraße, vom 16.11.87

Nahezu gleichzeitig zum letzten ultimativen Vertragsangebot Klaus von Dohnanyis an die Bewohner der Hafenstraße vom Abend des 16. November ließ Innensenator Volker Lange gezielt und ausgesucht an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP und CDU — unter Aussparung der GAL — einen „Lagebericht" seines Hamburger Verfassungsschutzes verteilen, der die Räumungsvariante zur Lösung des Hafenstraßenkonfliktes untermauern sollte. Der AK dokumentiert diesen Bericht, der Zeugnis über das ablegt, was im Senat des Wunderdoktors Dohnanyis auch gedacht (und gemacht) wird.

Entwicklung in der St. Pauli Hafenstraße

Die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße haben die Möglichkeit, in den Häusern auf vertraglicher Grundlage zu wohnen, bewußt ausgeschlagen.

Es ging ihnen nicht darum, ein alternatives Wohnmodell zu verwirklichen. Dieser Begriff ist nie von den Bewohnern, sondern nur von Außenstehenden verwendet worden. Es geht um die Aufrechterhaltung des Symbols Hafenstraße als staatsfreier Teil der militant „kämpfenden Linken" und inzwischen um die Machtfrage. Symptomatisch ist die Ablehnung des § 19 des vorgeschlagenen Pachtvertrages. Denn darin wird nicht nur der Abbau von Befestigungsmaßnahmen verlangt, sondern die Gewähr für den ungehinderten Zutritt von Amtspersonen. Gerade diese Selbstverständlichkeit wird von den Bewohnern auch für die Zukunft abgelehnt. Sie haben deutlich gemacht, daß beispielsweise auch Durchsuchungen von ihnen als Räumung verstanden und entsprechend beantwortet werden. Während einerseits von außen herangetragen friedliche Vertragsmo-

und entsprechend beantwortet werden. Während einerseits von außen herangetragen friedliche Vertragsmo-

delle (Reemtsma-Stiftung/Vogel-Modell) erörtert wurden, ist andererseits von den Bewohnern selbst systematisch der Ausbau der Befestigungsanlagen und der Barrikadenbau betrieben worden.

In den Häusern haben nur noch militante Autonome und Antiimperialisten das Sagen. Weder der „Verein Hafenstraße" noch die Plena mit bis zum Teil 500 Teilnehmern (darunter viele Vertreter gemäßigter und gewaltfreier Gruppen) sind legitimiert, für die Bewohner zu sprechen. Die Zahl der Bewohner hatte abgenommen, ist aber inzwischen durch entschlossene Militante aufgefüllt worden. Bezeichnend für das Auseinanderklaffen von friedlichem Anspruch der Nichtbewohner und gewaltbereiter Wirklichkeit der Bewohner sind die Vorgänge in der Nacht vom 11. zum 12. November: Als die Gewaltfreien noch über Maßnahmen debattierten, bauten Bewohner zusammen mit auswärtigen Militanten bereits Barrikaden

Die harte Haltung der Bewohner wurde durch augenzwinkerndes Verhalten von außerhalb unterstützt. Die Aufforderung, Zeichen zu setzen und den symbolischen Abbau von Drahtrollen als Beweis guten Willens genügen zu lassen, mußte bei den Bewohnern den Eindruck von Nachgiebigkeit in der Durchsetzung und Verteidigung der Rechtsordnung erwecken. Das wurde verstärkt durch den Rat, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn später phantasievoll auszugestalten.

Weder die militanten Bewohner noch die sie unterstützenden Hamburger oder auswärtigen Militanten lassen sich ihr Verhalten vom „Verein Hafenstraße" oder einem von gemäßigten Kräften dominierten Plenum vorschreiben. Sie haben durch ihre unnachgiebige Haltung dem Senat die Machtfrage gestellt. Ihr Konzept des „selbstbestimmten Räumens" ist durch das kluge Verhalten der Polizei nicht aufgegangen. Ein Einlenken ihrerseits ist nicht zu erwarten.

Chronologie

Sonnabend, 31.10.87
Die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße und ihre Unterstützer führen am 31.10.87 eine Demonstration durch, die sich gegen den vom Hamburger Senat angebotenen „Knebelvertrag" richtet. Mit der Demonstration soll die Aufnahme neuer Vertragsverhandlungen erreicht werden. Zur Unterstreichung des Druckes auf den Senat bildet sich ein rund 1.500 Personen starker „Revolutionärer Block" als Drohpotential. Das gesamte an der Demonstration beteiligte Spektrum ist sich darüber einig, daß es keine Scherben- und Powerdemo werden soll. Vorbedingung dafür ist, daß die Innenstadtroute für die Demonstration genehmigt wird und es kein „Polizeispalier" geben wird. Trotzdem kommt es am Strafjustizgebäude zu Steinwürfen auf die Polizei, zerstörten Scheiben und Eindringen in Privatwohnungen.

Die Verteidigungsmaßnahmen in und an den Häusern der St. Pauli Hafenstraße sollen weiterhin bestehen bleiben, da einem Gerücht zufolge GBA Rebmann nach Absprache mit BGM Dohnanyi fünf Wohnungen durchsuchen lassen will.

Montag, 02.11.87
Auf einer Pressekonferenz am 02.11.87 äußern die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung des 24-Seiten-Vertrages, wenn der § 19 wegfallen würde. Die Befestigungsmaßnahmen sollen bleiben und der Zutritt für Amtspersonen einschließlich der Polizei aus Gründen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr weiterhin unmöglich sein. (...)

Freitag, 06.11.87
Auf einem Plenum im Zelt (die Hälfte autonomes/antiimperialistisches Spektrum, Rest Initiativkreis, DKP, GAL, Nachbarn und Auswärtige) berichten Vertreter des „Vermittlerkreises" von einer 10-prozentigen Chance, die Räumung auch jetzt noch durch Abbau der Verteidigungseinrichtungen zu verhindern. Dazu müßte aber sofort ein sichtbares Einlenken z.B. durch Abbau des Stacheldrahtes auf den Dächern signalisiert werden. Gerade mit dem Draht würde man sich nichts vergeben, den könne man schließlich innerhalb einer Stunde wieder ausrollen.

Autonome und Antiimperialisten setzen sich mit ihrer harten Linie durch.

zen sich mit ihrer harten Linie durch.


Foto: H. Wojahn

Sonntag, 08.11.87
Auf einem Plenum (überwiegend Bewohner, Angehörige der Autonomen/Anarchistenszene, Antiimpis, Mitglieder von DKP, SDAJ und Jusos sowie auswärtige Autonome) teilen ein Besetzer und eine Antiimperialistin mit, daß sich die Standpunkte der „Gemäßigten" und der „Hardliner" zum punktuellen Abbau von Verteidigungseinrichtungen verhärtet hätten. Durchgesetzt habe sich die Meinung, als symbolische Geste die Entfernung einer Rolle NATO-Draht anzubieten.

Auswärtige kritisieren diesen Vorschlag; Jusos und andere Vertreter gewaltfreier Gruppen begrüßen ihn.

Ein militanter Autonomer und eine Antiimperialistin weisen darauf hin, daß die Mobilisierung um entschlossene Verteidiger für die Wohnungen der St. Pauli Hafenstraße und der umliegenden Häuser bereits angelaufen sei.

Montag, 09.11.87
Thema der Diskussion auf einem Plenum (Hafensträßler, Autonome, Anarchisten, Antiimpis, DKP, SDAJ) ist eine angeblich am 09.11.87 vom FDP-Fraktionsvorsitzenden abgegebene Äußerung, daß die Häuser am 10.11.87 ab 14.00 Uhr weiträumig abgesperrt werden würden und der Abbau der Befestigungsanlagen beobachtet werden sollte.

Dies wird von den Anwesenden als eine „Räumungsvorstufe" bewertet. In der Nacht solle deshalb bundesweit mobilisiert werden und Material zum Barrikadenbau herangeschafft werden. Mit einem Flugblatt soll die Nachbarschaft dazu aufgefordert werden, Sperrmüll auf die Straße zu stellen und die Haustüren nicht abzuschließen.

Es besteht weitgehend Einigkeit, daß eine Abriegelung der Straßen und eine Begehung der Häuser nicht hingenommen werde. Die DKP, die Schülerkammer und andere gemäßigte Gruppen wollen gegen mögliche Absperrungen demonstrieren, z.B. Menschenketten bilden. Die Bewohner der Hafenstraße und die Autonomen plädieren dafür, schon zum Zeitpunkt des Plenums mit dem Barrikadenbau zu beginnen.

Den vollzogenen Abbau des NATO-Drahtes stellen einige Bewohner als taktische Maßnahme dar, die auch unter den Bewohnern keine ungeteilte Zustimmung gefunden habe.

Dienstag, 10.11.87
Die wegen der befürchteten polizeilichen Absperrung und anschließenden Räumung ausgelöste Telefon-Alarmkette veranlaßt viele Personen dazu, in die Hafenstraße zu kommen. Diskussionspunkt im Plenum im Zelt zwischen den Häusern der St. Pauli Hafenstraße (Autonome, Hafensträßler, Jusos, DKP, SDAJ, Auswärtige) ist das verlängerte Ultimatum zum Abbau der Verteidigungsmaßnahmen bis zum 11.11.87, 15.00 Uhr und das Sich-dazu-verhalten.

Vertreter des Vereins Hafenstraße, Jusos, DKP-, GAL-Angehörige und Vertreter anderer gemäßigter Gruppen setzen sich für ein Nachgeben der Bewohner ein.

Die Mehrheit der Bewohner und die Autonomen machen deutlich, daß es keinen weiteren Abbau von Verteidigungseinrichtungen geben werde. Man müsse wegen der Hinhaltetaktik des Senats die Befestigungen wieder ver-

Senats die Befestigungen wieder ver-

stärken. Man entschließt sich schließlich dazu, am 12.11.87 mit dem Barrikadenbau zu beginnen.

Die Bewohner betonen dabei, daß sie den Zeitpunkt von Auseinandersetzungen mit der Polizei bei einer Räumung bestimmen und ihn sich nicht aufoktroyieren lassen wollten. Außerhalb der Barrikaden soll es nicht zu provokativen Aktionen kommen.

Die gemäßigten Kräfte sind auch zur Verteidigung der Hafenstraße bereit, sie werden sich aber auf passive Widerstandsformen beschränken (z.B. Menschenketten).

Mittwoch, 11.11.87 bis zum Morgen des 12.11.87
Bis zum Ende der Bürgerschaftssitzung wird das Barrikadenmaterial von den schon anwesenden Plenumsteilnehmern an die dafür bestimmten Orte gebracht. Die Barrikaden sollen in der Nacht errichtet und im Falle eines Polizeieinsatzes entzündet werden.

Es wird während des Plenums im Zelt zwischen den Häusern (Autonome, Antiimpis, Auswärtige, GAL, Schüler, Jusos, DKP, SDAJ, MSB) allgemein die Bereitschaft zur militanten Verteidigung der Häuser bei einer polizeilichen Räumung deutlich. Als Folge des Ergebnisses der Bürgerschaftssitzung und der Stellungnahme des 1. Bürgermeisters rechnen die Bewohner mit einer polizeilichen Räumung im Laufe dieser Nacht. Die Mehrheit der Anwesenden ist entschlossen, der Konfrontation nicht mehr auszuweichen, sondern sie gezielt zu suchen, solange man noch stark ist dank der vielen auswärtigen militanten Unterstützer.

Die Aktionen sollen so angelegt sein, daß sie die Polizei zu einem Einsatz in der Hafenstraße zwingen sollen. Aus dem abgehörten Polizeifunk und der eigenen Polizeibeobachtung bei der Bereitschaftspolizei in Alsterdorf merkt man im Laufe der Nacht, daß sich die Polizei nicht in diese gewünschte Auseinandersetzung verwickeln will.

Die Verteidigunskonzeption für die Häuser sieht drei Verteidigungsringe vor:
1. Kreis: wird durch die Wurfweite von den Häusern begrenzt. Hier soll sich keiner aufhalten, weil er sonst von den eigenen Steinen getroffen werden könnte.
2. Kreis: reicht bis zur Höhe Pinnasberg. Dort sollen Barrikaden errichtet werden, die sich auch verteidigen lassen.
3. Kreis: beschreibt die Linie Nobistor bis Millerntor. Hier sollen durch Ablenkungsaktionen Polizeikräfte gebunden werden.

Eine Antiimperialistin (RAF-Anhängerin) erklärt, daß die Stimmung und die Situation bis zum Wochenende aufrechterhalten werden kann.

Jusos, GAL und DKP/SDAJ versuchen auf eine friedliche Lösung hinzuwirken. Auswärtige und Autonome verlassen daraufhin das Plenum, um mit dem Bau der Barrikaden zu beginnen. Grund ist ein internes Plenum der Bewohner, wo sofortiges Handeln beschlossen worden ist.

Gegen 1.45 Uhr sind die für eine friedliche Lösung plädierenden Teilnehmer des Plenums nahezu unter sich. Gegen 2.00 Uhr wird die erste Barrikade in Brand gesetzt. Am Morgen des 12.11. herrscht im Bereich der Häuser eine entschlossene Grundstimmung, die Verteidigung mit allen Mitteln fortzusetzen.

Konkrete Planungen für das weitere Vorgehen gibt es noch nicht.

Donnerstag, 12.11.87
Um 16.00 Uhr findet ein Treffen im Zelt statt, an dem hauptsächlich Autono-

Donnerstag, 12.11.87
Um 16.00 Uhr findet ein Treffen im Zelt statt, an dem hauptsächlich Autonome, Anarchisten und Bewohner teilnehmen. Daneben sind Vertreter der DKP, SDAJ, Jusos, GAL und des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße sowie einige Antiimperialisten anwesend.

Diskussionspunkte sind die gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Nacht und der eigenmächtige Barrikadenbau. Es stellt sich heraus, daß Berliner Autonome die Barrikaden in Abstimmung mit Bewohnern der Hafenstraße errichtet haben. Die Anwesenden halten den Barrikadenbau grundsätzlich für notwendig und richtig, bemängeln jedoch, daß darüber keine Abstimmung im Plenum stattgefunden hat.

Eine Antiimperialistin betont die jetzige starke Bedeutung einer gemeinsamen Ebene, da der Senat versuche, den Widerstand aus den Häusern in „gut und böse" zu teilen. Eine abgestimmte Aktion sei der Abbau der Barrikaden in der Hafenstraße gewesen, die jedoch auch schnell wieder errichtet werden könnten. Alle Anwesenden stimmen dafür, keine weiteren Verteidigungsmaßnehmen abzubauen. In der weiteren Diskussion solidarisieren sich die Anwesenden im nachhinein mit dem unabgestimmten Barrikadenbau der letzten Nacht.

Um 20.00 Uhr findet im Cafe, St. Pauli Hafenstraße 126 ein weiteres Treffen von Autonomen, dabei auch Auswärtige, statt. Thema sind die Vorfälle in der letzten Nacht. Die Anwesenden teilen die Auffassung des vorangegangenen Plenums, daß isolierte Aktionen zur Spaltung des Widerstandes führen.

Die breite Zustimmung zum Erhalt der Barrikaden wird positiv bewertet, da diese sich im Umgehen mit dem Senat als politische Manövriermasse nutzen lassen.

Auf der Zusammenkunft um 22.00 Uhr stellt ein SPD-Bürgerschaftsmitglied die Möglichkeiten für eine friedliche Lösung dar. Autonome unterbrechen ihn mit dem Hinweis, daß er genug geredet hätte.

Ein Vertreter der „Dev Genc" sagt der Hafenstraße in ihrem Kampf gegen den Senat die Unterstützung seiner Organisation „mit allen Mitteln" zu. Ein Bewohner der Schanzenstraße 41a kündigt für den 14.11.87 eine Riesendemo „zugunsten der Bewohner der Hafenstraße" an, die den öffentlichen Druck auf den Senat zum Erhalt der Häuser verstärken soll. Alle Anwesenden wollen sich an der Demonstration beteiligen. (...)

Autonome haben für Auswärtige in der Bernhard-Nocht-Straße Schlafplätze organisiert. In der Bernhard-Nocht-Straße 51 wurde eine Sanitätsstelle eingerichtet. Zur Verteidigungsstrategie wird gesagt, daß die mittlere Verteidigunslinie, die auf der Höhe Pinnasberg verläuft, militant verteidigt werden soll. Die innere Linie um die Häuser soll von Gewaltfreien besetzt werden. An der äußeren Linie (Nobistor/Millerntor) soll von den Unterstützergruppen nach Einschätzung der jeweiligen Lage gehandelt werden.

Es wird erwähnt, daß die Auseinandersetzungen in der letzten Nacht auf der Reeperbahn hauptsächlich von den Jusos getragen worden wären.

Freitag, 13.11.87
Um 19.00 Uhr findet im Zelt in der Hafenstraße ein „offenes" Plenum statt. Daran beteiligen sich Angehörige gemäßigter Gruppen, Autonome und Hafenstraßen-Bewohner. Thema ist die für den 14.11.87 für 11.00 Uhr geplante, inzwischen aber verbotene Demonstration.

Sprecher der GAL, DKP und anderer gemäßigter Gruppen wollen auf dem Rechtsweg versuchen, die Demonstration durchzusetzen. Wenn dies nicht möglich sein sollte, müßte auf die Demonstration verzichtet werden. Die Autonomen bestehen dagegen auf dem Demonstrationsrecht. Sie wollen mit der Demonstration möglichst viele Leute in die Hafenstraße ziehen. „Warme Kleidung" und ein „Mindestmaß an Ausrüstung" müsse mitgebracht werden, um Provokationen der Polizei begegnen zu können. Wegen des derzeitigen Kräfteverhältnisses soll die Konfrontation nicht gezielt gesucht werden. Da der Polizei die geplante Demoroute bekannt ist, soll eine neu ausgearbeitete am 14.11.87 bekannt gegeben werden. Für den Fall, daß man die Demo selbst auflösen muß, ist es vorgesehen, in kleinen Gruppen in den Hafen zu gehen. (...)

Der Barrikadenbau in der Nacht vom 11. auf den 12.11.87 wird von den meisten Anwesenden als Ausdruck der Stärke und Entschlossenheit sowie als

11. auf den 12.11.87 wird von den meisten Anwesenden als Ausdruck der Stärke und Entschlossenheit sowie als

Zeichen absoluter Verteidigungsbereitschaft beurteilt. Solche Aktionen dürften jedoch nicht so weit führen, daß kleine Geschäfte geplündert und die Nachbarn im Stadtteil über Gebühr behindert würden, denn auf deren Solidarität oder Verständnis sei man angewiesen. (...)

In der Zeit vom Ende des Plenums um 21.00 Uhr bis zum nächsten Treffen um 22.30 Uhr wird eine Presseerklärung zur Demonstration ausgearbeitet, die auch über Radio 107 verbreitet werden soll. Daneben wird in Szene-Kneipen und über Gruppen-Zusammenhänge für die Demonstration am 14.11.87 mobilisiert.

Thema der Zusammenkunft von 22.30 bis 24.00 Uhr ist ausschließlich die Demonstration am 14.11.87. Die Teilnehmer halten eine Zahl von 3.000 bis 7.000 Demonstranten für nicht mehr erreichbar. Helme sollen nicht mehr mitgenommen werden. Ziel der Demo ist nicht die Konfrontation. Es soll deutlich gemacht werden, daß man das Verbot nicht hinnimmt. Weiter soll Öffentlichkeit hergestellt und viele Leute in den Hafen „gezogen" werden. Bei zu starker Polizeipräsenz will man in kleinen Gruppen in den Hafen gehen.

Samstag, 14.11.87
Am 14.11.87 findet um 23. Uhr auf der Balduintreppe eine offenes Plenum statt, an dem hauptsächlich Vertreter des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße, der GAL, DKP, Jusos und in geringerer Zahl Autonome, Antiimpis und Hafenstraßenbewohner teilnehmen. Parallel dazu finden interne Plena statt.

Thema des Plenums sind die gescheiterten Gespräche im Koalitionsausschuß. Die Aufförderung an die Hafenstraße, sich von der Gewalt zu distanzieren, wird unter dem Beifall der Anwesenden zurückgewiesen. Weiter wird über einen angeblich gebildeten Polizei-Ring um die Häuser diskutiert.

Die Teilnehmer wollen die Polizei nicht durch Aktionen provozieren, sie sind aber entschlossen, die Häuser zu verteidigen.

Sonntag, 15.11.87
Am Sonntag vormittag wird der Zaun, der um den Schulhof Friedrichstraße verläuft, mit Stacheldraht verstärkt und parallel dazu ein Graben ausgehoben. Die Bewohner der Hafenstraße nehmen an, daß sich dort Polizeikräfte sammeln werden.

Fortsetzung Seite 9

Guten Rutsch! Grüne vor dem Aufschwung

Da ist sie nun, ,,die wohl schwerste innerparteiliche Krise (der Grünen) seit der Parteigründung vor knapp acht Jahren'' (mmartin Winter in der ,,Frankfurter Rundschau'' vom 5.12.). Atmosphärische Störungen, Gezänk und Streit sind die Grünen ja gewohnt, damit verstehen sie zu leben. Jetzt aber scheint ein Punkt erreicht, wo Quantität in Qualität umschlägt. Die dahinterliegende Dauerkrise wird zur akuten ,,Krisis'' (das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet — laut Wahrigs Deutschem Wörterbuch — so viel wie ,,Entscheidung'' oder ,,entscheidende Wendung'').

Wieder einmal ist es ein ,,Aufstand der Mitte'' (Copyright: Helmut Lippelt, 1980), der die grüne Partei nach vorn bringen soll. Anders als vor sieben Jahren, als die Erhebung aggressiv anti-links inszeniert wurde, gehen die Aufständischen diesmal behutsame: vor. Sie entschuldigen sich gar für eigene Fehler. ,,Wir haben zu lange geschwiegen'', schreiben die 23 Bundestagsabgeordneten in ihrem Brief an die Orts- und Kreisverbände (siehe Dokumentation). Das stimmt zwar rein sachlich nicht — zumindest nicht für InitiatorInnen dieses Schreibens —, macht aber einen guten Eindruck. So etwas kommt gut an bei der harmoniebedürftigen Parteibasis, die, wenn es die Bonner Promis gar zu toll treiben, auch mal rabiat werden kann. Das Go-in von Baden-Württembergischen und Nordrhein-Westfälischen Grünen am 20.11., mit dem den Bonner Fraktionären ein heilsamer Schreck eingejagt werden sollte, dürfte in der Partei auf einige Sympathie gestoßen sein. Kein Wunder bei der Stoßrichtung dieser Aktion. ,,*Wir haben von Euch die Schnauze voll*'', ,,*Euer Streit kotzt uns an*'', stand auf den mitgebrachten Plakaten; und: ,,*44 MdBs zerstören die Arbeit von 30.000 Mitgliedern*''. Das geht dem grünen Kreistagsabgeordneten runter wie Öl: Die Bonner Promis, und zwar ausnahmslos alle, sind schuld, wenn die Kollegen der anderen Parteien ihn nicht für voll nehmen. Peter Sellin behielt inmitten des Chaos kühlen Kopf: er ,,kündigte einen Brief an — gegen die Spaltung'' (,,FAZ'', 21.11.), den dann am 26.11. veröffentlichten Appell, dessen Mitinitiator er ist. So nutzt man die ,,spontane Basisempörung für eigene Zwecke. Keine echte Volkspartei kommt ohne das Aufgreifen (und Anfachen) von Stimmungen aus.

Halb-linke Differenzierungskünste

Halb-linke Differenzierungskünste

Natürlich gibt es auch grüne Politiker des Ausgleichs und der Verständigung, die das Argumentieren noch nicht ganz aufgegeben haben. Drei Westberliner Bundeshauptausschußmitglieder und ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AL erklären in ihrem mit dem Adorno-Zitat ,,Es gibt nichts Wahres im Falschen'' überschriebenen Papier die ,,strategischen Optionen der beiden Hauptflügel der Grünen (für) gescheitert'' und folgern: ,,*Ebenso zwangsläufig in einer Situation, in der auf den beiden äußeren Polen nichts mehr vorangeht, ist der Versuch, in der Mitte den Durchbruch zu schaffen*''. Gleichzeitig verschweigen sie nicht, daß die Mitte ,,*die Gefahr in sich (birgt), eine scheinbare Harmonie vorzuspielen*''. Den Brief der 23 Abgeordneten unterstützen sie kritisch: ,,*So sehr der Brief (...) also inhaltlich unzureichend ist und da, wo er inhaltliche Klärungen vorzunehmen vorgibt, nur Formelkompromisse anzubieten hat (in der Gewalt- und Staatsfrage), könnte er doch eine Chance zur zeitweiligen innerparteilichen Deeskalation bieten*''.

Das dürfte auch das einzige Argument der UnterzeichnerInnen links von der Fraktionsmitte sein gegen die Kritik von Regula Bott, Thomas Ebermann und Ellen Olms (siehe Dokumentation), daß der vermeintlich ausgewogene Anti-Spaltungs-Appell doch wesentlich mit den ,,Fundis'' und Linken abrechnet.

Mitte-Rechts-Bündnis

Daß der Brief an die Basis nur Teil einer mehrstufigen Kampagne ist, hätte auch den Linken, die ihn durch ihre Unterschrift erst so richtig strömungsübergreifend gemacht haben, eigentlich aufgehen müssen. Martin Winter, der schon zitierte Bonner Koorespondent der ,,FR'', hatte keine Mühe, das Spiel zu durchschauen. Antje Vollmer, die er ganz toll findet *(,,der Joker im grünen Kartenspiel'')*, habe die ,,*Befriedung der Fraktion als politischen Dreisprung*'' geplant: ,,*Der erste war der ‚Brief der Mitte', der gleich die Mehrheit der Fraktion fand. Der zweite ist die ‚thematische Debatte' (...). Der dritte und entscheidende ist nach Vollmers Vorstellung der ‚geordnete Austausch der führenden Leute' zu Beginn des Jahres*''. Als zweitwichtigsten Strategen hat Winter Joschka Fischer ausgemacht. Nicht etwa, wie sich denken ließe, als Gegenspieler, nein, als Unterstützer des Vollmerschen Kurses: ,,*Begünstigt wird Vollmers Weg durch Fischers Strategie*''. Joschka hat erst am 3.12. in einem Beitrag für die Züricher ,,Weltwoche'' gezeigt, wo es lang geht. Der ,,*strategische und programmatische Dissens muß und wird innerhalb der Grünen ausgetragen werden, und zwar beinhart und mit Konsequenzen*''. Ein für allemal soll die grüne Generallinie festgelegt werden: ,,eindeutige Gewaltfreiheit'', ,,Blocküberwindung'', ,,ökologische Reformpolitik'' nach hessischem Muster. ,,*Diese Auseinandersetzung wird nicht schnell entschieden werden, wird sogar noch heftiger werden, aber im Vorfeld der Landtagswahlen von 1989 und 1990 bis zur Bundestagswahl schließlich entschieden sein, definitiv*''. Die innerparteiliche Machtfrage dagegen soll sofort geklärt werden: ,,*Was jetzt konkret ansteht ist eine Konsolidierung der Bundestagsfraktion durch die Herstellung einer Reformmehrheit, die einen handlungsfähigen Fraktionsvorstand wirklich trägt und handeln läßt*''.

geklärt werden: ,,Was jetzt konkret ansteht ist eine Konsolidierung der Bundestagsfraktion durch die Herstellung einer Reformmehrheit, die einen handlungsfähigen Fraktionsvorstand wirklich trägt und handeln läßt''.

Das Angebot zur Herstellung einer ,,Reformmehrheit'' mit den Realos unter völliger Ausgrenzung der Linken hat Antje Vollmer dankend angenommen. In einem Interview des ,,Rheinischen Merkur/Christ und Welt'' äußert sie die Hoffnung, mit dem Brief der 23 ,,*eine Plattform zu bieten, mit der etwa Otto Schily so leben kann, daß er sagt, ein Teil dessen, was ich an Debatte wollte, ist damit erreicht und akzeptiert*''. Dieses Interview erschien am 4.12., drei Tage nachdem die Linken mit ihrem Papier klargestellt hatten, daß sie die angebotene ,,Plattform'' nicht ,,akzeptieren'' könnten, auch nicht die ihnen von Antje Vollmer zugeschriebene Rolle der ,,wirklich Schuldigen'', der Spalter. Antje Vollmers Replik darauf wird in der ,,taz'' (3.12.) so wiedergegeben: ,,*Da warens nur noch drei, die sich auf diese Art und Weise angesprochen fühlen*''.

Drei Leutchen — eine zu vernachlässigende Größe, wenn es um den historischen Kompromiß mit einem Otto Schily geht.

Der Plan war gut ...

... allein, er klappte (vorerst) nicht. Schily, der Umworbene, blieb prinzipienfest. Er konfrontierte die Fraktion auf ihrer Klausurtagung am 8.12. mit einem Grundsatzantrag (siehe Dokumentation), daß den Versöhnlern Hören und Sehen verging.

Die Aussagen zur ,,Generalamnestie'' — Verzicht auf ,,Schuldbekenntnisse und Schuldzuweisungen'' in der weiteren fraktionellen Auseinandersetzung — dürfte noch nach ihrem Geschmack gewesen sein. Schilys Forderung, künftig ,,*bei öffentlicher Kritik von Fraktionsangehörigen an anderen ein Mindestmaß an Solidarität untereinander erkennbar*'' werden zu lassen, ist — ohne daß Namen genannt werden — eine Zurechtweisung seiner Kritiker (Israel-Reise!).

Unannehmbar für Vollmer und Nickels war dann allerdings die Abgrenzung von den ,,Militanten''. Verbittern muß sie vor allem der allzu ungeschickt gewählte Zeitpunkt für diese Distanzierung: fast täglich drohen Sprecher der aufgebrachten Duisburger Stahlarbeiter damit, demnächst die Hafenstraße an Militanz in den Schatten stellen zu wollen. Daß es der Mitte gelang, ihre Bereitschaft zum ,,Dialog mit Militanten'' in die Entschließung hineinzustimmen, ist bestenfalls ein Lacherfolg. In Alltagssprache übersetzt bedeutet diese Passage: ,,*Mit Euch haben wir nichts gemeinsam, liebe Militante, wir sind aber bereit, mit Euch über Eure Fehler zu reden*''.

Wie unpraktikabel der ganze Abschnitt 4 ist, wird auch in einem ,,taz''-Interview mit Hubert Kleinert deutlich. Geschäftsführer Kleinert, der den Fraktionsbeschluß goldrichtig findet, interpretiert: ,,Von einem Unvereinbarkeitsbeschluß kann keine Rede sein''. Er will auch weiterhin gemeinsam mit Autonomen nach Wackersdorf gehen: ,,*Probleme tauchen nur dann auf, wenn in den Vorbereitungsgesprächen klar wird, daß es zu militanten Aktionen kommen kann*''. Es ,,kann'' natürlich immer ,,zu militanten Aktionen kommen'' — deshalb verbietet der bayerische Innenminister auch am liebsten oppositionelle Zusammenrottungen aller Art.

Der Kampf geht weiter

Für höhere Aufgaben — etwa als Regierungssprecherinnen — haben sich

Der Kampf geht weiter

Für höhere Aufgaben — etwa als Regierungssprecherinnen — haben sich

am Tag danach Waltraud Schoppe und Bärbel Rust vom Fraktionsvorstand empfohlen. Die Kunst, aus Scheiße Gold zu machen, verstehen die beiden: Sie äußerten sich ,,*vorsichtig optimistisch, daß nun die Voraussetzungen geschaffen seien für eine Befriedung der Fraktion*'' (,,FR'', 10.12.). Außer ihnen scheint niemand der Ansicht zu sein, daß die Fraktionsklausur irgendetwas geklärt hätte. Marie-Luise Beck-Oberdorf bedauerte, daß die 23 Unterzeichner des ,,Anti-Spaltungs-Briefes'' sich ,,noch nicht handlungsfähig gezeigt hätten (,,taz'', 10.12.).

Das kann sich — Niederlagen sind die Mutter des Erfolges — schnell ändern. Auch wenn die Mitte keinen festgefügten Block zustande bekommt, könnte doch schon bei der Neuwahl des Fraktionsvorstandes im Januar ihre große Stunde kommen. Die Mehrheit der Fraktion will nach wie vor einen starken und (nach rechts) integrativen Vorstand.

Schily als exponiertester Realo-Vertreter müßte allerdings möglichst auf eine Kandidatur verzichten. Auch das ist denkbar. Seinem starken Auftritt vom 8.12. könnte sich im Januar folgende Zugabe anschließen: Generös erklärt der Generalissimo seinen Verzicht unter der Bedingung, daß die Exponenten des linken Flügels es ihm gleichtun. Ergebnis: ein Fraktionsvorstand (und eine parlamentarische Geschäftsführung) mit Vollmer, Nickels, Beck-Oberdorf oder Kelly, dazu der eine oder andere ,,gemäßigte'' Realo. Auch Hintergrund-Stratege Fischer dürfte damit vollauf zufrieden sein.

Mal sehen, ob bei den Londoner Buchmachern eine Wette zu plazieren ist. Die Quote dürfte allerdings nicht allzu hoch sein — wie immer, wenn auf Favoriten gesetzt wird.

Js./Hamburg



Das grüne Krisenjahr 1987 — Ein Rückblick —

Es ging gut los für die Grünen, das Jahr 1987. Aber schon bald nach dem erfolgreichen Abschneiden bei der Bundestagswahl begann in der Bonner Fraktion das Gezänk. Positive Akzente, z.B. zur Volkszählung, wurden gleich wieder durch Distanzierungen (Schily) entwertet. In anderen Sachfragen — Golfkrieg, Palästina, Abrüstung, NATO-Austritt — sorgten die Realos für fragwürdige Schlagzeilen; die Linken schrieben Kritikpapiere.

Einige Daten zur grünen Dauerkrise:
25.1. Die Grünen kommen bei der Bundestagswahl auf 8,3% (1983: 5,6%). Otto Schily am Wahlabend: ,,Unser Ziel muß eine Politik der neuen Mitte sein.''
5.2. Thomas Ebermann wird mit 21 zu 20 Stimmen gegen Schily in den Fraktionsvorstand gewählt. Schily am Tag danach: das sei ein ,,Schaden für die Gesamtpartei''; Ebermann vertrete eine ,,exzentrische und teilweise abenteuerliche Position''.
5.4. Landtagswahl in Hessen. Trotz Wahlerfolgs der Grünen (9,4%) fehlen ganze 2500 Stimmen für die Fortsetzung der vor der Wahl vorübergehend aufgelösten Koalition mit der SPD. Krise der Realos.
1.-3.5. Der Duisburger Parteitag wählt Jutta Ditfurth, Regina Michalik und Christian Schmidt zu Sprecher/inne/n des Bundesvorstands. Realos und Presse entrüsten sich über grünes Linkssektierertum.
17.5. Mit nur 7% schwere Schlappe der GAL bei der Hamburger Bürgerschaftsneuwahl (vorher 10,4%; sogar 11% bei der Bundestagswahl). Schuldzuweisung an die Hamburger ,,Fundis''. Der Bonner Fraktionsvorstand verurteilt die ,,Verweigerungshaltung der GAL''.
13.9. Landtagswahlen in Bremen (10%) und Schleswig-Holstein (3,9%). Jetzt ist nirgendwo mehr rot-grünes Land in Sicht.
19./20.9. Parteitag der Belanglosigkeit in Oldenburg. Die Gründung einer parteinahen Stiftung wird vertagt.
6.10. Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth schreibt in einer Erklärung ,,10 Jahre Deutscher Herbst'', dieser Staat brauche ,,nichts so sehnsüchtig wie den Terror''. Die Mehrheit der Bundestagsfraktion distanziert sich.
Mitte Oktober Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel besuchen

Staat brauche ,,nichts so sehnsüchtig wie den Terror''. Die Mehrheit der Bundestagsfraktion distanziert sich.
Mitte Oktober Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel besuchen

als offizielle Gäste der israelischen Regierung Israel. Ihre auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv vorgetragene, ohne Einschränkung positive Bewertung israelischer Regierungspolitik führt zu innerparteilichen Protesten. Das wiederum veranlaßt Schily, Schoppe, Hubert Kleinert und andere, öffentlich über Parteiaustritt bzw. Spaltung der Fraktion nachzudenken.
26.11. 23 Bundestagsabgeordnete aus der grünen ,,Mitte'' veröffentlichen einen Appell gegen die Spaltung
8.12. Klausur-Krisensitzung der Bundestagsfraktion.
12.12. Gemeinsame Krisensitzung von Fraktion, Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß.

Versöhnung oder Verhöhnung?

Antje, die Sanftmütige, wütet

Als Otto Schily bei Jutta Ditfurth eine ,,wahnhaft verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung'' feststellte, gab es Proteste. Mit der Psychiatrisierung des innerparteilichen Gegners schienen auch manchen Weggefährten des Realissimo die Regeln des Anstands verletzt.

Ein erheblich bösartigerer Angriff von Antje Vollmer, der großen Versöhnungspolitikerin, gegen zwei Repräsentantinnen des ,,knallharten linken Frauenblocks'' (Petra Kelly) wurde sehr viel gelassener aufgenommen. Wie es scheint, will es sich jemand mit dem rettenden Engel verderben.

Auch ohne Reue keine Vergebung; das muß erst recht für Vertreter der christlichen Geistlichkeit gelten, deren Existenzgrundlage die ,,Sünde'' der anderen ist. Antje Vollmers Stellungnahme zum Oldenburger Parteitag der Grünen ist ein Paradebeispiel für pfäffische Scheinheiligkeit: ,,*Diese Anne Schulz/Regina Michalik-Tonlage ertrage ich einfach nicht mehr. Wenn das Macht bekäme in Deutschland, ich schwör's, ich ginge freiwillig in jedes Exil*''. Das ist nicht etwa eine unbedachte, von einem Zeitungsschreiber aufgeschnappte Äußerung am Rande des Parteitags, sondern der Angang einer zwei Tage danach formulierten Presseerklärung. Die Botschaft ist also ernst gemeint: Gegenüber den grünen Feministinnen sind Kohl und Zimmermann das kleinere Übel.

Zur einen Hälfte ,,wertkonservativ''

Presseerklärung. Die Botschaft ist also ernst gemeint: Gegenüber den grünen Feministinnen sind Kohl und Zimmermann das kleinere Übel.

Zur einen Hälfte ,,wertkonservativ''

und zur anderen ,,links'' sei sie, vertraute Frau Vollmer der Zeitung ,,Rheinischer Merkur / Christ und Welt'' (4.12.87) an. Eine brutale Mischung.

Dokument

Grüner Fraktionsbeschluß zur Bündnispolitik

Die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG hat auf ihrer Klausurtagung vom 8. Dezember 1987 mit 20 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG sieht ihren Auftrag darin, gemeinsam Politik auf der Grundlage der vier Säulen der Offenbacher Präambel — ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei — zu verwirklichen. Wesentliches Kennzeichen dieser Politik ist die Vielfalt der GRÜNEN Partei: Wir arbeiten trotz unterschiedlicher Ansichten in Einzelfragen konstruktiv zusammen, um das GRÜNE Projekt voranzubringen.

2. „Generalamnestie": Unter Verzicht auf Schuldbekenntnisse und Schuldzuweisungen sehen wir davon ab, die Auseinandersetzungen der letzten Monate im Stil von Anklagebehörden und Tribunalen fortzusetzen.

3. Die Fraktion erwartet, daß künftig vor öffentlich geäußerter Kritik von Fraktionsmitgliedern an anderen grundsätzlich eine Aussprache unter den Betroffenen stattzufinden hat. Außerdem erwartet die Fraktion, daß bei öffentlicher Kritik von Fraktionsangehörigen an anderen ein Mindestmaß an Solidarität untereinander erkennbar bleiben muß.

4. Die Fraktion bekräftigt den Grundsatz der Gewaltfreiheit für ihre politische Arbeit. Sie lehnt ausdrücklich Bündnisse und eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen, die militante Aktionsformen praktizieren, ab. [Zugleich wird sie sich wie bisher um einen Dialog mit Militanten bemühen. Die Fraktion sieht es als Aufgabe der GRÜNEN an, das Prinzip der Gewaltlosigkeit in den Aktionen von Bürgerprotest und Widerstand auch dort durchzusetzen, wo Menschen anderer Überzeugung sind.]

5. Unteilbarkeit der Menschenrechte in Ost und West, Nord und Süd sowie blockübergreifende und blocküberwindende Orientierung bleiben die Grundlagen für die Friedenspolitik der Fraktion. [Die Fraktion bekräftigt das Prinzip der einseitig kalkulierten Abrüstung, wonach Abrüstungsschritte und Blocküberwindung beim eigenen Block einsetzen müssen.]

6. Die Frakion entwickelt ihre Parlamentsarbeit gemäß ihrem Selbstverständnis als ökologisch-pazifistische und radikaldemokratische Reformpartei als konkrete Alternative zur Praxis der gegenwärtigen Regierungskoalition und als eigenständige Alternative zu den Konzepten der anderen Parteien.

(Die Sätze in Klammern wurden nachträglich aufgenommen; Anm. AK)

Ein Zerrbild des „Fundi-Flügels“

Regula Bott, Thomas Ebermann und Ellen Olms zum Brief der 23

(...)
In dem Brief ist merkwürdig neutral die Rede davon, daß „das Wort vom Verlassen der Fraktion in einiger Leute Munde und von der Spaltung in mehrerer Leute Köpfe ist.“ Unter Hinweis darauf, daß die Medien diese Entwicklung verstärken, „indem sie ihre Aufmerksamkeit auf die Exponenten der Flügel konzentrieren“, wird die Gefahr beschrieben, „daß der Konflikt sich verselbständigt.“

Mit dieser Darstellung der Dinge können wir uns nicht einverstanden erklären. Nicht irgendwelche „Flügelexponenten“, sondern Otto Schily drohte persönliche Konsequenzen an, falls einige Grundsatzfragen nicht in seinem Sinne geklärt würden. Es war Hubert Kleinert, der sagte, daß in einem solchen Falle Schily nicht allein gehen würde. Kurz darauf gab Joschka Fischer in einem Zeitungsinterview zu Protokoll, die Grünen stünden kurz vor der Spaltung. Schließlich Trude Unruh in der Bild-Zeitung: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Die Fundamentalisten dürften zwar weiter Politik machen, aber nicht bei den Grünen. Im vorletzten Spiegel konnten wir dann nachlesen, daß wiederum Joschka Fischer uns mit den Flöhen im Pelz seines Hundes vergleicht. Wie geht man mit Ungeziefer um?

Es bringt unseres Erachtens gar nichts, wenn die Autor/innen des Briefes an die Orts- und Kreisverbände sich in einer sympathischen Geste für das „Bild der Streitsucht“ bei der Parteibasis „entschuldigen“ und gleichzeitig verschweigen, wer an diesem Bild sehr tatkräftig gemalt hat und wer nicht.

Wem es ernst ist mit der Aufforderung an die Partei, sich „sachkundig und leidenschaftlich“ in die kommenden Debatten einzubringen, muß das seinige tun, die Basis „sachkundig“ zu machen. Anders ist eine Lösung des Konfliktes nicht denkbar.

Es ist zweifellos richtig, daß auch von unserer Seite gestritten wurde, und das nicht zu knapp. Wir legen aber Wert auf die Darstellung der inhaltlichen Streitpunkte. Es hat nämlich nichts mit Streitsucht, dafür aber viel mit Bewahrung grüner Identität zu tun, wenn wir im Verlaufe dieses Jahres dagegen Protest erhoben haben, daß Exponenten des realpolitischen Flügels wiederholt versucht haben, geltende Beschlüsse der Partei unter Umgehung basisdemokratischer Diskussionsprozesse zu durchbrechen.

— Die Partei beschloß einstimmig die Teilnahme und Unterstützung des Volkszählungsboykotts. Otto Schily stellte dies via Medien in Frage, und Waltraud Schoppe rief auf dem Höhepunkt der Bewegung dazu auf, abzubrechen.

— Die Partei hat nach intensiver Diskussion die Unvereinbarkeit von NATO-Mitgliedschaft und grüner Friedenspolitik beschlossen. Prominente Realpolitiker versuchten diese Beschlußlage auszuhebeln.

— Die Grünen sind nie auf die Idee gekommen, den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie für irreal zu halten. Genau dies aber verkündet Joschka Fischer in den Medien.

— Die Grünen wissen um die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Stahlindustrie und beschlossen diesen Programmpunkt. Als diese Forderung angesichts der bedrohten Arbeitsplätze im Ruhrgebiet die Chance hatte, auch unter den betroffenen Kollegen und Kolleginnen populär zu werden, plädierten grüne Realpolitiker für mehr Markt.

— Die Grünen haben eine intensive Politik gegen Rüstungsexporte gemacht. Für eine pazifistische Partei eine Selbstverständlichkeit. Als der Golfkrieg sich im Sommer dieses Jahres durch Entsendung amerikanischer und französischer Kriegsschiffe zuspitzte, plädierte Otto Schily für die Solidarität mit Frankreich, dem größten Waffenexporteur in den Irak.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob jemand streitet um der Verteidigung grüner Programmatik willen oder ob jemand mit Spaltung droht um der Revision gültiger Beschlüsse wegen und damit zu erkennen gibt, daß er sich um innerparteiliche Willensbildungsprozesse nicht zu scheren gedenkt.

Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Aufgabe grüner Parlamentarier in der Umsetzung demokratisch gefaßter Parteibeschlüsse besteht. Abgeordnete, die daran Kritik haben, müssen, wie jedes andere Parteimitglied auch, die Partei von der Richtigkeit ihrer Auffassungen überzeugen und nicht via Medien überrumpeln oder mit Austrittsdrohungen zu erpressen versuchen.

Aus diesem Grunde mögen wir uns auch mit dem Anliegen der AutorInnen, die Kreisverbände zu „beruhigen und Entwarnung zu geben“, überhaupt nicht anfreunden. So gut es ist zu wissen, daß viele Fraktionsmitglieder für eine Spaltung nicht zur Verfügung stehen, Beruhigung und Entwarnung darf das politische Ziel in diesem Streit nicht sein.

Wir möchten im Gegenteil die Basis auffordern, sich stärker einzuschalten und den Mandatierten klarzumachen, daß die Entscheidung über die Inhalte grüner Politik nicht bei ihnen liegt. (...)

Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen alle Fragen, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis“ stellvertretend für die grüne Basis als Bereicherung innergrüner Debatte definieren, um dann in den zwei Punkten Gewaltfreiheit und Parlamentarismusverständnis trotz aller Bekundungen gegen „Bekenntniszwänge“ und für „fundierte“ und „rationale Debatten“ ebensolche Bekenntnisse abgeben.

Denn um nichts anderes geht es, wenn sie schreiben, mit der Position der Gewaltfreiheit hätten sich die Grünen „ein für allemal festgelegt auf eine Politikform, die wir für unaufgebbar ansehen.“ Haben sie das wirklich? Wie kann dann die Frage um die Mitgliedschaft in dem kriegerischen Militärbündnis NATO als „Reichtum“ innergrüner Debatte angesehen werden? Wie verträgt sich die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, also die *Ermächtigung* des Staates, Gewalt auszuüben, mit der „unaufgebbaren Politikform“ der Gewaltfreiheit? In den Worten von Walter Mossmann: „Innenminister oder gewaltfrei? Beides zusammen geht nicht.“

Bedenklich stimmt uns, wie die Verfasser/innen das von ihnen geforderte Prinzip der Gewaltfreiheit auf die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen anwenden. Während von den Demonstranten weitestgehende Abrüstung verlangt wird (Ächtung der Zwillen als mörderische Schußwaffen, von Molotow-Cocktails und Steinwürfen), wird die Staatsgewalt lediglich dazu aufgefordert, auf weitere Verschärfungen (Aufrüstung der Polizei, Abbau von Bürgerrechten) zu verzichten. Dies ist eine sehr einseitige Ausgewogenheit zugunsten des Staates, mit der die nun wirklich urgrüne Forderung nach umfassender Abrüstung auch schon des bestehenden Gewaltapparates im Namen der Gewaltfreiheit fallengelasse wird. Mit dieser politischen Einstellung wird die in dem Brief artikulierte „Hoffnung, daß diese Debatte gerade im Augenblick dazu beitragen kann, eine solidarische und vom Respekt auch vor Andersdenkenden getragene Dialogathmosphäre zu erzeugen, die das demokratische Widerstandspotential der Bundesrepublik einigt und festigt“ sich gerade nicht erfüllen. Unser Eindruck ist gegenwärtig eher gegenteiliger Natur. Wir sehen immer mehr Grüne, die statt den Dialog mit den sogenannten Autonomen zu suchen, ihnen lieber öffentlich die Leviten lesen.

Die von den Autor/innen verlangte Festlegung hinsichtlich grüner Parlamentsarbeit enthält auf den ersten Blick lauter Selbstverständlichkeiten, die wir unterschreiben. „Wir können nicht im Parlament sein und gleichzeitig so tun, als wären wir eigentlich nicht hier.“

Eigentlich überflüssig, dies extra noch aufzuschreiben. Entscheidend ist aber jene Passage des Briefes, in der die Verfasser/innen beschreiben, wo ihrer Auffassung nach die Unterschiede im Parlamentsverständnis liegen. Sie wollen „verständlich machen, warum z.B. der eine Teil der Grünen zu einem sehr staatskritischen, der andere zu einem reformerischen Ansatz neigt.“ Mit Verlaub, dieses Gegensatzpaar halten wir für demagogisch. Wir können nicht beurteilen, ob der zu einem „reformerischen Ansatz“ neigende Teil der Grünen die Unterstellung akzeptiert, wenig oder gar nicht staatskritisch zu sein, wir können nur, da wir wohl zum „sehr staatskritischen Teil“ gerechnet werden, klarstellen, daß eine solche Haltung nicht die Verhinderung, sondern die Voraussetzung von Reformpolitik darstellt.

Es ist schon sehr ärgerlich, wenn in ein und demselben Brief die Bereitschaft zu „fairen“ Auseinandersetzungen, zu „ehrlichen“ statt „taktischen“ Bündnissen beschworen wird und gleichzeitig in Übereinstimmung mit dem politischen Gegner und dessen Medien das Zerrbild eines an Reformen desinteressierten „Fundi-Flügels“ gezeichnet wird.

Zum Schluß wollen wir zwei Punkte ansprechen, die besonders genervt haben.

a) Ganz zu Anfang ihres Schreibens üben die AutorInnen Selbstkritik. „Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir — von der Absicht geleitet, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthemen zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entschieden genug auf Klärung inhaltlicher Fragen und auf ein Zurückdrängen des Flügelstreits gedrängt haben.“

Abgesehen davon, daß auf einige, die diesen Satz unterschrieben haben, der Vorwurf, zu lange geschwiegen zu haben,. ganz und gar nicht zutrifft — es war Peter Sellin, der die innergrüne Distanzierung von Jutta Ditfurth in die Forderung nach „einem positiv entwickelt formulierten Staatsverständnis“ kleidete; es war Antje Vollmer, die vor Monaten anläßlich der Bundesvorstandswahl dazu aufrief, „das Hauptquartier zu boykottieren“, verhält sich dieses ziemlich dicke Eigenlob ignorant gegenüber den Gründen des Streits.

rant gegenüber den Gründen des Streits.

Waren die NATO-Frage, der sofortige Atomausstieg, Volkszählungsboykott, die Rüstungsexporte keine Sachfragen? Haben diese Konfliktpunkte nichts mit der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner „nach außen“ zu tun? Und was ist von dem Versuch zu halten, die Fraktion jenseits der Auseinandersetzung in diesen Punkten „zu integrieren“?

Es stimmt, wir haben nicht geschwiegen, aber niemand kann von uns verlangen, deshalb das falsche Gemälde von Leuten, die den „Flügelstreit“ aus purem Selbstzweck führen, auch noch durch die eigene Unterschrift zu bestätigen.

b) Es wird die Forderung erhoben, künftig „ehrliche“ statt „taktische“ Bündnisse einzugehen. Der Brief läßt offen, welche unehrlichen Bündnisse es bisher gegeben hat.

Wir haben zu Anfang kritisiert, daß der Brief sich abstrakt gegen „Spaltungsabsichten“ ausspricht, ohne die Personen zu benennen, die der Spaltung das Wort reden. Viele uns politisch nahestehende Fraktionsmitglieder haben trotzdem den Brief unterschrieben. Wir ehrlich ist ein geschaffenes Bündnis, wenn eine seiner InitiatorInnen in einem kurz darauf erfolgten Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage, was sie zu tun gedenke, wenn Otto Schily seine Drohung wahrmachen würde, folgendes antwortet: „...Ich würde aber vor allen Dingen mit ihm darüber diskutieren, was hinter diesem Moment, spalten zu wollen — von dem ich übrigens denke, daß Otto Schily gar nicht so will, sondern eher alte Linienstrategen aus den siebziger Jahren ...“ (Antje Vollmer)

Diejenigen, die öffentlich mit Spaltung drohen, meinen es gar nicht so, sagt Antje Vollmer, aber diejenigen, die sich öffentlich gegen Spaltung wenden, wollen sie eigentlich, sagt Antje Vollmer.

So sind, zum Schluß, doch wieder die „wirklich“ Schuldigen entlarvt worden.

Bonn, 1. Dezember 1987





Brief an die Militanten, ihre Sympathisanten und intellektuellen Helfer

von Angelika Beer, Regula Bott, Thomas Ebermann

Die grüne Bundestagsfraktion hat am 8.12. mehrheitlich einen Euch betreffenden Beschluß gefaßt: (...)

Nicht beschlossen wurde, daß der „Grundsatz der Gewaltfreiheit“ in irgendeinem Widerspruch zur staatlichen Gewalt steht. Das erklärt sich nicht nur daraus, daß man an einem Tag nicht alles schaffen kann, sondern ist Trend.

Die grüne Bundestagsfraktion würde niemals die Zusammenarbeit mit Sozial-, Christ- und Freidemokraten ablehnen, nicht die Zusammenarbeit mit Polizei und Militär, die Beurteilung der NATO-Mitgliedschaft der BRD ist offen, und die Kooperation mit Kirchenführern angestrebt. Das alles wird sogar erleichtert, wenn mit Euch jede Zusammenarbeit „ausdrücklich“ abgelehnt wird.

Vielleicht fragen sich einige von Euch, wer wohl gemeint sein mag, denn die Fraktion hat sich nicht die Mühe gemacht zu definieren, was militante Aktionsformen sind. Solltet ihr der Meinung sein, keiner Gruppierung anzugehören, die militante Aktionsformen praktiziert, könntet ihr trotzdem gemeint sein. Ihr könntet natürlich auch hoffen, Eure Aktionsformen für militante zu halten, aber nicht gemeint zu sein. Der berühmte SPD-Beschluß gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunisten war halt präziser. Einige Anhaltspunkte können wir Euch jedoch geben. Solltet Ihr bisweilen vermummt sein, gehört Ihr wahrscheinlich zu den Gemeinten, bezeichnet man euch als „schwarzen Block“ oder „Chaoten“, dann mit Sicherheit.

Habt Ihr schon einmal Gewalt gegen Sachen praktiziert, seid Ihr nicht automatisch gemeint. Die Verstümmelung eines Fragebogens z.B. verunmöglicht der Fraktion nicht jede Zusammenarbeit mit Euch. Bauzäune aller Art gelten als Grenzfälle. Habt Ihr gegen Gesetze verstoßen, könnt Ihr gemeint sein (Einzelfallprüfung!): keine Sorgen müßt Ihr haben, wenn Ihr an Prominenten- oder Richterblockaden beteiligt wart.

ne Sorgen müßt Ihr haben, wenn Ihr an Prominenten- oder Richterblockaden beteiligt wart.

Sympathisanten von Gruppen, die militante Aktionsformen praktizieren, sind nicht gemeint, wenn sie ihrerseits die Zusammenarbeit mit Gruppen, die militante Aktionsformen praktizieren, nicht länger praktizieren.

Aber auch die Gemeinten müssen nicht befürchten, daß wir sie wortlos aus jeder Zusammenarbeit ausgrenzen, sie aus Bündnissen entfernen wollen — wir praktizieren das dialogisch. Alle Ausgegrenzten haben, weil wir Feindbilder ablehnen, das Recht auf ein Gespräch. Dialoge sind ohnehin fruchtbarer, wenn sie nicht durch mögliche Zusammenarbeit belastet werden.

Zynismus beiseite! Sollte der Beschluß der grünen Bundestagsfraktion sich in der grünen Partei durchsetzen, dann wären die GRÜNEN die Spalter des Widerstands, wie von Zimmermann diktiert. Dann wären gemeinsame Bündnisse und Kämpfe wie in Brokdorf, Hafenstraße und Wackersdorf nicht mehr möglich. Diese Bündnisse waren oft konfliktreich. Ihr habt die GRÜNEN häufig kritisiert wegen ihrer ritualisierten „Latschdemos“. Wir haben Euch oftmals kritisiert, wenn Ihr durch Eure Aktionen andere Demonstrationsteilnehmer gefährdet habt, wenn durch Verselbständigung von „Militanz“ die Verletzung von Menschen riskiert wurde. Wir wissen, daß Ihr diese Probleme auch unter Euch diskutiert, das ist gut so. Zugleich haben die GRÜNEN die Pflicht, ihren gewaltfreien Weg effektiv, d.h. nicht in Unterwerfung unter staatlich verordnete Anpassung zu gehen. Dies alles muß in der Zusammenarbeit und im Bündnis laufen. Der Kampf um den Erhalt der Häuser an der Hafenstraße war ermutigend.

Wir hoffen, daß die Partei und viele ihrer Gliederungen sich dem Unvereinbarkeitsbeschluß der Fraktionsmehrheit widersetzt. Es ist ohnehin ein Unding, daß eine Fraktion die Bündnispolitik einer Partei bestimmen will. Eine Partei zudem — die sich basisdemokratisch nennt.

Bonn, den 9.12.87
Angelika Beer, Regula Bott, Thomas Ebermann



Aufstand der Mitte

Brief von 23 Abgeordneten an die Basis

Bonn, 26.11.1987

Liebe Grüne in den Orts- und Kreisverbänden,

wieder einmal bieten DIE GRÜNEN auf Bundesebene — Bundestagsfraktion und Bundesvorstand — ein Bild von Streitsucht und Zerrissenheit. Und das in aller Öffentlichkeit.

Wir wissen, wie deprimierend und demotivierend das auf Euch wirken muß. Wir wissen, daß das auch Eure Arbeit in den Kreisen und Orten unnötig erschwert, und dafür möchten wir uns entschuldigen.

Die Lage hat sich insofern auch noch verschärft, als jetzt schon das Wort vom „Verlassen der Fraktion" in einiger Leute Munde und von der „Spaltung" in mehrerer Leute Köpfe ist. Die Medien schalten sich nur zu gern in solche Entwicklungen ein, verstärken sie, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf die Exponenten der Flügel konzentrieren. Die Gefahr, daß der Konflikt sich verselbständigt, ist groß.

Deshalb möchten wir uns zu Wort melden.

Wir, das sind zum einen Abgeordnete, die bisher versucht haben, unabhängig von den Flügeln zu leben und zu arbeiten, aber es sind genauso Abgeordnete, die sich selbst zu dem einen oder anderen Flügel zählen oder ihm zugerechnet werden und dem auch unter normalen Umständen nicht widersprechen.

Wir möchten deutlich machen, daß die Fraktion mehr ist als nur ihre zwei Flügel und daß unsere Arbeit sich aus vielen anderen Fragen zusammensetzt als denen, die augenblicklich die öffentliche Debatte bestimmen.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir — von der Absicht geleitet, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthemen zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entschieden genug auf Klärung inhaltlicher Fragen und auf ein Zurückdrängen des Flügelstreits gedrängt haben. Dabei sind wir davon überzeugt, daß der jetzige zugespitzte Streit nicht in erster Linie ein Ausdruck persönlicher Eitelkeiten ist, wie oft gesagt wird, sondern daß diesem Streit inhaltliche Fragen zugrunde liegen, die die Partei von ihren Anfängen an ungeklärt mit sich schleppt und die im scharfen Licht der Öffentlichkeit, in dem die Fraktion steht, aufbrechen.

Vor allem in einem aber möchten wir Euch mit diesem Brief beruhigen und Entwarnung geben: Alle, die diesen Brief unterschrieben haben, stehen für eine mögliche Spaltung der Fraktion



nicht zur Verfügung. Sie widersprechen dieser Idee auf das entschiedenste und werden sich auch an Debatten über dieses Thema in keiner Weise beteiligen.

Wenn wir uns in der Zukunft jetzt intensiv einschalten wollen, um die für die Partei und die Fraktion notwendigen Debatten zu führen, so gehen wir dabei von drei Voraussetzungen aus:

1. Diese Debatte darf nicht in Form eines Linienkampfes geführt werden, der mit dem „Sieg" einer Linie über die andere enden kann.
2. Sie muß eine politische Überlebensstrategie sowohl für die GRÜNE Fraktion, als auch für die GRÜNE Partei auch in der *Form* enthalten, in der diese Debatte geführt wird.
3. Für die notwendige Klärung programmatischer Positionen der GRÜNEN ist der Versuch, einen sehr breiten Konsens auch unter den Vertreter-Innen unterschiedlicher Positionen herzustellen, konstitutiv. Zur Auflösung der zunehmenden Tendenz von uns, blockmäßig abzustimmen, sollten wir wieder zu der Tradition zurückfinden, die wechselnde Mehrheiten in unterschiedlichen inhaltlichen Fragen fördert. Dafür muß es sowohl die Bereitschaft zur Selbstkritik in unseren eigenen Reihen geben, als auch die Bereitschaft, *ehrliche* und nicht nur *taktische* Bündnisse unter uns herzustellen.

Dazu hat sich in der Vergangenheit weder das Mittel der Distanzierung von bestimmten Positionen als hilfreich erwiesen, noch das Wegducken und Wegtauchen vor bestimmten Klärungen, die von uns erwartet werden.

Wir sind uns darin einig, daß wir in zwei Grundfragen GRÜNER Politik eindeutig und klar Stellung nehmen müssen.

Das eine betrifft die Frage der *Gewaltfreiheit*, die eine der vier Säulen der GRÜNEN Programmatik darstellt. Damit haben wir uns ein für allemal festgelegt auf eine Politikform, die wir für unaufgebbar ansehen. Die Gewaltfrage ist für die GRÜNE Partei entschieden. Sie konkretisiert sich beispielsweise in der Ablehnung von Gewalt, sowohl von Seiten der Demonstranten (z.B. Ächtung der Zwillen als mörderische Schußwaffen, von Molotow-Cocktails und Steinwürfen) als auch von Seiten des Staates (Aufrüstung der Polizei, Abbau von Bürgerrechten). Dafür offensiv und selbstbewußt einzutreten, gehört zu den Hauptaufgaben einer pazifistischen Partei.

Gerade auch in den Debatten der Bewegungen nach den Todesschüssen an der Startbahn West sehen wir eine ganz große Chance, dieses Prinzip der politischen Konfliktlösung zu einem breiten Konsens — weit über die Reihen der GRÜNEN hinaus — zu machen.

Dafür einzutreten in fairen Auseinandersetzungen, sind wir auch denen schuldig, die nicht davon überzeugt sind, gewaltfreie Wege gehen zu können. Wenn es darüber Debatten gibt, sollen und dürfen wir dem nicht ausweichen. Wir sind dafür verantwortlich, diese Auseinandersetzung immer wieder zu suchen.

Dabei ist aber darauf zu achten, daß auch unser Umgang mit Leuten, die anderer Überzeugung sind, ein gewaltfreier sein muß. Wir haben mehr denn je die Hoffnung, daß diese Debatte gerade im Augenblick dazu beitragen kann, eine solidarische und vom Respekt auch vor Andersdenkenden getragene Dialogatmosphäre zu erzeugen, die das gesamt demokratische Widerstandspotential der Bundesrepublik einigt und festigt.

Der zweite Punkt betrifft unsere grundsätzliche Bereitschaft, auch mit parlamentarischen Mitteln politische Veränderungen zu bewirken. Wir können nicht *im* Parlament sein und gleichzeitig so tun, als wären wir eigentlich nicht hier.

So wie die Dinge derzeit liegen, wird unsere Aufgabe für die nächste Zeit sein, mit parlamentarischen — aber auch mit außerparlamentarischen — Mitteln eine effektive Oppositionsrolle zu spielen, die getragen ist von dem Willen, politische Veränderungen zu bewirken und sich damit auch am Erfolg und realistischer Durchsetzbarkeit zu orientieren.

Ebenso intensiv müssen wir dafür offen sein, Bündnispartner für unsere Überzeugungen auch in den „Lagern" zu finden, die weit über das GRÜNE Spektrum hinausgehen. Während wir in der Vergangenheit vor allem darin Erfolge erzielen konnten, daß wir bisher unbekannte Themen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht haben, geht es jetzt zunehmend um Umsetzungskonzepte, Bündnisstrategien und Ansätze einer Reformpolitik in fundamentaler Absicht.

Außer diesen beiden grundsätzlichen Positionen gibt es eine ganze Reihe von Fragen, die die GRÜNEN Politikerinnen und Politiker umtreiben und beschäftigen. Das reicht von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis. In diesen Fragen sind wir der Meinung, daß die GRÜNE Partei es durchaus verträgt — schon aufgrund der unterschiedlichen Milieus und Traditionen, aus denen unsere Mitglieder und WählerInnen kommen —, unterschiedliche Meinungen auszuhalten.

Ja, wir betrachten sie sogar als Reichtum unserer Debatte und finden, daß dieser nicht einzuengen, sondern zu entfalten ist.

Wenn wir trotzdem für eine intensive Debatte dieser Fragen eintreten und uns an ihrer Organisation beteiligen wollen, so nicht, um damit ein möglichst schnelles programmatisches Ergebnis zu erzielen, sondern um die Debatte fundierter und damit rationaler zu machen. Hier schlagen wir vor, sie anhand ausgearbeiteter Konzepte zu führen, die verständlich machen, warum z.B. der eine Teil der GRÜNEN zu einem sehr staatskritischen, der andere mehr zu einem reformerischen Ansatz neigt.

Wir sind davon überzeugt, daß eine solche Form konzeptioneller Debatten auch der politischen Kultur der Bundesrepublik nützt, indem sie einen Meinungsstreit aufwertet, der allzu schnell durch Bekenntniszwänge abgewürgt zu werden droht.

Wir sind davon überzeugt, daß gerade DIE GRÜNEN, die Menschen aus unterschiedlichen Milieus und „Lagern" umfassen, diese Deabtten besser führen können als die Parteien, die sich entlang des traditionellen Rechts-Links-Schemas und der traditionellen Lagertheorie organisiert haben.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir bitten Euch alle, Euch in die kommenden Debatten, zu denen dieser Brief nur ein Anstoß sein kann, intensiv, sachkundig und leidenschaftlich einzubringen.

Mit herzlichen Grüßen
Eure

Marielouise Beck-Oberdorf, Angelika Beer, Jochen Brauer, Wolfgang Daniels, Gerald Häfner, Imma Hillerich, Uwe Hüser, Petra Karin Kelly, Wilhelm Knabe, Hias Kreuzeder, Verena Krieger, Helmut Lippelt, Alfred Mechtersheimer, Christa Nickels, Gertrud Schilling, Peter Sellin, Luise Teubner, Erika Trenz, Antje Vollmer, Ludger Volmer, Michael Weiß, Lilo Wollny, Eckhard Stratmann.

„Emma" startet Anti-Porno-Kampagne

Pornographie verleitet Frauen zum weggucken. Das Gefühl von Bedrohung, Scham, Erniedrigung, aber auch das Erleben der eigenen sexuellen Widersprüchlichkeit lassen uns Pornographie nicht wahrhaben wollen.

Doch schon beim Gang über den Bahnhof, z.B. beim Betrachten der Auslagen des Kiosks drängt sich jedesmal aufs Neue die Frage auf: Kann es wirklich wahr sein, daß es diese Mengen von Zeitschriften, Romanen und Heften gibt, in denen Frauen so dargestellt werden? Und dies ist nur der — sozusagen — legale Teil, von Hartpornos unterm Ladentisch, Filmen und Videos ganz zu schweigen. Wer liest das und welches Frauenbild wird da geprägt?

Eins hat die Anti-Porno-Kampagne der Frauenzeitschrift „Emma" ganz sicher erreicht: sie zwingt uns zum Hinsehen und zur Auseinandersetzung.

Ausgangspunkt und Hintergrund für die Anti-Pornographiekampagne der „Emma" sind die Thesen, daß als Antwort auf das steigende Selbstbewußtsein der Frauen in den letzten 10 bis 15 Jahren ein Prozeß der Pornographisierung des Alltags eingesetzt habe, daß der „*illegale Hartporno in legale Billig- und Hochglanzzeitschriften übergeschwappt*" sei, (Emma, 12/87, S. 18) und daß Pornographie eine wesentliche Ursache für Gewalt gegen Frauen ist. In gewohnt überspitzter drastischer Form formuliert Alice Schwarzer die Folgen: „*Die gefolterte und zerstückelte Frau — das ist seine Antwort auf unsere Emanzipation.*" „*Die herrschende Sexualität hat der Lust weitgehend den Garaus gemacht. Eros liegt plattgewalzt unter den Rädern der Sexmaschine.*" „*Pornographie ist Kriegspropaganda gegen die Frau.*" „*Jeder Bürger ein de Sade. Das ist Demokratie im Patriarchat.*" (Emma, 12/87, S. 18/19)

Die Kampagne und die Thesen sind angelehnt an eine in den USA in den 70er Jahren entstandene „Anti-Pornographie-Bewegung", deren Devise lautete „*Pornographie ist die Theorie, Vergewaltigung die Praxis.*" Theoretischen Hintergrund für diese Kampagne lieferte die amerikanische Feministin Andrea Dworkin, deren Buch „Pornographie — Männer beherrschen Frauen" (Emma-Verlag Köln, 1987) vor acht Jahren in den USA erschienen ist, und jetzt im Rahmen der „Emma"-Kampagne von Alice Schwarzer in deutscher Übersetzung präsentiert wurde.

Die Kampagne in den USA war unter den amerikanischen Feministinnen umstritten, weil sich Teile der Anti-Porno-Bewegung sehr weitgehend auf eine Zusammenarbeit (z.B. Erstellen von Gesetzesvorlagen) mit Vertretern des Staates einließen, deren Ergebnis bürgerliche puritanische Moralvorstellungen und weitgehende Zensurüberlegungen waren. (vergl. taz, 23.11.87)

Ein Gesetz gegen Pornographie

Als Höhepunkt ihrer Anti-Porno-Kampagne hat die „Emma" in ihrer Dezembernummer einen Gesetzestext vorgestellt. Er orientiert sich an dem umstrittenen amerikanischen Entwurf eines „Bürgergesetzes gegen Pornographie", der u.a. von der Feministin Andrea Dworkin erarbeitet wurde. Das vorgeschlagene Gesetz basiert auf einer zivilrechtlichen Konstruktion, d.h. jede Frau (oder jedes Mädchen), die aufgrund von pornographischen Darstellungen ihr „*Recht auf Würde und Freiheit, körperliche Unversehrtheit oder Leben verletzt*" sieht, kann auf Schadensersatz klagen. Das Recht zu klagen, haben auch Vereine oder Verbände, die die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen zum Ziel haben.

Pornographie wird definiert als die „*verharmlosende oder verherrlichende, deutlich erniedrigende sexuelle Darstellung von Frauen oder Mädchen in Bildern und/oder Worten*". Wichtigster Aspekt des Gesetzentwurfs ist, daß anders als nach den bislang geltenden Gesetzen, die Pornographie entweder unter dem Blickwinkel „jugendgefährdend" oder der „gesellschaftlichen Wertvorstellung", „Anstand" abhandeln, hier explizit von der Sicht der Frauen ausgegangen wird.

Nicht ausgeführt wird im Gesetzestext *gegen wen* auf Schadensersatz geklagt werden soll. Lediglich in der „Begründung" heißt es dazu: „*Das Recht auf Schadensersatz scheint uns in diesem Fall adäquat, schließlich verdient die enorm expandierende Porno-Industrie Milliarden. (...) Warum sollte sie da an die geschädigten Frauen nicht zahlen?*" „*Schadensersatzpflichtig soll sein, wer Pornographie herstellt und (...) verbreitet. Unter Verbreitung ist dabei jede Form der Weitergabe an Dritte zu verstehen, so auch die Vermietung an geschlossene Benutzergruppen über BTX oder Lesezirkel oder private Weitergabe.*" (Emma, 12/87, S. 22) Die recht genaue Definition von Pornographie könnte, wenn das Gesetz zur Anwendung käme, bedeuten, daß Frauen (oder Verbände) konkret gegen einzelne Filme, Zeitungen oder Darstellungen vorgehen müßten. Dies würde zugleich eine konkrete Form der Auseinandersetzung am einzelnen Gegenstand bedeuten und könnte — das wäre zumindest wünschenswert — breitere gesellschaftliche Debatten auslösen, ohne daß zugleich unzulässig verallgemeinert wird.

PorNO
EMMA

Eine Einschränkung wird im Gesetz zugunsten Verbreitung von Pornographie für „*eindeutig wissenschaftliche oder eindeutig gesellschaftskritische Zwecke*" gemacht, untersagt wird aber auch in diesem Fall die Herstellung von Pornographie. Leider fehlt hier der Vorbehalt zugunsten künstlerischer und literarischer Werke. Es bleibt offen, ob Alice Schwarzer bewußt darauf verzichtet hat und damit den Konflikt um die Auseinandersetzung über Zensur in diesem Bereich eingehen will.

In diesem Sinne ließe sich zumindest ihr Auftritt auf der Veranstaltung in Köln interpretieren. Auf die Frage, ob mit Hilfe des Gesetzes z.B. de Sade verboten werden kann, antwortete sie sinngemäß, „*daß auch der Marquis de Sade, sollte ein Mann nach Lektüre dieses Klassikers handgreiflich gegen eine Frau werden, verboten werden müsse.*" (FR, 28.11.87) Dazu passen würde auch, daß Alice Schwarzer in Artikeln und Kommentaren recht undifferenziert jegliche Form der Darstellung von Sexualität unter Pornographie faßt.

Inzwischen haben (lt. taz vom 7.12.87) zwei Berliner Juristinnen Vera Slupik und Susanne Baer einen zweiten Gesetzesentwurf vorgelegt, der gerade an diesem Punkt genauer formuliert sein soll.

Schwierige Grenzziehung

Die Schwierigkeit einer Anti-Porno-Kampagne wird nicht darin liegen, harte gewaltverherrlichende frauenverachtende Pornographie eindeutig zu identifizieren.

Das Hauptproblem wird dort liegen, wo sich Darstellungen von Lust, Sexualität, Erotik und Pornographie mischen, wo (berechtigt) subjektiver Geschmack und Empfinden in die Beurteilung einfließen, wo Grenzen verschwimmen. Sind z.B. die Werke von Henry Miller, de Sade, Anais Nin erotisch-pornographische Weltliteratur oder zu verbietende Hartpornos? Fällt die Darstellung eines nackten Frauenkörpers in den diversen Blättchen von „Stern" bis „Bravo" schon unter zu verbietende Pornographie oder handelt es sich nicht vielmehr um Vermarktung der Frau nach den üblichen kapitalistischen Gesetzen, gegen die nicht mit Verbot sondern nur sehr langfristig mit Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins vorgegangen werden kann?

Zu welcher Seite neigt sich der Widerspruch, wenn Frauen ihren Körper und ihre Sexualität offen darstellen und darüber Selbstbewußtsein und Befreiung erleben? Sind Stöckelschuhe, Spitzendessous und Miniröcke nur als „erniedrigende Anpassung der Frauen an die Wünsche der Männer" abzuhandeln?

Alice Schwarzer zumindest scheint die Grenze sehr weit ziehen zu wollen. Sie schreibt in ihrem Vorwort zu dem Buch von A. Dworkin: „*Wir erleben, wie Popstars sich wie professionelle Huren ausstaffieren. (...) Wir erleben wie die Mode voll dabei ist: Stöckelschuhe, Miniröcke, einschlägige Dessous und eine neue Bademode (Herbst 87), die sich mit ihren Streifen und Stricken direkt von den Darstellungen gefesselter Frauen in der Pornographie inspirieren läßt. (...) Die Reizwäsche, die es noch vor einigen Jahren nur in Spezialgeschäften gab, hat längst auch die Kaufhäuser und Supermärkte der Vorstädte erobert.*" (S. 11) Eine Anti-Porno-Kampagne muß sich davor hüten, einer prüden, sexualfeindlichen Atmosphäre in irgendeiner Weise Vorschub zu leisten. Rita Süßmuth und ihre Kollegen dürfen mit ihren Vorstellungen von Moral und Sitte nicht einmal den Pfennigabsatz eines Stöckelschuhs in die Türritze bekommen.

Wichtiger als der Streit um Grenzfälle, um Zensur in der Literatur, um die keimfreien Häschen-Bilder eines „Playboy" scheint mir jedoch das gemeinsame Vorgehen gegen obszöne Gewaltorgien, die vor allem unter halblegalen und illegalen Spezialbedingungen blühen und im Videobereich breit zugänglich gemacht werden. Dieser Bereich wird auch vom Staatsapparat nur zu gern übersehen.

g./Hamburg

Wir wollen die Bandbreite dieser Problematik weiter diskutieren und werden Stellungnahmen dazu im AK dokumentieren.

Degesch Frankfurt:

Grüne Vergangenheitsbewältigung

In AK 285 berichteten wir ausführlich über die „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung". Der Zyklon B-Hersteller Degesch möchte gerade seine Produktion von sog. „Schädlingsbekämpfungsmitteln" in Frankfurt am Main erweitern. Während nun die Erweiterungspläne der Firma, die mögliche Gefährdung durch Herstellung, Transport und Lagerung der hochgiftigen Chemikalien, also die ganzen ökologisch-technischen Einwände gegen die Degesch durchaus Gegenstand öffentlicher Erörterungen sind, findet eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Degesch so gut wie überhaupt nicht statt. Selbst die linksliberale „Frankfurter Rundschau" konnte sich bislang nur mit Mühe und Not (und dann auch noch teilweise entstellende und unverschämte) Kommentare zu den Aktivitäten eines linken Bündnisses herausquetschen, das sich die Aufarbeitung und öffentliche Erörterung der Degesch-Vergangenheit zum Ziel gesetzt hat. Auch innerhalb der Grünen gehen die Ansichten über das Vorgehen gegen die Firma weit auseinander. Die Minderheitsfraktion der Radikalökologen (Fundis) im Frankfurter Römer stellte einen Antrag, in dem die Beteiligung der Degesch an den nationalsozialistischen Massenmorden dokumentiert und die Stadt Frankfurt aufgefordert wird, sich für die Schließung der Degesch als einzig mögliche Konsequenz aus der Geschichte einzusetzen. Die Mehrheitsfraktion der RealpolitikerInnen meinte unbedingt, diesem Fundi-Antrag etwas entgegensetzen zu müssen. Ihr alternativer Antrag gipfelte in der Forderung nach einer „Konversion" der Degesch-Produktion und wurde wie folgt begründet: *„Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zu verträglicher Produktion überzugehen."*

Auf einem gemeinsamen Termin, zwei Tage vor der Stadtverordnetenversammlung, auf der die beiden konkurrierenden grünen Anträge eingebracht werden sollten, „einigte" mensch sich schließlich auf den (überarbeiteten) Fundi-Antrag; der Realo-Antrag, so der Beschluß, sollte zurückgezogen werden. Bei diesem Termin war auf realpolitischer Seite „Schadensbegrenzung" angesagt, jede weitergehende Diskussion über Ursachen und Hintergründe der beiden Anträge wurde sorgsam vermieden. Wie unehrlich einerseits und mit welcher enormen „Verbissenheit" andererseits diese Auseinandersetzung zumindest von Teilen der Realos geführt wird, zeigte sich erneut nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen und Mitverfechter des Realo-Antrages, Sikorski, sah sich außerstande, das von der Mehrheit des Kreisverbandes abgelehnte Papier zurückzuziehen, so daß der denkwürdige „Konversionsantrag" doch noch seine höchste Weihe durch die Ablehnung in der Stadtverordnetenversammlung erhielt.

Vielleicht könnte der Eindruck entstehen, als würde hier eine jener „Provinzpossen" breitgetreten, die selbstverständlich auch in Nestern mit über 600.000 Einwohnern möglich sind. Und wir gestehen gerne zu, daß es die grüne Partei auf dem Feld dieser „Possen" bereits zu erheblichen Leistungen gebracht hat. Weil aber auch Politik immer etwas mit *Interessen* zu tun hat, könnte es auch ganz anders sein. Es wäre denkbar, daß die Frankfurter Sponti-Realo-Szene, die in ihrem Hausblatt „Plasterstrand" seit Wochen und Monaten über den Konservatismus und seine „Attraktivität" diskutiert, mit der Degesch auf dem ganz falschen Fuß erwischt wurde. Tatsache ist, daß die ökolibertären Neigungen in der hiesigen Realo-Szene zugenommen haben. Beispielsweise lehnte die grüne Kreisversammlung Mitte Oktober folgenden Antrag mit 46:30 Stimmen ab: *„Die Grünen Frankfurt erklären, daß sie — völlig unabhängig von dem Wollen anderer Parteien —, keine VertreterInnen der CDU im hauptamtlichen Magistrat während der gesamten Zeit von 1989-1993 vertreten sehen wollen."*

Joschka Fischers Freunde möchten nach den Kommunalwahlen 1989 in den Frankfurter Magistrat. Da die CDU-Mehrheit aber relativ stabil ist, und die SPD — wie bei den letzten Landtagswahlen — weiter Stimmen verliert, wirft der kluge Realpolitiker ein Auge auf die CDU. Mit diesem „strategischen Schachzug" tritt man auch Befürchtungen in der SPD entgegen, für die das „reine" rot-grüne Bündnis in Wiesbaden mit herben Stimmenverlusten nach links und rechts endete. Der aberwitzige Wink mit der großen „Bürgerkoalition" unter Einschluß der Grünen erfordert nun im Tagesgeschäft ein kompliziertes Taktieren. So erklärt es sich dann beispielsweise, daß im Realo-Antrag zur Degesch viel Scham und Betroffeneheit bei gleichzeitiger Distanzierung von der „antifaschistischen Phrase" rüberkommen soll.

Wir dokumentieren im Folgenden Teile der Auseinandersetzung. Die beiden Diskussionspapiere stammen von Mitgliedern der Degesch-Initiative, die gleichzeitig Mitglieder der Grünen sind.

KB/ Gruppe Frankfurt

Thema erledigt?

1) Das Ergebnis der Sitzung des KV am 27.10. über die beiden grünen Anträge zur Degesch könnte uns eigentlich freudig stimmen. Schließlich hat sich mit dem völligen Wegfall des Realo-Antrags („Konversion") und dem Bezug auf wesentliche Teile des Fundi-Antrags („Stillegung") eine Linie durchgesetzt, für die auch wir in den letzten Wochen des öfteren gestritten haben. Auch die weitere Zurückdrängung der ökologisch-technischen Kritik haben. Auch die weitere Zurückdrängung der ökologisch-technischen Kritik an der heutigen Degesch („Pestizidproduktion") zugunsten einer eindeutigeren Orientierung an der Degesch-Vergangenheit ist nun wirklich auch in unserem Sinne.

Getrübt wird unsere freudige Stimmung allerdings erheblich durch die Art und Weise, wie die am 27.10. erzielte „Einigkeit" zustande kam. (...) Das wirklich verlogenste Argument der ganzen Diskussion war die Behauptung, es sei unverschämt (und mehr!), an einem Papier eine weitgehende politische Kritik zu entwickeln, das übereilt und unter hektischen Umständen — in denen halt Fehler passieren können — entstanden sei. (...) Das unglaublich schnelle „Fallenlassen" des Realo-Antrags und die permanenten Appelle ans grüne Harmoniebedürfnis bestärken uns in unserem unangenehmen Gefühl, daß am Dienstag aus vorwiegend taktischen Gründen „Schadensbegrenzung" betrieben wurde und an einer politischen Diskussion kein Interesse bestand.

2) Nach den langen Diskussionen mit den Realos schon Mitte August über diesen Antrag entdecken wir in ihm allerdings die konkrete Ausformung einer politischen Linie, wie sie von den Realos im Hinblick auf die Kommunalwahl 1989 (und selbstverständlich darüber hinaus) betrieben wird. Tom Koenigs schreibt in seinem Papier „Wir brauchen mehr für die Mehrheit in Frankfurt": *„Die verbalradikale Pose, das immer wiederholte Bekenntnis und die unter den geltenden gesellschaftlichen Verhältnissen unerfüllbaren Wunschvorstellungen sind eben nicht mehr als realistische und von breitem Verständnis getragene sichere Schritte, sondern (...) schaffen (...) Peinlichkeit und allenfalls noch Gelächter."* Und Roswitha Beck und Lutz Sikorski sprechen in ihrem Papier „Grünes Bewußtsein ist noch keine grüne Politik" von *„phrasenhaften Forderungen, die lediglich zur Aufrechterhaltung einer trügerischen Gruppenidentität"* taugten.

Sofern sich solche Ansichten auf die Erfahrungen mit den Forderungen nach Rückbau ganzer Autobahnknotenpunkte, U-Bahn-Schächte und Hochhäuser bezieht, sind wir voll gespannter Erwartung auf die neuen Forderungen und Initiativen in diesem Bereich. Aber als antifaschistische Dauerdemonstranten klingeln bei uns alle Alarmglocken, wenn ihr die Distanzierung von „phrasenhaften Forderungen" und der „verbalradikalen Pose" auf den Zyklon B-Hersteller Degesch überträgt. Und wenn die Absicht, eine neue, kreative, innovative, alte „ausgelatschte" Bahnen verlassende Politik dazu führt, ein Unternehmen ökologisch zu „amnestieren", das am Holocaust regelrecht verdient hat — dann hört der Spaß auf.

Die „radikale Phrase" der Schließungsforderung, die einseitige Anklage sowie der Ruf „Skandal!" in dem Fundi-Antrag sollten ersetzt werden durch vorsichtige „Ausgewogenheit" und die Phrase der „Betroffenheit". Nach Lage der Dinge hätte ein solcher Antrag vielleicht sogar Chancen gehabt, in der „FR" positiv erwähnt zu werden — natürlich in Abgrenzung zur stets moralisierenden und geifernden Frau Tuckfeld (Radikalökologin), die das Parlament nachts mal wieder nerven und langweilen mußte.

3) Es könnte der Eindruck entstehen, als würden wir uns als Mitinitiatoren des Degesch-Bündnisses in erster Linie um die innergrünen Widersprüche zur Degesch kümmern, als läge unser Hauptinteresse an einer Austragung von Konflikten mit den Realos. Das ist Hauptinteresse an einer Austragung von Konflikten mit den Realos. Das ist natürlich — selbst nach zwei Papieren für den KV — weit gefehlt. Das Problem ist nur, daß wir seit Beginn unserer Versuche, die Vergangenheit der Degesch in dieser Stadt zu thematisieren, ganz eigenartige Erfahrungen gemacht haben, und zu diesen eigenartigen Erfahrungen zählt allerdings auch der Realo-Antrag. Von Anfang an waren wir mit einer gewaltigen Verdrängung dieses Themas konfrontiert und zwar auf wirklich allen Ebenen:

— Wir kommen zu dritt auf eine Versammlung von Fechenheimer Bürgerinnen und Bürgern zur Degesch. Nachdem wir uns anderthalbstündige Vorträge über roten Phosphor, weißen Phosphor, Brandgefahr, Immissionen etc. angehört haben und nach einer weiteren halben Stunde Diskussion über diese Themen, redet einer von uns kurz zur Vergangenheit dieser Firma, zum Zyklon und zu Auschwitz. Der Versammlungsleiter verkrampft zusehends und bekommt einen roten Kopf, die Spezialisten vom Öko-Institut Darmstadt sehen ausgesprochen böse aus — als hätten wir etwas verdammt „Unanständiges" gesagt.

— Wir wollen ein Veranstaltungsflugblatt drucken lassen und bekommen auf einmal einen Anruf vom Setzer aus der Alternativdruckerei: Sowas könne man doch nicht machen — die Leute von damals seien doch alle tot.

— Die Veranstaltung, auf der immerhin Mitglieder des Auschwitz-Komitees sowie der Autor Jörg Friedrich aus Westberlin (Autor eines „Standard-Werkes" über NS-Täter, Fischer-Verlag) sprechen sollen, wird trotz eindeutiger und rechtzeitiger Bemühungen in keiner Frankfurter Tageszeitung (einschließlich TAZ) angekündigt. Ergebnis: enttäuschende 80 Besucher. „Natürlich" gibt es auch keinen Veranstaltungsbericht in irgendeiner Zeitung.

— Um die Liste dieser „Verdrängungen" nicht ewig fortzusetzen und zu einem aktuellen Beispiel zu kommen: Manon (Tuckfeld) begründet den inzwischen gemeinsamen Antrag im Römer und redet fast ausschließlich zur Vergangenheit der Degesch, des Zyklons und zu Auschwitz, und sowohl SPD als CDU begründen die Ablehnung dieses Antrages ausschließlich mit der Notwendigkeit der Degesch-Giftgase, der Machbarkeit ihrer Produktion und gehen mit keinem Wort auf die Degesch-Vergangenheit ein! (...) Übrigens: während der Debatte ist weniger als die Hälfte der grünen Fraktion im Saale anwesend!

Wir befürchten, daß nach all den „peinlichen" Diskussionen um den Realo-Antrag viele Grüne nun froh sein werden, daß das Thema „erledigt", weil parlamentarisch behandelt ist. Und wir befürchten, daß der realpolitische Versuch, den „Anliegen (und Wertevorstellungen) der Durchschnittsbürger entgegenzukommen" (Beck/Sikorski), in diesem Land immer noch bedeutet: Anpassung an die Normalität (z.B. der Degesch), Anpassung an die Verdrängung.

Thomas Kieseritzky
Herbert Sehring

Auschwitz hat sich gelohnt

1) Die Art und Weise, wie sich die Mehrheit der Fraktion zur Degesch äußert, läßt nicht gerade den Schluß zu, daß die politische Dimension des Degesch-Konfliktes verstanden worden ist.

Man kann nicht sagen, daß dieses Land unter seiner Geschichte besonders zu leiden hätte, jedenfalls merkt man wirtschaftlich und materiell nichts davon, daß von Deutschland aus halb Europa zerstört wurde, 50 Millionen Menschen ihr Leben verloren und die systematische Vernichtung der europäischen Juden betrieben wurde. Die Aussage Barbara Sichtermanns: *„Wenn es eine historische Gerechtigkeit gäbe, gäbe es kein Deutschland mehr"* — regt so etwas noch irgendjemanden zum Nachdenken an?

Das zugespitzte Symbol dessen, daß es jemandem trotz und sogar *wegen* Auschwitz heute gut geht, ist die Fa. Degesch. Die Existenz dieser Firma, ihre blühenden Geschäfte usw. lassen eigentlich nur einen Schluß zu: Auschwitz lohnt sich! Es ist wahr: man kann an so etwas wie Auschwitz beteiligt sein (und es gibt kein Buch über den Holocaust, in dem nicht der Degesch und ihrem Zyklon B mindestens ein Kapitel gewidmet wäre), man kann sogar am Holocaust verdienen — es bleibt folgenlos.

Da, wo die Morde *persönlich* durchgeführt wurden, eventuell noch von einem sog. „Exzeßtäter", da sieht die Justiz gewisse Verfolgungsmöglichkeiten vor. Der millionenfache *„anonyme"* Tod im Gas, ermöglicht von einer Firma, die 23.000 kg Zyklon B auf Bestellung korrekt nach Auschwitz lieferte (mit Lieferschein und Empfangsquittung), bleibt für diese Firma folgenlos ... Auschwitz lohnt sich — das ist die politische Dimension des Degesch-Konfliktes.

2) Die Mehrheit von Realos und autonomen Frauen schreibt in ihrem Degesch-Antrag: *„Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zu verträglicher Produktion überzugehen."*

Dieser ebenso peinliche wie fürchterliche Satz wirft gleich mehrere Fragen auf: Was stört die Fraktionsmehrheit eigentlich am Zyklon B-Geschäft der Fa. Degesch? Daß es ökologisch unverträglich war? Was hat die Beteiligung an *dem* faschistischen Verbrechen überhaupt mit der Ökologiefrage zu tun? Ist es wirklich so, daß der Gipfel grüner „Vergangenheitsbewältigung" im ökologisch sinnvollen Produzieren liegt?

Bislang haben die Grünen noch nicht gefordert, daß z.B. die Gestaltung des Börneplatzes vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten zu erfolgen habe. Kommt das demnächst auch noch? Denjenigen, die in den letzten Wochen vor allem die Vergangenheit der Degesch thematisiert haben, wurde mitunter vorgeworfen, sie vermengten in unzulässiger Weise die faschistische Vergangenheit mit der heutigen Existenz der Degesch. Wo bitte gibt es einen Satz, der den oben zitierten in dieser Hinsicht übertreffen würde: u.a. weil die Degesch eine NS-Vergangenheit hat, soll sie heute „verträgliche" Sachen produzieren.

3) In dem Antrag der Fraktionsmehrheit heißt es an anderer Stelle: *„Die Nichtauflösung der damaligen Fa. Degesch im Rahmen der Auflösung der IG Farben nach dem 2. Weltkrieg ist ein historisches Versäumnis."* Im Kontext der realpolitischen Argumentation des Antrags bedeutet dieses Argument: wir können heute nicht das Verbot einer Firma fordern, deren Auflösung „historisch versäumt" wurde. (In anderen Fragen hindern sog. „historische Versäumnisse" oder „Fehler" Grüne allerdings nicht daran, heute radikale Veränderungen zu fordern. Nicht wenige Grüne, die z.B. für die Überwindung und Abschaffung der sog. „Blocksysteme" eintreten, halten das Abkommen von Jalta für einen riesigen historischen Fehler.) Die Einordnung des Hinweises auf das „historische Versäumnis" in eine Argumentation, die sich explizit gegen ein Verbot der Degesch wendet, ist noch aus einem anderen Grund sehr gefährlich: Der amerikanische Chefankläger Taylor versuchte in den Nürnberger Prozessen, das Zyklon B-Giftgas und die Degesch in die Anklage gegen die IG Farben zu packen. Zwar wurden die IG-Direktoren von dem Vorwurf der Mittäterschaft an den Morden in Auschwitz freigesprochen, aber die IG Farben wurde aufgelöst. Die Degesch und ihr Direktor wurden der deutschen Justiz überantwortet, und da waren sie an der richtigen Adresse. Es passierte das, was fast immer passierte, wenn die deutsche Justiz über ihre eigenen Landsleute zu Gericht saß: Freispruch und natürlich keinerlei Konsequenzen für die Degesch. Diese systematische Selbstamnestierung hat mit „Versäumnissen" wenig zu tun.

Insofern verhält sich die grüne Mehrheitsfraktion im Römer heute kaum anders als die Mehrheit der Deutschen damals und heute: statt Anklage — Beschwichtigung, statt Verurteilung — Amnestie, bereichert um den guten Rat, wenigstens „ökologisch verträglich" zu produzieren.

4) Ja, wir tun uns schwer mit den Tätern. Die Besetzung des Börneplatzes, der Kampf darum, daß er ein Ort des Gedenkens und der Erinnerung sein soll — dies alles steht in einem merkwürdigen Verhältnis zu der von fast *allen* Seiten heruntergespielten Bedeutung der Degesch, die doch auch ein Ort der Erinnerung ist. Stimmt es vielleicht, was Jörg Friedrich in der von den Grünen im Bundestag herausgegebenen Broschüre ‚Wider die Entsorgung der deutschen Geschichte" schreibt: *„Seltsam ist ja, daß die Aufmerksamkeit allein der Pein der Opfer gilt. Die Tätergruppe ist nicht halb so interessant. Immer führt die Pilgerfahrt zum Exekutionsplatz der Opfer, nie zum Ruhesitz der Henker. Ihre Erdenspur weckt keinerlei Neugier. Im Gegenteil, wer will von ihnen hören?"*



Und eben dieses Mißverhältnis zwischen Börneplatz und Degesch geht mir durch den Kopf, wenn ich in Lothar Baiers Artikel aus der „Zeit" vom 18.9. lese: *„Denn schuldig sein, ist gar nicht so schlimm, vor allem dann nicht, wenn über vierzig Jahre nach der Tat niemandem mehr unmittelbare Nachteile aus der Schuld erwachsen, wenn die Täter einer mittlerweile fast ausgestorbenen Spezies angehören und wenn, falls doch noch einer überraschend auftaucht wie im Fall Barbie, das befreundete Ausland sich gnädig der Sache annimmt. Zu einer Schuld, die keine strafrechtlichen Konsequenzen mehr hat, allenfalls ein paar verspätete Entschädigungszahlungen nach sich zieht, kann man sich auch ohne Gefahr für die Seele bekennen, seit unsere Kultur die Kategorie der Betroffenheit eingeführt hat, auf der sich alles abladen läßt, was zwischen der Ermordung der Juden und dem Massaker von Robbenbabies das Herz betrübt."*

Herbert Sehring

AIDS:
Fakten, Hochrechnungen, Stammtisch-Apokalypsen

Neue Fakten gibt es kaum. Festzuhalten ist, daß AIDS sich bisher in der allgemeinen Bevölkerung der Industrieländer nicht wie erwartet ausbreitet. Daß die Kurve der Neuinfektionen in den sog. Risikogruppen abflacht. In den Armutszonen der Welt, besonders Afrika, sieht es anders aus. Es fehlen allerdings verläßliche Fakten.

Besonnene Geister wie die „Deutsche AIDS-Hilfe" raten deshalb im Interesse gezielter Vorbeugung zur Versachlichung der Aufklärung. Gau- und Supergauweiler hysterisieren dagegen verstärkt die Öffentlichkeit mit abenteuerlichen Hochrechnungen und Stammtisch-Apokalypsen wie kürzlich H. Halter im „Spiegel". Der Ruf nach „Maßnahmen" folgt auf dem Fuße. Wir skizzieren die Kampagne und dokumentieren dazu den Faktenstand zu AIDS, sowie eine Kritik der Hochrechnungsmethoden.

„*Abends, am Rande der zahllosen Aids-Symposien,*" schrieb „Spiegel"-Reporter Hans Halter Mitte November (1) „*malen die Experten einander die drohende Apokalypse aus. Es ist ein Schreckensbild, eine Untergangsvision, vergleichbar nur den Szenarien des globalen Atomkrieges: Aids, so heißt es, ist auf dem besten Wege, die größte Gesundheitskatastrophe in der bekannten Geschichte der Menschheit auszulösen; die Seuche wird mehr Opfer fordern als alle Kriege, Naturkatastrophen und Hungersnöte dieses Jahrhunderts zusammengenommen; sie wird kein Land verschonen, wird die Bevölkerungsexplosion beenden und auf allen Kontinenten demographische, ökonomische und kulturelle Umwälzungen bewirken, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt.*

'Worst case' heißt das Stichwort dieser Untergangsdebatte, 'im schlimmsten Fall'. Alle Erörterungen erfolgen mündlich, und jeder Apokalyptiker beschwert seine Prognosen mit der dringenden Bitte: 'Sie dürfen mich damit aber auf gar keinen Fall zitieren.' Denn seit den Tagen der alten Griechen gilt der Bote schlechter Nachrichten zugleich als Vater des Unglücks. Und an Aids will wirklich keiner Schuld sein."

Die Stammtisch-Apokalypse des Herrn Halter wäre keiner Erwähnung wert, wenn sie nicht exemplarisch für die Argumentations-Methoden der AIDS-Hysteriker und aktuell mal wieder schrittmachend in der Funktionali-

AIDS-Hysteriker und aktuell mal wieder schrittmachend in der Funktionali-

sierung von AIDS für dessen politische Nutznießer wäre, die mit solcher Stimmungsmache ihre reaktionären Maßnahmen begründen.

Es ist ein einfaches Rezept, das Halter da benutzt: Gestützt auf die zur unterdrückten Wahrheit hochstilisierten inoffiziellen Aussagen zieht Halter demagogisch gegen die angeblichen Verharmlosungen der offiziellen AIDS-Politik zu Felde. Gemeint sind das Süßmuth-Ministerium und die mit ihr kooperierende „Deutsche Aids-Hilfe e.V." mit Sitz in West-Berlin, sowie die Vielzahl der weder mit dem Süßmuth-Ministerium, und noch weniger mit Gauweiler übereinstimmenden sexualwissenschaftlichen und epidemiologischen Studien, Veröffentlichungen, Arbeitstreffen, Kongresse und Selbsthilfegruppen.

Dort sei in Bezug auf die Behandlung der Erkrankten „*noch immer Zuversicht angesagt*" und werde so getan, als ob Treue oder Kondom Sicherheit gegen die weitere Ausbreitung der Infektion geben könnten. Tatsächlich aber bestehe weder Ausssicht auf Heilung der bereits Erkrankten. Wer sich infiziere, müsse sterben. Noch schütze das Kondom, ja nicht einmal Treue. Die Kondome seien bekanntlich nicht fehlerfrei. Darüberhinaus nütze selbst Treue da nichts mehr, wo das Virus aufgrund neuer Mutationen zukünftig möglicherweise durch die Luft übertragen werde. „*Zur Jahrtausendwende wird jedwede Untergangstimmung Konjunktur haben, diese ganz besonders. Sie hat im Aids-Virus ihr Substrat. HIV muß nur noch fliegen lernen. Noch wird das Todesvirus vor allem durch Blut und Körperflüssigkeiten übertragen. So muß es nicht bleiben. HIV dreht ein großes Rad. In Millionen Menschen wird es tagtäglich billiardenfach reproduziert. Dabei wandelt sich permanent seine Gestalt und, will es das Unglück, auch seine Eigenschaften. Retroviren fliegen schon durch die Luft. Noch töten sie nur Pferde.*"

Für Aussagen wie diese bringt Halter Zitatverschnitte der umstrittenen Frankfurter „Aids-Professoren" Eilke Brigitte Helm, Wolfgang Stille, die schon seit Jahren eine „schleichende, exponentiell ansteigende Katastrophe" beschwören, sowie Helga Rübsamen-Waigmann und vor allem des international bekannten, allerdings als Apokalyptiker berüchtigten schwedischen Epidemiologen Michael Koch (nicht zu verwechseln mit dem westberliner Virologen Meinrad Koch, der relativ zu seinem Namensvetter maßvoll argumentiert).

Professor Koch verdient als Stichwortgeber nicht nur in Schweden, sondern darüberhinaus für die „Weltgesundheitsorganisation" (WHO) besondere Aufmerksamkeit. Koch war auch einer der wichtigsten Experten auf dem Mitte November in der evangélischen Akadamie Tutzing durchgeführten AIDS-Kolloquium, zu dem eine Mischung aus regierungsamtlicher Prominenz von Gauweiler über Süßmuth bis hin zu VertreterInnen von AIDS-Selbsthilfegruppen geladen war.

Er entwirft trübe Ausssichten: „*Der erhoffte Impfstoff könnte das Problem nie schlagartig lösen. Die Epidemie würde selbst bei sofortigem Durchimpfen der Bevölkerung erst nach zehn Jahren ihr Maximum erreichen und nach mehr als zwanzig Jahren zum Stillstand kommen. Ein wirksamer Impfstoff gegen HIV ist zudem in naher Zukunft nicht zu erwarten. Der Grund ist unter anderem die extreme Veränderlichkeit des Virus. Es sind schon 14 verschiedene Varianten gleichzeitig bei demselben Patienten gefunden worden; und von den heute etwa 3000 Varianten, die weltweit in Laboratorien angezüchtet sind, scheinen nicht zwei einander völlig zu gleichen. Man hat überdies inzwischen einen zweiten Virustyp (HIV-2) in Westafrika und Europa entdeckt, wiederum mit zahlreichen Varianten, der sich mit den meisten gängigen Testverfahren noch nicht nachweisen läßt. Wir haben es also nicht mit einem streng definierten, konstanten Virus zu tun, sondern mit einem beweglichen Ziel, das sozusagen einen sich unablässig ausweitenden Kometenschwanz genetischer Varianten hinter sich herzieht.*" (2)

Zudem, meint Koch, könne man heute eine Infektion über die Schleimhäute „*nicht mehr ausschließen.*" Erst kürzlich seien Ansteckungsfälle durch Blut und Blutspritzer bei Pflegepersonal bekanntgeworden, „*die einen solchen Infektionsweg nahelegen.*"

In Zentralafrika, „ *der mutmaßlichen Wiege dieser Epidemie*", gibt Koch an, seien in manchen Ländern schon 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung infiziert; „*die Zahl der Aids-Fälle geht vermutlich in die Hunderttausende. (Dort wurde das Virus von Anfang an überwiegend auf heterosexuellem Wege übertragen.) Haiti, Puerto Rico, Trinidad und gewisse slumbelastete Großstädte Lateinamerikas (wie etwa Sao Paulo) ziehen rasch nach. Politische Erwägungen lassen aber viele betroffene Staaten das Thema totschweigen oder begatellisieren.*" Im Klartext: Es liegen keine verläßlichen Statistiken vor. Die Angaben des Professors beruhen auf eigenen Quellen.

Kochs darauf folgende rein kumulative Aufzählung aller bisher bekanntgewordenen „Aids-Fälle" für die Industrieländer führt zu dem Finale: „*Selbst Island, Grönland und manche Inseln des Pazifik (wie Hawai) sind bereits betroffen. Damit hat sich in aller Stille aus einer zentralafrikanischen Endemie über eine amerikanische Epidemie eine unheilvolle Pandemie entwickelt.*" Was möglich ist und was nicht, werden wir laut Prof. Koch aber dennoch „*nicht vor dem Jahr 2000 endgültig wissen.*" Für die Öffentlichkeit seien mit dieser wissenschaftlichen Unsicherheit große Ängste verbunden, und so sei man geneigt, eine Sicherheit vorzuspiegeln. Die Natur kenne aber solche Skrupel nicht.

Von der Hochrechnung zur Simulation

Bewiesen ist das alles nicht, was der Prof. da vorbringt: Weder gibt es gesichertes Wissen über die Auswirkung der Virus-Mutationen auf die Infektionskraft, noch zur angeblichen Schleimhautübertragbarkeit. Die Ausbreitungsdaten wie die Ausbreitungswege der Krankheit in den Armenzonen der Welt sind wissenschaftliche Unbekannte, die Behauptung, AIDS sei aus Zentralafrika entstanden, ist nach wie vor wissenschaftliches, eher politisches Spekulationsobjekt. (Siehe dazu die nebenstehende Dokumentation der „Deutschen Aids-Hilfe")

Nicht nur bei seinen öffentlichen Auftritten wie in Tutzing, sondern auch in seinen neueren Veröffentlichungen, so in z. B. in der schon zitierten Sondernummer von „Spektrum" bemüht sich der Professor interessanterweise selbst mit großem Aufwand darum, nachzuweisen, daß der bisherige Datenstand in Sachen AIDS, die Zuverlässigkeit der Daten, sowie die Kriterien und Methoden ihrer Bewertung weder für ein exaktes Bild des individuellen und noch weniger des epidemischen, d.h. kollektiven Krankeitsverlaufs ausreichen.

Die Aussagekraft der HIV-Tests, schon bisher umstritten, da sie sich nur auf mögliche Gegenreaktionen (Anti-Körper) nicht auf die Krankheitserreger selbst beziehe, werde immer geringer. Zu der ohnehin schon hohen Fehlerquote der Tests komme die verzögerte Ausbildung von Antikörpern über einen Zeitraum von zwei bis 5 Jahren hinzu. Die früher mit 5 - 10 Jahren angenomme Inkubationszeit dehne sich auf 10 - 15 oder mehr Jahre aus. Genaue Angaben seien nicht möglich. Die Verdoppelungszeiten für das Anwachsen der Epidemie nähmen ‚kontinuierlich zu, so daß die Zuwachskurven etwas abflachen." Dies sei bei Städten wie New York und San Franzisko „schon deutlich" zu sehen gewesen, während europäische Städten noch eine ziemlich gerade Linie aufwiesen.

Es liege „immerhin" nahe, räumt der Professor ein, als Ursache eine verlangsamte Zunahme der Virusträger anzunehmen, was wiederum auf Verhaltensänderungen oder den Nutzen prophylaktischer Maßnahmen schließen ließe. Ebenso könne man meinen, die Sättigung infizierbarer Gruppen setze bereits ein. Aber da nicht sein kann, was nicht sein darf, setzt er fort: „*Würde man die Abnahme der Beschleunigung gleichmäßig in die Zukunft verlängern, was bei mathematischer Kurvenanpassung in der Regel auch geschieht, ergäben sich auf lange Sicht viel zu günstige Prognosen. Man wird hier jedoch Opfer eines wenig vertrauten Effekts: Die starke Variation der langen Inkubationszeit erzeugt einen verstärkten Anfangsschub, und eben aus dessen Abklingen resultiert die scheinbare Verlangsamung der Epidemieentwicklung innerhalb der ersten fünf Jahre.*" Konsequenz: Der größere Teil der AIDS-Epidemie liege noch in der Zukunft.

Dies könnte mensch noch für lediglich unbewiesen halten, schon merkwürdig genug in einer wissenschaftlichen Untersuchung zu diesem brisanten Thema. Schließlich wäre umgekehrt mindestens zu bedenken, ob durch die Neuheit der Krankheit nicht eine anfängliche Häufung in der Registrierung von Kranken und Infizierten eintritt, die sich allmählich normalisiert.

Atemberaubend aber ist der Seilakt, mit dem sich Koch vom selbst beschriebenen Scheitern der bisherigen Hochrechnungs- zur zukünftigen Simulationsprognostik rettet: „*Das gemeinsame Problem aller dieser Studien ist, daß man keine ganz klar abgegrenzten Zeitkokorten von Infizierten hat: Man kennt zwar in der Regel einen Zeitpunkt, zu dem die Patienten infiziert waren, nicht aber den Zeitpunkt, zu dem sie infiziert wurden. So mischen sich in allen Studien Infizierte verschiedener Ansteckungs-Jahrgänge, was je nach dem Start der Epidemie und der Auswahl der Untersuchten völlig verschiedene Ergebnisse erbringen muß.*" Wesentlich wäre aber, fährt er fort, „*daß viele Parameter und Ausgansdaten möglichst genau erfaßt, die verwendeten Daten immer wieder geändert, und alle Berechnungen immerzu erneuert werden müßten — eine kaum mehr zu bewältigende Aufgabe. Nur ein computergestütztes Simulationsmodell kann hier Abhilfe schaffen. (...) Eine frei wählbare Schar von möglichen Fällen ersetzt so die — unmögliche — erschöpfende analytische Behandlung des Gesamtsystems.*"

Das ist die Bankrotterklärung der bisherigen epidemiologischen AIDS-Hochrechnungen bei gleichzeitigem Sprung in ein neues Verfahren, die Simulation — ohne daß sich an der Unsicherheit der Ausgangsdaten ein Jota geändert hätte! Aufbruch in die apokalyptische Phantasie! Auf Einwände ist der Professor gefaßt: „*Der häufig gehörte Einwand gegen diese Art von Modellen, man habe noch keine zuverlässigen Daten, ist unsinnig: Ein gutes Modell braucht nicht geändert zu werden, wenn die Daten einmal besser werden. Schlechte Daten treffen simplere Methoden ebensosehr. Ein komplexes Geflecht von Zusammenhängen läßt sich noch immer am ehesten durch einen Computer entwirren.*"

Realitäten

Stellt sich die Frage, was die Funktion solcher Prognosen ist, wenn sie nicht stimmen. M. Koch mag für sich die Rolle des unpolitischen Warners in Anspruch nehmen, der übertreibt, um gehört zu werden. Allerdings dürften die aus Schweden kürzlich bekanntgewordenen Pläne, auf einer Insel vor Stockholm eine AIDS-Isolierstation einzurichten, Produkt der von ihm vertretenen Präventionslinie sein. Der Frage, ob das in Kochs Sinne ist, kann ich hier nicht weiter nachgehen.

Was Koch allerdings aus guten Gründen trotz allem noch in der „wissenschaftlichen Unsicherheit", im Konjunktiv hält, verwandelt sich im „Spiegel" zum Indikativ und zur apokalyptischen Hysterie, deren Zweck allein die Stimmungmache für schärfere staatliche Maßnahmen sein kann. Dem „Spiegel"-Autor reicht die, eh schon massive, auf „Verhaltensänderung" zielende offizielle AIDS-Kampagne unter dem Motto „*Treue ist der beste Schutz. Kondome vermindern das Risiko*", reichen die bisherigen Maßnahmen im Rahmen des Seuchengesetzes nicht aus. Sein Votum ist eindeutig, wenn auch in der üblichen verschmierten Weise formuliert, wo er behauptet: „*Der Staat und seine Gesundheitsbehörden verzichten darauf, sich einen zuverlässigen Überblick über Umfang und Ausbreitung der gefährlichsten Seuche, die wir im Lande haben, zu verschaffen.*"

Tatsächlich existiert in der BRD eine anonyme Meldepflicht für diagnostische und therapeutische AIDS-Stationen. Tatsächlich wurden bereits mehrere Personen nach dem Seuchengesetz vor Gericht gezerrt. Erst vor zwei Wochen wurde ein HIV-infizierter Amerikaner in Nürnberg zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung wegen „ungeschützen Geschlechtsverkehrs" verurteilt. Tatsächlich trat die Stadt Frankfurt mit dem Plan hervor, „unbelehrbare" Prostituierte oder Stricher in einem „Aids-Haus" isolieren zu wollen. Ähnliche Pläne wurden aus dem Saarland bekannt. Das geht noch über das aus München bisher Bekannte hinaus. Tatsächlich mußte Bayerns Staatssekretär Gauweiler auf dem Kolloquium in Tutzing zugestehen, daß die bayerischen AIDS-Maßnahmen zum Untertauchen der Betroffenen und Abwanderung in andere Bundesländer geführt haben. Gleichzeitig kündigte er eine Fortsetzung und Intensivierung dieser Politik an. Tatsächlich vergeht nicht ein Monat ohne ein „hochkarätiges" Treffen von Ärzten, Juristen, Bürokraten, auf der nicht über schärfere Gesetze gegen AIDS-Infizierte diskutiert würde bis hin zur Änderung des Familien- und Eherechtes.

Ärzte und Psychologen, PraktikerInnen mahnen vergebens zur Schadensbegrenzung. So kürzlich in München ein „workshop" von fast dreihundert TeilnehmerInnen zum Problem der sog. „Aids-Phobie", auf dem die katastrophalen Auswirkungen der allgemeinen AIDS-Angst und ihrer hypochondrischen Verarbeitung in Einzelfällen an Hand einer ersten derartigen Studie diskutiert wurde. Das Thema Aids-Phobie nehme in der Beratungsarbeit, in Kliniken und bei Hausärzten einen zunehmend großen Raum ein. Diese Klage wird seit längerem immer wieder auch von den AIDS-Hilfen vorgebracht. (4)

Ebenfalls erstvor wenigen Wochen legte die „Deutsche Gesellschaft für Geschlechtserziehung" der Öffentlichkeit eine Resolution vor, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch AIDS „*eine ganze Generation mit einem völlig verzerrten Bild von Sexualität groß*" werde. (5)

HIER DROHT AIDS:

AIDS kann nur durch Eindringen des AIDS-Erregers HIV in die Blutbahn übertragen werden. Vor allem:

- Durch Geschlechtsverkehr. Partnerschaftliche Treue ist der beste Schutz. Kondome vermindern das Risiko!
- Durch infiziertes Blut, vor allem beim gemeinsamen Gebrauch von Spritzen und Nadeln. Keine Spritzen und Nadeln austauschen! Drogenberatung aufsuchen!
- Durch eine angesteckte Mutter auf ihr Kind während der Schwangerschaft, bei der Geburt oder eventuell beim Stillen. Vom Arzt oder Gesundheitsamt beraten lassen!

HIER NICHT:

Nach heutigem Wissen wird AIDS auf folgenden Wegen nicht übertragen:

- Durch Körperkontakte wie Händeschütteln, Umarmen, Zärtlichkeiten oder Wangenküsse.
- Durch Anatmen oder Anhusten.
- Durch Besuche im Schwimmbad, in der Sauna oder beim Sport.
- Durch Zusammenleben mit Infizierten oder Kranken.
- Durch gemeinsames Arbeiten im Betrieb.
- Durch Benutzen von Toilette, Bad und Dusche.
- Durch Insektenstiche und Haustiere.
- Durch das Spenden von Blut.

Das Wichtigste über Aids steht in dieser Anzeige. Mehr über die Krankheit, ihren Verlauf und über weitere Themen finden Sie in der Broschüre „Was jeder über AIDS wissen sollte". Sie beantwortet Ihnen die zwanzig wichtigsten Fragen. Die Broschüre können Sie bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Postfach 91 01 52, 5000 Köln 91 anfordern. Wenn Sie darüber hinausgehende Fragen gern persönlich besprechen möchten, rufen Sie bei uns an: Aids-Telefonberatung ☏ 02 21 / 89 20 31.

GIB AIDS KEINE CHANCE

Anzeige des Familien-Ministeriums: Die sanfte Linie ...

Fortsetzung nächste Seite

Höhenrausch — vom Konjunktiv zum Indikativ

Ulrich Clement, Nachdruck aus: ,,AIDS als Risko — über den gesellschaftlichen Umgang mit einer Krankheit''
Hrgs. Volkmar Sigusch, konkret-Literatur-Verlag, 1987

Zahlen. In den letzten fünf Jahren sind 176 Menschen daran gestorben. 201 weitere sind an dem tödlichen Syndrom erkrankt, das sind, beim Jahreswechsel 1985/86, etwa 0,0003 Prozent der Bevölkerung, jeder dreihunderttausendste. Die Zahlen nehmen zu. Wer würde sich darüber Sorgen machen? So eine kleine Wahrscheinlichkeit — die trifft einen selbst doch nie. Damit muß man leben, hieße es. Die alltägliche Verdrängung würde ihre Arbeit tun, man ginge zur Tagesordnung über. Konjunktiv.

Indikativ. ,,10.000 Tote bis Ende des Jahrzehnts.'' (1) ,,Ohne Beispiel in der Geschichte von Infektionskrankheiten der Menschen.'' (2) ,,In den USA rechnet man mit Millionen Virusinfizierten.'' (3) ,,Weltweit 19.000 Fälle.'' (4) Es handelt sich um die Verbreitung von Aids. In der Diskussion um Aids spielen Zahlen eine Rolle, die sonst untypisch ist für die öffentliche Erörterung von Krankheiten und ihre Verbreitung. Wer weiß auch nur ungefähr, wie viele Krebstote es pro Jahr gibt, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, an Krebs zu sterben, wie die prognostische Entwicklung von Krebserkrankungen bis zum Ende des Jahrzehnts?

Zahlen können Angst machen, große mehr als kleine, und Zahlen lassen sich vergrößern, ohne daß man sie fälschen muß. Aids-Statistiken sind Lehrbeispiele dafür. Ein erstes: Um die Größenordnung einer Krankheit und ihre Entwicklung zu beschreiben, ist es üblich, als wichtigste Basisparameter die Neuerkrankungen pro Zeiteinheit (Inzidenzrate) und die Häufigkeit der Krankheit in der Bevölkerung (Prävalenzrate) anzugeben.

Aids sprengt diese Konventionen. Statt der üblichen Zahl der Neuerkrankungen pro Jahr tauchen fast überall *kumulative Inzidenzraten* auf. Diese geben an, wie viele Menschen insgesamt bisher erkrankt sind. Die kumulative Inzidenz ist der meistgenannte statistische Parameter in wissenschaftlichen wie populären Publikationen zu Aids. Das sind Aussagen der Art: ,,Es gibt bisher 377 Aids-Kranke in der Bundesrepublik.'' Auf diese Weise kann man unbegrenzt sammeln. Man

samt bisher erkrankt sind. Die kumulative Inzidenz ist der meistgenannte statistische Parameter in wissenschaftlichen wie populären Publikationen zu Aids. Das sind Aussagen der Art: ,,Es gibt bisher 377 Aids-Kranke in der Bundesrepublik.'' Auf diese Weise kann man unbegrenzt sammeln. Man

addiert die Zahl der Neuerkrankten einfach zur Anzahl der bisher Erkrankten. Definitionsgemäß *steigt* eine solche Zahl *immer*. Selbst wenn es zur Abnahme der Neuerkrankungen kommt, nimmt die kumulative Inzidenz, die ,,Bisher''-Anzahl zu. Das macht ihren suggestiven Effekt aus. Die Aussage ,,Es gibt immer mehr Aids-Fälle'' ist, so gesehen, nicht falsch, sie bezieht sich aber auf einen Parameter, der in der Epidemiologie anderer Krankheiten ganz unüblich ist. Bei einer grafischen Darstellung des zeitlichen Inzidenzverlaufs würde sich zeigen, daß sich die Zunahme der Ersterkrankungen seit 1984 verlangsamt. Dieser Trend wäre in einer kumulativen Inzidenzkurve optisch nicht mehr erkennbar — sie schnellt nach oben. (5)

Trendangaben dieses Typs bestimmen die Diskussion. Sie werden sowohl vom Bundesgesundheitsministerium in Westberlin, offizielle statistische Quelle für die Bundesrepublik (6) wie praktisch der gesamten Presse gemacht.

Ein zweites Beispiel: Bei der kumulativen Angabe von Erkrankten-Zahlen gehen die bereits an Aids Verstorbenen mit ein. So wird zum Beispiel ein 1983 Verstorbener der Gesamtbevölkerung von 1985 zugerechnet. Das wird dann zum epidemiologischen Unsinn, eenn daraus Prävalenzraten errechnet werden, die nicht die sonstige Sterbeentwicklung im selben Zeitraum mitberücksichtigen. Der Effekt ist auch hier derselbe: Die Zahlen werden vergrößert. Geht man etwa von den vom Bundesgesundheitsamt mitgeteilten Zahlen aus (7) (377 Aids-Kranke am 31.12.85, davon 135 bis 31.12.84 verstorben), so kommt man bei rund sechzig Millionen Einwohnern auf 4,0 Kranke/Mio. Einwohner im Jahr 1985, nicht auf die vom BGA angegebenen 6,2.

Nun hat es etwas Makabres, auf diese Weise die früheren Todesfälle nicht mitzurechnen, was freilich bei Angaben zur Krankheitsprävalenz und Letalität anderer nicht minder tragischer Krankheiten durchaus üblich ist. Deshalb geht es hier auch nicht um die kleinliche Aufrechnung statistischer Korinthen, sondern um die erstaunte Feststellung, daß sich im trockenen Geschäft des Zählens ausgerechnet bei Aids eine solche Abkehr von wissenschaftlichen Konventionen vollzieht.

Ein drittes Beispiel: Wer den wissenschaftlichen Alltag kennt, weiß, wie schnell sich eine Faszination an der Eigendynamik von Daten einstellt, der man sich schwer entziehen kann. Bei den Aids-Statistiken scheint so etwas zu passieren. Die Magie der exponentiell ansteigenden Kurve verbündet sich mit der Angstlust an der unfaßbaren Krankheit. Die Zahlen ängstigen —

schnell sich eine Faszination an der Eigendynamik von Daten einstellt, der man sich schwer entziehen kann. Bei den Aids-Statistiken scheint so etwas zu passieren. Die Magie der exponentiell ansteigenden Kurve verbündet sich mit der Angstlust an der unfaßbaren Krankheit. Die Zahlen ängstigen —

und die Angst fordert neue Zahlen: Über eine zunehmende Gefahr will man Neuigkeiten hören. Manchen genügt das aber noch nicht. Da ein paar hundert Todkranke in der BRD offebar nicht ausreichen für eine Sensation, macht man ein paar Tausend daraus — und rechnet hoch.

Eine solche Zahlenvergrößerungstechnik führt der ,,Spiegel''-Journalist Halter vor. Sein Ende 1985 erschienener Reader ,,Todesseuche AIDS'' enthält eine Aufsatz der Epidemiologin am Robert-Koch-Institut des Bundesgesundheitsamtes Berlin, L'age-Stehr. Darin beschreibt sie Verbreitung und Entwicklung der Aids-Daten in den USA und der BRD, wobei sie sich mit Hochrechnungen zurückhält. Lediglich am Ende wagt sie die vorsichtige Schätzung: ,,Wenn wir den Vorteil der zeitlichen Verzögerung von drei Jahren unserer Aids-Epidemie gegenüber der in den USA nicht nutzen, werden wir 1988 dort sein, wo Amerika heute ist, das heißt, vielleicht 3.000 bis 4.000 Aids-Kranke in der Bundesrepublik haben.'' (8)

Der Herausgeber Halter macht daraus ein beeindruckendes Diagramm mit Daten des BGA, die *er* bis 1989 extrapoliert (das BGA gibt offiziell keine Hochrechnungen heraus) und ,,10.000 Tote bis Ende des Jahrzehnts'' überschreibt — ein Zitat der Autorin suggerierend, das nirgendwo in ihrem Text steht.

Noch einmal, ganz langsam: Aus ,,vielleicht 3.000-4.000 Kranken'' werden ,,10.000 Tote''! So macht man Panik mit Zahlen: dazuerfinden und beliebig Quellen mißbrauchen. Ein vom Höhenrausch besessener Herausgeber tut das, was er für hochrechnen hält, und dominiert mit seiner Graphik den Text. Die Autorin läßt es geschehen — und sie müßte es besser wissen:

— Ein Teil der bisherigen Zunahme von Aids-Krankheitsfällen läßt sich nicht als Zunahme von Erkrankungen, sondern als Verbesserung der Diagnostik verstehen, was gleichbedeutend ist mit einer Abnahme der ,,Dunkelziffer''. Das heißt: Je mehr über Aids bekannt wird, desto eher wird es auch diagnostiziert. Stellt man dies in Rechnung, ergibt sich zwar eine höhere Gesamtzahl von Fällen, aber eine geringere Zunahme.

Eine lineare Hochrechnung, die von den gemeldeten Fällen ausgeht, überschätzt also die Entwicklung.

— Man kann auf der Basis des kurzen Zeitintervalls von maximal fünf Jahren zu sehr verschiedenen Hochrechnungen kommen. Interessanterweise tut das auch L'age-Stehr. In einem kurz vor dem Halter-Buch veröffentlichten Aufsatz stellt sie eine ganz andere Prognose: ,,Es ist zu erwarten, daß die exponentiell ansteigende AIDS-Epidemiekurve bald einen deutlichen Abwärtsknick erfährt.'' (9)

So fließt eben in Hochrechnungen viel Beliebigkeit ein, dazu Furcht und

weise tut das auch L'age-Stehr. In einem kurz vor dem Halter-Buch veröffentlichten Aufsatz stellt sie eine ganz andere Prognose: ,,Es ist zu erwarten, daß die exponentiell ansteigende AIDS-Epidemiekurve bald einen deutlichen Abwärtsknick erfährt.'' (9)
So fließt eben in Hochrechnungen viel Beliebigkeit ein, dazu Furcht und

Hoffnung der Hochrechner. Entsprechend manisch oder vorsichtig erzeugen sie Zahlen für die Zukunft. Bei diesen Prognosen entsteht ein paradoxer Effekt, der denen, die unrecht haben, recht gibt. Stellt sich nämlich eine pessimistische Prognose als falsch heraus, kann der Prognostiker sagen: Das ist so, weil ich rechtzeitig gewarnt habe. Der Panikerzeuger Halter etwa, der 1985 10.000 Tote für das Ende des Jahrzehnts erfindet, kann in fünf Jahren bei 2.000 Toten sagen, er habe recht gehabt. So ,,wenige'' seien das, weil er soviel für die Verhinderung der Apokalypse getan habe. Hochrechnungen sollen also falsch sein.

Und sie sind es: Sowohl die bundesdeutschen (10) wie die europäischen (11) und die US-amerikanischen (12) Verlaufszahlen beschreiben eine geringere Zunahme der Neuerkrankungen. Von einer Verdoppelung der Neuerkrankungen alle sechs oder acht Monate kann danach nicht mehr die Rede sein.

Es wäre für eine Deeskalation der Aids-Hysterie gut, wenn solche Entwicklungen mit derselben Nachdrücklichkeit berichtet würden wie die anfänglichen Horrorprognosen. Es wäre gut, wenn ebenso deutlich hörbar würde, daß der Prozentsatz von Erkrankten unter den HTLV-III-Infizierten nach wie vor relativ gering ist. Nach einer jüngsten Untersuchung der bestinformierten CDC (Centers for Disease Control, die US-amerikanische Gesundheitsüberwachungsbehörde) in Atlanta/USA (13) wird er auf ein bis zwei Prozent für Aids, zehn bis zwanzig Prozent für LAS geschätzt. Es wäre gut, die Einzelfälle von HTLV-III-Infizierten zu erwähnen, die nach einiger Zeit die Infektion überwunden hatten (14).

Statt hysterisch gegen eine Aids-Hysterie zu reden und sie damit weiterzukochen, statt mit Zahlenstroh die Angst zu heizen, wären das immerhin Ansätze, ein Denken über Aids zu aktivieren, das auch ohne Horror wach bleibt.

Nachtrag

Der Artikel ist vor eineinhalb Jahren geschrieben worden. Mittlerweile hat die Zahl der gemeldeten Aids-Erkrankungen von 377 auf 1.089 zugenommen (*1). gleichzeitig ist die naive Linearhochrechnerei in den Hintergrund getreten zugunsten von mathematisch zwar anspruchsvollen Extrapolationen, die aber epidemiologisch wackelig bleiben, weil sie mit unbekannten Ausgangsgrößen operieren (*2). Diese Unbekannten lassen nun Spielraum für Improvisation nach Bedarf: So kann man immer noch ziemlich sicher von der HIV-Infizierten-Zahl, die jemand behauptet, auf eine Aids-politische Position schließen: Wer zwischen 30.000 und 100.000 schätzt, ist wahrscheinlich liberal und für Aufklärung, wer über 150.000 schätzt, ist wahrseinlich reaktionär und für staatliche Zwangsmaßnahmen. Man erzeugt also diese Zahlen so, wie sie für die jeweilige Argumentation gebraucht werden. Irgendjemand fing dann an, bei der Schätzung der Anzahl von HIV-Infizierten in der Bevölkerung den Daumen auf die Zahl 100 zu legen, mit der die Zahl der Aids-Kranken zu multiplizieren sei, damit

Man erzeugt also diese Zahlen so, wie sie für die jeweilige Argumentation gebraucht werden. Irgendjemand fing dann an, bei der Schätzung der Anzahl von HIV-Infizierten in der Bevölkerung den Daumen auf die Zahl 100 zu legen, mit der die Zahl der Aids-Kranken zu multiplizieren sei, damit

man daraus die Zahl der Infizierten errechne. Eine solche Richtzahl hat besonders dann eine Anziehungskraft, wenn man wenig weiß. Nun hat der mit dem Daumen vergessen zu sagen, ob man die aktuell Kranken oder die kumulierten Kranken (also inklusive der Toten) zugrunde legen soll. Nimmt man den letzten, also schlimmeren Fall, kommt man gegenwärtig (Stand: 29.5.87) auf etwa 110.000 Infizierte. Führen wir diese Rechnung weiter. In der epidemiologischen Fachliteratur gibt es das, was nur auf deutsch ,,Durchseuchungsgrad'' heißt und den Prozentsatz Infizierter innerhalb einer umgrenzten Gruppe meint. Dieser Prozentsatz ist nicht einmal grob bekannt. Das liegt daran, daß auch große untersuchte Stichproben stark ausgewählt sind. Vernünftigerweise führt das in der amerikanischen Fachliteratur, die mit Schätzungen sehr vorsichtig ist, zur Angabe von relativ breiten Schätzintervallen. So kommen Literaturübersichten zur Verbreitung von 10 Prozent bis 70 Prozent Infizierter unter den Homosexuellen, 1 Prozent bis 70 Prozent unter den i.v. Drogenabhängigen, je nachdem, ob die Daten aus sogenannten ,,low incidence'' oder aus ,,high incidence areas'' kommen. Bei Hämophilen (10 Prozent bis 90 Prozent) hängt die Infektionswahrscheinlichkeit davon ab, ob sie mit dem Faktor VIII-Präparat behandelt wurden oder anders (*3). Mit einer solchen Relativierung von Wissen können nun bundesdeutsche Schreckensexperten nicht leben. Die Frankfurter Mediziner Helm und Stille wissen plötzlich das, was sonst keiner weiß, nämlich, daß ,,ca. 20 Prozent der Homosexuellen, 40 Prozent der Fixer und 60 Prozent der Hämophilen mit einem auf lange Sicht tödlichen Virus infiziert sind''. (*4) Wie reimt sich das auf die Zahl der Gesamtinfizierten? Geht man einmal von dem in verschiedenen sexualwissenschaftlichen Untersuchungen replizierten und als relativ valide geltenden, zeitlich und kulturell konstanten Anteil von ca. 5 Prozent Homosexuellen in der männlichen Bevölkerung aus (*5), so kommt man in der BRD (bei ca. 24 Millionen Männern über 15 Jahren (*6), auf etwa 1,2 Millionen Homosexueller im sexuell aktiven Alter. Nach Helm und Stille sind also bereits 240.000 Homosexuelle infiziert. Nimmt man dazu die 40 Prozent der mindestens 80.000 i.v. Drogenabhängigen (*7), also weitere 32.000, ergeben sich bereits aus diesen beiden Gruppen 272.000 Infizierte, also etwa das Zweieinhalbfache der Daumenschätzung.

Was nun? Hat der mit dem Daumen zu gering geschätzt? Ist alles noch schlimmer? Oder sind die Schätzungen von Helm und Stille, deren Ursprung keiner kennt, zu hoch? Niemand weiß es. Solange Nichtwissen mit Scheinwissen verdeckt wird, repetierte Vermutungen Schätzungen genannt werden, um dann mit ihnen zu argumentieren, als seien sie empirische Realität, muß man sich die mathematische Regel merken, die dieser Form der Aids-Epidemiologie zugrunde liegt: 1 + 1 = 3.

Anmerkungen

1) Halter, H. (Hrsg.): Todesseuche AIDS. Spiegel-Buch, Rowohlt, 1985, S. 40.
2) L'age-Stehr: Ein höchst gefährliches Virus. In H. Halter (Hrsg.), a.a.O., S. 34.
3) Ärzte-Zeitung 17.10.1985, S. 22f.
4) Frankfurter Rundschau 19.12.1985, S. 24.
5) Vgl. die Zahlen der WHO für die AIDS-

Anmerkungen

1) Halter, H. (Hrsg.): Todesseuche AIDS. Spiegel-Buch, Rowohlt, 1985, S. 40.
2) L'age-Stehr: Ein höchst gefährliches Virus. In H. Halter (Hrsg.), a.a.O., S. 34.
3) Ärzte-Zeitung 17.10.1985, S. 22f.
4) Frankfurter Rundschau 19.12.1985, S. 24.
5) Vgl. die Zahlen der WHO für die AIDS-

Verbreitung in Europa. In: WHO Wkly Epidem. Rec., Nr. 40, 1985, pp. 305 — 311
6) z.B. L'age-Stehr: ,,Epidemiologie des erworbenen Immundefekt-Syndroms'' (AIDS). In: E. B. Helm, W. Stille (Hrsg.): AIDS — Acquired Immune Deficiency Syndrome, 1985, S. 7 — 14.
7) AIDS-Arbeitsgruppe BGA/RKI: Der AIDS-Arbeitsgruppe des BGA bekanntgewordene AIDS-Erkrankungen (CDC-Falldefinition) in Deutschland (Stand 31.12.1985).
8) L'age-Stehr, a.a.O., S. 33 — 66.
9) L'age-Stehr, wie (6), S. 14.
10) Bundesgesundheitsamt, tel. Mitteilung.
11) wie (5).
12) Zeitschrift f. Chemotherapie Nov/Dez 1985, S. 41; Curran, J.W. et al.- The Epidemiology of AIDS: Current Status and Future Prospects. Science (September 27, 1985), p. 1354.
13) Curran et al., a.a.O.
14) Lieberson J.: The Reality of AIDS. New York Review of Books 16.1.1986, p. 45.

Anmerkungen Nachtrag

*1) Stand: 29.5.1987, BGA-Zahlen.
*2) z.B. Halter, H.: ,,Den Toten können wir nicht helfen''. Der Spiegel 10/1987, S. 35 — 48.
*3) z.B. Blattner, W.A. et al.: Epidemiology of Human T-Lymphotropie Virus Type III and the Risk of the Acquired Immunodeency Syndrome. Ann. Int. Med. 103, 665 — 670, 1985.
*4) Stille, W. Helm, E.B.: Memorandum: Die aktuellen Konsequenzen. AIFO 2, 237 — 240, 1987.
*5) Übersicht bei Whitam, F.L.: Culturally Invariable Aspects of Homosexuality: Tentative From Cross-Cultural Research. Paper read at the 8th Annual Meeting of the International Academy of Sex Research, Copenhagen, Denmark, Aug. 22 — 26, 1982.
*6) Stand: 31.12.1985, mündliche Auskunft des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.
*7) Velimirovic, B.: AIDS und Drogenabhängigkeit aus der Sicht des Epidemiologen. AIFO 2, 323 — 334, 1987.

Entnommen aus: ,,AIDS als Risiko — Über den gesellschaftlichen Umgang mit einer Krankheit'', Herausgegeben von Volkmar Sigusch, konkret literatur Verlag, 1987.

leben nach dem tode

Nach dem tod des entertainers
Wladizu Liberace
verunsicherten gerüchte
die bevölkerung von Los Angeles
als am samstag von amtlicher seite bekanntgegeben wurde
im blut liberaces sei das AIDS-virus festgestellt worden
beunruhigte die meldung die öffentlichkeit
bestatter hätten
das blut
des verstorbenen
bei dessen einbalsamierung
in das abwasser-system eingeleitet
die us-gesundheitsbehörde dementierte die gefahr:
in die blutbahn des showmasters habe man zuvor
wie bei einbalsamierungen üblich
formaldehyd gepumpt
formaldehyd töte die AIDS-viren ab
aus der umgebung des entertainers wurde bestritten
daß liberace an AIDS gestorben sei
eine obduktion widerlegte schließlich die zweifel

ke., '87

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bekannte Sexualwissenschaftler wie Volkmar Sigusch, Martin Danneker und andere (6) konstatieren bereits Ergebnisse einer Entliberalisierung. So Dannecker in einem im Juli veröffentlichten Aufsatz ,,Sexuelle Liberalisierung und Aids'': *,,Die Angst vor Aids ist so gewaltig geworden, daß der Widerstand der Menschen gegen von außen kommende Eingriffe in ihre Sexualität nahezu erlahmt ist. Sie sind bereit, die in der Phase der sexuellen Liberalisierung hervorgebrachte Subjektivierung der Sexualität zur Disposition zu stellen und die Entscheidung über das richtige Sexualverhalten anderen zu überlassen. Die Richtung, die der Sexualität durch Aids aufgezwungen wird, ist mit dem, was die sexuelle Liberalisierung einmal meinte, dann auch nicht zu vereinbaren.''*

Angesichts dieser Realitäten der angeblich zu ,,sanften'' offiziellen Linie erweist sich der ,,Spiegel''-Artikel als kaum noch verhüllte Stimmungmache für die bayerischen Scharfmacher: allgemeine Meldepflicht, Zwangstest, Marginalisierung und Selektion der ,,Positiven''. New brave world! Zum apokalyptischen der Gauweiler-Stammtisch! In Abwandlung seines eigenen Schlußworts: Vater Staat wird's ihm danken!

F.

Anmerkungen

1) ,,Spiegel'', 47/87 vom 16.11.87.
Halter ist auch Herausgeber eines Spiegel-Buches ,,Todesseuche AIDS'', Rowohlt, 1985, sowie eines mit dem jetzigen vergleichbaren früheren Artikels ,,Den Toten können wir nicht helfen'' in ,,Spiegel'', 10/87, der den derzeitigen Gauweiler-Initiativen direkt vorangiņg.
Siehe dazu auch AK 281, S. 16 ff ,,Unangepaßtes zu AIDS''.
2) Michael G. Koch: Aids - vom Molekül zur Pandemie'', Vlg Spektrum der Wissenschaft, Heidelberg, 1987; Kurzfassung in Sonderdruck von ,,Spektrum der Wissenschaft'' 2/87.
2) Siehe dazu nebenstehenden Artikel über die Methoden der Hochrechnung.
4) Die Zeit, 20. 11. sowie Gespräch mit der Hamburger AIDS-Beratungsstelle in AK 281.
5) FR, 27.10.87
6) aus: Vorgänge, Heft 7- Juli 87

Der heutige Kenntnisstand

aus dem Memorandum der „Deutschen AIDS-Hilfe"



Überbevölkerung in Afrika: „Damit ist es vorbei"

Original „Spiegel"-Bebilderung — Text und Bild ein Programm?

Die öffentliche Diskussion über AIDS in den Medien ist durch Szenarien wesentlich mit vorangetrieben worden, die versucht haben, aufgrund bestimmter Zahlen Prognosen über die Ausbreitung der Krankheit in unserer Gesellschaft zu entwickeln und Konsequenzen zu ziehen.

Das Verdienst all dieser Szenarien ist es, der Krankheit AIDS — schneller als es ohne sie möglich gewesen wäre — das öffentliche Interesse erschlossen zu haben.

Zunehmend bedenklich und einem rationalen Umgang mit der Krankheit und den von ihr Betroffenen im Wege stehend ist es allerdings, wenn mit dem wenigen gesicherten Zahlenmaterial spekulativ umgegangen wird, umso mehr, als die auf dieser Basis erstellten Prognosen gleichwohl Realitätswert beanspruchen und weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen gefordert werden. Es erscheint uns daher wichtig, zu den Ausgangspunkten dieser Szenarien zurückzukommen und einige Zahlenangaben näher darzustellen:

— Die Verdoppelungszeiten bei den Krankenzahlen
— die Verhältniszahl von HIV-Infizierten zu AIDS-Kranken
— Zahlen für die mögliche Gefährdung der heterosexuellen Bevölkerung.

Die Frankfurter Professoren Dr. Eilke Brigitte Helm und Dr. Wolfgang Stille behaupten in ihrem Memoran-
rung.

Die Frankfurter Professoren Dr. Eilke Brigitte Helm und Dr. Wolfgang Stille behaupten in ihrem Memorandum vom 8.12.1986 Verdoppelungszeiten von 8 bis 12 Monaten, die Leitenden Ärzte des Universitätsklinikums Essen in deren Memorandum vom 10.3.87 jährliche Verdoppelungen, Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth 19 bis 12, eventuell sogar 13 Monate. Wer die Bemühungen kennt, die Verdoppelungszeit durch präventive Maßnahmen um nur einen einzigen Monat zu strecken, kann ermessen, daß Welten zwischen diesen Auffassungen liegen.

Übereinstimmend aber wird das Verhältnis der bekannten zu den unbekannten Krankenfällen, die „Dunkelziffer" also, auf 1:1 geschätzt.

Dagegen gerät die Hochrechnung des Verhältnisses von AIDS-(Vollbild-)Erkrankten zu symptomlosen Infizierten zum fragwürdigen Ratespiel. So veröffentlichen die Essener Ärzte Zahlen von 1:100, d.h. ausgehend von 800 Kranken ca. 80.000 Infizierte; Helm/Stille 1:100 bis 150, d.h. 80.000 bis 120.000 Infizierte und Süssmuth eine Spanne von 30.000 bis 120.000 Infizierten. Diese Unterschiede mögen zwar statistisch gesehen irrelevant erscheinen, legen aber die gravierende Faktenunsicherheit bloß.

Vollends kontrovers ist schließlich die Interpretation der vorliegenden Zahlen zur Frage des Übergreifens in den heterosexuellen Bereich. Während Helm/Stille davon sprechen, „in zunehmendem Umfang heterosexuelle Frauen, die ohne extreme Lebensgewohnheiten zur Infektion gekommen sind"''' (vgl. FAZ, 29.4.1987) zu betreuen, veranschlagt das Essener Memorandum „die Zahl der AIDS-Kranken, die nicht den Hochrisiko-Gruppen angehören", auf zur Zeit knapp 4 Prozent. Ihre Zahl verdopple sich ebenfalls jährlich. Aussagen zu dieser Frage sind allerdings insofern fragwürdig, als meist nicht genau unterschieden wird, ob diese infizierten Heterosexuellen Partner von Angehörigen der Hauptbetroffenen-Gruppen sind oder bereits Partner von diesen Partnern, also praktisch „im dritten Glied" Infizierte.

Eine Studie des Centers for Disease Control in Atlanta nennt bei einem Fünftel der 7 Prozent an AIDS erkrankten Frauen in USA — also ca. 1,4 Prozent aller AIDS-Kranken der USA — heterosexuellen Geschlechtsverkehr als Infektionsursache. Auch hier gilt wie oben, daß diese heterosexuellen Kontakte nicht weiter differenziert werden, was einen Rückschluß auf eine Infizierung im rein heterosexuellen Bereich ohne Beteiligung von Partnern aus den Hauptbetroffenen-Gruppen nicht zuläßt.

Viel zitiert wurde eine Meldung vom kürzlich beendeten AIDS-Kongreß in Washington, nach der sich die Zahl der vom Virus HIV infizierten Heterosexuellen um 135 Prozent gesteigert habe. Es handelt sich um eine Stellungnahme des Centers for Disease Control in Atlanta. In der Studie wird die Zahl der infizierten Heterosexuellen wie folgt aufgeschlüsselt:

64 Prozent wurden von ihrem drogengebrauchenden Partner infiziert,
14 Prozent waren Partner von bisexuellen Männern,
4 Prozent stammen aus Ländern Afrikas,
1 Prozent waren Partnerinnen von Blutern,
1 Prozent Partner von Bluttransfusionsempfängern.

Bei 16 Prozent der Heterosexuellen konnte kein eindeutiger Infizierungsweg festgestellt werden, woraus nun auch wieder nicht geschlossen werden kann, — und in der Studie auch nicht gemacht wird —, diese Infizierungen seien auf rein heterosexuelle Kontakte ohne Beteiligung von Partnern aus den Hauptbetroffenen-Gruppen zustande gekommen.

Gerade diese Beispiel verdeutlicht: Es besteht die Gefahr der selektiven Wahrnehmung. Zu sachlicher und gelassener Prognose Anlaß gebende Untersuchungen werden nicht mit dem ihnen gebührenden Stellenwert in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Hierzu haben die Szenarien einen Beitrag geleistet. Darüberhinaus besitzt jedes Szenarium aber auch eine eigene politische Brisanz — dank der Interpretationen und zum Teil weitreichenden gesellschaftlichen Forderungen der Autoren, die von ihrem Menschen- und Gesellschaftsbild geprägt sein mögen. So prognostizieren die Mediziner Helm/Stille z.B. Personalverluste in allen Branchen, Einbrüche in der Konsumgüterindustrie, Pro-

prägt sein mögen. So prognostizieren die Mediziner Helm/Stille z.B. Personalverluste in allen Branchen, Einbrüche in der Konsumgüterindustrie, Pro-

bleme für die Rentenversicherung und den Immobiienmarkt. Selbst bei gleichen Zahlen und ähnlichen Annahmen über die Krankheit sind zwei grundsätzlich verschiedene Wege denkbar und in der Diskussion: Auf der einen Seite Katastrophenszenarien, die wie eine gedankliche Vorwegnahme der bayerischen Beschlüsse erscheinen und zu staatlichen Kontroll- und Zwangsmaßnahmen unter anderem auf der Basis des Seuchenrechts führen. Auf der anderen Seite der Weg der Bundesregierung, des Berliner Senats, vor allem aber der Deutschen AIDS-Hilfe: Primat der Aufklärung bei einem Minimum an staatlicher Einmischung auf der Basis einer Hilfe zur Selbsthilfe. In dieser Polarität bewegt sich daher auch der grundsätzliche Umgang mit der Faktenbasis: Nötig ist das Eingeständnis der begrenzten Wissenslage und nicht Panikmache durch hektisches Hochrechnen der vorhandenen Zahlen; umso mehr, als solche Hochrechnungen nicht berücksichtigen, daß sich die Ausgangsbasis als Folge erfolgreicher Aufklärung ständig verändert.

Fakten zu AIDS

Was wissen wir heute wirklich über AIDS?

Seit 1981, dem Jahr, in dem die ersten Fällen von AIDS-Erkrankungen auftauchten und die Wissenschaftler Prof. Dr. Luc Montagnier und Dr. Robert Gallo die ersten AIDS auslösenden Viren (HIV-1, bis 1986 LAV-1 bzw. HTLV-III genannt) entdeckten, breitet sich die Krankheit sehr schnell aus — seit 1983 auch in der Bundesrepublik. Das Virus HIV, das AIDS (= Acquired Immune Deficiency-Syndrome, ein erworbenes Immundefekt-Syndrom) auslösen kann, benötigt, wie jedes andere Virus auch, zu seiner Vermehrung Wirtszellen. Das sind für das Virus HIV unter anderen Zellen ausgerechnet die T4-Lymphozyten im Blut. Sie regeln das menschliche Immunsystem — büßen sie ihre Funktion ein, bricht die gesamte Immunabwehr zusammen. Der Organismus hat also keine Abwehrmöglichkeiten mehr gegenüber den verschiedenen Krankheiten, deren Erreger allerorts in der Umwelt zu finden sind, mit denen ein gesunder Organismus aber mehr oder weniger leicht fertig wird. Erschwerend für Virologen, die fieberhaft an der Entwicklung eines Impfstoffes arbeiten, kommt hinzu, daß mittlerweile weitere AIDS auslösende Virus-Stämme identifiziert wurden. Außerdem sind allein vom Virus HIV-1 gegenwärtig mehr als 600 Mutationen bekannt, die alle AIDS hervorrufen können. Es ist damit fraglich, ob eine einzige gegen alle Virusformen einsetzbare Vakzine überhaupt entwickelbar ist. Nach übereinstimmender Expertenmeinung werden ein oder mehrere Impfstoffe wegen dieser Schwierigkeiten frühestens erst in etwa 5 bis 7 Jahren zur Verfügung stehen.

Wirksame Therapeutika sind ebenfalls zum gegebenen Zeitpunkt nicht in Sicht. Großes Aufsehen erregen zwar zur Zeit zwei Medikamente, die den Prozeß der fortschreitenden Virusproduktion des Körpers aufhalten sollen, sogenannte Virustatika: Azidothymidin (AZT) und Didesoxycytidin (DDC) — ersteres ist jüngst für den Markt zugelassen worden, letzteres wird noch getestet. Beide haben jedoch gravierende Nebenwirkungen, außerdem ist über ihre Langzeitwirkung bisher nichts bekannt. Für beide Medikamente gilt: Sie heilen nicht, das heißt, der Patient bleibt Virusträger und infektiös.

Die oben angesprochene Unsicherheit der Zahlenbasis erlaubt keine fundierten Prognosen, immerhin schätzt die Weltgesundheitsorganisation aber für die USA im Jahre 1991 54.000 AIDS-Tote. Bei allen in der wissenschaftlichenLiteratur häufig zitierten Parallelen zwischen AIDS und anderen Infektionskrankheiten darf aber nicht übersehen werden: AIDS ist eine schwer übertragbare Krankheit, deren Ausbreitung an ganz bestimmte, eingrenzbare Übertragungswege gebunden ist. Weder alltägliche soziale Kontakte noch zum Beispiel Tröpfcheninfektionen durch Anhusten können sie übertragen, sondern einzig eine nicht genau definierte Menge von Viren, die indirekt in die Blutbahn gelangen müssen. Da das Virus prinzipiell in jeder Körperflüssigkeit nachweisbar ist — in Blut, Samenflüssigkeit, Vaginalsekret,

indirekt in die Blutbahn gelangen müssen. Da das Virus prinzipiell in jeder Körperflüssigkeit nachweisbar ist — in Blut, Samenflüssigkeit, Vaginalsekret,

Tränen, Speichel —, scheint umfassende Vorsicht geboten. Tatsächlich aber reicht nach heutigem Wissen die Virenmenge für eine Infektion nur in Blut, Samenflüssigkeit und Vaginalsekret aus. Konkret heißt das: Infektionen aufgrund von Tränen und Speichel sind nicht nachgewiesen worden. Damit bleiben als Übertragungswege nur noch der Sexualverkehr und Blut-Blut-Kontakte wie der gemeinsame Gebrauch infizierter Injektionsnadeln. Für beide Übertragungswege gilt, daß das Virus für eine Infektion direkt in die Blutbahn gelangen muß.

Angesichts der Tatsache, daß die ersten Erkrankungen und bisher auch der Großteil der Erkrankten unter Homosexuellen zu finden waren, sind diese die primäre Hauptbetroffenen-Gruppe. Nach epidemiologischen Erkenntnissen ist der Analverkehr einer der Hauptübertragungswege. Weitere Hauptbetroffenen-Gruppen sind außerdem intravenös injizierende Drogengebraucher (Fixer) und Hämophile (Bluter). Für Hämophile und Bluttransfusionsempfänger bietet die in der Bundesrepublik seit 1985 vorgenommene Untersuchung von Blutkonserven und Blutprodukten auf HIV-Antikörper eine weitgehende Sicherheit. Die heute bekannten Kranken und HIV-Positiven haben sich vor diesem Zeitpunkt infiziert.

Größte Brisanz hat mittlerweile die Frage nach dem Übergreifen von AIDS auf die heterosexuelle Bevölkerung erlangt. Während die älteren Thesen noch das große Übergreifen von AIDS in die heterosexuelle Bevölkerung prognostizierten, gehen immer mehr neuere Stellungsnahmen davon aus, daß AIDS bis auf weiteres vor allem die bisher bekannten Hauptbetroffenen-Gruppen bedrohen wird.

Gestützt wird diese Auffassung u.a. von Professor Dr. Dr. K. H. Meyer zum Büschenfelde et al. von der 1. Medizinischen Klinik und Poliklinik in Mainz. In einer vergleichenden Studie über die Infektionswege aller bekannten AIDS-Erkrankungen in der Bundesrepublik (Stand 30.5.1986) und den USA (Stand 1.3.1986) über den Zeitraum der letzten fünf Jahre stellt er eindeutig fest, daß eine Ausbreitung des Virus HIV in die Allgemeinbevölkerung seit 1982 nicht stattgefunden hat. Auf der Basis von 488 anonym durch das Bundesgesundheitsamt registrierten Fälle seien zu über 90 Prozent Männer mit homo- oder bisexuellen Kontakten, Fixer oder Hämophile betroffen, nur 8,4 Prozent gehören nach dieser Studie anderen Gruppen an; im einzelnen verteilen sich diese 8,4 Prozent auf 4 Afrikaner, 10 heterosexuelle Partner von Hauptbetroffenen-Gruppen, 6 Bluttransfusionsempfänger sowie 21, zu denen keine Angaben gemacht werden konnten. Eine vergleichbare epidemiologische Entwicklung finde sich auch in den USA.

Professor Dr. K. O. Habermehl, Direktor des Instituts für Klinische und Experimentelle Virologie der Freien Universität Berlin und Mitglied der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten e.V. kommt bei der Auswertung einer Berliner Studie die von 2.859 Probanden mit einem HIV-Infektionsrisiko zu dem Ergebnis, daß 97 Prozent der Infizierten den Hauptbetroffenen-Gruppen zuzuordnen waren und die restlichen 3 Prozent durch heterosexuellen Kontakt mit Partnern aus Hauptbetroffenen-Gruppen infiziert wurden.

Die Stimmen, die von einem starken Übergreifen von AIDS auf den heterosexuellen Bereich ausgehen, begründen dies mit einer Übertragung afrikanischer Verhältnisse auf Europa. Es wird geltend gemacht, in Zentralafrika seien weite Teile der Allgemeinbevölkerung bereits infiziert, Frauen im selben Maße wie Männer. Dies scheint richtig zu sein, wenn auch darauf hinzuweisen ist, daß genaue Zahlen nicht zur Verfügung stehen, zum Teil übrigens auch wegen fehlender Erfassungsgrundlagen. Gegen eine Parallelisierung europäischer und afrikanischer Verhältnisse ist vor allem einzuwenden, daß andere Hauptübertragungswege in Afrika angenommen werden müssen (Blutkonserven, unsterile medizinische Versorgung u.a.).

Wie bewertet die Deutsche AIDS-Hilfe die Faktenlage?

Der Bundesverband der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. ist kein epidemiologisches Institut, sondern ein freiwilliger Zusammenschluß von Menschen und Institutionen, die der Ausbreitung des Virus HIV möglichst effizient entgegentreten wollen. Wir waren und sind nicht gewillt, auch nur eine Infizierung mehr als verhinderbar zuzulassen. Viereinhalb Jahre praktische Erfahrung mit AIDS-Kranken und das oft leidvolle Miterleben von mehreren hundert Einzelschicksalen haben uns gezeigt, daß man AIDS nicht verharmlosen darf.

Die dabei gewonnenen Erkenntnisse aus der tagtäglichen Praxis decken sich weitgehend mit den Ergebnissen der Wissenschaft, wie sie oben dargestellt wurden. So sind auch uns kaum Fälle bekannt, bei denen eine HIV-Infektion auf rein heterosexuellen Kontakt zurückzuführen war — es sei denn, es handelte sich um einen Sexualkontakt eines oder einer Heterosexuellen mit einem Angehörigen der Hauptbetroffenen-Gruppen.

Aussagekräftige Momentaufnahmen im Hinblick auf die Verbreitung des Virus HIV in der heterosexuellen Bevölkerung sind schließlich die Zahlen der Blutbanken. Laut Prof. Seidl, Frankfurt — zitiert nach Süddeutsche vom 30.5.87 — wurde „im ersten Quartal 1987 bei 70.000 Blutspenden aus Frankfurt und ländlichen Bezirken Hessens nur einmal bei einem männlichen Blutspender eine HIV-Infektion diagnostitiziert. Andere DRK-Blutbanken aus der Bundesrepublik haben seit Monaten kaum mehr seropositive Spender gesehen."

Eine quantitativ noch umfassendere Untersuchung bei weiblichen und männlichen Angehörigen der US-Army ergab, daß bei 1,7 Millionen untersuchten Personen 2.800 Infizierungen nachgewiesen werden konnten, also 0,16 Prozent.

Selbst wenn diese Zahlen keine Differenzierung der HIV-Positiven nach Hauptbetroffenen-Gruppen zulassen, entziehen sie doch Schreckens-Szenarien jede realistische Grundlage und geben Anlaß zu einer besonnenen Risikoeinschätzung für die allgemeine heterosexuelle Bevölkerung.

Was Prävention zu leisten vermag, zeigen zudem sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Die vom Robert-Koch-Institut in Berlin seit zwei Jahren laufende, bisher unveröffentlichte sogenannte „Kohortenstudie" belegt eindrucksvoll, daß die Neuinfektionsraten von knapp 900 Probanden sich von Phase zu Phase verringerten.

So zeigt nach Angaben von Dr. Schwadländer vom Robert-Koch-Institut der Erfolg bei den gesundheitsbewußten und gut informierten Homosexuellen, daß man sich in Berlin mit der gezielten Aufklärung zum Infektionsschutz auf dem richtigen Weg befindet. Die Veröffentlichung zu den ersten Phasen dieser Studie, die im Sommer zu erwarten ist, wird weiteren Aufschluß bringen.

Ebenso aussagekräftig ist die Bundesstatistik für Geschlechtskrankheiten, die für Berlin im Jahre 1986 eine im Vergleich zu 1985 um 20,9 Prozent verringerte Rate von Geschlechtskrankheiten nachweist — Zeichen dafür, daß dank der Aufklärung „safer sex" praktiziert wird. Ähnliche Ergebnisse liegen auch für die USA vor. Zahlen aus San Francisco besagen, daß dort bei den Männern die Rate bei rektaler Gonorrhoe zwischen Oktober 1984 und September 1986 um jährlich 50,8 Prozent gesunken ist. Gestützt wird diese Aussage durch Umfrageergebnisse, nach denen 95 Prozent aller Homosexuellen angaben, beim Analverkehr mit unbekannten Partnern Kondome zu benutzen. Der Schluß liegt nahe: Wenn sich die Zahl der Geschlechtskrankheiten, die sich ungleich leichter als HIV übertragen lassen, reduziert, muß auch die Zahl der HIV-Neuinfektionen zurückgehen.

Vor einer Verharmlosung oder der Behauptung eines schnellen Rückgangs der Krankenzahlen sei trotzdem gewarnt: Es werden in den nächsten Jahren noch Tausende von Menschen an AIDS sterben, denn: Bei einer Inkubations- und Latenzzeit von zum Teil über 10 Jahrenerkranken heute diejenigen, die sich vor 1980 infiziert haben. Ein weiteres Ansteigen der Krankenzahlen entwertet daher weder die bisherige Aufklärungsstrategie, noch begründet es staatliche Zwangsmaßnahmen. Denn: Prävention kann immer nur die Neuinfektion verhindern.

Auf leisen Sohlen zur Bombe, Teil IV

Die europäische Option

von Matthias Küntzel

„Europäische Option"

Wie wir gesehen haben ist der Atomwaffensperrvertrag aus der Abgrenzung zum Projekt einer Multilateralen Atomstreitmacht entstanden. Die Sowjetunion blieb in dieser Frage kompromißlos. Jede Weitergabe von Atomwaffen an ein Staatenbündnis oder innerhalb eines Staatenbündnisses wird durch den Atomwaffensperrvertrag untersagt. Die diesbezügliche US-Interpretation Nr. 6 beschränkt sich auf die Zusage, daß für den Fall der Schaffung eines neuen europäischen Bundesstaates dieser Bundesstaat den nuklearen Status eines seiner früheren Teilstaaten übernehmen kann. Ein neuer europäischer Bundesstaat bräuchte nicht so zentralisiert zu sein, daß er alle Regierungsfunktionen übernähme. Er müsse aber — so die US—Interpretation — „seine sämtlichen Funktionen der äußeren Sicherheit einschließlich der Verteidigung und aller außenpolitischen Fragen in Bezug auf die äußere Sicherheit kontrollieren."

Bundesregierung und CDU/CSU-Opposition stimmten 1969 darin überein, daß diese Interpretation entschieden zu eng gefaßt sei. (106) Notwendig schien allen Beteiligten eine Regelung, wie im Vorfeld eines westeuropäischen Bundesstaates die westeuropäische Nuklearkooperation auf den Weg gebracht werden kann, ohne formal den NPT zu verletzen. Welche Spielräume sich hier ergeben, „hängt entscheidend davon ab, welche Interpretation künftig politisch zur Geltung gebracht wird" erläutert diesbezüglich eine Studie der Bundesregierung von 1973. (107)

Halten wir also fest: Die Tatsache, daß die Idee der Europäischen Atomstreitmacht im Rahmen des NPT überhaupt berücksichtigt wurde, war und ist ein erheblicher Ansporn für Aktivitäten in diese Richtung, wobei der Rahmen durch neue, freizügigere Interpretationen ausgeweitet werden soll. (Daß hierfür die Existenz des Sperrvertrages sogar günstigere Rahmenbedingung schaffen kann, wird weiter unten erläutert.)

Selbstverständlich wird das Tempo derartiger Entwicklungen in erster Linie von dem Interesse der Atomwaffenmächte Großbritannien und Frankreich diktiert. Deshalb ist die aktuell sich vollziehende Änderung der Haltung Frankreichs zugunsten der Befürwortung der deutsch-französischen Nuklearkooperation von allergrößter Bedeutung. Die französische Neuorientierung ist auf drei Ebenen feststellbar:

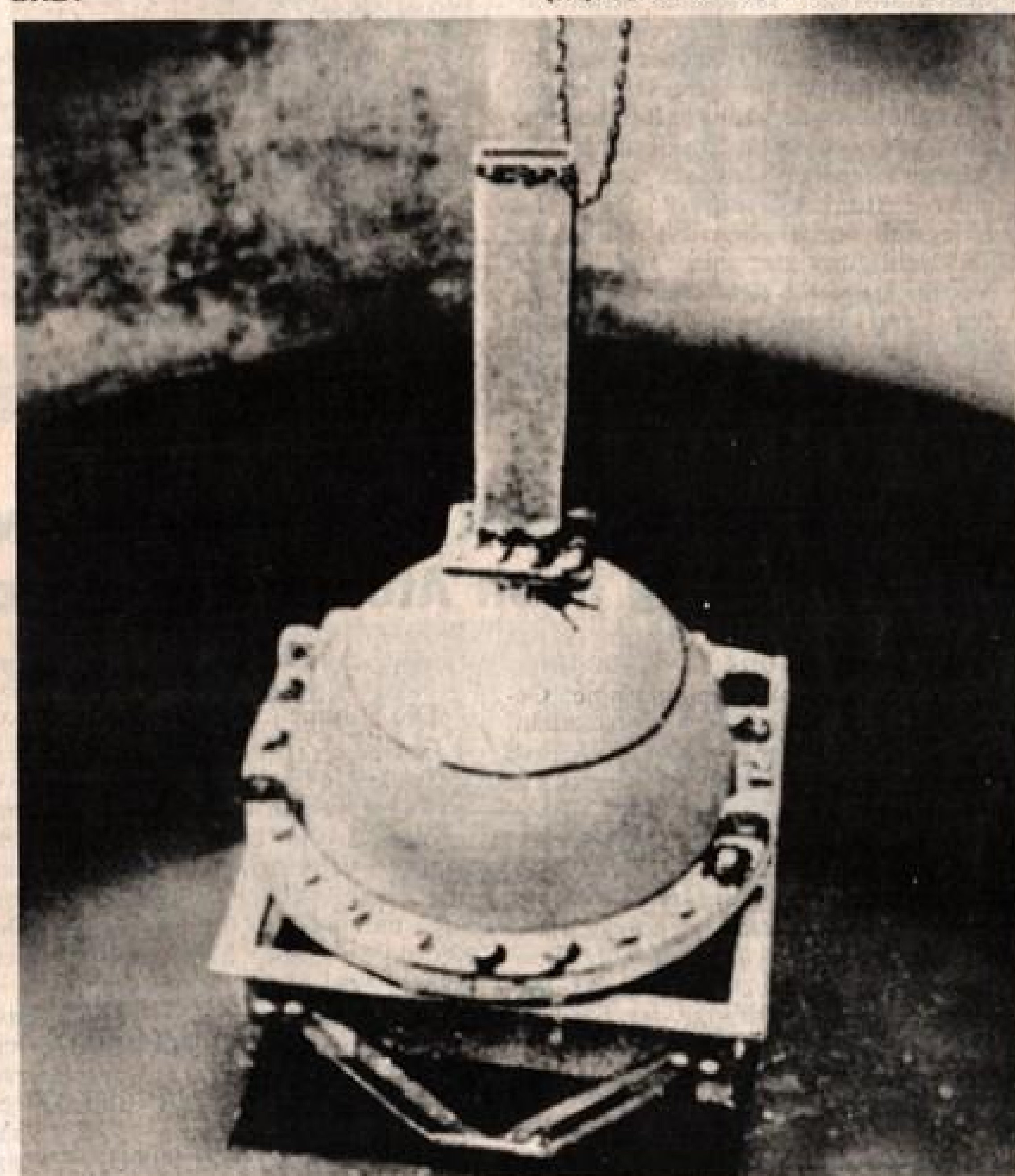
— Die gaullistische Doktrin der Rundumverteidigung („nukleare Neutralität") wurde mittlerweile abgelöst durch eine Anpassung der französischen Militärdoktrin an die globale NATO-Strategie, was eine stillschweigenden de facto Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO bedeutet (auch wenn dies aufgrund innenpoliti-
NATO-Strategie, was eine stillschweigenden de facto Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO bedeutet (auch wenn dies aufgrund innenpoliti-scher französischer Rücksichten derzeit nach außen anders diskutiert wird). (108)

— Innerhalb der französischen Öffentlichkeit hat die Befürwortung der französisch-deutschen Nuklearzusammenarbeit erheblich an Boden gewonnen: Nach einer Umfrage von Mai 1984 haben sich 59% der Franzosen dafür und nur 20% dagegen ausgesprochen.

— Spätestens seit Beginn der Abrüstungsverhandlungen der Großmächte über eine „Null"-Lösung ist die französische Führung auf den Kurs einer offenen Befürwortung der deutsch-französischen Zusammenarbeit umgeschwenkt: Die französische Tageszeitung „Le Monde" zitierte den französischen Staatspräsidenten mit der geradezu einladenden Geste, man könne „im Bereich von Abstimmung, Ausbildung, Austausch, von Vorabinformationen, auch im nuklearen Bereich viel mit unseren Partnern tun." (109) Diese Tendenz, die in vieler Hinsicht an den deutsch-französischen Nuklearflirt von 1957 erinnert, wird aktuell insbesondere seitens der französischen Sozialisten vorangetrieben. So schrieb im Mai 1987 Maurice Duverger, Jurist aus dem Umfeld der französischen Sozialisten, in einer Stellungnahme für „Le Monde": „Paris könnte z.B. Raketen, die zu entwickeln Bonn die Mittel hat, mit nuklearen Sprengköpfen ausrüsten (...) Zweifellos wäre das System des ‚doppelten Schlüssel' anzuwenden, solange die BRD nicht das Recht hat, selbst über Atomwaffen zu verfügen. Aber alle diese Punkte ließen sich leicht regeln, wenn die Deutschen akzeptieren, einer derartigen gemeinsamen Verteidigung beizutreten." (110)

Im Mittelpunkt der momentan kaum abreißenden deutsch-französischen geheimen Konsultationen dürfte die Neutronenbombe stehen, deren Produktion in Frankreich bereits angelaufen, und deren Stationierung (als Sprengkopf der französischen Hades-Rakete) auf BRD-Territorium ab 1992 vorgesehen ist. In den französischen Medien wird derzeit selbst die Möglichkeit einer deutsch-französischen Produktion von Neutronenbomben und deren Vereinbarkeit mit dem Atomwaffensperrvertrag diskutiert.

Aus bundesdeutscher Sicht ist die Nuklearzusammenarbeit mit Frankreich von besonderem Interesse, da Paris — anders als London — den Sperrvertrag nicht unterzeichnet hat und insofern an das Verbot einer Sprengkopf-Weitergabe nicht gebunden ist. Daß dies ein Bereich von allergrößter Diskretion bleiben wird (111), liegt auf der Hand: Abgesehen von Vereinbarungen für den Fall eines Krieges (s.u.) wäre jede auch nur mittelbare Übertragung von Atomsprengköpfen an die Bundesrepublik ein eindeutiger Vertragsbruch seitens der BRD.



Vom ersten deutschen Atomreaktor ... (1945)

Vom ersten deutschen Atomreaktor ... (1945)

Vertragsgültigkeit und Rücktrittsklausel

In der Frage der Laufzeit des Sperrvertrages konnte die Bundesregierung nur eingeschränkt ihre Ziele erreichen. Wie etwa der Euratom-Vertrag oder die Ostverträge sollte auch der Atomwaffensperrvertrag ursprünglich unbegrenzt gelten. Im November 1967 hatte Brandt in einem Brief an seinen amerikanischen Kollegen Dean Rusk demgegenüber eine Laufzeitbegrenzung auf fünf Jahre gefordert. (112) Festgelegt wurde eine Vertragsdauer von 25 Jahren, wobei nach Vertragsablauf (1995) eine Konferenz über eine weitere Verlängerung beschließen soll. Es wurde somit nicht mehr erreicht als die Option, daß der Vertrag ab 1995 auslaufen könne.

Wichtig war für die Bundesrepublik deshalb die im Vertrag und insbesondere in der US-Interpretation Nr. 5 festgeschriebene Möglichkeit des Rücktritts vom Sperrvertrag. Die Bundesregierung hatte bereits im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages ausdrücklich auf die Bedeutung der Klausel „rebus sic stantibus" hingewiesen, derzufolge der Vertragsbeitritt an die Bedingungen geknüpft ist, unter denen er erfolgt. (113) Die sozialliberale Bundesregierung unter Brandt hatte sich damit gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag das gleiche Hintertürchen offengehalten, wie 1954 Adenauer in Bezug auf den deutschen Atomwaffenverzicht bei den Verhandlungen über die Westeuropäische Union (s.o.). In Artikel 10 des Sperrvertrags war ebenfalls festgelegt, daß im Fall einer Gefährung seiner höchsten Interessen jeder Unterzeichnerstaat von dem Vertrag zurücktreten könne. Doch was hat man sich unter einer „Gefährdung höchster Interessen" vorzustellen?

Der ehemalige Bundespräsident Carstens schrieb 1972, daß eine Bindung an den Sperrvertrag bereits dann nicht mehr unbedingt gegeben sei, „wenn sich die Verklammerung zwischen den USA und Westeuropa im Verteidigungsbereich lockern sollte, sei es, daß die USA einen wesentlichen Teil ihrer Truppen aus Europa abziehen würden, sei es, daß begründete Zweifel an der Bereitschaft der USA bestehen würden, ihre strategischen Waffen zum Schutze Europas einzusetzen." (114) Ein enger Vertrauter von F.J. Strauß, General a.D. Gerd Schmückle, drohte 1982 gar für den Fall eines US-Verzichts auf die „Nach"rüstung mit Pershing II und Cruise Missile mit dem deutschen Rücktritt vom Sperrvertrag: „Würde die amerikanische Regierung sich dazu entschließen, dann könnte die Vertragsgrundlage für den deutschen Atomverzicht hinfällig werden (...). Auch eine Allianz kann eben nur ein bestimmtes Ausmaß an Spannungen schadlos überstehen." (115) Die Glaubwürdigkeit dieser Drohungen sind allerdings begrenzt: Der Rücktritt vom Sperrvertrag müßte drei Monate im Voraus beim UN-Sicherheitsrat angemeldet werden und würde mit großer Gewißheit einen erheblichen Argwohn der internationalen Öffentlichkeit gegen die Bundesrepublik mobilisieren. Zwar gab auf ausdrücklichen Wunsch der BRD im Juli 1968 US-Außenminister Rusk eine Erklärung ab, wonach sich im Falle einer Auflösung der NATO für einige Länder die Frage eines Rücktritts vom Sperrvertrag stellen könne — aber selbst dies muß eher als Indiz dafür gewertet werden, daß ein BRD-Rücktritt vom Sperrvertrag bei jedem Ereignis unterhalb einer Totalauflösung der NATO mit offener Ablehnung auch seitens der USA zu rechnen hätte.

Weitaus bedeutender ist demgegenüber die in US-Interpretation Nr. 5 festgeschriebene Ausnahmebestimmung, derzufolge die BRD unter bestimmten Umständen unverzüglich aus dem Atomwaffensperrvertrag ausscheren kann. Das besondere Interesse der Großen Koalition an dieser Regelung beschrieb die FAZ am 2.4.1968 mit den Worten, es müssen „von deutscher Seite darauf gedrungen werden, daß Klarheit darüber besteht, wie die atomare Bewaffnung beispielsweise der fliegenden Atomträger der Bundesluftwaffe, mit Inkrafttreten des Sperrvertrages rechtlich einzuordnen ist (...). Soweit Atombomben oder andere Atomvertragswaffen für die Bundeswehr vorgesehen sind, bleiben sie unter amerikanischem Verschluß. Für den Fall, von dem niemand hofft, daß er eintritt, muß aber unanfechtbar festgelegt sein, daß die an deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besitzermacht überlassen werden (...)."

In der Tat gaben drei Monate später die USA in ihrer 5. Sperrvertrag-Interpretation bekannt, daß der Vertrag sich nicht erstrecke auf „Vereinbarungen über die Stationierung von nuklearen Waffen auf alliiertem Territorium, da diese keinen Tranfer von Nuklearwaffen oder ihrer Kontrolle mit sich bringt, *es sei denn, daß eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintrete, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde*" (Hervorhebung: M.K.). Einen Tag nach Abgabe dieser Erklärung kommentierte die Tageszeitung „Die Welt" diese Passage wie folgt: „Es ist bemerkenswert, daß der Minister die Gegenstandslosigkeit des Sperrvertrages für den Fall eines Krieges ausdrücklich betont. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß er in diesem Zusammenhang von der ‚Entscheidung, Krieg zu führen', nicht aber von einer Kriegserklärung sprach. Diese Nuance ist interessant, weil sie die Möglichkeit offenläßt, den Vertrag auch ohne Kriegserklärung außer Funktion zu setzen."

Dieser Vorbehalt ist in der Tat mehr als bemerkenswert. Er bedeutet im Klartext: Sobald eine Entscheidung getroffen wird, Krieg zu führen, ist die Bundesrepublik Atomwaffenstaat.

An dieser Stelle kommt es auf die Nuancen an.

Bisher war NATO-intern festgelegt, daß im Kriegsfall der Präsident der USA entscheidet, ob, und falls ja, zu welchem Zeitpunkt die amerikanischen Atomsprengköpfe aus speziellen Munitionslagern geholt und der Luftwaffe der Bundeswehr überreicht werden. Bezogen auf den Atomwaffensperrvertrag bedeutet diese Weitergabe natürlich einen Verstoß. Der Vertrag wird in dem Moment hinfällig, in dem der US-Präsident im genannten Sinne eine Entscheidung trifft.

Jetzt wird mit der besagten Interpretation der USA das eine vom anderen getrennt. Nicht aufgrund einer Anordnung des US-Präsidenten wird der Sperrvertrag außer Kraft gesetzt, sondern aufgrund einer bestimmten Situation, die allerdings sehr unbestimmt beschrieben wird: Es bleibt unklar, wer im gegebenen Fall zuständig wäre für eine Entscheidung, Krieg zu führen. Es bleibt darüberhinaus unklar, wer das Urteil darüber fällt, ob eine solche Entscheidung, von wem auch immer, vorliegt. Mit anderen Worten: Nicht der US-Präsident, sondern der Bundesverteidigungsrat entscheidet, ab wann die Bundesrepublik — im Rahmen der Sperrvertrag-Vereinbarungen, versteht sich — als Atomwaffenstaat agieren darf. Ganz offenkundig konnte somit die Bundesrepublik im Laufe der Verhandlungen über die US-Interpretationen einen Kompromiß dahingehend erzielen, daß die mit dem Sperrvertrag verbundene Minderung ihres nuklearen Status zumindest teilweise kompensiert wird durch die betont vage gehaltene Ausnahmeregelung für den Ernstfall.

Für die Praxis der Kriegsplaner braucht diese Unterscheidung gar nicht so sehr ins Gewicht fallen. Gegenüber ihrem Hauptgegner Sowjetunion bleibt die BRD militärisch ein Zwerg, d.h. angewiesen auf eine Anbindung an die NATO. Eher könnte diese Unterscheidung im Bereich von Status und Prestige Wirkung entfalten. Beispielsweise im Rahmen der deutsch-französischen Geheimverhandlungen über die Verwendung der französischen Neutronenbombe. Weiter oben war die Rede von einem deutsch-französischen Geheimprotokoll aus dem Jahre 1957, demzufolge die Bundesrepublik Atomsprengköpfe von Frankreich erhalten sollte. Diese wollte man in Friedenszeiten als deutsches Eigentum und von Deutschen kontrolliert auf französischem Boden lagern. Um zukünftig ähnliche Abkommen zu schließen, könnte sich der bundesdeutsche Verweis auf eine gewisse Unabhängigkeit in Bezug auf die USA und in Bezug auf den Sperrvertrag als vorteilhaft erweisen.

Vielleicht sind diese Überlegungen über die 5. NPT-Interpretation voreilig oder zu pessimistisch. Vieles ist noch unbekannt. So existieren beispielsweise in Verbindung mit dem NPT zusätzliche Nato-interne Interpretationen zum Begriff „Verfügungsgewalt", deren Inhalt bisher unbekannt ist.

Falls diese Überlegungen über die 5. NPT-Interpretation jedoch zutreffen, wäre dies eine Erklärung dafür, daß das Bundesverteidigungsministerium 1985 den Finanzetat für die Modernisierung der Pershing IA-Raketen mit der Kennzeichnung „Nukleare Teilhabe" betitelte. (116) Es wäre zusätzlich eine Erklärung für die so hartnäckig betriebene Einstufung dieser Raketen als „Drittstaaten-Systeme". Denn dann ist im Ernstfall die BRD tatsächlich ein „Drittstaat", d.h. unabhängiger Atomwaffenstaat. Dann bliebe allein die Frage offen, was im April 1967 die Sowjetunion dazu bewogen haben kann, auch die NPT-Interpretation Nr. 5 stillschweigend zu akzeptieren.

Atomwaffensperrvertrag und BRD-Atomwaffenpolitik

Oben haben wir die Bedeutung des Atomwaffenverzichts von 1954 für die Atomwaffenpolitik der BRD geprüft. Jetzt geht es darum, wie sich der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag auf die Bedingungen bundesdeutscher Atomwaffenpolitik ausgewirkt hat.
Betrachten wir zuerst das Element des Wandels: mit der Unterzeichnung des Sperrvertrags verschwand beinahe schlagartig der Argwohn, mit dem die Nuklearaktivitäten der Bundesrepublik zuvor beobachtet wurden. Deshalb wurde durch den Beitritt zum Sperrvertrag der reale Spielraum für eine bundesdeutsche Atomwaffenpolitik überraschenderweise nicht eingeengt sondern eher erweitert! Dieser Zusammenhang wird in einer 1973 im Auftrag der Bundesregierung erstellten Studie prägnant erläutert: Dort heißt es bezüglich der „Europäischen Option", es sei „davon auszugehen, daß der NV-Vertrag in der zwischen den USA und westeuropäischen Regierungen interpretierten Form eine Rahmenbedingung künftiger Entwicklungen in der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit darstellt: Er stellt klar, was nicht sein darf, und reduziert damit die Ansatzmöglichkeiten politischer Opposition gegen Entwicklungen in diesem Bereich auf Fälle nachweislicher Vertragsverletzung. Wenn Signatarstaaten des NV-Vertrages in Westeuropa im nuklearen Bereich militärisch zusammenarbeiten, so muß entweder der ausdrückliche Vorwurf der Vertragsverletzung mit den entsprechenden verfahrensmäßigen Konsequenzen erhoben oder aber anerkannt werden, daß diese Zusammenarbeit eben nicht dem Zweck dient, der durch den NV-Vertrag in den Artikeln I und II ausgeschlossen ist. Eine solche Argumentationslinie (sieht) *den NV-Vertrag nicht als Hindernis oder Interventionsmittel, sondern als Entwicklungsbedingung nuklearer Zusammenarbeit in der westeuropäischen Verteidigung." (117)*




... zur deutsch-französischen Waffenbrüderschaft — Manöver „Kecker Spatz" 1987 ...

Mit anderen Worten: Es wird davon ausgegangen,
a) daß es eine militärische nukleare Zusammenarbeit in Westeuropa gibt, die ausgebaut werden soll
b) daß die westeuropäische Atomwaffenkooperation durch die Mitgliedschaft im Sperrvertrag erleichtert wird, weil
c) nunmehr nur noch bei „nachweislicher Vertragsverletzung" eine politische Opposition möglich sei.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Daß es aber auch zu dieser „nachweislichen Vertragsverletzung" kaum kommen wird, dafür haben die jahrelangen Auseinandersetzungen zur Ausschaltung der IAEA-Kontrollen zweifellos gesorgt!

Dieser Zusammenhang, der das ursprünglich mit dem Sperrvertrag verfolgte Ziel auf den Kopf stellt, gilt dieser Studie zufolge ebenfalls für Atomexporte in die „3. Welt", die ebenfalls „bis zum Nachweis von Vertragsverletzungen vom Verdacht des Mißbrauchs befreit und damit liberalisierungsfähiger" geworden seien, sowie natürlich für die Akzeptanz der Atomenergie in der Bundesrepublik selbst. Noch 1968 wurde das „Atom" in der Bundesrepublik nach Meinungsumfragen ganz überwiegend mit der Bombe und viel seltener mit dem Reaktor assoziiert. Dieses Bewußtsein über die Gefahren der Atomkraft wurde nach der NPT-Unterzeichnung massenhaft ersetzt durch das trügerisches Gefühl der Sicherheit.

Die wesentliche neue Komponente, die der Atomwaffensperrvertrag in das Spiel brachte, ist also eine politische: Sie besteht darin, daß die alte Politik seither auf leisen Sohlen und unter einem perfekteren Deckmantel fortgesetzt werden kann.

Denn selbstverständlich hatte sich durch den Sperrvertrag an der Existenz der — formal zulässigen! — Atomwaffenforschung in der BRD nichts geändert:

— 1984 enthüllte ein Journalist, daß das Verteidigungsministerium und die Hanauer Atomfirma NUKEM insgesamt 10 Jahre lang (1965-75) zusammengearbeitet hatten. Dabei soll es um die Herstellung großflächiger „Tritium-Targets" gegangen sein. Tritium ist ein Stoff, der in Wasserstoffbomben und Neutronenbomben verwendet wird. Die Angaben wurden von der NUKEM-Geschäftsführung bestätigt.

wird. Die Angaben wurden von der NUKEM-Geschäftsführung bestätigt.
(118)

— 1986 enthüllte der SPD-Bundestagsabgeordnete Roth, daß auch das Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen Atomwaffenforschung im Auftrage der Bundesregierung betreibt. Dort wurden u.a. Studien über „Aufbau und Funktionsweise von Atomwaffen" und Arbeiten über die „Miniaturisierung und größere Effizienz von Kernspaltungswaffen" konzipiert und durchgeführt. (119)

Damit wären wir bei dem Element der Kontinuität: Der für die politische Diskussion bedeutsamste Faktor ist zweifelsohne die Tatsache, daß der grundsätzliche Kurs der bundesdeutschen Atomwaffenpolitik beibehalten wurde, egal, welche der beiden großen Parteien den Kanzler stellte. Denn „hinter dem vordergründigen Gerangel der deutschen Innenpolitik" — so Robert Held, damals Berater der Herausgeberkonferenz der FAZ — besteht „ein weitgehender nationaler Konsens über bestimmte nuklearindustrielle Ziele, zu denen sich Regierungsparteien und Opposition, Gewerkschafter, Gelehrte, Techniker, Industrielle und Bankenvorstände in seltener Eintracht bekennen. Dieses Phänomen mag zwar, weil nicht transparent, demokratisch nicht ganz geheuer sein. Aber es ist gewissermaßen diskrete Demokratie durch Delegation und findet Entschuldigung vor allem durch ein Argument: Die Fristen der nuklearen Entwicklung erstrecken sich über so große Zeitspannen, daß das Leben einer demokratischen Regierung dagegen kurz erscheint. Was im Jahre 1990 für die Nation nötig ist, ist schon heute abzusehen. Doch da entsprechende Entscheidungen unpopulär sind, könnte eine Regierung, die an ihr eigenes kurzfristiges Geschick denkt, versucht sein, sich davor zu drücken. Verzichtet sie verantwortungsbewußt auf solchen Opportunismus, dann benötigt sie, um Mut zu fassen, eben jene überparteiliche Übereinstimmung im Hintergrund, jenen Rückhalt bei Wissenden und Unterrichteten." (120)

Diese Kontinuität ist der Grund, warum das hessische rot-grüne Bündnis an der Frage der Hanauer Plutoniumanlagen scheitern mußte: Der „weitgehende nationale Konsens über bestimmte nuklearindustrielle Ziele" hatte Vorrang gegenüber dem „vordergründigen Gerangel der deutschen Innenpolitik", wie es etwa mit den Beschlüssen des Nürnberger SPD-Parteitages zum Ausdruck kam. (121)

Denn soviel steht fest: Eine Schließung der Hanauer Betriebe oder etwa der Verzicht auf Wackersdorf würde den Nukleardiplomaten und Militärs eine bedeutsame Trumpfkarte bei den Verhandlungen über die französische Neutronenwaffe oder die amerikanischen Pershing-IA-Munition aus der Hand nehmen. Den Experten in Sachen „Nukleare Mitwirkung" ist bestens bekannt, daß eine entwickelte Plutoniumindustrie schon vor der tatsächlichen Herstellung von Kernwaffen von Bedeutung ist: „Denn die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen wird dem Interesse eines Landes an nuklearer Mitwirkung viel mehr Gewicht verleihen, und umgekehrt wird sie das Interesse der bestehenden Kernwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen nuklearen Macht mit kollektiven Mitteln vorzubeugen, beträchtlich steigern. Die technische und wirtschaftliche Fähigkeit zur Herstellung nuklearer Waffen hat also einen gewissen diplomatischen Wert. Sie ist im Falle der Bundesrepublik vorhanden." (122) Auch Äußerungen von Strauß und hohen Bonner Beamten beweisen, daß in diesen Kreisen die militärische Bedeutung der Anlagen in Hanau oder Wackersdorf für den Atomwaffenpoker am Verhandlungstisch wohlbekannt ist. (123)

Damit sind wir nach längerem Ausflug an unserem Ausgangspunkt angekommen: Den Pershing-Raketen und den Verhandlungen in Genf.

Keine Frage, daß mit dem Beharren auf Anerkennung der Pershing IA als „Drittstaatensystem" eine spezifisch deutsche Tretmine in das Genfer Abrüstungstheater gelegt wurde: Noch im April 1987 bestand US-Außenminister Schulz gegenüber der NATO im Falle eines Abkommens auf den Abbau der Pershing IA. Als kurz darauf ein sowjetischer Vertragsentwurf vorgelegt wurde, der dieselbe Forderung enthielt, bezeichnete selbst die FAZ dies als „nur logisch" und das deutsche Anliegen als „haltlos". (124)

Was die USA dazu getrieben hat, sich diese „haltlose" Forderung schließlich zu eigen zu machen ist unbekannt. Ob die im Vorfeld vom Stahlhelm verbreiteten Drohungen über den deutschen Neutralismus — eine Chiffre für den eigenständigen nuklearen Weg — eine Rolle gespielt haben, ist bisher nicht bewiesen.

Weg — eine Rolle gespielt haben, ist bisher nicht bewiesen.

Sicher ist nur, daß die nukleare Aufrüstung und die nukleare Anbindung der BRD an die Atomwaffenpotentiale Frankreichs und der NATO nicht aufhören wird, solange via Atomprogramm die Drohung mit der deutschen Bombe bleibt.

Darüberhinaus ist abschließend festzuhalten:

1. Es konnte nachgewiesen werden, daß weder Atomwaffenverzicht von 1954 noch der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag Dämpfer genug waren, um die BRD vom Drang zur Bombe zu heilen. Seit dem Regierungswechsel gilt in Bonn stärker als zuvor der Satz, wonach die Souveränität eines Staates abhängig ist von seiner Nähe zur Bombe. Oder mit den Worten des CDU-„Abrüstungsexperten" Todenhöfer: „In der Bundesrepublik wächst die Verstimmung darüber, daß unsere nationale Sicherheit, soweit sie von Nuklearwaffen abhängt, noch immer fast völlig unserer eigenen Verantwortung entzogen ist." Zu befürchten ist, daß diese Unzufriedenheit in dem Maße an Boden gewinnt, wie die ökonomische Bedeutung der BRD auf Weltebene wächst und die innen- wie außenpolitischen Ressentiments und das Erinnern an den Naziterror und den 2. Weltkrieg abnehmen.

2. Es ist deutlich geworden, daß seit 30 Jahren seitens der BRD-Eliten auf eine deutsch-französische Nuklearzusammenarbeit und die Entwicklung des westeuropäischen NATO-Pfeilers hingearbeitet wurde. Auf diesem Feld könnten sich in näherer Zukunft die vielleicht spektakulärsten Veränderungen ergeben. Schon jetzt drängen hochrangige französische Politiker auf eine Stationierung der mit Neutronenbomben zu bestückenden Atomrakete „Hades" auf bundesdeutschem Boden und stellen eine BRD-Beteiligung nach dem Zweischlüssel-System in Aussicht. Das Zweischlüssel-System bedeutet die halbe Verfügungsgewalt über Atomwaffen und damit mehr nukleare Mitwirkung als der BRD jemals in Aussicht gestellt war. Falls die BRD-Öffentlichkeit diese Pläne akzeptiert, wäre eine wesentliche innenpolitische Hürde auf dem Weg zur direkten Verfügungsgewalt über Atomwaffen genommen. Keinesfalls aber ließe sich die BRD mit der halben Verfügungsgewalt über Atomwaffen geringer Reichweite (350 km) zufriedenstellen. Denn:

3. Als drittes Ergebnis dieser Untersuchung ist festzuhalten, daß in der BRD von Anfang an der Wert einer Atomwaffe danach bemessen wurde, ob sie sowjetisches Territorium erreicht oder nicht. Es waren nicht zufällig die bundesdeutschen Vertreter, die innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe der NATO im Herbst 1986 neue Richtlinien für den Atomwaffeneinsatz durchsetzen konnten, denenzufolge ein nuklearer Erstschlag zukünftig direkt gegen sowjetisches Territorium auszuführen ist. Denn nur die nukleare Drohung gegen die Sowjetunion zieht die strategischen Potentiale der Großmächte in Mitleidenschaft und sichert somit die Ankopplung und die „Schicksalsgemeinschaft" zwischen den USA und der BRD. Das aktuelle Beharren der BRD auf der Pershing II bzw. auf Schaffung einer gleichwertigen Kompensation gehört ebenso in diesen Kontext wie die Entwicklung bundesdeutscher Cruise Missiles, von denen die Luftwaffe der Bundeswehr für die 90er Jahre gleich 500 Exemplare bestellt hat.

4. Last not least wurde gezeigt, daß der Atomwaffensperrvertrag für Bonn insofern eine Zäsur bedeutete, als er wenigstens bis 1995 den Besitz an Atomwaffen untersagt und den Mitbesitz an Atomwaffen nahezu unmöglich macht. Gleichzeitig ist dieser Vertrag die völkerrechtliche Kulisse hinter der sich der Aufbau der materiellen Voraussetzungen für eine Atomwaffenmacht um so ungestörter vollziehen kann: Der Sperrvertrag erlaubt die Entwicklung von Atomwaffenkomponenten bis zu dem Punkt, an dem nur noch eine halbe Schraubenzieherdrehung den Atomsprengsatz komplettiert. Das Beispiel Israel zeigt, wie ein Land zum faktischen Atomwaffenstaat werden kann, ohne sich zu einem solchen zu erklären oder einen eigenständigen Sprengsatz zu zünden. Für den Status der faktischen Atomwaffenmacht ist die Existenz eigener Produktionsstätten und eigener Trägerraketen wichtiger als alle Diplomatie. Dies gilt besonders für die Bundesrepublik, die sich selbst im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages den Status einer Atomwaffenmacht für den Kriegsfall vorbehalten hat. Unter Berücksichtigung der ganz spezifischen Verquickung von deutschen Atomwaffen- und deutschen Wiedervereinigungsträumereien gilt nach wie vor: BRD-Politik ist der „Griff nach der Atombombe".

Anmerkungen:

(106) Die Einschätzung, daß diese Interpretation „zu eng" sei, wurde erneut im September 1984 von dem CDU/CSU-Abrüstungsexperten Todenhöfer im Zusammenhang mit seinem Plädoyer für eine Westeuropäische Atomstreitmacht in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" artikuliert.
(107) U. Nerlich, a.a.O, S.11
(108) vgl. hierzu insbesondere den Artikel „Transatlantisch oder europäisch" in: „Die NATO", hrsg. "Initiative Kein Frieden mit der NATO", Münster 1985, S. 61
(109) Le Monde v. 5.2.87, zit. nach Dorothee Piermont, Die nächste Nachrüstung, in: „Die Grünen", 27.6.87
(110) Le Monde v. 20.5.87, zit. nach. D. Piermont, a.a.O.
(111) Lt. F.U. Fack, Herausgeber der FAZ, ist diesbezüglich „ein Netz von Bindungen und Verbindungen entstanden, das sich den Blicken der Öffentlichkeit weitgehend entzieht. Hohe Staatsbeamte und Militärs beider Seiten arbeiten in etablierten Gremien jenseits der offiziellen Regierungskonsultationen ständig zusammen, prüfen die Lage und nähern die Vorstellungen von einer gemeinsamen Verteidigung einander an." (FAZ v. 12.10.84)
(112) vgl. Murphy, a.a.O., S. 118
(113) so der damalige Teilnehmer der Ausschußsitzung, Alois Mertes vor dem Bundestag am 20.2.1974
(114) Carstens/Mahncke, Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972, S. 248
(115) in: Christ und Welt, 25.6.82, zit. nach K.J. Brandstetter, An den Schluchten des Deutschland-Archipels, in: Demokratie und Recht, 1/84, S.17
(116) FAZ v. 16.7.85
(117) U. Nerlich, a.a.O., S. 67, Hervorhebung im Original. Die Studie ist ein gutes Beispiel für den sozialdemokratischen Ansatz einer Atomwaffenpolitik. Sie grenzt sich ab von dem Polterkurs der CDU/CSU-Rechten, da dieser gerade in der Frage der „Europäischen Option" bei sämtlichen EG-Partnern als „unzeitgemäß" und „extrem unerwünscht" betrachtet werden. Empfohlen wird stattdessen, die „Europäische Option" „umsichtig", also mit Delikatesse und Fingerspitzengefühl zu aktivieren.
(118) vgl. Hessischer Landtag, WTA 11/6: „Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen", Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht, 15.6.1986, S. 62
(119) vgl. FR v. 22.8.86. Es ist bemerkenswert, daß Helmut Schmidt in seiner Eigenschaft als „ZEIT"-Herausgeber für die Nichtveröffentlichung einer redaktionell bereits abgesegneten ZEIT-Reportage über die Enthüllung Roths sorgte (vgl. Report, Nov. 86)
(120) FAZ v. 28.6.77. Der angesehene Journalist hatte damit — auf dem Höhepunkt des innenpolitischen „Gerangels" um den Schnellen Brüter in Kalkar — in einer beispiellosen Klarheit den Kern dessen erfaßt, was man Atomstaat nennt.
(121) eine umfassendere Betrachtung der SPD-Atomwaffenpolitik muß in diesem Rahmen entfallen. Der vielleicht wichtigste Wandel dieser Politik seit 1960 ist die Übernahme der alten Strauß-Forderung von dem zu schaffenden europäischen Pfeiler innerhalb der NATO. Augenfälligster Ausdruck dieser Standortbestimmung ist das gegenwärtige Schweigen zur französischen Entwicklung und Produktion der Neutronenwaffen, von Waffen also, deren Entwicklung seitens der USA Egon Bahr einst als „Perversion menschlichen Denkens" charakterisiert hatte.
(122) so D. Mahncke in dem Standardwerk, Nukleare Mitwirkung, Berlin 1972, S. 235
(123) „Strauß habe ihm versichert, er selber sei nicht so dumm, zu glauben, daß die Bundesrepublik sich den Bau von Atombomben leisten könne. Er wolle die Möglichkeit dazu jedoch als Trumpf bei internationalen Verhandlungen in der Hand behalten", so der Atomphysiker Haxel über ein Gespräch mit F.J. Strauß, vgl. Radkau, a.a.O., S. 517. Siehe auch Kelleher, a.a.O., S. 32, die einen nicht namentlich genannten hohen Bonner Beamten mit folgender Bemerkung zitiert: „Wir haben zweifellos viel mehr davon, immer wieder davon „überzeugt" werden zu müssen, die Bombe nicht zu bauen, als wenn wir es wirklich einmal getan hätten. Die Drohung, daß wir's tun könnten, hat sich als ganz ausgezeichnete Trumpfkarte erwiesen — gegenüber dem Westen, keinesfalls, wie Adenauer träumte, gegenüber dem Osten."
(124) FAZ v. 18.4.87, FAZ v. 30.4.87. Wie Wörner berichtete, hat die BRD innerhalb der NATO als einziges Land für den Erhalt der Pershing II gekämpft. Leider hätten auch die USA „nur die Pershing IA hinnehmen wollen, zu mehr seien sie nicht bereit gewesen" - vgl. FAZ v. 3.6.87

Aktionskonferenz der Friedensbewegung diskutiert die Forderung nach Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz

Aktionskonferenz der Friedensbewegung

„Die Aktions- und Strategiekonferenz vom 28./29.11.87 fordert die Friedensgruppen auf, das Thema einer möglichen Mitverfügung der BRD über Atomwaffen zu diskutieren und sich mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen, über einen entsprechenden Zusatz im Grundgesetz jegliche atomare Teilhabe verbindlich zuuntersagen. Die Diskussion soll die Frage des Verhältnisses einer solchen Kampagne zu anderen Aktivitäten der Friedensbewegung umfassen."

Die Konferenz der Friedensbewegung in Bonn beriet in einer Arbeitsgruppe das Thema „BRD und Atomwaffen"; auf einer weiteren Konferenz, im Frühjahr 88 sollen Beschlüsse dazu gefällt werden.

Zur Begründung der Initiative „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" nahm *Thomas Ebermann* Stellung. Den Redebeitrag wollen wir hier in Auszügen dokumentieren:

„(...) Ich möchte das bebildern an der Debatte über die Pershing Ia. Kohl hat letztendlich auf die Pershing Ia verzichtet. (...) Versteckt in seinem Verzicht war und ist eine ungeheure neue politische Anmaßung, deren Dimension wahrscheinlich nur den Aktivisten der Friedensbewegung bewußt ist. Nämlich die Anmaßung, erstmals die Bundesrepublik Deutschland assoziativ zu diskutieren als ein Drittwaffen-Staat und im Zusammenhang mit bundesrepublikanischen Waffen von Drittstaaten-Systemen zu sprechen, also Annäherung an den atomaren Großmacht-Status von Frankreich und Großbritannien.

Es ist uns nicht gelungen — lügen wir uns da nicht in die Tasche! — die banale und richtige Feststellung des SIPRI-Direktors Stützle zu popularisieren, der den bedingten Kohl-Verzicht auf die Pershing-Modernisierung mit den Worten kommentierte: ‚Man kann nicht über Faustpfände sprechen und mit Faustpfänden Politik machen, die man gar nicht besitzt.' Dieser richtige Gedanke ist von uns aus Kräftegründen — vielleicht auch wegen der Erleichterung, daß die Pershing Ia als Hindernis für Genf nicht mehr erscheint — in den Hintergrund getreten.

Dazu kann man zwei Haltungen haben: Man kann sagen: Mensch, Hauptsache, die Regierung hat jetzt auf die Pershing Ia verzichtet. Nun nörgel doch nicht. Nun dräng' mir doch keine akademische Debatte auf. Nun sei doch mal'n bißchen [illegible]erwillig. Oder man kann sagen: Gerade in dieser Anmaßung wurde eine wesentliche Option der hier in der Bundesrepublik Herrschenden nach Allein- oder Mitverfügung über Atomwaffen erstmals massiv plausibel gemacht. Das Letztere ist die richtige Herangehensweise, glaube ich.

Längst ist völlig aus der politischen Debatte, daß irgendjemand den Ausbau von Hanau, Kalkar, Wackersdorf — also die gesamte Plutoniumindustrie — mit irgendeinem ökonomischen oder energiewirtschaftlichen Argument auch nur noch zu retten versucht. Die Reduktion auf den militärischen Aspekt liegt blank da wie noch nie.

Zweitens. Es ist uns bisher nicht ausreichend gelungen, darauf hinzuweisen, daß der Atomwaffensperrvertrag in sieben Jahren ausläuft und daß es auf der Regierungsbank — und ich sage ausdrücklich: nicht nur bei den sogenannten Stahlhelmern — nur so wimmelt von Gegnern, die ganz offensiv agiert haben gegen den Atomwaffensperrvertrag. Selbst im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags, der auslaufen wird, ist es möglich, kriegerisch-atomare Planungen zu betreiben bis kurz vor Fertigstellung der Bombe.

Drittens, das Wichtigste. Wir dürfen nicht übersehen, daß eine völlig neue historische Situation entsteht, wenn 'n Frankreich von den dort Regierenden offensiv und die öffentliche Meinung beeinflussend die bundesdeutsche Einbeziehung in die Verfügungsgewalt über Atomwaffen diskutiert wird. Da dreht sich etwas um.

Als der Atomwaffensperrvertrag — so begrenzt er auch ist — unterzeichnet wurde, gab es einen weltweiten Wunsch: die Westdeutschen dürfen nicht an diese Waffen. Die negativste Utopie — und wenn ihr denkt, er ist ein Schwarzseher, der Ebermann, dann hört's Euch wenigstens an — ist die Befürchtung, daß wir in einigen Jahren die politische Konstellation haben, daß Frankreich die Bundesrepublik Deutschland auffordert, sich nicht länger der atomaren Verantwortung zu entziehen. Vielleicht ist das eine Übertreibung. Aber wenn dieser Prozeß abgeht, dann wird keine nationalistische Argumentation gegen Atombewaffnung und Atomkrieg mehr möglich sein, sondern dann wird sich zeigen, ob die Friedensbewegung kräftig genug ist, dagegen zu opponieren.

Zum Schluß: Ich glaube, daß aus diesen drei Erwägungen die Friedensbewegung klug verfährt, wenn sie die politische Kampagne ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz' zu ihrer eigenen macht. Wenn sie das nicht als irgendeinen Film, der im Parlament abgeht, sieht. Wenn sie vor allen Dingen diese Forderung nicht betrachtet als Idee nach einem Ideal mehr im Grundgesetz: Im Grundgesetz wimmelt es nur so von schönen Versprechungen. Und wenn sie diese Kampagne nicht als staatsrechtliche Selbstbefriedigung begreift, sondern als ein mitentscheidendes politisches Kampfziel, für das es sich lohnt, zu kämpfen. (...)"

Konferenz der Anti-AKW-Bewegung

Im Rahmen der Herbstkonferenz der Anti-Bewegung hat sich eine Arbeitsgruppe mit der Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" befaßt und folgende Diskussionsvorlage verabschiedet:

„Zur Forderung ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz' stellt die AG ‚zivil-militärische Atomenergie' fest:

1. Wir halten die Forderung für richtig
— weil es eine energiepolitische Rechtfertigung für den Ausbau der Plutoniumindustrie in Wackersdorf, Kalkar oder Hanau nicht gibt, sondern die militärischen Motive überwiegen;
— weil im Rahmen der französisch-deutschen oder westeuropäischen Militärkooperation immer deutlicher die Gefahr einer nuklearen Mitverfügungsgewalt der BRD (Beispiel französische Neutronenwaffe) in die Diskussion gebracht wird;
— weil sich schon im Sommer 1987 die BRD hinsichtlich der Pershing IA-Raketen die ‚Drittstaaten-These', d.h. den Anspruch auf Gleichbehandlung mit den ‚Drittstaaten' (Atomwaffenstaaten) England und Frankreich zu eigen gemacht hat;
— weil der Atomwaffensperrvertrag, der innerhalb der Regierungsparteien immer umstritten war, 1995 ausläuft.

Gerade weil sowohl Regierungsparteien als auch große Teile der SPD die nukleare Option für die BRD offenhalten wollen oder direkt ansteuern, wird dieser Grundgesetz-Änderungsantrag bei diesen auf scharfe Widerstände stoßen.

2. Wir sind gespannt auf die Argumente, mit denen die Atomparteien die Ablehnung dieser Initiative begründen wollen und sehen im Zusammenhang damit eine Chance, die militärischen Dimensionen der Atomenergie im öffentlichen Bewußtsein zu enttabuisieren, das Problembewußtsein hierüber innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu schärfen und eine Zusammenarbeit mit örtlichen Friedens- und Anti-Kriegsinitiativen zu entwickeln.

3. Wir fordern deshalb die Initiativen gegen Atomenergie auf, sich mit dieser Forderung auseinanderzusetzen."

Materialbestellung zur Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" an:
P. Guntermann, Schleidenerstr. 5
5000 Köln 41, Tel.: 0221/441475

Abitur gerettet! Bildung flöten!

Zur Verabschiedung der Abi-Deform

Am 4. Dezember ist die „Abi-Deform" offiziell beschlossen worden. Vorausgegangen war fast ein Jahr erregter Diskussionen, großer Demonstrationen, Schulstreiks und Schulbesetzungen. Das Abitur war in Gefahr, wie, freilich mit unterschiedlichen Begründungen, von links bis rechts lauthals verkündet wurde. Jetzt ist es gerettet, wenn wir den Kultusministern Glauben schenken wollen oder dem GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder, für den die Entscheidung ein „Sieg der bildungspolitischen Vernunft" ist. Und auch auf der Seite der Schülerinnen und Schüler ist es ruhiger geworden: SDAJ und Jusos, die noch im Frühjahr den „Untergang des Abiturs" beschworen hatten, versuchen jetzt — wo die Abi-Deform durchgesetzt ist —, einen Erfolg für sich erheizureden; die grünalternativen und radikalen Linken zogen bereits im Herbst nüchtern Bilanz: Der Kampf gegen die Abi-Deform ist verloren. Erste Konsequenz dieser Bilanz war, daß sie für die gemeinsame Demonstration von Bundesschülervertretung und Vereinigten Deutschen Studentenschaften durchsetzten, „gegen die Formierung des Bildungssystems im Wirtschaftsinteresse" zu demonstrieren.



Daß hinter der Abi-Deform Wirtschaftsinteressen stehen, daß die Wirtschaft das Bildungssystem seit geraumer Zeit dem gewandelten wirtschaftlichen und technischen Bedarf anpassen läßt, haben wir bereits in einem Artikel im Arbeiterkampf Nr. 283 aufgezeigt. In diesem Artikel werden wir darstellen, was eigentlich gefordert und beschlossen wurde, was sich für Schülerinnen und Schüler wirklich ändert.

Chronik einer angekündigten Abiturverschärfung

Im Februar '87 legten die CDU/CSU-Kultusminister der Kultusministerkonferenz (KMK) ein Papier vor, in dem eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet ist, die ihrer Meinung nach erfüllt werden müssen, um weiterhin die Abitur-

eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet ist, die ihrer Meinung nach erfüllt werden müssen, um weiterhin die Abitur-

zeugnisse bundesweit gegenseitig anzuerkennen. Über die gegenseitige Abschlußanerkennung wird seit jeher, obwohl Bildungspolitik Sache der Bundesländer ist, die Bildungspolitik in ihren Grundzügen bundesweit vereinheitlicht. Obwohl sich die SPD-Kultusminister „kompromißbereit" zeigen und einen Vorschlag vorlegen, der dem CDU/CSU-Papier sehr nahe kommt und in etwa dem jetzigen Beschluß entspricht, läßt die CDU/CSU die Verhandlungen platzen. Damit sind die Verschärfungen des Abiturs zum erstenmal in größerem Maße in der öffentlichen Diskussion. An den Schulen regen sich erste Proteste, die im Frühjahr zur größten Schülerinnen- und Schülerbewegung in der BRD-Geschichte anwachsen. Schulen werden besetzt und Schulstreikdemonstrationen durchgeführt. Auf der Streikdemo am 1. April in Hamburg erklärt der damalige Schulsenator Grolle den Schülern, er werde „keinen Millimeter zurückweichen", und wird damit zum Wahlkampfschlager der Hamburger SPD (siehe Bericht im AK 281).

Zur KMK im Juni wird schon von einer Einigung unter der Hand gemunkelt. Die zweite Protestwelle ist deutlich kleiner ausgefallen. Auf der KMK gibt es noch keine Einigung. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schwier (SPD) spricht auf dem Protestfest der Bundesschülervertretung und macht, anders als Grolle im April, deutlich, daß er nicht hinter den Schülerforderungen steht. Die Schülerinnen und Schüler antworten mit Farbeiern.

Im Laufe des Sommers verliert Grolle sein Amt, wie sein CDU-Kollege Oschatz aus Niedersachsen einige Monate zuvor; er wird von Rosemarie Raab (SPD) ersetzt. Damit steht der Legendenbildung vom aufrechten Kämpfer nichts mehr im Weg. Auch die Einigung schreitet voran. Am 1. Oktober, kurz vor der nächsten KMK in Westberlin, findet ein bis dahin geheimgehaltenes Treffen der für das Schulwesen zuständigen Minister statt. Die Minister einigen sich auf einen gemeinsamen Katalog von Verschärfungen und beschließen, diesen nicht auf

meinsamen Katalog von Verschärfungen und beschließen, diesen nicht auf

der KMK in Westberlin zu diskutieren, sondern erst auf der Dezembersitzung in Karlsruhe zu verabschieden. Damit nehmen sie der Bundesschülervertretung den Wind aus den Segeln, die zu einer Protestwoche nach Westberlin mobilisierte, die ein Reinfall wird. Zur gemeinsamen Demonstration von SchülerInnen und StudentInnen am 28. November in Bonn können noch einmal mehrere zehntausend Menschen gegen „rechte Bildungspolitik" und gegen die Ausrichtung der Bildungspolitik am Wirtschaftsinteresse mobilisiert werden. Die Wirtschaftsinteressen haben, wie abzusehen war, zumindest in diesem Punkt eine stärkere Lobby. Am 4. Dezember wird in Karlsruhe die Abi-Deform von der KMK beschlossen. (Der Begriff „Abi-Deform", den wir, weil er eingebürgert ist, benutzen, ist eigentlich irreführend: Tatsächlich handelt es sich nicht um eine „Deformierung" des Abiturs, sondern um eine Anpassung an veränderte Ausbildungsinteressen der Wirtschaft.)

Verschärfte Auslese

Zum Verständnis der Auswirkungen der Abi-Deform einige Erläuterungen des Aufbaus der gymnasialen Oberstufe vorweg: Die letzten zwei Jahre werden in vier Halbjahre aufgeteilt. Für diese Halbjahre kann jeder Schüler seine Kurse (Fächer) selber wählen. Unterschieden wird dabei in Grundkurse und Leistungskurse. Es müssen zwei Leistungskurse durchgehend belegt werden. In den zwei Leistungskursen und in zwei weiteren Fächern wird eine Abiturprüfung durchgeführt. Bei der Wahl dieser Kurse sind Belegungspflichten zu beachten, um die u.a. gestritten wird. Die Abiturnote setzt sich je zu einem Drittel aus den Noten von 20 vom Schüler ausgewählten Grundkursen, den Noten der Leistungskurse und den Noten der Abiturprüfungen zusammen. Bei der Auswahl der 20 in die Abiturnote eingebrachten Noten sind die Einbringungspflichten vom Schüler zu beachten.

sind die Einbringungspflichten vom Schüler zu beachten.

Der Großteil der CDU/CSU-Forderungen und jetzt beschlossenen Maßnahmen zielt auf eine stärkere Gewichtung der traditionellen Hauptfächer ab; der Fächer also, die besonders für eine klassenspezifische Auslese geeignet sind. Begründet wird diese Gewichtung freilich mit der angeblich mangelnden Studierfähigkeit der heutigen Abiturienten. Sie würden nicht rechnen können und die Rechtschreibung nicht beherrschen. Deutlicher wird der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der dieselben Forderungen wie die CDU/CSU zeitgleich im Februar erhob und klagte, das Gymnasium sei immer mehr „zu einer Massenbildungseinrichtung geworden". Statt dessen rät der BDI den Eltern, ihre Kinder doch lieber auf Haupt- und Realschule zu schicken. Dazu müsse es der Hauptschule gelingen, vom Image der „Restschule" wegzukommen und ein „eigenständiges Profil" zu entwickeln. Auf der anderen Seite müsse die „Bedeutung des Abiturs als allgemeine Hochschulreife" wieder gestärkt werden. Ideal des BDI ist ein „Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen".

Die bisher gültige KMK-Vereinbarung sieht als Belegungsverpflichtung lediglich je zwei Kurse in der Muttersprache, einer Fremdsprache, Mathematik und zwei weiteren Kursen aus dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Bereich vor. Lediglich bei einer neu aufgenommenen Fremdsprache müssen durchgehend Kurse belegt werden. Dieselbe Anzahl Kurse müssen in das Abitur eingebracht werden, wobei bei einer neu aufgenommenen Fremdsprache die zwei letzten Kurse eingebracht werden müssen. Die CDU/CSU forderte, diese Auflagen so zu verschärfen, daß zwei Fächer der Gruppe Deutsch, *weitergeführte* Fremdsprache und Mathe durchgehend belegt werden und davon mindestens je drei Kurse in das Abitur eingebracht werden müssen, darunter die Note aus dem letzten Halbjahr. Diese Forderung ist in den KMK-Beschluß übernommen worden, allerdings ohne

Forderung ist in den KMK-Beschluß übernommen worden, allerdings ohne

die Pflicht, die Note aus dem letzten Halbjahr einzubringen.

Weiter verpflichtet die bisher gültige KMK-Vereinbarung zur Belegung und Einbringung von vier Kursen aus dem naturwissenschaftlichen Bereich. Die CDU/CSU forderte, daß mindestens ein naturwissenschaftliches Fach durchgehend belegt werden muß, von dem mindestens drei Noten in das Abiturzeugnis eingebracht werden müssen. Der KMK-Beschluß sieht vor, daß entweder eine Naturwissenschaft durchgehend belegt werden muß oder je zwei Kurse in zwei Naturwissenschaften, die auch in der 11. Klasse unterrichtet wurden, belegt werden müssen.

Bei der Wahl der vier Prüfungsfächer muß nach der bisher gültigen KMK-Vereinbarung lediglich darauf geachtet werden, daß die drei Aufgabenfelder sprachlich-literarisch-künstlerisch, gesellschaftswissenschaftlich und mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch berücksichtigt werden. Die CDU/CSU forderte, daß zwei Prüfungsfächer aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache und Mathe stammen müssen, wobei Mathe auch durch zwei naturwissenschaftliche Fächer ersetzt werden kann. Der KMK-Beschluß sieht vor, daß mindestens ein Fach aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache und Mathe gewählt werden muß.

Die bisherige Gewichtung der einzelnen Bereiche im Abiturzeugnis, bei der die Leistungskurse mit dem Faktor drei multipliziert werden, wollte die CDU/CSU dergestalt ändern, daß die Leistungskurse nur noch doppelt gewertet werden. Dies ist von der KMK beschlossen worden, wobei statt bisher 20 jetzt 22 Kurse im Grundkursbereich eingebracht werden müssen. Diese Gewichtungsverschiebung bedeutet für alle, die nicht in allen Fächern gleich gut sind, einen erhöhten Leistungsdruck. Sie können nicht mehr durch geschickte Schwerpunktsetzung Schwächen ausgleichen.

Zugang zur Oberstufe besonders für Arbeiterkinder erschwert

Es ist kein Zufall, daß gerade über die traditionellen Hauptfächer ausgesiebt werden soll. Besonders in diesen Fächern haben Kinder von „gebildeten" Eltern, die selber Fremdsprachen und Mathematik beherrschen und meist auch die Zeit haben, ihren Kindern zu helfen, einen deutlichen Vorteil gegenüber Kindern aus Arbeiterfamilien, in denen die Eltern nur selten über die erforderliche Bildung und Zeit verfügen, um ihre Kinder zu fördern. Ebenso ist es kein Zufall, daß ein weiterer Angriffpunkt der Abi-Deform die Schulen sind, die von überdurchschnittlich vielen Arbeiterkindern besucht werden: die Kollegschulen.

Schon lange sind der CDU/CSU die Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen ein Dorn im Auge. Die Kollegschulen sind sogenannte doppeltqualifizierende Schulen, das heißt die SchülerInnen können gleichzeitig die allgemeine Hochschulreife und eine abgeschlossene Berufsausbildung erlangen, allerdings nur in einigen ausgewählten Berufen. Die Ausbildungsgänge dieser Berufe, wie zum Beispiel Physikalisch-technische/r AssistentIn oder FremdsprachenkorrespondentIn, sind ohnehin sehr verschult. Das Entscheidende an den Kollegschulen ist, daß sie die konsequente Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschule sind und an Kollegschulen im Verhältnis eindeutig mehr Arbeiterkinder ein Abitur erreichen als auf Gymnasien. Die meisten KollegschülerInnen erreichen nur einen Abschluß; in den vorgesehenen drei Jahren zwei Abschlüsse zu erreichen, ist sehr anstrengend.

In den bisher geltenden KMK-Vereinbarungen sind Kollegschulen als Regelschule nicht vorgesehen. Es wird aber eindeutig das Ziel formuliert, das Bildungssystem in Richtung einer Zusammenführung von allgemein- und berufsbildendem Schulwesen weiterzuentwickeln und dazu Modellversuche durchzuführen. Einer der Gründe dafür ist, daß SchülerInnen von Gesamt- und Realschulen auch ohne Unterricht in einer zweiten Fremdsprache der Zugang ermöglicht wird. Die CDU/CSU forderte, die Zugangsvoraussetzung zur Kollegschule derjenigen zur gymnasialen Oberstufe anzugleichen und die berufliche Ausbildung von der allgemeinen zu trennen. Nach drei Jahren soll die allgemeine Hochschulreife erlangt werden. In diesen

von der allgemeinen zu trennen. Nach drei Jahren soll die allgemeine Hochschulreife erlangt werden. In diesen

drei Jahren dürfen nur in bestimmten Fächern berufliche Inhalte vermittelt werden. In einem vierten Jahr soll der berufliche Abschluß erreicht werden.

Mit dem neuen KMK-Beschluß werden die Kollegschulabschlüsse allgemein anerkannt. Dafür sind die wesentlichen Elemente der Kollegschule fast gänzlich zerschlagen. Die Zugangsvoraussetzungen werden denen der gymnasialen Oberstufe angeglichen. Die Ausbildungsdauer wird von drei auf vier Jahre verlängert. Statt bisher einer Prüfung müssen künftig zwei voneinander getrennte Prüfungen für Abitur und Berufsabschluß abgelegt werden.

Konservative Lehrinhalte werden festgeschrieben

Als Anfang der 70er Jahre das Bildungswesen reformiert wurde, wurden auch gesellschaftskritische Fächer wie Gemeinschaftskunde eingeführt, in denen in Abgrenzung zu Paukfächern wie Geschichte Raum für Diskussionen sein sollte. Es sollten soziale Ursachen historischer Veränderungen, politische Zusammenhänge und Eingriffsmöglichkeiten in die Gesellschaft thematisiert werden. Diese Ansätze fortschrittlichen Unterrichts werden schon seit Jahren durch Lehrplanänderungen zurückgedrängt. Im Gemeinschaftskundeunterricht tritt das Auswendiglernen von Daten und Fakten in den Vordergrund, der Geschichtsunterricht wird auf das Einpauken von Jahreszahlen reduziert und im Religionsunterricht werden die entsprechenden moralischen Grundwerte eingetrichtert. Diese Entwicklung will die CDU/CSU auch strukturell abgesichert wissen.

Die bisher geltenden KMK-Vereinbarungen beinhalten nur die Verpflichtung, vier Kurse aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich in die Abiturnote einzubringen, und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

bestimmen, daß Geschichte als eigenständiges Fach oder ,,im Rahmen der Gemeinschaftskunde'' unterrichtet werden muß. Die CDU/CSU forderte, die SchülerInnen sollen Geschichte durchgängig oder zumindest zwei Kurse Geschichte und zwei Kurse in einer Gesellschaftswissenschaft mit ,,historischen Bezügen'' belegen. Von diesen Kursen sollen mindestens drei Noten in das Abitur eingebracht werden. Der KMK-Beschluß sieht vor, daß Geschichte durchgehend belegt werden muß, oder eine Gesellschaftswissenschaft mit festem Anteil an geschichtlichen Inhalten beziehungsweise, falls dies nicht der Fall ist, zusätzlich noch zwei Kurse Geschichte.

Einer der größten Knackpunkte sind die ,,Einheitlichen Prüfungsanforderungen'' (EPA). Durch die EPA will die CDU/CSU hintenrum mehr Einfluß auf die Lehrpläne der SPD-regierten Länder gewinnen. Bisher bestehen nur in einigen wenigen Fächern EPA, die sehr allgemein gehalten sind. Die CDU/CSU forderte in den EPA, für alle Fächer und Schulen bundeseinheitlich Mindestinhalte verbindlich festzuschreiben. Daß diese Festschreibungen im bundesweiten Trend der Zurückdrängung fortschrittlicher Lehrinhalte liegen, ist klar. Gegen diese Forderung haben sich selbst rechte Kreise gewandt, da durch die Festschreibungen ein flexibles Eingehen auf gesellschaftliche Entwicklungen erschwert wird. Herausgekommen ist der KMK-Beschluß, binnen zwei Jahren für alle Abiturprüfungsfächer enger gefaßte EPA als bisher zu erstellen beziehungsweise zu ergänzen (worüber konkretes derzeit noch nicht zugänglich ist). Egal wie diese EPA ausfallen werden, der Weg ist geebnet für eine bundesweite Festschreibung reaktionärer Bildungsinhalte ohne eine Korrekturmöglichkeit auf Länderebene. Darüberhinaus sind die EPA ein erster Schritt hin zum bundesweiten Zentralabitur, was die Abiturprüfung weiter erschweren würde, da die Prüfungsfragen nicht mehr auf das reale Unterrichtsgeschehen abgestimmt werden und die LehrerInnen den zu lehrenden Stoff nicht mehr eingrenzen könnten.

Eine Galgenfrist bleibt den Schülern und Schülerinnen noch: Der KMK-Beschluß hat erst für die am 1.8.1989 in die gymnasiale Oberstufe Eintretenden Wirkung. In Hamburg tritt ein Teil der Belegungsverpflichtungen sogar erst zum 1.8.1996 in Kraft.

In fast allen Punkten sind die Verschärfungsforderungen der CDU/CSU durchgesetzt worden, dennoch wird die Abi-Deform im konkreten wenig verändern. Die meisten Bundesländer ,,übererfüllen'' die alte KMK-Vereinbarung längst. So bedeutet die Verpflichtung, zwei Fächer aus der Gruppe Deutsch, Fremdsprache, Mathe durchgängig belegen zu müssen, nur für Hamburgs SchülerInnen eine konkrete Verschärfung. Die Verschärfung der Prüfungsfachwahlmöglichkeiten trifft konkret nur Bremens SchülerInnen. Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist die weitergehende CDU/CSU-Forderung wie in neun weiteren Bundesländern längst Gesetz: Hier müssen die SchülerInnen zwei Prüfungsfächer aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache, Mathe wählen. *Im wesentlichen sind die neuen Vereinbarungen nur eine Festschreibung des Ist-Zustands und verhindern die Möglichkeit einer Verbesserung in einem Bundesland im Alleingang.*

Panikmache wider besseren Wissens

SDAJ und Jusos stilisierten die Abi-Deform zur Apokalypse des Bildungssystems hoch. Wider besseren Wissens spielten sie alle schon durchgezogenen Maßnahmen zur Rücknahme der 72er Reform herunter. Daß SPD und CDU/CSU seit geraumer Zeit das Bildungssystem dem veränderten wirtschaftlichen Bedarf anpassen, wurde von ihnen nicht thematisiert, die Abi-Deform nicht angemessen in die gesamte reaktionäre SPD/CDU/CSU/FDP-Politik und die dahinterstehende Strategie des Kapitals eingeordnet.

Stattdessen wurde der Schaukampf zwischen SPD und CDU/CSU-Kultusministern in den Vordergrund gerückt. Obwohl die SPD-Minister von Anfang an mit hoher Konsensbereitschaft in die Verhandlungen gingen und einzelne SPDler immer wieder betonten, daß man sich in der Sache einig sei, wurde dennoch von SDAJ und Jusos systematisch die Hoffnung geschürt, daß die SPDler die Abi-Deform verhindern würden. Klar, daß es da ungelegen kommt zu erzählen, daß die selben SPDler, auf die man hofft, in ihrem Bundesland große Teile der Abi-Deform längst durchgezogen haben. Obwohl deutlich war, daß die SPD sich nur zierte, offen die Verschärfungen durchzuziehen, und nach einem Ausweg suchte, die Abi-Deform ihren Wählern zu verkaufen, orientierten SDAJ und Jusos dennoch auf das ,,Nein'' der SPD-Minister. Folgerichtig sollten ihrer Meinung nach die Proteste dafür sorgen, daß die SPDler ,,nicht umkippen'', als ob die jemals aufrecht gestanden hätten.

Jetzt, wo die Abi-Deform beschlossen ist, sind diese Fehler nur noch schwer auszugleichen. Die zur Apokalypse hochstilisierte Abi-Deform muß, wo sie beschlossen ist, als übermächtige Bedrohung erscheinen und wird schnellstmöglich aus dem Bewußtsein verdrängt. Das erschwert eine Politisierung ungemein, behindert das Erkennen des Zusammenhangs zwischen Abi-Deform, Bildungspolitik und der gesamten reaktionären SPD/CDU/CSU/FDP-Politik.

Die ,,Erfolge'' der Bewegung sind denn auch eher gering. Es wurde erreicht, daß die Abi-Deform breit diskutiert wurde. Möglicherweise ist das Inkrafttreten der Vereinbarungen verzögert worden, wie etwa im Falle der oben genannten Hamburger Sonderregelung. Daß sich überhaupt so viele SchülerInnen bewegt haben, ist zweifelsohne ein Erfolg; ob er von Dauer ist, ist zu bezweifeln und hängt auch davon ab, ob es den linken Kräften in der Bewegung gelingt, die Diskussion um die Bildungspolitik zu vertiefen und zu verbreitern, um so den Boden für künftigen Widerstand zu bereiten.

kb-jugend (ol.)

Quellen:
Die Darstellung fußt auf den „Vereinbarungen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" vom 7.7.72, „Einheitliche Durchführung der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe" (Beschluß der KMK v. 2.6.77 i.d.F. vom 21.10.83)dem Positionspapier der CDU/CSU-Minister für die KMK im Februar 87,der Presseerklärung der KMK vom 2.10.87 und der Presseerklärung zur KMK am 3./4.12.87.

Das Zitat von Dieter Wunder stammt aus der Presseerklärung der GEW vom 6.10.87, die Zitate des BDI aus der BDI-Broschüre „Bildungspolitische Aufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft" vom Februar '87.

Steckt die CDU in der Krise? Behauptet wird das nicht von trübseligen Sozialdemokraten oder verweinten Linken. Aus der Union selbst stammt die Feststellung und wird seit Wochen und Monaten in verschiedenen Schattierungen wiederholt. Wie immer, entspringt auch hier das Bewußtsein einer sehr greifbaren, materiellen Grundlage — die Wählerbasis scheint zu bröckeln, Politik scheint mehr schlecht als recht gemacht zu werden. Interner Streit zwischen CDU und CSU, Koalitionsfehde zwischen Union und FDP, Pannen und Bankrottereignisse — nicht nur in Kiel — prägen das Erscheinungsbild. Originalton Geißler: ,,*Wir haben eine Bewußtseins- und Vertrauenskrise.*''

„Sommertheater" und „Lagertheorie"

Die derzeit zugespitzte Problemlage von Union und konservativ-liberaler Regierung reicht ersichtlich zurück in die Zeit des ,,Sommertheaters'', als zwischen CSU und CDU an Fragen wie Chile und AIDS der Gesamtkurs von Partei und Regierung aufgerollt wurde. Die CSU-spezifische Politik innerhalb der Regierung (Zimmermanns Ablehnung des Asyl-Angebots an die 14 bzw. 15 durch das Pinochet-Regime mit dem Tode bedrohten Chilenen) und ihr Alleingang gegen Bundesregierung und sämtliche CDU-Länder (Gauweilers AIDS-Kurs) ließen Erinnerungen an 1976 wachwerden. Strauß hatte damals in Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt: Die Kontroverse um die Richtung der Union — ,,Partei der Mitte'' oder Rechtskonservatismus (mit offenem Herzen nach rechtsaußen) — war auf dem Tisch. Seitdem ist dieser Streit weder beigelegt, noch überholt — auch und gerade wenn die CSU baldigst in die Unionsgemeinschaft zurückkehrte und im praktischen Politikprogramm nur wenig durchsetzen konnte. Der CSU-Vorwurf, von Kohl, Geißler usw. werde eine Linksöffnung vollzogen, die die Stammwählerschaft (geschweige denn das Rechtsaußen-Potential) verunsichere zugunsten höchst windiger Spekulationen auf neue Wähler aus früher eher SPD-orientierten Bereichen; der Vorwurf, die CDU liefere sich der FDP aus (,,Lagertheorie'') — dies summiert sich allemal zu genügend Anlaß, jederzeit über die Regierung in Bonn und die Partei-Strategen des Adenauer-Hauses herzufallen.

Negative Wahlbilanz

Zumindest rein rechnerisch spricht einiges für einen solchen Affront: Seit der Bundestagswahl 1983 ist die Bilanz der CDU/CSU auf Bundes- wie Länderebene in absteigender Linie negativ. Vorläufige Tiefpunkte dieses in Wahlstimmen gefaßten Siechtums bildeten die Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein im September 87. So wenig in Bremen/Bremerhaven die CDU je einen Blumentopf gewinnen konnte, so deutlich war der Verlust von 9,9% (und ein bemerkenswerter Stimmenanteil für die rechtsextreme DVU/Liste D) doch mehr als rasant. Dramatisch geradezu stellte sich aber das Ergebnis von Schleswig-Holstein dar: Dort zeichnet/e sich der Fall einer ehernen CDU-Bastion ab, mit Folgen über die Landesgrenzen hinaus.

Barschel-Affäre mit Folgen

In der Tat überlappte die Barschel-Affäre diesen Wahlausgang, erklärt ihn aber nicht. Was unmittelbar nach der Wahl, zunächst noch unter Regie von Wahlverlierer Barschel selbst, an krampfhaften Bemühungen ablief, zur regierungserhaltenden Tagesordnung überzugehen, wurde schließlich nicht durch die schrittweise Aufdeckung der CDU-Machenschaften vereitelt, sondern durch den Verlust der CDU-Mehrheit. Die eingeleiteten Entlastungs- und Ablenkungsmanöver — gerichtet auf die SPD, auf subalterne Beamte und Funktionäre oder auf Barschel als Person — wurden nach und nach von der CDU selbst zurückgenommen. Die Kette des Personalwechsels durch Tod, Entlassung, Ruhestand und Versetzung ist zweifellos noch nicht beendet; noch steht so mancher Minister und der amtierende Regierungschef Schwarz zur Disposition. Selbst die Zurücknahme von CDU-Chef Stoltenberg aus der vordersten Schußlinie wird inzwischen als ratsam erachtet: Zwar soll er, so Ex-Ministerpräsident v. Hassel, Parteivorsitzender in Kiel bleiben, aber ,,entlastet'' durch einen geschäftsführenden Vorsitzenden. *So weit* nämlich geht das Sich-Besinnen der CDU nicht, daß etwa Stoltenberg selbst in den Barschel-Strudel hineingeraten könnte. (Hier, übrigens, hält auch Engholms SPD denkwürdig still.) Immerhin bleibt als Fazit: Die CDU-Regierung in Kiel ist, wenn nicht verloren, so doch gefährdet; der Ausgang von Neuwahlen im Mai 87 ist zumindest offen. Sollte Schleswig-Holstein als CDU-Land ausfallen, käme die satte Bundesratsmehrheit ins Rutschen, wäre außerdem die Festigkeit des ,,Lagers'' aus Union und FDP unterminiert, denn die schleswig-holsteinische FDP signalisiert neubelebte SPD-Sympathien.

Krisenschau

Angesichts solcher Eventualitäten zieht sich in der Union so manche Stirn kraus. Als Analyse der gegenwärtigen Schwierigkeiten werden zwei Punkte gehandelt:

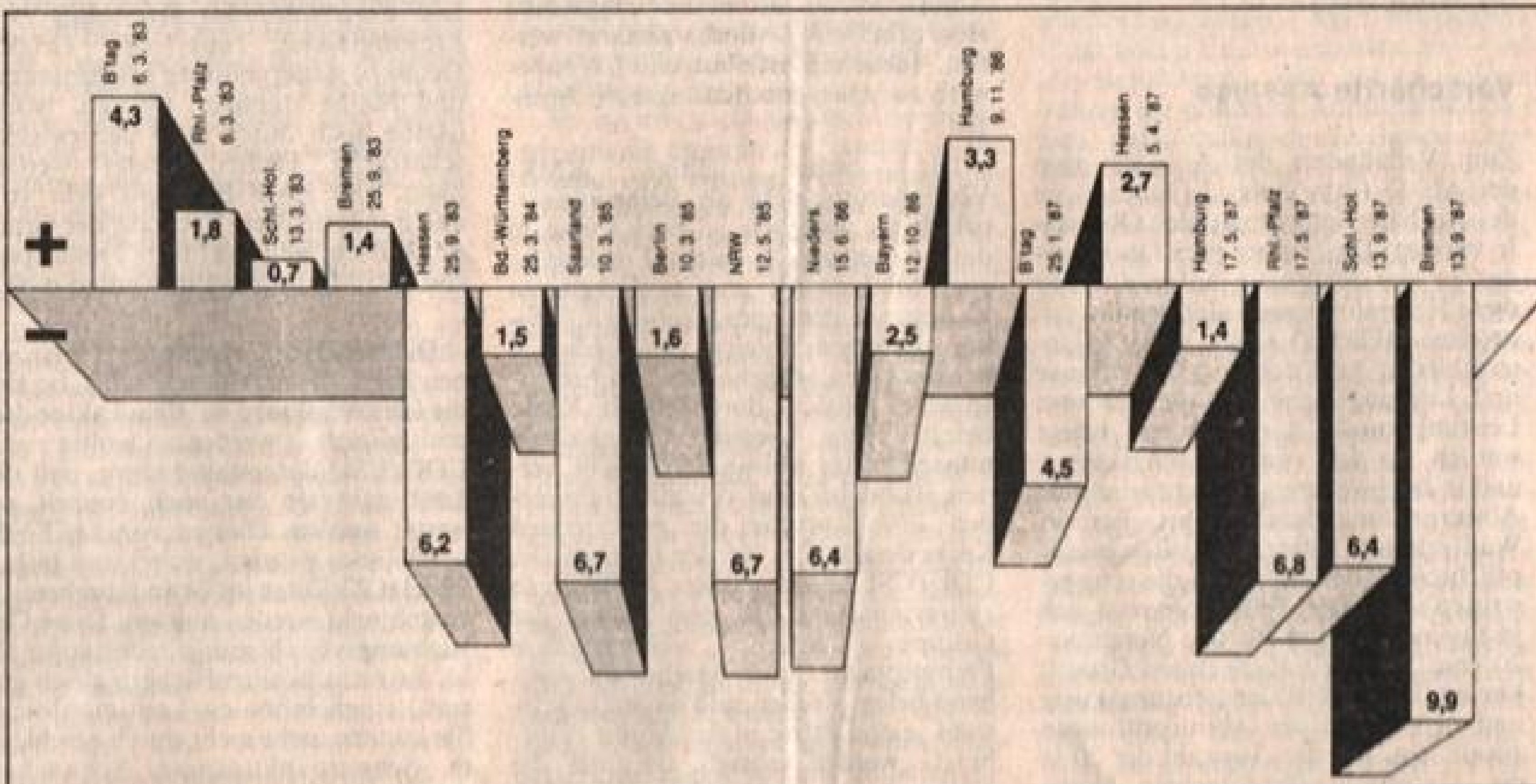
1. Es gibt eine Vertrauenskrise. Darunter wird verstanden, daß ,,*Machtkampf und Machtstreben die Oberhand gewinnen (...) Zugleich erleben wir eine Abkehr der Menschen aus der Politik, wie sie sich heute darstellt. Wahlenthaltung, abnehmendes Interesse an politischen Vorgängen und der Verfall des Ansehens der Politik sind Symptome dieser Entwicklung. Sie geben Anlaß zur Sorge.*'' 10 Monate nach der letzten Bundestagswahl und zwei Monate nach Schleswig-Holstein sorgt sich derart Kurt Biedenkopf, kluges enfant terrible der CDU; und er liegt — diesmal — ganz auf offizieller CDU-Linie.

2. Vor allem aber gibt es, in Geißlers Worten, eine ,,Bewußtseinskrise''. Soll heißen: Die Christdemokraten stecken ,,*in einer tiefgehenden Identitätskrise über die Rolle der Partei in Zeiten christdemokratischer Regierungsmacht*'' (so die Frankfurter Rundschau, 11.11.87). *Diese* Krise hat zwei Aspekte: Zum einen ist vielen nicht recht klar, was denn die Union eigentlich unterscheidet von der FDP einerseits, von der SPD andererseits. Was, so Parteikritiker Biedenkopf, bedeutet denn die traditionsreiche Vorstellung, daß ,,*die Identität, das Besondere der Union*'' in einer Integration ,,*christlich-sozialen, liberalen und konservativen Gedankengutes*'' bestehen soll? (Von einer daraus abzuleitenden Politik ganz zu schweigen.) Momentan, so Biedenkopfs Resümee, fällt in der Union alles mögliche auseinander — hier Blüm und Süßmuth, dort Zimmermann — bzw. löst sich in das Koalitionstrio CDU-CSU-FDP auf. Zum anderen besteht die Identitätskrise gerade darin, daß statt durch eine attraktive und schlüssige Gesamt-Ideologie der Verein nur noch durch eins zusammengehalten wird: das Festhalten der Macht. — Und wie das aussehen kann, hat Barschel vorexerziert.

Helf's Gott

Die Therapien, die derzeit in CDU-Kreisen angeboten werden, sind dementsprechend. Da meldet sich prompt die klerikal-konservative Rechte zu Wort — wie etwa CDU-Vordenker Streithofen — und fordert in Zukunft wieder mehr ,, *,C' bei der CDU*'' (Hamburger Morgenpost, 9.11.87). Oder Ex-Bundespräsident Carstens propagiert die ,,*Wiedergewinnung der religiösen Dimension*'' in Gesellschaft, Staat und Politik: ,,*Die größte Gefahr, die unserer freiheitlichen Demokratie droht, sind nicht die vielen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen wir uns laufend beschäftigen, sondern ist das Fehlen innerer Bindungen an transzendentale Werte und an Gott.*'' (Handelsblatt, 30./31. 11. 87). Auf der anderen Seite des Unionsspektrums setzt sich der neue CDA-Vorsitzende Ulf Fink, Sozialsenator in West-Berlin, von jedem Traditionalismus ab: ,,*Wir müssen sensibel sein für die neuen Probleme. (...) Es gibt Fragen, die weit in die Zukunft reichen. Wir müssen ein Bild haben von der Gesellschaft, in der wir morgen leben werden und leben wollen. Die Zukunft gestalten, das heißt: Perspektiven und Leitbilder entwickeln für eine Zeit, die sich von unserer Gegenwart viel grundsätzlicher unterscheiden wird als die heutige Zeit von den 50er und 60er Jahren.*'' (FR, 22.10.87). Im Konkreten fallen die Vorschläge zu Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Gleichberechtigung usw. dann freilich recht altbacken aus und klar wird, worum es geht: Vor allem dürfen sie Staat und Wirtschaft nichts kosten.

Verluste und Gewinne . . .



Schönheitsreparaturen bis 88

Die eher pragmatischen Partei-Macher nehmen denn vorerst auch nur Reparaturarbeiten am Partei-Image vor. So Geißler, der schnell mal im November nach Chile fährt, um dort die Blüm'sche Sonderaktion in Sachen Menschenrechte neu aufzulegen. So Kohl und Stoltenberg, die die Erschütterung angesichts der schleswig-holsteiner Heimsuchung erklären, auch diverse Köpfe rollen lassen, ein gründliches Aufräumen aber verhindern. (Hat da doch tatsächlich der Sohn des konservativen Widerständlers gegen Hitler, Goerdeler, gefordert, ausnahmslos alle jetzigen CDU-Abgeordneten in Kiel sollten ausgetauscht werden! ,,*CDU-Chef Helmut Kohl widersprach der Empfehlung Goerdelers*'' — Hamburger Abendblatt, 8.12.87). Geißlers Parole vom Bundesparteitag im November 87 — ,,*Wir müssen schon schmerzhafte Arbeit leisten*'' (FR, 10.11.87) — ist denn auch keinesweg schon begleitet von dem allerorts geforderten ideologisch-programmatischen Aufschwung. ,,*Wir haben*'', so Geißler in Abgrenzung zur SPD, ,,*einen anderen Begriff der Solidarität. Wir haben möglicherweise sogar einen anderen Begriff der Freiheit. Wir haben mit Sicherheit einen anderen Begriff der Gerechtigkeit (...) wir wollen gerade mit diesem genuin christlich-demokratischen Gedankengut — verbunden mit neuen Ideen, neuen Inhalten — neue Wählerschichten gewinnen.*'' (Zeit, 18.9.87). Ah ja, alles ganz klar — oder ...? Wer's denn doch etwas genauer wissen möchte, wird auf den nächsten Bundesparteitag im Juni 1988 verwiesen. ,,*Das wird ein Programmparteitag, der sich mit drei großen Themen beschäftigen wird: Außenpolitik, moralische Grundlagen christlicher Politik und organisatorische Fragen.*'' (Hamburger Morgenpost, 5.12.87). Dort und dann sollen die Weichen gestellt werden für die CDU-Herrschaft — im Verbund mit der FDP — bis ins Jahr 2000 ...

Gedrückte Stimmung

Bei den nächsten Landtagswahlen (Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein) wird sich zeigen, ob die Vertröstung auf den Sommer 88 den gegenwärtigen Minus-Trend stoppen kann. Neben der Unzufriedenheit im gemeinen Wahlvolk ist immerhin schon heute eine bemerkenswerte Verstimmung gerade dort vorhanden, wo weniger Identitäts-Grübelei als berechenbare Politik verlangt wird. Recht drastisch attestierte der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Seipp, der Bundesregierung ,,*beunruhigende wirtschaftspolitische Abstinenz beziehungsweise Ratlosigkeit*'' sowie das Fehlen überzeugender Konzepte ,,*in nahezu allen großen Problembereichen*'' (FR, 27.11.87). Ähnlich äußerte sich der Chef der Dresdner Bank, Röller, und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, setzte nach: Er formulierte schlicht ,,*Enttäuschung über die Bundesregierung*'' (FR, 4.12.87).

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Bielefeld:

Rückzug im antifaschistischen Widerstand

Vor gut einem Jahr wurde öffentlich bekannt, daß die „Nationale Front" (NF) in Bielefeld ein bundesweites Zentrum aufbaut, das schnell zum Anknüpfungspunkt antifaschistischer Arbeit in Bielefeld wurde. In diesem Jahr ist es allerdings trotz zahlreicher Aktionen nicht gelungen, dieses Zentrum zu beseitigen und seine tragenden Kräfte nachhaltig zu schwächen, so daß sich in den diversen antifaschistischen Organisationen und Initiativen Bielefelds zunehmend Ratlosigkeit breitmacht, wie man weiter mit NF und „Freie Arbeiter Partei" (FAP) umgehen und wie antifaschistische Arbeit überhaupt aussehen soll. Die Haltung „Weg von der Fixierung auf das NF-Zentrum" greift um sich, der Sinn von Verbotsforderungen und Demonstrationen vor dem Zentrum wird zunehmend zur Disposition gestellt.

Noch im Frühjahr 1987 sah es so aus, als ob sich in Bielefeld eine starke antifaschistische Bewegung herausbilden könnte: Nach ersten Protestdemos, zahlreichen Mahnwachen der Nachbarschaftsinitiativen und autonomen Blockadeversuchen in der Bleichstraße kam es am 8.5. zu einer der größten Bielefelder Demonstrationen der letzten Jahre mit über 6.000 TeilnehmerInnen, deren Spektrum von SPD/DGB bis zu den Autonomen reichte (1). Vor dem Hintergrund dieser erfolgreichen Demonstration entstand das Projekt, am 17.10. in Bielefeld eine landesweite Demonstration für „Auflösung und Verbot aller faschistischen Organisationen" (2) durchzuführen. Zwar fand am 17.10. eine Demonstration statt, doch versammelten sich nur etwa 2.500 DemonstrantInnen (3), eine Zahl, die angesichts der ursprünglichen Erwartungen enttäuschend erscheint. Daß die antifaschistische Koordination dennoch von einem Erfolg spricht und sich mit der Mobilisierung hochzufrieden zeigte, ist nur vor dem Hintergrund der Spannungen und Zerwürfnisse zwischen den und innerhalb der verschiedenen Teile der antifaschistischen Bewegung in Bielefeld zu verstehen.

SPD und DGB tauchen ab

Sah es noch vor einem halben Jahr so aus, als ob SPD und DGB zum festen Bestandteil antifaschistischer Arbeit in Bielefeld werden sollten (die Demo am 8.5. wurde vom DGB initiierten „Arbeitskreis gegen Neofaschismus" we-

Sah es noch vor einem halben Jahr so aus, als ob SPD und DGB zum festen Bestandteil antifaschistischer Arbeit in Bielefeld werden sollten (die Demo am 8.5. wurde vom DGB initiierten „Arbeitskreis gegen Neofaschismus" wesentlich mitgetragen (1) und noch zur letzten Mahnwache vor der Sommerpause am 10.7. fanden sich einige sozialdemokratische örtliche Promis in der Bleichstraße ein (4), so gingen nach der Sommerpause SPD und DGB auf Distanz: keine Teilnahme an der landesweiten Antifa-Demo und keine Verbotsforderungen unter Berufung auf Art. 139 GG mehr, heißt die neue Richtlinie.

Chronologie

5.6.1987: bei einer Mahnwache (250 TeilnehmerInnen) werden drei DemonstrantInnen verletzt, weil die Polizei CS-Gas versprüht (33)

10.7.87: letzte Mahnwache vor der Sommerpause mit 600 TeilnehmerInnen und SPD-Prominenten. Die Faschisten hatten mobilisiert, doch die Polizei verhaftete 21 bereits bei Fahrzeugkontrollen und nochmals 42 beim Versuch, eine Gegendemonstratation zur Mahnwache durchzuführen. (34)

11.7.87: 1000 Personen nehmen am Kulturfest der Nachbarschaftsinitiative teil (35)

Juli: die Faschisten melden für die Zeit vom 4.9. bis zum 18.12.87 für jeden Freitag eine Mahnwache in der Bleichstraße an. (2)

22.8.87.: Bielefelder Faschisten marschieren in Wunsiedel zu Heß' Beerdigung auf. (36)

4.9.87: erste Mahnwache der Faschisten in der Bleichstraße (37)

11.9.87: 250 Personen nehmen an einer Demonstration gegen die Mahnwachen der Faschisten teil und ziehen trotz polizeilichen Verbots in die Bleichstraße. (38)

Ende September: das Stadtblatt vermutet, daß die Faschisten in Bielefeld ein weiteres Zentrum aufbauen. (39)

14./15.11.87: trotz Verbot hält die NF in der Bleichstraße ihren „Bundesparteitag" ab. (40)

Zwei Gründe scheinen ausschlaggebend für diesen Sinneswandel zu sein:
— der Druck der NRW-Parteiführung auf die Genossen vor Ort,
— gerichtliche Erfolge der Neonazis gegen SPD-Klagen.

Zum ersten Grund: Hatte der DGB noch in einem Flugblatt zur Demonstration am 8.5. „das Verbot der NF, der FAP und aller neofaschistischen Organisationen" gefordert (1), so konterte SPD-Innenminister Schnoor bei der Vorlage des NRW-Verfassungsschutzberichts schon am 11.5., daß es keine Chance auf ein Verbot der FAP gebe, weil Zimmermann diese Partei nicht für verfassungsfeindlich halte (5).

Am 4.6. besuchte Schnoor dann höchstpersönlich Bielefeld, um die widerspenstigen SPDler wieder auf Linie zu bringen: Diese hatten nämlich die Dreistigkeit besessen, gestützt auf die Grundgesetzartikel 21 Abs. 2, Satz 22 und 139 von der SPD-Landesregierung das Verbot von NF und FAP zu fordern (6). Schnoor wies diese anmaßende Forderung schroff zurück und betonte ausdrücklich, daß Parteiverbote keine Probleme lösen würden, die uns doch alle angehen. Statt dessen warnte Schnoor vor der Zusammenarbeit mit Kommunisten, da man mit denen in der Weimarer Republik schlechte Erfahrungen gemacht habe (7). Zufrieden schwärmte das rechte Westfalenblatt von „einer Ohrfeige für die Bielefelder Sozialdemokraten" (8), eine Ohrfeige, die in der SPD Wirkung zeigte, denn im sozialdemokratischen Milieu setzte eine Diskussion um Aktionsformen und den Sinn von Verbotsforderungen ein.

Den Auftakt bildete ein im Stadtblatt publizierter Artikel des Bielefelder Pädagogik-Profs Heitmeyer, der das „Demonstrationsritual (...) vor allem des DGB", das Resolutionsritual von SPD und Grünen und die „Verbotsformel als Handlungsersatz" einer scharfen Kritik unterzog. Wenn man schon demonstrieren und Mahnwachen abhalten müsse, dann doch bitte vor dem Rathaus und Polizeipräsidium, damit die Polizei endlich von der „Rolle des Schlichters" zwischen Neonazis und Demonstranten befreit „und zur peniblen Anwendung des antifaschistischen Kerns der Verfassung gedrängt werden" könne. Und die SPD solle auf Resolutionen und Verbotsforderungen verzichten und statt dessen lieber mehr Geld für Jugendarbeit locker machen (9).

zur peniblen Anwendung des antifaschistischen Kerns der Verfassung gedrängt werden" könne. Und die SPD solle auf Resolutionen und Verbotsforderungen verzichten und statt dessen lieber mehr Geld für Jugendarbeit

Anfang September dann ein weiterer Rückschlag für die bisherige SPD-Politik: Nachdem NF und FAP am 20.4. in ihrem Zentrum (Bleichstraße 143) Hitlers Geburtstag gefeiert hatten (1), erstatteten u.a. die beiden Bundestagsabgeordenten Günter Rixe (SPD) und Antje Vollmer (Grüne) Strafanzeige gegen die NF. Anfang September stellte die Dortmunder Staatsanwaltschaft das Verfahren ein: Die NF sei keine kriminelle Vereinigung und ihr Transparent „XX.IV.-Feiern ist gut" enthalte keine Äußerung, „deren Inhalt gegen die FDGO und den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist" (10).

Mitte September distanzierte sich dann die Bielefelder ÖTV von der landesweiten für den 17.10. geplanten Demo. Öffentliche Begründung: „Politrocker" und „Politbanausen" wollen, daß es zu Ausschreitungen kommt. Eine gewaltfreie Demonstration ist deshalb nicht gewährleistet (11). Der DGB setzte das völlig substanzlose Gerücht in die Welt, die Autonomen wollten mit auswärtiger Unterstützung am 17.10. das NF-Zentrum im Schutz einer Großdemo stürmen.

Umstritten war mittlerweile auch die Forderung, der Stadtrat solle auf der Grundlage des Art. 139 GG das NF-Zentrum schließen, denn: „*Jeden Prozeß, den wir gegen die Neonazis verlieren, wertet diese in einem Maße auf, das unverantwortlich ist.*" (12) Konsensfähig blieb lediglich ein unverbindlicher Appell an Innenminister Schnoor, er möge doch NF und FAP mit einem Verbot belegen (11). Neues Motto in der Antifa-Arbeit des DGB, das das Abtauchen des sozialdemokratischen Spektrums auf den Punkt bringt: „*Der beste Kampf gegen die Neonazis ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche.*" Die Entwicklung von SPD und DGB faßt Annelie Buntenbach von den Grünen zusammen: „*Seit dem Frühsommer wird von der SPD gegen außerparlamentarische Zusammenarbeit und die Anwendung des Art. 139 GG in Bielefeld eine Mauer nach der anderen aufgebaut, durch die wir bislang nicht durchkommen.*" (13)

Die „neue" sozialdemokratische Politik besteht aber nicht nur im Rückzug, sondern auch in altbekannter bewußter Gegenmobilisierung, vor allem zur Demo am 17.10.: Zur allgemeinen Überraschung wandte sich Ende September/Anfang Oktober die SPD der Verhinderung des für den 16.10. geplanten NPD-Kreisparteitages zu. Sie verweigerte der NPD städtische Räume — seltsamerweise wieder unter Berufung auf Art. 139 GG —, unterlag vorm Verwaltungsgericht Minden, ließ aber verlautbaren, man werde durch alle Instanzen gehen und „sollte die NPD auch in letzter Instanz Recht bekommen, so kündigen wir jetzt schon eine Großdemonstration gegen die dann vorgesehene NPD-Veranstaltung an." (14) Erst am 14.10. entschied das OVG Münster, daß die Stadt der NPD keine Räume zur Verfügung stellen brauche, so daß die SPD von der Unannehmlichkeit befreit wurde, am Ort des Geschehens demonstrieren zu müssen.

Der grüne Streit um die Verbotsforderung

Noch am 10.9. forderten die Grünen ein Verbot von NF und FAP sowie die sofortige Schließung des Faschistenzentrums (15) und am 17.9. folgte im Rathaus eine Demonstration für die sofortige Schließung des NF-Zentrums (16). Gegen die Verbotsforderung wandte sich schon kurze Zeit später öffentlich der Bielefelder Rechtsanwalt Uwe Günther, derzeit Justiziar der grünen Bundestagsfraktion (17). Seine Hauptargumente waren:

— Der konservativ-reaktionäre Polizei- und Justizapparat werde das Verbot praktisch unterlaufen.

— Da der Art. 21 Abs. 2 GG (als Grundlage für ein Verbot) nicht konkretisierbar sei, müsse das Bundesverfassungsgericht die politische Entscheidung treffen, was und wer gegen die FDGO verstoße, „eine Funktion, die nach unserem Verständnis den BürgerInnen der BRD zukommt."

— Auch ein Verbot der FAP nach Art. 139 GG komme nicht in Frage, zum einen, weil eine Aufwertung alliierter Rechtsvorschriften den Geltungsbereich des GG einschränke, zum anderen, weil die FAP keine Nachfolgeorganisation der NSDAP sei: zwischen beiden gebe es keine personelle und organisatorische Kontinuität, also sei es willkürlich, die FAP als Nachfolgeorganisation der NSDAP zu bezeichnen, nur „weil im ideologischen Gebräu der FAP Versatzstücke der NSDAP enthalten sind."

zum einen, weil eine Aufwertung alliierter Rechtsvorschriften den Geltungsbereich des GG einschränke, zum anderen, weil die FAP keine Nachfolgeorganisation der NSDAP sei: zwischen beiden gebe es keine personelle

— Die Polizei würde im Verbotsfalle Probleme haben, den zu verfolgenden Personenkreis genau zu umfassen. Die FAP wiederum würde sich wehren (durch Untertauchen, Gründung neuer Organisationen und Instrumentalisierung der Justiz als politische Bühne).

— Man könne nicht gleichzeitig ein Verbot der FAP und die Auflösung des Verfassungsschutzes fordern.

— Die Verbotsforderung sei Zeichen eines „hilflosen Antifaschismus", weil sie an die Stelle politischer Überzeugungsarbeit staatliche Repression setze. Ein Verbot verhindere eine öffentliche Diskussion über die Inhalte faschistischer Politik und so einen Wandel politischer Einstellungen und den Abbau von Vorurteilen.

— Heute erzwinge die Verbotsforderung eine „Koalition" mit dem Bundesverfassungsgericht oder der Bundesregierung, die ihren Preis habe: „Es könnte durchaus politisches Kalkül der Bundesregierung sein, sich für ein FAP-Verbot einzusetzen mit dem Ziel, sich optisch von den militanten Rechten abzusetzen, um so mit dem Segen der Linken seriöse rechtsradikale Politik zu betreiben."

Gegenposition bezog kurze Zeit später Annelie Buntenbach aus der grünen Ratsfraktion, die — unter Berufung auf Art. 139 GG, aber nicht auf Art. 21 GG — die Forderung nach einem Verbot von NF und FAP verteidigte (18). Ihre wesentlichen Argumente:

— Ein Verbot behindere die Öffentlichkeitsarbeit der Faschos und die Rekrutierung neuer Jugendlicher, es würde die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus eher fördern als behindern.

— Wer den Staat zur Repression gegen rechts auffordere, legitimiere nicht automatisch die staatliche Unterdrückung der radikalen Linken, denn „der Staat braucht nicht die Rechtfertigung unserer Kampagne für ein Verbot faschistischer Betätigung, um gegen links vorzugehen."

— Wenn die herrschende Lehrmeinung in der Rechtsprechung sich gegen ein Verbot von NF und FAP wende, so sei das Folge einer politischen Kräftekonstellation, die auch von der Stärke antifaschistischer Bewegung abhänge, also wandelbar sei.

— Die Verbotsforderung „ist der Versuch, diesem Staat eine ‚antifaschistische Grundhaltung' abzutrotzen, die er aktuell in der Tat nicht hat", ein Versuch, der „einige Charakterzüge dieses Staates (z.B. ‚Asylantenflut'-Kampagne, Antikommunismus als westdeutsche Staatsreligion, ...) offenkundig" machen werde.

— Die Berufung auf Art. 139 GG und damit „der Rückbezug auf Besatzungsrecht" sei zwar „unglücklich und lediglich eine Krücke", andererseits sei die „Geltung des GG" „kein Wert an sich."

— Die „faschistische Zielsetzung" von NF und FAP mache diese Organisationen eindeutig zu NSDAP-Nachfolgeorganisationen.

— Die Behauptung, Forderungen an einen ungeliebten Staat wiesen ihm noch mehr Funktionen zu und würden ihn dadurch legitimieren, „ist ein uraltes, ebenso abstraktes wie falsches Argument". Vielmehr sei die Verbotsforderung „Teil eines Versuchs, das Kräfteverhältnis gegen die rechtskonservative Wende zu verändern." Natürlich könne man antifaschistische Arbeit nicht auf Verbotsforderung reduzieren, da dies in eine Sackgasse führe. Es müsse auch darum gehen, „Ausländerfeindlichkeit und dem Wiedererstarken einer ‚deutschnationalen Identität' im Zuge der rechtskonservativen Wende theoretisch und praktisch etwas entgegenzusetzen" (freie Flüchtlingsstadt, Ausländerwahlrecht). Da Arbeits- und Perspektivlosigkeit die Übernahme faschistischer Ideen begünstige, müsse auch hier etwas unternommen werden. Des weiteren müsse man immer wieder die Verbindungen zwischen faschistischer Ideologie und „normalem rechtskonservativen Gedankengut" aufzeigen und die Jugend- und Sozialarbeit intensivieren.

Die Autonomen

Die Autonomen nehmen für sich in Anspruch, ihre antifaschistische Arbeit

Die Autonomen

Die Autonomen nehmen für sich in Anspruch, ihre antifaschistische Arbeit als erste in Bielefeld von der ausschließlichen Fixierung auf das NF-Zentrum gelöst zu haben. Schon Ende 1986 wiesen sie in einem Flugblatt auf die Anknüpfungspunkte faschistischer Ideologie im rechten bürgerlichen Gedankengut hin: Rassismus und Antikommunismus (in der gesellschaftlichen Praxis: Hetze gegen Asylanten, Antiterrorkampagnen, Forderung nach Freiheit für Rudolf Heß, Verschärfung des § 218 und dem Offenhalten der „deutschen Frage"), an denen faschistische Politik einhaken könne. Gefordert wurden deshalb nicht nur „viele faschistenfreie Zonen", sondern auch die Öffnung der Grenzen für alle Flüchtlinge. Dabei habe autonomer Antifaschismus als Ziele:

— Zerschlagung oder zumindest Schwächung der Faschistenorganisationen bei Verzicht auf Verbotsforderungen gegenüber Staat und Parteien,

— „der reaktionären Mobilisierung" entgegenzutreten,

— die „faschistische Praxis des Staates zu demaskieren",

— eigene Lebensräume zu verteidigen und auszubauen und die eigene Organisierung zu verbessern.

Nachdem die Bullenaktion gegen das AJZ am 27.3.1987 im Anschluß an einen autonomen Blockadeversuch in der Bleichstraße (19) gezeigt hatte, daß das erste Ziel, die Zerschlagung von NF und FAP in Bielefeld zur Zeit wenig Chancen hat, weil sich die Faschisten auf staatlichen Schutz fest verlassen können, scheint das NF-Zentrum zugunsten der anderen Ziele schrittweise in den Hintergrund autonomer Antifa-Arbeit zu rücken. Bereits auf der Großdemonstration vom 8.5. ging es den Autonomen nicht nur um das NF-Zentrum, (19) sondern bei einer kleinen Aktion gegen ein Café, dem Diskriminierung von Minderheiten und Ausländern vorgeworfen wurde, (20) vor allem um die Thematisierung des „ganz normalen Faschismus" in der BRD, der sich hinter „der Maske bürgerlich-kapitalistischer Normalität" verberge und sich gegen Minderheiten richte. (22) Zwei Themen nahmen dann vor und nach der Demo vom 17.10. auf den Diskussionen des autonomen Antifa-Plenums breiten Raum ein: zum einen wurde über die Frage gestritten, wie man mit Vergewaltigern in den eigenen Reihen umgehen muß.(23) Zum anderen entzündete sich zwischen Autonomen und „Antiimpis" eine hitzige Debatte über das Verhältnis der heutigen radikalen Linken zur RAF (Einschätzung der „Offensive" der RAF 1977, RAF und staatliche Repression, inhaltliches Verhältnis zur RAF), wobei nur die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen und nach Freilassung von Günther Sonnenberg konsensfähig war.

Im autonomen Redebeitrag am 17.10. wurde dann an die Stammheimer Ereignisse vor zehn Jahren erinnert: zum Anknüpfungspunkt zwischen RAF und autonomer Antifa-Arbeit in Bielefeld wurde die staatliche Repression, die sowohl die RAF traf und treffe und die heute auch in der Kriminalisierung autonomer AntifaschistInnen bestehe (Prozesse im Zusammenhang mit der Bullenaktion

rung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen und nach Freilassung von Günther Sonnenberg konsensfähig war.
Im autonomen Redebeitrag am 17.10. wurde dann an die Stammhei-

Fortsetzung nächste Seite

Nachbarschaftsinitiative streitet über ihre Mahnwachen

Noch Mitte Juli 1987 zog einer ihrer Sprecher (Jochen Kollmer von der DKP) eine insgesamt positive Bilanz der Mahnwachen: sie hätten auf das NF-Zentrum aufmerksam gemacht und es isoliert, Faschistentreffen seien behindert worden. Auf der Grundlage des Art. 139 GG forderte er ein Versammlungsverbot für die Neonazis und eine bessere Jugendarbeit, aber „das kann doch nicht heißen, deswegen keine Aktionen gegen das Haus mehr durchzuführen." (2) Mitte September wurde dann offen sichtbar, daß diese Haltung in der Nachbarschaftsinitiative mittlerweile hart umkämpft ist, denn Pfarrer Schröder (ein weiterer Sprecher der Nachbarschaftsinitiative) trat von seinem Amt zurück. Begründung: Mahnwachen machten Faschisten nur zu Märtyrern und außerdem könnten sie sich gegenüber den mittlerweile demonstrationsmüden Nachbarn als Hort von Ruhe und Ordnung aufspielen. Des Pfarrers Alternative: breitere Basis für Antifa-Arbeit, getragen vom DBG.(28) Am 13.11.87 fand erneut eine Mahnwache der Nachbarschaftsinitiative in der Bleichstraße statt.

NF soll zwischen Kühnentreuen und -gegnern vermitteln

Vom 25.—27.6. wollten sich im NF-Zentrum die Spitzen der ANS/NA-Nachfolgeorganisationen treffen, um „die Spaltung der Bewegung" zu überwinden: Christian Worch als Führer der Kühnentreuen und Jürgen Mosler an der Spitze der FAP-Abordnung (29). Anlaß der Spaltung war die Frage, ob Faschisten schwul sein dürfen oder nicht. In Worchs Einladungsschreiben wurde das NF-Zentrum als „neutraler Boden" bezeichnet, obwohl NF und FAP in Bielefeld eigentlich zum kühnentreuen Lager gehören, d.h. das NF-Zentrum in Bielefeld steht für die bundesweite rechtsradikale Szene offenbar im Ruf einer gruppenübergreifenden Schlichtungsinstanz. (30) Am 26.6. sagte Worch dann aber das Treffen ab, weil die Stadt mit einem Verbot gedroht hatte; der als Versammlungsraum vorgesehene braune Holzschuppen (er brannte am 29.9. ab) (31) erfülle die baurechtlichen Bedingungen nicht. (32)

Beschlagnahme des „Info" aufgehoben

Durch Beschluß des Oberlandesgerichts Schleswig-Holstein vom 30.10.87 wurde die am 18.8. verfügte Beschlagnahme des von Pieter Bakker Schut herausgegebenen Buches ,,das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973-1977'' aufgehoben. Generalbundesanwalt Rebmann hatte zuvor, spöttelt Bakker Schut in einer Presseerklärung, ,,mit der umfangreichsten Zensurmaßnahme der Nachkriegszeit (der Durchsuchung von ca. 400 Buchhandlungen in der BRD) unbeabsichtigt (...) für größtmögliche Publizität für dies (...) Buch gesorgt.''

Der breite öffentliche Protest ließen es dem Staatsschutz als nicht opportun erscheinen, die Beschlagnahme in ein Verbot umzuwandeln. Nach der Beschlagnahmeaktion hatte sich eine Initiative von ca. 80 Verlegern und Buchhändlern bereiterklärt, das Buch wieder herauszugeben; Protest gab es auf der Frankfurter Buchmesse und in den niederländischen Medien; der niederländische Außenminister ersuchte die BRD offiziell um ,,Aufklärung''.

Das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht begründete die Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses damit, daß dem ,,beschlagnahmten Druckerzeugnis keine werbende oder unterstützende Aussage für eine terroristische Vereinigung zu entnehmen sei''. Eine Anwendung der Strafvorschrift nach § 129a sei nur dann gerechtfertigt, wenn ,,die eine Unterstützung der Organisation, ihrer Bestrebungen oder ihrer Tätigkeit bezweckende Zielrichtung (...) eindeutig erkennbar'' sei. Bei der Prüfung der Frage, ob eine solche Zielrichtung bestehe, komme es darauf an, ,,ob der Publizierende selbst eindeutig werbe oder unterstütze, nicht aber auf die werbende oder unterstützende Wirkung des veröffentlichten fremden Textes als solchen. (...) Veröffentlichungen aus sozialadäquaten Gründen — etwa Presseberichterstattungen, Dokumentationen, wissenschaftliche Publikationen — seien, weil eine Zielrichtung fehle, selbst dann nicht verboten, wenn zum Zwecke der Darstellung Texte zitiert wurden, die, für sich genommen, propagandistischen Charakter hätten.'' (Pressemitteilung des Pressereferenten des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts vom 3.11.87).

Eine ganz andere Auffassung vertrat, wie erst im Zusammenhang der Aufhebung der Beschlagnahme bekannt wurde, der Präsident des Staatsschutzsenats beim Oberlandesgericht Frankfurt, der als Zensurrichter für Gefangene aus der RAF die Aushändigung von Bakker Schuts Buch ,,Stammheim. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion'' untersagte. Pikanterweise handelt es sich bei diesem Buch um die Promotionsschrift von Bakker Schut, die von einer Kommission angenommen wurde, der u.a. ein westdeutscher Hochschulprofessor für Staatsrecht angehörte. Gänzlich unbeeindruckt begründete der Zensurrichter sein Verbot der Weitergabe mit der Feststellung, es fehle der Schrift an ,,der erforderlichen wissenschaftlichen Objektivität, die man von einer Dissertation erwarten dürfte (...)''. (Beschluß des OLG Frankfurt vom 22.6.87).

„Arbeit macht frei" als „wertfrei" zu verstehen

Vor dem Butzbacher Amtsgericht endete am 2.11.87 die Hauptverhandlung gegen einen Beamten der Justizvollzugsanstalt Butzbach, dem Beleidigung und Rassendiskriminierung zur Last gelegt wurden, mit einem Freispruch. Der Beamte soll im Mai 1986 zu einem Angehörigen der Roma-Volksgruppe gesagt haben: ,,Arbeit macht frei, du weißt doch, wo das gestanden hat.''

Der Angeklagte bestritt, eine solche Äußerung überhaupt gemacht zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß er vor der Anstaltsleitung nicht bestritten hatte, sich in dieser Weise geäußert zu haben. Der Richter schloß sich dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft und der beiden Nebenkläger in seinem Urteil soweit an, daß der Satz ,,Arbeit macht frei'' geäußert worden sei, der Nachsatz: ,,Du weißt doch, wo das gestanden hat'' aber nicht unbedingt. Der als bewiesen angenommene erste Teil der Äußerung — ,,Arbeit macht frei'' — sei jedoch, so die Begründung des Freispruchs, als allgemeine Redewendung aufzufassen und gewissermaßen ,,wertfrei''.

Der ,,wertfreie'' Satz ,,Arbeit macht frei'' stand über dem Eingangstor des Vernichtungslagers Auschwitz, einem der Lager, in denen über eine halbe Million Sinti und Roma umgebracht wurden.



Buchhändler wegen „Radikal"-Vertrieb verurteilt

Am 2.12.87 wurde der Buchhändler Harald Krämer des Bonner ,,buchladen 46'' vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf drei Jahre Bewährung, einer Geldbuße von 800.- DM und zur Übernahme der Gerichtskosten verurteilt. Ihm wurde der Verkauf von zehn Exemplaren der Zeitschrift ,,Radikal'' Nr. 132 zur Last gelegt. Obwohl nur deren Postauslieferung an den Buchladen nachgewiesen war und eine polizeiliche Durchsuchung des Ladens ergebnislos blieb, folgerte das Gericht, die ,,Radikal'' sei zwischen Auslieferung und Durchsuchung ,,offensichtlich'' verkauft worden.

Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die beiden anderen Gesellschafter des Ladens war abgelehnt worden, weil ihnen eine ,,positive Kenntnis'' vom Inhalt der Zeitschrift nicht nachzuweisen war. Dieses Wissen wurde jetzt dem Verurteilten allein deshalb unterstellt, weil er einen als Kunden getarnten Zivi über Problem des ,,Radikal''-Vertriebs informierte, die zuvor in der ,,taz'' und an anderer Stelle nachzulesen waren.

,,Diese aberwitzige Beweisführung nach dem Motto ,Im Zweifel gegen den Angeklagten' '', heißt es in einer Presseerklärung der Grünen, ,,stellt einen der Höhepunkte einer breit angelegten Einschüchterungs- und Kriminalisierungskampagne gegen zahlreiche Buchhändler und Verkäufer der ,Radikal' Nr. 132 dar.''

Nach der Verurteilung eines Handverkäufers aus Hanau im Mai 1987 zu sieben Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung ist die Verurteilung Harald Krämers die zweite bekannt gewordene Freiheitsstrafe wg. ,,Radikal''. Einige Verfahren in dieser Sache wurden eingestellt, etliche Anklagen (davon allein vier gegen Hamburger Buchläden) laufen.

Mit ihrer Verfolgungskampagne beabsichtigt die Bundesanwaltschaft nicht allein, Diskussionszusammenhänge der Linken zu zerschlagen und eine Selbstdarstellung militanter Gruppen nebst Erläuterung ihrer Aktionen zu unterbinden. Es wird ebenfalls den Buchhändlern die Verpflichtung auferlegt, die zum Verkauf stehenden Schriften inhaltlich genau zu kennen und sich eine eigene Rechtsabteilung zuzulegen, die das Verkaufsangebot nach jeweils aktueller Gesetzeslage zensiert.

buchladen 46

Am 2. Dezember 1987 wurde Harald Krämer, Buchhändler und Gesellschafter im Buchladen 46, Bonn, vor dem 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf zu ei-

3. Die von dem Beschuldigten vorgetragene Tatsache, er sei zur fraglichen Zeit arbeitslos gemeldet gewesen, könne als entlastendes Faktum nicht aner-

sei''. Eine Anwendung der Strafvorschrift nach § 129a sei nur dann gerechtfertigt, wenn ,,die eine Unterstützung der Organisation, ihrer Bestrebungen oder ihrer Tätigkeit bezweckende Zielrichtung (...) eindeutig erkennbar'' sei. Bei der Prüfung der

richter sein Verbot der Weitergabe mit der Feststellung, es fehle der Schrift an ,,der erforderlichen wissenschaftlichen Objektivität, die man von einer Dissertation erwarten dürfte (...)''. (Beschluß des OLG Frankfurt vom 22.6.87).

frei'' stand über dem Eingangstor des Vernichtungslagers Auschwitz, einem der Lager, in denen über eine halbe Million Sinti und Roma umgebracht wurden.



buchladen 46

Am 2. Dezember 1987 wurde Harald Krämer, Buchhändler und Gesellschafter im Buchladen 46, Bonn, vor dem 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf drei Jahre Bewährung, einer Geldstrafe von 800,- DM und der Übernahme der Gerichtskosten verurteilt. Begründung: „Werbung für die terroristische Vereinigung RAF" (§ 129a) wegen Verbreitung von 10 Exemplaren der Zeitschrift „radikal 132".

Zur Vorgeschichte des Verfahrens: Am 24. Juli 1986 beschlagnahmte das BKA bei der Hauptpost Bielefeld Pakete, in denen die „radikal 132" verschickt werden sollte. Gegen die Empfänger der am Vortag schon ausgelieferten Sendungen wurden mehr als 80 Ermittlungsverfahren wegen „Werbung für und Unterstützung der terroristischen Vereinigungen RAF und RZ" eingeleitet. Betroffen waren insbesondere Buchläden, aber auch MitarbeiterInnen von Kneipen, Cafes, Lebensmittelläden, Bäckereien der linken und alternativen „Szene". Drei Verfahren wurden auch gegen uns eingeleitet.

Am 1. August 1986 versuchten zwei Beamte des Bonner 14. Kommissariats in Zivil, die „radikal" in unserer Zeitschriftenauslage zu finden. Das war erfolglos. Am 9. Oktober 1986 fragte ein anderer Zivilpolizist nach der „radikal". Im Prozeß gab er an, in dem wenige Sätze umfassenden Gespräch mit einem mutmaßlichen Verkäufer sei von Bezugs- und Zahlungsschwierigkeiten die Rede gewesen. Außerdem sei der Name „Kopenhagen" gefallen. (Die betreffende Ausgabe hatte einen Kopenhagener Absenderstempel.)

Im Oktober 1987 wurden die Verfahren gegen Holger Schwab und Klaus Zobel vom OLG aus zwei Gründen eingestellt: 1. Selbst wenn sie die „radikal 132" verkauft hätte, sei in der Hauptverhandlung nicht der Nachweis zu führen, daß sie „positive Kenntnis vom Inhalt" dieser Nummer gehabt hätten. 2. Außerdem sei denkbar, daß sie in der fraglichen Zeit (23. Juli bis 1. August 1986) wegen Krankheit, Urlaub oder aus sonstigen Gründen überhaupt nicht im Laden gewesen waren.

Gleichzeitig eröffnete das Gericht die Hauptverhandlung gegen Harald Krämer, die am 2.12.1987 mit einer Verurteilung endete.

Das Gericht begründete den Urteilsspruch folgendermaßen:

1. Die „radikal 132" sei von der Post im Buchladen 46 zugestellt worden und bei einer „Nachschau" durch Beamte des 14. K. nicht gefunden worden. „Offensichtlich" sei die Zeitung also in diesem Zeitraum verkauft worden.
2. Der Angeklagte sei im Prozeß als derjenige identifiziert worden, der am 9.10.1986 das Gespräch mit dem Zivilpolizisten geführt habe. Wer u.a. gewußt habe, daß die „radikal 132" einen Kopenhagener Absenderstempel getragen habe, müsse auch Kenntnis vom Inhalt der Zeitschrift gehabt haben und folglich den Inhalt zumindest gebilligt haben.
3. Die von dem Beschuldigten vorgetragene Tatsache, er sei zur fraglichen Zeit arbeitslos gemeldet gewesen, könne als entlastendes Faktum nicht anerkannt werden.
4. Außerdem sei davon auszugehen, daß in einem „Tendenzbetrieb" wie dem Buchladen 46 alle Mitarbeiter den Inhalt der zum Verkauf angebotenen Bücher und Zeitschriften kennen (müßten).
5. Da der Buchladen 46 ein Kollektivbetrieb sei, sei Harald Krämer in jedem Fall verantwortlich für den Verkauf der Zeitschriften, durch wen auch immer er erfolgt sei. (In einem zusätzlichen Beweisantrag hatte der Senat den Tatvorwurf von der „Einzeltäterschaft" auf die „gemeinschaftliche Täterschaft" ausgedehnt.)

Im nachhinein kann festgestellt werden, daß das Gericht keinerlei entlastende Tatsachen anerkannt hat:

— Ein Paket wird zugestellt, eine Woche später wird die Zeitschrift im Buchladen 46 nicht gefunden — also hat „offensichtlich" (!) ein Verkauf stattgefunden. (Daß Bücher, Zeitschriften, Flugblätter und sonstiges Zugeschicktes oft überhaupt nicht erst in den Verkauf, sondern in die Mülltonne gehen, wurde vom Gericht nicht in Betracht gezogen.)

— Aus der Aussage des Polizeizeugen, im Gespräch sei der Name „Kopenhagen" gefallen, auf eine Mitwisserschaft bzgl. Herkunft und Inhalt der „radikal" zu schließen, ist unverständlich. Bereits Monate vorher waren alle angeblich im Gespräch über die „radikal" geäußerten „Insider-Informationen" in öffentlich zugänglichen Zeitungen und Zeitschriften zu lesen. Ein Beleg unter anderen: In der Rubrik Zeitschriftenschau wurden in der taz („die tageszeitung") vom 31. Juli 1986 sämtliche angeblich nur Eingeweihten zugängliche Details über Bezugsweise und Bezugsadresse der „radikal 132" genannt.

— Was bei Holger Schwab und Klaus Zobel zu einer Einstellung des Verfahrens führte, wurde bei Harald Krämer nicht in Betracht gezogen, mit dem Argument: Wer von „Kopenhagen" weiß, muß den Inhalt kennen und deren Zielsetzung zumindest billigen.

Wir hatten den Ausgang des Prozesses vollkommen falsch eingeschätzt. Zuletzt wurden die beiden Buchhändlerinnen des Gießener Buchladens Kleine Freiheit freigesprochen, obwohl dort diverse Exemplare der „radikal" gefunden worden waren. Die meisten anderen Verfahren sind gar nicht erst eröffnet worden. Wir rechneten mit einem Freispruch, entsprechend abwartend war auch unsere Verteidigung. Da die 1. Instanz schon das OLG war, gibt es keine Berufungsinstanz mehr, in der es um Tatsachen und deren Bewertung geht. Der Bundesgerichtshof als Revisionsinstanz befaßt sich nur noch mit eventuellen Verfahrensfehlern und „Verstößen gegen die Denkgesetze". Wir haben Revision eingelegt.

(nach einem Flugblatt des Buchladen 46)

Freispruch im ersten Prozeß nach dem neuen § 130a

Mit der am 1.1.87 in Kraft getretenen Neuauflage des alten Paragraphen 130a wird unter Strafandrohung gestellt, wer ,,eine Schrift verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonstwie zugänglich macht'', die zu ,,rechtswidrigen Taten'' anleitet oder ,,nach ihrem Inhalt bestimmt ist'', die Bereitschaft zu solchen Taten zu wecken.

Das erste Verfahren nach dem neugefaßten § 130a traf die taz, die am 2.1.87 ein Schreiben der Gruppe ,,Revolutionäre für ein feuriges Fest'' in Auszügen dokumentiert hatte. Diese Gruppe hatte in der Vorweihnachtszeit Brandanschläge auf Hamburger Kaufhäuser und Banken verübt. In ihrem Schreiben äußerten sie eine Selbstkritik an ihrem Vorgehen, weil bei ihrer Aktion Menschenleben hätten gefährdet werden können. Und sie beschrieben detailliert, was an der Zusammensetzung der Brandsätze etc. falsch gewesen sei.

Für die Staatsanwaltschaft ein klarer Fall nach § 130a, eine Anleitung zu strafbarem Handeln. Wenn die taz-Dokumentation dieses Schreibens, entgegnet Verteidiger Ströbele, eine Anleitung zu Straftaten gewesen sei, dann müsse doch erst recht ein Verfahren gegen die ,,Bild''-Zeitung eingeleitet werden, die nach dem Tod Barschels ihren Lesern diverse Methoden vorgestellt hatte, wie man einen Menschen umbringt, ohne Spuren zu hinterlassen.

Das Gericht schloß sich dieser Argumentation an: Der Prozeßverlauf habe ergeben, daß die Veröffentlichung der Schreiben nicht mit einer Billigung von deren Inhalten gleichzusetzen sei. Auch sei die taz nicht — wie die Staatsanwaltschaft behauptet hatte — prädestiniert für den Abdruck solcher Schreiben, sondern eine von breiten Bevölkerungsschichten gelesene Zeitung. Die Auseinandersetzung der taz mit dem Terrorismus sei zwar drastisch, dies aber, so das Gericht, sei eine Frage der Ethik einer Zeitung und keine Frage des Strafrechts.

Fortsetzung von vorheriger Seite

vom 27.3.) (24) Bezogen auf die Rolle des NF-Zentrums und seine tragenden Organisationen in autonomer Antifa-Arbeit kann man bei Lektüre des autonomen Flugblattes zum 17.10. und angesichts der Äußerungen zur RAF den Eindruck gewinnen, daß das Faschistenzentrum immer weniger Anknüpfungspunkt und konkretes Zielobjekt für — verkürzt ausgedrückt — eine radikale Kritik an Staat und Kapital ist, sondern daß das NF-Zentrum immer mehr aus dem Blickfeld gerät: *,,Wir wollen den Blick der Menschen weg vom NF-Zentrum in der Bleichstraße hin zu diesem System führen, denn dort hat der Faschismus seine Wurzeln.''*(25) Wer aber das Augenmerk vom NF-Zentrum weglenken will, der will nicht mehr über das Faschistenzentrum den Blick auf dieses System lenken, sondern er erklärt deren Zentrum zum nebensächlichen Objekt, das für die eigene Politik relativ unwichtig geworden ist.

An der Demo beteilige man sich, obwohl man nach kontroverser Diskussion zu dem Schluß gekommen sei, daß die Verbotsforderung schädlich sei, weil sie,,bei vielen Menschen die Illusion auslöse, *so* den Faschismus besiegen zu können.'' Kritisiert wird jede Übertragung eigener Verantwortung an Staat und Parteien und der damit verbundene Verzicht auf Selbstorganisation. Wenn der Staat Faschistenorganisationen (z.B. ANS/NA) verbiete, dann nur, um ,,sich bei der Bevölkerung ins rechte Licht zu setzen,'' während sich die Faschisten sogar gestärkt neu organisieren könnten. (25) So klammerte denn auch der autonome Redebeitrag die Bielefelder Faschisten aus und sprach statt dessen (was angesichts der offenkundigen Verbindung zwischen der gegenwärtig herrschenden Politik und faschistischer Propaganda naheliegend ist) die staatliche Flüchtlingspolitik an (die Öffnung der Grenzen für alle Flüchtlinge wurde gefordert). Darüberhinaus stellte er eine Verbindung zwischen dem autonomen Antifaschismus und der Politik der RAF her, die nicht nur konstruiert ist, sondern sich praktisch verheerend auswirken würde.

Die Demo vom 17.10.87

Angesichts des Rückzugs der Sozialdemokraten aus der Antifa-Arbeit und des allgemeinen Streits um Aktionsformen und Verbotsforderungen, erschien allen Beteiligten eine Demo mit über 2.000 TeilnehmerInnen als Erfolg (26). Für einige Verwirrung sorgte das Auftreten der Polizei: nachdem sie zunächst halbherzig versucht hatte, den autonomen Block noch vor Erreichen des Sammelpunktes zu filzen, überraschte sie mit einem realsatirischen ,,Versöhnungsflugblatt'' (,,Kommunikation statt Konfrontation''): Schutz vor den Faschisten wurde versprochen und zum Dialog aufgerufen, ,,damit die Demonstration das bleibt, was mit ihr beabsichtigt ist. Demokratischer Widerstand gegen Faschismus. Alle Demokraten arbeiten in allen Bereichen auf der Grundlage der Verfassung zusammen. Unsere Interessen sind gleich.'' (27) Auf der Demonstration schlug sich dieser demokratische Dialog darin nieder, daß sich 25 Schupos als Kontaktbeamte frech in die Demo drängten, um DemonstrantInnen vollzulabern (3) (leider ließen sich viele darauf ein), während der zahlenmäßig recht starke autonome Block fast die gesamte Demonstration von einem SEK-Spalier begleitet wurde.

KB Bielefeld

Anmerkungen

1) vgl. AK Nr. 283 vom 1.6.1987
2) Stadtblatt (im folgenden zitiert als „StaBla") vom 16.7.1987
3) Neue Westfälische vom 19.10.1987
4) NW und Westfalenblatt vom 11.7.1987; sogar der Stadtrat hatte auf Antrag der Grünen mit den Stimmen von SPD/FDP zur Teilnahme an dieser Mahnwache aufgerufen, NW und WB vom 10.7.1987
5) NW vom 12.5.1986) StaBla vom 11.6.1987
7) NW vom 5.6.1987
8) WB vom 6.6.1987
9) StaBla vom 9.7.1987; W.H. ist Autor des in diesem Jahr erschienenen Buches „Rechtsextremistische Orientierung bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation", Weinheim/München
10) NW vom 2.9.1987
11) so der ÖTV Vorsitzende Baur, NW vom 15.9.1987; nur die ÖTV an der Uni-Bl bezog Gegenposition und beteiligte sich offen an der Demonstration vom 17.10.
12) so Marion Weike vom Rechtsamt der Stadt, NW vom 19.9.1987
13) StaBla vom 24.9.1987
14) so SPD-Unterbezirksgeschäftsführer Hans Hamann, NW vom 1.10.1987
15) NW vom 11.9.1987
16) NW vom 18.9.1987
17) StaBla vom 8.10.1987
18) StaBla vom 19.11.1987
19) vgl. AK Nr. 281 vom 6.4.87
20) dies dementierte allerdings der Chef des Cafés: die beklagten Diskriminierungen lägen über zehn Jahre zurück und hätten sich seitdem nicht mehr wiederholt, StaBla vom 21.5.1987
22) autonomes Flugblatt zum 8.5.1987
23) vgl. dazu ausführlicher „Unzertrennlich" von Sept./Okt.1987
24) NW vom 20. und 25.11.1987
25) autonomes Flugblatt zum 17.10.1987
26) NW vom 19.10.1987; die taz vom 19.10.1987 tippte gar auf 3000
27) Flugblatt des Bielefelder Polizeipräsidenten vom 17.10.1987
28) StaBla vom 17.9.1987
29) NW vom 25.6.1987
30) StaBla vom 25.6.1987
31) NW vom 30.9.1987
32) NW vom 27.6.1987
33) NW vom 10.6.1987
34) NW vom 11.7.1987
35) NW vom 13.7.1987
36) StaBla vom 27.8.1987
37) StaBla vom 10.9.1987
38) NW vom 12.9.1987
39) StaBla vom 24.9. und 1.10.1987
40) NW vom 20.11.1987

Grenzüberschreitungen

Friedensgespräche in Jordanien, Syrien, Israel und den besetzten Gebieten

von Dietrich Gaede

Weniger beachtet als die letzte Grünen-Reise nach Israel ist Anfang September eine Gruppe von sieben Mitgliedern der niederländischen, britischen und bundesdeutschen Friedensbewegung in Jordanien, Syrien, Israel, der Westbank und dem Gazastreifen unterwegs gewesen. Aus den über 60 Begegnungen dieser zweiwöchigen Reise geben die folgenden Artikel einen Teil der Eindrücke wieder. (1)

Die Reisegruppe

Alle Beteiligten haben bereits längere Erfahrungen mit dem Nahen Osten und sind seit Jahren in der Friedensfrage engagiert.

Sandra Ball stammt aus den USA, hat längere Zeit für die ,,Disarmament Campaigns'' gearbeitet, ist jetzt Sekretärin der Nahost-AG von Pax Christi Niederlande und Koordinatorin dieser Reise.

Wim Bartels war 15 Jahre Professor für internationale Beziehungen in Nijmegen und ist jetzt internationaler Sekretär des IKV und des Netzwerks der europäischen Friedensbewegungen IPCC (International Peace Communication and Cooperation Network).

Johannes Borgetto, Studentenpfarrer in Darmstadt, studierte Politik, Theo-

IPCC (International Peace Communication and Cooperation Network).
Johannes Borgetto, Studentenpfarrer in Darmstadt, studierte Politik, Theo-

logie und Erziehungswissenschaften, organisierte seit 1975 für Pax Christi sieben Studienreisen nach Israel. Als Teilzeitlehrer in Darmstadt engagiert in Friedensfragen, im christlich-moslemischen Dialog und der Arbeit mit Minderheiten.

Dietrich Gaede, Autor der Artikel auf diesen Seiten, studiert Politik und Geschichte mit den Schwerpunkten internationale Beziehungen und Friedensforschung in Hamburg. War 1975 zum erstenmal in Syrien, Jordanien und Israel und nach seinem Zivildienst von 1977-78 AS/F-Freiwilliger in Israel. Nach Kibbuzaufenthalt Arbeit in einem jüdisch-orthodoxen Kinderheim, in Yad ve Shem und einem französisch-arabischen Krankenhaus in Nazareth. Bei einem von Palästinensern verübten Bombenanschlag auf einen Reisebus mit AS/F-Freiwilligen in Nablus am 26.4.78 sterben die Freiwillige Susanne Zahn und sein Bruder Christoph Gaede, wie vier andere wird er selbst verletzt und ist seitdem schbehindert. Seit der Rückkehr in die BRD über AS/F in der Friedensbewegung engagiert.

Jan ter Laak arbeitete in der Religionsabteilung des niederländischen katholischen Rundfunks, bevor er Generalsekretär von Pax Christi Niederlande wurde. Er ist Mitglied des ,,Executive Board'' des IKV und Mitglied der niederländischen sozialdemokratischen Partei (Partij van de Arbeid).

Paul Oestreicher, Anglikaner und Quäker, seit 1986 ,,Director of the International Ministry at Coventry Cathedral''. 1931 als Sohn eines konvertierten Juden in Deutschland geboren; 1939 emigriert die Familie nach Neuseeland, die Familie des Vaters stirbt zum größten Teil im Holocaust. Nach Schulbesuch und Studienabschluß in Politik in Neuseeland geht der Pazifist und Kriegsdienstverweigerer nach Bonn und später nach Großbritannien, um weiter Politologie und Politik zu studieren. 1960 wird er Priester der Anglikanischen Kirche, produziert von 1961-64 für die BBC Radiosendungen über Israel, ist Gemeindepfarrer und bis 1986 Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des Britischen Rates der Kirchen. Von 1975-79 leitet er zudem die Arbeit von amnesty international in Großbritannien. Derzeit ist er Vizepräsident der ,,Campaign for Nuclear Disarmament ''(CND) und aktiv bei ,,European Nuclear Disarmament'' (END).

Manfred Zabel, Professor für theologische Anthropologie und Sozialethik am theologischen Seminar in Siegen, Mitglied des christlich-jüdischen Dialogs im Kirchentag, Mitglied in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit seit 1967, Mitglied der DFG-VK und seit 1972 der SPD; Ko-Autor des Buches ,,Friedensverantwortung der Kirchen''.

Das Stichwort ,,Nahost'' ist bei uns mit widersprüchlichen Assoziationen verbunden; hiesige Reaktionen auf den Golfkrieg oder die israelische Invasion in den Libanon oder der Umgang mit Flüchtlingen aus dieser Region im eigenen Land sind geprägt von Unverständnis und Vorurteilen. Wie könnten/sollten Friedensgruppen bei uns mit den zahlreichen Konflikten dieser Weltregion umgehen, die auf vielfältige Weise mit unseren Realitäten verwoben sind ?

,,Welche Rolle für Europa? Welche Rolle für die europäischen Friedensbewegungen?'' Unter dieser Fragestellung organisierte die niederländische Pax Christi-Sektion im Februar 1986 eine internationale Konferenz zum Nahostkonflikt. Das zweitägige Treffen in Amersfoort gründete auf jahrelanger Arbeit der Organisation zum Thema Nahost und ermöglichte auch Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern. (2)

In der Folge dieser Konferenz wurde geplant, eine kleine Gruppe von Mitgliedern der britischen, niederländischen und bundesdeutschen Friedensbewegung in den Nahen Osten zu schicken, die Ansätze einer Zusammenarbeit hiesiger Gruppen mit Organisationen im Nahen Osten ausfindig machen sollen. Nach intensiven Vorbereitungen in Verbindung mit anderen Organisationen wie dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV) in den Niederlanden, END in Großbritannien und AS/F in der Bundesrepublik sowie den Quäkern in Jordanien und dem ,,Cen-

chen Friedensrat (IKV) in den Niederlanden, END in Großbritannien und AS/F in der Bundesrepublik sowie den Quäkern in Jordanien und dem ,,Cen-

ter For Peace in the Middle East'' in Israel kam schließlich das hier beschriebene Reiseprogramm zustande.

Kaum ein Mensch der von uns bereisten Region kann so einfach die bestehenden Grenzen passieren, wie es uns möglich war: von Amman via Allenby-Brücke nach Jerusalem, zu verschiedenen Städten auf der Westbank wie Ramallah und Nablus, von Jerusalem weiter nach Tel Aviv und in den Gazastreifen; zurück über den Jordan nach Jordanien und weiter per Taxi über die syrische Grenze nach Damaskus. In den zwei Wochen konnten wir mehr als 60 Gespräche führen: Mit Regierungsvertretern, Diplomaten verschiedener Länder, PalästinenserInnen in den verschiedensten Funktionen, VertreterInnen der Kirchen in Jordanien, Syrien und in Jerusalem, JournalistInnen und Mitgliedern der israelischen Friedensbewegung. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die meisten Gespräche in Repräsentationsräumen stattfanden und die Zeit, die wir in Autos sitzend zwischen den Städten Damaskus, Amman, Jerusalem, Tel Aviv und Gaza verbracht haben, wird verständlich, daß die Vorstellung einer ,,Reise durch drei Länder und zwei militärische Besatzungszonen'' leicht falsche Assoziationen bezüglich unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten wecken kann.

Dennoch: Da alle Beteiligten bereits vorher zumindest einige der bereisten Länder intensiver kennengelernt hatten, sind auch flüchtige Eindrücke haften geblieben — etwa die Beobachtung, daß das Gedränge der Touristen in der Jerusalemer Altstadt abgenommen hat. Wie wir später erfuhren, wird Reisegruppen von ihren israelischen Leitern abgeraten, sich zu weit in die Nebengassen zu begeben und dort einzukaufen, es sei durchaus gefährlich und die angebotene Ware oft von schlechter Qualität. Zugleich ist in der Altstadt kräftig renoviert worden, arabische Hausbesitzer werden dazu bewegt, ihre Grundstücke zu verkaufen, Juden ziehen in den bislang rein arabische Viertel der Altstadt: Teilschritte einer Entwicklung, die viele Palästinenser als bewußt betriebene Verdrängung empfinden. Aus solchen vereinzelten Beobachtungen, Gesprächen, Diskussionen unter uns und schriftlichen Informationen ergibt sich schließlich ein vielschichtiges Bild, was es einem schwermacht, die Eindrücke in wenigen Pinselstrichen wiederzugeben. Einige Akzente lassen sich allerdings setzen.

— Bei allen Einschränkungen durch Zensur, Militärverwaltung und der systematischen Benachteiligung der arabischen Minderheit erlauben die demokratischen Strukturen in Israel offene politische Auseinandersetzungen, wie sie nicht nur in den umliegenden arabischen Staaten, sondern auch bei uns schwer vorstellbar sind. Diese Offenheit hat es uns ermöglicht, etwa über Menschenrechtsverletzungen in Israel sehr viel genauere Informationen zu erhalten als in Jordanien oder Syrien.

— Auch Palästinenser haben im Rückblick betont, daß der Junikrieg 67 eine entscheidende Wendemarke war: bis dahin gab es ernsthafte Bemühungen israelischer Politiker, mit den arabischen Nachbarstaaten zu einem Friedensschluß zu kommen. Dagegen ist heute die PLO unter Arafat zu vielen Zugeständnissen bereit, während für viele Israelis die besetzte Westbank nicht mehr nur ein ,,Faustpfand'' darstellt, sondern als das ,,befreite Judäa und Samaria'' (biblische Bezeichnung des Gebietes der Westbank) angesehen wird.

— Viele PalästinenserInnen haben durch Auslandsaufenthalte, Studien in den USA, Europa oder in arabischen Ländern Vergleichsmöglichkeiten entwickelt. So waren unsere Gespräche gerade mit palästinensischen Frauen auch von einer selbstkritischen Haltung gegenüber der eigenen Gesellschaft geprägt, die einen sehr offenen und undogmatischen Dialog erlaubte.

— Die Übernahme westlicher Gesellschaftsentwürfe hat in den Ländern der Region Krisen zur Folge gehabt, die heute zu einer Rückbesinnung auf eigene Traditionen führen: Die Suche nach Halt in fundamentalistischen Tendenzen in Islam und Judentum stellt die PLO wie die israelische Linke

eigene Traditionen führen: Die Suche nach Halt in fundamentalistischen Tendenzen in Islam und Judentum stellt die PLO wie die israelische Linke

vor einige Probleme — wobei es im Christentum der USA und der Bundesrepublik ähnliche Entwicklungen gibt.

— Auf der psychologischen Ebene scheinen die herrschenden Konflikte alle Beteiligten so in Beschlag zu nehmen, daß kaum jemand Reserven hat, sich in die Lage der anderen hineinzuversetzen — eine Grundvoraussetzung für ein gegenseitiges Verstehen. Es ist auffällig, in welcher Ausführlichkeit die meisten GesprächsteilnehmerInnen bestrebt waren, uns ihre Sicht der Dinge darzulegen und ihre Probleme zu schildern — wir sollten als Botschafter des guten Willens der jeweils anderen Seite zwar ihre Sicht der Dinge wiedergeben, was uns jedoch ,drüben' erzählt wurde, wollte kaum jemand wissen. Allerdings sind die Interessierten auch ohne direkte Kontakte in der Lage, sich selbst Informationen zu besorgen: Viele Israelis haben sich Fernsehantennen installieren lassen, mit denen sie auch das jordanische Fernsehprogramm empfangen können. Der Taxifahrer wiederum, der uns von Damaskus nach Amman zurückfuhr, hörte während der Fahrt das arabische Programm des israelischen Rundfunks — er schaltete jedoch sofort ab, als wir ihn auf den Sender ansprachen.

Auch aus diesem fehlenden Vertrauen ist vielleicht zu erklären, daß wir bei den meisten Begegnungen zwar intensiv informiert wurden aber nur selten ein tatsächlicher Dialog zustandekam. Wenn wir genauer nach unserem Reiseprogramm befragt wurden, geschah dies eher aus dem Interesse, uns und unsere Absichten besser einschätzen zu können als aus der Neugierde heraus, endlich zu erfahren, was denn ,,auf der anderen Seite'' gedacht wird. Aufgrund dieser Tatsache sind den Möglichkeiten, über einen ,,Trialog'' das Verständnis zwischen der arabischen und jüdischen Seite durch die Vermittlung Dritter zu erleichtern, recht enge Grenzen gesetzt. Voraussetzung für solche Gespräche ist sicher, daß die Beteiligten sich selbst in einer einigermaßen gesicherten Position sehen — das trifft für viele nicht zu. Und jene Fundamentalisten, die von der Richtigkeit ihrer Sicht der Dinge unerschütterlich überzeugt zu sein scheinen, sind an solchen Gesprächen nicht interessiert.

Wir waren uns bei der Konzeption der Reise auch darin einig, daß es nicht in erster Linie um unsere Vermittlungschancen zwischen Juden und AraberInnen gehen könne, sondern um einen konstruktiven und von mehr Verständnis geprägten Umgang mit dem Nahostkonflikt und seinen weitreichenden Folgen in unseren eigenen Gesellschaften. Und wir hoffen, daß die hier wiedergegebenen Berichte ihren Teil dazu beitragen können.



Alltag in Israel (Foto: Barbara Klemm)

Israelische Friedenskräfte und die PLO

In der uns zur Verfügung stehenden Zeit ist es uns nicht möglich gewesen, mit Vertretern auch nur eines repräsentativen Querschnitts der israelischen Friedensbewegung zu sprechen. (3)

Die meisten unserer Gespräche mit Vertretern der israelischen Friedensbewegung konnten wir im Tel Aviver ,,International Center for Peace in the Middle East'' führen, das sich mit Forschungsprojekten, Öffentlichkeitsarbeit und Seminarprogrammen für den jüdisch-arabischen Dialog engagiert.

Unsere Gespräche dort sowie die Treffen mit Daniel Seidmann von ,,Schalom achschaw'' (Frieden jetzt) und mit jüdischen und arabischen Teilnehmern der Amersfoorter Konferenz in Jerusalem drehten sich u.a. um folgende Fragen:

— Auf welche Kräfte kann sich die Friedensbewegung in Israel derzeit stützen?

— Wie wird der Vorschlag für eine internationale Nahostkonferenz eingeschätzt?

— Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit PalästinenserInnen werden gesehen?

Wie uns Daniel Seidman erklärte, hat ,,Schalom achschaw'' in einigen Punkten vergleichbare Probleme zu meistern wie die bundesdeutsche Friedensbewegung auch: Die Zeiten der großen Massendemonstrationen sind vorbei (im Sommer 1982 protestierten in Israel an die 400.000 Menschen gegen den Krieg im Libanon und die Massaker von Sabra und Schatila, es war die in absoluten Zahlen und bezogen auf die Bevölkerungszahl größte Demonstration weltweit) und das Spektrum der Themen und Aktionsformen hat sich ebenfalls deutlich erweitert. Insofern steht auch in Israel einer Abnahme der Aktivenzahlen eine Zunahme an Aufgaben gegenüber.

Nach 20 Jahren Besatzungspolitik auf der Westbank und dem Gazastreifen versuchen die im Friedensbereich engagierten Israelis selbstkritisch eine Neuorientierung zu erreichen, die sich mit den Folgen der Besatzung für die eigene Gesellschaft auseinandersetzt. Dies bezieht sich auf den Umgang mit den Menschenrechten (die Arbeiterpartei hat gerade eine Arbeitskommission eingerichtet, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen soll), die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und der Lage der sephardischen (aus dem Orient stammenden) Juden. So wurde im September eine Demonstration in einer hauptsächlich von Sephardim bewohnten Stadt im Negev vorbereitet, bei der ein Stopp der Ausgaben für die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zugunsten der Negevsiedlungen gefordert werden sollte. Weitere Themen waren zum Zeitpunkt unseres Besuchs die von König Hussein vorgeschlagene internationale Nahostkonferenz und in ersten Ansätzen eine durch das Vanunu-Verfahren ausgelöste Diskussion zur Atomfrage.

Die Gespräche im ,,Center for Peace in the Middle East'' in Tel Aviv bestätigten einen Eindruck, den wir auch bei Begegnungen mit der ,,anderen Seite'' häufiger gehabt haben: Sehr viele PalästinenserInnen und sehr viele jüdische Israelis sind so stark gefangengenommen von ihren Konflikten und der eigenen Sicht der Lage, daß sie kaum fähig sind, sich in die Lage der ,,anderen'' zu versetzen. So wurden wir kaum gefragt, was denn PalästinenserInnen in Jordanien über die israelischen Friedensgruppen denken und umgekehrt; stattdessen sollten wir meist als Botschafter unserer Gesprächspartner deren Meinung weitergeben. Entscheidende Fortschritte scheinen nur vorstellbar aufgrund einer veränderten Politik der anderen: Die Israelis müßten die PLO als legitime Vertretung der PalästinenserInnen etwa auf der Internationalen Nahostkonferenz akzeptieren; die PLO müßte endlich ihre Terrorangriffe einstellen, bevor es zu politischen Durchbrüchen kommen könne.

So hält Will Gafny vom ,,International Center for Peace in the Middle East'' die Forderung an die PLO, einen einseitigen Waffenstillstand zu erklären, zwar für ,,dreckig und ungerecht'', da sie von dem Stärkeren an den Schwächeren gestellt werde. Andererseits hält er die Erfüllung dieser Forderung für unabdingbar, ,,um endlich den Druck des Terrors von der innerisraelischen Debatte über die Anerkennung der PLO zu nehmen.''

Aus diesem wechselseitigen Mißtrauen, das durch immer neue Zwischenfälle gespeist wird und von unterschiedlichsten Interessen durchzogen ist, kann nur über einen Vertrauensvorschuß ein Ausweg gefunden werden.

So gesehen, stehen die Chancen für einen Durchbruch über die vorgeschlagene Internationale Nahostkonferenz eher schlecht, da mit immer neuen Forderungen gerade auch von israelischer Seite der zugrunde liegende Vertrauens-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

mangel nicht überwunden werden kann.

Dabei hätten „die Palästinenser die Schlacht schon gewonnen, die Frage ist nur, wann und zu welchem Preis der Sieg realisiert wird", erklärte uns Chaim Schur, Herausgeber der Zeitschrift „new outlook": „Sie sind heute besser ausgebildet, verfügen über mehr Ressourcen, besitzen Kommunikations- und Transportmittel und haben es z.T. zu einigem Wohlstand gebracht."

Demgegenüber ist die Lage der israelischen Linken eher deprimierend: „Ich fühle mich wie im Jahr 1936 in Deutschland", erklärte uns bei anderer Gelegenheit ein deutscher Jude, der mit der zionistischen Jugendbewegung nach Palästina gekommen war: „Während die Regierungspolitik eine katastrophale Entwicklung vorantreibt fehlt uns zunehmend die politische Kraft, unsere Ideale eines sozialistischen Zionismus ohne Unterdrückung der Palästinenser in einem jüdischen Staat in Nachbarschaft mit einem palästinensischen Staat zu verwirklichen."

Der Kreis derjenigen, die sich in diesem Sinn um ein besseres Verständnis bemühen, ist allerdings im Verhältnis zu den polarisierenden Kräften eher klein und ihre Erfolge sind auch nur langfristig zu messen.

Oft ist es auch nicht einfach, zu praktischen gemeinsamen Ansätzen zu finden: Während es in der Menschenrechtsfrage zu einer Zusammenarbeit des erwähnten Komitees der Arbeiterpartei und der palästinensischen Menschenrechtsinstitution Al Haq (siehe dazu Artikel über Al Haq) kommen wird, ist die Frage der gewerkschaftlichen Vertretung der palästinensischen ArbeiterInnen der Westbank und des Gazastreifens nicht so leicht zu lösen: die palästinensischen Gewerkschafter pochen mit Verweis auf die zwangsweise bezahlten Histadrut-Beiträge auf eine Vertretung in der israelischen Einheitsgewerkschaft; die Mitglieder der linken israelischen Arbeiterparteien verweisen darauf, daß sie dieselbe Forderung auch vom Likud zu hören bekommen — allerdings mit dem Hintergrund, daß auf die Weise die Integration der PalästinenserInnen und die Annexion der besetzten Gebiete besiegelt werden sollen.



Palästinensisches Flüchtlingslager

Friedensgruppe orientalischer Juden

In einem Land, das gesellschaftlich und politisch geprägt ist von westlichen Lebenskonzepten, ist es kaum überraschend, daß die Opposition in ähnlichen Mustern agiert wie die herrschenden Kreise. Es ist daher wenig verwunderlich, daß die Sephardim in Reaktion auf die jahrzehntelange Benachteiligung durch die Arbeiterparteien 1977 mehr aus Protest als aus inhaltlicher Übereinstimmung Begin zum neuen Ministerpräsidenten wählten und so dem damals oppositionellen Likudblock zur Macht verhalfen.

Das komplizierte Verhältnis zwischen Sephardim und Aschkenasim (Juden westlicher Herkunft) ist auch der Grund, weswegen es der israelischen Friedensbewegung „Schalom achschaw" schwerfällt, die orientalischen Juden in den Protest gegen die herrschende Sicherheitspolitik der Regierung zu integrieren — viele Sephardim verlangen erst einmal nach sozialer Gleichberechtigung und stehen daher auf Distanz zu „Schalom achschaw".

Häufig wird das Argument genannt, daß die Sephardim die besseren Voraussetzungen hätten, sich mit den AraberInnen zu verständigen; dabei wird

daß die Sephardim die besseren Voraussetzungen hätten, sich mit den AraberInnen zu verständigen; dabei wird

jedoch meist vergessen, daß ihnen dazu bislang der nötige Einfluß in der israelischen Gesellschaft fehlte und sie stattdessen konfrontiert wurden mit den Folgen der Besatzungspolitik: Die zahlreichen PalästinenserInnen, die seit 1967 von der Westbank und dem Gazastreifen aus kommend die schweren und „dreckigen" Arbeiten in Israel übernehmen, sind zu direkten Konkurrenten für die Sephardim auf dem Arbeitsmarkt geworden — es gibt heute kaum noch jüdische Bauarbeiter in Israel.

Die Schriftstellerin Schelly Elkiam ist eine treibende Kraft von „East for Peace", einer Initiative sephardischer Juden, die 1983 entstand, „als es aufgrund der sozialen und politischen Benachteiligung starke Spannungen zwischen Sephardim und Aschkenasim gab." Einerseits gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen Sephardim und PalästinenserInnen, andererseits sehen sich viele orientalische Juden gezwungen, immer wieder gegenüber den herrschenden Juden westlicher Herkunft zu beweisen, daß sie keine Araber sind, sondern „gute Israelis". Dieser Konflikt innerhalb der jüdischen Gesellschaft Israels ist in seiner Schärfe und Tragweite bislang weitgehend von den Konflikten mit den arabischen Nachbarstaaten und den PalästinenserInnen überdeckt worden, gewinnt jedoch an Brisanz, da der sephardische ähnlich wie der palästinensische Bevölkerungsanteil schneller wächst als jener der Aschkenasim.

Nach Ansicht von Schelly Elkiam spielen diese Spannungen auch eine Rolle im Fall Vanunu: Der Atomtechniker war leitend an Programmen sephardischer Juden in Beer Scheba beteiligt. „Er kann viel über die Benachteiligungen sephardischer Juden berichten; seine Verbitterung hat sehr stark sein Selbstbewußtsein bestimmt. Er ist dann nach Australien gegangen, ist dort zum Christentum übergetreten und hat sich dort entschlossen, sein Wissen über die Atomkapazitäten Israels bekanntzumachen." „East for Peace" verfolgt im wesentlichen vier Ziele:

— Die Gruppierung möchte den Friedensprozeß im Nahen Osten mit vorantreiben;

— sie kämpft erfolgreich gegen die Vorurteile über die sephardischen „Affen" an;

— sie versucht, das spirituelle, politische und ökonomische Selbstbewußtsein der Sephardim zu stärken und

— setzt sich für eine vollständige Integration Israels in den Nahen Osten ein.

Schelly Elkiam geht in ihrem Engagement von der Überlegung aus, daß die Sephardim ohne ein positives Verhältnis zu sich selbst, ihrer Herkunft

die Sephardim ohne ein positives Verhältnis zu sich selbst, ihrer Herkunft

und Kultur nicht in der Lage sein werden, sich gleichberechtigt an der Arbeit der aschkenasisch geprägten „Schalom achschaw"-Bewegung zu beteiligen.

Schelly Elkiam hat u.a. Kinderbücher zum Thema Verständigung geschrieben und vor allem auf zahlreichen Veranstaltungen und internationalen Kongressen das Anliegen der Sephardim vertreten. Das Thema Frieden ist daher bei dieser Gruppe nicht auf Fragen der militärischen Sicherheit begrenzt; die gesellschaftliche Situation der Sephardim in Israel ist Ausgangspunkt ihrer Forderungen und Aktionen.

Daher plädiert sie für eine eigenständige Entwicklung von „East for Peace" und ist sehr darauf bedacht, daß diese Initiative nicht gleich wieder von Außenstehenden vereinnahmt wird.

Dieses Risiko ist im Moment durchaus vorhanden: Ähnlich wie das „Palestinian Center to Study Nonviolence" von Mubarak Awad erzielt „East for Peace" relativ viel Aufmerksamkeit, gerade auch im Ausland; Spendengelder für die Arbeit kamen aus den USA und Organisationen in den Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik. Nach Einschätzung von Schelly Elkiam ist dagegen die Initiative selbst in einem schlechten Zustand: Es gibt gegenwärtig kein leitendes Komitee, kein Büro und auch kein Geld. Wie es weitergehen wird, ist ungewiß; Schelly Elkiam hofft allerdings, daß „East for Peace" in absehbarer Zeit wieder dazu kommen wird, tragfähige Strukturen und Konzepte für die weitere Arbeit zu entwickeln.

Arab Studies Society

Die „Arab Studies Society", ein Forschungs- und Dokumentationszentrum entstand 1979 und hat seitdem mehr als 40 Studien zu politischen und ökonomischen Themen veröffentlicht. Neben einer Bibliothek „zu allen Aspekten Palästinas" existiert ein Presse-Archiv, eine Dokumentensammlung und seit 1981 eine Computerdatei. Angeschlossen ist das „Palestine Human Rights Documentation Center", das ähnlich wie Al Haq Menschenrechtsverletzungen registriert.

Den Direktor, Mr. Husseini, können wir nicht sprechen, er befindet sich zur Zeit in Haft. Bereits sechs Jahre stand er unter Hausarrest, eine Strafe, die aus der Britischen Mandatszeit stammt. Der Vorwurf: „Unterstützung der Fatah und anderer feindlicher Kräfte." Seine Mitarbeiter gehen davon aus, daß die Repressalien auf seine ständigen Bemühungen zurückzuführen sind, die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen bekanntzumachen. Da es sich hierbei nicht um Verstöße gegen bestehende Gesetze handelt, werde die allgemeine Anschuldigung erhoben, daß er durch die Bekanntgabe von Geheiminformationen die israelische Sicherheit gefährde.

Bei seiner ersten Verhaftung wurde auch das Institut nachts durchsucht, jedoch nichts Brauchbares gefunden; nach drei Monaten wurden die beschlagnahmten Papiere wieder freigegeben. — Das gegenwärtige Verfahren ist ebenfalls sehr undurchsichtig; die Anklageschrift ist geheim und wird dem Verteidiger erst eine Stunde vor Verhandlungsbeginn bekanntgemacht. Auch die Verhandlung selbst findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, man kann nur vor der Tür gegen das ganze Verfahren protestieren.

Herr Husseini ist außerdem Mitglied des „Committee against the iron fist" (Komitee gegen die Eiserne Faust — eine jüdisch-palästinensische Initiative gegen Übergriffe des Militärs in der Westbank), was neben seiner Arbeit für das Institut Grund für seine Schwierigkeiten sein dürfte.

Im Vergleich zu Al Haq ist die Arbeit der Dokumentationsstelle zu Menschenrechtsverletzungen breiter angelegt; die Mitarbeiter („field worker") nehmen bei ihren Befragungen die gesamte Geschichte der Menschen in ihre Berichte auf und beschränken sich nicht allein auf die Tatsachen, die mit einem bestimmten Verfahren zusammenhängen. Seit dem Mai 86 werden so Menschenrechtsverletzungen in der Westbank dokumentiert und auch in einem Rundbrief veröffentlicht. Gelder bekommt das „Studies Center" unter anderem von der Ford Foundation, europäischen Gruppen und arabischen nichtstaatlichen Organisationen aus Saudi-Arabien und Kuwait. Das Zentrum ist großzügig ausgestattet, Computer und Kopierer haben auch hier Einzug gehalten. Über die Diskussion der Arbeitsbehinderungen hinaus sind wir nicht mehr dazu gekommen, über die Bedeutung dieser umfangreichen wissenschaftlichen Dokumentationsarbeit zu sprechen und über die Interessen der verschiedenen Geldgeber. Umfangreiche und detaillierte Studien wie das „West Bank Data Project" (4) von Meron Benvenisti (ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem) tragen einerseits durch überprüfbare Angaben zu einer Versachlichung der Kontroversen über die Folgen der 20jährigen Besatzungspolitik bei, bergen aber auch in sich die Gefahr, den Befürwortern einer Annexion gewichtige Argumente zu liefern. Wie die Studien der „Arab Studies Society" wirken werden, ist nach diesem Kurzbesuch kaum einzuschätzen.

Alternative Information Center

In der Folge der Auseinandersetzungen um den Libnanon-Krieg gründeten einige Israelis aus der „Schalom achschaw"-Bewegung 1984 das „Alternative Information Center" in einem Büro in West-Jerusalem, nahe dem arabischen Teil der Stadt. Ziel der Gruppe ist es, Informationen aus Israel, der Westbank und dem Gazastreifen zu Menschenrechtsverletzungen zusammenzutragen und bekanntzumachen; darüberhinaus werden zu speziellen Bereichen tiefergehende Analysen erstellt. Adressaten sind politische Gruppen und Journalisten, denen dieser Informationsdienst zu mehr Effizienz verhelfen soll. Dazu dienen ein täglicher Nachrichtenbericht sowie ein 12tägiger Rundbrief. Finanziert wird das Büro neben Spenden durch bezahlte (Computer-)Setzarbeiten für arabische und jüdische politische Gruppen.

Wie andere Stellen hat auch das AIC seine Artikel vor der Veröffentlichung dem Zensor vorzulegen; es kommt jedoch nicht zu Beanstandungen. (Der Rundbrief ist nicht der Zensur unterworfen, da er nicht direkt zur Veröffentlichung bestimmt ist.)

Am 16. Februar 87 wurde das Büro von der Polizei geschlossen und alle Unterlagen samt technischer Ausrüstung wurden beschlagnahmt; die Mitarbeiter wurden festgenommen. Michael Warschawsky, ein aus Paris eingewanderter orthodoxer Jude und noch nicht so lange im Land, wurde für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen unter der Anklage, die PFLP unterstützt zu haben. „Tatsächlich ist man bereits mit so einer Anklage bestraft: Seit sechs Monaten ist das Büro geschlossen und ob es je wieder arbeiten kann, ist fraglich." Das polizeiliche Vorgehen führte zu Protesten der israelischen „Vereinigung für Menschenrechte", zahlreicher Journalisten, die das erarbeitete Material zu schätzen wußten und anderer moderater Kreise. So unter Druck geraten, wandelte die Polizei die Vorwürfe ab: „Besitz von illegalem Material" und „Unterstützung illegaler Gruppen in der Westbank" heißt es jetzt unter Hinweis auf die Tatsache, daß für offen und bislang unbeanstandet arbeitende palästinensische Gruppen Texte gesetzt wurden.

Als Zeugen in dem Verfahren wurden sechs Polizisten und fünf Angehörige der Sicherheitspolizei benannt. Bevor ein Richter über die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahmungsaktion befinden kann, zog die Polizei den Beschlagnahmebeschluß am 11. Mai zurück; die Geräte und Materialien wurden dennoch nicht freigegeben, weil sie jetzt als Beweise im Verfahren gegen Warschawsky dienen sollten. Warschawsky selbst wurde gegen eine Kaution von 50.000 US-Dollar freigelassen.

Wie sich die Situation für die Gruppe und das Verfahren weiter entwickeln werden, ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs nicht abzusehen. Deutlich ist nur, daß die staatlichen Maßnahmen gegen das Zentrum auf sehr fragwürdigen Vorwürfen basieren und bereits vor einer richterlichen Entscheidung die weitere Arbeit der Einrichtung systematisch verhindert wurde.

Uns kann der Mitarbeiter des „AIC" allerdings noch sehr gut weiterhelfen mit Informationen zur Vanunu-Affäre. Die Entführung des ehemaligen Mitarbeiters des Atomzentrums in Dimona durch den israelischen Geheimdienst Mossad von Italien nach Israel und die nachfolgende Pressekampagne gegen Vanunu überdeckten weitgehend das eigentliche Thema des Falles: Israels Fähigkeit zur Produktion von Atomwaffen. Erst dem Bruder Meir Vanunu gelang es durch zähe Öffentlichkeitsarbeit, gegen die Verleumdungen anzugehen. Im März 87 wird schließlich von Journalisten das „Komitee für ein öffentliches Verfahren gegen Mordechai Vanunu" gegründet. So unterstützt auch das AIC Bemühungen, die allgemeine Aufmerksamkeit weg von Vanunus Übertritt zum Christentum und den Spekulationen über sein Honorar von der „Sunday Times" für seine Enthüllungen auf das eigentliche Thema, die Atomfrage zu lenken. Mitglieder von „Schalom achschaw" und israelische Linke verurteilten Vanunu anfangs als Verrräter; die moskauorientierten Parteifreunde von der Rakach distanzierten sich trotz des Atomthemas, weil sie in Israel als gute Patrioten akzeptiert werden möchten. Dennoch ist durch die Vanunu-Geschichte auch in diesen Kreisen die Aufmerksamkeit für die Atomfrage und die Anlage in Dimona deutlich gewachsen.

Laut AIC existieren glaubhafte Hinweise, daß 1979 auf einer Südafrika vorgelagerten Insel mit israelischem know-how und südafrikanischem Rohmaterial ein Atomtest durchgeführt wurde. Mordechai Vanunu hat angegeben, daß in Dimona auch Südafrikaner gewesen sind. Für ihn ist die Bekanntgabe seiner Informationen ein Akt des zivilen Ungehorsams, vergleichbar mit der seinerzeitigen Veröffentlichung der „Pentagon Papers" zum Vietnamkrieg der USA durch Daniel Ellsberg. Diese bewußte Übertretung von bestehenden Gesetzen findet jedoch bislang in Israel wenig positives Echo, anders als etwa in den USA. Dazu erklärte uns in einem anderen Gespräch der aus den USA stammende Daniel Seidman von Schalom achschaw, es sei überhaupt ein Wunder, daß sich in Israel ein positives Rechtsbewußtsein entwickelt habe — nach den in Europa und im Nahen Osten gemachten Erfahrungen sei das Vertrauen in ein demokratisches Rechtswesen für das jüdische Volk keine Selbstverständlichkeit. Daher solle man diese bis heute unsichere Entwicklung auch angesichts der zur Selbstjustiz neigenden jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten nicht leichtfertig durch gezielte Gesetzesübertretungen wieder in Frage stellen.

Angesichts dieser Situation haben wir unsere israelischen Gesprächspartner immer wieder gefragt, ob eine Stellungnahme unserer Gruppe zu dem Vanunu-Verfahren hilfreich sein könne. Schließlich haben wir uns entschlossen, einen Brief an die englischsprachige „Jerusalem Post" zu schicken, in dem wir auf dem Hintergrund der europäischen Diskussion um die Atomwaffen darauf aufmerksam machen wollten, daß diese Systeme mit einer Verteidigung nichts zu tun haben. Der Brief ist auch in der internationalen Wochenausgabe der „Jerusalem Post" erschienen.

Menschenrechte auf der Westbank

Im arabischen Teil der Jerusalemer Neustadt, die bis 1967 wie die Altstadt von Jordanien verwaltet wurde, liegt das Rechtshilfezentrum „Al Haq" („Gesetz im Dienst der Menschen"), das vom „Legal Aid Information Center" des „American Friends Service Commitee", einer Einrichtung der Quäker, unterhalten wird. Wir sprachen mit der Direktorin des Zentrums, Maha Abu Dayyen Shamas.

Das Büro unterstützt Menschen, die aufgrund von Auseinandersetzungen mit den Militärbehörden vor Gericht kommen. Die Rechtslage ist hier oft kompliziert, da insgesamt vier Quellen für die Rechtsprechung maßgeblich sind: Das ottomanische Recht aus der Türkenzeit, Gesetze aus der britischen Mandatszeit, das jordanische Recht sowie Anordnungen der israelischen Militärverwaltung.

Fast alle Verhandlungen finden vor israelischen Militärgerichten statt. Die Verhandlungssprache ist Iwrit, weshalb einige Angeklagte auch Schwierigkeiten haben, dem Prozeßverlauf zu folgen; es mangelt an guten Dolmetschern und Rechtsanwälten, die zu vertretbaren Preisen die Verteidigung angemessen übernehmen. Zivilverfahren finden vor arabischen Gerichten statt. Nach der Besetzung 1967 legten alle Rechtsanwälte und Richter auf der Westbank ihre Ämter nieder; so wurden von den Israelis andere Palästinenser in die Ämter eingesetzt. Diese Stellen sind schlecht bezahlt, so spielt bis heute die Korruption in dem System eine große Rolle; das Vertrauen der Bevölkerung in diese Gerichte ist sehr gering.

Die meisten Fälle, mit denen Al Haq zu tun bekommt, sind „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung". Es kommt auch vor, daß Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren einfach aufgegriffen und ins Gefängnis gebracht werden. Es ist bekannt, daß das Gefängnis Faraa im Norden eine Strafabteilung hat. Die dort inhaftierten Kinder wurden mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen an Seilen hochgezogen. Meist wird zu Beginn der Haft gefoltert, damit nach Ablauf der 18 Tage dauernden „Administrativhaft" keine Verletzungen mehr sichtbar sind. Deshalb sind die ersten 18 Tage der Haft besonders kritisch, da die Gefangenen in der Zeit auch von niemandem besucht werden können. Nach dem ersten Verhör können sie weitere 18 Tage festgehalten werden. Haftzeiten von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ohne Verfahren sind be-

niemandem besucht werden können. Nach dem ersten Verhör können sie weitere 18 Tage festgehalten werden. Haftzeiten von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ohne Verfahren sind be-

reits vorgekommen, so etwa im JNAID-Gefängnis. Bei Verfahren, die mit Sicherheitsfragen begründet werden, liegt der Haftgrund nur dem Richter vor, sodaß eine sinnvolle Verteidigung nicht möglich ist. „Security is just a magic word", wie in anderen Staaten werden auch in Israel unangenehme Dinge zu Sicherheitsfragen erklärt, um ihr Bekanntwerden möglichst zu verhindern.

Die Familien möchten möglichst alles für ihre Angehörigen im Gefängnis tun und beauftragen in solchen Fällen einen Rechtsanwalt mit der Verteidigung. Tatsächlich kann jedoch ein Rechtsanwalt nur wenig für seine Mandanten unternehmen. So gibt es Anwälte, die sehr viele Fälle übernehmen, um mit wenig Arbeit viel Geld zu verdienen. Aus diesem Grund und aus der Tatsache heraus, daß bei weitem nicht alle Fälle betreut werden können, konzentriert sich die Organisation in der letzten Zeit eher auf beispielhafte Fälle: In diesem Rahmen werden auch einige Menschen im Gaza-Streifen betreut. (In Gaza selbst gibt es keine vergleichbare Einrichtung.)

Unterstützt die Organisation einen Fall, werden in der Regel 150 US-Dollar zur Verfügung gestellt, das entspricht etwa einem Drittel der anfallenden Kosten. Ob in einem Fall geholfen wird, entscheidet sich nach einem Hausbesuch, in dem abgeschätzt wird, wieviel die Familie selbst aufbringen könnte.

Heute haben ca. 80% der Jugendlichen Gefängniserfahrungen; aus der Sicht der Militärbehörden sind die Festnahmen auch eine Form der Registrierung. Bislang wurden Mädchen sehr viel seltener aufgegriffen als Jungen, doch sie sind zunehmend mitbetroffen. In der Haft sind sie zudem mit der Drohung sexuellen Mißbrauchs konfrontiert, was aufgrund ihrer Rolle in der traditionellen arabischen Gesellschaft eine enorme Belastung für die Mädchen ist.

So existieren faktisch zwei Rechtssysteme unter der israelischen Herrschaft — „wie in Südafrika". Entsprechend der Genfer Konvention muß im Falle der Besatzung das alte Recht im Land weiterhin gelten; die vielen Militäranordnungen haben den alten Rechtszustand jedoch deutlich verändert. Hinzu kommt, daß das Steuersystem in Israel und die Sozialversicherungen in der Form für die BewohnerInnen der Westbank und des Gazastreifens unbekannt gewesen sind. So entstand dieses Büro, um AraberInnen in Auseinandersetzungen mit dem jüdischen Recht zu helfen.

Zugegeben, solche Berichte höre ich nicht zum erstenmal und es fällt mir dennoch schwer, ihnen einfach Glauben zu schenken. Andererseits ist offensichtlich, daß der Leiterin des Büros nicht an Übertreibungen gelegen ist. Während wir uns unterhalten, kommen mehrfach Menschen vorbei, die um Rat fragen und finanzielle Unterstützung haben wollen, doch sie müssen auf den nächsten Monat vertröstet werden; die Mittel für September sind praktisch schon vergeben. Unser Gespräch dreht sich auch überhaupt nicht um „die gerechte palästinensische Sache" und den „ungerechten zionistischen Staat", sondern konkret um die Rechtslage auf der Westbank. Sehr bewußt werden von Al Haq die Informationen geprüft, bevor sie veröffentlicht werden; ähnlich wie amnesty international kann es sich die Organisation nicht leisten, mit falschen Angaben zu arbeiten.



(Foto: Francis Cramer)



(Foto: Francis Cramer)

Am selben Tag sprechen wir in unserem Hotel im arabischen Teil Jerusalems noch eine Rechtsanwältin von der Westbank, die ebenfalls für Al Haq arbeitet.

„Zu oft beziehen sich die Gespräche nur auf die Verletzung der individuellen Menschenrechte, daher möchte ich diesmal hauptsächlich über generelle Aspekte der Besatzungsfolgen sprechen," erklärt sie uns. Ihr Thema sind daher die Verletzungen internationalen Rechts durch die israelische Besatzungspolitik: Die Planung neuer Siedlungen und Straßen sowie die Grundwasserentnahme ohne Berücksichtigung der bestehenden arabischen Ortschaften.

„Die Polizei, deren Aufgabe es wäre uns zu schützen, gibt uns keine Sicherheit: So wurde kürzlich ein Rechtsanwalt unter den Augen der Polizei von zwei Jugendlichen und einem Bürgermeister zusammengeschlagen. ‚Man wolle sich nicht in interne Streitigkeiten der Palästinenser einmischen', hieß es.

Wir kämpfen für Selbstbestimmung — doch was für eine Gesellschaft und welche Werte werden noch vorhanden sein, wenn wir eines Tages dieses Ziel erreichen, wo bereits heute zahlreiche Werte verunsichert und infragegestellt werden? Nach internationalem Recht sind die Besatzer verpflichtet, die Werte der Unterworfenen zu sichern — das ist keine moralische Forderung, sondern eine rechtliche Verpflichtung von Regierungen.

Im Moment sind uns die folgenden Punkte wichtig:

— Was könnte die Polizei für eine zivilisierte Gesellschaft tun, wenn sie nicht damit beschäftigt wäre, grundlegende Prinzipien wie die Gerechtigkeit zu entwerten?

— Wie kann dafür gesorgt werden, daß Produkte von der Westbank für den Export auch als solche kenntlich gemacht werden können?

— Wie kann erreicht werden daß die israelische Regierung wieder zuverlässig dafür sorgt, daß Hilfen nichtstaatlicher Organisationen für die Westbank auch tatsächlich dort ankommen?

— Wer plant wie die Entwicklung der Westbank? Die Pläne für neue jüdische Städte bestimmen bereits den Straßenbau, durch den nur jüdische Siedlungen und Industrieanlagen miteinander verbunden werden — gegen jordanisches Recht, dafür entsprechend den israelischen Militärvorschriften. Gleichzeitig bekommen PalästinenserInnen keine Baugenehmigungen; das Stadtgebiet vieler arabischer Orte ist eng begrenzt worden. 52% der Westbank sind inzwischen enteignet worden. So werden erst die Pläne fertiggestellt, die dann als Grundlage für die Ablehnung von Baugenehmigungen für palästinensische Projekte dienen.

Dies alles trägt dazu bei, daß nach all den bitteren Erfahrungen der Frieden zu einer symbolischen Angelegenheit verkommt und die tatsächliche Entwicklung in Richtung Apartheid läuft."

Auf den Einwurf von Paul Oestreicher, daß Regierungen, die unter Druck stehen, sich immer auf die „Sicherheit" beziehen, wenn sie Menschenrechte außer Kraft setzen und verletzen, sagt sie: „Der Begriff ‚Sicherheit' steht auf einer gefühlsbetonten Grundlage: Israelis und PalästinenserInnen verstehen nicht, warum die andere Seite auf sie so hart reagiert: Beide Seiten verfehlen den Punkt, da sie nicht nach den Gründen des Verhaltens der anderen fragen. Allein die Stereotypen aufzubrechen ist nicht genug, man braucht auch ein Ziel — einen Sinn für die intenationale Gemeinschaft. Die Gespräche müssen mehr zukunftsorientiert sein, mehr pragmatisch bestimmt. Die Hauptfurcht hier gründet auf der Angst vor Deportation, denn Jordanien ist eine oberflächliche Gesellschaft; die Menschenrechte werden dort nicht zur Kenntnis genommen. In Israel stellen sie eine Herausforderung dar, in Jordanien wird noch nicht einmal die Frage nach ihnen gestellt. So haben wir in Israel zumindest die Möglichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern und zumindest bei einigen Israelis auf Gehör zu stoßen."

Wir sitzen allein im Speisesaal des großen YWCA-Hotels in Ostjerusalem, in dem wir mit neun Personen die einzigen Gäste sind. Der Koch ist schon gegangen und der Kellner langweilt sich in der Küche — die Hotels im arabischen Teil der Stadt haben es nicht leicht, Gäste zu bekommen und die israelische Stadtverwaltung scheint keinen Wert darauf zu legen, Einrichtungen wie diese, die auch als Ausbil-

weilt sich in der Küche — die Hotels im arabischen Teil der Stadt haben es nicht leicht, Gäste zu bekommen und die israelische Stadtverwaltung scheint keinen Wert darauf zu legen, Einrichtungen wie diese, die auch als Ausbil-

dungsstätte für arabische Mädchen dient, am Leben zu erhalten.

Es ist spät geworden und so wird es auch Zeit für die Rechtsanwältin; wie alle PalästinenserInnen auf der Westbank muß sie vor Mitternacht zuhause sein — der Rahmen dieses Gesprächs über die Lage auf der Westbank hat etwas Bizarres.

Nach all diesen Eindrücken möchte sich einer der mitreisenden Niederländer bei einem kleinen Abendspaziergang etwas entspannen. Wenige hundert Meter entfernt vom Hotel sieht er in einer Straße einige Militärfahrzeuge stehen. Er läuft dorthin, geht aber weiter, als alles ruhig bleibt. Als er nach einigen Minuten auf demselben Weg zum Hotel zurückkehrt, hat sich die Szene völlig verändert: Die Militärwagen sind gerade im Begriff davonzufahren, eine ganze Familie steht in Schlafanzügen auf der Straße und die Mutter versucht noch, ihrem verhafteten Sohn einen Mantel in den bereits fahrenden Wagen nachzuwerfen. Die Angehörigen sind völlig verzweifelt: Sie hätten doch gar nichts getan, noch nicht einmal Fernsehen geguckt, alle hätten bereits in den Betten gelegen, als die Soldaten kamen, die Wohnung durchsuchten und schließlich einen der Söhne mitnahmen. Er sei Musiker, habe sich nie mit Politik beschäftigt, erklärt die Mutter; die Familie könne sich politisches Engagement auch nicht leisten, weil sie ein Geschäft zu verlieren hätten. Bislang ist noch niemand in der Familie verhaftet worden, sie sind völlig verunsichert, wissen nicht, was sie tun sollen und wie sie erfahren können, wo der Sohn hingekommen ist. Nach drei Tagen geht der Niederländer noch einmal zu der Familie; sie haben noch keine Nachricht erhalten. Auf Nachfrage bei Al Haq wird uns gesagt, daß er wohl die üblichen 18 Tage unter „administrative detention" verschwunden bleiben werde, im Moment könne für ihn leider nichts unternommen werden.

Die Familie wußte nichts von Al Haq. Daß sie durch uns zumindest von dieser Hilfsorganisation erfuhr, ist für uns nur ein schwacher Trost.

Palästinensisches Zentrum für Gewaltlosigkeit

Das „Palestinian Center to Study non-violence" ist etwas versteckt im dritten Stock eines Bürogebäudes untergebracht. Von einer Mitarbeiterin erfahren wir, daß eine Ausstellung über Mahatma Gandhi mit Texten in Arabisch, Iwrit (Neuhebräisch) und Englisch mit Unterstützung des Gandhi-Zentrums Berlin fertiggestellt worden ist und ab November als Wanderausstellung in verschiedenen Dörfern der Westbank gezeigt wird. Das Zentrum hat engen Kontakt zu gewaltfreien Gruppen in Israel, muß sich jedoch noch viel Vertrauen in der Westbank erarbeiten. Auch wenn bestimmte Methoden des gewaltfreien Widerstands bereits angewandt wurden, ist das Konzept insgesamt nicht sehr bekannt. Immerhin haben sich in diesem Jahr mehrere jüdisch/arabische Gruppen gemeinsam an einer Baumpflanzungsaktion beteiligt, nachdem von der israelischen Naturschutzpolizei zahlreiche Ölbäume einer Westbankgemeinde ausgerissen worden waren. Dieses Unternehmen ist in einem Film festgehalten worden; inzwischen wurde er vom jordanischen Fernsehen ausgestrahlt und konnte auf die Weise selbst in Syrien gesehen werden. (5)

Dem Leiter des Zentrums, Dr. Mubarak Awad, droht die Ausweisung: Da der gebürtige Palästinenser lange Zeit in den USA gelebt hat, ist er inzwischen Inhaber eines amerikanischen Passes und gilt aus Sicht der israelischen Behörden nicht als Bürger der Westbank. Ob es zur Abschiebung kommt, ist noch nicht endgültig entschieden — es zeigt sich allerdings, daß selbst eine eindeutige Ablehnung von Gewaltakten rechten Kreisen in Israel noch nicht ausreichend erscheint: Ihnen wäre es am liebsten, wenn möglichst viele PalästinenserInnen das Land verlassen würden.

Nachtrag:
Dr. Mubarak Awad hat vom israelischen Innenministerium einen Ausweisungsbescheid und die Aufforderung zum sofortigen Verlassen seiner Heimatstadt erhalten. Begründung: Sein Touristenvisum (s.o.) ist abgelaufen und könne nicht mehr verlängert werden.



Jerusalem — orthodoxe Juden wenden sich von den Soldatinnen ab, da deren Arme unbedeckt sind (Foto: Micha Bar-Am)

„Die Brücke" — eine arabische Zeitung in hebräischer Sprache

„Die Brücke" — eine arabische Zeitung in hebräischer Sprache

Der Rechtsanwalt Ziyad Abu Zayad hat uns zu einem kleinen Empfang mit seinen Mitarbeitern in die Redaktionsräume von „Gescher" eingeladen. „Gescher" erscheint als einzige arabische Zeitung auf Iwrit und wendet sich gezielt an die jüdischen Israelis. Das Projekt ist im Juni 86 gestartet worden und soll dazu verhelfen, die Juden daüber zu informieren, was PalästinenserInnen denken. Deshalb gibt es neben politischen Nachrichten Berichte aus der arabischen Welt, dem kulturellen Leben und Meldungen von der Westbank. Wir wollen von dem Herausgeber wissen, ob das Projekt nicht auf Mißtrauen bei den PalästinenserInnen stößt. „Nein", meint Ziyad Abu Zayad, „Ablehnung hat es nicht gegeben, ganz im Gegenteil." Selbst ein Vortrag, den er vor israelischen Armeeangehörigen hielt, wurde von der PLO später in einer ihrer Zeitschriften ungekürzt veröffentlicht — für ihn ein Beweis, daß seine Arbeit mit der „anderen Seite" grundsätzlich akzeptiert und befürwortet wird. Leider verpassen wir die Chance, mit einer jüdischen Mitarbeiterin ausführlicher zu sprechen; die Zeit ist zu knapp. Daß sie mit ihrem kleinen Kind auf dem Arm kommt, paßt zu der freundlichen Atmosphäre in der Redaktion — keine Selbstverständlichkeit angesichts der Erfahrungen zwischen Juden und Palästinensern. So hören wir eher beiläufig, daß ein anderer Mitarbeiter sieben Jahre in israelischen Gefängnissen gesessen hat.

Brücken ... unsere Gruppe ist ohne Schwierigkeiten über die „Allenby-Bridge" von Jordanien nach Israel gefahren; wir sind im Gazastreifen, auf der Westbank und in Syrien gewesen — keiner von unseren GesprächspartnerInnen hätte so wie wir die bestehenden Grenzen überschreiten können. Diese Chance zur Vermittlung von Erfahrungen haben wir unterwegs genutzt und hoffen, daß die hier geschilderten Eindrücke auch die Engagierten hiesiger Nahostgruppen ermutigen, sich ohne Scheuklappen mit den genannten Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Es gibt Initiativen im Nahen Osten, die für ein wechselseitiges Verständnis von Arabern und Juden auf der Grundlage der Menschenrechte arbeiten und von der Hoffnung getragen sind, daß die gewaltsamen Konfrontationen überwunden werden können. Wir sollten ihre Projekte unterstützen — auch mit dem Ziel, ihre Erfahrungen in den bundesdeutschen Zusammenhängen zu nutzen.

Anmerkungen:

1 Ein gesonderter Artikel zur Gewaltproblematik erscheint in der Dezemberausgabe der „graswurzelrevolution"; ein weiterer Reisebericht wird in einem Sonderheft der Zeitschrift „israel & palästina", hg. vom „Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten" (DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben), erscheinen.

2 Ein ausführlicher Kongreßbericht (in englischer Sprache) ist erhältlich bei Pax Christi, Celebesstraat 60, 2585 TM Den Haag, Niederlande.

3 An deutschprachiger Literatur zur israelischen Friedensbewegung sind u.a. erschienen:
— Daniel Wiener, Hg.: Shalom. Israels Friedensbewegung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1984 (rororo 5136)
— John Bunzl (Hg.): Das andere Israel. Gespräche mit der Friedensbewegung. Hamburg: Junius, 1983
— Elisa Klaphek: Die Friedensbewegung in Israel: Ihre Hintergründe und ihre Auswirkungen auf den Nahostkonflikt. Diplomarbeit im Fachbereich Politische Wissenschaften der Universität Hamburg, 1985. (Meines Wissens die ausführlichste Arbeit zu diesem Thema; über mich erhältlich: Stormsweg 7, 2000 Hamburg 76)

4 Benvinisti ist der Auffassung, „daß die 1967 eingeleiteten und in den letzten Jahren beschleunigten Prozesse soziale, wirtschaftliche und politische Interaktionen zwischen Israel und den besetzten Gebieten in Gang gesetzt haben, die inzwischen quasi permanent geworden sind." — Wichtige Ergebnisse des Westbank Data Project sind in deutscher Sprache unter dem Titel „Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung" in der Schriftenreihe des DIAK erschienen. Der rd. 250 Seiten starke Band ist für DM 8.- plus Versandkosten beim DIAK (s.o.) erhältlich.

5 Courage along the Divide, 78 Min., Produzent: Victor Schonfeld. Als VHS-Videofilm zu beziehen über: SPI, BCM-Summer, London WC1N 3XX.

Der totale Krieg gegen die gesellschaftliche Basis

Nach zwei Jahren Aquinoregierung herrscht allein das Militär

Die Philippinen im Februar 1986. In den Straßen von Manila feierte eine ausgelassene Menge den Sturz der Diktatur. Ferdinand Marcos war nach über 20jähriger blutigster Herrschaft von einem Hubschrauber der US-Streitkräfte aus dem Land geschafft worden. Jener denkwürdige 25. Februar sollte zum Neubeginn für das philippinische Volk werden. Die brutalen Menschenrechtsverletzungen des Marcos-Regimes, Hunger und Armut sollten nunmehr der Vergangenheit angehören. Diese wundersame Februarrevolution, die Kardinal Sin, das Oberhaupt der katholischen Kirche, die gewaltigste Demonstration der Gewaltlosigkeit nannte, wurde zum Hoffnungsschimmer für all jene, die an die Machbarkeit gewaltfreier Revolutionen glaubten. Doch heute muß man feststellen, daß diese Hoffnungen unter dem Diktat des Militärs zerstoben sind.



Caplom Polizisten zielen auf die Bauern

Caplom Polizisten zielen auf die Bauern

Wie lassen sich die Ereignisse im Februar erklären? Eine wichtige Rolle haben dabei mit Sicherheit die USA gespielt. Bereits im Jahr 1985 haben Berichte über den enormen Zulauf der Neuen Volksarmee (NPA) in Washington größte Besorgnis erregt. Ein daraufhin verfaßter Bericht verschiedener US-Behörden an den Präsidenten

ton größte Besorgnis erregt. Ein daraufhin verfaßter Bericht verschiedener US-Behörden an den Präsidenten

machte in dem maroden und korrupten Marcos-Regime die Ursachen für das Anwachsen der NPA aus. Man fürchtete gar, daß es über kurz oder lang zu einem militärischen Patt zwischen NPA und den philippinischen Streitkräften kommen könnte. Paul Wolfowitz, US-Staatssekretär für die Pazifik-Region, faßte seine Erkenntnisse vor dem Senatskomitee für Außenpolitik folgendermaßen zusammen: ,,*Einer unser engsten und wichtigen Verbündeten, die Philippinen, haben gewaltige Schwierigkeiten ... da sind alle Komponenten vorhanden, die für die USA ein zweites Nicaragua, Vietnam oder einen zweiten Iran bedeuten könnten ... Wahlen können das Fundament einer effektiven Counterinsurgency sein.*'' Daraufhin entwickelte sich eine ausgedehnte Reisediplomatie zwischen Manila und Washington, die zum Ziel hatte, daß mit den von Marcos ausmanövrierten Teilen der philippinischen Eliten, unzufriedenen Militärs und der Hierarchie der katholischen Kirche ein Nach-Marcos-Szenario entwickelt wurde. Der über viele Jahre von Washington mit umfangreichen Krediten verhätschelte Diktator geriet zunehmend unter Beschuß seines treuesten Verbündeten, was schließlich Marcos veranlaßt haben dürfte, vorgezogene Präsidentschaftswahlen abzuhalten.

Als überraschender Umstand kam hinzu, daß mit Corazon ,,Cory'' Aquino ein prominentes Opfer der Marcos-Diktatur — ihr Ehemann Benigno wurde 1983 bei seiner Rückkehr aus dem US-Exil auf dem Flughafen von Manila ermordet — die politische Bühne betrat. Mit ihrer charismatischen Ausstrahlung wurde sie zur Symbolfigur für all diejenigen, die unter der Willkür und Skrupellosigkeit der Marcos-Herrschaft zu leiden hatten. Als nach den Präsidentschaftswahlen die Auszählung der Stimmen längst im Chaos untergegangen war, gelang ihr mit einem Boykottaufruf wichtiger Einrichtungen des Marcos-Regimes ein eindrucksvoller Erfolg bei der Mobilisierung des Volkes gegen Marcos. People Power — das Volk als Machtfaktor — war geboren. Die enorme Wirkung des Boykottaufrufs und Gerüchte über ihre bevorstehende Verhaftung dürfte schließlich Juan Ponce Enrile, unter Marcos Verteidigungsminister und oberster Kriegsrechtverwalter, und Fidel Ramos, als Generalstabschef verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen des Militärs, dazu bewogen haben, das sinkende Schiff zu verlassen und Marcos die Loyalität aufzukündigen. ,,Bewaffnet'' mit Rosenkränzen und gelben Fähnchen und Luftballons — gelb ist die Farbe von Corazon Aquinos Partei PDP-Laban — wurde das Volk medienwirksam über Radio von Kardinal Sin zum Schutz der meuternden Militärs in die Straßen von Manila beordert. Den Schlußpunkt setzte jenes denkwürdige Telefongespräch zwischen Marcos und dem US-Senator Laxalt, in dem dieser Marcos zu verstehen gab, daß seine Zeit abgelaufen war.

People Power oder die Oligarchie bleibt an der Macht

Der Sturz von Ferdinand Marcos wurde mit für politische Ereignisse so skurrilen Begriffen wie ,,Wunderrevolution'' oder ,,Rosenkranzrevolution'' beschrieben. Was sich allerdings in jenen Tagen des Februar 1986 auf den Philippinen abspielte, war alles andere als eine Revolution. ,,Cory'' Aquino hatte zwar mit der Wiederherstellung wichtiger Bürgerrechte — Versammlungs- und Pressefreiheit — und der schnellen Freilassung prominenter politischer Gefangener — beileibe allerdings nicht aller politischen Gefangenen — Hoffnungen bei all denen geweckt, die ein ernsthaftes Interesse an politischen Reformen hatten. In jenen Tagen machte das geflügelte Wort vom ,,demokratischen Spielraum'' die Runde, den es jetzt zu nutzen galt. Doch People Power führte nicht dazu, daß das Volk in irgendeiner Weise an den Entscheidungsprozessen des Landes beteiligt worden wäre, geschweige denn, daß ein Vertreter der 80% ausmachenden Landbevölkerung, ein Repräsentant der Arbeiter oder der ethnischen Minderheiten oder gar ein Bewohner der unzähligen Slumgebiete in der Regierung vertreten gewesen wäre.

Die nach dem Sturz von Marcos sich konstituierende Regierung war ein Gemisch aus unter Marcos nicht an die Pfründe gelangten Großgrundbesitzern und Industriekapitänen, ehemaligen Gefolgsleuten und Vertretern des unzufriedenen Militärs, die sich von Marcos eigener Vorteile wegen distanziert hatten, dazu noch einige wenige Liberale als Aushängeschild. Die sich seit dem Sommer 1986 immer wiederholenden Putschversuche dienten nicht zuletzt dazu, die liberalen Kräfte aus der Regierung zu treiben und die Bühne nunmehr gänzlich dem Militär zu überlassen. (So wurde z.B. im November 1986 der liberale Menschenrechtsanwalt Aquilino Pimentel durch Jaime Ferrer ersetzt. Der ,,Kommunistenfresser'' Ferrer war zeitweilig Präsident der philippinischen Sektion der Antikommunistischen Weltliga und einst der engste Berater von Ramon Magsaysay, der als Präsident in den 50erJahren die Zerschlagung der Hukbalahap (von der damaligen kommunistischen Partei beeinflußte Befreiungsarmee) betrieben hatte. Bis zu seiner Ermordung im August 1987 hat Ferrer maßgeblich dazu beigetragen, ein umfassendes Netz von Vigilante-Gruppen — vergleichbar mit südamerikanischen Todesschwadronen — aufzubauen.) Das Militär, unter Marcos enorm aufgebläht und vor allem wegen seiner zahllosen Menschenrechtsverletzungen verhaßt, konnte sich mit der Aura des Befreiers umgeben. Nicht das Volk, das in einen Kreuzzug für Frieden und Gerechtigkeit ziehen sollte, wie ,,Cory'' Aquino noch im Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen 1986 verkündet hatte, sondern das Militär wurde zur tragenden Säule der Aquino-Regierung.

Waffenstillstand — ein kurzes Intermezzo

Bereits kurz nach dem Amtsantritt von ,,Cory'' Aquino begannen Diskussionen über mögliche Modalitäten eines Waffenstillstands oder gar eines dauerhaften Friedens zwischen der Regierung und dem Dachverband der im Untergrund arbeitenden philippinischen Befreiungsbewegung, der Nationaldemokratischen Front (NDF). Im Rahmen ihres nationalen Versöhnungsprogramms sollten auch die ,,Brüder und Schwestern'' aus den Bergen zurückkehren (gemeint waren damit die NPA-Kämpfer, denen Frau Aquino eine neue Existenz in den Städten und Dörfern anbot). Noch im Sommer 1986 sah ,,Cory'' Aquino in den ungelösten wirtschaftlichen Problemen und den krassen sozialen Unterschieden die Ursache für das ständige Anwachsen der NDF und ihrer Bündnisorganisationen. Gegen den erbitterten Widerstand von Teilen des Militärs, vor allem des damaligen — und bereits unter Marcos amtierenden — Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile wurde für den 10. Dezember 1986 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, was umfassende Friedensverhandlungen mit einschloß.

Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens muß als Wendepunkt in der Ausrichtung der Aquino-Regierung betrachtet werden. Dazu mögen beigetragen haben, daß es der NDF in der Zeit des Waffenstillstands gelungen ist, ihre Forderungen offensiv in der Öffentlichkeit darzustellen. Die NDF hatte für die Friedensverhandlungen folgende Forderungen gestellt:

— Die Beseitigung aller faschistischen Relikte der Marcos-Ära. Das bedeutete eine gründliche Säuberung des Militär- und Verwaltungsapparates von all jenen Elementen, die für die Menschenrechtsverletzungen und die Korruption der Marcos-Zeit mit verantwortlich waren.

— Eine umfassende Landreform sowie — gegen gewisse Kompensationszahlungen — die Auflösung der großen monopolartigen Landbesitzungen.

— Die Wiederherstellung von nationaler Würde und Unabhängigkeit. Diese Forderung beinhaltete die Aufhebung aller ungleichen Militär- und Handelsbeziehungen und zielte damit direkt auf die Auflösung der US-Basen und auf ein Ende quasi-kolonialer Handelsbeziehungen, insbesondere mit den USA.

— Die Schaffung von Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Für die NDF bedeutete das, daß sie und auch die Organisationen der Bauern, Arbeiter und der städtischen Armen in der Regierung vertreten sein sollten (Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung).

Repräsentanten der NDF konnten Rundfunkinterviews geben und wurden zu Talk-shows eingeladen, wo sie Rede und Antwort über ihr Programm und ihre Praxis standen. Diesem Prestigegewinn der NDF konnte die Aquino-Regierung nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Zudem befand sich ,,Cory'' Aquino bereits zu dieser Zeit unausweichlich im Würgegriff von Militär und Reagan-Administration, so daß sich ein Eingehen auf die Forderungen der NDF als unmöglich erwies. Im November 1986 hatte der US-Sonderbotschafter Philip Habib Frau Aquino als Gegenleistung für die Unterstützung der USA und die Entlassung des ständig querschießenden Verteidigungsministers Enrile folgende Zusagen abgetrotzt: Ersetzung von liberalen und reformwilligen Ministern durch pro-amerikanische Kräfte, Garantie für die US-Basen auf den Philippinen, Umsetzung der von der Weltbank und dem IWF geforderten Wirtschaftspolitik und freie Hand für den neuen Verteidigungsminister Rafael Ileto bei der Aufstandsbekämpfung. So war denn fortan auch nicht mehr von Versöhnung die Rede, sondern ,,Cory'' Aquino räumte ein, daß notfalls die Subversion durch einen drastischen chirurgischen Eingriff wegoperiert werden müsse.

Die neue Losung — „Tötet für den Frieden"

Spätestens seit der Ermordung des prominenten Gewerkschaftsführers der ,,Bewegung des 1. Mai'' (KMU) und Vorsitzenden der linken ,,Partido ng Bayan'' (Partei des Volkes) Rolando Olalia im November 1986 verdichteten sich die Anzeichen, daß die Regierung von ,,Cory'' Aquino ihren ,,Kreuzzug für Frieden und Gerechtigkeit'' in einen ,,Kreuzzug gegen den Kommunismus'' umgemünzt hatte. Wie nach dem Olalia-Attentat so folgte auch auf das Massaker an friedlich demonstrierenden Landarbeitern auf der Mendiola-Brücke im Januar 1987 kurzerhand ein Putschversuch des Militärs. Jedesmal wurden Marcos-Loyalisten für die Putschversuche verantwortlich gemacht, denen nachgesagt wurde, den sich im Exil in Hawaii warmboxenden Ex-Diktator wieder nach Manila bringen zu wollen. So konnte ,,Cory'' Aquino sich jedesmal als die unbefleckte Madonna präsentieren, die gerade noch einmal den bösen Machenschaften von Marcos entgangen war. Ihre überwältigenden Erfolge, sowohl bei dem Referendum über die neue Verfassung als auch bei den Senatswahlen, lassen sich u.a. damit erklären, daß das Volk sich gegen die Diktatur und jedenfalls nicht in dieser Eindeutigkeit für ,,Cory'' ausgesprochen hat. (Außerdem gab es reichhaltige Beweise für Wahlmanipulationen und Benachteiligungen von Oppositionsparteien.) Die Militärspitze um Verteidigungsminister Ileto und Generalstabschef Fidel Ramos nutzte die Gunst der Stunde als Gralshüter von People Power, um ihre Counterinsurgency-Pläne konsequent in die Tat umzusetzen.

Die Counterinsurgency-Programme sind facettenreich und entsprechen ganz dem unter der Reagan-Administration entwickelten Konzept des low-intensity-conflict (LIC). Einer der wichtigsten Counter-Insurgency-Experten der US-Streitkräfte Oberst Waghelstein beschreibt LIC als einen totalen Krieg an der gesellschaftlichen Basis, wobei wirtschaftliche, politische, sozialpolitische und psychologische Maßnahmen als flankierende Bestandteile der militärischen Praxis begriffen werden.

Wie sehr die Militärs auf den Philippinen dieses Konzept bereits in die Wirklichkeit umgesetzt haben, beweist die folgende Schilderung: ,,Wir leben in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt.'' (Terre des Hommes e.V. — Pressemitteilung 8/87) Vigilante-Gruppen oder Todesschwadronen mit so abenteuerlichen Namen wie ,,Die Massen erheben sich'', ,,Vereintes Volk für Frieden'', ,,Rächer Gottes'', ,,Guerilleros Jesu'' und ,,Hack-Hack'' terrorisieren stellvertretend für das Militär die Bevölkerung. Frau Aquino sieht in diesen Gruppen mittlerweile sogar eine neue Verkörperung der People Power. Dörfer, in denen das Militär Sympathisanten der NPA vermutet, werden von Hub-

rung der People Power. Dörfer, in denen das Militär Sympathisanten der NPA vermutet, werden von Hub-

schraubern aus bombardiert. Dabei kommt es immer häufiger zu Übergriffen des Militärs. So zum Beispiel in Lupao, im Nordosten Luzons, wo 17 Zivilisten von den Militärs erschossen worden sind. Im Vorfeld von Demonstrationen werden Oppositionspolitiker kaltblütig ermordet. Das jüngste Opfer war der Generalsekretär von Bayan (Dachverband einer großen Zahl von Aktionsgruppen) Leandro Alejandro. Streikführer werden — wie in den Zeiten von Marcos — ohne Angabe von Gründen verhaftet.

Dieser, mittlerweile mit voller Schärfe geführte, totale Krieg gegen alles, was links oder oppositionell ist, richtet sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung. Die NPA ist mittlerweile so stark geworden, daß kurzfristig kaum damit zu rechnen sein wird, daß dem Militär entscheidende Erfolge gelingen werden. Deswegen geht es vorerst um die Einschüchterung der Bevölkerung, um jede Form der Unterstützung für die Befreiungsbewegung oder die legalen Oppositionsgruppen (wie Bayan, Partido ng Bayan, KMU) unmöglich zu machen. Sogar Neutralität ist nicht mehr erlaubt. Wer sich nicht offen für ,,Cory'', für Gott und gegen den Kommunismus ausspricht, wird für vogelfrei erklärt und muß damit rechnen, sich am nächsten Tag als Leiche am Straßenrand wiederzufinden.

Nach Berichten der philippinischen Tageszeitung ,,Malaya'' hat Frau Aquino nun auch offiziell dem Militär freie Hand bei der Aufstandsbekämpfung gegeben. Einen Tag nachdem US-Präsident Ronald Reagan das philippinische Militär aufforderte, Frau Aquino zu unterstützen, und kontinuierliche Hilfe für die Philippinen zusagte, gingen die Militärs an die Öffentlichkeit. Ihr Sprecher erklärte: ,,*Wir haben das Wort der Präsidentin, die Kommunisten mit aller Kraft zu bekämpfen. Die Tage der CPP* (Kommunistische Partei der Philippinen, Anmerk. d. Verf.) *sind gezählt*''. Innerhalb der nächsten drei Jahre, so hofft man, soll die Rebellion zerschlagen sein. Verteidigungsminister Ileto sagte, die Erklärung von Ronald Reagan ,,*ist ein willkommener Schritt eines Verbündeten, denn sie bedeutet den stetigen Fluß militärischer Ausrüstung*''. Es muß nun befürchtet werden, daß die zahlreichen Massaker und Morde der letzten Monate nur der Auftakt für weitere Grausamkeiten des Militärs und seiner Handlanger sein werden. Hinweise, daß der Optimismus des Militärs gerechtfertigt erscheint, gibt es angesichts einer soliden Massenbasis für die NDF und annähernd 30.000 bewaffneter Kämpfer der NPA nicht. Der Widerstand, sowohl in legalen Oppositionsgruppen als auch in der NDF, wird zunehmend schwerer und für den Einzelnen zum unkalkulierbaren Risiko werden. Für die Solidaritätsarbeit wird neben der moralischen Unterstützung zunehmend die materielle Hilfe für den Befreiungskampf auf den Philippinen auf der Tagesordnung stehen.

Ks., Hamburg

Der schwere Weg zum Frieden

Nicaragua zwischen ,,Nationalem Dialog'' und Bürgerkrieg

Der costaricanische Präsident Arias erhält in diesen Tagen den Friedensnobelpreis für einen *Plan*, der Mittelamerika den Frieden bringen soll. Wie schwierig dieser Prozeß allerdings ist, welche Klippen noch überwunden werden müssen, zeigt der folgende Bericht aus Nicaragua. Der ,,Friedensplan'' als Mittel zur politischen Festigung der Reaktion in Nicaragua, aber gleichzeitig auch Hoffnungsträger der Sandinisten, den revolutionären Prozeß unter Bedingungen des Friedens fortsetzen zu können.

Der vom costaricanischen Präsidenten Arias vorgelegte Friedensplan für Mittelamerika ist Ausdruck eines gemeinsamen Interesses aller fünf Länder der Region. Niemand will eine direkte US-Intervention in Nicaragua (oder El Salvador)! Und diese ist, durch die strategische Niederlage der Contra als bislang wichtigstes Instrument der Kriegspolitik der USA, wieder zu einer aktuellen Gefahr geworden. Alle mittelamerikanischen Staaten sind sich bewußt, daß eine Invasion der USA in Nicaragua alle fünf Länder betreffen würde. Ganz Mittelamerika stünde in Flammen.

Es gibt das gemeinsame Interesse, jenseits aller anderen tiefgreifenden Widersprüche, dieses zu verhindern. Dies allein hätte jedoch zum Zustandekommen von Esquipulas II nicht gereicht. Dazu kommt der anscheinend unaufhaltsame Niedergang der Ära Reagan. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA besteht eine reelle Chance, daß die Republikaner die Macht an die Demokraten abgeben müssen. Indizien dafür sind die Mehrheitsverhältnisse im Senat und Kongreß nach den letzten Wahlen im November 86, die Iran-Contra-Affäre, und aktuell käme noch die Wirtschaftskrise (Dollarsturz und Börsenkrach) hinzu.

Diese Einschätzung wird von den mittelamerikanischen Ländern geteilt, wenn sie auch für die einzelnen Länder unterschiedliche Konsequenzen mit sich bringt. Für die US-Satellitenstaaten, besonders Honduras und El Salvador, ist es von vorrangigem Interesse, daß ein möglicher Regierungswechsel in Washington keinen negativen Einfluß auf die für diese Länder vitale Wirtschafts- und Militärhilfe der USA hat. Demzufolge liegt es gierungswechsel in Washington keinen negativen Einfluß auf die für diese Länder vitale Wirtschafts- und Militärhilfe der USA hat. Demzufolge liegt es im Interesse jener Länder, sich nicht mit Haut und Haaren an das politische Projekt Reagan zu binden, sondern in Hinblick auf eine mögliche Regierungsverantwortung der Demokratischen Partei eine gewisse Flexibilität zu signalisieren.

Für die Sandinisten ist das Ende der Reagan-Regierung zu einer Art Stichtag geworden. Es gilt noch 15 Monate durchzuhalten. Keiner macht sich hier Illusionen über die Politik der Demokraten, aber man hofft, daß sie zumindest die militärische Vaiante der Aggression stoppen werden. Und dies gäbe den Sandinisten ausreichend Spielraum, den Aufbau des Landes wiederaufzunehmen. Die derzeit herrschende Kriegswirtschaft birgt zunehmend die Gefahr eines politischen Verschleißes der Sandinisten in sich.

Somit liegt es im Interesse aller mittelamerikanischen Staaten, einen breit und langfristig angelegten Verhandlungsprozeß zur Erlangung des Friedens aufzunehmen. Es geht ihnen, unserer Meinung nach, nicht in erster Linie darum, tatsächlich Frieden zu schaffen. Wobei nicht alle im mittelamerikanischen Konflikt beteiligten Parteien das Wort Frieden als Abwesenheit von Krieg verstehen: Für Nicaragua ist beispielsweise Frieden mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Keiner, der nicht wüßte, daß hier allein die Außenpolitik der USA ausschlaggebend ist. Es geht vielmehr darum, dem Imperialismus die Möglichkeit zur Eskalation aus der Hand zu nehmen, und eventuell bereits Grundlagen zu schaffen für ein Zusammenleben nach Reagan.

Daraus erklärt sich die Vehemenz, mit der die FSLN darauf besteht, daß es keinen ,,fatalen Termin'' (der Tag X) geben dürfe, an dem dieser oder jener Beschluß erfüllt sein müßte. Das heißt, selbst wenn die Gleichzeitigkeit der Erfüllung der Beschlüsse nicht eingehalten wird (z.B. von Honduras oder El Salvador), wird Nicaragua den Friedensprozeß nicht scheitern lassen. Die Sandinisten wollen den Verhandlungsprozeß nicht unterbrechen.

Friedenssehnsucht in Nicaragua bringt Aufwind für die Reaktion

Im ersten Moment hat die Unterzeichnung von Esquipulas II in der nicaraguanischen Bevölkerung zu einer großen Euphorie geführt, so daß die Regierung und die Frente sich genötigt sahen, allzu hochfliegende Erwartungen zu dämpfen: Esquipulas II sei noch nicht der Friede, man müsse sich auf einen langwierigen Prozeß einrichten, Nicaragua müsse weiter verteidigungsbereit sein, weil die US-Regierung noch immer auf Intervention setzt (z.B. Reagans Antrag auf neue Gelder für die Contra). Mittlerweile sind die ersten 90 Tage — ein im Abkommen festgelegter Zeitraum um bestimte Beschlüsse umzusetzen — um. Was ist in Nicaragua geschehen?

Nicaragua hat als Geste des guten Willens die beim Gerichtshof in Den Haag anstehenden Prozesse gegen geschehen? Nicaragua hat als Geste des guten Willens die beim Gerichtshof in Den Haag anstehenden Prozesse gegen Honduras und Costa Rica — wegen deren Unterstützung für die Contra — suspendiert. An der Grenze zu Honduras und an der Grenze zu Costa Rica wurden die Grenzübergänge wieder geöffnet und jeden Samstag die Möglichkeit zur Familienzusammenführung zwischen Nicaraguanern und ihren nicaraguanischen Angehörigen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen im jeweiligen Nachbarland leben, geschaffen. Diese Treffen wurden wöchentlich von jeweils mehreren tausend Menschen genutzt. Ziel der Treffen war die Rückführung der im Ausland lebenden Nicaraguaner, auch derjenigen, die Kontakte zur Contra hatten.

Nachdem die costaricanischen Einwanderungsbehörden den auf ihrer Seite lebenden Nicaraguanern nicht mehr erlaubten, zum Treffen mit ihren Angehörigen auf die andere Seite der Grenze überzuwechseln, mußten die Nicaraguaner aus Nicaragua auf costaricanisches Territorium. Dort hatte man eine Propagandaaktion vorbereitet: mehreren hundert Nicaraguanern wurde die Aufenthaltserlaubnis aufgeschwatzt und sie blieben. Daraufhin wurden diese Treffen an der Grenze zu Costa Rica von der nicaraguanischen Regierung suspendiert. Letzte Woche wurden auch im Norden die Treffen zwischen Nicaraguanern von der honduranischen Regierung ohne Begründung verboten.

Innenpolitisch fühlt sich Nicaraguas Rechte derzeit im Aufwind. La Prensa und Radio Catolica dürfen wieder publizieren bzw. senden ohne Vorzensur. Unserer Meinung nach ist dies äußerst problematisch. Es geht hier nicht abstrakt um Pressefreiheit. La Prensa ist Sprachrohr der CIA. Selbst wenn sie es vorher nicht gewesen war, als sie verboten wurde, jetzt ist sie es mit Sicherheit! Die Meldungen der Prensa sind subtil gemachte Manipulationen und werden auf Dauer in den Köpfen der Menschen großen Schaden anrichten, zumal hier in Nicaragua, weniger als es während der UNIDAD POPULAR in Chile mit dem CIA-Mercurio der Fall war, kaum gefestigtes Bewußtsein und kritische Lesegewohnheiten vorherrschen, die es erlauben würden, die Prensa-Manipulationen zu durchschauen.

Für die Rechte sind die Maßnahmen der Regierung Zugeständnisse, die abgepresst wurden, d.h. die Rechte verbucht die Nach-Esquipulas-Entwicklung als ihren politischen Erfolg (obwohl ihre Forderungen auf eine Regierungsbeteiligung hinauslaufen). Die FSLN präsentiert ihre Politik als Ergebnis einer erkämpften Position der Stärke (v.a. Sieg über die Contra). Weitere Maßnahmen: Die bislang wegen konterrevolutionärer Aktivitäten ausgewiesenen Priester dürfen nach Nicaragua zurückkommen (Carballo und Vega). Das ,,Gesetz der Abwesenden'' (Ley de Ausentes) wurde aufgehoben, das festgeschrieben hatte, daß Ländereien von Personen, die länger als ein halbes Jahr ,,ungeregelt'' im Ausland sind, konfisziert werden dürfen. Dieses Gesetz war mit Grundlage der erweiterten Agrarreform. Darauf- Ausland sind, konfisziert werden dürfen. Dieses Gesetz war mit Grundlage der erweiterten Agrarreform. Darauf- hin gab es Befürchtungen unter den Bauern, daß im Rahmen von Esquilupas II bereits verteiltes Land wieder zurückgegeben werden muß. Die Regierung garantierte, daß alle übergebenen Landtitel im Besitz der campesinos bleiben. Es wurden von der Regierung in drei abgegrenzten Regionen des landes ein einseitiger Waffenstillstand bekanntgegeben (vom 7.10.-7.11.). Ziel dieser Maßnahme war es, den regionalen Contraverbänden die Möglichkeit zu geben, sich in ,,Sicherheit'' über die neugeschaffenen Bedingungen nach Esquipulas II zu informieren und sich der Amnestie zu übergeben. Es haben sich zwar innerhalb eines Monats etwa 500 Contras ergeben — dies entspricht etwa dem monatlichen Mittel der gefallenen Contras — , aber es kam (noch) nicht zu massenhaften Amnestierungen, wie zum teil erhofft wurde. Zwei andere Effekte waren zu verzeichnen. Einmal haben sich mittlerweile im ganzen Land, und besonders in jenen Waffenstillstandszonen, sogenannte Friedenskommissionen gebildet, die sich jeweils in der Mehrheit der Fälle aus einem katholischen Priester, einem evangelischen Pastor, einem Regierungsvertreter und einer ,,angesehenen Persönlichkeit'' oder einem Rot-Kreuz-Vertreter zusammensetzen. Diese Kommissionen entstanden nicht von der Regierung organisiert, sondern als lokale Initiativen. Ihre Aufgaben sind über Esquipulas II zu informieren, Sicherheitsgarantien zu geben und Bedingungen für eine Waffenniederlegung der Contra in jeweils ihren Gegenden zu schaffen.

Der zweite Effekt der Waffenstillstandszonen war, daß diese von den USA ausgenuztz wurden, um die sich in den Zonen befindlichen Contragruppen mit reichlich Kriegsmaterial auszurüsten. Nachdem die Contra sich ein wenig erholt hatte und das Gebiet in Ruhe ausgekundschaftet hatte, ging sie wieder dazu über, zivile Ziele anzugreifen. In der betroffenen Bevölkerung herrschte einige Skepsis über diese Maßnahmen, denn der Waffenstillstand bedeutete Abzug der sandinistischen Truppen und eine gewisse Schutzlosigkeit gegenüber der Contra (obwohl ein Großteil der Bauern als Selbstschutzmilizen organisiert und bewaffnet ist). So gab es viel Beifall, als Daniel Ortega am 5.11. die Beendigung des Waffenstillstandes verkündete und bekanntgab, daß ab 7.11. das EPS den Kampf in den betreffenden Zonen aufnehmen werde.

Der „Nationale Dialog" überbrückt nicht die Widersprüche

Eine weitere Maßnahme war, bereits einige Tage nach der Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommens, die Einrichtung einer ,,Nationalen-Versöhnungskommission'', zusammengesetzt aus Sergio Ramirez, Vizepräsident, Obando y Bravo, Kultfigur der Anti-Sandinisten, Gustavo Pajarón, evangelischer Pastor (Vorsitzender von CEPAD) und Mauricio Diaz, Führer einer Oppositionspartei (PPSC). Obando, *die* Führergestalt der Opposition, wurde zum Vorsitzenden der Kommission ernannt. Am 5.11. schlug Daniel Ortega ihn als Vermittler zwischen der Regierung und der Contra vor, um einen Waffenstillstand auszuhandeln. Dies ist eine äußerst brisante Angelegenheit, weil das einem immer wieder vehement — zu Recht — zurückgewiesenen politischen Dialog mit der Contra-Führung sehr nahe kommt. Wir sind der Meinung, daß diese Maßnahme höchst problematisch ist, da ein Waffenstillstandsabkommen auch beinhalten nung, daß diese Maßnahme höchst problematisch ist, da ein Waffenstillstandsabkommen auch beinhalten würde, daß die Contra als militärischer Verband aufrechterhalten bleibt. Die bisherigen Amnestieangebote hatten immer noch zur Vorbedingung, daß die Waffen niedergelegt werden. Allerdings ist zur Zeit (6.11.) noch keine Einzelheit bekannt, noch nicht einmal, ob Obando y Bravo seine Rolle als Vermittler akzeptiert.



Tote Bäume für tote Parolen!

Mit der ganzen, nicht-bewaffneten Opposition ist Anfang Oktober ein sogenannter ,,Nationaler Dialog'' aufgenommen worden. Alle politischen Parteien und Organisationen der rechten und linken Opposition nehmen daran teil, außer der trotzkistischen Arbeiterpartei PRT, die dies als Zugeständnis an die Bourgeosie prinzipiell ablehnt. Der Dialog schließt auch die illegalen Rechtsparteien ein, die nicht an den 84er Wahlen teilgenommen haben. Nach mehreren Wochen Debatten sind gerade einmal die teilnehmenden Gruppen bestimmt worden und ist ein internes Reglement verabschiedet worden. Dieses langsame Vorankommen geht auf das Konto des rechten Flügels der teilnehmenden Organisationen, die eine totale Verzögerungstaktik fahren. Die bislang wichtigsten Ergebnisse dieses Dialogs sind Fraktionierungen und Spaltungen in fast allen bedeutenden Oppositionsparteien. Die Bevölkerung nimmt wenig Notiz von diesem Dialog trotz breiter Berichterstattung in den Medien. Die politische Organisierung der Opposition ist schwach und in sich zerrissen.

In Zusammenhang mit Esquipulas II gibt es noch ein letztes heikles Thema: Die Amnestie. Es gibt drei traditionelle Forderungen der Rechten (incl Contra und Reagan) an die Sandinisten: Aufhebung des Notstandes, Dialog mit der Contra und Generalamnestie. Was Dialog und Amnestie angeht, blieben die Sandinisten bislang hart. Generalamnestie hieße Freilassung der ehemaligen Nationalgardisten Somozas, d.h. der Kriegsverbrecher. Die Position der FSLN: Die Revolution hat die Mitglieder der Nationalgarde nach dem Sieg der Sandinisten weder hingerichtet noch zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Im Vergleich zu anderen siegreichen Revolutionen stellt dies ein großzügiges Vorgehen dar. Würde man sie jedoch nun freilassen, ohne daß in Nicaragua Frieden herrschte, so würden sie sich direkt wieder ihren alten Kampfgefährten, die jetzt in der Contra sind, anschließen. Es ist bekannt, daß diese Häftlinge noch ihre politischen Anschauungen aufrechterhalten. Diese Politik, das Nein zur Generalamnestie, wird unterstützt und gefordert von der Organisation der Mütter der ,,Helden und Märtyrer'', also der Frauen, die im Kampf einen oder mehrere Söhne verloren haben. Die Rechte hat nun, mit tatkräftiger und finanzieller Unterstützung der US-Botschaft in Managua eine sog. ,,Bewegung 22. Januar'' ins Leben gerufen, das sind Mütter von somozistischen Gefangenen, die nun — mit weißen Kopftüchern, wie die Madres de la Plaza de Mayo in Argentinien — auf die Straße gehen und lauthals eine Generalamnestie für ihre Söhne fordern. Die ,,Mütter der Helden und Märtyrer'' rufen ihnen entgegen: ,,Euer Sohn ist im Gefängnis. Und unsere Söhne? Wo sind sie?'' Bei einer jüngsten Demonstration, auf der beide Gruppen aufeinandertrafen, wurde aus der Reihe der Somoza-Mütter auf die Teilnemer der Gegen-Demonstration geschossen. Es gab Verletzte.

Zum 5.11. mobilisierte die FSLN massiv in allen Städten des Pazifikraumes. In einer zentralen Rede gab Daniel Ortega zwei brisante Gesetzesentwürfe bekannt: *Wenn* die Internationale Kommission laut Esquipulas nach niel Ortega zwei brisante Gesetzesentwürfe bekannt: Wenn die Internationale Kommission laut Esquipulas nach einem Überprüfungsprozeß feststellt, daß die Aggression gegen Nicaragua effektiv gestoppt ist, *dann* wird a) der Notstand aufgehoben und b) eine Generalamnestie erlassen. (Aus dem Gesetzestext geht jedoch noch nicht genau hervor, wer genau davon betroffen sein wird bzw. ob es Ausnahmen geben wird oder nicht.) Dies mag diplomatisch betrachtet eine sehr schlaue Politik sein. Allerdings hat die FSLN in den letzten Wochen eine intensive Kampagne unter ihrer Anhängerschaft gegen eine Generalamnestie geführt. Die Mehrheit der Spruchbänder und Plakate auf der Großdemonstration vom 5.11. forderten ,,Keine Generalamnestie!'' Nach dem neuen Gesetzestext kämen auf alle Fälle ehemalige Nationalgardisten frei. Zu diesem Vorhaben gibt es keine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Hier müßte erst noch eine politische Überzeugungsarbeit beginnen, um eine ausreichende Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

Ein politischer Balanceakt mit Absturzgefahr

Wir sind skeptisch. Die Gründe für die Politik der Sandinisten sind uns noch nicht klar. *Entweder* die Sandinisten sind sich zu sicher ihrer Sache und haben ein bißchen den Boden unter den Füßen verloren, also merken nicht mehr, wie reserviert ihre Politik vom Volk aufgenommen wird. Bei der Unterzeichnung von Esquipulas II ergab sich die kuriose Situation, daß die Bevölkerung euphorisch reagierte (,,Jetzt ist der Frieden da'') während viele Kader der FSLN eher ablehnend und zurückhaltend reagierten, weil sie befürchteten, daß die Beschlüsse von Esquipulas den revolutionären Prozeß beeinträchtigen würden. Somit mußte die Parteiführung unterschiedlich in zwei Richtungen argumentieren: dämpfend aufs Volk und animierend

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

in den eigenen Reihen. Innerhalb der Partei wurde die Beschlußlage durch eine Asamblea Sandinista (höchstes beschlußfähiges Organ) vereinheitlicht, in der Massenarbeit wurde eine Hausbesuchs-Kampagne durchgeführt. *Oder* der Druck auf die nicaraguanische Regierung ist einfach zu stark. Die wirtschaftliche Entwicklung ist katastrophal und wahrscheinlich kommt auch politischer Druck aus der Sowjetunion, in irgend einer Form einzulenken und eine politische Lösung jetzt zu finden.

Es erscheint uns mittlerweile klar, daß Arias, der Präsident von Costa Rica und frischgebackener Friedensnobelpreisträger und „Initiator" des Friedensplanes von Esquipulas eine Figur der Internationalen Sozialdemokratie ist. Arias selbst ist ein völlig farbloser Politiker, eine Art „Latino-Kohl" und ohne jedes Format. Sein erster Entwurf des Friedensplanes hat mit der unterzeichneten Fassung kaum noch Ähnlichkeit, sondern war vielmehr eine Variante der Reagan-Linie. Beispielsweise schloß der ursprüngliche Plan Arias Nicaragua aus den Verhandlungen völlig aus.

Die Sozialdemokratie sieht in Alternativen zur Kriegspolitik Reagans *die* Möglichkeit, in Zentralamerika politischen Einfluß zu erlangen. Costa Rica mit Arias bot sich als Brückenkopf dieser Politik an. Was zur Zeit in Bezug auf Nicaragua geschieht ist der Versuch verschiedener Kräfte (Sozialdemokratie, fünf zentralamerikanische Staaten, Contadora, US-Demokratische Partei) ein Szenario für die Nach-Reagan-Ära zu schaffen. Dieses Szenario produziert auf Nicaraguas Regierung einen enormen politischen Druck.

Die Politik der Sandinisten ist riskant. Und sie sind so ehrlich und geben es zu. Innenpolitisch müssen sie den „ideologischen Kampf" mit der Rechten aufnehmen (nach Wiedereröffnung der Prensa etc.). Und darauf ist weder ihre Basis, noch der Kaderstamm ausreichend vorbereitet. Die Kaderschulen der FSLN sind noch immer vorrangig die Schützengräben. Der Krieg absorbiert weiterhin die fähigsten Leute. Die Sandinisten auf mittleren und unteren Funktionsrängen denken logischerweise immer noch in militärischen Kategorien. Noch ist Nicaragua ein Land im Kriegszustand. Zu einer breiten ideologisch-politischen Arbeit unter der Bevölkerung fehlen die Voraussetzungen. Sie ist nichtsdestoweniger eine dringliche Notwendigkeit, da der durch den Sturz Somozas geschaffene Grundkonsens der neuen nicaraguanischen Gesellschaft, hegemonisiert durch den Sandinismus, brüchig zu werden droht. Außenpolitisch hängt alles von den USA ab.

Vielleicht haben die Sandinisten einfach keine Zeit mehr, ihre Politik sorgfältig zu planen und vorzubereiten. Die Dynamik der politischen Entwicklung in den letzten Wochen ist außerordent-
fältig zu planen und vorzubereiten. Die Dynamik der politischen Entwicklung in den letzten Wochen ist außerordent-
lich hoch. Die Sorge der FSLN ist es, in dieser Konjunktur auf keinen Fall die Initiative zu verlieren gegenüber Reagan, der seit Esquipulas deutlich in der Defensive ist. Aber der Preis, den die Revolution zahlen muß, kann sehr hoch sein. Aber vielleicht wird es der Preis sein für den Frieden.

Ulrike und Uwe, 8.11.87 (Elfter Jahrestag der Ermordung von Carlos Fonseca, Gründer der FSLN)

Honduras:

Gewerkschaften und Volksbewegung

Interview mit Hektor Hernandez und Gladys Lanza

Honduras, eine der reaganschen Musterdemokratien in Mittelamerika. Honduras, voll von US-Militäreinrichtungen, Frontstaat gegen die sandinistische Revolution und Rückzugsgebiet der Contra. Honduras, Bananenrepublik, die zur militärischen Drehscheibe der US-Intervention in Mittelamerika umgewandelt wird. Viele Hondurenos sind mit dem eingeschlagenen Konfrontations- und Kriegskurs jedoch nicht einverstanden. Die organisierten Arbeiter/innen gehören dabei zu den entschlossensten oppositionellen Kräften. Der AK hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit zwei leitenden Genoss/inn/en des linken Gewerkschaftsdachverbandes FUTH. Wir sprachen über die FUTH und die übrigen gewerkschaftlichen Tendenzen, die Repression gegen Gewerkschafter/innen, die Einflußnahme der bundesdeutschen Sozialdemokratie und die Perspektiven der hondurenischen Volksbewegung.

Hector Hernandez ist Generalsekretär des linken hondurenischen Gewerkschaftsdachverbandes FUTH (Federación Unitraia des Trabajadores des Honduras). **Gladys Lanza** gehört auch der FUTH-Führung an und ist außerdem Vorsitzende der Gewerkschaft der staatlichen Elektrizitätsarbeiter/innen (STEENE).

Wann und unter welchen Umständen entsteht die FUTH?

Hector Hernandez: In Honduras ist seit Jahrzehnten ein wirtschaftliches System in Kraft, welches für das Volk Arbeitslosigkeit, Misere in allen Lebensbereichen, Vorenthaltung demokratischer Rechte und ständige Repression bedeutet.

Die aktuelle neoliberale Variante dieses Modells geht Hand in Hand mit der „Politik der nationalen Sicherheit". Das bedeutet in der Praxis, daß der hondurenische Staat vor allem die Sicherheit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA garantiert. Diese antinationale, von den USA abhängige Wirtschaftspolitik geht auf äußere Pressionen z.B. des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der US-Entwicklungsorganisation AID zurück. Denn diese bestimmen, was in Honduras auf wirtschaftlichem Gebiet passiert. Die nationale Bourgeoisie ist, im Gegensatz zu Guatemala und El Salvador, nur ein wirtschaftlich und politisch weitgehend machtloser Handlanger ohne eigenes Konzept. Und, um zum Kern der Frage zu kommen, die übrigen Gewerkschaftszentralen, die christdemokratische CGT und die sozialdemokratische CTH haben auf diese strukturellen Probleme der hondurenischen Wirtschaft und der hondurenischen Arbeiterklasse keine Antwort gegeben. Die FUTH entstand 1981 als Antwort auf diese Schwächen.

Hector, kannst Du die unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen Gewerkschaftszentralen konkretisieren?

Sowohl die CGT als auch die CTH haben sich immer auf rein ökonomische Forderungen beschränkt. Lohnerhöhungen, Kollektivverträge, Arbeitsbedingungen, Urlaub etc. Wir können sagen, sie haben um die Brosamen gekämpft, die auf dem Tisch der Reichen und Mächtigen übrigblieben. Mit ihren bloßen Lohnkämpfen sind sie nie bis auf den Grund der Ungerechtigkeiten gegangen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wer sie ausbildet, aufbaut und finanziert, können wir sagen, daß sie gerade das vermeiden wollen. Die CTG und die CTH werden deshalb von den verschiedenen Regierungen und auch von den Militärs bevorzugt behandelt. Sie gelten als Ansprechpartner, haben die juristische Anerkennung und werden weniger verfolgt. Die neuentstandene FUTH dagegen ist eine klassenkämpferische Organisation. Wir haben völlig andere Vorstellungen vom gewerkschaftlichen Kampf. Deshalb bleiben wir auch nicht bei den ökonomischen und sozialen Tagesforderungen stehen. Die sind natürlich auch für unsere Mitglieder wichtig, das ist klar. Aber wir verbinden diese Ebene des Kampfes mit einer nationalen, patriotischen und volksverbundenen Konzeption. Was uns also von den anderen Gewerkschaftszentralen unterschiedet, ist unsere kritische Haltung gegenüber dem Staat, unser Vorschlag eines politischen Projekts, um die nationale Souveränität zu retten, die Forderung nach einem vollständigen Abzug der nordamerikanischen Truppen und der Contra, die Respektierung der Menschenrechte. All dies eng verknüpft mit unseren sozialen Zielen.

Welche Programmatik hat die FUTH?

Im wirtschaftlichen Bereich fordern wir eine radikale Agrarreform, die Nationalisierung der Wälder (Anm. AK: 75% des Landes sind bewaldet, und der Holzexport bringt Devisen. US-Gesellschaften beuten die Reserven z.Zt. schonungslos aus.), die Nationalisierung des Außenhandels und Kontrolle des Auslandskapitals. Preiskontrolle für die wichtigsten Grundbedarfsgüter, die Förderung des Staatssektors und eine Steuerreform zugunsten der Arbeitenden. Wir fordern die ungehinderte Gewerkschaftsarbeit und ein neues Arbeitsgesetz. Die wichtigsten politischen Ziele: Auflösung der US-Basen, Schluß mit allen Militärmanövern und Abzug aller ausländischen Truppen inklusive der Contra, stattdessen eine blockunabhängige Außenpolitik auf der Grundlage der Selbstbestimmung und Nichteinmischung. Wir haben den Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte, der demokratischen Freiheiten, die Amnestie der politischen Gefangenen, die Aufklärung politischer Morde/Verschwindenlassen und die Bestrafung der Täter aufgenommen. Alle repressiven Gesetze müssen abgeschafft werden.

Steht die hondurenische Arbeiterklasse hinter diesem Programm?



Eins vorweg. Du weißt, die Arbeiterklasse ist in unserem Land, zahlenmäßig gesehen, eine Minderheit. Die Mehrheit sind Campesinos. Aber neben diesen ist die Arbeiterklasse für einen gesellschaftsverändernden Prozeß das entscheidende Element. Es ist auch klar, daß die 24 der FUTH angeschlossenen Gewerkschaften (Anm. AK: In Honduras gibt es, wie in ganz Mittelamerika, nur Betriebsgewerkschaften.) mit ihren 25.000 Mitgliedern nicht die Mehrheit der organisierten Arbeiter repräsentieren. Von den Unorganisierten ganz zu schweigen. Aber wir können mit den kämpferischsten Gewerkschaften mit langer Tradition rechnen. Mit den Beschäftigten der Elektrizitätsversorgung, den Zuckerarbeitern und Gewerkschaften einiger transnationaler Konzerne sind wir besonders in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft stark und die Mitglieder sind bereit, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Nehmen wir als Beispiel den 1. Mai 87. Die christdemokratische CGT und die sozialdemokratische CTH hatten sich einer einheitlichen Aktion zum 1. Mai verweigert. Regionalverbände der CGT hatten für ihre Mitglieder sogar Busse in Badeorte organisiert, damit sie nicht auf die Straße gingen. Die FUTH hat daraufhin gemeinsam mit der CNTC (Anm. AK: fortschrittliche Campesinoorganisation mit ca. 25.000 Mitgliedern) allein in der Hauptstadt Tegucigalpa gut 20.000 Menschen auf die Beine gebracht. Und das trotz Gegenpropaganda von allen Seiten und trotz angedrohter und teils auch praktizierter repressiver Maßnahmen. So wurden in der Nacht vor der Demo 41 Leute wegen Sprühen und Plakatieren festgenommen. Die Demonstration selbst war eine der größten in den letzten Jahren und mit Sicherheit die kämpferischste. Von den Sprechchören, Transparenten, Flugblättern und Redebeiträgen her war sie vollständig von den vorher genannten Forderungen der FUTH bestimmt. In der zweitgrößten Stadt, in San Pedro Sula, waren auch etwa 20.000 Menschen auf unserer Demo, die ähnlich wie in Tegucigalpa ablief. In zwei anderen Städten nahmen noch weitere 10.000 Menschen an unseren Aktivitäten teil.

Und wieviele Anhänger konnten CGT und CTH auf die Straße bringen?

Ich untertreibe nicht, wenn Du willst, lies die Zeitungen vom folgenden Tag, wenn es viel waren, haben sie in Tegucigalpa und San Pedro Sula je 5.000 Leute mobilisiert. Und dabei haben sich viele Sprechchöre und Transparente auf unsere Forderungen bezogen, die Reden natürlich nicht. Viele haben sich später in unsere Kundgebung eingegliedert. Du siehst, obwohl uns die Regierung im Gegensatz zu CGT und CTH die juristische Anerkennung vorenthält, obwohl sie uns als Subversive, Kommunisten und Terroristen brandmarkt, hat dies unsere Kampffähigkeit nicht wesentlich vermindert. Wir konnten zwar seit unserer Gründung 1981 nur wenige Gewerkschaften gewinnen oder neu aufbauen, aber wir haben uns nach innen gefestigt, und wir haben die größte Mobilisierungsfähigkeit im Arbeitersektor. Besorgte Kommentare in der bürgerlichen Presse gerade nach den Ereignissen vom 1. Mai zeigen, daß sich die Mächtigen des gewachsenen Einflusses der FUTH bewußt sind.

Hector, einige Worte zur internen Situation von CGT und CTH.

Vorweg einige Worte zu deren Entstehung. Nach dem 69-tägigen Bananenarbeiterstreik von 1954, dem Beginn der hondurenischen Gewerkschaftsbewegung, haben die US-Gewerkschaftszentralen AFL und CIO begonnen, in Costa Rica und Puerto Rico hondurenische Gewerkschafter auszubilden. Diese haben dann zunächst in der Bananenarbeitergewerkschaft SITRATERCO das Ruder übernommen und sie domestiziert. Von da aus kontrollierten sie die entstehenden Gewerkschaftsföderationen. Der heutige Vorsitzende der CTH, Victor Andrés Artiles, beherrscht diese seit 34 Jahren. Der CGT-Generalsekretär Marco Tulio Cruz, und der CGT-Vorständler Oscar Escalante sind neuerdings Abgeordnete für die Nationale Partei (Anm. AK: die reaktionärste Partei der hondurenischen Bourgeoisie). Die beiden Vetera-
te für die Nationale Partei (Anm. AK: die reaktionärste Partei der hondurenischen Bourgeoisie). Die beiden Vetera-
nen der CGT haben abrupt die Fahnen gewechselt, nachdem sie jahrelang in der christdemokratischen CGT aufgebaut worden sind. Aber Leute von diesem Schlag interessiert nur ihr persönlicher Vorteil, das ist ihre Ideologie. Und diese Leute kennen alle Tricks, um ihre Organisationen zu kontrollieren. So gibt es so gut wie keine gewerkschaftliche Weiterbildung, nur wenige bekommen eine Ausbildung bei rechten Instituten. Andere Kurse zu besuchen, ist den Mitgliedern dieser Föderationen verboten. Organisierte Opposition kann sich also kaum herausbilden. Und wenn, kaufen die Führer die Delegierten, geben ihnen Geschenke oder machen sie betrunken. Auch wenn es kaum glaubhaft klingt, es ist leider wahr.

Greift die internationale Sozialdemokratie auch ins Geschehen ein?

Die mischt auch mit. Vor allem in Gestalt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) der SPD. Etwa 1982 begann sie ihre Arbeit mit Seminaren, Diskussionen und Konferenzen. Und sie begann mit der Schulung von Campesino- und Gewerkschaftskadern. Obwohl es so gut wie keine sozialdemokratische Tradition in Honduras gibt, konnte die Sozialdemokratie einsteigen, weil die traditionellen politischen Organisationen in eine schwere politische Krise geraten sind. Diese Organisationen, „Liberale Partei" und „Nationale Partei", sind politisch gesehen unglaublich zurückgeblieben. Sie haben weder ein politisches Programm noch eine politische Ideologie. Alles spielt sich im Rahmen von Führer („der Junge", „der Starke", „der Neue") und Gefolgschaft ab. Obwohl auch hier seit einiger Zeit über eine sozialdemokratische Variante geredet wird, gibt es bisher keine starke Partei mit dieser Tendenz. Dies liegt an der politischen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Rückschrittlichkeit des politischen Systems in Honduras. Vielleicht haben die USA und die einheimische Bourgeoisie auch noch keine sozialdemokratische Alternative nötig.

Mit wem arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zusammen?

Vor allem mit der von AFL/CIO aufgebauten CTH, die nach wie vor vom vorher erwähnten Victor Andrés Artiles, von den US-Amerikanern eingesetzt, kontrolliert wird. Wir glauben, daß in diesem konkreten Fall der Einfluß, den die Sozialdemokraten über die FES ausüben, positiv ist. Denn die CTH ist seit der Zurückdrängung der US-Gewerkschaften offener, weniger repressiv und nicht mehr so rabiat antikommunistisch. Seit 1985 gibt es gewisse Beziehungen zwischen der FES und der FUTH. Die FUTH beteiligt sich an der Erarbeitung eines Reformvorschlags der Arbeitsgesetze und der Sozialgesetzgebung. Die Diskussion und Analyse findet gemeinsam mit der CTH in von der FES organisierten und finanzierten Seminaren statt. Für uns ist die Teilnahme in diesem konkreten Bereich wichtig, weil wir nicht das nötige Geld haben, um derartige Vorschläge allein zu erarbeiten. Weitergehende Kontakte gibt es nicht, das wollen weder die FES noch die CTH. Wir sind uns der Rolle der FES bewußt, aber wir glauben, daß wir in konkreten, genau definierten Arbeitsbereichen mit ihr zusammenarbeiten können. Vor allem dort, wo es um konkrete Probleme am Arbeitsplatz geht. Die Beziehung der CTH mit ihren Ziehvätern aus den USA besteht weiter. Diese bilden nämlich gemeinsam mit der FES die CTH-Kader aus. Und aus dem Kreis derer, die diese Kurse der CTH durchlaufen haben, formen sich Gruppen, wenn auch noch schwach und zersplittert, die sich als sozialdemokratisch definieren und eine sozialdemokratische Partei aufbauen wollen. Auch eine Partei mit diesem Namen gibt es schon. Aber trotz allem bleibt der Einfluß der FES beschränkt. Einfach deshalb, weil die US- gesteuerten Fassadenorganisationen (Peace Corps, Gewerkschaften, religiöse Sekten etc.) weitaus größeren Einfluß haben.

Welche Probleme machen Euch besonders zu schaffen?

Generell gesagt, die niedrigen Löhne und die hohe Arbeitslosigkeit von über 30%, die Inflation, die antigewerkschaftliche Repression, die Nicht-Respektierung der Menschenrechte und die Militarisierung des Landes. Das betrifft natürlich alle Tendenzen. In den Betrieben werden Tarifverträge ausgehöhlt, Fabriken geschlossen und ArbeiterInnen entlassen. Die hondurenische Wirtschaft hat schwere Probleme. Die größten Gewinne werden in Import-/Exportfirmen mit wenigen Angestellten gemacht. Die produktiven Sektoren, in denen wir traditionell stark sind, werden von der weltweiten Wirtschaftskrise gebeutelt. Wir haben deshalb auch in ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen eine Reihe von Niederlagen hinnehmen müssen. Aber wir haben an politischer Stärke gewonnen. Und wir werden diese politische Arbeit auch weiter ausbauen.

Gladys, Du wirst, ebenso wie Hector Hernandez und drei weitere Personen, auf einem im ganzen Land massenhaft geklebten Plakat als besonders gefährliche Person dargestellt. Als Kommunistenfreundin sollte Dich jeder gute Hondureno kennen, heißt es da. Wer organisiert das, und was hat der hondurenische Staatsapparat damit zu tun?

Gladys Lanza: In diesem Falle arbeiten die nicaraguanische Contra und staatliche Organe eng zusammen. In Olancho, einem Grenzdepartement zu Nicaragua, in dem die Contra stark präsent ist, hat diese die Verteilung organisiert. In der contrafreien Hafenstadt La Ceiba sind Angehörige des Geheimdienstes DIN beim Kleben beobachtet worden. Während in der Hauptstadt gerade eine gewaltige Militäroperation läuft, tausende Soldaten sind auf der Straße, Du siehst es ja selbst, ist die ganze Stadt mit tausenden dieser Plakate zugepflastert worden. Und weder Polizei noch Militär haben irgendjemanden festgenommen, obwohl Wild Plakatieren verboten ist. Am Vorabend des 1. Mai haben sie 41 Leute von uns unter dem Vorwand von Plakat- und Sprühaktionen festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und einen Tag im Gefängnis gelassen, aber in diesem Fall passiert nichts, aber auch gar nichts. Dieses Flugblatt ist Teil einer umfassenden Einschüchterungskampagne. Sie bereiten den Boden für Schlimmeres vor. Du weißt, daß zwischen 1981 und 1983 hunderte von Op-
Schlimmeres vor. Du weißt, daß zwischen 1981 und 1983 hunderte von Op-
positionellen umgebracht wurden oder verschwunden sind. Auch Gewerkschafter der FUTH waren darunter. Ständig werden Mitglieder von uns überwacht, verhaftet und auch umgebracht. Zur Zeit sind es „nur" Einzelne, aber alle verstehen die Botschaft. Jetzt sind sie dabei, die Bevölkerung vorzubereiten, damit diese akzeptiert, daß sie uns umbringen. Aber das würde sie politisch teuer zu stehen kommen.

Wie spiegelt sich das in Deinem Alltagsleben wider?

Unsere Telefone werden überwacht, wir werden ständig beschattet, bedroht. Ich gehe nie allein auf die Straße, gehe nur in Begleitung weg. Ich fühle mich im Auto sicherer. Einen Alltag mit Besuchen bei Besuchen, Rumflanieren, spontan irgendetwas machen, kenne ich nicht. Das ist zu gefährlich. In diesem Sinne habe ich kein soziales Leben. Schon seit Jahren nicht. Wer dafür verantwortlich ist? Man kann es schwer für jede einzelne Tat der repressiven Kräfte sagen. Aber es ist ein unterschiedliches Gemisch aus US-Botschaft, nationaler Oligarchie, Contra, hondurenischer Armee und den Todesschwadronen, die von der Armee unterhalten werden. Daß die Armee tatsächlich Todesschwadronen unterhält, wurde immer vermutet und nun durch Geständnisse zweier Ex-Angehöriger des Bataillons 316 aufgedeckt. Dieses geheime Bataillon 316 ist Teil der Armee und erfüllt die Aufgaben einer Todesschwadron.

Wie seht Ihr die politische Zukunft der Volksbewegung?

Die nationale Würde von Honduras ist in einem Zustand wie im Falle eines Ehemannes, der seine Frau auf den Strich schickt, um den Haushalt vor dem finanziellen Ruin zu bewahren. Und hier, bei der verlorengegangenen nationalen Würde, müssen wir ansetzen. Hier muß das Volk eine doppelte Rolle spielen. Es muß einen Prozeß der nationalen Befreiung einleiten, um die vasallenhafte Abhängigkeit von den USA zu brechen. Und es muß darüber hinaus um seine soziale Befreiung ringen. Dies zu erreichen, wird schwierig sein. Jahrzehntelange US-Vorherrschaft hat in viele Köpfe US-Träume gepflanzt. Viele sehen die US-Vorherrschaft in unserem Land quasi als gottgewollt an. Aber die kritischen Stimmen werden lauter. Wir müssen auch bedenken, daß wir es in Honduras mit drei feindlichen Armeen zu tun haben. Der hondurenischen, der US-Army und der Contra. Aber was uns zugutekommt, das Volk hat eine lange Kampftradition. Es hat lange ausgehalten und viel erduldet. Aber die Antwort auf all diese Lügen, den Betrug und die Unterdrückung wird kommen. Früher oder später, aber sie wird kommen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Al., Juli 1987, Tegucigalpa/Honduras

Einige Daten: 1982 waren 12,2% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Campesino- und Arbeiterorganisationen organisiert.

In Gewerkschaften waren insgesamt 152.000 Menschen, lediglich 17.000 davon in der Industrie und etwa 100.000 im landwirtschaftlichen Berufen. Es gab 201 Gewerkschaften, davon 87 Gewerkschaften in Industriebetrieben.

Zu den **Gewerkschaftszentralen:**

— **CTH**, 1964 gegründet unter starkem Einfluß des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung freier Gewerkschaften. Gehört der ORIT, dem auf lateinamerikanischer Ebene funktionierenden Zusammenschluß antikommunistischer und US-orientierter Gewerkschaften an. Seit einigen Jahren bildet die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD Gewerkschaftskader der CTH aus. Der CTH gehören die Bananenarbeitergewerkschaften, die größten des Landes überhaupt, an.

— **CGT**, 1970 mit christdemokratischer Ausrichtung gegründet. Gehört der CLAT, dem lateinamerikanischen Zusammenschluß christdemokratischer Gewerkschaften an. Hat nach eigenen Angaben 78 Mitgliedsorganisationen mit etwa 25.000 Mitgliedern. Hat erwähnenswerten Einfluß bei den Bankangestellten und bei den Bauarbeitern.

— **FUTH**, im Juli 1981 gegründet. Hat 24 Mitgliedsgewerkschaften mit ca. 25.000 Mitgliedern. Wichtig vor allem die Elektrizitätsarbeiter/innen, Wasserarbeiter/innen und Zuckerarbeiter. Die politisch konfliktivste und mobilisierungsfähigste Zentrale. Hat ernste Probleme mit der gegen sie angewendeten Repression.

Quellen der obengenannten Zahlen:
INSEH, Dokumentations- und Informationszentrum Honduras, México D.F.

Burkina-Faso:

Tod eines Rebellen

Thomas Sankara, der Staatschef und Führer der Revolution in Burkina-Faso, ist tot. Am 15. Oktober wurde er erschossen, und in einem Staatsstreich übernahm einer seiner engsten Weggefährten der Revolution, Blaise Campaoré, die Macht. Die afrikanische Revolution ist wieder einmal um einen ihrer wichtigsten Führer ärmer geworden.

Der Staatsstreich und die Erschießung Sankaras sind auch mehrere Wochen nach der Tat mit Gerüchten und Vermutungen verdeckt. Der Kreis der Offiziere, der bisher mit Sankara an der Spitze das Land regierte, hat auch heute die Macht inne. Ausflüchtige Erklärungen über den Tod Sankaras von Seiten der jetzigen Regierung zeigten, daß der Tod Sankaras in diesen Kreisen der Revolutionsführung willkommen war. Thema dieses Artikels wird nicht der Versuch der Aufklärung dieses Staatsstreiches und der Erschießung sein. Vielmehr steht die Person Thomas Sankara im Vordergrund, die Beweggründe dieser Revolution selbst zu schildern.



Thomas Sankaru

Aus metropolitaner Sicht liegt Burkina-Faso am Rande der Welt, mit seinen sieben Millionen Einwohnern eines der ärmsten Länder. Von Europa aus gesehen bleibt bei vielen allenfalls ein achselzuckendes Unverständnis gegenüber den wechselnden Regierungen in manchen afrikanischen Regionen. Zumindest beim Tod Sankaras sollte dieses nordstädtische Phlegma vorübergehend abgelegt werden, denn mit Thomas Sankara starb ein Politiker, der über Burkina-Faso hinaus bei der afrikanischen Jugend, bei den Rebellen gegen die scheinbar unentrinnbare Verelendung der afrikanischen Länder, ein neues Leitbild war. Die Revolution in Burkina-Faso hatte in Afrika große Beachtung gefunden, wurde von den fortschrittlichen Menschen als Modell für eine neue Entwicklung, eine neue Hoffnung für ein befreites Afrika gesehen.

Im August 1983 erhob sich im damaligen Obervolta eine neue Stimme: Unter der Führung von Thomas Sankara übernahm ein kleiner Kreis von Offizieren die Staatsmacht. Ein Jahr später wird Obervolta in Burkina-Faso umbenannt, was aus den Sprachen dieses Landes übersetzt „Heimat der freien Menschen" bedeutet. Diese Revolution beendete eine 23jährige Geschichte des Neokolonialismus, die mitverantwortlich war für Dürre, Hunger und Unterdrückung und Burkina-Faso als einen der ärmsten Plätze dieser Erde verkommen ließ. Burkina-Faso war einer der vergessenen Plätze dieser Erde, die höchsten dann in die internationalen Schlagzeilen rücken, wenn metropolitane Hilfswerke ihre Mildtätigkeit über eine der menschenvernichtenden Dürrekatastrophen der Sahelzone verstreuen.

Während seiner militärischen Ausbildung hatte Sankara Kontakte zu fortschrittlichen Kräften auf Madagaskar und in Marokko. Aber mehr noch politisierte er sich im eigenen Land, dessen bäuerliche Bevölkerung ein nur elendes Auskommen auf den trockenen Feldern des Landes finden. Und in Obervolta der siebziger und achtziger Jahre existierten, wie in fast allen afrikanischen Staaten, neben einer bürgerlichen bis kleinbürgerlichen Opposition diverse kommunistische und sozialistische Gruppen und Zirkel. Eine Linke, ähnlich vielfältig wie wir es kennen, aus Trotzkisten, Kommunisten der albanischen oder maoistischen „Linie", und natürlich die moskautreue Fraktion. Sankara gehörte zwar nie einer dieser Richtungen an, aber die lebhaften intellektuellen Auseinanderstzungen in diesem politischen Klima der Opposition gegen den Neokolonialismus beeinflußten seine Ideen und Utopien.

Zu Beginn 1983 wurde Sankara erstmals Ministerpräsident einer Regierung, zu der er ein sehr taktisches Verhältnis hat. Aufgrund seines Amtes nimmt er an einem Treffen der Blockfreien in Iniden teil, knüpft dort engere Kontakte zu Fidel Castro und anderen Repräsentanten des linken Flägels der Blockfreienbewegung. In Delhi hinterlassen seine Rede vor der Plenarversammlung, seine Interventionen in den Kommissionssitzungen sofort einen nachhaltigen Eindruck. Der amtierende Präsident der Bewegung, Fidel Castro, lädt ihn eines Abends in sein Haus ein. Die Begegnung bringt einen Wendepunkt im Leben Sankaras, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Sankara entdeckt das wirkliche Wesen der Forderungen und Befreiungswünsche der Völker der Dritten Welt. Eine weitere Folge des Treffens von Neu-Delhi: Die westlichen Geheimdienste — namentlich der französische — beginnen sich näher für den jungen Hauptmann zu interessieren, der zu gebildet, zu intelligent, zu frei im Geist ist. Im Mai macht der Afrika-Berater des französischen Präsidenten Mitterand einen Besuch in Burkina-Faso und am folgenden Tag wird Thomas Sankara verhaftet.

Im folgenden Juni 1983 wird Sankara von Blaise Campaoré und einer Fallschirmjägereinheit befreit, in einem Staatsstreich bringen die jungen Offiziere die Macht an sich, und Sankara wird Präsident im Nationalen Revolutionsrat.

Die Außenpolitik Burkina-Fasos ist für die nächsten vier Jahre die eines Mitglieds des linken Flägels der Blockfreien-Bewegung. Andere Staaten dieses Flügels sind durch die Personen Fidel Castro, dos Santos für Angola, Mugabe für Zimbabwe, Museveni für Uganda, Jerry Rawlings für Ghana vertreten. Bis zu seinem Tode war Samora Machel als Präsident von Mosambique Vertreter seines Landes in diesem Kreis. Selbst früher Guerilleros, unterstützt dieser Kreis viele Befreiungsbewegungen und verfolgt eine radikal ablehnende Position gegenüber der Politik des IWF. Und noch etwas ist ihnen gemeinsam: In den Augen der bürgerlichen Politik sind sie allesamt Illusionisten oder Banditen, ein Stachel im Fleisch der internationalen Weltwirtschaftsordnung.

Die Revolution als Utopie

In einer Grundsatzrede charakterisiert Sankara im Oktober 1983 die Revolution in Burkina-Faso: „*Die Revolutionen, die auf der Welt geschehen, gleichen sich kaum. Jede hat ihre Eigenart, und unterscheidet sich von der anderen. So auch unsere Revolution, die Augustrevolution. Sie berücksichtigt die Eigenheiten unseres Landes, den Grad seiner Entwicklung und seiner Unterwerfung unter das internationale System des Kapitalismus.*

Unsere Revolution ist eine Revolution, die sich in einem bäuerlichen und rückständigen Land abspielt, in dem
tion, die sich in einem bäuerlichen und rückständigen Land abspielt, in dem
die Traditionen und eine auf der feudalen Gesellschaftsordnung basierende Ideologie schwer auf den Volksmassen lasten. Es ist eine Revolution in einem Land, welches von kolonialen Verhältnissen zu neokolonialen übergegangen ist.

Unsere Revolution spielt sich in einem Land ab, in dem es keine Arbeiterklasse gibt, die sich ihrer historischen Mission bewußt und entsprechend organisiert ist. Es ist eine Revolution, die sich in einem kleinen Land des Kontinents in einem Augenblick abwickelt, wo auf internationaler Ebene die revolutionäre Bewegung von Tag zu Tag mehr zerbröckelt. ohne sichtbare Hoffnung auf die Bildung eines homogenen Blocks, der die jungen revolutionären Bewegungen ermutigen und unterstützen könnte."

Während seiner Regierungzeit steht Thomas Sankara als Symbol für eine neue Konsequenz in der afrikanischen Politik. Er baut die Privilegien für die städtischen Schichten ab zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung, die auf dem Lande lebt. Er prangert die Wankelmütigkeit der kleinbügerlichen Opposition an, die nach vollzogener Revolution nunmehr selbst die eroberten Pöstchen besetzen und als Pfründe ausbeuten will. Eine Antikorruptionskampagne zieht den Schleier von vielen kleinen und großen Schiebereien, erstmals werden Gefängnisstrafen über ehemalige Regierungsmitglieder und Staatsbedienstete verhängt, die Geld geklaut und auf ihre Schweizer Konten transferiert hatten. Sankara legte während dieser Kampagne seine eigenen Vermögensverhältnisse offen: als wertvollste Mobilien ein alter R4, ein Kühlschrank, ein Fahrrad.

Die Beteiligung der Frauen an der Macht im Staat ist einzig auf der Welt. Für die afrikanische Jugend wird Sankara so zu einem Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft, und für die reaktionären und neokolonialen Nachbarstaaten Elfenbeinküste und Togo zu einer politischen Bedrohung.

Auf internationalen Konferenzen vertritt er die Interessen Burkina-Fasos und vielfach auch stellvertretend für andere Länder der „Dritten Welt". In einer UNO-Rede prangert er 1984 die mörderische Weltwirtschaftsordnung an, und fordert die Intelligenz der „Dritten Welt" auf, Lösungen für ihre eigenen Probleme selbst zu entwickeln, als auf Konzepte aus den Metropolen zu warten.

„*Es ist dringend notwendig, daß unsere Kader und Schreibtischarbeiter lernen, daß es keine unschuldige Schreibweise gibt. In dieser Zeit der Stürme können wir nicht unseren Feinden von gestern und von heute das Monopol des Denkens, der Vorstellungskraft und der Kreativität überlassen. Bevor es zu spät ist — denn es ist schon spät — müssen diese Eliten, diese Männer Afrikas, der Dritten Welt, zu sich selbst zurückfinden, das heißt zu ihren Gesellschaften, zum Elend, das wir geerbt haben; und zwar nicht nur, um zu verstehen, daß der Kampf um ein*

Fortsetzung nächste Seite

BURKINA FASO, eine Hoffnung für Afrika?
von Jean-Philippe Rapp / Jean Ziegler
Gespräch mit Thomas Sankara, erschienen im rotpunktverlag Zürich, Juli 1987.

Zitate und Auszüge aus dem Interview sind diesem Buch entnommen. Diese Seite ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Geschichte Th. Sankaras und des Landes. So empfehlen wir dieses Buch als eines der wichtigsten des Jahres 1987.

Thomas Sankara über:

Revolution und Solidarität

... ich glaube nicht, daß man von den anderen verlangen sollte, sich für uns zu opfern, ohne Rücksicht auf die eigenen Probleme, auch wenn diese nicht vergleichbar sind. Die Betrübnis eines Menschen bei Ihnen, der in Ihrem Land entdeckt, daß der Wein nicht von guter Qualität ist, ist genauso berechtigt, wie diejenige eines Menschen bei uns, der kein Wasser zu trinken hat.

Anderswo ist die Bevölkerung mit der Regierung unzufrieden, weil sie kein drittes, viertes oder fünfundzwanzigstes Fernsehprogramm geschaffen hat. Für uns ist das kein Grund, von ihnen zu verlangen, auf der Stelle zu treten und auf uns zu warten, die wir höchstens eins haben ... .

Die anderen Länder müssen mit ihren eigenen Problemen fertig werden. Und schließlich — auch das muß gesagt sein — machen wir unsre eigene Revolution. Also umso besser oder schlechter für uns ... Es liegt an uns, die Verantwortung dafür zu tragen. Niemand hat von uns verlangt, eine Revolution zu machen! Wir hätten auf unser Land eine Hypothek aufnehmen können, wir hätten es vermieten können. Irgend jemand hätte schon dafür bezahlt. Es war unser Entscheid, all diese Formen der Entfremdung zurückzuweisen, also müssen wir auch den Preis dafür bezahlen. (...)

Vor einigen Monaten titelte hier eine Zeitung: „Wenn Lenin gewußt hätte, was wir tun, hätte er uns geholfen." Drückt sich da nicht eine Enttäuschung über die Sowjetunion und andere Länder aus?

Angesichts der Risiken, die wir eingehen — denn wir führen hier eine wirkliche Revolution durch — angesichts

Angesichts der Risiken, die wir eingehen — denn wir führen hier eine wirkliche Revolution durch — angesichts auch dessen, was wir glauben, vielleicht auf unbescheidene Weise, für Afrika darstellen zu können, begreifen wir diese abwartende Haltung nicht, dieses Desinteresse, diese mangelnde Bereitschaft, uns zu helfen, ausgerechnet seitens derjenigen, die am meisten in Frage kämen, es zu tun; denn von der ideologischen Ausrichtung her gehören sie zum gleichen Lager wie wir.

Wir verstehen dies umso weniger, als man uns hier um fünf Millionen Francs CFA (32.000 DM) ersticken kann. Mehrere Male kamen wir nur knapp darum herum, wichtige Dienstleistungsbetriebe schließen und die Leute arbeitslos machen zu müssen, weil uns gerade diese Summe fehlte.

Die Konsequenz wären Streiks gewesen und Proteste und vielleicht auch — wenn dies von ein paar schlauen Leuten ausgenützt worden wäre — der totale Sturz unserer Regierung.

Und dann, „ein gebranntes Kind scheut das Feuer ... !", wären Einschüchterungsmaßnahmen ergriffen worden, damit ein Regime wie unseres nicht mehr an die Macht käme.

Gewohnheiten und Frauen

Im Bruch mit anderen uralten Gewohnheiten, im Bruch mit allem, was sich sonst in der Welt tut, haben Sie soeben für die Frauen einen existenzsichernden Lohn eingeführt. Glauben Sie nicht auch, daß der Widerstand dagegen so stark sein wird, daß es beim frommen Wunsch bleibt?

Als wir, in kleinem Kreis, mit einigen Genossen diese Maßnahmen diskutierten, haben sie mich vor allem auf die Anpassungsschwierigkeiten aufmerksam gemacht. Ihrer Meinung nach wäre es besser gewesen, abzuwarten und geeignete Lösungen zu finden, abzuwarten, bis die Gemüter reif seien.

Aber die Gemüter sind nie reif. Sie werden es niemals sein. Es gibt keine Entscheidungen in der Welt, die völlig perfekt sind. Die Gemüter sind bereit, Sie können säen? ... Nein, man muß auf steinigem Boden Säen, man muß der Erde Gewalt antun, damit etwas wächst. Wir haben also einen Beschluß gefaßt, und ich habe ihn öffentlich verkündet, damit er nicht rückgängig gemacht wird.

Und jetzt sage ich:„Geht, sucht Lösungen!", denn es ist moralisch unakzeptabel, die Frau in dieser absoluten Mittellosigkeit zu lassen. Aber wie dies praktisch verwirklicht werden soll, weiß ich auch nicht genau. Es gibt schon ein paar Lösungsskizzen, aber wir müssen sie noch in diskreten Tests prüfen, von denen die Leute keine Kenntnis haben dürfen.

UNO

UNO

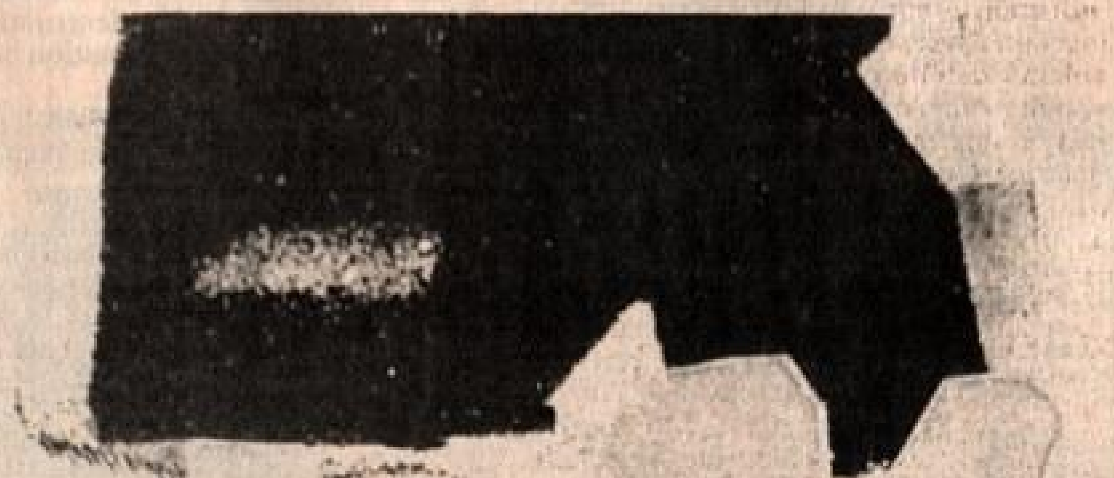
Burkina-Faso war Mitglied des UNO-Sicherheitsrates. Sie selbst haben vor der Generalversammlun das Wort ergriffen, welche Schlüsse ziehen Sie aus dieser Erfahrung?

(...) man muß wirklich vermeiden, eine Ratte in diesen Gängen zu werden, denn sehr rasch gerät man in die Falle des internationalen Komplizentums, einer Art von Toleranz, welche die Probleme der Leute in sterilen theoretischen Wortgefechten zerredet.

Wenn Sie die Leute dort sehen, haben Sie den Eindruck, sie meinen es ernst, aber ich hatte keinen so großen Spaß daran, ihnen zu begegnen. (...) Jedenfalls waren wir tatsächlich Mitglied des Sicherheitsrates. Wir dachten, daß wenn schon unsere Rolle in der UNO nicht die war, den Personalbestand zu vervollständigen, wir den Mut haben sollten, im Namen der Völker zu sprechen, die uns ihr Vertrauen geschenkt hatten — Burkina-Faso erhielt die Stimmen von 104 Ländern. Wir sollten ihre Interessen vertreten, speziell die Interessen der blockfreien Länder. Denn ihre Interessen wie auch jene der Völker, die sich gegen ihre Situation auflehnen, müssen täglich mit Standhaftigkeit und Mut verteidigt werden, wenn wir nicht wollen, daß die UNO zum Resonanzkasten einer Handvoll mächtiger Trommler wird.

In ihrer Lage könnte Sie eine Großmacht, welche die Hilfeleistungen an Sie einstellt, in große Schwierigkeiten bringen. Das trifft zum Beispiel für Frankreich, die USA, die UdSSR und andere Länder zu, vor allem westliche ...

Gerade deshalb sind wir gezwungen, gegen den Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu kämpfen. Für den Imperialismus ist es wichtiger, uns kulturell zu dominieren, als militärisch.



Jean-Philippe Rapp
Jean Ziegler

Burkina Faso - eine Hoffnung für Afrika?

Gespräch mit Thomas Sankara

rotpunktverlag

Die kulturelle Vorherrschaft ist die geschmeidigste, wirkungsvollste und kostengünstigste. Deshalb behaupten wir, daß es nicht nötig ist, bis an die Zähne bewaffnete Söldner zu schicken, um das Regime in Burkina-Faso zu stürzen; es genügt vollkommen, den Import von Champagner, Lippenstiften und Nagellack zu verbieten.

Schulden und Gerechtigkeit

Wenn man über ein Budget von 58 Milliarden Francs CFA (36 Mio. DM) verfügt, wovon zwölf Milliarden für den Schuldendienst bestimmt sind, ist es da wirklich möglich, eine Planung und eine Strategie zu entwerfen?

Ja, aber man stellt einfach und sehr brutal die Frage der Wahl zwischen Champagner und Wasser. Wir bemühen uns, um eine ungleiche Aufteilung herumzukommen. Und was stellen wir fest? Ein Budget von 58 Milliarden; 30.000 Staatsangestellte, die davon 30 Milliarden monopolisieren, und nichts für die andern. Das ist nicht normal. Wenn wir zuallererst Gerechtigkeit wollen, muß jeder einsehen, wo unser Volk steht und welche Opfer es bringen muß, damit sich die angestrebte Gerechtigkeit verwirklichen läßt.

Wer sind nun diese 30.000 Staatsangestellten? Leute wie ich. Nehmen Sie meinen Fall: Von 1.000 Kindern, die im gleichen Jahr wie ich geboren wurden, ist die Hälfte in den ersten drei Lebensmonaten gestorben. Ich hatte das unverschämte Glück davonzukommen. Ich hatte auch das Glück, in der Folge nicht Opfer einer jener Krankheiten zu werden, die wir hier in Afrika kennen und die die Menschen aus meinem Jahrgang weiter dezimiert hat.

Ich gehöre zu jenen 16 Kindern von 100, die zur Schule gehen konnten. Das war eine weitere unerhörte Chance. Ich gehörte zu jenen 18 von 100 Eingeschulten, die bis zur mittleren Reife kamen, und zu jenen 300 Jugendlichen im ganzen Land, die ins Ausland gehen, ihre Ausbildung vervollständigen und bei der Rückkehr sicher sein konnten, einen Arbeitsplatz zu finden. Ich gehörte zu den zwei auf 100 Soldaten, die in sozialer Hinsicht einen stabilen und gut bezahlten Platz haben, weil ich Offizier in einer Armee bin, wo dieser Grad etwas bedeutet. (...)

Nicht zu reden von den anderen Vorteilen!

Richtig, wir sind es, die in der Stadt leben, die den Ton angeben, die der Weltöffentlichkeit erklären, was hier geht, was nicht geht und wie man die Situation hier einzuschätzen hat.

Wir sind es, die von Menschenrechten sprechen, von der sinkenden Kaufkraft, vom Klima des Terrors. Wir vergessen dabei, daß wir tausende von Kindern zum Tode verurteilt haben, weil wir nicht akzeptierten, daß unsere Gehälter auch nur ein kleines bißchen gesenkt werden sollten, um so eine kleine Gesundheitsstation zu finanzieren. Und wir haben die Weltöffentlichkeit nicht aufgerüttelt angesichts des Skandals, den diese Toten darstellen. Wir tragen unsern Teil bei zur internationalen Komplizenschaft des guten Gewissens. „Ich vergebe Dir Deine Fehler, Du vergibst mir die meinen. Ich schweige zu Deinen schmutzigen Geschäften, Du schweigst zu meinen Untaten und wir beide gehören zu den sauberen Leuten." Das ist wirklich das „gentlemen agreement des guten Gewissens" ...

Gewalt

Sie sind nicht vor einer baldigen physischen Eliminierung gefeit. Welches Bild von Ihrer Rolle, von Ihnen selbst, möchten Sie zurücklassen, wenn Sie von der Bildfläche verschwinden würden?

Ich wünsche einfach, daß meine Hilfe dient, die Ungläubigsten davon zu überzeugen, daß es eine Kraft gibt, die sich das Volk nennt, daß man sich für dieses und mit diesem Volk schlagen muß.

Ich möchte die Überzeugung hinterlassen, daß wir, wenn wir eine bestimmte Anzahl von Vorkehrungen treffen und uns eine bestimmte Organisation geben, das Recht auf den Sieg haben werden, einen sicheren und dauerhaften Sieg.

Ich wünsche, daß diese Überzeugung Sache aller wird, damit, was heute als Opfer erscheint, morgen für sie zu normalen und einfachen Handlungen wird.

Vielleicht erscheinen wir in unserer Zeit als Eroberer des Unnützen, aber vielleicht haben wir auch einen Weg aufgezeigt, auf den sich morgen schon andere frisch stürzen werden, ohne sich groß Gedanken zu machen — ein wenig wie beim Marschieren. Man setzt einen Fuß vor den anderen, ohne sich je Fragen zu stellen, obwohl alles einer Reihe von komplexen Gesetzen gehorcht, die das Körpergewicht, die Geschwindigkeit, den Rythmus und den Takt umfassen.

Und unser Trost, meiner Genossen und meiner, wird wirklich sein, falls wir zu etwas nütze sein konnten, daß wir Pioniere sein konnten, unter der Bedingung natürlich, daß wir dort, wo wir sein werden, diesen Trost noch erhalten können. (...)

Aber es gibt in gewisser Hinsicht schon jetzt einen Wahnsinn namens Sankara?

Gewiß, man führt nicht grundlegende Veränderungen durch ohne ein Minimum an Wahnsinn. In diesem Fall wird dies zu Nonkonformismus, zum Mut, den bekannten Formeln den Rücken zu kehren, die Zukunft zu erfinden. Vor allem brauchte es die Verrückten von gestern, damit wir uns heute so außerordentlich klarsichtig verhalten können. Ich möchte zu dieser Sorte von Verrückten gehören.

Die Zukunft erfinden?

Ja, man muß wagen, die Zukunft zu erfinden.

Die Zukunft erfinden?

Ja, man muß wagen, die Zukunft zu erfinden. In der Rede, die ich anläßlich der Lancierung des Fünfjahresplanes gehalten habe, sagte ich: „Alles, was der Vorstellungskraft des Menschen entspringt, kann der Mensch auch verwirklichen." Davon bin ich überzeugt.

Fürchten Sie angesichts der internen wirtschaftlichen Maßnahmen nicht eine gewalttätige Reaktion des Volkes?

Die allgemeine Zustimmung zu unseren sicher wenig populären Maßnahmen zeigt das Wesen unserer Revolution auf — einer Revolution, die sich gegen kein Volk, kein Land richtet, sondern zum Ziel hat, dem Volk von Burkina-Faso seine Würde zurückzugeben und ihm — gerade ihm — erlaubt, sein Glück nach von ihm bestimmten Regeln zu machen. Wohlstand, Entwicklung werden anderswo in Form von Quoten gemessen; in Zentnern Stahl pro Einwohner, in Tonnen Zement, in der Zahl von Telefonanschlüssen.

Wir haben andere Werte. Wir haben keine Hemmungen zu sagen, daß wir ein armes Land sind. Wenn wir vor einer internationalen Organisation auftreten, haben wir keine Angst, das Wort zu ergreifen und die Debatte zu blockieren, weil wir den Beitrag der Mitgliedsländer um ein oder zwei Dollar ermäßigen wollen. Wir wissen, daß dies eine beträchtliche Zahl von anderen Delegierten irritiert, die in der Lage sind, Tausende, ja Millionen von Dollars aus dem Fenster zu werfen.

Und wenn wir einen Botschafter zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen müssen, machen wir dies nicht mehr im Büro des Präsidenten, sondern wir führen ihn in den Busch, zu den Bauern. Er muß chaotische Straßen benützen, er leidet unter Durst und Staub. Dann empfangen wir ihn mit den Worten: „Eure Exzellenz, Her Botschafter, das ist Burkina-Faso, wie es leibt und lebt, und mit ihm müssen Sie zurechtkommen, nicht mit uns, die wir in den gepolsterten Büros sitzen."

Wir haben ein Volk, das über seine eigene Weisheit, seine eigenen Erfahrungen verfügt, ein Volk, das selbst seine Lebensweise bestimmen kann. Anderswo stirbt man, weil man zuviel aufgetragen bekommt. Hier stirbt man, weil man nicht genügend erhält. Dazwischen gibt es eine Form des Lebens, die wir entdecken werden, wenn jeder von uns einen Schritt nach dem anderen macht.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Denken im Dienste der enterbten Massen nicht vergeblich ist, sondern auch, daß sie auf internationaler Ebene nur glaubhaft werden können, wenn sie wirklich ein getreues Abbild ihrer Völker erfinden oder noch besser geben. Ein Bild, das ihnen ermöglicht, tiefgreifende Veränderungen der sozialen und politischen Lage zu verwirklichen, die geeignet sind, uns aus fremder Vorherrschaft und Ausbeutung herauszureißen, welche unsere Staaten einzig der Perspektive des Bankrotts ausliefern.

Das ist, was wir, das Volk von Burkina-Faso, in jener Nacht des 4. August 1983, beim ersten Funkeln der Sterne am Himmel unserer Heimat erfaßt haben, wir mußten uns an die Spitze der aufständischen Bauern stellen, die sich auf dem Land ankündigten, Bauern, die durch das Vorrücken der Wüste verwirrt, von Hunger und Durst erschöpft und ihrem Schicksal überlassen waren. Wir mußten den Revolten der erwerbslosen, frustrierten städtischen Massen einen Sinn geben, die es müde waren, die Limousinen der entfremdeten, sich an der Spitze des Staates ablösenden Eliten in den Straßen zirkulieren zu sehen. Denn diese Eliten konnten ihnen nichts anderes als falsche Lösungen anbieten, welche in den Hirnen anderer ausgedacht und entwickelt wurden."

Im Februar 1986 hielt Sankara auf der Internationalen Konferenz über den Baum und den Wald seine „Waldrede". In Burkina-Faso war es während seiner Zeit für jeden und jede Pflicht, bei gesellschaftlichen Anlässen einen Baum zu pflanzen, denn die Wiederaufforstung des Landes ist der einzige Schutz gegen die bedrohliche Ausweitung der Wüste:

„.... unser Kampf für den Baum und den Wald ist in erster Linie ein demokratischer Volkskampf. Denn die unfruchtbaren und kostspieligen Anregungen einiger Ingenieure und Experten für Waldwirtschaft werden nie etwas ausrichten! Desgleichen werden auch die aufgerüttelten Gewissen zahlreicher Foren und Institutionen den Sahel nicht ergrünen lassen, wenn es an Geld fehlt, um in hundert Metern Tiefe Trinkwasserbrunnen zu graben und während es dazu verwendet wird, Erdöl in dreitausend Metern Tiefe zu fördern! Karl Marx sagte es so: ‚Man denkt weder die gleichen Dinge noch auf die gleiche Weise, je nachdem, ob man in der Hütte oder in einem Palast lebt.' Aber dieser Kampf für den Baum und den Wald ist vor allem ein antiimperialistischer Kampf. Denn der Imperialismus ist der Pyroman in unseren Wäldern und Savannen.

Thomas Sankara wurde am 15. Oktober erschossen, mit ihm 12 Menschen seiner Begleitung. Sein ehemaliger engster Weggefährte der Revolution, Campaoré, schoß nicht selbst, aber das Schweigen über die Mordnacht, vernebelnde und ausflüchtige Erklärungen lassen diesen Tod als willkommen erscheinen. Die bisherige Geshichte der Staatsstreiche in Burkina-Faso ist eine sehr unblutige, aber eine Person wie Thomas Sankara sperrt man nicht ein, man schlägt sie tot, denn selbst Gefängnismauern halten Ideen nicht auf.

wo./Hamburg

Unabhängige Initiativen im Schatten der Perestroika

von Alexander Seweruchin

Vom 20.-23. August fand in Moskau zum erstenmal ein Treffen unabhängiger Klubs und Initiativen statt. 600 Delegierte vertraten ca. 50 Gruppen. Die *Prawda* schätzt die Zahl solcher Initiativen im ganzen Land inzwischen auf mehrere tausend. Den folgenden Bericht über die Konferenz und die Gründungserklärung der Föderation Sozialistischer Klubs, die aus dem Treffen hervorgegangen ist, entnehmen wir der österreichischen Zeitschrift *Profil*.

Nach allem zu schließen ist der Prozeß der Veränderungen in der Sowjetunion in eine neue, möglicherweise entscheidende Phase getreten. Nach der Rede Gorbatschows auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU ist die Liberalisierung vom Stadium der Erklärungen ins Stadium der praktischen Umsetzung getreten. Die offiziellen Beschlüsse haben legale Bedingungen für eine Vielzahl gesellschaftlicher Aktivitäten geschaffen, die früher als „antistaatlich", wenn nicht als „zu verurteilen" und „schädlich" galten. An Stelle des hergebrachten Prinzips „alles was nicht erlaubt ist, ist verboten" beginnt sich nun das entgegengesetzte Prinzip durchzusetzen: „Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt."

Nichtsdestoweniger würden liberale Erklärungen an der Spitze nichts ändern, wenn nicht in der Gesellschaft selbst reale Kräfte existierten, die fähig sind, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Das stürmische Wachstum verschiedener Arten von Vereinen, Klubs und Gruppen aller möglichen Richtun-

sind, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Das stürmische Wachstum verschiedener Arten von Vereinen, Klubs und Gruppen aller möglichen Richtun-

gen im Jahre 1987 hat gezeigt, daß es solche Kräfte im Land gibt.

Angesichts ihrer zahlreichen eigenen Aufrufe zu bürgerlichen und demokratischen Initiativen waren die Behörden anfangs verwirrt über das Entstehen der neuen gesellschaftlichen Bewegungen. Selbst die Funktionäre des reformerischen Flügels in der Führung hatten keine Erfahrung im Umgang mit selbsttätigen Vertretern verschiedener sozialer Schichten. Da viele der neu entstandenen Gruppen es nicht für nötig hielten, sich registrieren zu lassen, und andere nach Möglichkeit mit bürokratischen Strukturen nicht in Berührung kommen wollten, wurden sie von den Beamten als „nicht formelle Vereinigungen" verzeichnet. Einige neue Organisationen verschafften sich rasch einen rechtlichen Status, begannen Verbindungen zu den Massenmedien zu knüpfen und erreichten dank der „Politik der *glasnost*" eine relative Unabhängigkeit. Andere blieben halblegal, da sie in die Toleranz der Behörden kein Vertrauen hatten.

Von Anfang an richtete sich die Aufmerksamkeit der sowjetischen wie auch der westlichen Presse hauptsächlich auf die rechtsextreme Gruppe *Pamjat* (Erinnerung), die einen großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus vertritt. Doch schon im Frühjahr 1987 haben sich zahlreiche linke Organisationen gebildet und machten von sich reden. Die bekannteste unter ihnen ist der Moskauer „Klub der sozialen Initiativen" (KSI), der bereits im Herbst 1986 entstanden ist.

Der Klub der sozialen Initiativen...

Die Begründer des KSI sind die Soziologen F. Pelman und B. Kagarlitzkij, der Journalist G. Pawlowskij und der Philosoph M. Maljutin. Zuerst befaßte sich diese Gruppe mit Analysen der sog. Jugendzeitung *Komsomolskaja Prawda*, später jedoch verwandelte sie sich in eine selbständige Organisation, deren Ziel es wurde, „den linken Flügel der *perestroika* zu konsolidieren", wie es Kagarlitzkij nannte. Die Tätigkeit des KSI gründet sich auf sozialistische Ideen und marxistische Traditionen. Pawlowskij war zur Zeit Breschnews Redakteur des linken Samizdat-Journals *Poiski* und Kagarlitzkij beteiligte sich an der Untergrundgruppe „Junge Sozialisten". Beide wurden am Ende der Breschnew-Ära verhaftet und kamen erst im Zuge der jüngsten politischen Veränderungen in der Sowjetunion frei. Die Mehrheit der Aktivisten und Mitglieder der KSI hat jedoch keine oder fast keine Erfahrung in der Teilnahme an politischen Ereignissen; sie wurde erst durch die Liberalisierung in der Sowjetunion in das gesellschaftliche Leben hineingezogen. Einige von ihnen, wie M. Maljutin, sind in der Partei geblieben. Der KSI macht sich vor allem zum Sprachrohr der Bestrebungen, die von Gorbatschow verkündete „radikale Reform" von einer „Theorie an der Spitze" in eine „Praxis von unten" umzuwandeln, das Reformprojekt also mit revolutionärer Tradition zu verknüpfen.

Im KSI werden Seminare und Diskussionen veranstaltet, Arbeitsgruppen zu Problemen der Jugend, der Selbstverwaltung, der Rechtslage der Arbeiterklasse u.ä. organisiert. Die Materialien und Aktivitäten des Klubs werden in Zeitschriften und im Rundfunk veröffentlicht. Linksradikale Jugend- und Studentengruppen, deren Zahl nach dem Januar-Plenum des ZK stürmisch angewachsen ist, arbeiten mit dem Klub zusammen.



...und andere linke Vereine

Neben dem KSI sind noch andere große Vereine mit einer linken Orientierung entstanden. Der Klub *Perestroika* in Moskau und in Leningrad sammelt hauptsächlich junge Gelehrte, Juristen, Soziologen und Ökonomen um sich. Im Unterschied zum KSI verfolgt der Moskauer *Perestroika* kein einheitliches Arbeitskonzept; in seinen Reihen finden sich Leute mit ganz unterschiedlichen Ansichten. Deshalb verwenden die Mitglieder dieses Klubs mehr Zeit auf Dispute untereinander als auf praktische Arbeit. Obwohl der *Perestroika* in seinen Dokumenten seine Tätigkeit auf sozialistische Grundsätze gestellt hat, wird er in der Regel des „liberalen Westlertums" verdächtigt. Manche ziehen die Mitarbeit in dem ideologisch klarer ausgerichteten KSI vor.

In Leningrad sind neben dem dort zahlenmäßig relativ schwachen *Perestroika* der „Rat für ökologische Kultur" (SEK) und die kulturell-demokratische Bewegung „Epizentrum" entstanden. Es waren die Anhänger des SEK, die gegen den Abriß des altehrwürdigen Hotels Angleterre demonstriert haben, was in führenden sowjetischen Zeitungen breit kommentiert wurde. Das „Epizentrum" hat sich ein eigenes Informationsorgan geschaffen, den „Merkur", der in Leningrad in einigen hundert Exemplaren verbreitet wird. Im August 1987 wurde der „Merkur" in der offiziellen Presse sogar wohlwollend erwähnt — ein beispielloses Ereignis in der Geschichte des Samizdat.

Zahlenmäßig stärkere linke Gruppen sind auch in Riga, Wilna, Kiew und anderen Großstädten entstanden. Im Mai kamen die radikalsten unter ihnen in Moskau zur Konferenz des „Allsowjetischen sozialpolitischen Fernunterrichts-Klubs" (WZSPK) zusammen. Diese Organisation hat von Anfang an ihre Absicht erklärt, radikale Forderungen zu erheben: „Keinerlei Zusammenarbeit mit den Behörden"; „Kampf für einen demokratischen Sozialismus"; „revolutionäre Selbstverwaltung der Massen"; usw. Wegen Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen war dieser Zusammenschluß jedoch unfähig, gemeinsame Dokumente zu verabschieden oder eine politische Arbeit aufzunehmen.

Übrigens leidet nicht nur der WZSPK unter Meinungsstreit. Es ist auch ein scharfer Konflikt zwischen dem KSI und dem *Perestroika* entstande. Im KSI hat es sogar eine Spaltung gegeben. Im Mai 1987 ging daraus eine sehr gemäßigte Gruppe hervor, die sich „Fonds sozialer Initiativen" nennt. Einen Monat später ist der KSI auf Grund neuer Streitigkeiten nochmal in zwei Gruppen zerfallen, von denen jede für sich die Bezeichnung KSI reklamiert. Trotzdem hat sich die Bewegung weiterentwickelt. Einen Monat nach der Spaltung drückte ein Teilnehmer an den Ereignissen seine Verwunderung darüber aus, daß jetzt jede der konkurrierenden Gruppen größer und stärker sei, als der ursprüngliche KSI gewesen ist.

Das „Informelle Dialog-Treffen" der Klubs

Das „Informelle Dialog-Treffen" der Klubs

Ungeachtet der Konflikte hat sich das Bestreben erhalten, miteinander zusammenzuarbeiten. Schon im Mai beschloß der Rat des KSI, in Moskau bis spätestens Ende August 1987 eine Konferenz der progressiven Klubs aus der ganzen Sowjetunion abzuhalten. Die Behörden stimmten der Durchführung der Konferenz unter der Bedingung zu, daß sie umbenannt wird in „Informelles Dialog-Treffen gesellschaftlicher Initiativen zur *perestroika*".

Wegen der Auseinandersetzungen unter den Moskauer Gruppen verlief die Vorbereitung zu diesem allsowjetischen Treffen sehr gespannt. Nichtsdestoweniger wurde die Konferenz am 20. August in Gegenwart von 250 Delegierten eröffnet, die etwa 40 Gruppen vertraten. Im Lauf von vier Tagen reisten immer mehr Vertreter von Vereinen aus der Provinz an. Nach der Beendigung der Arbeit teilte das Organisationskomitee der Konferenz mit, daß insgesamt ca. 600 Delegierte als Vertreter von wenigstens 50 Gruppen verschiedener Richtungen — ökologischer, kultur-demokratischer und sozialistischer — am Treffen teilgenommen haben.

Die ersten Tage wurden durch Konfrontationen zwischen der Delegation des *Perestroika* und dem Organisationskomitee, das aus Vertretern beider Fraktionen des KSI bestand, belastet. Der *Perestroika* trat für die Bildung einer breiten Vereinigung von Klubs und Gruppen ohne jegliche ideologische Abgrenzung und ohne genau formuliertes Programm ein. Demgegenüber entwickelte der KSI das Projekt einer Föderation sozialistischer Klubs. Auch in Fragen der Geschäftsordnung kam es zu harten Auseinandersetzungen. Selbst Kompromißvorschläge konnten die Lage manchmal nicht klären. Zugleich traten marxistische Klubs in scharfe Polemik mit Konferenzteilnehmern wie die Mitglieder der pazifistischen und liberalen Gruppe „Vertrauen" (Trust-*Dowerije*) und des Seminars „Demokratie und Humanismus" (ehemalige Dissidenten). Beim Auftreten der Dissidenten und beim Vortrag der radikalen Forderungen sozialistischer und marxistischer Gruppen wie Abschaffung der Vorzensur, Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Stalinismus in Moskau, Rehabilitierung der unter Breschnew Verfolgten, Bestrafung höherer Parteifunktionäre, die für den Zerfall der Wirtschaft und die Korruption verantwortlich sind, mischten sich die Vertreter der Behörden massiv ein. In den Wandelgängen kursierten Gerüchte, die Konferenz werde noch vor ihrer Beendigung auseinandergejagt werden.

Unter diesen Bedingungen begannen die einander bekämpfenden Gruppen, einen gemeinsamen Nenner zu suchen. Beide Fraktionen des KSI und der *Perestroika* taten sich zusammen und nach Aussagen eines Teilnehmers der Konferenz „funktionierten sie bald wie ein gut koordiniertes Kommando". KSI und *Perestroika* erzielten eine Übereinstimmung darüber, daß zwei Organisationen zugleich geschaffen werden sollten: der „Verband gesellschaftlicher Initiativen" mit offener Mitgliedschaft und einem allgemeinen breiten, demokratischen Programm, und eine „Föderation sozialistischer Klubs".

Erst schwankten noch einige Mitglieder der Delegation *Perestroika* und erklärten derartige Beschlüsse für verfrüht und zu radikal. Im Laufe der Konferenz jedoch änderte sich das Kräfteverhältnis: die radikalen Jugendgruppen *Obschtschina*, „Junge Kommunarden-Internationalisten", „Brigade Ernesto Guevara" usw. fanden bald untereinander zu einer gemeinsamen Sprache. Sie und die im Rat des KSI nicht vertretenen Jugendklubs bestimmten die Konferenz in ihrer Endphase. Sie waren nicht hergekommen, um mit leeren Händen wieder abzuziehen, sondern um konkrete Beschlüsse zu fassen. Ohne ihre Entschlossenheit und ohne ihren Druck wäre ein Erfolg der Konferenz nicht möglich gewesen.

Die Abschlußerklärung

Das Ergebnis der viertägigen Tagung war sogar für viele Diskussionsteilnehmer eine Sensation. Die Deklaration der sozialistischen gesellschaftlichen

Das Ergebnis der viertägigen Tagung war sogar für viele Diskussionsteilnehmer eine Sensation. Die Deklaration der sozialistischen gesellschaftlichen

Klubs, die am 23. August von B. Kagarlitzkij verlesen wurde, verkündete das Recht auf Unabhängigkeit der Bewegung sowie das Recht, „selbständig und ohne irgendwelche Vermittler ihre Interessen auszudrücken und zu verteidigen".

„Wir anerkennen die verfassungsmäßige Rolle der KPdSU in unserer Gesellschaft", heißt es weiter in der Deklaration, „die Partei ist jedoch kein Monolith. In ihren Reihen befinden sich auch solche, die für die Mißbräuche und Fehlleistungen der vergangenen Jahre unmittelbar verantwortlich sind, solche, die sich der Bürokratie unterworfen haben, und solche, die sich als Apparatmenschen von den Nöten und Bedürfnissen des Volkes entfernt haben ... Wir sind bestrebt, die Führer und einfachen Mitglieder in der Partei zu unterstützen, die die gesunden und fortschrittlichen Kräfte vertreten."

Die sozialistischen Klubs erklärten ihre feste Absicht, gegen den bürokratischen Konservatismus, gegen faschistoide Gruppen vom Typ *Pamjat* und gegen jedwede Form des Extremismus „von oben und von unten" zu kämpfen. In der Deklaration wird festgehalten, daß „Rassismus und Chauvinismus, Faschismus und Stalinismus", die in bestimmten sozialen Schichten verbreitet sind, eine unmittelbare Bedrohung der gesellschaftlichen Bewegung darstellen".

In der Deklaration wird eine Änderung des Wahlsystems gefordert, eine Ausweitung der Funktionen und der Vollmachten der Sowjets auf allen Ebenen, das Recht für die Klubs, zu den Sowjetwahlen ohne jede Einschränkung eigene Kandidaten aufzustellen, sowie Zugang zu allen Massenmedien. Eine Reihe von DiskussionsteilnehmerInnen unterstrich auch die Notwendigkeit, das System der sozialen Sicherheiten und die Entwicklung des Marktes auszudehnen, um auf diese Weise effektiver und demokratischer evtl. Umverteilungen durch den Markt auffangen zu könnnen. Außerdem wird in der Deklaration von einer echten Selbstverwaltung der Arbeiterkollektive gesprochen, als Garantie für den Erfolg der Reform, und über die Notwendigkeit, die bürokratischen Versuche, die Selbstverwaltungsorgane zu manipulieren, zu bekämpfen.

Die Deklaration verkündet den Grundsatz der Freiheit der Information, fordert die Abschaffung der Vorzensur, die Liquidierung der „Spezialfonds" für Bibliotheken und Archive, die Errichtung von unabhängigen genossenschaftlichen Verlagsanstalten, und das Demonstrationsrecht. Auf Drängen der radikalen Jugendgruppen wurde in die Deklaration ein Punkt über die Solidarität mit den revolutionären linken Kräften in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern aufgenommen.

Aktivitäten

aufgenommen.

Aktivitäten

Die Deklaration wurde von 16 Gruppen unterzeichnet, einschließlich des KSI, des *Perestroika*, der Obschtschina und der Moskauer Sektion des WZSPK. Gleichzeitig hat G. Pawlowskij auf der Basis des Pressezentrums der Konferenz eine unabhängige Informationsagentur gegründet. Auf der Konferenz wurde auch eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Aufgabe übernommen hat, eine Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen zu organisieren — die Idee dazu wurde bereits auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU geboren, doch bislang erfolgreich von der Parteiführung unterdrückt. Es wurde auch eine Arbeitsgruppe zur Frage des Extremismus (RGE) gebildet. Diese soll die Aktivitäten der linken Klubs gegen die Nationalisten des *Pamjat*, gegen „Faschismus und Stalinismus" koordinieren. Die Entstehung eines derartigen antifaschistischen Zentrums bereitet den Rechtsextremisten ernste Sorgen. Schon wenige Tage nach dem Ende der Konferenz drangen Unbekannte in die Wohnung eines der aktiven Mitglieder der Gruppe *N.Lwow* und entwendeten dort alle Papiere und auch Magnet-

Fortsetzung nächste Seite

Letzter Meuterer der Potemkim gestorben

Kurz vor den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution starb einer ihrer ganz frühen Förderer.

Ivan Beshoff, Maschinist und letztes Mitglied der Besatzung des Panzerkreuzers Potemkin, 1905 aktiv am Aufstand beteiligt, starb im Alter von 104 Jahren in Dublin.

Während die Lebensleistungen hiesiger Toter entweder mit Orden oder Untersuchungsausschüssen gewürdigt werden, lesen sich die biographischen Daten Ivan Beshoffs wie ein Roman.

1883 in der Nähe von Odessa geboren, brach er zu Beginn dieses Jahrhunderts ein Chemiestudium ab und musterte bei der zaristischen Kriegsmarine an.

1903 erfolgte die erste Verurteilung und Gefängnisstrafe Beshoffs wegen politischer Betätigung und Propaganda. Zu dieser Zeit war er Matrose auf einem Torpedoboot.

Nach der Haft als Maschinist auf den Panzerkreuzer Potemkin versetzt, beteiligte er sich am 28. Juni 1905 an der Meuterei auf dem Schiff, die mit dem Tod des Kapitäns und einiger Offiziere endete. Die Besatzung übernahm das Schiff und solidarisierte sich mit den aufständischen Arbeitern in Odessa. Die vom Zar und der Marineleitung daraufhin eingesetzte Schwarzmeerflotte hatte den Auftrag, das besetzte Schiff zu versenken und den Aufstand zu zerschlagen. Doch zur Zerstörung des Panzerkreuzers kam es, sehr zum Ärger der Marinekommandeure, nicht.

Sämtliche Besatzungen verweigerten die Befehle zur Beschießung der Potemkin. Der Panzerkreuzer dampfte unbehelligt nach Rumänien ab, von wo die Besatzung über verschiedene Länder ins Exil flüchtete.

Ivan Beshoff schlug sich über die Türkei nach England durch und traf in London mit Lenin zusammen, dem er über den Aufstand Bericht erstattete.

Von 1913 an lebte Beshoff in Irland und besuchte von dort aus häufiger die UdSSR, zuletzt im Alter von 79 Jahren.

1925 drehte Sergej Eisenstein über den Aufstand einen Film, den sich wiederum Jahre später nach einer Aufführung indonesische Matrosen zum Vorbild nahmen, um verhaßte Offiziere über Bord zu werfen.

KB-Gruppe Göttingen

Gorbatschow gegen Robin Hood?

Die Absetzung des Moskauer Parteichefs Jelzin

Kritik eines Mitglieds des ZK der KPdSU an die Adresse des Politbüros sei *„an sich"* etwas *„ganz Normales"*, sagte Michail Gorbatschow auf einem Plenum des Moskauer Stadtparteikomitees der KPdSU am 11. November. Boris Jelzin aber habe *„etwas ganz anderes"* getan. Er habe versucht, *„die Arbeit des Plenums in eine andere Richtung zu lenken, indem er eine besondere Position zu einer Reihe von Fragen bezog."* Jelzins Erklärung auf dem ZK-Plenum sei „politisch unreif, äußerst verworren und widersprüchlich" gewesen. Das ZK habe *„völlige Einmütigkeit in der Einschätzung dieses Auftretens"* gezeigt: *„Keiner der Diskussionsredner ergriff für Boris Jelzin Partei."* Die wichtigste Frage, die die ZK-Mitglieder beschäftigt habe, sei folgende gewesen: *„Sieht denn Boris Jelzin wirklich nichts Positives im Leben des Landes nach dem Aprilplenum (1985) des ZK der KPdSU?"* (Tass, nach „Neues Deutschland", 14.11.1987) Jelzin wurde auf dem Plenum des Moskauer Stadtparteikomitees im November als Chef der Moskauer Parteiorganisation abgesetzt. **Seine Rede vor dem ZK-Plenum im Oktober ist bis heute nicht veröffentlicht worden.** Gorbatschow berichtete auf der Sitzung, die Jelzins Absetzung beschloß, der Moskauer Parteichef habe bereits vor dem Oktoberplenum des ZK Rücktrittsabsichten geäußert. Gorbatschow erklärte ihm, daß dies *„im Vorfeld der Oktoberfeierlichkeiten nicht angebracht sei."* Dennoch habe Jelzin *„entgegen der Parteiethik"* diese Frage unter Umgehung des Politbüros direkt an das ZK-Plenum herangetragen. Gorbatschow erklärte, die *„resoluten Erklärungen"* Jelzins hinsichtlich der raschen Überwindung der Probleme in der Hauptstadt hätten *„anfangs gewisses Verständnis und Unterstützung der Werktätigen"* gefunden. Später habe sich Jelzin bemüht, *„die notwendigen Veränderungen mit Druck, mit purem Administrieren durchzusetzen."* Dennoch habe sich die Situation nicht verbessert, zum Teil sogar verschlechtert. Jelzin habe daraufhin versucht, *„die Verantwortung für die eigenen großen Mängel in der Arbeit auf die anderen abzuwälzen."* So habe das Moskauer Stadtparteikomitee unter der Leitung und *„aktivsten Beteiligung"* Jelzins eine *„zweite Runde der Kaderumstellungen"* eingeleitet, *„auf deren Unzulässigkeit er bereits früher aufmerksam gemacht worden war"* (TASS, lt. „Neues Deutschland", 14.11.1987)

Kaderumstellungen" eingeleitet, „auf deren Unzulässigkeit er bereits früher aufmerksam gemacht worden war" (TASS, lt. „Neues Deutschland", 14.11.1987)

Dolchstoß eines ultralinken Abenteurers?

Nach dieser nicht sehr inhaltsreichen Stellungnahme des Generalsekretärs gingen Funktionäre des Stadtparteikomitees der Moskauer KPdSU als „Diskussionsredner" in die Vollen und *„charakterisierten das Verhalten Boris Jelzins als politisches Abenteurertum, als einen Dolchstoß in den Rücken der Partei"*, der darauf abzielte, *„Spaltung in die Reihen der Partei zu tragen"*. Im Unterschied zu Gorbatschow bescheinigten ihm die Stadtparteifunktionäre weder guten Willen noch *„resolute Erklärungen"*, sondern behaupteten, *„daß Jelzin schon bei den ersten Schritten seiner Tätigkeit ultralinke und extrem radikale Erklärungen"* abgegeben habe. Er zeichne sich zwar durch *„Erfahrung, Energie, Willensstärke und große Leistungsfähigkeit"* aus, aber auch durch *„Rigorosität, Vernachlässigung der Prinzipien der Kontinuität (!), Geringschätzung des Menschen"* und last not least das *„Fehlen des erforderlichen Taktgefühls"* aus. Er leide an einem „Leitersyndrom", habe sich vom Parteiaktiv abgeschirmt und „Effekthascherei" betrieben. (Neues Deutschland, 14.11.1987).

Boris Jelzin stimmte auf der Sitzung, die ihn absetzte, der an ihm geübten Kritik ausdrücklich zu und ergänzte sie um eine „Selbstkritik", deren Stil an traurige Zeiten erinnert: *„Ich habe als Kommunist das politische Gesicht eines führenden Funktionärs verloren. Ich trage große Schuld gegenüber der Moskauer Stadtparteiorganisation, große Schuld gegenüber dem Stadtparteikomitee, Ihnen gegenüber, natürlich gegenüber dem Büro* (gemeint ist das Politbüro, Anm.AK) *und gegenüber Michail Gorbatschow persönlich, dessen Autorität in unserer Organisation, in unserem Land und in der ganzen Welt so hoch ist."* („Neues Deutschland", 14.11.1987)

Die *„politische Hinrichtung"* Jelzins (Christian Schmidt-Häuer in der „Zeit") endete weder auf dem Schafott noch in einer Hotelbadewanne. Daß der ehemalige Parteichef von Moskau und frühere Bauingenieur nicht zum Holzhacken in seine sibirische Heimat verfrachtet, sondern zum stellvertretenden Bauminister ernannt wurde, ist durchaus als Fortschritt gegenüber Praktiken in vergangenen Jahrzehnten zu werten. Dennoch kann die Absetzung Jelzins, die Art der Auseinandersetzung und die Veröffentlichungspraxis nur als Ermunterung für alle Kräfte des alten Apparats verstanden werden, denen die Umgestaltung gegen den Strich und die Privilegien geht. Diese Leute haben im Zuge der Abkanzlung Jelzins bereits gegen die für Juni 1988 geplante Parteikonferenz der KPdSU Stimmung gemacht, von der sie personelle Veränderungen im Sinne der Perestroika befürchten.

Jelzin hat bereits im April dieses Jahres bei einem Besuch in Bulgarien das Tempo der Umgestaltung als nicht ausreichend kritisiert. („FR", 28.4.1987). In einer Rede im August warnte er davor, die *„ersten armseligen Erfolge"* der Perestroika durch die *„rosarote Brille allgemein gut klingender Statistiken"* zu sehen. Jelzin erklärte, in Moskau habe sich *„trotz guter Reden und Beschlüsse die Lage bisher nicht qualitativ verändert, die Menschen sind enttäuscht"* (zitiert in „FR", 12.8.1987). In der Arbeiterklasse gewann Jelzin durch lebensnahe Aktionen Sympathien. Er fuhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit und kaufte inkognito in Geschäften ein, um Korruption und Schiebereien aufzudecken. Dafür bekam er von Moskauer Mafiosi anonyme Drohungen, die er bei öffentlichen Diskussionen vorlas.

Robin Hood und Stalin

Mit solchen Aktivitäten erreichte Jelzin in der sowjetischen Hauptstadt den

Ruf eines „Robin Hood", wie der

Robin Hood und Stalin

Mit solchen Aktivitäten erreichte Jelzin in der sowjetischen Hauptstadt den

Ruf eines „Robin Hood", wie der Chefredakteur der sowjetischen Zeitung „Moskowskije Nowosti", Jegor Jakowlew im Gespräch mit der „Zeit" (27.11.1987) sagte. So jemand tauge nicht für den „Neuaufbau", meinte Jakowlew. Selbst wenn Jelzin Robin Hood ähnelte, gab es derer im Sowjet-Forest bislang nicht eher zu wenige als zu viele? Nicht nur mit dem legendären britischen Rebellen, auch mit einem bekannten Georgier hat der Chefredakteur von „Moskowskije Nowosti" Jelzin verglichen: Er habe *„alte, Stalinsche Methoden der Arbeit"* angewandt, *„gefährliche Losungen wie: Die Kader sind nicht entscheidend, sondern das System"*. Unpassende und demagogisch benutzte Vergleiche mit Stalin gehören offenkundig auch in der Sowjetunion mittlerweile zum tagespolitischen Geschäft. Gorbatschow hat Jelzin den Kräften des alten, zum Teil noch aus der Breshnew-Ära stammenden Apparates geopfert. Welche Auswirkungen dies auf den weiteren Verlauf der von Gorbatschow angestrebten Umgestaltung haben wird, ist heute noch nicht zu sagen. In der Geschichte hat es sich für Revolutionäre und auch für Reformer noch nie ausgezahlt, die radikalsten Kämpfer in vermeintlich geschickter Taktik den Geiern zum Fraß vorzuwerfen. *„Die jetzige Lektion darf nicht vergessen werden,"* sagte Michail Gorbatschow als Fazit der Diskussion bei der Absetzung Jelzins. Er könnte damit mehr Recht behalten, als ihm und uns zu wünschen ist.

Gerd Eggeling

Fortsetzung von vorheriger Seite

bandaufnahmen von führenden Mitgliedern des *Pamjat*. Einem anderen aktiven Rechtsextremen drohten sie mit „Abrechnung". Dutzende von fortschrittlichen Gruppen haben auf der Konferenz miteinander Kontakt aufgenommen, die gemeinsamen Prinzipien bekräftigt und eine gemeinsame Arbeit zu verschiedenen Fragen begonnen.

Man kann sagen, daß die Bewegung ein Selbstbewußtsein gewonnen hat. Die in ihr Aktiven fühlen sich nicht mehr isoliert und ausgegrenzt. Viele Fragen, die am Vorabend der Konferenz zu wütenden Polemiken und sogar zur Spaltung führten, wurden in konstruktiven Diskussionen gelöst. Es versteht sich von selbst, daß weiterhin Unterschiede zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Bewegung, zwischen den Anhängern des „revolutionären Drucks" auf die Bürokratie und den vorsichtigeren Gruppen bestehen, doch allen ist klar geworden, daß solche Meinungsunterschiede die gemeinsame Arbeit an den gemeinsamen Zielen nicht stören dürfen.



Die Reaktionen der Presse

Obwohl an der Konferenz eine große Anzahl von Journalisten teilgenommen hat, bewahrten die Massenmedien zunächst Stillschweigen — mit der einzigen Ausnahme der Radiostation *Majak*, die am letzten Tag der Konferenz eine kurze Mitteilung darüber durchgab. Es war völlig klar, daß die Leiter der offiziellen Presse auf eine Reaktion von oben warteten. Indessen begann sich die Kenntnis von den Debatten und den angenommenen Beschlüssen in Moskau zu verbreiten und alsbald kamen die Informationen auch in den Samizdat. Kurz darauf wurde die Konferenz in einer Sendung der „Stimme Amerikas" erwähnt. Die westlichen Radiostationen verfügten jedoch über keine seriösen Informationen und teilten ihren sowjetischen Hörern nichts Nennenswertes mit. Für die offizielle Presse war dies dennoch eine Herausforderung. Sie mußte sich mit den Materialien der Konferenz befassen, damit ihnen die westlichen Journalisten nicht zuvorkamen.

Am 5. September erschien schließlich eine ausführliche Mitteilung über die Konferenz in der Zeitschrift *Ogonjok*, einer der populärsten und verbreitetsten Wochenzeitungen des Landes. In dem Artikel wurden die Gründungen einer Föderation sozialistischer Klubs und die Deklaration nicht erwähnt, doch im übrigen war die Berichterstattung fair. Unterdessen erklärten auch die der Föderation angehörenden Klubs und das Pressezentrum Pawlowskij ihre Absicht, einen eigenen Sammelband herauszugeben, der ein vollständiges und „nicht überarbeitetes" Bild von der Tätigkeit der Klubs und der Gruppen vermitteln soll. Die Organisatoren der Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen des Stalinismus haben bereits mit einer Unterschriftensammlung begonnen und ihre Materialien weit verbreitet. Ihre Tätig-

Klubs und der Gruppen vermitteln soll. Die Organisatoren der Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen des Stalinismus haben bereits mit einer Unterschriftensammlung begonnen und ihre Materialien weit verbreitet. Ihre Tätig-

keit ist zu einer Errungenschaft von *glasnost* geworden.

In dem Maße, wie die Bewegung fähig war, ihre eigenen Widersprüche und Schwächen zu überwinden, ist sie zu einem realen Faktor im politischen Leben der Sowjetunion geworden. Die tatsächliche Tragweite der angenommenen Beschlüsse wird sich noch herausstellen. Eines ist jedoch klar: zum erstenmal in der Ära Gorbatschow kann man nicht nur von reformerischen Initiativen von oben, sondern auch von einer ernstzunehmenden gesellschaftlichen Bewegung von unten reden.

Die nachstehende Grundsatzerklärung wurde am 23. August auf der Konferenz der „Sozialen Initiativen in der Perestroika" verlesen und von sechzehn Gruppen unterzeichnet.

(...)

1. Die Entwicklungsprozesse im Zusammenhang mit der *perestroika* haben zum Aufschwung von unabhängigen sozialen und sozialpolitischen Organisationen geführt. Gemäß der Verfassung der UdSSR geht alle Macht in der Gesellschaft vom Volke aus. Als Teil des Volkes haben die unabhängigen sozialen und sozial-politischen Initiativen deshalb das Recht, sich unabhängig auszudrücken und ihre Interessen ohne Einschaltung irgendeiner Vermittlung unmittelbar selbst zu verteidigen.

2. Die Gruppen und Vereinigungen, die diese Erklärung unterzeichnen, unterstützen eine sozialistische Entwicklungsperspektive für unser Land. Wir sind überzeugte Anhänger des Sozialismus, wir identifizieren uns mit dem Ziel, das im Oktober 1917 verkündet wurde, eine klassenlose Gesellschaft in der UdSSR aufzubauen und den Staat abzuschaffen.

Wir sehen in der Gründung unabhängiger Gruppen und Vereinigungen und in ihrer wachsenden Rolle in der Gesellschaft einen der Wege, gesellschaftliche Selbstverwaltung aufzubauen und damit die Bürokratie und die administrativen Strukturen abzuschaffen.

3. Gegenwärtig durchlebt unser Land eine Periode größerer Veränderungen. Der Erfolg der eingeschlagenen Reformen hängt von der Unterstützung der Massen für die *perestroika* und vom Grad ihres Engagements ab. Der Erfolg der *perestroika* ist für den Sozialismus in der Sowjetunion eine Frage von Leben und Tod.

Wir anerkennen die verfassungsmäßige Rolle der KPdSU in unserer Gesellschaft, doch die Partei ist kein homogenes Ganzes. In ihren Reihen befinden sich auch solche, die direkt Verantwortung für die Mißbräuche und die Fehler der vergangenen Jahre tragen, wie auch solche, die die Reihen der Bürokratie gefüllt und die Masse der selbstzufriedenen Funktionäre gebildet haben, die von den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen völlig abgehoben sind.

Wir werden die Führer und Mitglieder der Partei aus vollen Kräften unterstützen, die die gesunden und fortschrittlichen Kräfte vertreten.

4. Sowohl auf zentraler wie auf lokaler Ebene stößt die *perestroika* auf den erbitterten Widerstand der Kräfte, die um ihre Privilegien bangen und versuchen, das Monopol über den Informations- und Meinungsbildungsprozeß zu behalten. Die neuen Initiativen und Aktionen werden von ihnen entweder abgeblockt, oder einfach ignoriert.

Die Vereinigung der unabhängigen Gruppen und Organisationen, deren Grundlage die Unterstützung der Poli-

tik der Entfaltung des Sozialismus und halten. Die neuen Initiativen und Aktionen werden von ihnen entweder abgeblockt, oder einfach ignoriert. Die Vereinigung der unabhängigen Gruppen und Organisationen, deren Grundlage die Unterstützung der Poli-

tik der Entfaltung des Sozialismus und der Demokratie ist, wie sie von der KPdSU auf ihrem XXVII. Parteitag angenommen wurde, ist noch aus einem anderen Grund unabdingbar. Innerhalb der informellen Bewegung bilden sich Gruppen, die einen reaktionären Standpunkt vertreten, für Rassismus und Chauvinismus, Faschismus und Stalinismus eintreten und extremistische Aktionsmethoden anwenden. Indem wir uns zusammenschließen, werden wir den Extremismus in der unabhängigen Bewegung bekämpfen und Informationen über die Aktivitäten dieser Gruppen verbreiten können.

5. In Erwägung der oben genannten Tatsachen haben die Organisationen, die dieses Dokument unterzeichnen — in Einklang mit der Verfassung der UdSSR, die das Recht auf Koalitionsfreiheit verkündet — beschlossen, sich zu einer Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs zusammenzuschließen, deren hauptsächliches Ziel die Unterstützung der *perestroika* ist. Die Ziele der Föderation sind folgende:

ideologisch:

▶ Die Entwicklung von Vorstellungen über die Demokratisierung unserer Gesellschaft und die Erwägung von Mitteln zur Lösung des dialektischen Widerspruchs zwischen einer administrativen Macht und der Selbstverwaltung der Gesellschaft.

Die Analyse der Rolle und des Stellenwerts der sozialen Organisationen im politischen Leben der sowjetischen Gesellschaft und im System der Selbstverwaltung.

politisch:

▶ Die rechtliche Anerkennung der unabhängigen Organisationen; die Anerkennung ihres Rechts, Gesetzesinitiativen zu ergreifen; die systematische Umsetzung der Beschlüsse des Januarplenums des ZK der KPdSU über die Demokratisierung des Wahlssystems; das Recht der sozialen Organisationen, Kandidaten zu den Wahlen für die Sowjets auf allen Ebenen aufzustellen, ohne jede Einschränkung oder vorherige Zustimmung und bei freiem Zugang der Kandidaten zu den Nachrichtenmedien.

▶ Die Verlängerung der Amtsperioden der Sowjets als notwendige Voraussetzung für eine konstruktive Arbeit.

▶ Die Aufstockung der Haushaltsmittel der Sowjets auf einer streng gesetzlichen Basis, um ihnen bei der Verwendung der Mittel völlige Unabhängigkeit zu garantieren.

▶ Die Aufnahme einer klaren Unterscheidung in das Gesetz zwischen der Kritik an den Mängeln des bestehenden Systems und staatsfeindlicher Aktivität.

▶ Die Verwirklichung des ersten Punkts im Programm der RSDP (Russische Sozialdemokratische Partei), der für die Bürger das Recht fordert, unabhängig vom Staatsanwalt und von staatlichen Behörden Verfahren gegen solche Personen anzustrengen, die in verantwortlichen Positionen möglicherweise illegale Akte begangen haben.

wirtschaftlich:

Die Föderation schlägt vor:

▶ Mitzuarbeiten an der Umorientierung der Organe der staatlichen Planung und Lenkung von den heute vorwiegenden administrativen Methoden hin zu ökonomischen Methoden.

▶ Mitzuhelfen bei der Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen als dem grundlegenden Mechanismus zur Regulierung der wirtschaftlichen Aktivität des Landes. Diese Änderung muß Hand in Hand gehen mit soliden Garantien für die Erhaltung der Errungenschaften der Arbeiter (Vollbeschäftigung, existenzsichernde Löhne, Recht auf Ruhestand).

▶ Für folgende Fragen zu kämpfen: Die Kürzung der staatlichen Ausgaben; die Verschiebung der wirtschaftlichen Grundlagen in Richtung Selbstverwal-

schaften der Arbeiter (Vollbeschäftigung, existenzsichernde Löhne, Recht auf Ruhestand).
▶ Für folgende Fragen zu kämpfen: Die Kürzung der staatlichen Ausgaben; die Verschiebung der wirtschaftlichen Grundlagen in Richtung Selbstverwal-

tung; den Aufbau eines Systems der Kontrolle des Managements von unten; die Umstellung der gesellschaftlichen Produktionsmittel (Betriebe) dergestalt, daß die selbstverwalteten Betriebe von Kollektiven gepachtet werden können; Demokratisierung des Systems der Planung; Schaffung von Bedingungen, die eine freie Entfaltung aller Formen des sozialistischen Eigentums erlauben.

kulturell:

▶ Das Recht auf finanzielle Autonomie für Künstlergruppen und -vereine.

▶ Toleranz für sozialen und künstlerischen Neigungen von Vertretern verschiedener Strömungen, sofern sie sich in einer Art ausdrücken, die nicht in Konflikt mit der Verfassung der UdSSR gerät.

▶ Freier Zugang der Bevölkerung zu statistischem Material und zu den Archiven, den Beständen in den Museen und Büchereien; Öffnung der Sonderarchive (verbotener Bücher).

▶ Aufhebung jeder Form der Vorzensur; Ausweitung des Netzwerks unabhängiger Verlagskooperativen; Beseitigung der administrativen Behinderungen unabhängiger Organisationen bei der Ausübung ihrer konstitutionellen Rechte und Freiheiten — Meinungs-, Presse-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.

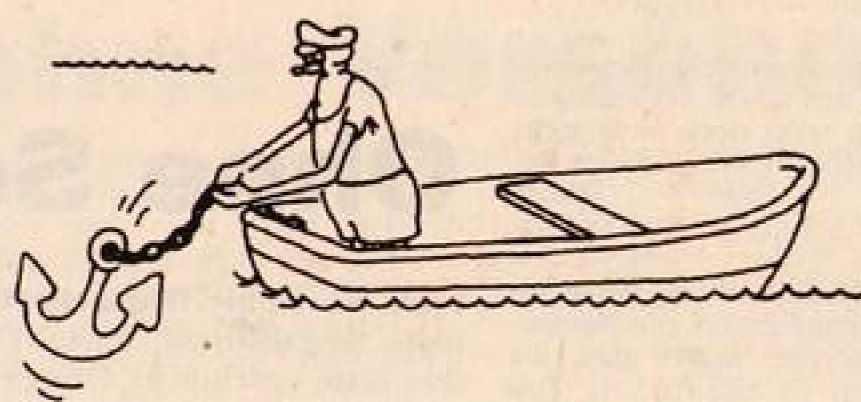
Ökologie und ökologische Kultur:

Aufbau wirksamer Mechanismen der Beteiligung sozialer Organisationen und Bewegungen am Kampf zur Erhaltung der Umwelt und zur Erhaltung historischer und kultureller Denkmäler.

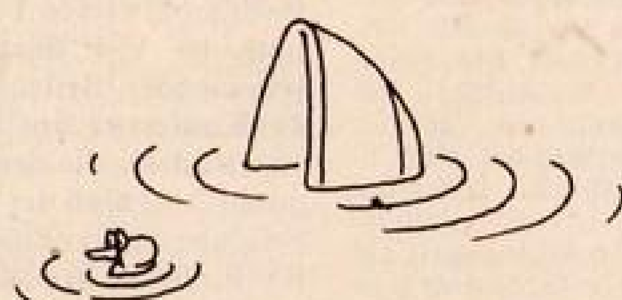
Internationale Beziehungen:

Unterstützung der und Solidarität mit dem Kampf und den Aktivitäten der demokratischen, revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen in den kapitalistischen Ländern und in den Entwicklungsländern.

Gorbatschow und der linke Konservatismus



Gespräch mit Thomas Neumann („Düsseldorfer Debatte")



Thomas Neumann, Jahrgang 1937, erhielt wegen seiner DKP-Mitgliedschaft zweimal Berufsverbot als Hochschullehrer/Dozent für Soziologie. 1975-81 angestellter Funktionär der DKP in Düsseldorf (Wissenschaftspolitik). 1981-83 stellv. Chefredakteur der „Deutschen Volkszeitung (dvz), seit 1984 Redakteur der „Düsseldorfer Debatte". Die Ausschlußdrohung des DKP-Präsidiums quittierte er mit dem Parteiaustritt. Buchveröffentlichung Herbst 1987: „Was dem Bauern alles blüht, Gespräche auf dem Lande" (über die Zerstörung des bäuerlichen und des Dorflebens in der BRD), Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Die „Düsseldorfer Debatte" ist eine linke Zeitschrift für Politik, Kunst und Wissenschaft, deren Redaktionskern 1984 aus der DKP ausgeschlossen worden ist. Ihr politisches Profil sei von „defaitistischen Tendenzen" und „bestimmten linksradikalen Nuancen" entstellt, wehklagen sozialdemokratische Beobachter. (1) Defaitistisch-linksradikal beschäftigt sie sich seit längerem mit Gorbatschow und seiner Wirkung auf die hiesige Linke ...

Frage: Mit eurer Analyse der sowjetischen Innenpolitik liegt ihr auf originelle Weise quer zum Trend. Die anstehende Reform, so Michael Ben (2), habe nur dann eine Chance, wenn sie „als Kulturrevolution gegen den Widerstand vieler und vieler Großkopferter" daherkomme. Wer das ansonsten in der hiesigen Linken so sieht, streitet gleichzeitig ab, daß dieser Machtkampf von Gorbatschow und seiner Fraktion initiiert sein könnte. Und umgekehrt: Wer an Gorbatschow Gefallen gefunden hat, sieht darin gleichzeitig einen Beweis für die allmähliche Wandelbarkeit des sowjetischen Systems, ein harter Kampf gegen „die Großkopferten" sei nicht mehr nötig.

Neumann: Die Sprache, in der unter Sozialisten über die Veränderungen in der Sowjetunion gesprochen wird, leidet unter den Mängeln, die sie kritisiert. Sie ist in den alten Dogmen festgefahren. Zum Beispiel spricht man

Neumann: Die Sprache, in der unter Sozialisten über die Veränderungen in der Sowjetunion gesprochen wird, leidet unter den Mängeln, die sie kritisiert. Sie ist in den alten Dogmen festgefahren. Zum Beispiel spricht man nicht von Fraktionierung, weil es angeblich nach Lenin so etwas in kommunistischen Parteien nicht gibt. Bei zur Debatte stehenden Widersprüchen darf es sich selbstverständlich nicht um antagonistische Widersprüche handeln, weil es die im Sozialismus angeblich nicht gibt. Es darf auch nicht davon die Rede sein, daß der Sozialismus nicht allein technisches Know How aus dem Westen einkauft, sondern möglicherweise auch ein wenig von den „ideologischen Formen", in denen dieses Know How praktisch bewegt wird usw. Solche palmströmschen Vorgaben sind nicht erkenntnisfördernd. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß das, was bestritten wird, ständig geschieht. Z.B. wird in den offiziellen Reden in der SU sehr viel Lenin zitiert. Meistens werden Sätze zitiert, die reine Binsenweisheiten sind; etwa: daß man streiten können muß, daß man zuhören können muß, daß man Kritik nicht fürchten darf und alle diese Dinge. Was bedeuten solche Sprüche, warum müssen sie mit dem Namen, der Autorität Lenins verbunden werden? Es hat vermutlich folgenden Hintergrund: Lenin hat ständig den Mangel an demokratischen Umgangsformen in seiner Gesellschaft beklagt, die Rückständigkeit nicht allein in der Produktion, sondern ebenso die Rückständigkeit gesellschaftlicher Flexibilität, das Weiterschleppen der vorbürgerlichen zaristischen Unkultur. Er hat dem nicht die Ideen der bürgerlichen Demokratie entgegengehalten, aber deren wie immer verzerrte Alltagspraxis. Und in diesem Sinne wird heute Lenin in der Sowjetunion zitiert. Man hat erkannt, daß zivilisatorische Umgangsformen der bürgerlichen Demokratie mehr als nur bürgerliche Formen der Demokratie sind, so wie die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft mehr als nur bürgerliche Wissenschaft ist, daß man davon also lernen kann. Insofern holt der Sozialismus in der SU Versäumtes nach. Das im Namen eines Dogmas zu bestreiten, ist albern.

Kannst Du das konkreter machen ?

Zum „Grundwissen des jungen Sozialisten" in der BRD gehört es bis heute anzunehmen, die Gewaltenteilung sei eine ausschließliche Angelegenheit der bürgerlichen Revolution und schädlich für den Sozialismus. Aber was ist es anderes als Gewaltenteilung, wenn Gorbatschow das Wahrheitsmonopol der eigenen Partei in Frage stellt; wenn in der Sowjetunion der Mangel an unabhängigen Rechtsinstitutionen, Verwaltungsgerichten und einer ernstzunehmenden Verteidigung eingeklagt wird? Wenn man über die Nützlichkeit eines Verfassungsgerichts nachdenkt?

Und das ist für die Linke im Westen interessant. Die Frage hier kann ja nicht sein, ob die Sowjetunion sich am Ende zurückentwickelt. Das ist ihre Sache. Linke im Westen haben darüber nachzudenken, was der Satz von Marx bedeutet, demzufolge die Bedingungen für eine neue Gesellschaft im Schoße der alten herangereift sein müssen, ehe die neue auf den Weg kommt. Was gehört alles zu diesen Bedingungen? Nach den Erfahrungen der Gorbatschow-Fraktion, und die sind etwas umfassender als die westlicher kommunistischer Parteien, gehören dazu offenbar mehr als Vergesellschaftung des Eigentums, was immer das ist, und als Diktatur des Proletariats, was immer das ist.

Verkürzen wir nicht unsere Diskussion um einen emanzipatorischen Sozialismus, wenn wir ihn anhand von Vorgängen in einem — Gorbatschow hin, Sagladin her — völlig zurückgebliebenen System führen?

Es geht hier nicht um eine Übertragung, das ist immer Unsinn, sondern man muß darüber nachdenken, was alles zum Sozialismus gehört. Zum Beispiel Öffentlichkeit. Das ist mehr als ein Tapetenwechsel. Da muß man sich eben entscheiden, um in Hagers schöner Bildersprache zu bleiben, ob man das Licht durch die Fenster ins Innere des Hauses läßt oder wie in Schilda in Säcken einfängt und dann ins Haus trägt, weil man vergessen hat, Fenster einzubauen. Über den emanzipatori-eben entscheiden, um in Hagers schöner Bildersprache zu bleiben, ob man das Licht durch die Fenster ins Innere des Hauses läßt oder wie in Schilda in Säcken einfängt und dann ins Haus trägt, weil man vergessen hat, Fenster einzubauen. Über den emanzipatorischen Wert von Öffentlichkeit nachzudenken, das stünde auch der Linken hier ganz gut an. Demokratie ist letzten Endes immer formal. Öffentlichkeit ist die substantielle Seite der Demokratie, dazu gehört viel mehr als Abstimmen. Für Öffentlichkeit hat zum Beispiel der scheinbar demokratische Satz, nach dem die Minderheit sich der Mehrheit beugen muß, keine Bedeutung. Und schließlich ist das genaue Gegenteil von Öffentlichkeit demokratischer Zentralismus. Das zum Beispiel ist eine für den Sozialismus noch ganz unbearbeitete Angelegenheit.

Kommunistisches Interesse darf sich nicht auf die Freiheitsrechte beschränken, sondern muß auch das Ziel der Gleichheit im Auge haben. Wird nicht in der Sowjetunion durch die neuen Wirtschaftsreformen ein Mehr an Ungleichheit geschaffen, also eine Bewegung weg vom Ziel des Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Oben und Unten, ohne Arm und Reich ?

Bisher werden Ärzte, Ingenieure und Lehrer schlechter bezahlt als Arbeiter, oder gleich. Das führt automatisch dazu, daß die Leute lieber Busfahrer werden als Arzt, oder daß Ärzte bestechlich sind, mit allen Folgen für das Gesundheitssystem. Wenn sich das jetzt ändern soll, so ist das gerechtfertigt.

Etwas anderes ist die Ungleichheit zwischen Angehörigen der sog. Nomenklatura auf der einen Seite, und normalen Bürgern auf der anderen. So ein Bürokrt hat in der Regel viele Privilegien, die aber nicht durch mehr Leistung, mehr Verantwortung oder mehr Arbeit gerechtfertigt sind.

Wenn diese Ungleichheit, die in der Realität keinerlei materielle Grundlage hat, beseitigt wird, und stattdessen die andere Ungleichheit, die sehr wohl materiell begründet ist, akzeptiert wird, dann ist das schon ein großer Fortschritt. Erst dann läßt sich wieder vernünftig darüber reden, wie diese Gesellschaft auf den Weg zu mehr Gleichheit gebracht werden könnte; nicht zu vergessen die dritte Forderung der Französischen Revolution.

Die Mauer des Dogmatismus

Seht Ihr in der DKP Tendenzen, daß die Mauer des Dogmatismus bröselt? Welche Einwirkungen hat das vielbeschworene „Neue Denken" der Sowjets auf Theorie und Praxis der DKP?

Ich habe viele Jahre für die DKP als Funktionär agitiert und werde nun nicht den umgekehrten Part spielen. In der DKP gibt es eine gewisse Verstocktheit, die weniger mit Personen, mehr mit der Struktur verbunden ist, mit der Struktur der Partei neuen Typs, wie Lenin sie vor mehr als 80 Jahren nannte. Der „neue Typ" ist in die Jahre gekommen. Ihre strukturelle Verstocktheit teilt die DKP übrigens mit anderen Parteien in der BRD, die Grünen ausgenommen. Die Leute, die in der Partei bestimmen, sind fast ausnahmslos Berufspolitiker wie bei CDU, SPD und FDP. Sie nennen sich neuerdings auch so. In der UZ steht häufig „Anwesend waren auch Politiker der DKP". Ganz früher hießen sie Berufsrevolutionäre. Auf jeden Fall Beruf, d.h. sie haben nur diese eine Erfahrung, vieles der Gesellschaft ist ihnen fremd. Sie würden sich auf anderen Posten schlecht zurechtfinden. Sie haben ihr sehr eigenes Gesellschaftsbild. Zu diesem Bild gehört als unumstößliche Wahrheit, daß der Sozialismus allem anderen um mindestens eine Epoche voraus ist. Angesichts der Realitäten erzwingt diese Vorstellung, wenn man sie nicht aufgeben kann, die hiesige Gesellschaft stets um eine Epoche zurückzudatieren. Das ist nicht immer ganz einfach, und die Gorbatschow-Fraktion hat es nicht einfacher gemacht.

Schließlich entsteht für alle kommunistischen Parteien im Westen eine ganz neue Schwierigkeit, die sie im Innersten berührt. Für die Kommunistischen Parteien des realen Sozialismus, namentlich die KPdSU und die SED, waren die KPs des Westens offiziell die autorisierte Stimme ihrer Länder. Also

Schließlich entsteht für alle kommunistischen Parteien im Westen eine ganz neue Schwierigkeit, die sie im Innersten berührt. Für die Kommunistischen Parteien des realen Sozialismus, namentlich die KPdSU und die SED, waren die KPs des Westens offiziell die autorisierte Stimme ihrer Länder. Also die DKP war die einzig wahrheitsgetreue Stimme der BRD. Die Urteile über die BRD wurden in der „Prawda ebenso wie im „Neuen Deutschland in letzter Instanz mit Aussagen der DKP oder der „UZ" abgestützt. Das hat sich geändert. Nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auf allen Ebenen sind für die KPdSU, auch für die SED, neue, gleichwertige, oft höherwertige Gesprächspartner ins Spiel gekommen. Die Stimme der DKP ist eine unter anderen geworden. Wir haben diese Veränderungen in der „Debatte" sehr konkret erfahren. Als die Zeitschrift zum ersten Mal erschien, wurde sie von der DKP als eine „feindliche Plattform" verworfen. Das war ein aparter Gedanke. Und schon nach der zweiten Ausgabe, im Oktober 1984 — da waren die Parteiausschlußverfahren gegen uns noch gar nicht abgeschlossen — hatte R. Steigerwald (3) diese Sprachregelung in der DDR verankern können. Auf dem DDR-Philosophie-Kongreß 1984 nannte er Redakteure und Autoren der „Debatte" „intellektuelles Lumpenproletariat" und ergänzte: Dieses Lumpenproletariat „erweist sich mit seinen Vorhalten gegenüber dem Sozialismus und seiner Abstinenzhaltung zum Leninismus als schlimmer als das Lumpenproletariat". So steht's im veröffentlichten Protokoll. Zu unserer Ehre muß ich hinzufügen, daß nicht nur die Leute der „Debatte" zu Goten erklärt wurden. Steigerwald nannte in einem Atemzug mit uns das „Argument" und seine Autoren ebenfalls „Lumpenproletariat"; da waren wir unserer Sache selbstverständlich gleich sicherer. Der Sinn der ein wenig monströsen Aktion war klar. Doch jetzt haben wir ja dieses Papier über den politischen Streit und seine Kultur, auf das SPD und SED sich einigten. Was soll er nun machen? Die neue Kultur ist für Steigerwald, der selbst aus der SPD kommt, nicht von heute auf morgen zu erlernen.

Mit einem Wort: Ich weiß nicht, ob der Dogmatismus „bröselt". Ich ahne aber, daß da ein paar Schwierigkeiten auf den Tisch gelangt sind und daß diese Schwierigkeiten nicht mehr per Beschluß erledigt werden können.

Im wesentlichen seht ihr bei der hiesigen Linken einen Totstell-Reflex auf die Herausforderungen Gorbatschows. Als „tantenhafte Schreckschrauben" habt ihr diese Linke bezeichnet, und euer Mitarbeiter Peter Maiwald hat sich den Vers notiert: „Die Feinde der Neugier bescheiden uns stets: Das ist nichts Neues."

Linke für Waldursprünglichkeit?

Gorbatschow wird nicht als Herausforderung für sozialistisches Denken angenommen. Die Linke freut sich, daß

Linke für Waldursprünglichkeit?

Gorbatschow wird nicht als Herausforderung für sozialistisches Denken angenommen. Die Linke freut sich, daß etwas in Bewegung geraten ist. Das tun andere, das tut die Rechte auch. Die Linke diskutiert schon seit Jahren nicht mehr Fragen des Sozialismus, sie diskutiert über Ökologie. Aus unterschiedlichen Richtungen, mit unterschiedlichen Begründungen hat man sich da herangearbeitet, nicht abgearbeitet. Die DKP, sicher auf der insgesamt kleinen Linken noch immer die an Mitgliedern stärkste Gruppierung, sagte zunächst: Die Grünen dürfen sich nicht als Partei konstituieren, es darf sie nur als Bündnisbewegung geben. Dann machten die das doch, es kam die Parteibildung, und man hat die Grünen als reaktionär beherrscht „eingeschätzt". Einschätzen ist bei manchen Leuten eine Lieblingsbeschäftigung. Das erspart Analyse und Kritik. Dann kamen die Wahlerfolge der Grünen, und ihre Attraktivität für Linke, auch für Mitglieder der DKP, war schwer zu übersehen. Also hat man sich arrangiert und versucht, der Sache eine neue Wende zu geben. Man hat gesagt, die grünen Grundfragen seien in der DKP noch besser und noch gründlicher zu lösen als von den Grünen selbst. Und dann kam Tschernobyl und demnächst kommt Wismut. Dagegen gibt es noch nicht die mindeste Vorstellung über die Weiterentwicklung der Gesellschaft auf der Basis der zukünftigen Produktivkräfte.

Du kritisierst also, daß die marxistische Linke sich generell zu stark auf den Produktivkraft-Pessimismus der Grünen eingelassen hat?

Sie hat sich nicht nur darauf eingelassen, sie hat ihn übernommen. Das kann sie auch machen, wie sie will. Ich bin aber der Ansicht, daß man sich klar entscheiden muß. Entweder macht man den Produktivkraft-Pessimismus mit, dann muß man die Konsequenzen ziehen, d.h. man kann sich dann nicht mehr auf Marx berufen. Das A und O der Theorie von Marx heißt nun mal, die Entwicklung der Produktivkräfte setzt revolutionäre Potenzen frei. Da gibt es wenig Interpretationsspielraum. Will man diesen Leitfaden von Marx beschneiden, soll man das sagen, und es ist dann klar ein Abschied von der Theorie des Historischen Materialismus. Das stört die Theorie nicht, es haben sich schon viele von ihr verabschiedet. Die Produktivkräfte werden dennoch die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben. Wir wissen doch noch gar nicht, was die Computerisierung bewirken wird.

Solange die neue Technik sich im Stadium der Dampfmaschine bzw. ihrer modernen Variante, des Elektromotors, bewegte, solange hat man Zukunftsbilder entworfen. Aber seitdem ist Ruhe im Marxismus. Seitdem sprechen marxistische Theoretiker der „wissenschaftlich-technischen Revolution" vom Fluch und Segen dieses Wortungeheuers — wie in der Bibel.

motors, bewegte, solange hat man Zukunftsbilder entworfen. Aber seitdem ist Ruhe im Marxismus. Seitdem sprechen marxistische Theoretiker der „wissenschaftlich-technischen Revolution" vom Fluch und Segen dieses Wortungeheuers — wie in der Bibel.

Das Grundproblem der marxistischen Theorie und Ideologie scheint in folgendem zu liegen: Bisher war es immer so, daß die revolutionären Kräfte auf der Seite des Neuen gegen das Alte standen. Das ist das Urbild aller Veränderung, neu gegen alt. Nun ist es recht komisch zu sehen, wie diese Beziehung sich ins Gegenteil verkehrt hat. Die Linke tritt gegen die Moderne mit der Postmoderne an. Kein Marxist muß sich wundern, wie gering das Interesse an seiner Anschauung ist, wenn er nichts anderes über die Zukunft zu sagen weiß, als daß sie eine in sanfte, alternative Techniken eingebettete neue Waldursprünglichkeit sein möge. Gesellschaft ist Vergangenheit, Zukunft ist naturwüchsig. Das kann man machen, aber man kann es nicht mit Marx machen. Niemand will erarbeiten, welche emanzipatorischen Möglichkeiten ein radikales Weitertreiben der neuen Techniken in sich birgt. Und Weitertreiben ist etwas anderes als Umbiegen in sogenannte Alternativen. Aus Panzern sollen Badewannen gemacht werden, aus kriegerischen Satelliten friedliche usw. Das ist aber kein Produktivkraftproblem. Man kann nur für oder gegen Panzer sein, aber nicht gegen Panzer und für Badewannen. Dann trifft man sich ganz schnell wieder mit den Panzerherstellern und ihren Teflonpfannen. Man kann sich doch nirgends mehr aufhalten, ohne nicht in ein Expertengespräch über das Ozonloch oder die Lebensgrundlage der Schwarzstörche verwickelt zu werden. Wenn man dagegen von der Gesellschaft redet, werden alle müde.

Wir hatten in der „Debatte" einen Aufsatz von Michael Springer, der an-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gesichts des pessimistischen Umgangs der DKP mit den neuen Technologien schrieb: Dann redet doch nicht mehr von „Wissenschaftlich-technischer Revolution", sagt gleich „Wissenschaftlich-technische Konterrevolution".

In diesem Zusammenhang gibt es eine wirkliche, ganz anders entscheidende Frage. Marxisten neigen dazu, die Wissenschaften zu glorifizieren. Das hat mit der unglücklichen Formulierung von Engels zu tun, der Marx' Auffassungen als „wissenschaftliche Anschauung" bezeichnet hat. Marxisten glauben seitdem, daß nur *eine* Anschauung der Wirklichkeit zulässig sei, eben diese wissenschaftliche. Aber die Wissenschaft ist nur eine Beziehung zur Wirklichkeit, wie sie außerhalb unseres Kopfes besteht. Daneben gibt es Erfahrung, es gibt die Kunst, also Ästhetik, es gibt viele Verhältnisse zwischen Subjekt und Objekt. Die absolute Dominanz der Wissenschaft als Wirklichkeitsverhältnis ist absurd. Diese absolute Dominanz bestimmt inzwischen alle Verhältnisse, selbst das Alltagsverständnis, wo die persönlichen Partnerschaften wechselseitig analysiert werden. Aber dabei wird ganz vergessen, daß auch die Kunst sich ein paar Verhältnisse angeeignet hat, in denen die Wissenschaft keine Rolle spielt, etwa solche Sachen wie nah und fern, groß und klein, schön und häßlich — also diese das tägliche Leben ständig irritierenden Tatsachen, mit denen die Wissenschaften nichts zu tun haben. Das Wort Beziehungskiste zum Beispiel ist so eine widerliche wissenschaftliche Perversion des Alltags. „Beziehungskiste", wenn man das so haben will, ist nichts anderes als die in denen die Wissenschaften nichts zu tun haben. Das Wort Beziehungskiste zum Beispiel ist so eine widerliche wissenschaftliche Perversion des Alltags. „Beziehungskiste", wenn man das so haben will, ist nichts anderes als die in Resolutionen beklagte Genmanipulation; das Wort ist die Sache. Daß die Wissenschaften nicht nur den Kopf erforschen, was gut ist, sondern auch als einzig denkbare Betrachtung des Kopfes im Kopf anerkannt sind, das ist ein Problem. Das schaltet alle anderen Varianten, die Wirklichkeit wahrzunehmen, aus. Auch das ist nicht aus den Gedanken von Marx herauszulesen. Das ist bürgerlicher Stalinismus.

Wie können die Denkblockaden in der Linken aufgebrochen werden ?

Die Linke hat bisher ihre theoretische Verunsicherung, daß einfach auch analytisch nicht ernst genug gearbeitet wurde, damit überspielt, daß sie auf politischer Ebene Bündnisse geschlossen hat. Das geht immer, man macht eine Aktionseinheit, man sucht den Minimalkonsens. Die ganze Problematik wird von der theoretischen Seite auf die aktionistische Seite verlagert. Dann wird an die Einigkeit appelliert, und der Imperativ zum Einigwerden wird immer höher geschraubt, bis hin zur Apokalypse-Drohung, die es abzuwenden gelte.

Jetzt zeigt sich, daß das nur eine Zeitlang gut geht, z.B. wenn Raketen stationiert werden. Aber diese Zeit des Aktionismus', des Minimalkonsenses, des Polit-Managements geht zu Ende. Das sieht Gremliza so im Interview mit Euch im letzten AK, das sieht selbst ein Taktiker wie Ebermann so, vor zwei Nummern in „Konkret". Zwei interessante Gespräche.

Welche Rolle können dabei kleine Zeitschriften wie die „Düsseldorfer Debatte" oder der „Arbeiterkampf" spielen ?

Ich nehme an, es geht euch wie uns. Wir müssen zugestehen, daß noch auflagenstärkere und also einflußreichere Zeitschriften als unsere vorliegen, aber unsere ist die bedeutendste, die wir machen.

Für den AK interviewte Jürgen/KB-Stuttgart.

Anmerkungen
(1) So in „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte"
(2) Michael Ben, Die Sowjetische Kulturrevolution, in Debatte 2/87
(3) Robert Steigerwald ist einer der Cheftheoretiker der DKP

Die **„Düsseldorfer Debatte"** erscheint monatlich als Broschur mit ca. 80 Seiten und kostet 15.- DM (Abopreis 12.- DM). In der westdeutschen Linken einzigartig wird sie durch ihr regelmäßiges Eingehen auf den emanzipatorischen Gehalt der Produktivkraftentwicklung, und durch ihre originellen Betrachtungen von bestimmten Denkblockaden der marxistischen Linken. Artikel zu Fragen der Kunst und Gedichte sind ebenfalls regelmäßige Bestandteile der „Debatte". Bezugsadresse: Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1.

1. VSP-Konferenz:

Ohne Schwung in die Arme des BWK

Ende November führte die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) ihre erste ordentliche Delegiertenkonferenz durch. Rund 110 Delegierte, davon 43 Frauen, sollten das erste Jahr der Vereinigung zwischen der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) und der stalinistischen KPD (Kommunistische Partei Deutschlands; ehemals: KPD/ml) bilanzieren und Perspektiven der weiteren Politik entwerfen. Für die Entwicklung der VSP dürfte es von entscheidender Bedeutung sein, daß die Konferenz eine Resolution verabschiedete, die den schnellen und guten Abschluß der laufenden Vereinigungsverhandlungen mit dem BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) vorschlägt.

Als ein Delegierter nach der Hälfte des zweiten Konferenz-Tages im Rahmen der Debatte um den Rechenschaftsbericht des ZK und die Schlußfolgerungen ein Klima der „latenten Aggressivität" unter den Anwesenden und innerhalb der einzelnen Ortsgruppen beschrieb, traf er exakt das Stimmungsbild, das ein Beobachter gewinnen mußte. Resigniert oder verärgert schaftsbericht des ZK und die Schlußfolgerungen ein Klima der „latenten Aggressivität" unter den Anwesenden und innerhalb der einzelnen Ortsgruppen beschrieb, traf er exakt das Stimmungsbild, das ein Beobachter gewinnen mußte. Resigniert oder verärgert schilderten vornehmlich ehemalige GIMler die Situation vor Ort, die sie mit „Angst vor politischer Auseinandersetzung", „Unfähigkeit zu politischer Praxis", „Profillosigkeit der Organisation" kennzeichneten. Antragsteller aus Köln und Leverkusen schrieben: „*Unsere Organisation meidet die interne Auseinandersetzung, hat Angst vor politischen Entscheidungen. Doch ohne diese Konfrontation der verschiedenen Positionen wird es nicht möglich sein, eine einheitliche Linie auszuarbeiten, den Homogenisierungsprozeß voranzutreiben. Man muß heute feststellen, daß die sogenannten Gemeinsamkeiten zwischen der Ex-KPD und der Ex-GIM einen statischen Charakter haben. Es kommt zu keiner wirklichen Annäherung der Standpunkte, vor allem weil die verschiedenen Positionen nicht offen dargelegt werden*".

Vereinigung der Linken oder leninistischer Parteiaufbau?

Der für die weitere Zukunft der VSP wesentliche Streit über die Konsolidierung der Organisation und die Vereinigung mit dem BWK verlief vielfach entlang der früheren Organisationslinien: Auf der einen Seite der übergroße Teil ehemaliger KPDler und ein kleinerer Teil der Ex-GIM, die die Vereinigung mit dem BWK anstreben, andererseits vorwiegend alte GIMler, die eine Konsolidierung der VSP ohne den Ballast weiterer Alt-MLer anstreben. Zur Diskussion standen die „ZK-Position zur revolutionär-sozialistischen Einheit" und der bereits erwähnte Antrag aus Köln und Leverkusen „Zur Diskussion über BWK". Die VSP-Konferenz stand unter Entscheidungsdruck, nachdem der BWK erklärt hatte, der bisherige Verlauf der Vereinigungsgespräche zwischen beiden Organisationen sei positiv zu bewerten und die Vereinigung sei „keine Sache von Jahren, sondern von Monaten".

Der Konferenz lag ein Leitantrag des ZK vor, in dem die Entscheidung des BWK „begrüßt" wird und das ZK bekundet, „*daß wir als VSP alles dafür tun müssen, den Vereinigungsprozess mit dem BWK zu einem guten Ende zu bringen, trotz der unbestreitbaren Probleme, die auf diesem Weg noch weggeräumt werden müssen.*" Eines der Probleme ist das Versäumnis, die Diskussion über dieses Vereinigungsprojekt bisher nicht organisiert in der Gesamtmitgliedschaft der VSP geführt zu haben, wie das ZK selbstkritisch einräumt.

Die existierenden Differenzen in dieser Frage fanden allerdings in keinem Gegenantrag ihren Ausdruck. Der eigentliche Antrag aus Köln/Leverkusen enthielt mit Zusatzforderungen nach einer "*intensiven, innerparteilichen Diskussion auf der Ebene der Ortsgruppen über die vom ZK angestrebte Fusion mit dem BWK*" und nach einer "*Offenlegung der erreichten Verhandlungsergebnisse sowie der Streitpunkte mit dem BWK*" pure Selbstverständlichkeiten. Klarer und interessanter war die nicht abgestimmte Antragsbegründung, in der die Antragsteller "*die wesentlichen Schwächen des Konzepts der Fusionen*" kritisieren:

* „*Nach diesem Konzept wird die wichtige Frage der Einheit des revolutionär-sozialistischen Lagers auf eine rein organisatorische Handhabung reduziert. Gleichzeitig wird der Eindruck erweckt, man könne so die marginale Bedeutung der revolutionären Organisationen heute überwinden.*"
* „*Zu diesem Zweck* (schneller Vereinigungen - d.A.) *wird die politische Vergangenheit der Organisationen als bloße Tradition abgetan. Die Art und Weise, wie der Schlußstrich gezogen wird, hindert uns daran, das aufzuarbeiten, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben.*"
* Es erscheint „*uns ... fragwürdig, ob (das Prinzip des Minimalkonsenses) ausreicht, um eine Organisation wie die unsere zusammenzuschweißen. Dies wird sehr deutlich, wenn man unsere politische Praxis betrachtet, die nach rein pragmatischen Kriterien bestimmt wird. Der Anpassungszwang an die jeweilige politische konjunkturelle Situation diktiert dann auch die Bestimmung der Gemeinsamkeiten.*"
* „*Wir befürchten, daß unter diesen Umständen eine weitere Vereinigung unsere interne Diskussion (Identitätsfindung) zurückwerfen würde*" und „*daß eine neue Fusion nach der bisherigen Praxis eher ein „diplomatisches* * „*Wir befürchten, daß unter diesen Umständen eine weitere Vereinigung unsere interne Diskussion (Identitätsfindung) zurückwerfen würde*" und „*daß eine neue Fusion nach der bisherigen Praxis eher ein „diplomatisches* *Machwerk" darstellen wird, das nicht den materiellen Bedürfnissen unserer Organisation entspricht.*"

Soweit sich in der Diskussion Befürworter (vornehmlich aus der ehemaligen KPD) einer schnellen Vereinigung mit dem BWK zu Wort meldeten, begründeten sie es damit, daß sich beim BWK „was" bewege, es viele „programmatische Übereinkünfte" gebe und mensch die Vereinigung mit dem BWK als Chance und „positive Herausforderung" betrachten solle. Sehr viel konkreter und belegt mit Erfahrungen der bündnispolitischen Praxis des BWK stellten die Kritiker dieser Vereinigung die Frage, ob der Aufbau eines solchen „revolutionär sozialistischen Trios" die Handlungsfähigkeit der VSP nicht weiter einschränken werde. Teile der ehemaligen GIM forderten ausdrücklich eine Konsolidierungsphase, in der auch unter Bezug auf die „leninistische Parteikonzeption" die inhaltlichen Grundlagen und die Politikfähigkeit der VSP verbessert werden sollten.

Während sich an der Debatte mehrheitlich Kritiker einer schnellen Vereinigung mit dem BWK beteiligten, fand in den Abstimmungen der ZK-Antrag bei 25 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen große Zustimmung. Die Delegierten stimmten ebenfalls Teilen des eigentlichen Antrages aus Köln/Leverkusen zu, lehnten aber gerade folgende Passage ab: „*Die innerorganisatorische Diskussion darf nicht nur das konkrete Projekt der Vereinigung mit dem BWK zum Gegenstand haben. Es muß gleichzeitig über das strategische Konzept der Vereinigungen als Mittel des Parteiaufbaus (Sammelbeckentheorie, revolutionär sozialistische Einheit) anhand von entsprechenden Texten diskutiert werden.*"

Die Mehrheit der VSP will also weiterhin einer kritischen Bestandsaufnahme ihrer Organisationsbildung und der einjährigen Erfahrungen ausweichen. Erfahrungen, die bestätigen, was wir vor 13 Monaten nach der Gründungskonferenz der VSP schrieben: „*Ein erfrischender Neubeginn ist die Vereinigungskonferenz nicht gewesen. Zu sehr standen die Beteiligten unter dem selbst produzierten Druck, alle Klippen von Widersprüchen zu umfahren. (Die VSP wird) vermutlich in den kommenden Jahren beständig von ihren inneren Widersprüchen eingeholt werden*" (AK 275). Gegenwärtig laufen viele VSP-Mitglieder den Widersprüchen eher davon. Das begann bereits nach der Gründungskonferenz, die zugunsten der aufgelösten GIM, die die westdeutsche Sektion der 4. Internationale bildete, jedem Mitglied der VSP die individuelle Mitgliedschaft in der 4. Internationale gestattete und in der BRD die Bildung einer „Inprekorr"-Strömung (nach dem Namen der Zeitung) zuließ. In einigen Orten glaubten die Alt-Trotzkisten, sie könnten innerhalb der VSP eine offene Auseinandersetzung um ihre Positionen führen und trafen sich zwecks Vorbereitung von Diskussionen innerhalb des „Inprekorr"-Zusammenhangs. Nach Protesten aus der ehemaligen KPD stellte die westdeutsche „Inprekorr"-Leitung klar, daß örtliche Sondertreffen der „Inprekorr"-Strömung ohne zentrale Genehmigung nicht gestattet seien. Wer dem zuwiderhandele, stelle sich außerhalb der VSP. Damit war, wie Anhänger dieser Strömung freimütig gestehen, dieser Flügel als organisierter und organisierender Faktor innerhalb der VSP faktisch liquidiert.

Der Verlauf der Konferenz spiegelte ebenfalls wider, daß beide Strömungen der VSP sich vordergründig nicht wehtun können, weil sofort alte Organisationslinien aufbrechen würden. So hat es eine innere Logik, wenn Törk Hansen (ex-KPD) „Unverbindlichkeit und Beliebigkeit" als positive Charakteristika der VSP hervorhebt und sagt, daß es darauf ankomme, „zu vereinigen und nicht zu entscheiden". Damit konserviert die VSP ihre Unfähigkeit, Widersprüche in der Organisation zu diskutieren und auf Entscheidungen hin zuzuspitzen.

„VSP ja! Trotzkismus nein!"

Beim Beobachter bleibt der Eindruck, als würden sich unter dem Deckmantel des Superliberalismus, der Offenheit und des „neuen Sozialismusverständnisses" alte Fehler der „ML"-Bewegung fortsetzen. Jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Oktoberrevolution als würden sich unter dem Deckmantel des Superliberalismus, der Offenheit und des „neuen Sozialismusverständnisses" alte Fehler der „ML"-Bewegung fortsetzen. Jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Oktoberrevolution und den Moskauer Prozessen der dreißiger Jahre.

In der Sozialistischen Zeitung (SoZ) der VSP vom 29.10.87 erschien ein Artikel von Hans-Jürgen Schulz zur Oktoberrevolution; ein Artikel, der die bedeutende Rolle Trotzkis beschrieb und auf die Kontinuität von Trotzkis „Ergebnisse und Perspektiven" von 1906 und Lenins berühmten „April-Thesen" hinwies. Ein Umstand, nebenbei bemerkt, der heute selbst von Referenten der DKP-nahen MASCH (Marxistische Abendschule) herausgearbeitet wird. Bereits auf der Konferenz forderten VSPler, daß solche Artikel in der SoZ zukünftig nicht erscheinen dürften, da ein neuer „Personenkult" aufgebaut würde. In verschärfter Form ging es nun auf der Leserbrief-Seite der SoZ vom 3.12.87 weiter. An die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Tatsachen, Trotzkis Fehlern und Leistungen rückten Lenin Zitate zur negativen Charakterisierung Trotzkis und die Pose der geläuterten Stalinisten: „*Hast Du vergessen, daß die VSP nicht die GIM ist und daß die Zeit des Personenkultes, jedenfalls für uns ExKPDlerInnen, vorbei ist? ... Heute habe ich mir den Spaß gemacht und Namen in Deinem Artikel gezählt: Trotzki 8 mal, Lenin 5 mal (...), Stalin 3 mal (negativ, na klar, was sonst!). Während der Vereinigungsdebatte haben wir in der KPD einen schmerzhaften Prozeß durchgemacht und von überkommenen Dogmen und vom Personenkult endgültig Abschied genommen. Wir waren lernbereit. Das vermisse ich bei Dir!... Wann wirst auch Du bereit sein, dazuzulernen und zu begreifen, daß Du sonst in Gefahr gerätst, das Lieblingsspiel der Trotzkisten, nämlich ‚Spaltung', zu spielen.*"

Auch mit dem „neuen Sozialismus Verständnis", das die VSP als besondere Leistung ihrer Vereinigungsdebatte anderen Linken anpries, scheint es soweit nicht her zu sein. Ein Aufruf zur Rehabilitierung der Angeklagten der Moskauer Prozesse in den dreißiger Jahren (dokumentiert in AK 288) konnte im ZK nicht befaßt werden, weil beide Seiten mangels vorher erzielter Einigkeit sich nicht gegenseitig vor den Kopf stoßen wollten. Endergebnis dieser Selbstlähmung war und ist, daß eine Organisation, deren eine Hälfte genau in der Tradition eines Teils dieser Angeklagten steht, bis heute in ihrer Zeitung nicht einmal den Aufruf bekanntgemacht hat. Es fragt sich wirklich, was an einem Verständnis neu ist, das selbst bei einem Abstand von 50 Jahren nicht vermag, die Grundbedingung der politischen Auseinandersetzung mit den Auffassungen der Angeklagten herzustellen, die von allen gegen sie konstruierten Anwürfen freigesprochen werden müssen.

Das Erscheinungsbild der VSP ein Jahr nach ihrer Gründung, der Verlauf ihrer Konferenz und mehr noch die Hinwendung zum BWK bestätigen die Vorsicht und Zurückhaltung, mit der wir diese Art der „Vereinigung" behandelt haben. Getrieben von der Schwäche und Isolation der beteiligten Organisationen wurden schnelle Verbal-Übereinstimmungen allgemeiner Natur zwischen den Leitungen gesucht. Für eine gemeinsame politische Praxis der Gesamtorganisation war das nicht genug, für die Erstellung einer lebendigen Zeitung politischen Streits ebenfalls nicht. Und die Gemeinsamkeit, die KPD und GIM in die VSP einbrachten und die auch vom BWK geteilt wird - das Konstrukt eines „Anti-Wende-Lagers" von SPD, Gewerkschaften und Grünen bis hin zu kommunistischen Gruppen -, treibt die VSP beständig ins Fahrwasser einer „realen Arbeiterbewegung", die heutzutage eher Besitzstandswahrung sucht als eine reformistische Offensive. Den Zustand der VSP beschrieb ein Delegierter frei nach Lenin: „Wir betreiben Handwerkelei in unserer Tagespolitik und die Organisation gleitet immer mehr zum Reformismus".

fo.

Anmerkungen

Materialien zur VSP-Konferenz finden sich in den SoZ-Beilagen 1 - 5 der Ausgaben zwischen dem 24.9. und 19.11.1987.

Klaus Jünschke: Keine Amnestie ohne Versöhnung

Es ist jetzt fast schon wieder vier Jahre her, seit Wolfgang Pohrt in verschiedenen Zeitungsartikeln für eine Amnestie eintrat. In dem Diskussionsband „Der blinde Fleck", Verlag Neue Kritik, kann man sie nachlesen. Das Buch ist zu empfehlen, nicht nur weil auf diesem Niveau zu diesem Thema nicht sehr viel gesagt worden ist, sondern auch, um sich zu vergegenwärtigen, wie schnell die Zeit über solche Initiativen hinweggeht, wie leicht solche Chancen vertan werden können, wenn damit leichtfertig umgegangen wird. (...)

Eine derjenigen, die es wissen wollen, ist Antje Vollmer. Dafür steht ihre Initiative, die von Christa Nickels und vielen anderen mitgetragen wird, und die sie in Hunderten von Gesprächen mit Leuten aus allen Bereichen dieser Gesellschaft vorbereitet hat.

Alle, die es aus vielerlei Gründen legitim finden, dafür zu sorgen, daß es den RAF-Leuten leichter gemacht wird, ihre Waffen niederzulegen und diesen Verein aufzulösen, die es legitim finden, nach Wegen zu suchen, die es den Inhaftierten ermöglichen, eine Reihe von Jahren früher aus dem Gefängnis zu kommen, sollten die eigenen Reaktionen auf diese Initiative überprüfen.

Heute geht es darum zu verhindern, daß diese Initiative wieder erstickt wird und diejenigen aus der RAF, die für sich und ihre Genossinnen und Genossen eine Lösung suchen, und die Gefangenen, für die es um sehr viele Jahre geht, wieder auf unbestimmte Zeit verdrängt werden. Für die Grünen, die Alternativen, die Linken ist dieser Versuch eine Chance, von der feindseligen Konfliktaustragung in den eigenen Reihen zu einer Form der Kooperation zu finden, in der die eigenen Ansprüche nicht auf der Strecke bleiben. Bei der Suche nach Lösungen für die RAF-Tragödie geht es immer auch um die Aufarbeitung. Was die Grünen mit der öffentlichen Fraktionssitzung zu diesem Thema wollten, ist in einem von Antje Vollmer verfaßten Thesenpapier festgehalten:

1. Aufhebung aller Sonderhaftbedingungen für RAF-Mitglieder;
2. Entlassung müder ehemaliger RAF-Mitglieder, die sich vom Konzept des „bewaffneten Kampfes" getrennt haben zum frühestmöglichen Zeitpunk (Halbstrafe bei Zeitstrafen, 15-Jahresentlassung bei Lebenslänglichen);
3. Ausschöpfung des Gnadenrechts;
4. Entlassung der Haftunfähigen;
5. Verzicht auf öffentliche Distanzierungserklärungen;
6. Dialogmöglichkeit für alle RAF-Mitglieder untereinander und mit politischen Gesprächspartnern von außen (Walser-Initiative);
7. Angebote an die Illegalen, die bereit sind, sich zu stellen;
8. Überlegungen über die politischen Voraussetzungen einer Amnestieregelung.

Keine Rede von „Amnestie für Aussteiger". Diese unmöglich beschränkte Parole stammt vielmehr von der Zeitschrift „Tempo", mit der sich diejenigen auseinandersetzen mögen, die damit die Grüne Initiative denunzieren. Die Hamburger Zeitschrift „Arbeiterkampf" ist in ihrer erstaunlichen Uninformiertheit und kaum noch steigerungsfähigen Gehässigkeit ein Beispiel dafür von vielen. Und obwohl es nur richtig ist, diesen Ansatz einer „Amnestie für Aussteiger" zu kritisieren, sollte nicht verkannt werden, daß sich „Tempo" mit ihrer Umfrage zur Anmestie auch verdient gemacht hat. Wer in der Lage ist, zur Kenntnis zu nehmen, wer sich da alles und wie öffentlich zur Amnestiefrage äußert, kann sich auch mit der Vorstellung anfreunden, daß die Grünen mit ihrem politischen Vorstoß auf etwas durchaus Realistisches zielen.

Die Initiative ist nicht im luftleeren Raum entstanden, in sie gingen bestimmte Voraussetzungen ein, es wurden auch Fehler gemacht. Aber im großen und ganzen ist es ein Lösungskonzept, schon weil es ohne Zeitdruck der öffentlichen Diskussion, und damit auch der Korrektur, freigegeben wurde. Es gab auch Kritiken und Verbesserungsvorschläge, die der Offenheit dieses Entwurfs angemessen waren.

Wie aber erklären sich die offen provokatorischen und blindwütigen Reaktionen? (...)

Antje Vollmer und diejenigen, die nach einer menschlichen Lösung dieser Terrorismus-Geschichte suchen, haben auch Haßreaktionen auf sich gezogen und locker gemacht, weil sie für Versöhnung sind, weil sie für die Versöhnung zwischen einer bestimmten Gruppe von Frauen und Männern und diesem Staat beziehungsweise dieser Gesellschaft plädieren. Das muß man sich mal vorstellen, und das muß man auch mal festhalten; und ich schreibe diesen Beitrag vor allem auch, damit diese Auseinandersetzung nicht von einem weiteren Schlagabtausch zwischen „Fundis" und „Realos" verschüttet wird. Um was es bei diesen gespenstischen Schlachten ohne Ende geht, ist kaum rauszukriegen, wenn man sie weiterlaufen läßt.

Also die unerhörte Versöhnung: Daß darunter nichts wirklich geht, haben auch Rechtsanwalt Heinrich Hannover und Ilse Schwipper kürzlich in der Talkshow „Drei nach Neun" erfahren. Beide haben sich in einer Diskussion des Amnestievorschlags auf Gerechtigkeit beziehungsweise Recht statt Gnade versteift und die Wiederaufnahme aller Verfahren gegen RAF-Mitglieder gefordert, weil es unfaire Prozesse waren. Was damit zu gewinnen wäre, hat ihnen der Mainzer CDU-Bundestagsabgeordnete Gerster, innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, gezeigt: Er hat gar nicht bestritten, daß die Haftbedingungen unmenschlich und die Prozesse nicht sonderlich fair geführt worden sind. Er hat auf eine schlichte Tatsache verwiesen, sich heftig dagegen ausgesprochen, daß immer nur von den Leiden der Terroristen die Rede ist und niemand ein Wort über die Opfer verliert. Das kam auch bei denen gut an, die offene Sympathie für die Positionen von Heinrich Hannover und Ilse Schwipper zeigten. Viel zu viele Linke haben hier einen „blinden Fleck".

Wir dokumentieren im folgenden in Auszügen Beiträge der Gefangenen Klaus Jünschke sowie Ralf Reinders und Roland Fritsch zur Kampagne von Antje Vollmer, die die entgegengesetzten Richtungen deutlich machen, die heute die Amnestiedebatte bestimmen. Beide Stellungnahmen sind in vollem Wortlaut in der „taz" (1.12. und 4.12.) abgedruckt.

Und das ist es doch: Selbst wenn jede/r einzelne Verurteilte aufgrund falscher Aussagen und falschinterpretierter Indizien verurteilt worden wäre —

es kann doch nicht sein, daß sich diese Geschichte so auflöst, daß wir alle in neu aufgenommenen Prozessen mangels Beweises freigesprochen werden und nach Hause gehen. Die von RAF-Mitgliedern getöteten Menschen sind doch keine falschen Toten wie im Kino, diese ermordeten und verletzten Menschen sind wirklich tot und verletzt. Sie haben wirklich lebende Angehörige und Freunde, die nicht alle so sind, daß sie den Tätern vergeben können, wie es von der Familie von Braunmühl oder Frau Schleyer angeboten ist. Auch die von der RAF verbreiteten Ängste in diesem Staat und dieser Gesellschaft, das ist doch nicht nur hinterlistiges Werk von Counter Insurgency und Psychological Warfare. Obwohl es auch beides gibt, man darf doch darüber die realen Wirkungen der RAF-Aktivitäten nicht verkennen. Die Haftbedingungen waren und sind unmenschlich, die Prozesse waren und sind nicht fair, das ist die eine Seite. Die andere: Wir waren es, die in den Untergrund gegangen sind, wir haben uns bewaffnet, die Angriffe der RAF, bei denen es Tote und Verletzte gab, sind von allen zu verantworten, die in der RAF organisiert waren und sind. Das ist eine Frage der Moral. Unabhängig davon kann jeder einzelne Angeklagte für einen Freispruch kämpfen, wenn er selbst kein Tötungsdelikt begangen hat, das ist nicht das Problem, worum es in dieser Amnestiedebatte geht.

Innerhalb des Staats und innerhalb der Gesellschaft haben Aktionen der RAF zu Polarisierungen geführt, die so weit gehen und so tief sitzen, daß man blind sein muß, wenn man nicht sieht, daß eine einseitige Lösung keine sein kann. Auch wir als ehemalige RAF-Mitglieder haben nichts zu fordern. Wir können Vorschläge machen und von unseren Erfahrungen berichten.

Wenn es überhaupt möglich wäre — denkbar ist es ja —, eine Form der Amnestie zu realisieren, die dem nahe käme, was sich eine Jutta Ditfurth mit ihrer provokatorischen Erklärung einfallen ließ, hätten wir sehr schnell Formen von Lynchjustiz, wie sie uns allen aus den lateinamerikanischen Ländern bekannt sind. Wem schon eine gewisse Mäßigung aufgrund fehlenden Anstands fremd ist, sollte wenigsten aus Gründen politischer Vernunft darauf verzichten, „die Amnestieforderung endlich zum politischen Konflikt zu machen", wie sich das Jutta Ditfurth vorstellt. Vor lauter berechtigter Kritik an der bornierten Distanzierungserklärung der Bundestagsfraktion sollte das nicht verwischt werden: Vielleicht kann man es besser formulieren, aber in der Organisation und Durchführung einer Amnestie für alle — wenn sie denn möglich sein sollte, und sie bleibt natürlich in diesem Land solang unmöglich, solange die Illegalen nicht das Ende ihres bewaffneten Kampfes erklären —, muß es um Versöhnung gehen, um eine für alle Seiten glaubwürdige Verständigung darüber, daß ab sofort bestimmte Formen der Auseinandersetzung nicht mehr praktiziert werden. Glaubwürdig kann diese Verständigung nicht sein, wenn jede Seite darauf beharrt, keine Fehler gemacht zu haben.

Ich denke, daß es kein Zufall war, daß es gerade Antje Vollmer, Christa Nickels und andere waren, die einem Versuch auf die Beine halfen, der Erfolg haben kann. Sie verstehen es, sich in ihrer politischen Arbeit auf die ganze Gesellschaft zu beziehen und gerade nicht gestützt auf eine bestimmte Gruppe oder eine imaginäre Klasse an sich gegen den Rest der Welt siegen zu wollen. (...)

Es gibt im übrigen auch einen Beitrag aus dem Lager der Realos, der zweifellos genauso makaber ist wie das, was sich Jutta Ditfurth geleistet hat. Genauso kurzsichtig wie die Verteidiger von Jutta Ditfurths Provokation sind diejenigen, die Cohn-Bendits Verhandlungen mit dem Verfassungsschutz und die Veröffentlichung seines Interviews mit einem Herrn Benz als sinnvollen Beitrag zur Lösung dieser Terrorismus-Geschichte ansehen. Nicht nur weil damit einmal mehr das verblendete Weltbild der RAF-Anhänger wieder stimmt, die in der Amnestie-Initiative der Grünen sowieso nur ein Manöver einer „Staatsschutzlinken" zur Liquidierung revolutionärer Politik sehen können. So wenig wie sich Jutta Ditfurth offenbar mit der Bundestagsfraktion der eigenen Partei verständigen konnte, bevor sie diesen Stuß vom Stapel ließ, sowenig tat es „Realo" Cohn-Bendit mit seinem Reklame-Coup für den „Pflasterstrand".

Was ich an dieser Initiative zu kritisieren hatte: Christa Nickels und Antje Vollmer sollten ihre Initiativen mit und für alle anderen Gefangenen deutlicher bekanntmachen, damit jede/r kapieren kann, daß das eine das andere nicht ausschließt, sondern im Gegenteil die Situation für alle öffnet. (...)

Ralf Reinders/Roland Fritsch: Recht vor Gnade

Immer, wenn sich in deutschen Parlamenten Eintracht breitmacht, wenn sie keine Parteien mehr kennen, sondern nur noch „Deutsche", dann ist besonderes Mißtrauen angebracht. Die „Gemeinsamkeit der Demokraten" überfällt diesmal mit Macht und Gnädigkeit ehemalige und immernoch Staatsfeinde.

R. Weizsäcker gab das Startzeichen. Er sprach davon, daß er im Buddelkasten die Erfahrung gemacht habe, daß die Kinder Gnade vor Recht ergehen lassen. Er, nun den kurzen Hosen entwachsen, wisse nun von dem Recht, das vor der Gnade komme, daß man aber nach dem Rechtsspruch Gnade walten lassen müsse — auch für „Terroristen".

Von Rommel über Hirsch bis Vogel stimmten alle ein in den Chor, der gnädige Milde walten lassen wolle. Fast alle. Denn nun hoben große Teile der Grünen hastig, erschreckt und abwehrend die Hände. Sie, die sich für besonders fortschrittlich und deshalb prädestiniert halten, denen, die sowieso nicht mitzureden haben, auch noch das letzte Wort aus dem Munde zu nehmen, schreien auf: Freilassung ja, aber um Himmels willen nur für die, die sich auch gründlich distanziert haben, und auch erst dann, wenn sie ausreichend unter Beweis gestellt haben, daß sie bei Bedarf jederzeit für staatliche Propaganda-Kampagnen zur Verfügung stehen. (...)

Die Grünen reden vom Prinzip der Gewaltlosigkeit. Sie meinen damit nicht die alltägliche Gewalt, die vom Staat und von der Gesellschaft ausgeht. Sie meinen nicht Arbeitslosigkeit und immer unbezahlbarer werdenden menschwürdigen Wohnraum. Sie meinen nicht die Berufsverbote. Sie meinen nicht die Bekämpfung der Meinungsfreiheit durch Verfolgung von Redakteuren, Druckern, Setzern, Verteilern und indirekt auch der Leser von unliebsamen Zeitungen. Sie meinen nicht die Abriegelung eines ganzen Berliner Stadtteils, die Einkesselung von Demonstranten und die faktische Liquidierung des Demonstrationsrechts. Sie meinen nicht die Knäste und Erziehungsanstalten, in denen täglich Tausende entwürdigt, vergewaltigt und gebrochen werden.

Wenn vom Prinzip der Gewaltlosigkeit geredet wird, ist immer der Widerstand gegen diese alltägliche Gewalttätigkeit gemeint. Sind immer die gemeint, die nicht ewig nur Opfer sein, die alltägliche Erniedrigung nicht mehr ertragen wollen.

Wenn dann aber zwei Polizisten erschossen werden, ist das Geschrei groß. Abgesehen von der Dummheit und politischen Perspektivlosigkeit dieser Aktion fällt es doch auf, daß kaum jemand die Schüsse von Frankfurt für eine Provokation hält. Auch das ist nur ein Ausdruck dafür, daß angesichts der zunehmenden Brutalität und des Terrors der Polizei gegen (nicht nur) Demonstranten in den letzten Jahren jetzt schon für jeden eine derartige Aktion nachvollziehbar erscheint.

Nun entdecken die Meinungsmacher zwar allerorten die „Mitverantwortung" aller Demonstranten auch für das, was Einzelgänger unternehmen, aber niemand redet von der „Mitverantwortung" aller beteiligten Polizeibeamten, wenn sie Kollegen decken, die Demonstranten falsch beschuldigen oder sie krankenhausreif schlagen.

Die vorsätzliche Verwechselung von Ursache und Wirkung ist charakteristisch für die Auseinandersetzung mit der Linken seit über 20 Jahren. (...)

Es gibt kaum noch einen gesellschaftlichen Bereich, bei dem nicht politische Regression zu verzeichnen ist. Die Grünen hatten dem Vormarsch der Reaktion zwar nichts entgegenzusetzen, haben ihre Funktion — die Einbindung und Neutralisierung der linken Opposition — erfüllt. Nun haben sie weder politisch noch ökonomisch Alternativen anzubieten, aber die Frage nach einer marxistischen Gesellschaftsanalyse wird allenfalls noch belächelt. Ihre Unfähigkeit, eigene politische Konzepte und zukunftsorientierte Strategien zu entwickeln, findet ihre Fortsetzung im Opportunismus gegenüber der Macht. Die Sachzwänge „Regierungsbeteiligung" und „Futtertrog" bestimmen den Kurs.

Schon wird die Forderung nach Austritt aus der NATO in Frage gestellt. Schon sieht man ein, daß auf die Atomenergie nicht mehr von heute auf morgen verzichtet werden kann. Schon wird die kommerzielle Gen-Technologie zur letzten Chance gegen Aids. Ob die Frauen in den Grünen sich selbst wieder an Heim und Herd schicken werden, bleibt abzuwarten — aber Arbeitslosigkeit ist ja auch ein Argument. Auch der Verfassungsschutz — und mithin das Ausschnüffeln der Menschen, was auch ein Engholm ganz normal findet, solange es ihn nicht selbst betrifft — wird schon mal wieder salonfähig gemacht.

Die Grünen erinnern heute an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der noch am 1. Mai 1933 mit den Nazis zusammen marschiert ist und am nächsten Tag von eben denen zerschlagen wurde. Zu spät wurde begriffen, daß alle Arschkriecherei nichts nutzt.

Wenn die Grünen heute so erfreut die Gelegenheit ergreifen, der Öffentlichkeit die Abschwörer wie Mannequins vorzuführen, dann geht es ihnen damit vor allem um den Beweis ihrer eigenen Läuterung — Nachtreten gegen die geschlagene Guerilla zur Verdeckung ihres eigenen Kotaus vor der Macht.

Die Kampagne hat ihre Vorläufer bereits seit ein paar Jahren. Als Testprogramm diente quasi die Kampagne um Peter-Jürgen Boock. Viele nette Menschen, sogenannte Liberale und vielleicht auch ein paar Gedankenlose waren sich in dem Zusammenhang nicht zu blöd — oder vielleicht doch nicht? — in einer Anzeigenkampagne für Boock ein faires, rechtsstaatliches Verfahren zu fordern, weil er ja schließlich glaubhaft abgeschworen habe.

Ohne Not geben sie damit ein Prinzip bürgerlichen Rechts preis, daß das Recht für alle gleich sein soll und *jeder* einen Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren hat. Daß dieses Prinzip in diesem Land bis heute nicht verwirklicht wurde, ist kein Argument dafür, gleich ganz darauf zu verzichten. Die Aufgabe dieses Prinzips ist Wegbereitung für den Faschismus, wo die Gesinnung beurteilt wird und wo die Gegner des Systems unabhängig von ihren „Taten" „ausgemerzt" werden und keinen Anspruch auf Gerechtigkeit mehr haben.

Weil und solange diese *deutsche* Mentalität nich immer und immer wieder in den Köpfen auch der Grünen die Oberhand gewinnt, ist und bleibt die Forderung nach einer endgültigen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit und der deutschen Justiz auf der Tagesordnung.

Die Kampagne für Freilassung der Abschwörer ist die Festschreibung der Gesinnungsjustiz und mithin ein Markstein für die politische Entwicklung der Grünen. Von daher ist es jetzt nur konsequent, wenn gerade die Grünen achtgeben, daß auch wirklich nur die aus den Knästen kommen, die gleich ihnen den ideologischen Schulterschluß mit der Staatsmacht vollzogen haben.

Daß die Grünen (mit wenigen Ausnahmen wie die GAL Hamburg — deren Post an uns nicht von ungefähr regelmäßig konfisziert wird) dabei Wegbereiter des Rückschritts sind, ergibt sich aus der Natur der Sache. So wird geflissentlich verschwiegen, daß es uns bereits im Dezember 1985 gelang, ausrechnet vom BGH einen Beschluß zu erwirken, daß das Abschwören keine Voraussetzung für die Behandlung von Fragen des Strafvollzugs oder der Strafaussetzung ist. Daß dieser Beschluß von der Berliner Justizverwaltung schlicht ignoriert werden konnte, lag nicht nur daran, daß das Berliner Kammergericht es nicht wagte, gegen den Willen von Bundesanwaltschaft und Justizsenator zu entscheiden, sondern auch daran, daß niemand — auch die Grünen nicht — Interesse hatte, diesen Kurs weiterzuverfolgen und den BGH-Beschluß auch für alle anderen Gefangenen nutzbar zu machen.

Aus all dem wird deutlich, was von diesem propagandistisch so aufgeblasenen Angebot eines Dialogs mit den Gefangenen zu halten ist. Sofern es unter den gegebenen Umständen überhaupt ernst gemeint sein kann, vermittelt es mehr den Eindruck eines alternativen Gehirnwäscheprogramms. Oder was soll ein „offener" Dialog mit ausgewählten Leuten hinter verschlossenen Türen, wo es Dutzenden von Gefangenen seit Jahren nicht mehr möglich war, auch nur ein unüberwachtes Wort mit Freunden oder Verwandten zu wechseln. Alles was die Grünen damit erreichen können, ist, Bestandteil des Knastes zu werden, weil sie dann den Informationsfluß in den Knast rein und auch raus mitkontrollieren — in verantwortungsbewußter Selbstbeschränkung, wie es ihre Art ist.

Wir sind zur Diskussion bereit, aber öffentlich und ohne die Vorauswahl durch den Verfassungsschutz. Wenn die ganzen Besorgten es so ehrlich meinen mit dem Dialog, dann können sie ihn auch mit uns um 20.15 Uhr im 1. Programm führen. Es würde sich dann erweisen, ob sie tatsächlich mehr zu bieten haben als ein „großes Barschel-Ehrenwort". (...)

Wir sind mit Weizsäcker einer Meinung, daß Recht vor Gnade kommen muß. Deshalb fordern wir erst einmal unser Recht. Auf ihre Gnade sind wir dann nicht mehr angewiesen.

Und da diese Justiz aus Geschichte, Struktur und Funktion nicht die geringste Legitimation ableiten kann, kann die Diskussion nur noch um eine Amnestie *für alle* gehen — und das nicht als Akt der Gnade, sondern als Entschuldigung für das jahrzehntelange Unrecht an den Tausenden Opfern dieser Justiz.

Kene Amnestie für die Klassenjustiz! Freiheit für alle!

Die Freunde der PKK

Deutsche Linke sind erstens grenzenlos naiv und haben zweitens ein schlechtes Gedächtnis. Das ist jedenfalls der Eindruck, der sich aufdrängt, wenn man die quartalsmäßig neu aufwallenden Debatten oder richtiger gesagt Scheindebatten um die Politik und Praxis der kurdischen Organisation PKK beobachtet.

Vor zwei Jahren zweifelten selbst enge Freunde der PKK kaum daran, daß diese mit Mordterror gegen interne Dissidenten und gegen türkische Linke vorgeht. PKK-Freunde aus dem „Antiimpi"-Spektrum hatten auch gleich die Begründung parat: Verräter und Counterschweine müssen eben bestraft werden. Das ist hart, aber fair. Weniger stramme PKK-Freunde schränkten ein, daß sie natürlich nicht überprüfen könnten, ob *alle* Morde der PKK wirklich gerechtfertigt seien.

> *„Das jüdische Kapital, das schon in der Geschichte auf dem Rücken der Menschen und der menschlichen Arbeit Kapital angehäuft hat und dieses im Kapitalismus zu den gefährlichsten Vernichtungswaffen umgewandelt hat, die die Menschheit der Gefahr der völligen Vernichtung aussetzen, und das sich heute in Form des Zionismus konkretisiert hat, betreibt damit Politik, um somit die gesamte Menschheit zu beherrschen."*
> („Kurdistan Report", Organ der PKK-Europavertretung ERNK, August-September 1987)

Heute hingegen ist die Naivität der verfolgten Unschuld angesagt: Die PKK sei infam verleumdet worden, keiner der Morde sei ihr bewiesen worden, alle Anschuldigungen seien längst überzeugend widerlegt worden, die Hetze gegen die PKK müsse endlich aufhören.

Neueste Stimme im Chor der Naiven und Analphabeten ist die VSP (Vereinigte Sozialistische Partei), die aus einem Zusammenschluß der KPD (vormals KPD/ML) mit der trotzkistischen GIM (Gruppe Interntionale Marxisten) entstand. In ihrer Zeitschrift „SOZ" vom 19.11. gibt sie einem führenden europäischen PKK-Funktionär auf zwei vollen Seiten Gelegenheit, nach allen Regeln der Kunst das Publikum für dumm zu verkaufen, um das durch die Morde und andere Gewalttaten angeschlagene Image seiner Partei zu verbessern. Und der PKK-Vertreter versteht sein Geschäft glänzend, wie ein



Yildirium, Sprecher der ERNK: „Mein Name ist Hase ...!"

steht sein Geschäft glänzend, wie ein

„Mein Name ist Hase ...!"

> *„Die PKK, die genau weiß, daß man gegen den äußeren Despoten keinen Erfolg erzielen kann, wenn man nicht mit dem Verräter in den eigenen Reihen abgerechnet hat, ist eine Bewegung, die endlich das Dual von Verrat und Strafe gleichmäßig verfolgt. Es ist die Bewegung jener, die entschlossen sind, die Realität von Strafe, wo immer sich Verrat zeigt, leben zu lassen und diesen großen kurdischen Verrat am Boden zu zerstören...Die PKK hat mit ihrer Praxis bis heute gezeigt, daß Verrat in keiner Weise unbestraft bleiben wird."* („Serxwebun", PKK-Organ, November 1985)

Vergleich seiner betont maßvollen Ausführungen mit den einschlägigen hysterischen Pamphleten der PKK zeigt. Der PKK-Mann seift ein, aber dazu gehört eben auch jemand, der sich unbedingt einseifen lassen *will*. Kurz zusammengefaßt sagt er: Mit den Morden hat die PKK nichts zu tun. Die Morde hat der türkische Geheimdienst begangen. Die Isolierungskampagne gegen die PKK, wie sie u.a. von den Grünen mitgetragen wird, muß eingestellt werden. Die PKK ist gegen Gewalt unter Linken, nur müssen eben erst einmal die Verleumdungen aufhören.

Im Vorspann der „SOZ" zu dem Interview heißt es stolz, die VSP habe sich *„bewußt aus diesem Streit herausgehalten und nicht Partei für die eine oder andere Seite ergriffen"*, also weder für die Mörder noch für die Opfer. Daher sei die VSP vielleicht in der Lage, *„zur Deeskalierung dieses Konfliktes beizutragen"*. Immerhin widerlege das Interview doch *„praktisch die Behauptung, mit der PKK oder ihren Anhängern sei eine kontroverse Auseinandersetzung nicht möglich."*

Daß die VSP allerdings nicht mehr so unbeteiligt zwischen den Parteien steht, wie sie in der „SOZ" noch vorgibt, bewies sie durch die Mitherausgabe einer Solidaritätsbroschüre für die PKK. Beteiligt sind daran außer der VSP auch der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) und anarchistische Gruppen. In dieser Broschüre werden alle Anschuldigungen wegen der Morde und Gewalttaten der PKK rundum als „Dreckschleuderei" und „Hetzkampagne" abgetan, an der nichts Wahres dran sei. Mit gleicher inhaltlicher Stoßrichtung beteiligt sich die VSP auch an örtlichen Solidaritätsveranstaltungen für die PKK.

Daß der aus dem KBW hervorgegangene BWK und die KPD-Fraktion der VSP mit ihrer wohl nur oberflächlich übertünchten stalinistischen Vergangenheit ein zumindest opportunistisches Verhältnis zu den Mord- und Gewalttaten der PKK gegen andere Linke haben, ist nicht so verwunderlich. Beschämender ist diese Politik für den trotzkistischen Flügel der VSP, der eigentlich sensibler reagieren müßte, wenn ideologische Kontrahenten als *„Agenten und Verräter"* gebrandmarkt werden, die es *„auszurotten"* gelte. Ist euch denn die frappierende Ähnlichkeit der PKK-Pamphlete mit den Anklagereden Wyschinskis in den Moskauer Prozessen der 30er Jahre nicht aufgefallen? Oder habt ihr euch die PKK-Texte nie angesehen?

Die Fakten: 1984/85 wurden mehrere kurdische Linke in Westeuropa getötet, die Funktionäre der PKK gewesen waren und sich aufgrund politischer Differenzen von der Organisation getrennt hatten. Der bekannteste dieser Fälle war die Ermordung Semirs in Stockholm am 2. November 1985. Es folgten Mordanschläge gegen führende Vertreter anderer linker kurdischer und türkischer Organisationen: im November 1985 der linke Kurde Mustafa Tangüner in Kopenhagen, im Dezember 1985 Mustafa Sahbaz (Dev-Yol), ebenfalls im Dezember 1985 Bülent Yaman (Kurtulus) in der Schweiz, im Februar 1986 Kürsat Timuroglu (Dev-Yol) in Hamburg, in diesem Jahr die KOMKAR-Bundesvorstandsmitglieder Mehmet Elbistan in Stuttgart — er überlebte verletzt — und Ramazan Adigüzel in Hannover. (KOMKAR ist eine kurdische Organisation).

Ingesamt geht es um mindestens neun Morde in Europa. *Alle* Ermordeten standen bekanntermaßen in scharfem Gegensatz zur politischen Linie der PKK. Die PKK hatte zuvor nicht nur die Organisationen der Mordopfer als Verräterbanden angegriffen, sondern mehrfach auch die direkten Opfer *persönlich* als Agenten des faschistischen Regimes bezeichnet, die ihrer gerechten Strafe keinesfalls entgehen könnten.

Wer vor diesem *unstrittigen* Hintergrund auf Naivität spielt und zu bedenken gibt, die Morde könnten schließlich auch vom türkischen Geheimdienst MIT organisiert worden sein, sollte folgende Fragen zu beantworten versuchen: Wenn der MIT im Ausland linke Funktionäre ermorden läßt und wenn die PKK wirklich der Hauptfeind und das Hauptziel des Regimes ist, wie sie ja von sich behauptet — warum ist kein einziger PKKler unter den Ermordeten? Warum knallt der MIT *ausschließlich* Personen ab, die die PKK öffentlich zu Verrätern, Agenten, Kollaborateuren des faschistischen Regimes usw. erklärt hat, gerade so als stünde der MIT in den Diensten der

laborateuren des faschistischen Regimes usw. erklärt hat, gerade so als stünde der MIT in den Diensten der

PKK-Zentrale?

Wenn die PKK öffentlich erklärt, daß X ein Kollaborateur des faschistischen Regimes sei, dessen Hände mit dem Blut des kurdischen Volkes besudelt seien und der seiner Strafe keinesfalls entgehen werde, und wenn kurz darauf X in der Tat von einem Attentäter niedergeschossen wird, sind die Verhältnisse doch wohl klar genug. Selbst wenn es in einem Einzelfall der MIT gewesen sein sollte, der geschossen hat, so liegt die politische Verantwortung dennoch bei der PKK, die in jedem Fall zur tödlichen Jagd das Signal gab.

Die Freunde der PKK behaupten, die PKK habe sich von den Morden distanziert, und es sei im übrigen noch kein PKKler als Täter überführt worden. Beides ist unrichtig. Zwar sind mehrere der Morde in der Tat bis heute völlig unaufgeklärt — was nur beweist, daß sie gut organisiert wurden und sich nicht etwa spontan ergaben —, aber in anderen Fällen (nach einer GAL-Broschüre in fünf der neun bekannten Mordfälle) wurden Personen als Täter verhaftet, deren PKK-Mitgliedschaft bekannt war. Daß der MIT die Mordserie verübt habe, wie der PKK-Vertreter nun in der „SOZ" behauptet, war bisher nicht PKK-Position und ist nur zur Irreführung des deutschen Publikums gedacht. Die PKK bzw. deren legale Organisationen im Ausland haben freilich immer erklärt, sie hätten mit den Morden nichts zu tun, aber das ist für legal arbeitende Organisationen natürlich eine Existenzfrage. Andererseits hat die PKK bei den ersten Morden an ihren Dissidenten sehr wohl erklärt, daß Verräter von ihrer gerechten Strafe getroffen worden seien und daß die Täter kurdische „Patrioten" seien, auch wenn sie natürlich in keinerlei Zusammenhang mit derPKK stünden.

Distanziert, im Sinne einer klaren *Verurteilung*, hat sich die PKK in keinem einzigen der Mordfälle. Niemals hatte die PKK bisher den MIT mit der Mordserie in Verbindung gebracht.

Frage an die Freunde der PKK: *Falls* es so wäre, daß der türkische Geheimdienst serienweise Linke im Exil ermordet und die Schuld der PKK anzuhängen versucht, hätte es doch wohl im Interesse der PKK liegen müssen, von Anfang an ihre Verurteilung dieser Morde deutlich zu machen? Aber noch nicht einmal im „SOZ"-Interview, zu dem eine große Schüssel Kreide als Vorspeise verzehrt wurde, kann sich der PKK-Vertreter zu einer schlichten Erklärung durchringen, die etwa lauten könnte: „Diese Morde entsprechen nicht der Politik und den Methoden der PKK, sondern zeigen die Handschrift der Faschisten." — Der PKK-Mann *kann* so etwas nicht sagen, weil die Mordserie im Gegenteil völlig in der Logik der PKK-Politik liegt und weil sich die PKK-Führung gegenüber ihren Anhängern lächerlich machen würde, wenn sie plötzlich die eigenen blutrünstigen Tiraden von der „Bestrafung" und „Ausrottung" aller „Verräter" und „Volksfeinde" verleugnen würde.

> *„Unser Volk hat Euch gegenüber nur eine einzige Aufgabe und diese Aufgabe besteht darin, Euren Kollaborations- und Kapitulationsfriedhof zu besuchen, an Eurem Grab einen Kranz niederzulegen, auf dem folgendes steht: 'Hier liegen welche, die aufgrund des Widerstandes der PKK nicht in das türkische Parlament gelangen konnten, infolge dessen an Tuberkulose und Schizophrenie starben. Sie haben in unserer Welt sehr viele Sünden begangen. Der liebe Gott kann ihnen verzeihen, aber wir niemals.'"*
> (Kurdistan-Report, Organ der PKK-Europavertretung ERNK, Dezember 1985)

Im „SOZ"-Interview wird der PKK-Vertreter gefragt, ob seine Partei die Verurteilung der Anwendung von Gewalt unter Linken unterschreiben könnte. *„Unter Linken ja. Wenn es da eindeutig heißt: keine Gewalt unter Linken, dann können wir das unterschreiben"*, antwortet der PKK-Mann listig. Verräter und Volksfeinde sind natürlich keine Linken, mag er sich dabei heimlich gedacht haben. Und die „SOZ" kriecht freudig auf den Leim.

Daß die PKK in der Vergangenheit Gewalt als Mittel und Ersatz der ideologischen Auseinandersetzung keineswegs verurteilt, sondern im Gegenteil propagiert und praktiziert hat, ergibt sich aus der Lektüre ihrer Texte. die

logischen Auseinandersetzung keineswegs verurteilt, sondern im Gegenteil propagiert und praktiziert hat, ergibt sich aus der Lektüre ihrer Texte, die

hiermit allen PKK-Freunden nochmals herzlich empfohlen seien. Aber es könnte ja inzwischen ein totaler Wandel in den Anschauungen der PKK eingetreten sein, etwa unter dem Eindruck der Isolation, in die die PKK sich selbst gebracht hat, und der staatlichen Repression, der sie im letzten halben Jahr ausgesetzt war? Auch diese Version ist mit größter Skepsis zu genießen: Fakt ist, daß die PKK die Gewaltanwendung gegen andere Linke im laufenden Jahr noch gesteigert statt gemäßigt hat. So überfielen PKK-Trupps im Februar und März die Veranstaltungen anderer Organisationen zum kurdischen Neujahrsfest in Bremen, Hannover, München und Bielefeld. In Köln, München, Duisburg, Nürnberg und Hamburg wurden, gleichfalls im März, die Büros der von der PKK bekämpften kurdischen Organisation KOMKAR durch Brandanschläge verwüstet. Ein Bundesvorstandsmitglied von KOMKAR wurde bei einem Pistolenattentat verletzt (im April in Stuttgart), ein anderer wurde erschossen (im Mai in Hannover). Nach Selbstkritik und Mäßigung der PKK sieht das alles überhaupt noch nicht aus.

Andererseits könnte man darauf verweisen, daß es in den letzten Monaten nicht mehr zu solchen der PKK zuzuschreibenden Gewalttaten gekommen ist, also sich vielleicht doch Besinnung und Umkehr abzeichnen. Auffällig ist, daß die Serie von Gewalttaten der PKK — bzw. solchen, die ihr zugeschrieben wurden — ziemlich präzis und vollständig in dem Moment unterbrochen wurde, als die PKK unter Druck der bundesdeutschen Polizeibehörden kam. Wenn man diese Tatsache mit der neuen Version konfrontiert, hinter den Gewalttaten habe nicht die PKK, sondern der MIT gestanden, ergibt sich kein Sinn. Warum sollte der MIT seine Provokationen ausgerechnet in einer Situation einstellen, wo die PKK von den bundesdeutschen Behörden bedrängt wird und ein weiterer Mord willkommene Vorwände liefern könnte? Hingegen ist die Annahme, daß die PKK angesichts von Polizeizugriffen und Verbotsdrohungen vorsichtiger agiert als bisher, vollkommen logisch. Das wäre ein taktischer Rückzug, aber keine strategische Umkehr, die nur auf umfassender Selbstkritik aufbauen könnte.

Daß sich die grundlegenden Anschauungen der PKK überhaupt nicht geändert haben, dokumentiert ihr Kommentar zur Rückkehr der KP-Führer Kutlu und Sargin in die Türkei: Sie seien *„Diener"*, die sich auf den Weg gemacht hätten, *„um die Vertreter des Faschismus zu umarmen"*; die beiden KP-Führer hätten *„mit großer Zufriedenheit sich auf den Schoß des faschistischen Kenan Evren begeben"*. Das türkische Regime stecke in einer Krise und das sei der Grund, daß es *„seinen Kollaborateuren wie TKP, TIP u.a. die Arme öffnet."* (Erklärung der PKK-Auslandsvertretung ERNK, „Nachrichten aus Kurdistan". No-

„seinen Kollaborateuren wie TKP, TIP u.a. die Arme öffnet." (Erklärung der PKK-Auslandsvertretung ERNK, „Nachrichten aus Kurdistan", No-

vember 1987). Wahr ist hingegen: Kutlu und Sargin sind in der Türkei inhaftiert und gefoltert worden. Ihre Rückkehr in die Türkei war vielleicht eine Torheit, aber ganz sicher keine Kollaboration. Ein wesentlicher Unterschied, für den sich allerdings die PKK noch nie interessiert hat.

> *„Im gegensatz zur gal-hh, die völlig die politische linie der türkischen gruppe devrimci isci gegen die PKK übernommen hat, entwickeln wir unsere stellungnahme aus unserem eigenen antiimperialistischen kampf hier in der brd. uns interessiert erstmal nicht, ob die PKK verräter in ihren eigenen reihen liquidiert. wir sagen nicht, daß sie es nicht tut, meinen aber, daß diejenigen, welche daraus einen vorwurf machen, nur ihr nahes (oder unreflektiertes) verhältnis zum verrat darstellen."*
> (Stellungnahme Hamburger „Antiimperialisten", Frühjahr 1986)

Den PKK-Freunden, insbesondere den für die Rolle der jugendlichen Naiven längst zu alten Freunden von der VSP, muß gesagt werden, daß es nicht um ideologische Meinungsverschiedenheiten geht, über die man so oder so denken kann, und daß es auch nicht um einen verworrenen *„Bruderkrieg"* („SOZ") geht, in dem Unparteilichkeit angesagt ist, sondern um die langfristig und präzis geplante Ermordung linker Kontrahenten. Wer die PKK aus dieser Verantwortung befreien möchte oder wer als unbewiesen und unklar hinstellt, was sich aus allen öffentlichen Äußerungen der PKK eindeutig ergibt, macht sich schuldig.

Kt., Hamburg

Eislers Niederlagen

Anmerkungen zum Eisler-Artikel in AK 286/287



Wieso hat Eisler 1957 auf die Frage, was er am liebsten werden würde, wenn er nochmal auf die Erde käme, „Politiker" geantwortet? (1) Ich glaube, weil er als Politiker nicht die Probleme gehabt, nicht die Widersprüche aushalten mußte. Er nennt das „Schmerzen": „Sie sind glücklicherweise kein Künstler, lieber Doktor Bunge. Und meine Schmerzen der Wiedergabe — und ich sage mit Schmerzen der Wiedergabe: was unsereiner empfindet und unsereiner denkt — sind sehr schwierig wiederzugeben." (2)

Mir sind diese Schmerzen Eislers im Artikel von a.s. und hk (AK 286 und 287) etwas zu kurz gekommen. Läßt sich über sie Näheres sagen?

Stationen

1926 trennte sich Eisler von seinem Lehrer Arnold Schönberg, richtiger: Er trennte sich von dem (bürgerlichen) Publikum, mit dem sich Schönberg weiter herumschlug: „Damals schrieb ich Klavier-, Kammermusik, Vokal- und Orchesterwerke, die auch auf den Musikfesten in Baden-Baden und Berlin aufgeführt wurden. Ich hatte einigen Erfolg; aber ich war unzufrieden. Das übliche Publikum behagte mir nicht. Ich wollte etwas Neues sagen und brauchte dazu neue Hörer." (3) In seinem Aufsatz etwas Neues sagen und brauchte dazu neue Hörer." (3) In seinem Aufsatz „Zur Situation der modernen Musik" (1928) analysiert er die gesellschaftliche Lage einer Musik, die von ihrer Schwester Unterhaltungsmusik von der Erde vertrieben und in den Himmel gejagt wird: „Zum Teufel! Wer in den Himmel kommt, der muß doch gestorben sein! Das klingt wie Lyrik, ist aber nur ein Notschrei eines Musikers von heute, dem es nicht gelingt, sich über die furchtbare Isoliertheit seiner Kunst hinwegtäuschen zu lassen, dem es nicht genügt, rein des Produzierens halber Werk auf Werk in die Welt zu setzen, der etwas Lebendiges anstrebt, lebendig, weil es alle angeht, also in allen lebt, dem es aber zuwider ist, einigen Feinschmeckern zu immer raffinierteren Genüssen zu verhelfen." (4) Welches Publikum hat Eisler gefunden? Hat er die „furchtbare Isoliertheit" einer Musik, die keine faulen Kompromisse macht, überwinden können?

Eisler engagiert sich in der revolutionären Arbeiterbewegung. Sein Ziel: die Sozialdemokratisierung der Arbeitersängerbewegung aufbrechen, unter Verwendung fortschrittlicher Kompositionstechniken Massen erreichen, die Trennung von Musikinterpreten und Musikkonsumenten überwinden, gegen die bürgerliche Hegemonie der Unterhaltungsmusik eine eigenständige Musikkultur des Proletariats entwickeln helfen: „Die Musik-Produktion und Konsumtion wird aus einer Angelegenheit für Kenner und Fachleute zu einer allgemein menschlichen Sache." (5)

Diese Ziele wurden, aufs Ganze gesehen, nicht erreicht: Die revolutionäre Opposition im Deutschen Arbeiter-Sänger-Bund blieb — ähnlich der Revolutionären Gewerkschaftsopposition — in der Minderheit, die Ansätze zur Entwicklung einer autonomen Arbeitermusikkultur (gegen sozialdemokratischen und bürgerlichen Schund) wurden durch den Faschismus endgültig zerschlagen. Dennoch schreibt Eisler 1934: „Aber alle diese Versuche und Erfahrungen sind nicht verloren, denn an sie wird die Arbeiterklasse Deutschlands nach Niederwerfung des Faschismus, beim Aufbau einer sozialistischen Kultur wieder anknüpfen." (6)

Den Anspruch auf „Aufbau einer sozialistischen Kultur" meldet bekanntlich die DDR an. Ein wirklichzes Anknüpfen an die Versuche und Erfahrungen der revolutionären Arbeitersängerbewegung am Ende der Weimarer Republik hat es aber offenbar nicht gegeben. Von daher erscheint Eislers Situation in der DDR in vieler Hinsicht als ein Zurückgeworfensein auf Widersprüche, die er nach 1926 überwunden zu haben glaubte, z.B. den Widerspruch einer dünnen Schicht von Musikproduzenten und -interpreten und einer breiten Masse von passiven Hörern. Das wird auch an seinem Faustusprojekt deutlich: es geht jetzt um eine *Oper*, eine Form also, die die bürgerliche Tradition fortführt, anstatt sie durch andere Arten des Musizierens zu ersetzen. Die Widersprüche sollen jetzt wieder *im Werk* zusammengeführt und nicht mehr durch neue Formen überwunden werden — das läßt die DDR-Wirklichkeit offensichtlich nicht zu. Eisler kennzeichnet die Probleme, vor denen er mit seinem „Faustus" steht, und dem Anspruch, dem er sich stellen will, folgendermaßen: „Mit meiner Oper hoffe (7) ich einen neuen Weg gehen zu können, der uns aus dieser Verwirrtheit (der neuen Musik — p.) herausbringt. Ich kann das nur tun, wenn ich nicht experimentiere, wie mein Freund Brecht, oder gar provoziere und schockiere, wie es ebenfalls Brecht liegt, sondern indem ich mit einer reifen, runden, gültigen Leistung komme; sie muß begriffen werden von den unerfahrenen Ohren und den erfahrensten, und der Text muß begriffen werden von den Unerfahrensten und den Gebildetsten. (...) Der Tod Schönbergs berührt sich sehr seltsamerweise mit meiner neuen Aufgabe, der größten und umfangreichsten, die ich mir bis jetzt zu stellen gewagt (8) habe." (9)

Eisler schrieb diesen Text, nachdem er die Nachricht vom Tod Schönbergs erhalten hatte (Schönberg starb am 13.7.1951). Der ungeheure Anspruch seines Faustus-Projektes wird durch die von ihm so sehr betonte Verbindung mit Schönbergs Tod erst richtig deutlich: Eisler wollte einen neuen Anfang schaffen, wollte mit einem großen Wurf die Widersprüche, die Schönberg in die Isolation geführt hatten, überwinden; er wollte zeigen, daß die moderne Musik sich anders zu den Widersprüchen verhalten kann, als es Schönberg getan hat- sich anders zu den Widersprüchen verhalten kann, als es Schönberg getan hat-te.

Dieser Versuch endete mit ein paar musikalischen Skizzen, einem Libretto, das sozusagen im leeren Raum stehenblieb, und einem Eisler, der in tiefsten Depressionen nach Wien reist.

Fragen

Ich habe an einigen Stationen seines Lebens kurz angerissen, welche Erfahrungen der Musiker Eisler, der sich mit der Ghettoexistenz eines modernen Musikers nicht zufrieden gab, gemacht hat, welche Niederlagen der politische Musiker einstecken mußte. Wie hat er diese Niederlagen verarbeitet? Nach der Zerschlagung seines Faustus-Projekts schreibt er 1953 in Wien (die eingeklammerten Stellen kennzeichnen von Eisler vorgenommenen Streichungen):

„Erlöschende Kraft. Die Gräue des Alterns. Freudlosigkeit an der Arbeit. Keine Perspektive. Erschlaffung aller Fähigkeiten. Gleichgültigkeit. Einzige Zerstreuung: Lesen. Langeweile des Alltags. Kaum Verlangen nach Gesprächen. Allgemeine Unfähigkeit (auch die einfachsten Arbeiten fertigzustellen). Abscheu vor Ärzten, aber miserable Gesundheit. (Wie soll das anders enden, als mit einem allgemeinen Zusammenbruch. Unfähigkeit, sich aufzurichten.)

Aber die Völker erheben sich zu einem besseren (Dasein) Leben. Und wie jämmerlich ist meine (völlige) Energielosigkeit. Wenn ich an China denke, wenn ich an die frische Kraft der endlich befreiten Arbeiter und Bauern denke. Es ist entsetzlich, ihrem Vorbild nicht nachfolgen zu können. Aber noch habe ich die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht endgültig aufgegeben. Man muß sich bekämpfen und Hoffnungslosigkeit und Lethargie sich nicht erlauben (..., wo die Hoffnung regiert).

(Vom Tisch) Doch vom Schreibtisch zum Klavier — wie zieht sich der Weg."

„Ich bemerke, daß ich eine Art Tagebuch schreibe. Möge es (niemals) lesen. Denn was soll das, was nützt das, wenn ich mir eine abscheuliche Zeit vertreibe? (...)

Aber wer könnte, wenn es ihn brennt, schweigen. Mögen, die nach mir kommen, ohne Tagebücher auskommen. Das wünsche ich und hoffe, daß sie besser sein werden, kräftiger und konkreter, und so in voller Beschäftigung, die der trüben Reflexion entraten kann.

Wenn ich 1990 vergessen sein werde, wird es eine gute Zeit sein, voll des Überflusses, des Spaßes und der Denkkraft." (10)

1990 ist bald erreicht, und wer von uns wollte in der Rückschau bestätigen, daß sich die Völker damals wirklich schon zu einem besseren Leben erhoben haben? Eisler isoliert in diesen Texten seine Situation von der angeblichen Situation der Völker; er stempelt seine Niedergeschlagenheit als unbedeutend ab angesichts des Weltlaufs. Wenn sich diese Vorstellung des Geschichtsverlaufs nun aber als Illusion erwiesen hätte? Bekäme da die Arbeit an den eigenen Niederlagen nicht einen anderen Stellenwert? (11)

Eisler hat viel gewollt und wenig von dem bekommen, was er gewollt hat. An uns liegt es, sein Wollen wachzuhalten. Aber wir würden es uns zu einfach machen, wollten wir ihn als den hinstellen, der dort den richtigen Weg eingeschlagen hat, wo andere den falschen genommen haben. Es gab aus den Widersprüchen keinen Ausweg. Unser Interesse, meine ich, sollte sein, aus den Wegen, die andere genommen haben, etwas über den Sinn oder Unsinn unserer Wege zu lernen. Der so oft zitierte Satz Eislers, eine Zukunft könne es nur geben, wenn die Vergangenheit bewältigt werde (12), muß auch auf ihn angewendet werden; und ohne Kummer wird es dabei wohl nicht abgehen. „Aber es ist ein produktiver Kummer. Man muß nachdenken: was kommt raus? — und für wen!" (13)

p.

Anmerkungen

1) Hanns Eisler, Musik und Politik, Schriften, 1948-1962, Hg. G. Mayer, Leipzig 1982, S. 376 (im folgenden zitiert als: MuP 2)
2) Hanns Eisler, Gespräche mit Hans Bunge, Fragen Sie mehr über Brecht, Hg. H. Bunge, München 1976, S. 265 (zitiert als: BG)
3) MuP 2, 364
4) MuP 1 (1924 - 1948), 89
5) MuP 1, 180
6) MuP 1, 225
7) Im Text steht „hoffte", was mir ein Druckfehler zu sein scheint, da Eisler den Text im Stadium der Planung schrieb.
8) Im Text: „zu wagen gestellt"
9) MuP 2, 132 f
10) MuP 2, 307 - 309
11) Mir scheint, daß Eisler in den Gesprächen mit Bunge oder auch in den „Ernsten Gesängen", seiner letzten Arbeit, tatsächlich eine produktivere Haltung zu seinen eigenen Niederlagen einnimmt. „Ich bin gegen das schlechte Hören und gegen die schlechten Interpreten, und ich bin gegen die schlechten Komponisten, die Dummheiten, Schwulst, Dreck und Schwindeleien in der Musik ausüben. Nun, ich bekämpfe das seit 1918. Heute ist 1961. Ich gebe zu, ich bin besiegt worden." (BG 182)
12) BG 264
13) BG 236

Eine schwere Bürde

Yilmaz übernimmt die Verantwortung für den Tod seines Freundes

Wie im letzten AK berichtet, kam bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den beiden türkischen Gruppen Dev Genc und Göcmen (eine Gruppe von ehemaligen Dev Yol Anhängern) der Genosse 'Yavuz' von Göcmen ums Leben. Ungeklärt war, wer die Schüsse abgegeben hatte. Nachstehend dokumentieren wir die Erklärung von Yilmaz Ulusal, der die Verantwortung für den Tod seines Freundes übernimmt, wodurch der Tod, nicht aber die gewaltätige Auseinandersetzung, zu einem tragischen Unglücksfall wird.

Ich bin verantwortlich für den Tod meines Freundes (Yavuz) Aydin Erol. Dies ist eine schmerzliche Erkenntnis und ein schwerwiegendes Bekenntnis, denn ich habe erkannt, daß es in dem Ereignis einen eindeutigen persönlichen Fehler von mir gegeben hat und er ist mir bewußter als allen anderen Beteiligten.

Heute weiß ich, daß mein Freund durch eine Waffe gestorben ist, die ich verwendet habe. Noch vor kurzer Zeit hatte ich Zweifel, Yavuz Tod verschuldet zu haben, einmal weil ich die Einzelheiten des Ereignisses und meinen eigenen Anteil nicht eindeutig kannte, aber auch weil ich es nicht glauben wollte und konnte.

Die Erkenntnis, für den Tod eines Freundes verantwortlich zu sein, ist schmerzlich. Aber als eine Person, die davon überzeugt ist, daß die Wahrheit von den an dem Geschehen beteiligten Personen an die Öffentlichkeit gebracht werden muß, möchte ich die Lösung des Tatgeschehens weder der Polizei noch dem Gericht überlassen. Dies fände ich beschämend.

Ich bin verantwortlich für Yavuz Tod, obwohl, ich habe niemanden verletzen geschweige denn töten wollen, aber ich muß die Verantwortung übernehmen, weil ich die Waffe benutzt habe. Niemand hatte daran gedacht, und es ist für mich heute immer noch unfaßbar, daß das Zurückgeben eines Flugblattes eine solche Dimension erreichen konnte. Heute weiß ich, daß ich das Flugblatt nicht hätte zurückgeben sollen, wie es einige Freunde schon an diesem Abend gesagt hatten. Heute weiß ich, daß es besser gewesen wäre, ruhig zu bleiben, einem Streit um eine solche Sache aus dem Weg zu gehen. Aber es stimmt auch, daß, als die Gruppe zum zweiten Mal kam, ich auf meinem Stuhl sitzenblieb. Einzelne aus dieser Gruppe griffen Yavuz und eine Freundin an, obwohl diese nur vorhatten, mit ihnen zu reden, um die offensichtlich bedrohliche Situation aufzulösen.

Ja, ich habe eine Waffe benutzt. Wenn ich heute darüber nachdenke, kann ich keinen wirklichen Grund anführen, der es rechtfertigen würde, die Waffe bei einem solchen Geschehen einzusetzen, auch wenn ich auf keinen Menschen gezielt habe, auch wenn ich nur auf den Boden geschossen habe. Ich weiß, daß keine Erklärung mein Verschulden und meine Verantwortung reduzieren kann. Trotzdem möchte ich die Atmosphäre beschreiben, in der ich mich während dieser Ereignisse befand.

Ich war Mitglied einer Gruppe, die von einer Organisation, deren politische Linie Terror ist, immer wieder bedroht worden ist und zwar so, daß wir auch um unser Leben fürchten mußten. In dieser schweren psychologischen Lage dachte ich, daß sich auch innerhalb der Gruppe, die zum „Emek" zurückkam, Personen dieser betreffenden Organisation befinden und die Prügelei mit Toten hätte enden können.

Nachdem die Prügelei einige Zeit in Gang war, dachte ich an nichts anderes, als sie möglichst rasch zu beenden. Aus diesem Grund habe ich zur Abschreckung auf den Boden geschossen.

Somit muß ich mir eingestehen, den Tod eines Menschen durch einen Unfall herbeigeführt zu haben. Weil ich daran keine Zweifel mehr habe, möchte ich nicht, daß jemand anderes beschuldigt wird oder unter moralischem Druck steht. Daß dieser Abend für mich mit einem der schlimmsten und unglücklichsten Ereignisse geendet hat, die ich mir vorstellen kann, ist darauf zurückzuführen, daß ich innerhalb von Sekunden eine falsche Wahl getroffen habe.

Ich fände es aber auch falsch und ungerecht, wenn wegen dieses Geschehens die politischen Gedanken, von denen Yavuz und ich beide überzeugt waren, in Mißkredit gebracht werden. Unsere Haltung, gegen die Liquidierung von Menschen wegen ihrer politischen Meinung vorzugehen, war und ist richtig. Diskutiert werden muß, ob wir dieses richtig gemacht haben, wo eventuell Fehler liegen. Aber wenn heute diese politische Überzeugung als Grund für Yavuz Tod benannt wird, halte ich dies für einen ungerechten Angriff — auch auf Yavuz Gedanken, der diese mit mir und anderen teilte.

Ich kann es nicht hinnehmen, daß nun durch den Tod durch Yavuz seine Person vereinnahmt wird, um uns ein Politikverständnis zu unterstellen, welches Tote ebenso einkalkuliert wie dasjenige der PKK. Zwischen Yavuz Gedanken und der Politik der PKK liegen Welten.

Aber ich sehe es als meinen persönlichen Fehler an, daß ich durch mein Verhalten auf dieselbe Ebene gefallen bin, wie sie von mir und meinen Freunden immer kritisiert worden ist. Ich wünsche, daß Gewalt, Rache und Terror niemals zur politischen Linie werden sollte. Ich mache niemand anders als mich selbst verantwortlich für Yavuz Tod. Dennoch erwarte ich von der Gruppe, die uns überfallen und nicht in Verteidigung gehandelt hat, daß auch sie ihr Verhalten noch einmal diskutiert, offen kritisiert und Schlüsse zieht.

Ich erwarte, daß diejenigen, die die Ablehnung eines Flugblattes zum Anlaß für Blutrachegedanken genommen haben und mit Rachegefühlen wieder zum Lokal kamen, sich ihre eigene Verantwortung eingestehen. Und ich hoffe, daß alle an dem Geschehen Beteiligten und die Anhänger der linken Gruppen sich Gedanken machen, daß eine Wiederholung nicht möglich ist.

Kein Strafverfahren enthebt uns der Aufgabe, unsere eigenen Begriffe von Schuld und Verantwortung zu entwickeln und persönlich mit dem Geschehen fertig zu werden.

Yilmaz Ulusal

Einen Tag später gaben die an der Auseinandersetzung beteiligten Anhänger von Göcmen folgende Erklärung ab:

Wir betrachten die Erklärung unseres Freundes Yilmaz U. mit großem Respekt. Wir möchten aber in aller Öffentlichkeit betonen, daß wir nicht eine einzelne Person als den Schuldigen ansehen. Diese Darstellung wäre eine illegitime Vereinfachung der Sachlage. Das ganze Problem so einfach zu lösen und die Frage der Verantwortung so zu diskutieren, stimmt mit unserem Verantwortungsbewußtsein gegenüber Yavuz und unseren Ideen keineswegs überein. Das wäre vor allen Dingen eine Täuschung von uns selbst. Wir tragen alle die Verantwortung an dem Tod von Yavuz und suchen die Fehler zuerst bei uns. In Kürze werden wir der Öffentlichkeit eine längere Stellungnahme übergeben. Wir hoffen, daß auch die Gruppe, die den Überfall gemacht hat, mit sich selber offen umgeht und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich macht, daß sie ihrer Verantwortung gerecht wird.

Die Freunde und Freundinnen von Yavuz und Yilmaz am Ort des Geschehens

Bei allem Verständnis für diese Erklärung der Freunde, die geschrieben werden mußte, weil selbstverständlich keine individuelle Tat vorliegt, weiß mensch dennoch, daß keine Erklärung Yilmaz helfen wird, mit diesem tragischen Einschnitt in sein Leben fertig zu werden.

Dem im letzten AK schon Geschriebenen kann nicht viel hinzugesetzt werden, nur der Wunsch, daß jede weitere Erklärung der Freunde wirklich von politischer Überlegung und nicht von neuen oder ganz neuen Schuldzuweisungen handelt. Anschließen möchte ich mich auch dem Wunsch von Yilmaz, daß auch diejenigen, deren Provokation der Ausgangspunkt für dieses Geschehen war, endlich eine politische Erklärung für ihr Handeln veröffentlichen und sich nicht im „Glück der gewonnen Unschuld" sonnen.

he., Hamburg

Krieg und Frieden, oder:

Zweierlei Kunstbetrachtung



Wassily Wereschtschagin (1842-1909), Apotheose des Krieges, gemalt 1871-72. Auf dem Rahmen steht: „Gewidmet allen großen Eroberern, den vergangenen, den gegenwärtigen und den zukünftigen."

Die bürgerliche Kunstbetrachtung geht von der Kunst aus. Das ist falsch. Kommunistische Kunstbetrachtung geht vom Geld aus; das ist ist richtig. Bürgerliche Kunstbetrachtung fragt nach dem Künstlerischen in der Kunst. Das ist auch falsch. Richtig ist, nach der Politik zu fragen. Das tun Kommunisten. Bürgerliche Kunstbetrachtuing interessiert sich für Kunstwerk und Künstler. Wie in allem, so wird auch hierin die Welt auf den Kopf gestellt. Der Kommunist hingegen, der die Dinge auf die Füße stellt, sieht sich den Museumsdirektor und den Eintrittspreis an. Das ist richtiges Kunstverständnis.

Der Genosse K., Hamburg, hat uns diese einfachen und ehernen Wahrheiten anhand eines einleuchtenden Beispiels in Erinnerung gerufen (siehe AK 288, S. 44). Dafür ist ihm der Dank aller gewiß. Ich erwähne das umso aufrichtiger, als ich selbst den Wert seiner Ausführungen erfahren habe, die mich
Ausführungen erfahren habe, die mich
heute in die Lage versetzen, die nötige Selbstkritik zu formulieren, um in Zukunft ideologisch gefestigter den nicht immer leicht durchschaubaren Verlockungen des kapitalistischen Kulturbetriebs zu entgehen.

Verblendet durch Versprechungen der bürgerlichen Presse (die sich ja in Teilen durchaus den Anschein linker Fortschrittlichkeit zu geben versteht, wie der Genosse K. warnend vermerkt), begab ich mich in die Ausstellung „Krieg und Frieden", die offiziell, wie der Genosse ganz richtig verschweigt, „Schrecken und Hoffnung" heißt.

Ich hatte, wie ich zugeben muß, noch keine Ausstellung gesehen, die in gleicher Art einen Überblick über die Kunst des feudal-bürgerlich-imperialistischen Deutschland sowie, im Vergleich, des vor- und nachrevolutionären Rußland bzw. der Sowjetunion gab. Meine naiv-kleinbürgerliche Neugier (genährt durch die Fülle an Ausstellungsstücken, die ich, anders als Genosse K., erfreut aufnahm, statt darin einen besonders heimtückischen Verwirr-Trick des Klassenfeindes zu erkennen!) lenkte mich auf so unergiebige Fragen wie: Wie malten die Sowjetkünstler in der Nach-Lenin-Ära, wie malen sie heute? Wie setzen sich die Sowjetkünstler heute mit ihrer und unserer Gegenwart auseinander? Welche thematischen und stilistischen Unterschiede oder Übereinstimmungen zwischen sowjetischen und westdeutschen Künstlern gibt es heute? Ebenso verwerflich war selbstverständlich mein Aufsuchen von Werken (mehr noch meine Freude daran) fortschrittlicher Künstler wie Grosz, Dix, Barlach usw. und mein Versuch, sie mit sowjetischen Künstlern der gleichen Epoche zu vergleichen. Durch solche und eine Reihe anderer Fragen, mit denen ich durch die Ausstellung ging, war mir buchstäblich der Blick darauf verstellt, daß der „Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion" das einzige Thema von Belang wäre; aber, wie Genosse K. berichtet, gerade hier wird das ganze Ausmaß an Dreistigkeit, Ärgernis, Verschweigen und Dumpfsinn, den die Ausstellung kennzeichnet, so recht deutlich.

Letztlich war ich deshalb nicht fähig, dies zu sehen, weil ich von vornherein bürgerlich-idealistisch an den Ausstellungsbesuch heranging, der doch in Wahrheit eine politische Handlung ist. So verabsäumte ich, die Finanziers bzw. Hintermänner gebührend zu würdigen. Wenn ich ideologisch klar erkannt hätte, daß eine Ausstellung, die vom imperialistischsten Teil des kriegslüsternen Kapitals Westdeutschlands organisiert wurde (mit ihren Handlangern in der Sowjetunion!), notwendigerweise nur dessen Zielen dienen kann, wäre ich nicht derart fehlgegangen, der Ausstellung mit Interesse, Nachdenklichkeit und, ich gestehe es, Freude zu begegnen. (Den fehlgeleiteten Versuch, dies anhand einzelner Bilder oder Skulpturen zu erläutern, kann ich nach den Grundsatzausführungen des Genossen K. getrost unterlassen, denn es gehört ja gerade zu den wichtigsten Lehren, die sein Artikel vermittelt, daß wir Kommunisten endlich damit aufhören müssen, wie die bürgerlichen Idealisten es tun, von der Kunst zu reden, wenn wir von der Kunst reden.)

Daß gerade in unserer Zeitung ein derart praktisches Besipiel tiefschürfender, prinzipienfester und richtungsweisender Kunstkritik veröffentlicht werden konnte, beweist erneut den hohen Standard unseres Pressewesens nicht nur im allgemeinen sondern besonders im Kultursektor. Nach solchen Artikeln werden gewiß immer mehr Verbündete auf dem Schlachtfeld der Kultur zu uns stoßen!

R., Hamburg

» Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten! «

Anmerkungen zu: „Sowjetische und deutsche Künstler sehen Frieden und Krieg" (AK 288)

Was kommt dabei heraus, wenn unter der Überschrift „Künstler sehen Krieg und Frieden" nichts über die Künstler und ihre Bilder, aber viel über die kritisierenswerten Motive der Aussteller erzählt wird? „Verwirrung und bald Überdruß", um mit den Worten des Autors zu sprechen. Schade. Das mußte nicht sein.

Sicher, Bilder sollen betrachtet, nicht gelesen werden. Sie müssen im AK nicht en Detail beschrieben werden. Sicher, Kritiken müssen nicht positiv sein. Auch ein Verriß ist bekanntlich noch Werbung. Aber es grenzt doch an grobe Irreführung, unter der Überschrift „Sowjetische und deutsche Künstler sehen Frieden und Krieg" nicht ein Wort über die Bilder der Ausstellung zu verlieren, stattdessen allein mit der Kritik ihrer Träger die ganze Ausstellung erschlagen zu wollen.

Es stimmt ja! Die Trägerrunde dieser Ausstellung ist eine Zumutung. Wie K. habe ich mich durch die wohlbekannten Namen auf der Liste der Ausstellungsträger und durch ihren verlogenen Schmus in dem Katalog provoziert gefühlt. Ausgerechnet die „Deutsche Bank" und Co. können sich als Friedensengel profilieren. Man merkt die Absicht, ist gereizt: Verharmlosung des Krieges als allgemein menschliches Problem, als anonyme Schicksalsfügung, Ablenkung von benennbaren Kriegsursachen, Verschleierung der eigenen Verantwortung für vergangenene Kriege und den heute bedrohten Frieden, wird da versucht. Stimmt. Und es schlägt sich in dem nieder, was die Ausstellung *nicht* zeigt: Den Widerstand gegen den Krieg, insbesondere der antifaschistische Charakter des Widerstands im 2. Weltkrieg, der antifaschistische Charakter des „Vaterländischen Krieges", schließlich die heutigen Kriegsschauplätze des nicht erklärten 3. Weltkriegs. Diese sind durch Exponate zur „Balance of power" ersetzt. Da ist Kritik am Platze. Auch gegenüber den Sowjetbehörden, die diese illusionistische Selbstdarstellung westdeutscher Kapitalistenorgane und Verharmlosung der Kriegsursachen so butterweich ermöglichen.

Aber was soll so ein knorriger Rundumschlag? Wem nützt das? Die Absicht der Träger ist noch nicht die Wirkung der Ausstellung. Immerhin ist dies die erste Ausstellung dieser Art seit '45 in der BRD. Viele in der BRD-Öffentlichkeit z.T. noch niemals, auf jeden Fall noch nicht in dieser Ballung gezeigte Bilder waren zu sehen, besonders sowjetische, aber auch deutsche aus Ost und West: Antikriegsbilder aus den Napoleonischen Kriegen, aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, vom 1. und 2. Weltkrieg, von der heutigen Situation. Beeindruckend. Bewegend. Aufwühlend. Den Krieg anklagend. Für Frieden agitierend. Viele Menschen besuchten die Ausstellung. Fühlten sich erinnert, gemahnt, aufgefordert. Was ist daran verurteilenswert? Treten wir nicht für den Frieden ein? Ist uns nicht ein aufrichtiger Pazifismus näher als stumpfsinnige Gleichgültigkeit? Müssen wir das hinter radikalen Worten verstecken, nur weil die Ausstellung auf westdeutscher Seite von Kapitalvertretern gesponsert wurde?

Nein und nochmals nein! Selten genug gibt es die Gelegenheit, daß so viele Menschen so konkret und derart aktuell in dieses Thema geführt werden. Die Bilder sind sinnliche Argumente. Mal was anderes als nackte politische Analysen. Da gehe ich hin. Da agitiere ich Freunde, Bekannte, Kollegen. Nutze die Gelegenheit. Sauge Leben; auch das nicht zu verschweigen, aus der Kraft der KünstlerInnen, das Unvorstellbare vorstellbar zu machen. Es gibt keinen Sinn, die Ausstellung in Bausch und Bogen zu verreißen. Sie liefert Ansätze für Gespräche, und sei es nur über die Grenzen des Pazifismus bei uns wie auch in der UdSSR.

Und schließlich soll doch niemand jungfräulicher tun als der Jungmann: Seit wann und wo wird Kunst denn nicht vom Kapital finanziert? Mäzenatentum ist doch geradezu definitorischer Bestandteil von Kunst! Ausbeuter aller Zeiten und Länder haben Künstler als professionelle Ideologen und IllusionsmacherInnen finanziert, um von der Realität abzulenken. Hat jemand geglaubt, daß das in der BRD, selbst in der UdSSR 1987 überwunden sei? In diesem Punkt gilt: Man muß nehmen, was man kriegen kann, um der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen.

F.

Zum Lachen

Betrifft: AK 287, „Das Spiel ist aus"

Die Linke könnte sich angesichts des (wohl zu unterstellenden) Selbstmords von Uwe Barschel auf die Analyse der rein politisch-kriminellen Hintergründe bürgerlicher Politik beschränken. Offensichtlich ist aber der Reiz zu mächtig, in Spott und Häme auszubrechen.

Das gilt für den AK (spießig-phantasieloser „Aussteiger", „abgestürzter Menschenrest", „Bub", der sich vorher wie gelernt die schmutzigen Schuhe auszog, „eine Geschichte zum Lachen" etc.), für die TAZ (Gespräch Barschel/Baader im Himmel), für die MG („Selbstreinigungsbad der Demokratie, ein Politiker ging in die Badewanne" etc.), um nur einige zu nennen.

Der „Klassenstandpunkt", in Abgrenzung zur unerträglichen sog. Staatstrauer, wird zum Alibi fürs Ressentiment und versperrt geradezu den Blick auf das, was dieser Vorgang über die Skandalebene hinaus repräsentiert. Er selbst steht noch im Bann der Klassengesellschaft und usurpiert das Besondere, statt sich ihm zuzuwenden. Was ich meine, ist dies:

Barschel sah offensichtlich nur noch den (phantasievoll!) als Mord drapierten Selbstmord als Chance, um „davonzukommen". Eingekreist von der Gewalt, welcher der Karrierist bedingungslos diente und die er selbst ausübte, erfuhr er diese nunmehr am eigenen Leib: was es heißt, zu fallen. Dem hielt er nicht stand. Der Möglichkeit vollständiger gesellschaftlicher Anpassung durch *Herrschaft* nunmehr verlustig, unterwarf er sich dem Schrecken der gesellschaftlichen Gewalt, indem er sich ihr anglich bis zur Selbstaufgabe. So zeigte er der Gesellschaft ihr *eigenes* Gesicht: Todesstarre. Für Sekunden verschlug es ihr die Sprache.

Selbst wo Barschel tödliche Schwäche zeigte, durfte diese nicht zugegeben werden; der individuelle Tod des Uwe Barschel war so vollständig „vergesellschaftet" wie vermutlich die ganze Person: Die gruselig ausgelegten Mordspuren sollten das „ Überleben" als ehrbarer Politiker in der Nachwelt sicherstellen.

Dieser Mann ertrug bereits die *Möglichkeit* des Machtverlustes nicht. Die sogenannte Regierungsgewalt war für ihn im wesentlichen Mittel, sich *selbst* in ihr in seiner vermeintlichen Größe zu spiegeln. Sie wurde gewissermaßen zum Bestandteil seiner personalen Identität, und sein Niedergang zeugt davon. Dieser Politiker-Typ scheint einer Tendenz dieser Gesellschaft zu entsprechen, die die vormaligen Individuen zu bloßen Repräsentanten der verinnerlichten gesellschaftlichen Funktion werden läßt. „Mehr" als diese sind sie nicht. Geschweige, daß für sie die Möglichkeit des (spielerisch-) distanzierten Umgangs mit der Realität möglich wäre.

Der Entzug der Droge Macht drohte Barschels restlos vergesellschaftete Identität zu zerstören. Seine Rettungsversuche haben nachträglich etwas verzweifelt Hektisches und fast zwangsläufig Eskalierendes: Erst die schmutzigen, z.T. lächerlichen Tricks via Pfeiffer gegen Engholm, dann die pompöse Ehrenlüge und schließlich der vollständige Zusammenbruch. In einer übermächtigen Gesellschaft, in der die Ich-geschwächten Individuen nichts anderes sind als z.B. ihr „Status", in dem sie sich spiegeln, muß alles ständig und rücksichtslos auf eine Karte gesetzt werden, um voranzukommen und die innere Leere zu überdecken. Gewissensskrupel, markierend die Differenz zwischen Individuum und Gesellschaft, fallend zunehmend fort. Die Tyrannei des Narzismus erfüllt die Anforderungen der heutigen Klassengesellschaft, Subjektives und Objektives nähern sich einander an. Daß die Menschen dabei letztlich verlieren, ist normal; aber selten wird es so spektakulär deutlich wie im Fall Barschel, wenn einer stürzt, von dem man eigentlich eine neue Karriere z.B. als wohlversorgten Manager erwartet hätte.

Warum wird da gelacht?

Das Lachen über Barschels Leiche in der Badewanne ist ein Verlachen. Es lacht über den Verlierer, den als „Aussteiger" verspotteten „Menschenrest" (s.o.), gleichwohl sein Tod die heuchelnden Mächtigen aufatmen ließ. Es ist das bewußtlose Spiegelbild des Schreckens, das sich angesichts eigener realer gesellschaftlicher Ohnmacht mit dem Gehabe der Macht identifiziert. Notdürftig rationalisiert ist dieses Lachen der sich als „Sieger" Phantasierenden als eines über einen abgestürzten unsympathischen bürgerlichen Machtpolitiker, den „Spießer" (als wäre die Linke auf andere „alternative" Weise oft nicht ebenso spießig). Dieses Lachen ist kein befreiendes, eigene Schwäche eingedenkendes, sondern „ein Echo der Macht als unentrinnbarer" (Adorno/Horkheimer).

Sind die „Badewannen"-Witzeleien die Türkenwitze der „Linken"?

St.St.



Köln

MANFRED VON PAPEN (papan)

Im Herzen der Bestie

Die Musiker der „Kalahari Surfers"

„Something on page 3 caught my eye, small print: thirty-seven die in township unrest. Small news this: the headlines celebrate the birth of British royalty." Dieser Text als Trauergesang, dazu (oder besser: dagegen) werden mit Bass und Schlagzeug gespielt. Zuletzt geht alles in Synthesizertöne über, durch die nur einzelne Wortfetzen zu hören sind. Ein Lied auf der ersten LP der „Kalahari Surfers" aus Südafrika, „Own Affairs", die 1984 herauskam. In den beiden darauffolgenden Jahren erschienen die LPs „Living in the Heart of the Beast" und „Sleep Armed". Die Titel stehen für die Absicht der „Kalahari Surfers": Zustandsbeschreibungen und Nahaufnahmen aus dem „Herzen der Bestie" zu verbreiten.

Hinter dem Namen „Kalahari Surfers" steht eigentlich nur ein Musiker: Warric Sony, ein weißer Südafrikaner, der bis auf die gelegentliche Unterstützung durch ein paar befreundete Musiker die Platten allein gemacht hat. Er verwendet dabei Reden von Politikern, Propagandatexte, Tonaufnahmen bei einem Gespräch oder einer Demo und eigene Texte. Dabei werden einzelne Aussagen herausgehoben, gegeneinandergestellt, aneinandergereiht oder kommentiert. In gleicher Weise verfährt Sony mit seiner Musik. Verschiedenste Elemente werden von ihm benutzt, wie Reggae, afrikanische Rhythmen, Rap, Jazz, Rock, Schlagermusik, Kirchengesang. Einiges erinnert an den frühen Zappa. Die unterschiedlichen Musikstile wechseln ab, oft sehr schroff, manchmal werden sie auch miteinander gespielt. Es ist keine Musik zum Nebenbeihören, sondern eine, die bewußtes Zuhören erfordert, wobei auch einige sehr fetzige Passagen dabei sind.

In der Musik der „Kalahari Surfers" geht es hauptsächlich um den Rassismus in Südafrika, die Politik des Regimes und den Widerstand. In einem Stück wird die Rede Bothas zum Ausnahmezustand dokumentiert und durch Wiederholungen von Sätzen und Zwischenkommentaren in ihrem faschistischen Denken entlarvt. In einem anderen Lied werden die (teils bereits dahingegangenen) Diktatorenfreunde Somoza, Marcos, Baby Doc und die argentinische Junta ironisch gefeiert. Dagegen wurde der rhytmische Gesang auf Demos aufgenommen, der die Lebendigkeit des Widerstandes beweist. Aus der Edelschnulze „These Boots are made for Walking" von Nancy Sinatra wird die Warnung an die Rassisten: „One of these days these boots are gonna walk all over you!"

Ein weiteres Thema ist das Leben der jungen Weißen in den Städten. So im Stück „Township Beat", wo das Leben der Weißen in Johannesburg beschrieben wird und der denkwürdige Satz steht: „Haven't you heard, the Rolling Stones are here. They're throwing stones out there." Warric Sony hat die letzten Jahre in Johannesburg gelebt, wo er als Tonmann für Dokumentarfilme und Features gearbeitet hat. Seit Juni 1985, als die Regierung den Ausnahmezustand verhängte, hat er die wenigen schwarzen Freunde, die er vorher in Soweto hatte, so gut wie nicht mehr sehen können.

In Durban, wo er aufgewachsen ist, kam er mit Farbigen überhaupt nicht zusammen. Dort hat er noch eine weitere Trennung erfahren, nämlich die zwischen Buren und Engländern. Da die Engländer für die Afrikaans sprechenden Buren als Liberale gelten, gibt es getrennte Schulen und auch sonst läuft alles in getrennten Welten ab. Warric hatte nie Burenfreunde. Dafür kannte er die Surfer-Gemeinde sehr gut, die aus englischstämmigen Wohlstandskindern bestand. Im Lied „Surfer" kommt ein typischer Strandhänger aus Durban zu Wort: weiß, konservativ, sexistisch.

Diese Schizophrenie, die Südafrika ausmacht, drückt auch der Name „Kalahari Surfers" aus, ebenso wie die Strichzeichnung, die das Markenzeichen des Musikprojektes ist: ein Buschmann, der mit Pfeil und Bogen auf einem Surfbrett steht.

Warric Sony wollte die Platte eigentlich in Südafrika pressen lassen. Alle drei Plattenfirmen weigerten sich jedoch strikt. Sony wandte sich daher an das englische Lable Recommended Records (1), das nun die Platten herstellt und vertreibt. In Südafrika sind sie als Import zu haben, allerdings nur in ganzen vier Läden. Im südafrikanischen Rundfunk wird seine Musik unter keinen Umständen gespielt. Die einzige Hoffnung sind noch Plattenkritiken in Zeitungen, wie vor kurzem in einer, die jedoch wegen anderer politischer Artikel verboten wurde. Aber das Problem der Verbreitung der „Kalahari Surfers" in Südafrika hängt auch mit der Art der Musik zusammen. Die schwarze Bevölkerung kommt an die Musik der Weißen gar nicht ran und hat zudem ihre eigene Musik. Und die Weißen, die sowohl politisch als auch kulturell ein fortschrittliches Bewußtsein haben, sind sehr rar. Zur Musikszene in Südafrika sagt Sony: „Pop-Musik wurde zu einer Art Sozialisierung. Opium des Volkes und so. Nur ist es hier noch viel krasser. Schwarze Musik wird als Ware gehandelt, und das Schlimmste ist, daß die Schönheit der wirklich erstaunlichen Umbaquanga- und der so typisch südafrikanischen Township-Musik verloren geht. Sie wurden jetzt durch diesen amerikanischen Sound ersetzt. Jeder steht auf dem Michael-Jackson-Zeug." (2)

Die Musik der „Kalahari-Surfers" hat daher hauptsächlich in Europa und den USA ihre HörerInnen. Warric Sony hält sich seit Anfang dieses Jahres in Europa auf und machte dabei auch zwei Tourneen durch die BRD. Beide Male wurde er von den englischen Musikern Chris Cutler, Bill Gilonis und Mick Hobbs begleitet.(3) Bei den Live-Auftritten fehlten zwar die Experimentalstücke, dafür hatte die Musik aber noch mehr Drive als auf den Platten. Bei der ersten Tournee im April wurde nach dem Auftritt der Band ein Video gezeigt, der in Südafrika heimlich gedreht wurde und der den Widerstand bei Beerdigungen und Demos und das mörderische Vorgehen der Polizei zeigte. Besonders beeindruckend waren dabei die Kraft und der Optimismus, die in den spontanen Gesängen und Tänzen immer wieder deutlich wurden. Im Juni waren die „Kalahari Surfers" eine von drei Gruppen aus dem südlichen Afrika, die eine Tournee unter dem Namen „Beat! Apartheid" durch elf Großstädte der BRD machten.

Im Dezember hat Warric Sony vor, wieder nach Südafrika zurückzugehen. In einem Rundfunk-Interview sagte er auf die Frage, welche Gefühle er vor der Rückkehr habe: „Ich habe Angst. Vielleicht berechtigt, vielleicht ist sie auch übertrieben. Aber die Sicherheitspolizei weiß, daß ich politische Songs gespielt und bestimmte Sachen gesagt habe. Sie könnten mir Schwierigkeiten machen. Eine gute Bekannte von mir hat nur in Amsterdam ihren Freund besucht und wurde bei ihrer Rückkehr zwei Wochen lang festgehalten und verhört." (4)

Es bleibt zu hoffen, daß diese künstlerischen Dokumente des Widerstandes eines weißen Südafrikaners über einen kleinen Kreis von Insidern hinaus bekannt werden.

hk

LPs:
— Own Affairs
— Living in the Heart of the Beast
— Sleep Armed
(alle bei Recommended Records)

Anmerkungen
1) Recommended Records wurde Ende der 70er Jahre als Independent Lable von Chris Cutler gegründet. Es ging aus der Organisation „Rock in Opposition" hervor.
2) Interview in der US-Zeitung „Option", 12/86
3) Alle drei spielten schon in verschiedenen Gruppen von Recommended Records, u.a. Lindsay Cooper, The Work, Art Bears. Cutler ist außerdem seit Jahren der Schlagzeuger von Cassiber.
4) Bayerischer Rundfunk, 'Zündfunk' vom 17.4.87, Protokoll S. 8


Foto: Uli Dahlinger

1999

Verstümmle das Plakatgesicht
Wenn Wahlen etwas ändern könnten,
würden sie verboten werden
Wir sprühen Parolen an die Wände
der Bahnhofgebäude im Jourbet Park
Es regnet
Haben diese Wände Augen und Ohren?
Herrn in pistolenschwarzen Anzügen
rücken aus den ruhigen Ecken
der Stadt vor.
1999
werden wir da noch immer hier sein?

Kalter Wind bläst
durch den stacheldrahtumzäunten
Vergnügungspark in der Baragwanath Road
Dies ist kein Rummelplatz
Die Armee bewacht die Eingänge
Wir leben in stummer Furcht,
leben mit gebrochenen Menschen,
mit unerwünschten Personen
Wir arbeiten im Schlamm der
Abraumhalden der Minen
türmen ihn auf zu einem hohen Wall
zwischen der Stadt aus Gold
und der Stadt aus Schweiß
1999
werden wir da immer noch hier sein?

(aus der LP „Living in the Heart of the Beast")

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Gorbatschow

Betr.: „Zwei Schritte zurück, ein Schritt vor", von j.b. (AK 288, vom 16.11.87)

Gorbatschows Äußerungen über Trotzki anläßlich seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution haben j.b. schwer enttäuscht. Dieser Enttäuschung liegt die Einschätzung zugrunde, das Schwergewicht der Rede liege „nicht in der Kritik an Stalin, sondern im Kampf gegen den Stalinismus", dessen Folge zwangsläufig eine differenzierte Bewertung Trotzkis sein müsse. Die Schlußfolgerung ist richtig, falsch ist aber die Gorbatschow zugesprochene generelle Intention. Der Schlüssel zum Verständnis der Gorbatschow-Rede liegt m.E. in der Verteidigung der Außenpolitik Stalins, die im Artikel von j.b. nur kurz erwähnt wird.

Die Namen Stalin und Trotzki ste-
Verteidigung der Außenpolitik Stalins, die im Artikel von j.b. nur kurz erwähnt wird.

Die Namen Stalin und Trotzki stehen, von den zweifellos vorhandenen persönlichen Differenzen zwischen ihnen abgesehen, für die Auseinandersetzung zwischen zwei gegensätzlichen politischen Konzeptionen: Einerseits die der „Permanenten Revolution", vertreten von Trotzki und der Linken Opposition, deren Grundgedanke in Bezug auf die UdSSR war, daß die politische Existenz und das Überleben des Arbeiterstaates nur gesichert sei, wenn sich die revolutionären Ereignisse des Oktober 1917 auf absehbare Zeit in einem weltrevolutionären Prozeß fortsetzten; andererseits die des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land", was die Aufrechterhaltung des weltpolitischen status quo für einen langen Zeitraum voraussetzte. Für die Parteien der Komintern folgte daraus, nachdem sich diese Linie Stalins durchgesetzt hatte, ihre Unterordnung unter die Erfordernisse der sowjetischen Außenpolitik, deren einziges Interesse war, eine Intervention der imperialistischen Mächte gegen die UdSSR zu verhindern.

Aus der Theorie vom „Sozialismus in einem Land" ergibt sich also als Konsequenz die Theorie der „Friedlichen Koexistenz", beide stehen in einem untrennbaren Zusammenhang, worauf im übrigen schon Trotzki hinwies (in: „Die internationale Revolution und die kommunistische Internationale", 1929). Gorbatschow folgt dieser Konzeption, wenn er, um der „Perestroika" die notwendige Zeit und die außenpolitischen Voraussetzungen zu verschaffen, um (fast) jeden Preis den Ausgleich mit den USA sucht. Beispiele sind hierfür der Prozeß der Rüstungskontrolle, in dem die UdSSR von Reykjavik bis zum INF-Abkommen schrittweise auf ihre Forderungen verzichtete, ebenso wie die Unterstützung einer „Internationalen Nahost-Konferenz" oder die „Sicherung der Schiffahrt" im Persischen Golf (vgl. hierzu „Die Tageszeitung" vom 25.9.87 und „Arbeiterkampf" 288, S. 25).

Innenpolitisch mag die „Perestroika" als Kampf gegen den Stalinismus aufgefaßt werden können, außenpolitisch steht Gorbatschow in einer Kontinuität, die bis auf Stalin zurückgeht. Die Ausgrenzung Trozkis in der Rede zum Jahrestag ist daher nicht verwunderlich, sondern für Gorbatschow zwangsläufig, will er nicht einen Eckpfeiler seiner eigenen Politik in Frage stellen.

Viele Grüße
Michael

Überflüssig

„Gespräche mit der VSP" in AK 288

Diesen Beitrag hätte sich sowohl der AK, als auch Kt schenken können bzw. sollen. Die LeserInnen erfahren hier über den Inhalt der Gespräche — außer, daß man es „nicht mit Monstern" zu tun hat — herzlich wenig bis gar nichts. Dagegen stellt der Beitrag ein Lehrstück in unangebrachter und plattester Polemik dar. Daß die VSP Kon-

zu tun hat — herzlich wenig bis gar nichts. Dagegen stellt der Beitrag ein Lehrstück in unangebrachter und plattester Polemik dar. Daß die VSP Kon-

takte zu den DS („in Ratlosigkeit versunken") und zum BWK („KBW-Restgruppe") aufgenommen hat, erfahren wir. Hier kommt es Kt offenbar nicht darauf an, diese Kontakte näher zu beleuchten, sondern wohl darauf, die in Klammern zitierten Attribute an den Mann / die Frau zu bringen. Zuerst mal eine Richtigstellung: Kt dürfte ebenso bekannt sein wie mir, daß der BWK eine Abspaltung vom KBW in dessen Niedergangszeit ist, also keine „Restgruppe". Was will uns der Autor also mit seinen oben zitierten Attributen sagen? Doch wohl nur, daß es unsinnig ist, mit Gruppen, die „in Ratlosigkeit versunken" sind, Kontakte aufzunehmen (mit wem will Kt eigentlich noch diskutieren?) und sich Gespräche mit dem BWK wegen dessen Vergangenheit von selbst verbieten. Nun ist es jedoch völlig unsinnig, dem BWK über die „KBW-Restgruppen"-These die gleichen Fehler vorzuwerfen, wie sie der KBW machte, eher müßte mensch dem BWK vorwerfen, bei der Bemühung diese Fehler nicht zu machen, gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Weiter erfahren wir, bei den Vereinigungsbemühungen der VSP handle es sich um bedenkenloses Einsammeln „sektiererischer Schrullen" und „daß es einigen führenden VSPlern vor gar nichts graust". Kt wollte auch hier wohl erreichen, daß seine Polemik jede weitere Diskussion überflüssig macht und er hat erreicht, was er wollte: angesichts dieser Formulierungen ist jedes weitere Wort verschwendet.

Aber vielleicht hat Kt seinen Beitrag auch als Bereicherung der Diskussion um die AK-Gestaltung gemeint. Dann könnte der AK in Zukunft etwa wie folgt aussehen: Staat: imperialistisch; Grüne: staatstragend; SPD: sozialdemokratisch; Autonome: aktionistisch und orientierungslos; westdeutsche Linke: lohnt nicht der Erwähnung; KB: wir sind's. Welche neuen Perspektiven (Preisgestaltung, Personaleinsparung usw.) sich für den AK ergeben würden, liegt auf der Hand.

Daß dieser Artikel von Kt völlig überflüssig war, ist eine „nicht allzu sensationelle Erkenntnis".
R., KB Dortmund

WAArum — Business Bomben BRD

Der endgültige Film zur WAA

Ein nerven-zerfetzender, knackiger Polit-Krimi, ein knallharter Spionage-Thriller für harte Männer? Nein, diesmal ist es schlimmer, Wirklichkeit nämlich. Tatort: Wackersdorf. Tatbestand: ein perfekt kalkulierter Milliarden-Coup. Die Täter: ein international operierendes Syndikat von Spitzenprofis. Der Verdacht: Waffen-Schmiederei auf high-tech-level.

In ihrer ersten großen Produktion hat die Video-Werkstatt E-Werk, Erlangen, Gründliches geleistet, um Licht in die politische Ober- und Halbwelt der BRD zu bringen. Indizienketten wurden verfolgt, Motive erforscht, Spuren gesichert. Fast eineinhalb Jahre Arbeit hat dieses Unternehmen gekostet, herausgekommen ist eine 77-Minuten-Dokumentation, die sich sehen lassen kann: „WAARUM — Business, Bomben, BRD".

Zunächst der Tatort: Das Syndikat gibt sich aussagewillig: Mit der WAA wolle man die Umwelt schützen, Entsorgungsprobleme lösen, den Brennstoffkreislauf schließen. Die Absichten seien selbstverständlich edel, hilfreich und friedlich, das in der WAA gewonnene Plutonium mitnichten waffentauglich. Wir-dienen-dem-Gemeinwohl, sagt das Syndikat. Andere Zeugen widersprechen erbost, fühlen sich als Opfer erhöhter Radioaktivität und Krebsraten, beklagen CS-Gas- und Prügel-Einsätze, verweisen auf planmäßige Sabotage alternativer und billiger Energieversorgung, stellen hohe Überkapazitäten des bestehenden Stromangebots fest. Die Aussagen widersprechen sich, Motive bleiben im Dunkeln. Verdachtsmomente ohne letzte Klarheit.

Stromangebots fest. Die Aussagen widersprechen sich, Motive bleiben im Dunkeln. Verdachtsmomente ohne letzte Klarheit.

Die Wahrheit ist nicht allein am Ort des Geschehens zu finden, Wege müssen durch den Fakten-Dschungel geschlagen werden, der Zuschauer ist gefordert mitzuknobeln, zu kombinieren. Die Wege führen in die Vergangenheit, bis in die 50er Jahre, sie führen nach Brasilien, nach Süd- und Mittelamerika. Vorläufiges Ermittlungsergebnis: Vorsätzliche Sicherung von Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften, Eroberung von Einflußgebieten und Absatzmärkten im Wiederholungsfall, Expansionsgelüste und Wiedervereinigungs-Phantasien.

Mildernde Umstände: keine. Allmählich klärt sich auf, warum das Syndikat seinen Strom partout nicht mit Sonnenkollektoren, Windmühlen oder Kraft-Wärme-Koppelung erzeugen will. Das Syndikat hat Höheres im Sinn, global versteht sich. Zwar fühlt es sich engverbunden mit der Cosa Nostra in Washington und Chicago und wenn es gegen die Störenfriede Glasnost und Perestroijka geht, doch als Prellbock zwischen beiden, als halbwüchsiger Junior-Partner der US-Gang mag es gar nicht mehr leben: Das Syndikat ist erwachsen geworden, will nicht mehr Stuntman sein, sondern eine Hauptrolle.

Wie sich der Fall weiterentwickelt, kann nur vermutet werden. Die Täter jedenfalls sind ermittelt, jedoch laufen sie frei herum.

Die Erlanger Video-Macher haben sorgfältig recherchiert, geben eine Fülle von fundierten und neuen Informationen und fordern mit ihrem Streifen nichts weniger als die kritische Aufmerksamkeit und Kombinationsgabe des Zuschauers heraus. Und der weiß — weil's eben leider kein Polit-Krimi ist — daß er selber ein mögliches Opfer ist. Da ist die Kenntnis der genauen Zusammenhänge durchaus überlebensfördernd.

H.C.

„WAARUM — Business, Bomben, BRD", BRD 1987; Video-Werkstatt Erlangen. VHS-Video, Gebühr 40 DM, Film-Reader 1 DM. Für Großveranstaltungen Projektion auf Leinwand möglich. Anfragen, Bestellungen: C. Sommer, Bismarckstr. 4, 8520 Erlangen.

Die wahre Kunst kann nicht im Käfig singen ...

Literatur und Literaturpolitik nach der Oktoberrevolution

In den Auseinandersetzungen, die nach der Oktoberrevolution um Fragen der Literatur und der Literaturpolitik geführt wurden, ging es im wesentlichen darum, ob unter den gegebenen schweren Bedingungen die Kont... einer Literatur überhaupt und die ...twicklung einer neuen proletarischen Kunst und Literatur im besonderen möglich sei. Und wenn ja, wie?

Unter Verzicht auf die bürgerlichen Schriftsteller oder mit ihrer Hilfe? Losgelöst von allen Traditionen oder aufbauend auf dem alten Kulturerbe? Welche Rolle sollte die Partei spielen und welche die unabhängigen Literaturgruppen?

Wir dokumentieren im Folgenden den Text der szenischen Lesung, die Bestandteil des Kulturabends am 27. November war, mit dem das KB-Seminar zur Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Mit dieser Lesung konnte selbstverständlich nur ein Aufriß der Literaturdebatte nach der Oktoberrevolution (bis etwa 1924) gegeben werden; der besseren Verständlichkeit halber wurden Zitate z.T. gekürzt und, unter Außerachtlassung des tatsächlichen zeitlichen Ablaufs, zu thematischen Blöcken zusammengezogen.

,,An Alle! Alle! Alle!
An alle, die da die Brust
sich schlagen,
Bekennen:
‚Lange genug gefüttert
mit Verwesungsgestank!
Wie lange noch!
Satt! Satt!
Genug. Genug.
Wir wollen,
Wir können nicht mehr ...'
Sammelt euch!
Tretet heraus aus der Jahrtausende
Dunkel!
Gleichschritt! Marsch!
(Hier deine Unterschrift, Kamerad,
Wenn du mir zustimmst ...)
Rache ist der Zeremonienmeister.
Hunger der Ordner.
Bajonett. Browning. Bombe ...
Vorwärts! Tempo!''
(aus: ,,150 Millionen'' von Wladimir Majakowski)

Majakowski an die Pressekommission des ZK der RKP(B):

,,Das Buch ‚150 Millionen' erscheint in einer Auflage von 5.000 Exemplaren, sichtlich, um mir den Mund zu stopfen, während die durchschnittliche Auflage einer beliebigen ‚agitatorischen' Buchpublikation vom Typ Hamsun ‚Brachland' oder ‚Droshnin-Lieder' 25-50.000 Exemplare beträgt und diejenige einer Ausschußware von der Art jenes Derjabinschen ‚Frühlichts 50.000 Exemplare beträgt und diejenige einer Ausschußware von der Art jenes Derjabinschen ‚Frühlichts einer neuen Welt' gar 100.000 Stück.''

Lenin an Lunatscharski, Volkskommissr für das Bildungswesen:

,,Sollte man sich nicht schämen, für eine Auflage in Höhe von 5.000 Exemplaren von Majakowskis ‚150 Millionen' zu stimmen? Unsinn, dumm, saudumm und prätentiös.

Meiner Meinung nach sollte man von derartigen Dingen nur 1 bis 10 und *nicht mehr* als 1.500 Exemplare für Bibliotheken und Sonderlinge drucken.

Und Lunatscharski sollte wegen des Futurismus verprügelt werden.''

Lunatscharski an Lenin:

,,Mir gefällt das Ding nicht gerade sehr, aber 1. war so ein Dichter wir Brjusow davon begeistert und forderte den Druck von 20.000; 2. hatte das Ding beim Vortrag durch den Autor einen offensichtlichen Erfolg, und zwar auch bei Arbeitern.''

Lenin an Pokrowski, den Stellvertreter Lunatscharskis:

,,Genosse Pokrowski! Immer wieder bitte ich Sie, im Kampf gegen den Futurismus und ähnliches zu helfen. Lunatscharski brachte im Kollegium (o weh!) den Druck von Majakowskis ‚150 Millionen' durch. Läßt sich das noch rückgängig machen? Das muß rückgängig gemacht werden.

Lassen sich denn keine hoffnungsvollen ANTI-Futuristen finden?''

Majakowski an den Genossen Tschushak:

,,Auf Ihre scherzhafte Anfrage: ‚Wie lebt und arbeitet Majakowski'? antworte ich hiermit. Hier heißts in derartiges Gezänk einsteigen, daß man sich den Mund fußlig reden muß. Von Arbeiten kann kaum die Rede sein: nichts als Zank, Agitation und dergleichen fressen mich samt der Leber von innen auf. (...) Mit den ‚150 Millionen' ging es genauso zu (...) An die 9 bis 10 Monate rannte ich gegen verschlossene Türen und vernagelte Köpfe an. (...) Doch all das ist Kleinzeug. Hauptsache: wir behalten die Oberhand. Die Anhängerschaft nimmt zu. Alles, was gegen uns auftritt, ist dermaßen nichtig und beschränkt, daß jedermann, der nicht gerade ‚geschäftlich' an unserer Vernichtung interessiert ist, zu uns überläuft.''

* * *



Dieser Streit um Majakowskis Gedicht ,,150 Millionen'' ist bezeichnend für Dieser Streit um Majakowskis Gedicht ,,150 Millionen'' ist bezeichnend für die lebendige Auseinandersetzung, die Anfang der 20er Jahre in der Sowjetunion um Fragen der Literatur und der Literaturpolitik geführt wurde. Wenn auch an diesem Beispiel Lenins Unverständnis der literarischen Arbeiten Majakowskis deutlich wird — die von ihm, Trotzki, Lunatscharski und Bucharin geprägte Literaturpolitik der RKP(B) zeichnete sich dadurch aus, daß sie die Freiheit im künstlerischen Bereich garantierte. Die Partei förderte nicht nur die proletarischen Schriftsteller, sie setzte sich auch für die bürgerlichen Schriftsteller ein und wies Führungsansprüche einzelner literarischer Gruppen und Zirkel zurück. Inbesondere die Vertreter des Proletkult, die für die Entwicklung einer eigenständigen proletarischen Literatur — unter Verzicht auf die Mitarbeit von bürgerlichen Schriftstellern — eintraten, strebten die Hegemonie im kulturellen und literarischen Bereich an. Proletkult und Futuristen wollten den radikalen Bruch mit dem bürgerlichen Kulturerbe — eine Tendenz, der die Parteiführung energisch widersprach, da sie die Schaffung einer proletarischen Literatur und Kultur nur durch die Aneignung und Weiterentwicklung des bürgerlichen Erbes für möglich hielt.

Bucharin schrieb in seinem Aufsatz ,,Proletarische Revolution und Kultur'', daß das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft zu einer Klasse heranreife, die zwar imstande sei, die bürgerliche Herrschaft zu zerstören und die Diktatur des Proletariats gegen den Widerstand der Konterrevolution zu verteidigen. Das Proletariat könne allerdings noch nicht alle Funktionen der Gesellschaft selbständig übernehmen — dies gelte insbesondere im kulturellen Bereich:

,,Wenn die Arbeiterklasse kulturell rückständig ist und an die Macht gelangt, so muß sie unvermeidlich andere Kräfte benutzen, die in sozialer Hinsicht ihre Feinde sind, aber kulturell über ihr stehen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Restauration. Diese gefährliche Perspektive wird sich vor jeder Arbeiterrevolution erheben. Die Frage besteht darin, diese Gefahr vorauszusehen, zu erkennen und eine Lösung der Aufgabe, einen Ausweg aus ihr zu finden. Sie sehen, daß die Frage der Kultur nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in einer bestimmten revolutionären Phase zur zentralen Frage der ganzen Revolution wird. Hiervon wird letzten Endes der Ausgang unserer Revolution abhängen.''

Die Partei hatte weder vor noch nach der Revolution eine differenziert aus- Die Partei hatte weder vor noch nach der Revolution eine differenziert aus- gearbeitete literaturpolitische Konzeption, zudem wurde der Kulturarbeit nicht die größte Dringlichkeit beigemessen.

Allerdings versuchte die Partei, dies beweisen einige unmittelbar nach der Revolution erlassene Dekrete und Verordnungen, die das Zeitungs-, Verlags- und Schulwesen betrafen, alle meinungsbildenden Institutionen zu kontrollieren; es wurde frühzeitig für alle Presseorgane und für die gesamte Buchproduktion eine Zensur eingeführt. Völlige Autonomie und Freiheit sollte der Literatursektor nicht erhalten, darüber waren sich Trotzki, Bucharin, Lenin und Lunatscharski einig. Wo die Grenzen dieser Einmischung durch die Partei lagen, darüber waren sich Literaten und Parteifunktionäre weniger einig.

Der Schriftsteller Samjatin beispielsweise äußerte:

,,Ich fürchte, daß es wirkliche Literatur bei uns nicht geben wird, solange wir uns nicht von einem Katholizismus befreien, der nicht weniger als der alte vor jedem ketzerischen Wort zurückschreckt.''

Gorki ging so weit, Lenin und Trotzki mit dem Reaktionär Stolypin zu vergleichen und warf ihnen vor, ,,bereits vom faulen Gift der Macht'' infiziert zu sein:

,,Davon zeugt schon ihre schändliche Einstellung zur Redefreiheit, zur Person und zu allen Rechten, für deren Sieg die Demokratie gekämpft hat.''

Im November 1917 schrieb er in der Zeitschrift ,,Novaja Zizn'':

,,Ich finde, es ist eine Schande für die Demokratie, wenn man Rec und anderen bürgerlichen Zeitungen nur deshalb mit Gewalt den Mund verbietet, weil sie gegen die Demokratie seien (...) Hält die Demokratie vielleicht ihre eigenen Handlungen für ungerecht, und fürchtet sie deshalb die Kritik ihrer Feinde (...) Die Abschaffung der Pressefreiheit ist eine physische Vergewaltigung und der Demokratie unwürdig.''

Und am 1. Mai 1918 forderte er:

,,Gebt Redefreiheit und möglichst viel Freiheit, denn wenn die Feinde viel reden, sagen sie schließlich viele Dummheiten, und das ist nützlich.''

Lunatscharski schrieb:

,,(...) zweifellos hatten wir keine unbedingt einheitliche Linie im Volkskommissariat für Bildungswesen, vielleicht lag dies zum Teil auch am Fehlen genauer Parteidirektiven.''

Die Gruppe proletarischer Schriftsteller um die Zeitschrift ,,Na postu'' warf der Partei Neutralität und Führungsschwäche vor:

,,Jedes Kunstwerk, das unter den Massen weit verbreitet ist und welches auf ideologisch ungenügend fixierte Elemente einwirkt, verwandelt ich in eine politische Waffe. Eine differenzierte Literatur hat es nie gegeben, gibt es nicht. In unserer Zeit und angesichts unserer besonderen Lage kann jedes Werk der schönen Literatur, gleichgültig, welches Thema es behandelt — von Fragen der Produktion bis zur Liebe — entweder eine Waffe der Arbeiterklasse oder ihrer Gegner sein. Wer diese Tatsache unbeachtet läßt oder sie verschleiert, gibt, ob er will oder nicht, objektiv die Interessen der Arbeiterklasse preis und spielt ihren Feinden in die Hände.

Und wenn das so ist, dann kann und darf die Partei nicht das Recht haben, in Fragen der schönen Literatur neutral und gleichgültig zu bleiben. Die Kommunistische Partei muß auf diesem Gebiet eine feste politische Linie haben und sie verfolgen.

Dagegen betonten Lunatscharski und Trotzki die besondere Stellung der Kultur:

,,Man muß sich zuerst einmal fragen: soll eine revolutionäre Regierung prinzipiell die Rechte des individuellen künstlerischen Schaffens wahren?

Auf diese Frage werde ich, ohne zu zögern, antworten: ja, sie soll. Kautski gibt in seinem heute noch bemerkenswerten und lehrreichen Buch ‚Am Tag nach der sozialen Revolution' eine völlig richtige Formulierung, wenn er sagt: größte Buch ‚Am Tag nach der sozialen Revolution' eine völlig richtige Formulierung, wenn er sagt: größte Ordnung und Planmäßigkeit in der Produktion und völlige Anarchie im Bereich der Kunst.

Unter ‚Anarchie' wird hier ganz und gar nicht verstanden, was der Spießbürger gewöhnlich darunter versteht, nämlich nicht Unordnung, sondern Fehlen einer Staatsgewalt und Obrigkeit, die der Inspiration diese oder jene Normen vorschreibt.

Die wahre Kunst, die, die den Stempel des Genies oder des Talents trägt, kann nicht im Käfig singen. Das Talent, das sich an den Käfig gewöhnt hat, ist keine Nachtigall mehr, sondern wird zum Zeisig, ist kein Adler mehr, sondern wird zum Huhn.''

Und Trotzki:

,,Die marxistische Methode bietet die Möglichkeit, die Entwicklungsbedingungen für die neue Kunst zu beurteilen, alle ihre Quellen zu beobachten und die fortschrittlichste unter ihnen durch kritische Durchleuchtung der Wege zu unterstützen — mehr aber nicht. Die Kunst muß ihre Wege auf eigenen Füßen zurücklegen. Die Methoden des Marxismus sind nicht die Methoden der Kunst. Die Partei lenkt das Proletariat, nicht den historischen Prozeß. Es gibt Gebiete, auf denen die Partei unmittelbar und gebieterisch führt. Es gibt Gebiete, auf denen sie nur fördert. Es gibt schließlich Gebiete, auf denen sie sich nur orientiert. Auf dem Gebiet der Kunst ist die Partei nicht berufen zu kommandieren. Sie kann und soll schützen, fördern und indirekt lenken. Sie kann und soll den verschiedenen Künstlergruppen, die sich aufrichtig um eine Annäherung an die Revolution bemühen, den bedingten Kredit ihres Vertrauens gewähren, um ihre künstlerische Gestaltung zu fördern. Und auf keinen Fall kann und wird die Partei sich auf den Standpunkt eines literarischen Zirkels stellen, der andere literarische Zirkel bekämpft, teilweise einfach nur, weil sie Konkurrenten sind. Die Partei steht auf der Wacht der historischen Interessen der Klasse im ganzen.''

* * *

Nach der Oktoberrevolution stand die Mehrheit er russischen Intelligenz und der bekannten Schriftsteller den Bolschewiki ablehnend gegenüber. Viele Schriftsteller verließen zwischen 1918

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite



Wladimir Majakowski wurde 1894 als Sohn eines verarmten Adeligen in Georgien geboren. Nach dem Tod des Vaters zog die Familie nach Moskau, wo Majakowski sich 1908 den Bolschewiki anschloß und mehrfach wegen illegaler Propaganda inhaftiert wurde.

Er besuchte die Kunstschule und wurde Mitherausgeber des ersten futuristischen Manifests: ,,Eine Ohrfeige dem öffentlichen Geschmack''. 1917 begrüßte er die Revolution, verfaßte politische Gedichte, die er öffentlich rezitierte, entwarf Plakate für die Revolution und gab von 1923-1925 die futuristische Zeitschrift ,,Lef'' (Linke Front) heraus. Seine bekanntesten Gedichte sind ,,Wolke in Hosen'', ,,Krieg und Welt'', ,,150 Millionen'' und ,,Wladimir Iljitsch Lenin''. Die beiden Theaterstücke ,,Die Wanze'' (1928) und ,,Das Schwitzbad'' sind Satiren auf den sowjetischen Bürokratismus. Majakowski erschoß sich 1930 in Moskau.

Fortsetzung von vorheriger Seite

und 1922 das Land — nur wenige, wie z.B. Ilja Ehrenburg und Alexej Tolstoi kehrten später zurück. Auch von den Zurückgebliebenen bejahte nur eine Minderheit die Revolution, so die Realisten Gorki und Serafimovitsch, die Symbolisten Brjusow, Block und Bely und die Futuristen Asejew und Majakowski. Dieses ,,Ja'' zur Revolution hatte für fast alle der Genannten erhebliche Folgen: ehemalige Freunde und literarische Verbündete wandten sich von ihnen ab und betrachteten die Hinwendung zur Revolution als Verrat an den ,,alten Idealen''.

Ende Dezember 1917 wurde auf einer Sitzung mit 60 Anwesenden einstimmig beschlossen, den Schriftsteller Serafimowitsch aus der Belletristischen Gesellschaft ,,Sreda'' — der übrigens auch Gorki angehörte — auszuschließen, da er sich ,,den jetzigen Machthabern angeschlossen habe'', daher solle er ,,keinen Platz mehr unter uns haben''.

Nur eine kleine literarische Gruppe mit Majakowski an der Spitze bejahte die Revolution entschieden. Majakowski erklärte:

> ,,Anerkennen oder nicht anerkennen? Eine solche Frage gab es für mich (und für andere Moskauer Futuristen) gar nicht. Das war *meine* Revolution.''

Seit ihrer Gründung 1910 kämpften die Futuristen auf literarischem Gebiet erbittert gegen die bürgerliche Kultur, gegen alle Konventionen und die Kunst der Vergangenheit. Sie erteilten der bürgerlich dekadenten Gesellschaft ,,eine Ohrfeige für den öffentlichen Geschmack'' (wie auch die erste Anthologie der Futuristenvereinigung hieß). Um die bürgerliche Gesellschaft zu provozieren, hatten sie sich die Gesichter in grellen Farben angemalt, knallgelbe Jacken getragen und ins Knopfloch eine Mohrrübe gesteckt.

Die wenigsten Futuristen verbanden ihre revolutionären künstlerischen Ideale mit einer revolutionären politischen Ideologie und auch ihr Programm hatte wenig politische Perspektive, allerdings sollten die Futuristen in den ersten zehn Jahren nach der Revolution eine wichtige Rolle im Kampf um eine proletarische Kultur spielen.

Während der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution, vor allem seit

Während der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution, vor allem seit 1920, schossen literarische Gruppen, Zirkel und Organisationen, literarische Zeitschriften, Redaktionen und Verlage, Schriftstellerschulen und Institute wie Pilze aus dem Boden. Gruppen, die sich vor allem die Schaffung einer proletarischen Kultur auf die Fahnen und auf die Tagesordnung ihrer Komiteesitzungen geschrieben hatten, wie die Kommunisten-Futuristen (Kom-Fut), die Linke Kulturfront (LEF) und die Organisation ,,Proletarische Kultur'', Proletkult genannt.

Futurismus

Avantgardistische Strömung in der Literatur und Malerei in den Jahren 1910 bis 1920. Anfangs beeinflußt vom italienischen Futurismus, gingen die russischen Futuristen wie Majakowski, Asejew und Brick künstlerisch und politisch völlig andere Wege. Gemeinsam war beiden zu Beginn der Protest gegen die traditionellen Kunstformen und die Suche nach adäquatem künstlerischen Ausdruck für das durch die technischen Neuerungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts sich verändernde Leben. Spätestens 1914 erfolgte die endgültige Trennung der russischen von den italienischen Futuristen: Grund war das Eintreten der Mehrheit der italienischen Futuristen für Kolonialismus und den Ersten Weltkrieg.

Die russischen Futuristen wollten eine grundlegende Revolutionierung der Kunst. Ihr Protest richtete sich sowohl gegen die traditionelle klassische Literatur eines Puschkin und Tolstoi als auch gegen den Ästhetizismus ihrer symbolistischen Schriftstellerkollegen.

Sie empfahlen, ,,auf die Reime und Arien zu spucken, auf den Rosenbusch und ähnliche Melanklüterei''. Die Trennung zwischen Prosa und Alltagssprache, die für die Lyrik des Symbolismus charakteristisch war, lehnten sie ab. ,,Für'uns'', so Majakowski, ,,gibt es nur ein Medium — das Wort — und wir gebrauchen es bei unserer direkten Arbeit.''

Zwischen 1918 und 1920 entfaltete der Proletkult große Aktivitäten. Er erhielt eine umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Bildungspolitik, vor allem die Beseitigung des Analphabetentums, die Gründung von Arbeiterklubs und die Ausbildung proletarischer Schriftsteller. In ganz Rußland entstanden Literaturstudios, in denen z.T. bürgerliche Schriftsteller wie Brjusow, Bely und Samjatin Arbeiterschriftsteller in Dichtung und Prosa unterrichteten.

Aber auch Gruppen bürgerlicher Schriftsteller, nach einem Wort Trotzkis ,,Mitläufer'' genannt, organisierten sich. Sie schätzten das schriftstellerische Gewissen höher als den ,,sozialen Auftrag'' der Gesellschaft an die Dichter. Sie lehnten die Ideologie des Marxismus ab und weigerten sich strikt, sich zum verlängerten literarischen Arm eines politischen Pragmatismus zu machen.

Als Beispiel seien die Serapionsbrüder zitiert, die sich nach einer literarischen Gestalt es romantischen Dichters E.T.A. Hoffmann nannten:

> ,,Im Februar 1921, in einer Zeit, als allenthalben Regeln, Bestimmungen und Vorschriften abgefaßt wurden, die Zwang und Langeweile bedeuten, haben wir beschlossen, uns ohne Satzung und Vorsitzenden, ohne Wahlen und Abstimmungen zusammenzuschließen.
>
> Wir haben uns in den Tagen der Revolution, in den Tagen politischer Hochspannung zusammengefunden. ,Wer nicht für uns ist, ist gegen uns', sagte man uns damals von rechts und von links. ,Für wen seid ihr, Serapionsbrüder, für die Kommunisten oder gegen die Kommunisten, für die Revolution oder gegen die Revolution?'
>
> Jeder von uns hat Seine Ideologie, seine politischen Überlegungen, jeder malt seine Hütte, wie es ihm gefällt. So im Leben und so auch in seinen Erzählungen, Novellen und Dramen. Wir alle zusammen, wir, die Bruderschaft, verlangen nur das eine: daß der Ton nicht falsch klingt. Daß wir an das Werk glauben können, gleichgültig, welcher Farbe es ist.
>
> Wir schreiben nicht für die Propaganda. Die Kunst ist real wie das Leben selbst, und wie das Leben selbst ist sie ohne Ziel und ohne Sinn: sie existiert, weil sie existieren muß.''

Die Partei bemühte sich gleichzeitig darum, einerseits alle Ansätze einer proletarischen Literatur und Kunst zu fördern und die gutwilligen Futuristen für ihre Agitation und Propaganda einzuspannen und andererseits Schriftsteller der alten Intelligenz für die Ziele des Staates zu gewinnen, ohne sich in die Auseinandersetzungen um Form und Inhalt der Dichtung einzumischen.

Innerhalb der linken Gruppen aber, die sich ja im großen und ganzen alle das gleiche Ziel gesetzt hatten, eine

Innerhalb der linken Gruppen aber, die sich ja im großen und ganzen alle das gleiche Ziel gesetzt hatten, eine neue Kultur zu schaffen, kam es zu erbitterten Kämpfen untereinander. Jeder Zirkel beanspruchte für sich allein, die Kunst des Proletariats zu vertreten und die neue Staatskunst zu verkörpern.

Einerseits wurde, nicht zuletzt aufgrund des akuten Papiermangels, vor allem vor der gesamten äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage, die auch die Existenz vieler Schriftsteller und ihrer Institutionen, z.B. das Theater, bedrohte, um die Gunst der Partei und einzelner Partei und einzelner Parteifunktionäre gebuhlt und um deren Unterstützung und Schutz gebeten; andererseits war kaum eine Gruppe bereit, sich direkt der Partei unterzuordnen.

Das Problem der Schaffung einer eigenständigen proletarischen Kultur sowie die Frage der Abhängigkeit von der Partei waren die entscheidenden Streitpunkte in den Auseinandersetzungen. Bucharin, der der Schaffung einer proletarischen Kultur positiv gegenüberstand, sah den Proletkult als mehr oder weniger unselbständige Hilfsorganisation an, der er ,,viel Erfolg'' wünschte. Während Lenin die These Bogdanovs ablehnte, nach der die proletarische Kultur vorrangig und unabhängig von fremder Hilfe geschaffen werden sollte, hielt Pokrowskij — er war immerhin der Stellvertreter Lunatscharskis im Volkskommissariat für Bildungswesen — die gesamte kulturschöpferische Tätigkeit des Proletkult für überflüssig; Voronski, der seinerzeit einflußreichste Zeitschriftenredakteur der Sowjetunion, unterstützte als Parteimitglied die bürgerlichen Schriftsteller. Andere gingen so weit, alle proletarischen Kulturorganisationen für sinnlos zu erklären und ihre Auflösung zu fordern. Lunatscharski, der der Proletkult-Bewegung nahestand, vertrat zeitweise eine der Parteilinie entgegengesetzte Position. Er räumte nicht nur der Organisation Proletkult eine völlig selbständige Rolle ein, sondern betonte das Recht des Proletariats auf ein selbständiges, sogar vom Sowjetstaat unabhängiges Schaffen an seiner eigenen Kultur.

* * *

Eng verbunden mit der Frage der Entwicklung der neuen Kultur war die Haltung zur überkommenen Kultur. Bereits 1910 hatten die Futuristen gefordert, ,,Puschkin, Dostojewski, Tolstoi etc. etc. vom Dampfer der Gegenwart zu werfen''; sowohl im Kom-Fut als auch im Proletkult war eine weitverbreitete Tendenz, die allgemeine Verwerfung aller bisherigen Kultur zur Ideologie und zum Programm zu machen.

In der programmatischen Deklaration des Kom-Fut von 1919 heißt es:

> ,,Die Stellen der Sowjetmacht für Bildungswesen zeigen in ihrer Tätigkeit ein gänzliches Nichtverstehen der ihnen auferlegten revolutionären Aufgabe. Die in aller Eile zusammengezimmerte Ideologie der Sozialdemokraten ist nicht in der Lage, der durch Jahrhunderte gesammelten Erfahrung bourgeoiser Ideologien, die zugunsten ihrer eigenen Interessen die proletarischen Organisationen für Bildungswesen mißbrauchen, entgegenzutreten.
>
> Unter dem Deckmantel ewiger Wahrheiten bringt man den Massen die Lügenmärchen der Herren dar.
>
> Unter dem Deckmantel allgemein-menschlicher Wahrheit die Moral der Ausbeuter.
>
> Unter dem Deckmantel ewiger Gesetze den pervertierten Geschmack der Gewalttäter.
>
> Man muß unverzüglich zur Schaffung einer eigenen kommunistischen Ideologie schreiten.
>
> Man muß einen gnadenlosen Kampf gegen alle lügenhaften Ideologien der bürgerlichen Vergangenheit führen.''



Lunatscharski wandte sich im Namen der Partei gegen diese Tendenzen und erklärte:

> ,,Die kommunistische Partei hat sich keineswegs auf den Standpunkt gestellt, das Proletariat müsse sich einfach schülerhaft die Früchte vergangener Kulturen aneignen und von ihnen zehren; im Gegenteil, sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß der Umsturz eine neue Blüte der Kultur mit sich bringen wird, die in ihrem ersten Stadium einen klassenmäßigen, proletarischen und dabei auch allmählich zum ersten Mal auch einen allgemein-menschlichen Charakter annehmen wird. Doch dieser Aufbau ist nach Meinung der kommunistischen Partei nur auf der Basis einer allseitigen Aneignung der Kultur der Vergangenheit möglich.
>
> Ich glaube, daß Leute, die sagen, daß sie Schiller, Michelangelo oder Beethoven, Puschkin, Glinka oder Brjullow vom Standpunkt des Futurismus für ,vermodert' oder vom Standpunkt des Kommunismus für ,unnütz' halten, einfach keine ernsthafte Aufmerksamkeit seitens des Hauptkomitees für politisches Bildungswesen verdienen. Trotzdem lassen sich natürlich Kunstwerke finden, die relativ umstritten sind (...) was soll's, da muß man eben streiten.''

Die über diese Frage ausgebrochene Kontroverse veranlaßte Lenin kurz vor Eröffnung des ,,Ersten Allrussischen Kongresses der Proletkultorganisationen'' im Oktober 1920, auf einem Komsomol-Kongreß mit ungewohnter Schärfe die Konzeption einer ,,proletarischen Kultur'', die in weitgehender Unabhängigkeit von aller bisherigen, tradierten Kultur als eine völlig eigenständige geschaffen werden sollte, zu verwerfen.

Lenin:

> ,,Die proletarische Kultur kommt nicht von irgendwo her, ist keine Erfindung von Leuten, die sich Spezialisten für proletarische Kultur nennen. Das alles ist kompletter Unsinn. Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Wissensschätze sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft, der Gutsherrengesellschaft und der Beamtengesellschaft erarbeitet hat.''

Und an anderer Stelle:

> ,,Für den Anfang sollte uns eine echte bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, ohne die besonders ausgeprägten Kulturtypen vorbürgerlicher Art, d.h. der Beamten- oder Leibeigenschaftskultur usw., auszukommen. In Fragen der Kultur sind Hast und Fixigkeit am schädlichsten. Das sollten sich viele unserer jungen Literaten und Kommunisten ordentlich hinter die Ohren schreiben.''

* * *

Zu Beginn der zwanziger Jahre stand die Partei vor dem Problem, die in den Wirren des Bürgerkriegs total zusammengebrochene Wirtschaft in einem noch überaus rückständigen Land aufzubauen und dieses Land unter Kontrolle zu bekommen. Es lag daher im Interesse der Partei, daß es statt zu einem Zusammenbruch zu einer allmählichen Normalisierung wenigstens der kulturellen Atmosphäre kam.

Den ,,Mitläufern'' kam nach Ansicht der Parteiführung die Aufgabe zu, die literarische Kontinuität herzustellen und den proletarischen Schriftstellern bei der Vermittlung und Erarbeitung der künstlerischen Qualifikation zu helfen. Auch wenn sie mit den politischen Ansichten der ,,Mitläufer'' vielfach nicht übereinstimmte, erkannte die Parteiführung, daß sie — wie auch in anderen Bereichen — auf die alte Intelligenz angewiesen war.

> ,,Wollte man in Rußland nur diejenigen Lichter brennen lassen, die unserem Geist entsprechen, dann würden wir versickern, in völligem Dunkel versinken.''

So charakterisierte Lunatscharski die Situation.

Die Parteiführung unterstützte die ,,Mitläufer'' durch verschiedene Maßnahmen. So sorgte Lenin gemeinsam mit Gorki selbst für die Gründung der Zeitschrift ,,Krasnaja Nov'' und wurde formell Mitarbeiter der Redaktion. Unter der Chefredaktion von Woronski gelang es, ,,Krasnaja Nov'' zu einem bedeutenden literarischen Publikationsorgan, vor allem für die bürgerlichen Schriftsteller zu entwickeln.

Die politische und wirtschaftliche Beruhigung des Landes im Zuge der NEP ermöglichte in den Jahren 1923/24 das Aufleben einer zum größten Teil von den ,,Mitläufern'' geprägten Literatur. Bedingt durch die fehlende Allgemeinbildung und das unzureichende schriftstellerische Können der proletarischen Schriftsteller stagnierte die Entwicklung der proletarischen Literatur. Viele proletarische Schriftsteller sahen die von ihnen auf kulturellem Gebiet beanspruchte Führungsrolle schwinden und forderten von der Parteiführung eine Veränderung der Literaturpolitik in ihrem Sinn. In dieser Situation spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen proletarischen Schriftstellern und ,,Mitläufern'' zu. ,,Na Postu'', die Zeitschrift der Proletkultorganisation, attackierte insbesondere Woronski und die von ihm gegenüber den ,,Mitläufern'' geprägte Politik.

Auf einer im Mai 1924 auf Initiative der Parteiführung einberufenen Konferenz wurden die gegensätzlichen Standpunkte offen diskutiert. Aus der Vielzahl der Beiträge hier zum Schluß ein Ausschnitt aus der Rede Trotzkis:

> ,,An Kunst muß man anders als an Politik herangehen, nicht weil das künstlerische Schaffen etwas Heiliges oder Mystisches ist, wie hier jemand ironisch formuliert hat, sondern weil sie ihre eigenen Methoden und Ansätze, ihre eigenen Entwicklungsgesetze hat und besonders deswegen, weil in der künstlerischen Produktion unterbewußte Prozesse eine gewaltige Rolle spielen.
>
> Vor uns steht nicht die Aufgabe einer Umformung des Schaffens auf der Ebene einer Gruppe oder einer Einzelperson, sondern auf der Ebene der Klasse. Dieser Prozeß ist langwierig und kompliziert. Wenn wir über proletarische Literatur nicht im Sinne einzelner, besser oder schlechter gelungener Gedichte oder Erzählungen, sondern so darüber sprechen, wie wir es über
>
> te oder Erzählungen, sondern so darüber sprechen, wie wir es über
>
> bürgerliche Literatur tun, dann haben wir nicht das Recht, auch nur für eine Minute die kulturelle Rückständigkeit der erdrückenden Mehrheit des Proletariats zu vergessen. Kunst entsteht auf Grund einer dauernden kulturellen und ideologischen Wechselbeziehung zwischen einer Klasse und ihren Künstlern. Zwischen der Aristokratie oder der Bourgeoisie und ihren Künstlern gab es keine tägliche Trennung. Die Künstler lebten und leben in bürgerlichen Verhältnissen, atmen den Geist der bürgerlichen Salons, empfingen und empfangen von ihrer Klasse den täglichen Einfluß des hautnahen Kontaktes. Genau das nährt die unterbewußten Prozesse ihres Schaffens. Stellt das heutige Proletariat einen solchen kulturell-ideologischen Nährboden dar, den der neue Künstler im täglichen Leben nicht zu verlassen braucht, der ihm die nötige Anregung und gleichzeitig die Beherrschung seines Metiers gewährt? Nein, die Arbeitermassen sind kulturell besonders rückständig; Analphabetentum und Halbanalphabetentum der Mehrheit der Arbeiter stellen schon an und für sich ein ungeheures Hindernis auf unserem Wege dar. Außerdem kommt hinzu, daß das Proletariat, soweit es Proletariat bleibt, gezwungen ist, seine besten Kräfte im politischen Kampf, beim Aufbau der Wirtschaft und der Befriedigung der elementarsten kulturellen Bedürfnisse, im Kampf gegen Analphabetentum, Verlausung, Syphilis usw. zu verausgaben.''

Diese im großen und ganzen liberale Literaturpolitik der Partei in der ersten Hälfte der 20er Jahre schuf ein Klima, in dem sich Literatur und Literaturkritik entwickeln konnten. 1927/28 endete diese Phase mit den Kampagnen gegen die bürgerlichen Mitläufer, der Ausschaltung der sogenannten literarisch-trotzkistischen Opposition und der beginnenden Auflösung der einzelnen literarischen Gruppen in den Einheitsschriftstellerverband der UdSSR. Auch in Fragen von Form und Inhalt literarischer Werke wurde zunehmend administrativ eingegriffen. Die Theorie des ,,sozialistischen Realismus'' wurde zur Doktrin, an der sich alle Künstler zu orientieren hatten.

el. und ge., Hamburg

Ein Minimum an Freiheit bei einem Maximum an Kapital



Sag beim Abschied leise Servus...

Historische Entscheidungen wurden oft klein gehandelt, des öfteren sogar kaum wahrgenommen. Wahrscheinlich, weil die erhoffte Wirkung sich erst nachträglich beurteilen lassen wird. Die Aufnahme von Fremdkapital in die PflasterStrand-GmbH verändert vieles. Wir nehmen Abschied von den klassischen Struktur eines Alternativbetriebes.
Der PflasterStrand, seit Jahren eine GmbH in Selbstverwaltung, verkauft 50 Prozent seiner Anteile an Matthias Kierzek, Besitzer der Fuldaer Verlagsanstalt, einer mittelgroßen Druckerei, während die andere Hälfte mir überschrieben wird.
Der neue Anteilseigner stellt in den ersten Monaten bis zu 100 000 ... um die notwendigen Verän... ...en und ...nzieren. Auf...

Viele werden sich spätestens jetzt fragen, warum ein Betrieb wie die Fuldaer Verlagsanstalt in ein so abenteuerliches Projekt wie den PflasterStrand einsteigt.
1. Weil eine Druckerei einen solchen Auftrag zur Auslastung ihrer Kapazitäten gut gebrauchen kann;
2. weil Herr Kierzek überzeugt werden konnte, daß ein erweitertes Konzept des PflasterStrand sich im Rhein-Main-Gebiet noch mehr durchsetzen könnte und
3. last not least, weil es noch Unternehmer gibt, die an einem solchen Projekt einfach Gefallen finden. Nur so. Sie wollen zwar kein Geld verlieren, aber nicht unbedingt Riesengewinne mit einem solchen Unternehmen erwirtschaften. Der Laden soll sich tragen, die Journalisten und Mitarbeiter anständige Gehälter erhalten — und die Zeitung besser werden.
... zu dem neuen ...

Leider scheiden Joachim Klein und Hartwin Möhrle aus der Redaktion als Sitzredakteure aus, bleiben aber zum Glück als feste freie Mitarbeiter ihren Fans und Gegnern erhalten. Zurück kommt Edith Kohn, die es noch einmal mit ihrer »Haßliebe« zum PS versuchen will, und neu steigt Gerd Koenen ein, der somit den längst vollzogenen Burgfrieden zwischen Spontis und Maoisten, hier in Frankfurt wenigstens, besiegelt.
Wie sich diese doch so unterschiedlichen Geschichten vereinen können, wird die Zukunft zeigen.
Elisabeth Kiderlen und ich bürgen, wenn man so will, für die redaktionelle und ideengeschichtliche Kontinuität. Alles in allem: Es bleibt beim Alten, und alles wird anders.
Herr Kierzek und ich haben uns in der schon erwähnten Präambel auf folgende inhaltliche Festlegung des Projekts PflasterStrand geeinigt: »Die redaktionelle Grundhaltung des PflasterStrand ist einem kritischen Journalismus verpflichtet, der in Wort und Bild sich mit gesellschaftlichen Realitäten auseinandersetzt. In diesem Sinne ist er parteilich und nicht zur Ausgewogenheit verpflichtet. Er orientiert sich an libertären Gedankenstrukturen, setzt sich zur Aufgabe, unüblich zu denken, tritt uneingeschränkt für die Wahrung der Menschenrechte ein und ist demokratischer Verfaßtheit verpflichtet. Dies setzt regelmäßig ungewohnte Perspektiven, minoritäre extreme Positionen und die Auseinandersetzung mit häufig irritierenden gesellschaftlichen Entwürfen voraus. Grundlage der redaktionellen Arbeit des PflasterStrand ist die Erkenntnis, daß menschliche Freiheit nur jenseits totalitärer Gedanken und gesellschaftlicher Intoleranz existieren kann«.

DANY COHN-BENDIT

Spendenaufruf

„Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch." So haben wir im letzten Jahr unseren Spendenaufruf in dieser Zeitung begründet. Das hat sich im Grundsatz nicht verändert. Und doch wollen wir an dieser Stelle nicht verschweigen (wir sind auch ein wenig stolz darauf): Unsere finanzielle Lage hat sich verbessert, die Subvention des ARBEITERKAMPF aus Spenden und Beiträgen des KB verringert. Hauptgrund: Die Preiserhöhung für den AK bei gleichzeitigem Halten der verkauften Auflage. Dafür haben wir in diesem Jahr unseren Maschinenpark erneuert und erweitert und das erstemal seit zehn Jahren wieder unsere Verlags- und Technikräume renoviert. Auch wenn wir nicht im Jammerton oder sichtbar im Gewand des Bettlers vor Euch hintreten, unsere Bitte: Tragt mit Eurer Weihnachtsspende dazu bei, den vorsichtigen Trend einer finanziellen Konsolidierung und des Subventionsabbaus für die Zeitung zu unterstützen. Wir haben nämlich den Ehrgeiz, nicht im politischen status quo zu verharren. Wir haben uns auch in diesem Jahr das Ziel gesetzt, 40.000 DM zu sammeln.

Spenden auf das *neue Konto*:
Heinrich Eckhoff, Postgiroamt Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Kontonr. 4645 84-204

SPENDEN-ERGEBNIS

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 288, vom 16.11.87. sind folgende Spenden eingegangen:

KB Braunschweig	400,-
H-P.M., Marburg	10,-
G.P., Elmshorn	100,-
J.Sz., Herne	40,-
H.P.K., Offenbach	100,-
U.K., Pinneberg	100,-
B & K, Cabolsberg	200,-
HH, Hamburg	500,-
Re, Hamburg	400,-
J.S., Antirep	500,-
Jö., Hamburg	50,-
Peter, Chemiegenosse	100,-
M., Antimil	200,-
J.P., Kinderbereich	250,-
A.B., München	30,-
KB Heidelberg	1.000,-
W.P., Rickling	2.000,-
A.M., Hamburg	400,-
„aus England"	100,-
Ro., Mönchen-Gladbach	1.500,-
Th.R., Soest	302,-
KB Würzburg	180,-
G., Würzburg	220,-
D.A., Bremen	300,-
Jü., Stuttgart	265,-
H-J.G., Gr. Schwülper	30,-
V.Sch-K., Pulheim	400,-
SUMME bis 11.12.87	**9.677,-**

INHALT